Dr. P. Dirr

Belgien als französische Ostmark.

Allerlei
1457

Belgien

als

französische Ostmark.

Zur Vorgeschichte des Krieges

Von

Dr. P. Dirr

Mitglied des bayerischen Landtags

Verlag von Max Kirstein, Berlin SW. 68.

LIBRARY
MAR 29 1972
UNIVERSITY OF TORONTO

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten.

Copyright 1917
bei Max Kirstein, Verlag, Berlin SW 68.

DH
569
F7D5

Druck von Gerhard Stalling, Oldenburg i. Gr.

Vorwort.

> Sobald sich ein Staat dem Schutze eines anderen unterstellt, oder unterstellen läßt, sobald er auf irgendeinem Gebiete der Autorität oder dem Einfluß eines anderen Staates eine systematische Beeinflussung seiner eigenen staatlichen Tätigkeit ohne Widerstreben einräumt, so vereinigt er auch nicht mehr die wesentlichen Elemente der Neutralität in sich, denn er hebt nach irgendwelcher Richtung das Interessengleichgewicht auf, dessen Garantie der ursprüngliche Vertrag bezwecken wollte. (Emile Waxweiler, „Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?“ 1915; S. 38.)

Die nachfolgenden Aufsätze befassen sich mit den politischen Verhältnissen Belgiens vor dem Kriege. Wenn auch jeder Abschnitt mehr oder weniger eine Studie für sich darstellt, so wird man gleichwohl den inneren Zusammenhang der Teile untereinander nicht vermissen. Auf den verbindenden Leitgedanken weist die Buchaufschrift hin.

Die Bezeichnung Ostmark ist nicht willkürlich gewählt, sondern entstammt dem politischen Wortschatze der Franzosen. In großfranzösischer Vorstellung sind Wallonien und Flandern, ebenso wie Luxemburg, Elsaß-Lothringen und die Westschweiz, Erbstücke aus dem Nachlasse des alten Gallien, Grenzmarken, die von Rechts wegen zum Machtbereiche der Republik gehören sollten.

Als nach der Errichtung des deutschen Reiches die Möglichkeit kriegerischer Eroberungen auf lange hinausgeschoben schien, erwies der französische Ausbreitungsdrang in diesen Gebieten seine erstaunliche Lebenskraft durch das Mittel der friedlichen Durchdringung. Wieder folgte, wie mehrmals in der Vergangenheit, auf eine kurze Zeit glänzender „germanischer Waffensiege“ eine lange Zeitspanne „romanischer Kultursiege“. In den Marken an Maas und Schelde stießen sich die Kräfte zweier verschiedener Welten noch immer wie vor alters am härtesten. Frankreich verstand hier die Gunst der Umstände zu nützen. Die Welschbelgier kamen weit entgegen. Diesseits wie jenseits der Grenzen der Republik begriff das Franzosentum, daß der Stammesstreit zwischen Vlamen und Wallonen letzten Endes mehr bedeute, als einen bloßen innerbelgischen Sprachenzwist. Es erkannte darin ein Vorspiel kommender weltgeschichtlicher Entscheidungen. Indem die welsche Werbekraft sich diesen Zwiespalt und die wallonische Vorherrschaft in Belgien planmäßig und erfolgreich dienstbar machte, wurde sie Meisterin über das Land.

Hierdurch ist seine Haltung in dem jahrelangen Widerstreit der beiden großen europäischen Mächtegruppen entscheidend mitbestimmt worden. Als dann der waffenstarrende Friede in den ungeheuersten Kampf umschlug, den die Welt je gesehen, erfüllten sich die Voraussagen Talleyrands und jenes Pariser Blattes, das schon 1834 meinte: Der Tag wird kommen, an dem die Neutralität vor dem Wunsche des belgischen Volkes dahinsinkt. Dann wird sich das Land naturgemäß auf die Seite Frankreichs schlagen.

Ich habe versucht, dieser Entwickelung schärfer nachzuspüren, ihre neuere Gestaltung deutlicher bloßzulegen, als dies

bisher gemeinhin geschehen ist. Es galt, die Fülle der äußeren Erscheinungen und Vorgänge im einzelnen zu erforschen und im Zusammenhange zu überblicken. Es galt ferner, in die verborgenen Tiefen zu dringen, wo die treibenden Kräfte wirken und die geheimen Fäden sichtbar werden, die die belgisch-französischen Beziehungen mit dem großen Weltgeschehen verknüpfen. Denn davon sind sie ein Teil. Sie beschreiben, heißt die Vorgeschichte des Krieges in einem nicht unwichtigen Stücke behandeln. Belgisches Machtstreben und britische Festlandspolitik laufen mit ihnen zusammen.

Die Belgier und ihre Freunde hören ungern von diesen Dingen. Erinnert man sie daran, so wehren sie heftig ab, als ob ihnen das böse Gewissen schlüge. Ein so angesehener Schriftsteller, wie Professor Emile Waxweiler, der Verteidiger der Brüsseler Regierungspolitik, weicht auf diesem Felde aus. Obgleich er für seine Schriften strenge Wissenschaftlichkeit in Anspruch nimmt, erfahren seine Leser soviel wie nichts von den schweren Gegensätzen und zerrüttenden Kämpfen, die sein Land erfüllten, nichts von dessen Doppelwesen, nichts von der drückenden welschen Zwingherrschaft in dem überwiegend vlämisch bevölkerten Staate.

Er macht aus Belgien ein Eden, das es niemals gab. Wo war das glückliche, in sich geschlossene, ganz von einheitlicher Staats- und Neutralitätsgesinnung erfüllte Volk, das er schildert? Das friedsam treuer Sitten und fern allen Welthändeln, nur seiner segensreichen Kulturarbeit hingegeben, ein beinahe wunschloses und allen Nachbarn wohlgefälliges Dasein inmitten des zerklüfteten Europa führte, bis zu dem Tage, da es angeblich von einem barbarischen Nachbarn ohne ersicht-

lichen Grund überfallen, zu Boden gerissen und zerfleischt wurde? Wo die Regierung und das Parlament, wo die Parteien, die einzig und allein der neutralen Zweckbestimmung ihres Staates dienten, in dem Rahmen, der ihnen durch internationale Verträge gezogen war, abhold allen gefährlichen Machtbestrebungen, peinlich darauf bedacht, das gebotene Gleichgewicht zwischen den Großmächten zu bewahren, ohne Parteinahme, ohne Abneigung oder Vorliebe für den einen oder anderen Nachbarn?

Das Bild, das die Lobredner Belgiens entwerfen, ist unvollständig, ist unecht in Zeichnung und Farbe. Sie schelten auf die deutschen „Pedanten und Frechlinge", die es verbessern wollen. Sie tadeln, daß nichtamtliche Angaben, Auszüge aus Reden und Zeitungen und andere Eindrücke mit amtlichen Äußerungen und Tatsachen vermengt würden, sodaß man den Faden der Wirklichkeit nicht mehr finden könne!

Dieser Tadel kann die nachfolgenden Untersuchungen nicht treffen. Gerade weil sie die Wirklichkeit fassen wollen, berücksichtigen sie auch Volksstimmung und öffentliche Meinung. Denn darin spiegelt sich das Wesen von Volk und Staat wieder, drückt sich ein bedeutendes Stück belgischer Politik aus. Rühmen doch die Belgier selber gerne, daß in ihrem demokratischen, freiheitlich und parlamentarisch regierten Lande dem Willen und den Anschauungen des selbstherrlichen Volkes und seiner Wortführer eine weit größeres Gewicht zukomme, als anderwärts, als etwa in dem rückständigen Deutschland!

Es geht also nicht an, die Äußerungen, Einwirkungen und Handlungen von Parteiführern, Parlamentariern, Offizieren, bekannten Schriftstellern und Zeitungen den Lesern vorzuenthalten und zu mißachten, weil sie jetzt unbequem geworden sind

und nachträgliche amtliche Kundgebungen stören. Auf den nachfolgenden Blättern wird absichtlich den Belgiern und ihren guten Freunden aus der Republik und von jenseits des Kanals in reichlichem Umfange das Wort gelassen. Mögen sie selbst von sich und ihrem Tun Bericht geben! So mag eine Art von quellensicherem Wegweiser entstehen durch die Vielfältigkeit der in dieser Schrift behandelten politischen Verhältnisse. Auf Belege deutschen Ursprungs habe ich verzichtet, solche neutraler Herkunft nur gelegentlich herangezogen. Dieses Verfahren wird, so hoffe ich, auch von den Gegnern richtig gewürdigt werden, um so mehr, als ich auch bisher verborgene Quellen erschließen und manches handschriftliche Stück aus dem Dunkel der Brüsseler Ministerialakten ans Tageslicht ziehen konnte.

Eine geschlossen fortlaufende Darstellung ist nicht beabsichtigt, wie schon aus der Anlage der Schrift ersichtlich. Von verschiedenen Stoffgebieten und Standpunkten aus suchen die einzelnen Aufsätze die belgischen Dinge zu ergründen. Daß dabei der eine oder andere Gegenstand in verschiedenem Zusammenhange mehrmals besprochen wird, selbst auf die Gefahr hin, daß dies nach Wiederholung aussieht, kann nur klärend wirken. Vollständigkeit oder Vollkommenheit wird man von einer Arbeit, die die erste ihrer Art ist, nicht verlangen wollen. Sie soll in erster Linie die Tatsachen feststellen und die wirklichen Zusammenhänge aufdecken. In dieser Begrenzung wird sie, so glaube ich annehmen zu dürfen, die bisherige Kenntnis des Falles Belgien nicht unerheblich erweitern und vertiefen.

Freilich die Schreiber, Redner und Staatsmänner des Weltverbandes werden sich dadurch ihre Legende von dem gänzlich

unschuldigen, stets loyalen Belgien nicht beeinträchtigen lassen. Ihr Widerstreben ist begreiflich. Sie wollen nicht darauf verzichten, mit diesem Trugbilde politische Geschäfte zu machen. Das üppige Rankenwerk gefühlvoller Erzählungen und giftiger Geschichtslügen, das die Wahrheit über Belgien verhüllt, soll weiter wuchern. Es wird diese aber letzten Endes doch nicht ersticken können.

Je mehr der Weltverband die „Schuld“ Deutschlands am Weltkriege mit dem Schicksal Belgiens zu erweisen sucht, desto dringlicher wird es, die nackte geschichtliche Wahrheit darüber offenkundig zu machen. Deutschland hat sie in keiner Weise zu fürchten.

Brüssel, im Mai 1917.

Dr. P. Dirr.

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort . . . . . V—X

Eine belgische Anklage gegen Frankreich (1905) . . 1—23

Vorbemerkung 3.

Offener Brief an den französischen Gesandten M. Gérard . . . . . 5 ff.

Offener Brief eines Belgiers gelegentlich der Unabhängigkeitsfeier 1905 S. 5; Frankreichs Rolle bei der Begründung Belgiens 5; Vorherrschaft der französischen Sprache und Unterdrückung des vlämischen Volkes 9; Verwelschung der Schulen 11; französische Unterrichtsbücher 14; die belgische Volksseele 18; wallonische und franzosenfreundliche Kundgebungen 19; Gefahr einer Aufsaugung durch Frankreich 21; die vlämische Bewegung als einziges Bollwerk 22.

Frankreichs Werbeverbände auf belgischem Boden . . 25—56

Die Alliance Française und die Vulgarisateurs . . . . . 27 ff.

Gründung und Zweck der A. F. 27; Auftreten in Belgien 28; Association pour la Vulgarisation de la Langue Française in Gent 30; erster Kongreß des Bundes für die Ausbreitung und Pflege der französischen Sprache (Lüttich 1905) 32; Bureau der Fédération Internationale 34; zweiter Kongreß in Arel (1908) 35.

Die brabantische Abteilung der Alliance . . . . . 38 ff.

Gründung und Aufgabe 38; erster nationaler Kongreß der französischen Geistesarbeit (Brüssel 1910) 39; Tätigkeit in Paris 40.

Seite

Die Amitiés Françaises . . . . . 41 ff.
Gründung 41; Comité du Patronage 42; erster Weltkongreß der A. F. (Mons 1911) 43; Vorbereitungen zum Kongreß 43; belgische Verherrlichung Frankreichs 45; Großfrankreich und die „Ostmarken“ 47; Kampf gegen Pangermanismus und Vlamen 49; großfranzösische Werbetätigkeit der A. F. im belgischen Lande 52.

Kleinere Verbände . . . . . 53 ff.
Der Bund zur Verteidigung der französischen Sprache 54; sein Eingreifen in die Politik 54; Bund der französischen Sprachvereinigungen 55; Bund für die Sprachenfreiheit 55; Urteil der Zeitschrift Vlaamsche Hoogeschool 55; Ostmarkenarbeit 56.

Die Wallonische Bewegung . . . . . 57—119

Belgier oder Franzosen? . . . . . 59 ff.
Wallonen und Franzosen 59; die ältere wallonische Bewegung 60; die Société de Propagande Wallonne und die ältere Ligue Wallonne 60; franzosen freundliche Kundgebungen und Kongresse 61; die jüngere Ligue Wallonne 62; Führer der Bewegung 62.

Der Wallonenkongreß in Lüttich (1905) 63 ff.
Bedeutung des Kongresses 63; Ziele der wallonischen Bewegung nach Jenissen 63; Nationalbelgier 64; Henri Pirenne auf dem Kongreß 64; Kampf gegen die Vlamen 65; die Ligue Wallonne und ihr Programm 66.

Neue Ziele . . . . . 67 ff.
Lütticher Erinnerungsfest (1906) 67; Jungwallonen und nationalfranzösische Strebungen 68; gegen die belgische Volks- und Staatseinheit 69; Wallonien gegen Flandern 70.

Los von Flandern! . . . . . 73 ff.
Forderung der Verwaltungstrennung 74; Werbetätigkeit für die Trennung 74; im Senat 75; das Ziel der Trennungsbewegung 76; Jungwallonien und

Seite

Jungfrankreich 77; Provinzialräte für die Trennung 79.

Aus Destrées Brief an den König . . . 80 ff.
Es gibt keine „Belgier“ 80; Gefahr der Unterdrückung der Wallonen durch die Vlamen 84; drohender Zusammenstoß zwischen beiden Stämmen 85; die Verwaltungstrennung als einzige Rettung 86; Entgegnung des Vlamen Hypolieth Meert 88.

Die Assemblée Wallonne . . . . . 90 ff.
Gründung und Aufbau 90; Sammelpunkt der wallonischen Propaganda ohne Unterschied der Parteien 91; Wallonische Gruppen 92; Zeitschriften 93; enge Beziehung zu den französischen Werbeverbänden 93; Verbindung mit den Amitiés Françaises 94.

Auf dem Wege zur Annexion? . . . . . 96 ff.
Wallonien französisches Land 96; Vorwurf des „Pangermanismus“ gegen die Vlamen 97; die Verwaltungstrennung als Vorstufe der Angliederung Walloniens an Frankreich 99; der Annexionismus 100; im belgischen Parlament 102; Aufforderung an Frankreich, Wallonien vor der deutschen „Knebelung“ zu retten 103.

Regierung und belgische Nationalisten als Mitschuldige . . . . . 105 ff.
Gleichgültigkeit der belgischen Staatsgewalten 105; warnende Stimmen 106; Widerstand der Nationalbelgier und Franskiljons gegen die Trennung 107; für ein Einheitsbelgien französischen Gepräges 109; Carton de Wiart und de Broqueville als Vlamengegner und Parteigänger dieser Richtung 110.

Die wallonischen Katholiken . . . . . 111 ff.
Anfängliche Zurückhaltung 111; die „Gesellschaft für wallonische Kunst“ 112; Versuche zur Einreihung der katholischen Vereinigungen Walloniens in die Assemblée Wallonne 113.

Kammerwahlen und Ministerpräsident 114 ff.

Seite

Fragebogen der Assemblée Wallonne für die Wahlkandidaten 114; unabhängige wallonische Kandidaten 115; der Brief des Ministerpräsidenten Baron de Broqueville 115.

Die Massen für Frankreich . . . . . 117 ff.
Die Sozialdemokratie im Gefolge der jungwallonischen Bewegung 117; Massenkundgebungen 118; Forderung einer engeren Verbindung mit Frankreich 119.

Politik in der Schule . . . . . 121—142

Nationale oder französische Erziehung? . . . . . 123 ff.
Welsche Ziele 123; ihre Durchführung auch in Flandern 123; Unmöglichkeit einer nationalbelgischen Erziehung 124; Folgen der französischen Erziehung an den Mittelschulen 125; die Mädchenschulen in Flandern 125; französische Orden in Belgien 126.

Arm Flandern . . . . . 126 ff.
Schlimme Folgen der Schulverwelschung für das vlämische Volk 126; wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Tiefstand 128.

Neutralitätswidrige Eingriffe und Franzosenschulen . . . . . 129 ff.
Wühlarbeit der französischen Verbände in den Schulen 129; die französische Schule in Brüssel als Mittelpunkt der Werbetätigkeit 132; das Institut Rachez 134.

Aus belgischen Schulbüchern . . . . . 135 ff.
Deutschfeindliche Schulbücher und Lesestücke 136; Verherrlichung Frankreichs 140; Preisbücher 141.

Diplomatische Werber . . . . . 142—155

Französische und deutsche Vertretung in Brüssel . . . . . 145 ff.
Französische Geheimfonds für Belgien 145; Pro-

Seite

pagandatätigkeit der Brüsseler Gesandschaft 146; Zurückhaltung der Vertretung des deutschen Reiches 146; französische Feste 146; Trinksprüche und Reden 147.

Generalkonsul Crozier und die Vlamen 148 ff.
Rundschreiben der französischen Konsulate über die vlämische Bewegung 148; Generalkonsul Crozier in Antwerpen, ein Kämpfer gegen das vlämische Volkstum 149; öffentlicher Protest gegen seine Tätigkeit 149.

Der Fall Klobukowski . . . . . 151 ff.
Untätigkeit der belgischen Regierung gegenüber dem Treiben der französischen Vertreter 151; Entgegenkommen der französischen Diplomatie im Auslande; Klobukowskis öffentliche Kritik der belgischen Schulpolitik 152; belgische Entgegnung 153.

Die französische Handelskammer . . . 154 ff.
Politische Ziele 154; ihre Mithilfe bei der Werbearbeit 155.

Politische Geschichtsklitterung und belgische Huldigungen . . . . . 157—188

Die Fabel vom hilfreichen Frankreich 159 ff.
Frankreichs angeblicher Anteil an der Begründung und Erhaltung der belgischen Selbständigkeit 159; die dankbaren Belgier huldigen der „Schutzherrin“ 162.

Auf der Brüsseler Weltausstellung — Beulemansreisen . . . . . 163 ff.
Das Franzosentum auf den belgischen Weltausstellungen 163; Verbrüderung auf der Brüsseler Ausstellung 164; „Belgien ein Eckchen Frankreichs“ 166; Rundreise des Pariser Gemeinderats in Belgien 166; belgische Gemeinderäte in Paris 168.

Waterloo-Jemappes . . . . . 169 ff.
Kampf gegen die Waterloofeiern 169; die Jemappesbewegung (1890) 170; Aufruf und Werbung für das

Seite

Denkmal (1908) 172; die Denkmalsenthüllung bei der Tagung der Amitiés Françaises (1911) 175; Verein der Freunde von Jemappes 198; das Viktor Hugo-Denkmal auf dem Schlachtfelde von Waterloo 179.

König Albert in Paris . . . . . 180 ff.
Die französische Presse und der Besuch König Alberts in Berlin 180; Empfang des Königs in Paris 181; die Rede des Königs 183; Albert I. als Schirmherr von den Amitiés Françaises in Anspruch genommen 184.

Wie das belgische Parlament Frankreich huldigte . . . . . 185 ff.
Zwischenfall in der Abgeordnetenkammer am 6. Februar 1913 S. 185; „Vive la France" 186; das Eintreten des Ministerpräsidenten 186.

Noch zwei merkwürdige Fälle . . . . . 187 ff.
Der Abgeordnete Lorand und Poincaré 187; eine Grabrede 188.

Gand gegen Gent . . . . . 189—224

Französlinge und vlämische Bewegung 191 ff.
Die Genter Französlinge und das vlämische Volk 191; Wesen der vlämischen Bewegung 193; französische Ansprüche auf Flandern 195; Maeterlinck und die vlämische Bewegung 197; der Franskiljonismus in wallonischer und französischer Beleuchtung 199.

Der Vorstoß der Pariser Regierung . . 201 ff.
Frankreich und die französische Hochschule in Gent 201; die Genter Weltausstellung (1913) als Propagandamittel 201; Erklärung des französischen Handelsministers in der Kammer 204; franskiljonische Huldigungen an Frankreich 205.

Frankreich auf der Genter Ausstellung 207 ff.
Französischer Aufwand auf der Ausstellung 207; Genter Trinksprüche 208; Zurücksetzung der Vlamen 209; der vlämische Hochschultag hintertrieben 210; vlämische und holländische Urteile 211.

Seite

Der Hochschulstreit . . . . . 213 ff.
Die Umwandlung der Genter Hochschule als Losung der vlämischen Volksbewegung 213; die Gegner 215; Rückwirkung auf die politischen Parteien und die politische Lage des Landes 217; Einigkeit der Vlamen 220; die Hochschulfrage in der Kammer 221; zweifelhafter Erfolg des vlämischen Antrags 223.

Presse und Schaubühne . . . . . 225—251

Pariser Presse und belgisches Zeitungswesen . . . . . 277 ff.
Pariser Zeitungen in Belgien 227; Unselbständigkeit der belgischen Presse 228; der Antrag Wauvermans 230; enge Wechselbeziehungen zwischen französischen und belgischen Redaktionen 231; die Gruppe des XX. Siècle und des Ministerpräsidenten 232.

Unterstützungen und Belohnungen . . 234 ff.
Französische Geheimfonds 234; der Antrag Gérard Harry auf dem Kongreß in Arel 235.

Verhängnisvolle Wirkungen . . . . . 257 ff.
Die Französierung der öffentlichen Meinung 237; Deutschfeindlichkeit 238; Geringschätzung der vlämisch-niederländischen Literatur und Kultur 239; amtliche Bevorzugung französischer Büchereien und Bildungsstätten 241.

Broschüren, Kalender und Fachblätter 242 ff.
Französische Schriften-Propaganda 242; der Almanach Hachette-Lebègue 242; deutschfeindliche Fachzeitschriften 245.

Die Schaubühne als Stätte der Propaganda . . . . . 246 ff.
Französische Theaterpropaganda 246; die Comédie Française 247; deutschfeindliche Hetzstücke auf belgischen Bühnen 248; Unterstützung des französischen, Vernachlässigung des niederländischen Theaters 250.

Seite

Deutsche und französische Gefahr . . . . . 253—316

Das deutsche Schreckgespenst . . . . 255 ff.
„Deutsche Gefahr“ und „Pangermanismus“ als Schlagworte der politischen Stimmungsmache 255; neutrale Urteile 257; ein belgisches Zeugnis für die Verlogenheit dieser Verhetzung 259; die angeblichen Eroberungsabsichten Deutschlands 260; Deutschland der „Feind Walloniens“ 263; der „Pangermanismus“ auf den Kongressen 265.

Wirtschaftliche Durchdringung. — Antwerpen ein deutscher Hafen . . 266 ff.
Die deutsch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen in französischem Lichte 266; Deutschland will Antwerpen erobern 268; sachliche belgische Urteile 271.

Vlamen und Deutsche . . . . . 273 ff.
Alldeutschtum und vlämische Bewegung 273; Vlamen über das Verhältnis ihres Volkes zu Deutschland (1901 und 1913) 277; Unabhängigkeit der vlämischen Bewegung 279; ein französisches Zeugnis 280.

Der französische Vergeltungsgedanke und das „lateinische“ Belgien . . . 281 ff.
Revanche und elsaß-lothringische Frage in Belgien 284; Belgier in Elsaß-Lothringen 282; Belgien ein Stück der „lateinischen Welt“ 283; Lateiner gegen Teutonen 285.

Der Warnruf eines Wallonen . . . . . 287 ff.
Integers Buch „Belgique et Allemagne“ 288; Vernünftige Beurteilung Deutschlands 289; Haltlosigkeit der landläufigen belgischen Auffassungen 291; die französische Gefahr größer als die deutsche 293; keine nur begriffliche, sondern wirkliche Neutralität 294.

Rheingrenze und französischer Machtgedanke . . . . . 295 ff.
Frankreichs „natürliche Grenzen“ 295; Bedrohungen der belgischen Selbständigkeit durch Frankreich 297;

Seite

die Rheingrenze politisches Ideal auch unter der dritten Republik 301; Belgiens öffentliche Meinung irregeführt 306; Franzosenbegeisterung, Sammlung für die französische Luftflotte in Belgien 308; Soldatenverbrüderung 309.

Wirtschaftliche Angliederung . . . . 310 ff.
Französische Versuche einer wirtschaftlichen Unterjochung Belgiens 310; Neigungen für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß 312; französisch-belgische Finanzbeziehungen 313; Verkümmerung der vlämischen Provinzen 314; der finanzielle Einfluß der Ententeländer und seine Folgen 315.

Zwischen Dreibund und Dreiverband . . . . . 317—398

Die Einkreisungspolitik und die belgischen Gesandten . . . . . 319 ff.
Emile Banning über den Zweibund (1891) 319; kriegerische Ziele des Dreiverbandes 319; Urteile der belgischen Gesandten — schwere Anklagen gegen den Dreiverband 321; Gegensatz der Berichte und der landläufigen öffentlichen Meinung 324; Kennzeichnung der französischen Politik 326; Brandmarkung der Ententepresse 327; Abschwächungsversuche der Regierung in Le Havre 328; Beyens gegen Beyens 329; Belgiens Schuld im Lichte der Gesandtschaftsberichte 333.

Staatsnationalismus und Machtpolitik in Belgien . . . . . 335 ff.
Wandlungen der belgischen Neutralität, Flankendeckung für Frankreich 335; das „Größere Belgien" 336; Leopold II., Emile Banning und der neubelgische Nationalismus 338; die machtpolitische Strömung 341; Umschwung durch englisch-französische Verständigung (1904) 341; Geschichtslehren von Kurth und Pirenne 343; die belgische Volksseele 345.

Seite

Wehrhafter Imperialismus . . . . . 347 ff.
Wirtschaftliche und kapitalistische Ausbreitung 347; die Ligue maritime belge 348; Kolonialpolitik 348; die Ligue de défense nationale 349; die Union des Sociétés pour la défense nationale 349; die Union patriotique Flamande-Wallonne 350; die Jeune Droite Trägerin des national-belgischen Machtgedankens 350; Politik de Broqueville's, im Widerspruch zur älteren belgischen Staatskunst 351; das neue Lotharingien 354; Enthüllungen über den belgischen Imperialismus 357; Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu den großbelgischen Plänen 359.

Unter der Last des Kongo . . . . . 359 ff.
Die Kongopolitik im Urteil eines belgischen Abgeordneten 360; Widerstand gegen die Übernahme der Kolonie 361; verhängnisvoller Einfluß auf die belgische Außenpolitik 362; der Kongo als englisches Druckmittel 363; Graf Dubois über Englands Rolle 364; französische Lockungen 365.

Heraus aus dem Neutralitätsturm! . . 366 ff.
Die älteren Auffassungen über die Neutralität 366; Wandlung durch den neueren Nationalismus 367; die Neutralität eine Fessel 367; Abbé de Lannoy über die bedingte Geltung der Neutralität 368; will Bündnis mit England 368.

Das Zusammenspiel mit den Westmächten . . . . . 373 ff.
Die Conventions Anglo-Belges (1906) 373; vergebliche Rechtfertigungsversuche 374; Ducarne bei den französischen Manövern (September 1906) 375; Umschwung der Weltlage und Anschwellen der militaristischen Strömung 377; die Frage eines Bündnisses mit Holland 378; englischer Druck 379.

In der Gefolgschaft Englands . . . . 380 ff.
Fortdauernde Wirkung der Verabredung von 1906 S. 380; vorübergehende Schwankung 1909 S. 382;

Seite

der Generalstabschef über die westliche Gefahr 382; keine ernstlichen Abwehrmaßregeln dagegen 385; die Öffentlichkeit und die englischen Landungsabsichten 385; Zusammenwirken Belgiens mit Frankreich-England 386; Greindls Warnung 389; englische Drohungen und belgische Unterlassungssünden 391; belgische Offiziere über die Landungsfrage 393.

Frankreich konnte warten . . . . . 394 ff.
Wort des Reichskanzlers 394; Belgien ein Schutzwall für Frankreich 394; mißachtende Urteile über die Neutralität 395; französische Bereitschaft 397; Beziehungen zwischen belgischer und französischer Heeresleitung 398.

Die Wehrfrage . . . . . 399—443

Parlament und Generalstab . . . . . 401 ff.
Die Militärkommission von 1900/01 S. 401; Widerstreit zwischen Parlamentsmehrheit und Militärpartei 402; grundsätzliche Ablehnung der militärischen Machtpolitik 403; Wandlung in der Mehrheitspartei, Wehrgesetz von 1909 S. 405; Wirkungen der geheimen Verabredungen von 1906 S. 407; Mißbrauch der Neutralität 410; die machtpolitische Richtung in der Regierung 411.

Das Erwachen des belgischen Löwen 412 ff.
Anschwellen der nationalistischen Bewegung seit 1911 S. 412; Vorbereitung der Heereserneuerung in der Presse; der Vorstoß des Soir 413; Rücktritt des Kriegsministers Hellebaut, der Ministerpräsident De Broqueville Kriegsminister 415; Werbetätigkeit militaristischer Vereinigungen 416; Zustimmung der englischen und französischen Presse 417; Einwirkungen der Westmächte 418.

Das belgische Heer — der Westmächte Wehr . . . . . 420 ff.
Belgien und die Rüstungspolitik des Dreiverbandes 420; politische Bedeutung der Wehrvorlage,

Seite

Äußerungen des Ministerpräsidenten 422; die Vorlage in der Kammer 424; sozialistische Enthüllungen über die belgische Militärpolitik 425; französische Auffassungen 427; vlämische Besorgnisse 429.

Wallonische Wehrpolitik . . . . . 430 ff.
Welsche Grundstimmung des Heeres; Zusammentreffen des Staatsnationalismus, der großfranzösischen und der wallonischen Bewegung in den Rüstungsforderungen; Stellung der Assemblée Wallonne 430; der Freischarenkrieg nach welscher Vorstellung, Verhetzung der Bevölkerung 432.

Das Ergebnis . . . . . 434 ff.
Das Gesetz von 1913 ein Erfolg der vereinigten deutschgegnerischen Kräfte 434; vlämische Erkenntnis 436; der deutsche Einmarsch ein Eroberungszug oder eine Notmaßnahme? 439; Urteil von Bernard Shaw 441; Belgien und die Neutralität Hollands und Luxemburgs 441.

Versuchungen Hollands . . . . . 445—465

Bündnispläne . . . . . 447 ff.
Belgisch-holländische Annäherungsversuche 447 Pläne eines Militär- und Wirtschaftsbündnisses 1906 448; Bündnisbewegung und Umfrage von Eugen Baie im Petit Bleu 449.

Die Westmächte im Hintergrunde . . . 454 ff.
Mitwirkung der Pariser und Londoner Zeitungen und Politiker 454; vlämischer Widerstand und Abneigung der Holländer 455; die Kommission Hollando-Belge 457.

Bemühungen des belgischen Generalstabs 458
Haltung des belgischen Ministeriums, Denkschrift des Generalstabs 458; militärisches Gutachten, veröffentlicht von Baie 459; Vorschlag einer geheimen

Seite

Verständigung mit Holland 459; Zurückhaltung der Regierungen 460; Aussprache belgischer und holländischer Offiziere, ablehnende Haltung der Holländer 461.

Die Schelde und Vlissingen . . . . . 461 ff.
Gegensatz der belgischen und holländischen Auffassung in der Scheldefrage 461; holländische Küstenverteidigung und Befestigung Vlissingens 462; Widerspruch der Belgier 463; Haltung des Brüsseler Kriegsministeriums 464; Standhaftigkeit Hollands 465.

Anmerkungen . . . . . 467 ff.

Namenverzeichnis . . . . . 472 ff.

Eine belgische Anklage gegen Frankreich (1905).

Vorbemerkung.

Die Feier des 75jährigen Bestehens der belgischen Unabhängigkeit im Jahre 1905 gab der französischen Republik Veranlassung, vor aller Welt eine auffallend freundschaftliche, fast zärtliche Vorliebe für das belgische Nachbarland zu bekunden. Nichts ward versäumt, um der Lütticher Weltausstellung durch eine glänzende Teilnahme Frankreichs zu einem großen Erfolge zu verhelfen und ihr zugleich ein Gepräge zu geben, das der französischen Eitelkeit möglichst schmeichelte. Die Franzosen begnügten sich nicht mit Schaustellungen für die Augen, sondern wandten sich mit geschickt eingerichteten Vortragsveranstaltungen auch an den Geist und die Gemüter der Besucher, um sie für Frankreichs Vorzüge und Herrlichkeiten noch mehr empfänglich zu machen. Daß der führende französische Werbeverband, die Alliance Française, in Lüttich mit einem großen internationalen Kongreß des Bundes zur Ausbreitung der französischen Sprache und Kultur auftrat, paßte ganz in diesen Rahmen. Ebenso, daß dieser Tagung ein vom gleichen Geiste getragener wallonischer Kongreß folgte.

Freilich, das kleine Belgien geriet bei diesem Verfahren tief in den Schatten der in leuchtendem Ruhmesglanz erstrahlenden größeren „südlichen Schwesternation", die sich mehr als schicklich in der herkömmlichen Rolle einer Gönnerin und Führerin des kleinen „Schützlings" gefiel. Von Unbehagen ergriffen, fühlten gewisse belgische Kreise doch das Bedürfnis, aus dieser allzu bescheidenen Nebenstellung herauszukommen und zu zeigen, daß Belgien sich auch Frankreich gegenüber als mündig betrachte. Man feierte ja doch das Jubiläum der eigenen Unabhängigkeit und staatlichen Selbständigkeit und nicht das der französischen Vormundschaft! So hielt man denn in den letzten Monaten der Ausstellung noch „belgische Jubiläumskonferenzen", um den bedenk-

lichen Eindruck zu verwischen, den die französischen bei vielen Leuten hinterlassen hatten. Die Vortragenden bemühten sich redlich, die nationale Selbständigkeit und Entwickelung des Landes auf allen bedeutenden Lebensgebieten ins rechte Licht zu setzen. Allein es war eben doch vorher schon zuviel und zu lange darüber geredet worden, daß Belgien sein Licht von Frankreich empfange, wie der Planet von der Sonne, als daß das patriotische Unternehmen noch so recht hätte wirken können. Zudem betonte Herr Emile Digneffe, der Vorsitzende des Ausstellungskomitees, bei Beginn der Vorträge mit einem bewundernden Hinweise, daß diese nationalbelgische Veranstaltung eine Nachahmung der eindrucksvollen „oratorischen Ausstellung" sei, mit der Frankreich alle Welt gefangen genommen habe.

Ein belgischer Patriot hat 1905 den beschämenden französischen Einschlag dieser sogenannten Unabhängigkeitsfeste mit beißendem Hohne gegeißelt in dem offenen „Brief eines belgischen Patrioten an Seine Exzellenz M. A. Gérard, außerordentlichen Gesandten und Minister der französischen Republik bei S. M. dem König der Belgier". (Imprimerie N. De Bremaeker-Wauts, Brüssel 1905.)

Der Verfasser, dessen Deckname einen in Belgien wohlbekannten, geachteten Namen birgt, nahm die Gelegenheit wahr, um gegen Frankreichs gefährliche Politik der freundschaftlichen Einkreisung Belgiens eine wuchtige Anklage zu erheben. Auf klarer Geschichtserkenntnis und wissenschaftlich sicherer historischer Tatsachenverknüpfung aufgebaut und in ehrlicher Sorge um die Zukunft des Vaterlandes geschrieben, ist dieser offene Brief mit seiner zwingenden Beweisführung zugleich ein unwiderlegliches Zeugnis der neutralitätswidrigen französischen Ausbreitungssucht und der schuldhaften Schwäche des belgischen Widerstandes.

Das Stück folgt nachstehend in wörtlicher Wiedergabe.

Offener Brief an den französischen Gesandten M. Gérard.

Exzellenz!

Die internationale Ausstellung von Lüttich liegt hinter uns. Ihr Erfolg war zum großen Teile der so ungewöhnlich glänzenden und tätigen Beteiligung Frankreichs zuzuschreiben, das damit dem offenkundigen Siege des in Belgien seit 1830 genährten französischen Einflusses das Weihesiegel aufdrückte.

Gleichzeitig nahm jene lange Reihe von üppigen Festen ihr Ende, welche der 75jährigen Jubelfeier des Bestehens unserer Unabhängigkeit galten. — Sie waren ein ununterbrochenes und schwungvolles Dankkonzert zu Ehren Frankreichs und erst in zweiter Linie ein Bekenntnis nationalen Stolzes, der mit Eifersucht über die Selbständigkeit des Vaterlandes wacht und der Pflichten, die hieraus folgen, sich wohl bewußt ist.

Die Freude darüber, daß man sich als ein freies Volk fühlen darf, also das nationale Selbstbewußtsein, legte unsern amtlichen und nichtamtlichen Festrednern auf jenen so geschickt angeordneten und immer wieder erneuerten Versammlungen und Kundgebungen weit weniger überschwengliche Worte in den Mund, als es für die Verhimmelung Frankreichs geschah, dessen unleugbare und bekannte Einmischung in die Vorgänge von 1830 in Lobesgrüßen maßloser Art gefeiert wurde.

Dabei hat Sie, Herr Gesandter, Eins verblüffen müssen, nämlich die Unkenntnis unserer Rauchfaßschwinger über den Umfang, das wahre Wesen und den eigentlichen Anlaß der Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten zuerst des Königreichs der Niederlande, hernach des Königreichs Belgien.

Daß vor allem Frankreich es zuwege brachte, daß jenes Werk des Wiener Kongresses, bestehend in dem vereinigten König-

reich der holländischen und der flandrischen Provinzen, zerstört wurde, wird keiner ableugnen! Daß Frankreich der eigentliche Anstifter und Leiter der umstürzlerischen Bewegung (1830) war und diese vorbereitet und genährt hat, sowohl mit Geld als mit Teilnehmern, hat die Geschichte unumstößlich erwiesen.

Der Briefwechsel des Lord Palmerston, des damaligen Leiters des englischen Auswärtigen Amtes mit dem damaligen französischen Minister des Auswärtigen erweist übrigens zur Genüge, daß der letztere England zu bestimmen wußte, jenes Unternehmen der Zersetzung zu unterstützen, wodurch der rasche Aufstieg eines Landes gebremst wurde, das geistig und wirtschaftlich im besten Zuge war, für England ein nicht zu unterschätzender Wettbewerber auf dem Meere und mithin auf dem Weltmarkte zu werden.

Ich übergehe die einzelnen Vorgänge jenes Kampfes, welchen unparteiische Schriftsteller schon mit Recht den franko-belgischen Aufstand von 1830 zu nennen pflegen, und will nur auf die einzige Tatsache hinweisen, die ein beredtes Zeugnis ablegt für die Rolle, welche Frankreich spielte: Die erste Fahne, welche am Rathause zu Brüssel von den siegreichen Revolutionären gehißt ward, war die französische. Jener Übereifrige, der hiermit allzu frühzeitig den Schleier wegzog, der das Ziel und die Pläne des Pariser Kabinetts noch verhüllen sollte, kannte offenbar nicht den Standpunkt Londons und Berlins, wo man im gegebenen Augenblick durch eine kräftige Gebärde die Verwirklichung dieser nun handgreiflich gewordenen Absichten zu durchkreuzen und sie auf lange hinaus, vielleicht für ein ganzes Jahrhundert, zu verzögern wußte, diese Absichten, die einen Jahrhunderte alten Traum bedeuteten, welchen nacheinander die Könige von Frankreich, die Republik und das Kaiserreich hegten.

Der Erfolg der Revolution und jene Erklärung des ewigen Ausschlusses des Hauses Oranien-Nassau von der Herrschaftsgewalt in Belgien, war nur die halbe Verwirklichung dessen, was Frankreich so offenkundig angestrebt hatte: nämlich die vollständige Einverleibung der neun Provinzen, welche heute das Königreich Belgien ausmachen. Die Unabhängigkeitserklärung

des belgischen Volkes vom 18. November 1830 bedeutete für Ihr Land, Herr Gesandter, eine rechtschaffene Enttäuschung.

Die französischen Staatsmänner verloren deswegen aber durchaus nicht den Mut. Sie verfolgten die vorgesteckten Ziele unermüdlich auf den mannigfachsten Wegen, und diese Ziele hießen: Rückkehr der belgischen Provinzen zu Frankreich, unter dessen tyrannischem Joche sie von 1794—1814 hatten leiden und seufzen müssen; Bewerbung des Herzogs von Nemour, des Sohnes Ludwig Philipps, um den neuen belgischen Thron; ins einzelne ausgearbeitete Vorschläge zu einer Teilung unserer Provinzen, wobei die wallonischen Gebietsteile rundweg Frankreich zugeschlagen werden sollten; Abbröckelungen wie die Abtretung von Marienburg und Philippeville an Frankreich. Dies waren die Mittel und Wege, welche Frankreich in Verfolgung seiner einmal gefaßten Absicht unerschütterlich einschlug, die aber alle erfolglos blieben, weil es noch einen Stärkeren und Hellsichtigeren gab, nämlich den englischen Minister Palmerston, welcher der wahrhafte Retter und Begründer der belgischen Unabhängigkeit ist[1]).

Der wandlungsfähige und wenig gewissenhafte Fürst Talleyrand, welcher seinerzeit Frankreich auf dem Londoner Kongreß vertrat, erwarb sich damals die redlichsten Verdienste um sein Vaterland, dessen überkommene Politik der Vergrößerung und der Eroberung er mit einer derartigen Zähigkeit und Doppelzüngigkeit zu leiten wußte, daß jene Worte Palmerstons nur allzu gerechtfertigt waren, welche er am 23. August 1831 an den englischen Gesandten in Paris, den Grafen Granville, schrieb:

> „Sicherlich standen wir niemals einer schwierigeren Aufgabe gegenüber, als derjenigen, die wir jetzt lösen müssen: nämlich die Räumung Belgiens durch die Franzosen. Die Franzosen wollen darin bleiben."

Getreu ihren geschichtlichen Gepflogenheiten — Gepflogenheiten, denen sie übrigens für ewige Zeiten treu bleiben werden — wollten Ihre Landsleute, mein Herr Gesandter, unter ihrer gewöhnlichen Maske der Hochherzigkeit, der Freiheitsverkündigung und des

[1]) Die Geschichte beweist, daß die übrigen Großmächte, insbesondere Preußen, ebenfalls ihren großen Anteil an dieser Schöpfung hatten. D. H.

Eintretens für die Erlösung eines Volkes, das angeblich unterdrückt werde, ganz einfach jenen Leitspruch Mac-Mahons vorweg nehmen: „Hier bin ich und hier bleibe ich.“ Der Spaßverderber bei der Sache, die so reiche und vielversprechende Ausblicke bot, war aber der geriebene Palmerston, vor dessen Ultimatum Frankreich schließlich zurückweichen mußte, war die Drohung, „daß jede neue Verzögerung in der Zurückziehung französischer Truppen aus Belgien von England als Kriegsgrund angesehen werden würde“. Dies endlich vermochte Ihre Regierung dazu zu bringen, Herr Gesandter, daß sie ihre Beute, die sie schon endgültig zu besitzen glaubte, wieder fahren ließ.

Die Belgier, welche sich heute ihrer staatlichen Unabhängigkeit erfreuen, müssen ihren Dank also dem Gedächtnis des englichen Ministers darbringen. Aber in ihrer geschichtlichen Unkenntnis, die das Ergebnis unserer vaterlandsvergessenen Unterrichts-Einrichtungen ist, bezeugen sie dummerweise ihren Dank einem Volke, das seit Jahrhunderten, ohne nachzulassen, nur auf ihre Unterwerfung das Auge richtet.

* * *

Wie grausam aber auch die Enttäuschung war, welche Frankreich durch den Mißerfolg seiner eigentlichen Absichten bereitet wurde, ein Mißerfolg der unumstößlich gemacht ward durch die endgültige Erhebung Belgiens zum verfassungsrechtlichen Königreich, so ließen die Vertreter und Sendboten Ihres Landes, mein Herr Gesandter, doch nicht nach, unermüdlich die friedliche Eroberung unseres Landes durch die unaufhörliche Arbeit der Französierung fortzusetzen. Und dies mit einem Eifer und einer Ausdauer, woraus man entnehmen konnte, welch festes Zutrauen sie zur Zukunft hatten, zu einer Zukunft, in der ihre Mühe die reichsten Früchte tragen würde.

Wenn die französischen Soldaten durch das Eingreifen Englands, dem Preußen beigetreten war, auch gezwungen wurden, den belgischen Boden zu verlassen, so blieb doch der französische Geist im Lande und richtete sich als unumschränkter Befehlshaber ein, sowohl in unserem sogenannten Volksheere, in den Geschäftsstuben aller unserer öffentlicher Ämter, in den Gerichts-

sälen aller Friedens- und Strafgerichte, auf den Lehrstühlen aller Lehranstalten des höheren und mittleren, des technischen und künstlerischen Unterrichts und dies ebensowohl in den vlämischen als in den wallonischen Provinzen.

Für Frankreich war aber der Traum der Einverleibung lediglich hinausgeschoben. Der wahrhaft Unterlegene des Jahres 1830 war das vlämische Volk, gegen welches von jetzt ab ein Krieg bis aufs Messer eingeleitet wurde. Man findet die Losung dieses Krieges gedruckt in einem Briefe, den Ch. Rogier im Jahre 1832 an seinen Amtsbruder Raikem, den damaligen Justizminister, richtete:

> „Eine gute Regierung muß vor allen Dingen auf eine einheitliche Sprache der Bevölkerung gegründet sein; daß diese einzige Sprache bei uns Belgiern das Französische sein muß, versteht sich von selbst. Um diese Einheitlichkeit zu erreichen, ist es notwendig, daß alle Beamtenstellen, sowohl im Gerichtswesen, als in der Zivilverwaltung und im Heere von Wallonen oder Luxemburgern besetzt werden; wenn auf diese Weise der Vlame aller der Vorteile, die an jene Stellen geknüpft sind, für eine Weile beraubt wird, ist er wohl oder übel gezwungen, die französische Sprache zu erlernen und damit wird der germanische Bestandteil in Belgien nach und nach ausgerottet werden."

Dies waren die Gefühle, welche die vorläufige Regierung beseelten, deren Mitglieder das Entstehen der Revolution genährt und gefördert hatten, jener Umwälzung, welche von den wallonischen Einwohnern als Befreiung von der Herrschaft des holländischen Königs Wilhelm gemeint war. Hatte doch dieser Herrscher die niederländische, das heißt vlämische Sprache als Verkehrssprache bei allen öffentlichen Verwaltungsstellen auf flandrischem Boden eingesetzt. Die neue Regierung aber verfügte sofort unterm 20. November 1830:

> „Das amtliche Gesetz- und Verordnungsblatt wird in französischer Sprache veröffentlicht."

Derselbe Kriegsruf wider die Muttersprache der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit ertönt dann im Absatz 4 jener

anderen Verfügung der genannten provisorischen Regierung, welcher sich auf die Neugestaltung des Heeres bezieht (27. Oktober 1830):

„Die einzige bei Befehlen und in der militärischen Verwaltung zur Verwendung kommende Sprache ist das Französische."

Diese letzte Maßnahme begünstigte namentlich die Beibehaltung von Hunderten französischer Offiziere, deren verlängertes Verbleiben in hohen Rangstellen in unserer jungen Armee schließlich gewissen Kreisen die Augen öffnete und Beschwerden hervorrief, denen man zuletzt nachgeben mußte. Auch brachte uns diese Maßnahme den Neueintritt einer ganzen Menge französischer Offiziere in die Geschäftsstuben des Kriegsministeriums: Es gab in dieser Abteilung sogar französische leitende Minister, z. B. die Generale Evain und Chazal. Der erste Befehlshaber unserer Kriegsschule, die durch das Verwaltungsgesetz von 1838 errichtet ward, war Chapelié, ebenfalls ein französischer Offizier.

Dieselbe merkwürdige Vorzugsstellung war den Franzosen übrigens auch in den Zweigen der bürgerlichen Verwaltung vorbehalten: Die Leitung des Moniteur Belge war vom ersten Tage seiner Gründung ab einem Landsmann der Chazal und Evain anvertraut, nämlich Bourson, der diesen Posten viele Jahre innehatte. Ebenso war der Direktor unserer Parlamentsberichterstattung, Faure, ein Franzose.

* * *

Dieser ausschließlich französische Geist, der dem Herkommen gemäß die Beamtenschaft unserer Regierung und unserer militärischen Einrichtungen beseelt, hat sich hier derart eingebürgert, daß jene Gesetze, die dem Gebrauch des Vlämischen auf dem Verwaltungsgebiet (1878) und den Unterricht im Vlämischen auf der Kriegsschule (1888) betreffen, bis heute tote Buchstaben geblieben sind.

Wenn ich Ihnen, Herr Gesandter, weiter erkläre, daß bei allen unseren Zivil- und Konsulargerichten, auch wenn sie

sich im germanischen Landesteil befinden, ebenso bei den Berufungs- und vor allem bei den obersten Gerichtshöfen diese vlämische Sprache in Acht und Bann getan ist, und daß der einzige bekannt gewordene Versuch, den Gebrauch dieser Sprache gemäß der Verfügung in Art. 23 der Verfassungsurkunde einzuführen, mit Entrüstung wie eine Majestätsbeleidigung zurückgewiesen wurde, dann dürften Sie zur Genüge die Eitelkeit jener Beschwerden einsehen, die man kürzlich auf einem Kongreß zu Lüttich[1]) im Hinblick auf die angeblichen Ungerechtigkeiten erhob, unter denen bei uns die Bevölkerung französischer Zunge zu leiden hätte.

Unser ganzer bürgerlicher, militärischer, gerichtlicher und schulamtlicher Staatsaufbau ist derart vollständig mit französischem Geiste durchtränkt, daß es für die Vlamen das Ideal wäre, wenn ihre Sprache, wenigstens im Bereiche ihrer Landesteile jene Rechte erhielte, die der Sprache der Wallonie, d. i. dem Französischen, in allen Teilen des Königsreichs frei zugestanden werden.

* * *

Wenn schon diese Sachlage, Herr Gesandter, dazu angetan ist, Ihr französisches Herz mit Freude zu erfüllen, so muß es beim Anblick dessen, was in unseren Schulen vor sich geht, geradezu hüpfen voll der Hoffnungen, die Ihr Land für die Zukunft hegen darf. Auf diesem Gebiete reichen die bürgerlichen und die religiösen Behörden sich einträchtig die Hand, ein Bund der das Beste verspricht für Ihr liebes Frankreich.

Sie verstehen es ausgezeichnet, gemeinsam eine Reform zu bekämpfen oder hintanzuhalten, die den Gebrauch des Vlämischen als Unterrichtssprache in den freien Mittelschulen auf flandrischem Boden durchzuführen strebt, eine Maßnahme, die doch nur vorgeschlagen wurde, um wenigstens einigermaßen die Klagegründe eines großen Teils der Landeseinwohner aus der Welt zu schaffen

---

[1]) Congrès International pour L'Extension de la Langue Française, vom 10. bis 14. September 1905 abgehalten auf der Lütticher Weltausstellung unter Teilnahme der französischen Regierung und der Alliance Française. (Siehe weiter unten, S. 32ff.)

und für die Gesetze, die bei Beginn aufgestellt wurden, endlich die Geltung zu erreichen.

Was die Neugestaltung der einen von den beiden Staatsuniversitäten, nämlich die Vlamisierung Gents betrifft, so wäre das eine Umgestaltung, durch die das vlämische Volk endlich in den Besitz eines erstklassigen Hilfsmittels käme, um seinen geistigen Aufschwung zu ermöglichen. Gent wäre der allmächtige Hebebaum für eine vlämische Wiedergeburt. — Aber hier bleibt die Regierung taub gegen alle vernünftigen Forderungen der Professoren und der Studenten, der Schriftsteller und der Wissenschaftler, der Gebildeten und der vlämischen Gemeindevorstände. Die Regierung aber leiht ein nur zu williges Ohr jenen entgegengesetzten Wünschen, die soeben auf dem wallonischen Kongreß zu Lüttich in folgendem Beschluß ausgesprochen wurden:

„Auf der Genter Universität und in den Fachschulen des höheren Unterrichts müssen die Vorlesungen wie bisher auf Französisch gehalten werden."

Unsere Schulbehörde wird eine derartige, für Frankreich freundliche Haltung desto lieber beibehalten, als der gleiche Grundsatz in derselben Stadt schon vorher ausgesprochen wurde, auf jenem Kongreß für Pflege und Ausbreitung des Französischen, am 15. September, dessen Eröffnungssitzung wider alles Herkommen, die Ehre Ihrer Gegenwart, Herr Gesandter, zu verzeichnen hatte. Und dieses Gelöbnis wird auch deswegen den Behörden unseres höheren Unterrichts teuer sein, weil es unter den Augen des Herrn Gauthier, des Abgesandten des französischen Unterrichtsministers, sowie eines slawischen Vertreters beraten und gefaßt wurde, der ohne Zweifel in Begeisterung versetzt war über den Einfluß, den in Rußland die ganz französierten Kreise des Thrones, des Adels und der Beamtenschaft ausüben auf den hohen Bildungsstand des russischen Volkes, dieses Musters für die übrigen europäischen Völker!

Regierung und höhere Geistlichkeit stimmen bei uns gleichmäßig darin überein, daß in unseren Mittelschulen ein Unterrichtsplan aufrecht erhalten werden müsse, der selbst die weitest

gehenden Wünsche, die der heftigste Annexionist aufstellen dürfte, überbietet.

Da ich ein Freund der Wahrheit bin, will ich bei dieser Gelegenheit sogleich jene Verleumdungen ahnden, die man auf dem erwähnten französischen Kongreß den Bischöfen Flanderns ins Gesicht geschleudert hat. Ich möchte Sie versichern, daß der Vorwurf der Feindseligkeit gegenüber der französischen Sprache, den man ihnen machte, durchaus unverdient ist. Ganz im Gegenteil sind unsere Eminenzen mindestens ebenso gallierfreundlich wie unsere Minister, haben also ein Anrecht auf dieselben Rücksichten und Erkenntlichkeiten seitens Frankreichs, dessen Kultus sie hierzulande mit demselben hellsichtigen Eifer unterhalten und fördern.

In einem berühmten Sendschreiben wies der Kardinal Primas von Belgien auf die Notwendigkeit sozialer Verbesserungen in unserem Zweisprachenlande hin, trat aber zugleich die einfachsten Regeln der Logik mit Füßen; dabei lenkte der Kardinal die Aufmerksamkeit seiner bischöflichen Amtsgenossen im vlämischen Gebiete auch auf die Notwendigkeit, vor allem für den Unterricht in der französischen Sprache Sorge zu tragen.

In allen diesen Erziehungsanstalten werden die jungen Leute dazu angehalten, daß sie jene ihrer schuldigen Mitschüler angeben, welche sich in der Pause, in der Klasse, während der gemeinsamen Spaziergänge der Sprache ihres Vaters und ihrer Mutter bedienen; diejenigen, deren Verderbtheit auf diese Weise kund wird, straft und kennzeichnet man durch eine gehässige Brandmarkung.

In allen diesen Anstalten spielt die angestammte Volkssprache die Rolle des Mauerblümchens, den Löwenanteil erhält dafür das Französische, welches nicht nur als die Lehrsprache beim Unterricht dient, sondern der eigentliche Mittelpunkt ist, auf den all die einzelnen Zweige des Stundenplans zugeschnitten sind, und den zu befestigen und zu vertiefen alle Unterrichtsstunden mittelbar mithelfen. Kurz, das Französische ist Gegenstand einer fast schwärmerischen Verehrung.

* * *

Diesen französischen Geist, mit dem der Unterricht vollständig durchtränkt ist, findet man wieder in den klassischen Unterrichtsbüchern, wie sie in den Anstalten verwendet und ebenso in dem Lesestoff, wie er hier bei den Preisverteilungen verabreicht wird: An beiden Gattungen findet das Verlagsgeschäft sein gutes Auskommen; der französische Buchhandel führt nach Belgien jährlich ungefähr für 10 Millionen Fr. Erzeugnisse ein.

Um Ihnen, Herr Gesandter, Vergnügen mit dem Nachweis zu machen, was für vaterländische Gefühle auf diesem Weg unserer Jugend eingetrichtert werden, will ich Ihnen ein paar Auszüge von Handbüchern vorlegen, wie sie in den geistlichen und in den Staatsschulen von Gent und anderen großen Gemeinden (wie Scharbeek, Laaken usw.) im Gebrauch sind.

Da ist zunächst das im dritten Jahre des Geographieunterrichts verwendete Buch: „Le cinq parties du monde" von Schulinspektor P. Foncin[1]) (16. Auflage, Paris 1905), ein Buch, das, wie allbekannt im Kerchove-Institut, der Bürgerschule von Gent, im Gebrauch ist. Hier heißt es in der Vorrede:

> „Wer wollte den vaterländischen Nutzen der Erdkunde leugnen. Kein Unterricht ist in Frankreich notwendiger, als gerade dieser. Wenn wir Franzosen unsern Platz an der Sonne behaupten und den Fluten der Angelsachsen, Deutschen, Amerikaner, Russen widerstehen wollen, die uns mit dem Untergang bedrohen, uns und unsern Handel, unsere Industrie, unseren Ackerbau, unser Nationalvermögen, unsere Rasse, unsere politische und geistige Machtstellung, so bedarf es einer kräftigen Anstrengung, um aus unserm Lande herauszugehen, Reisen in fremde Länder zu unternehmen, Kolonien anzulegen, unsere Sprache, das sicherste Mittel der Ausfuhr, überallhin zu verbreiten usw."

Zur Sprachenfrage sagt der Inspektor Foncin:

> „Das Französische ist in Belgien die amtliche Landessprache; die Hälfte der Belgier, (3 Millionen) kennt überhaupt keine andere."

---

[1]) P. Foncin war Vorsitzender der Alliance Française.

Die belgischen Schüler, denen man beibringt, sich als Franzosen („Wir Franzosen") zu betrachten, werden also zum Überflusse über die Stellung der beiden Verkehrssprachen in ihrem Vaterlande irreführend berichtet, da doch seit dem 18. April 1898 jede von beiden, Vlämisch und Französisch, als amtliche Landessprache angenommen ist.

In dem Lesebuche „L'année préparatoire de lecture courante" von Guyau (Paris, Verlag Armand Colin u. Cie. 25. Auflage), ebenfalls verwendet in den städtischen Schulen Gents, bemerkt man erstens auf Seite 116 ein Lesestück, das überschrieben ist: „Vorbeimarsch des Regiments", worin von nichts als dem französischen Vaterlande die Rede ist und zweitens auf Seite 119 eine Erzählung: „Vaterlandsliebe eines Kindes", die mit dem Lehrsatze schließt:

„So sollen wir schon frühzeitig lernen, unser Vaterland Frankreich zu lieben."

Der Name Belgien wird in dem Buche nirgendwo genannt, nicht einmal auf der kleinen Landkarte Europas, die beigegeben ist.

Dann noch die Übungsgrammatik der französischen Sprache von Frédéric Bataille (Paris, Verlag Masson u. Co.), die als Lesebuch in den Schulen von Laaken und anderen Gemeinden verwendet wird und woraus die kleinen Belgier ihre Erziehung zur Vaterlandsliebe in der Weise folgender Beispiele bekommen:

Das Schülerbataillon.

„Wir sind die kleinen Soldaten
Vom Hoffnungsbataillon,
Wir üben unsere Ärmchen
Um Frankreichs Ehre zu rächen."

Vorstufe (8. Auflage, S. 107).

Ein Morgen in Paris.

„Ich habe den blauen Himmel gesehen, der sich über der Bucht von Neapel wölbt, aber unser Pariser Himmel ist ergreifender" usw.

Mittel- und Oberstufe (7. Auflage, S. 138).

Eine letzte Unterrichtsstunde in der Vaterlandsliebe:

„Im Begriff an einer Wunde zu sterben, die er bei dem Angriff von Bourget 1870 erhalten hatte, ließ Oberst Merlier seinen Sohn rufen . . . . . und erteilte ihm folgende letzte Unterrichtsstunde in der Vaterlandsliebe. Mein Sohn, sagte der Oberst, werde auch Du eines Tages Soldat und gedenke meiner Worte. Sei der echte Soldat eines erniedrigten Vaterlandes, das es zu rächen, Frankreichs, das es wieder aufzubauen gilt" S. 160.

Das Vaterland und der Verbannte:

„Ach, welch schönes Land ist mein Land. Wenn je Frankreich von der Karte Europas gestrichen würde, hätte das Weltall weder Kopf noch Herz mehr." S. 210.

Von den Büchern, die als Preise, namentlich in den bischöflichen und geistlichen Unterrichtsanstalten verteilt werden, kommt die Mehrzahl aus Frankreich. Hier findet man Bücher wie „Erzählungen aus der französischen Geschichte" von G. Beleze und B. Lesieur, „Die französische Restauration" von A. Leblanc de Saint-Bonnet; „Die Eroberung Algiers" und „Das eroberte Algier" von P. Gaffarel; „Frankreich und die Kreuzzüge" von Eug. Sas.

Aus dem letzteren Werk seien ein paar Auszüge beigefügt, die namentlich deshalb bezeichnend sind, weil sie den Grundton wiedergeben, der in all diesen wissenschaftlichen Büchern anklingt, die man der belgischen Jugend mit der ausdrücklichen Empfehlung in die Hand gibt, eifrig darin zu lesen.

„In den Kreuzzügen ist es Frankreich, dem die ruhmreichste Rolle zuzusprechen ist; auf seinem Boden entstand diese große Bewegung. Es ist Frankreich, welches in diesem Unternehmen die meiste Ausdauer, wie die größte Selbstlosigkeit und Hochherzigkeit einsetzte. Von Frankreich, und um diese Zeit allein von diesem, könnte man, wenn man die Geschichte der Kreuzzüge schreibt, sagen: Gesta Dei per Francos." S. 6.

„Hinsichtlich der Künste wie der politischen und militärischen Verhältnisse hat die Kreuzzugszeit wesentlich französische Merkmale. Dies ist in erster Linie französisches Werk . . . . .“ S. 10.

Sicher werden Sie auch, Herr Gesandter, mit lebhaftem Vergnügen vernehmen, daß Unterrichtsanstalten in Belgien bestehen (so unter anderem das Töchterinstitut bei den Damen von Rousbrugghe in Ypern), wo die Bewunderung und Schwärmerei für Ihr Land derart ins Kraut geschossen ist, daß man die Schüler nötigt, am Kopf ihrer Schulhefte die echt vaterländische Aufschrift anzubringen: „Alles für Frankreich.“

Diese für Frankreich schon so glänzende Sachlage hat sich noch wesentlich durch jenen französischen Einmarsch gebessert, durch den Belgien beehrt wurde, als die Republik die auf ihrem Gebiete befindlichen Klöster schloß und die Insassen auswies. Man hat auf belgischem Boden seitdem manche Unterrichtsanstalten, denen französische Soutanen- oder Kuttenträger vorstehen und wo der Unterricht in Geschichte und Erdkunde, statt Belgien zu behandeln, sich ausschließlich auf Frankreich bezieht.

Unsere Minister haben hinsichtlich dieser Vorbereitung unserer jungen Generationen für das französische Untertanentum, für das man sie im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmen scheint, ihren geehrten bischöflichen Wettbewerbern nichts vorzuwerfen. Man ersieht das gar deutlich aus dem Auszuge jenes Berichtes, der im November 1900 dem Ministerium des Innern und dem Unterrichtsministerium von den Inspektoren der Mittelschulen überreicht wurde im Anschluß an die abgenommenen Schulprüfungen dieses Jahres:

„Was den geistigen Zustand in den Königlichen Gymnasien betrifft, so beklagt die Kommission, daß der nationale und vaterländische Geist so wenig entwickelt ist. Eine große Anzahl der Schüler ist vollgetränkt mit den politischen Anschauungen Frankreichs, namentlich im Hinblick auf religiöse und monarchische Fragen; sie schreiben, als ob sie ihren Unterricht in einem französischen Lyceum genossen hätten. Die Kommission ist der Anschauung, daß es höchste Zeit ist,

solchen Strömungen entgegenzutreten, da diese verderblich für das Vaterland werden könnten."

Wenn die Königlichen Gymnasien, die als Staatsschulen den Beschlüssen des Gesetzes vom Jahre 1883 unterworfen sind (ihre Zahl auf vlämischem Boden beträgt etwa 10) für Frankreich ein so reiches Ernteergebnis versprechen, so mögen Sie, Herr Gesandter, selber beurteilen, welche noch herrlicheren Hoffnungen Ihr vergöttertes Land auf jene Jugend setzen darf, die in unseren privaten Schulen und Kollegien aufgezogen wird, die der nationalen Aufsicht sich gänzlich entziehen und wo die Gallomanie der Leiter und Lehrer, der Kirchenleute und Laien sich keine Zügel aufzuerlegen braucht.

* * *

Diese fruchtbare Zusammenarbeit der beiden führenden Gewalten in Belgien, erlaubt Ihnen, Herr Gesandter, über jene künstliche Bewegung lächelnd die Achseln zu zucken, die man vergeblich zugunsten einer Schöpfung heraufzubeschwören suchte, die in sich selber noch künstlicher und phantastischer war, nämlich die belgische Volksseele; diese wurde erdacht und aufgebaut lediglich aus Haß gegen den vlämischen Geist; Vlamen wie Wallonen lehnen das Gebilde mit einer seltenen Einstimmigkeit ab. Auf dem wallonischen Kongreß, der kürzlich in Lüttich stattfand, wurde diese arme Volksseele sehr respektlos aber treffend eine „lächerliche Mythenbildung" genannt.

Das Pariser Publikum hat übrigens wieder einmal die Hellsichtigkeit seines Urteils bewiesen, als es vorigen Sommer mit einer vollkommenen und geringschätzenden Gleichgültigkeit jene sieben Professoren empfing, die auf Kosten der Stadt Brüssel in Paris zu einer Reihe von Vorträgen gewonnen waren, die diese Neuentdeckung feiern und die Sonderart und Sondereigenschaften eines Volksstammes[1]) ableugnen sollten, dessen glorreiche Vergangenheit die belgische Geschichte zu mindestens drei Vierteln anfüllt. Die eisige Leere, der sich die drei ersten unserer „Rei-

[1]) Der Vlamen.

senden in schmutziger Familienwäsche“ gegenüber sahen, brachte die vier anderen in Verzweiflung, und sie unterließen es, aufzutreten.

Was die Hoffnungen, Herr Gesandter, die bereits eine reichlich gute Zukunft für die Verwirklichung der französischen Träume versprachen, noch mehr stärken muß, das ist jener Ausbruch schwärmerischer Gefühle, der in der Presse von Lüttich ebenso franzosenfreundlich wie vlamenfeindlich den wallonischen Kongreß begleitete, der in der Hauptstadt des Walenlandes in diesem Jahre abgehalten wurde.

> „Wir hegen“, erklärte der Vorsitzende dieser wallonischen Versammlung, „für Frankreich echte Brudergefühle. Unsere innigste Liebe gilt der Seele aus gleichem Stamme, zu ihr ruft uns das Blut, es ist Frankreich.“

Gleichen Schritt mit dem Vorsitzenden hielt ein journalistischer Kongreßteilnehmer, indem er verkündete, daß das Fürstentum Lüttich stets dankbar gegenüber Frankreich, Lüttichs geistiger Mutter, gewesen sei.

Unter dem Titel: „Der französische Einfluß“ veröffentlichte die Lütticher Zeitung Express am 9. September 1905 einen aufsehenerregenden Artikel, worin liebevoll wiedergegeben wurde, was einer ihrer Mitarbeiter zu diesem Thema im Pariser Siècle geschrieben hatte. Ich setze folgende Glanzstellen hierher:

> „Im Walenlande die Vorliebe für Frankreich abmessen wollen, ist überflüssig, denn man befindet sich hier in Frankreich selbst. Die Herrschaft Lüttich war unter einer entfernten deutschen Lehnsherrlichkeit ein selbständiger Kirchenstaat, so lange bis die Stadt mit fliegenden Fahnen zu Frankreich, zur Revolution überging.
>
> Heute nimmt die Mehrzahl der Wallonen jene Vernunftheirat, die man mit Flandern geschlossen hat, um Belgien zu begründen, ohne Hintergedanken als Tatsache hin. Die Verwaltung gibt sich große Mühe, eine belgische Volksseele zu schaffen. In den Schulen unterdrückt und verstümmelt man die Geschichte Walloniens, weil sie mit der Revolutions-

und Franzosen-Freundlichkeit endete, statt dessen rühmt man die Geschichte Flanderns, weil es stammestreu war. Die belgische Volksseele macht uns im Walenlande nur lächeln, dieweil wir eine wallonische, das ist eine französische Seele haben.

Welches Bildungsideal hat meine Vorliebe? Natürlich wähle ich mit aller Leidenschaft und Vernunft das französische. In diesem finde ich nicht nur den stärksten und reinsten Nährstoff, es ist für mich überhaupt die Lebensnotwendigkeit, die einzige Luft, in der ich atmen kann."

In den Lobgesang einstimmend, fügt der Express hinzu:

„Die Auswirkungen des hochherzigen und leuchtenden französischen Geistes berühren unser Gefühl bis ins Innerste; sie erwecken in uns brüderliche Gegenklänge. Wir sind franzosenfreundlich aus Naturanlage. Alles was das eigentliche Herz und das eigentliche Hirn Frankreichs entweder niederdrückt oder erfreut, dieses Frankreich der Menschenrechte, das erfreut und bedrückt auch uns, als wären wir selber in unsern teuersten geistigen Vorfahren betroffen. Dies ist die Naturanlage der Wallonen; sie können und wollen daran nichts ändern. Vielmehr bildet dieses völkische Geschick unsern ganzen Stolz."

Nur den Widerhall solcher Gefühle bilden die gereimten Worte, welche ein Redakteur des Pariser Soleil letzten Juli auf einem den französischen Zeitungsleuten gegebenen Festessen an seine belgischen Kollegen richtete und die mit den bezeichnenden Verszeilen schlossen (es tritt hier die gleiche Ungeduld hervor, wie damals 1830, wo man am Rathause von Brüssel allzu zeitig die französische Fahne hißte):

„Kehren wir morgen heim, so werden wir verkünden
Belgien ist ein Stück Frankreich."

„Liège Artiste" fügte der Veröffentlichung dieser Worte hinzu, „daß sie, wie zu erwarten, den größten Beifall hervorgerufen hätten."

Muß das erst gesagt werden?

* * *

Dies alles, mein Herr Gesandter, rechtfertigt hinlänglich, wenn Ihre Landsleute die heiße Hoffnung hegen, die seit 75 Jahren hinausgeschobene Einverleibung sei im Anzuge: Auf der einen Seite können sie sich stützen auf die mehr als leidenschaftlichen Stammesgefühle der Wallonen, welche die gleichgültige Hinnahme der belgischen Vernunftehe Lügen strafen. Andererseits können sie sich stützen auf die im vlämischen Gebietsteil unter gleichmäßigem und unermüdlichem Beistande der Kirche wie des Staates schon weit vorgetriebene Verfranschung.

Dem Auge des oberflächlichen und gutgläubigen Beschauers könnte unter den Übertreibungen und Lügen der Jubelkantaten und amtlichen Ansprachen der belgische Garten lächelnd und sonnenbeglänzt erscheinen. Aber der aufmerksame und unterrichtete Beobachter wird angesichts der zahlreichen Maulwurfshügel, die den Boden mit Buckeln versehen und Zeugnis von einer schrecklichen Wühlarbeit feindlicher Scharen ablegen, von Angst und Zweifeln gepackt, ob dieses äußerlich üppige und schöne Wachstum nicht sehr bald eine Ruine sein werde.

Ein Vierteljahrhundert dürfte hinlänglich genügen, um die belgische Frucht vollständig reif werden und bei günstiger Gelegenheit, welche herbeizuführen Frankreich Sorge tragen wird, in Frankreichs Hände fallen zu lassen.

Wenn es wahr ist, was auf dem Kongreß für die Ausbreitung der französischen Sprache berufene Stimmen, wie Ed. Demolins, Gaston Paris, F. Sarcey, Jules Claretie, Leon Balzagette und andere versicherten, daß nämlich das Französische überall in Canada, im Großherzogtum Luxemburg, in Deutschland, Italien, in Tunis und selbst in Algier an Boden verliert, so wird Frankreich mit der endgültigen Besitznahme unserer Provinzen, die 7 bis 8 Millionen Einwohner zählen, einen Ersatz gefunden haben, der es über sein sonstiges Zurückgehen trösten kann.

Dann wird, das ist der Lauf der Dinge, die französische Fahne endgültig und mit Recht an der Außenseite des Brüsseler Rathauses flattern zum Ruhm und Gedenken der franko-belgischen Revolution von 1830. Bischöfe und Minister können dann den vaterländischen Ritterschlag entgegennehmen und sich gegenseitig jene Lobeszeugnisse ausstellen, dessen Wortlaut eine Zeitung der Hauptstadt ihnen bereits vorgeschrieben hat:

„Wir arbeiteten für Frankreich. Hoch Frankreich, unser großes Vaterland!"

Die einzige Schranke, mein Herr Gesandter, die der schicksalsmäßigen Abfolge dieser Ereignisse sich entgegensetzt, das einzige schwache Bollwerk belgischen Volkstums gegen die jahrhundertelange Politik französischer Vergewaltigung und Eroberungssucht, ist die vlämische Bewegung, das heißt jene Gruppe belgischer Einwohner, die für ihre Sprache auf allen Gebieten, vornehmlich dem des Unterrichts, die Gleichberechtigung mit dem Französischen durchsetzen wollen und die zur Aufrechterhaltung ihrer Art gegen einen weitverzweigten Bund von Prälaten und Mönchen einerseits, von Ministern, Bürgermeistern, Bischöfen andererseits kämpfen müssen, seien diese nun mit dem Kreuz der Ehrenlegion, den Palmen der Akademie ausgezeichnet oder nicht, weil dieser Bund seit dreiviertel Jahrhunderten planmäßig die Ausrottung des Vlämischen betreibt.

Diese bis in den Kern volkstümliche und vaterländische Bewegung ist eben dieser beiden Eigenschaften wegen täglich der Gegenstand von Angriffen leidenschaftlicher, hinterhältiger und vergifteter Art in jenen französisch geführten Tageszeitungen, die imstande sind, einen im französischen Staatshaushalt angesetzten Posten für französische Propaganda im Ausland in seinem verführerischen Umfange zu schätzen.

Andererseits prallt die Bewegung auf die offenbare Feindseligkeit der Regierung und auf die unerschütterliche Gleichgültigkeit und Unwissenheit eines Parlaments, in dessen Trägheit die französische Politik das sicherste Unterpfand ihres schließlichen Sieges in unserem Lande hat.

Wie sicher und schon in nächster Nähe liegend der Sieg Frankreichs, nämlich die Einverleibung Belgiens, auch bevorzustehen scheint, so behalte ich doch mein Zutrauen in die werbende Kraft dieser so verleumdeten Bewegung. Sie wird hoffentlich eines Tages den Massen unseres Volkes die Augen öffnen über die ungeheure Gefahr, in der die Unabhängigkeit des Landes schwebt. Sie wird alle meine Mitbürger darüber belehren, daß das Heil Belgiens durchaus nicht in dem verderblichen Streben nach einer Einheitlichkeit liegt, die die sittliche Vertilgung und geistige Erschöpfung der einen von den zwei in den Boden sich teilenden Rassen zur Voraussetzung hat, sondern daß dieses Heil vielmehr in der Hochachtung vor den Werken der Natur und der Geschichte und gerade in der Beibehaltung und Weiterförderung jener zwei unterschiedlichen Rassen liegt, deren Vereinigung sie stark macht. Diese Vereinigung, aufgerichtet auf der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der beiden Sprachen vor dem Gesetz, betreffe dieses Verwaltungs- oder Gerichts-, Militär- oder Schuldinge, würde endlich jenen Zusammenklang der belgischen Herzen und Geister herbeiführen, die kein anderes Streben kennen, als im weitesten Maße dem Fortschritt, dem Ruhm und der Größe des Vaterlandes zu dienen, und aus deren Vereinung würde sich ein zweistimmiges Preislied zur Ehrung ihrer gleichgeliebten Mutter erheben, damit den schönen Traum des Dichters aus Mons verwirklichend:

Ein einzig Herz, das Vaterland zu lieben,
Zwei Harfen, es zu besingen.

Sie werden mir gestatten, Herr Gesandter, daß ich, indem ich von Ihnen Abschied nehme, meine ergebensten Grüße mit dem einzigen Rufe verstärke, der im Mund eines wirklichen Belgiers am Platze ist: Es lebe das wirklich unabhängige Belgien. Es lebe mein einziges Vaterland.

Brüssel, 6. November 1905. Reineke Fuchs.

Frankreichs Werbeverbände auf belgischem Boden.

Die Alliance Française und die Vulgarisateurs.

Schon bald nach 1870 begannen die Versuche, der französischen Propaganda in Belgien stärkeren Eingang zu verschaffen. Man arbeitete zunächst vorsichtig hinter den Kulissen. Man spürte die Hand Frankreichs in manchen innerpolitischen belgischen Angelegenheiten, ohne daß man sie sah. Diese geheimen Machenschaften erhielten im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts einen kräftigen Antrieb, nachdem die französische Werbetätigkeit in einer mächtigen Vereinigung, der Alliance Française einen fruchtbaren Nährboden und zugleich einen organisatorischen Mittelpunkt gefunden hatte.

Die Alliance Française, in Paris im Jahre 1883 unter dem Vorsitze Paul Cambons gegründet, setzt sich zum Ziele die Verbreitung der französischen Sprache in den Kolonien und überhaupt jenseits der Meere, als des besten Mittels, für Frankreich „friedliche Eroberungen" auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete zu machen. Daneben will sie aber auch überall mit französischen Gruppen im Auslande Beziehungen anknüpfen, um „unter diesen die Verehrung der nationalen Sprache aufrecht zu erhalten." Die Vereinigung wurde im Jahre 1884 durch den Minister des Innern und 1886 durch den Präsidenten der Republik ausdrücklich gutgeheißen.

Hinter dem Zwecke der Verbreitung der französischen Sprache stand von jeher als Ideal die Weltgeltung Frankreichs.

> „Es wird später", schrieb im Jahre 1906 der damalige Vorsitzende der Vereinigung, Pierre Foncin, „die wunderbare Bestimmung der französischen Sprache, glorreich über die Welt zu herrschen, in Erfüllung gehen." (Foncin, L'Alliance Française, 1906, S. 14.)

In ähnlichem Sinne drückte sich der Vizepräsident der Alliance, Franck-Puaux, aus:

„Die Alliance steht in engem Verbande mit dem Werk der Verbreitung des französischen Gedankens im Ausland und dadurch in Beziehung zu dem, was unsere Herzen am höchsten schlagen läßt, der Größe des Vaterlandes." (Bulletin de l'Alliance Française Nr. 104, S. 175.)

Die Blicke der Alliance richteten sich bald auf Belgien. Dorthin den Bund zu verpflanzen und damit einen Sammelpunkt für die französische Tätigkeit im Lande zu gewinnen, erschien als eine Hauptaufgabe. Anfangs 1890 hielt M. Brau de St. Paul als Bevollmächtigter der Alliance im Cercle littéraire von Marchienne-Monceau einen Vortrag, in dem er an die belgische Zuhörerschaft die unverblümte Zumutung richtete:

„Die Belgier sprechen die gleiche Sprache, wie die Franzosen, sie besitzen ausgezeichnete Schriftsteller in französischer Sprache, das will heißen, daß sie an dem Erfolg unseres Unternehmens interessiert sind." (Bulletin de L'Alliance Française Nr. 31, S. 24.)

In dieser Zeit war nach dem Zeugnis Paul Frédéricqs (Schets eener geschiedenis der Vlaamsche Beweging, III, S. 14) ein starkes Anwachsen der französischen Werbearbeit zu bemerken, dank der Bemühungen des französischen Gesandten Bourée. Die unter seinem Schutze gestiftete französische Wohltätigkeitsgesellschaft (Société française de bienfaisance) und die von der Republik unterstützte französische Handelskammer (Chambre de commerce française) in Brüssel entfalteten eine lebhafte Tätigkeit, namentlich durch Veranstaltung festlicher Konzerte französischer Militärkapellen. Ein Teil der Brüsseler Presse sang laut das Lob Bourées, wofür die Belohnung in Gestalt von Ordensbändchen und „Unterstützungen" nicht ausblieb.

Am 16. Mai 1891 errichtete die Alliance unter ihrem damaligen Präsidenten Paul Déroulède eine belgische Abteilung (Section belge) in Brüssel. Der Gründungsaufruf war gerichtet an „alle aufgeklärten Patrioten, die bestrebt sind, dem Französischen seinen Charakter als amtlicher Sprache, den eine gesunde Überlieferung ihr stets zuerkannt hat, zu bewahren". Der Artikel 1 der

Statuten ging aber bereits einen Schritt weiter, indem er festsetzte: „Die belgische Abteilung der Alliance Française hat die Aufgabe, die Kenntnis und den Gebrauch der französischen Sprache in Belgien, und zwar besonders im vlämischen Teile des Landes, zu verbreiten." (Frédéricq, S. 14.)

Der Angriff sollte ausgeführt werden durch öffentliche Vorträge und Versammlungen, französischen Unterricht, Gründung von Tagesblättern und Zeitschriften, Belohnungen für franco-belgische Dichter, Geldunterstützungen an französische Schulen usw. Zum Vorsitzenden der Section Belge wurde der Advokat G. Smets gewählt, und Herr Bourée übernahm gerne den ihm als dem Gesandten der Republik zustehenden Ehrenvorsitz.

Das mit großem Aufwand an Geld, Reklame und Wortgeklirre ins Werk gesetzte Unternehmen hatte jedoch wenig Erfolg. Die belgische öffentliche Meinung erblickte damals, als das Land die Pflichten seiner Neutralität noch besser begriff als später, in der Gründung das, was sie tatsächlich war: eine ungebührliche Einmengung Frankreichs in innerbelgische Angelegenheiten. Einige franzosenfreundliche Blätter abgerechnet, die sich übrigens den öffentlichen Vorwurf, von der Pariser Leitung der Alliance geheime Zulagen zu empfangen, gefallen lassen mußten, nahm die Presse eine ablehnende Haltung ein.

Die Gazette vom 28. Mai 1891 gab diesen Gefühlen folgendermaßen Ausdruck:

> „Ist es wirklich notwendig, sich einer Vereinigung zu bedienen, die von der Regierung unserer südlichen Nachbarn gegründet worden ist und von ihr mit Geld unterstützt wird? Seht ihr denn nicht ein, daß man eure Bestrebungen verdächtigen und euch beschuldigen wird, Annexionsgelüste zu hegen? An Cäsars Frau durfte schon kein Makel haften; noch viel weniger aber an der Politik eines neutralen Landes!"

Ein zweiter, ebenfalls erfolgloser Versuch wurde im Jahre 1897 gemacht, diesmal mit dem Schlagwort „der zunehmenden Entfranzösierung Belgiens". Die Gründung scheiterte an der Weigerung des damaligen französischen Gesandten in Brüssel, Baron de Montholon, den Ehrenvorsitz zu übernehmen.

G. Clemenceau hat in seiner Zeitung L'Aurore den Gesandten deshalb wütend angegriffen. Die im Anschluß daran entstandene Zeitungsfehde ist deshalb von großem Interesse, weil sie uns eine Würdigung der Alliance aus dem Munde französischer, und darum wohl einwandfreier Kritiker zutage gefördert hat.

In seinen Artikeln (30. Januar 1898 u. f.) hatte Clemenceau ein ungeheures Anwachsen des deutschen Einflusses in Belgien feststellen zu müssen geglaubt und sich zu einem Angriff auf den König der Belgier verstiegen, dem er eine schwankende Haltung (attitude louche) zum Vorwurf machte. Die Alliance Française in Belgien wollte er als Gegengewicht unterstützen. Das Benehmen de Montholons nannte er skandalös. In seiner Verteidigung des Gesandten äußerte Charles Rolland, der Vorsitzende der Handelskammer in Brüssel, auf einem Bankett der französischen Kolonie:

> „Was die Alliance Française betrifft, deren Ziel die Verbreitung der französischen Sprache und des französischen Gedankens ist und welche darum hier mit den Mitgliedern der belgischen Gesellschaften, die die Verbreitung der vlämischen Sprache und der vlämischen Ideen bezwecken, zusammenstoßen könnte, so konnte unser Gesandter den Vorsitz nicht übernehmen, ohne sich in die Streitigkeiten zwischen Wallonen und Vlamen — und das sind innere Angelegenheiten Belgiens — einzumischen."

So verurteilte damals ein führender Franzose die geplante Errichtung des Bundes, der in der Folgezeit eine vielfach tonangebende Rolle in Belgien gespielt hat.

* * *

Es war gewiß kein Zufall, daß unmittelbar nach dem endgültigen Scheitern dieser Versuche, am 3. Juni 1898, eine Association pour la Vulgarisation de la Langue Française zu Gent entstand. Das Programm dieser neuen Vereinigung glich dem der verkrachten Section Belge der Alliance wie ein Ei dem andern. Der Artikel 1 bestimmte als

Ziel der Gesellschaft „das Studium und den Gebrauch der französischen Sprache im vlämischen Landesteil zu ermutigen und zu stärken." (Manifest vom 1. Dez. 1898.) Um leichter Fuß fassen zu können, bemühte man sich, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und nannte sich mit Vorliebe Association Flamande pour la Vulgarisation de la Langue Française. Den Vorsitz der Gesellschaft führten Maurice De Smet de Naeyer und E. Steyaert. Bald wurden Zweigvereinigungen in Antwerpen, Ostende und Brüssel ins Leben gerufen. Diese letztere machte sich im Jahre 1906 von der Genter Association unabhängig.

Die Tätigkeit dieser Vereinigungen ging von Anfang an über bloße Bemühungen, die Kenntnis der französischen Sprache zu verbreiten, hinaus. Sie entwickelten sich vor allem rasch zu Kampftruppen gegen die vlämische Bewegung. So begann die Genter Gruppe ihre Wirksamkeit mit sehr zweifelhaften Manövern gegen die vlämischen Schulen Gents. Für die Stellung zum Sprachenstreit ist ein Ausspruch ihres Vorsitzenden De Smet de Naeyer sehr bezeichnend: „Unsere Gegner kommen immer und immer wieder mit der gleichen Dummheit und der gleichen Narretei von der Gleichstellung der beiden Sprachen." (Bulletin de l'Association gantoise 1904, S. 246.)

Es blieb nicht lange verborgen, daß hinter diesen Bünden die Alliance Française stand, daß sie nur deren verkappte Zweigniederlassungen waren. Die Leiter der Genter Association, wie De Smet de Naeyer und ihr Schriftführer de Montagu, waren Vertrauensmänner der Alliance (vgl. Bulletin de l'Alliance Nr. 104, S. 266). Deren Vorsitzender P. Foncin ließ 1900 der Genter Association die Unterstützung der Alliance anbieten. Alljährlich sandte die Generalversammlung der Alliance die herzlichsten Begrüßungen an „die Vereinigungen, die in Belgien für die Aufrechterhaltung des Übergewichtes der französischen Sprache (pour le maintien de la préponderance de la langue française) streiten." (Bulletin de l'Alliance Nr. 79, S. 79). Auch kargte die Alliance keineswegs mit Geschenken in Form von Geld, Büchern und Denkmünzen für die Vereinigungen und die unter ihrem Einfluß stehenden Schulen.

Auch die französische Regierung verfolgte mit lebhafter Anteilnahme die Tätigkeit der „Vulgarisateurs", wie sie gemeinhin hießen. Das Bulletin der Genter Vereinigung konnte 1906 (S. 75) rühmend hervorheben, daß ihre Vorstandschaft mit französischen Orden ausgezeichnet worden sei, die der französische Gesandte Gérard in Gegenwart der französischen Konsuln von Antwerpen und Gent feierlich überreicht habe. Von etwa 1905 an kann überhaupt ein enges und unverhohlenes Zusammenarbeiten der Associationen mit den französischen Konsularbehörden festgestellt werden. Die Errichtung des Zweigvereins zu Antwerpen geschah auf Betreiben und unter Mitwirkung des dortigen französischen Konsuls, nachdem schon vorher auf seine Veranlassung hin eine Société des Soirées de Comédie Française ins Leben getreten war. Ebenso nahm an der Gründung des Zweigvereins zu Ostende (1901) der französische Konsul Glamarchie teil.

Man versteht also, daß auf dem Lütticher Kongreß von 1905 der französische Gesandte Gérard die Vereinigung, „deren Sitz in Gent ist, im Herzen Flanderns, und die mitarbeitet an der Verbreitung französischen Geistes in einem fast fremden, wenn nicht feindlichen Lande" mit besonderem Lobe bedachte. (Compte-rendu officiel du Congrès français de Liège, S. 23).

* * *

Nachdem die Alliance Française und ihre belgischen Handlanger den Boden bereitet hatten, konnte man im Herbst 1905 ohne Scheu das Wagnis unternehmen, bei Gelegenheit der Lütticher Weltausstellung einen internationalen Kongeß des Bundes für die Ausbreitung und Pflege der französischen Sprache abzuhalten.

Die französische Republik war auf dem Kongreß vertreten durch den Gesandten Gérard, durch den Direktor J. Gauthier und den Sekretär J. Dumesnil des Pariser Unterrichtsministers; ferner durch J. Chapsal, den französischen Generalkommissar für die Ausstellung, durch die Generalkonsuln Carteron und Crozier von Antwerpen und Lüttich.

Die Alliance Française war vertreten durch ihre Vorstandschaft mit P. Foncin an der Spitze. Berühmte Franzosen der gelehrten und literarischen Welt, wie Salomon Reinach, Anatole France und Jules Claretie sah man neben bekannten Vertretern des belgischen Franzosentums wie M. Maeterlinck, M. Wilmotte, A. Mockel, M. Smet, M. de Smet de Naeyer, G. de Montagu, Graf A. du Bois.

Der französische Gesandte leitete die Arbeit des Kongresses mit einem Hymnus auf die französische Sprache und Kultur ein, der mit den Worten schloß:

> „Man wird mich nicht tadeln, wenn ich hier ihr Lob singe, denn ich kann nicht vergessen, daß die Sympathien, die sich auf die französische Sprache richten, auch die Herzen erobert haben für Frankreich selbst, für seine Rasse, für seinen glorreichen Einfluß allüberall. Und wenn wir die Sprache beliebt machen, so wollen wir auch das Land beliebt machen, das sie hervorgebracht hat, und einen Beweis mehr für die menschliche Gesellschaft bedeutet. Wenn Frankreich arbeitet, schreitet die Menschheit voran.“ (Congrès international pour l'extension et la culture de la langue française, Paris 1906, S. 23.)

Und wie Frankreich auf dieser Versammlung arbeitete!

Hier nur einige der Beschlüsse der letzten Sitzung! Voran steht der Beschluß, das Werk von J. Novikow „L'expansion de la nationalité française“ als Preisbuch an die Schüler der Lyzeen und Athenäen in Frankreich und Belgien (!) zu verteilen. Also das Evangelium des französischen Imperialismus als Erziehungsbuch für die belgische, für die vlämische Jugend! Einige Proben daraus:

> „Frankreich ist auf dem Wege, wieder die einflußreichste Nation Europas zu werden . . . . . Frankreich wird wieder eine Feuersäule werden, die die Welt erleuchtet. Es wird wieder aller Sympathien an sich ziehen und seine Nationalität wird wieder in die Weite strahlen mit stets zunehmender Kraft.“ (S. 169/170.)
>
> „Was die Vlamen betrifft, so waren sie bereits überwältigt durch die französische Sprache. Infolge einer europäischen Strömung, die zur Demokratisierung der Gesellschaft

treibt, ist das Vlämische zwar in den letzten Jahren in seinem Bestande wiederhergestellt worden . . . . Aber in einer mehr oder weniger fernen Zukunft wird ganz Belgien in die Machtsphäre der französischen Sprache geraten." (S. 115/118.)

Man sieht, diese Versammlung hielt mit ihren Absichten nicht hinterm Berge! Wie hatte doch der Einbringer dieses Antrages gesagt? „Ein Kongreß muß Glaubensbekenntnisse ablegen und nicht pessimistische Gedanken pflegen." (Congrès international . . S. 41.)

Die übrigen Beschlüsse bewegten sich auf der gleichen Linie: Die belgischen Unterrichtsschöffen müssen den Unterricht im Französischen stärker fördern. Das Französische muß die führende Sprache an der Universität in Gent bleiben. In allen öffentlichen und unterstützten niederen Schulen des Vlamenlandes muß das Französische Pflichtfach sein. Endlich müssen noch mehr französische Schulen im Ausland errichtet werden.

Schließlich gründete der Kongreß ein ständiges Bureau der Fédération internationale pour l'extension et la culture de la langue française, in welches unter anderen Jules Gauthier, der Vertreter der französischen Regierung und für Belgien die Universitätsprofessoren Wilmotte (Lüttich) und Ansiaux (Brüssel) gewählt wurden. Der ausgesprochene Zweck war, vornehmlich auch Belgien zu bearbeiten.

Solchermaßen schlug der Kongreß eine Warnung des Lütticher Bürgermeisters, in den heiklen und gefährlichen belgischen Sprachenstreit einzugreifen, in den Wind. Dumont-Wilden konnte später mit Recht rühmen, daß der Lütticher Kongreß der Ausgangspunkt der „eigenartigen französischen Demonstrationen" war, mit denen Belgien in den folgenden Jahren überflutet wurde. (Congrès international des Amitiés Françaises, Mons 1911, S. 9.)

Die Alliance Française, die wenige Jahre zuvor von der belgischen Öffentlichkeit als Störerin der Neutralität abgelehnt worden war, konnte von nun an, im Bewußtsein, auf belgischem Boden feste Wurzeln geschlagen zu haben, stolz ihr Haupt erheben.

Einige aufrechte Belgier warnten, unter ihnen der Altbürgermeister von Brüssel, Karl Buls, der den Verehrern Frankreichs im Hinblick auf den Lütticher Kongreß zurief:

„Wir glauben eine patriotische Pflicht zu erfüllen, wenn wir unsern unvorsichtigen Mitbürgern zurufen, daß sie einen gefährlichen Weg wandeln, durch französische Sirenen verleitet . . . . Dadurch, daß sie den Franzosen ihre Hilfe zur Eroberung der Geister leihen, bereiten sie die Annexion des vaterländischen Bodens vor. Den Traum einer Weltherrschaft träumt die lateinische Rasse: er hat Rom berauscht und zu Fall gebracht; er hat Frankreich beherrscht und zu furchtbaren Niederlagen geführt. Wir wollen kein französisches Departement werden mit Paris als Hauptstadt unserer Gedankenwelt." (Bulletin de la Ligue de l'enseignement 1905, S. 164.)

* * *

Solche Stimmen verhallten ungehört. Die Fédération Internationale, die nunmehr die Geschäfte der Alliance in Belgien besorgte, fühlte sich hier so zu Hause, daß sie schon im Herbst 1908 einen zweiten Kongreß zusammenrief.

Dem kleinen Städtchen Arel, wo die Provinzialregierung der belgischen Provinz Luxemburg ihren Sitz hat, wurde vom 21. bis zum 24. September 1908 die Ehre zuteil, ihn zu beherbergen. Diese Wahl war natürlich keine zufällige. Arel ist der Mittelpunkt des deutschen Sprachgebietes in Belgien, das etwa 50 000 Einwohner zählt. Also ein regelrechter Vorstoß der französischen Propaganda ins Gebiet der „feindlichen" Sprache war diese Veranstaltung. Ursprünglich dachte man bis ins Großherzogtum Luxemburg vorzudringen und in der dortigen Hauptstadt einen feierlichen Einzug abzuhalten. Allein ein sanfter Wink der großherzoglichen Regierung scheint dem Beginnen vorzeitig den Garaus gemacht zu haben.

Die ganze Veranstaltung leitete der Lütticher Universitätsprofessor Maurice Wilmotte. Die Pariser Regierung sandte wieder den Direktor des französischen Mittelschulwesens, Jules Gauthier, der von jeher eine verdächtige Vorliebe für Belgien hatte, als offiziellen Abgeordneten. Er führte bei den Verhandlungen den Vorsitz in der Abteilung für Unterrichtswesen. Der

literarischen Abteilung lieh Emile Verhaeren als Präsident den Glanz seines Namens.

Über der Arbeit und den Festen des Kongresses schwebte der Geist Frankreichs. Zum äußeren Zeichen hierfür trug man Kokarden mit der französischen Trikolore und sang die Marseillaise. Aus den Verhandlungen seien nur einige bezeichnende Vorgänge hervorgehoben. In der literarischen Abteilung wünschte man nach dem Vortrag eines Luxemburgers eine Vereinbarung zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und der Schweiz, um eine Verbilligung des Portos für französische Zeitungen und Druckwerke herbeizuführen.

Der Antrag einer radikalen jung-wallonischen Gruppe, daß bei den belgischen Wahlen alle Kandidaten auf ihre französische Gesinnungstüchtigkeit zu prüfen seien, rief selbst bei dieser Versammlung das Bedenken hervor, daß dies eine unzulässige Einmischung in innerbelgische politische Verhältnisse sei. (Temps, 23. September 1908.)

Dagegen nahm die Unterrichtsabteilung keinen Anstand, unter dem Vorsitz des amtlichen Vertreters der französischen Republik den Vlamen den Krieg zu erklären und sich in rücksichtsloser Weise über elsaß-lothringische Verhältnisse auszusprechen. Gauthier legte auch dar, in welcher Weise seine Regierung die Begründung französischer Schulen in Flandern, besonders in Antwerpen und Gent unterstützen wolle. (Etoile Belge, 22. September 1908.)

Nach einem Vortrag von Oscar Grosjean (Brüssel) über das belgische Schulgesetz von 1883 und den eben heißumstrittenen Schulgesetzentwurf Coremans nahm der Kongreß eine von der Unterrichtsabteilung mit Herrn Gauthier vorbereitete geharnischte Entschließung gegen diesen vlamenfreundlichen Gesetzesvorschlag an und forderte, daß das Französische die alleinige Verkehrssprache zwischen den beiden Belgien bewohnenden Stämmen bleiben müsse. Eine andere Entschließung richtete sich gegen die Vervlamung der Genter Hochschule und beschwor das belgische Parlament, sich jedem solchen Versuche bis aufs äußerste zu widersetzen. Die wallonischen Verbände erhielten die Anweisung, den Kampf gegen die vlämischen Forderungen mit allen Mitteln zu organisieren. (Le IIe Congrès international pour l'extension

et la culture de la Langue Française von Oscar Grosjean, in La Vie Intellectuelle, 15. Oktober 1908.)

Herr Gauthier, der Vertreter der französischen Regierung gab zu allem seinen Segen, ja leitete teilweise die Beratungen über diese Vorstöße eines internationalen Kongresses gegen die innere Selbständigkeit des belgischen Staates. Keiner der anwesenden Belgier, unter denen sich auch Amtspersonen und sonstige Würdenträger befanden, widersprach. Ja, die Belgier ließen es sich sogar gefallen, daß Gérard Harry, damals Hauptschriftleiter der Brüsseler Chronique, am Schluß eines längeren Vortrages eine Tagesordnung zur Abstimmung stellte, worin die Pariser Regierung aufgefordert wurde, in den mehrsprachigen Ländern, also in Belgien, der Schweiz, Luxemburg, die in französischer Sprache erscheinenden Blätter „regelmäßig zu unterstützen".

Mit Recht konnte das Antwerpener Handelsblad sagen:

> „Summa summarum, der anti-vlämische Kongreß hat ein helles Licht geworfen auf die Tätigkeit all der französischen Kreise in Belgien, die mit Geldunterstützung der Pariser Regierung Krieg gegen einen Teil des belgischen Volkes führen und gegen die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung . . . . . Es ist in Arel ein schlechtes und antinationales Werk verrichtet worden, das durch alle Belgier, selbst die französisch redenden verurteilt werden müßte."

Diese Hoffnung des vlämischen Blattes hat sich allerdings nur zu einem geringen Teil erfüllt. Einzelne französisch-belgische Blätter katholischer Richtung übten an dem Kongresse Kritik, so der Genter „Bien Public", das Organ des konservativen Katholiken-Führers Woeste. Daß die hier angedeuteten Dinge auf dem Kongresse passieren konnten, ohne daß ein einziger Belgier widersprach, dünkte ihm ein skandalöses Schauspiel zu sein. Freilich, der Zorn des Blattes war weniger durch die franzosenfreundlichen Bestrebungen des Kongresses verursacht, als durch die Tatsache, daß die Wortführer durchweg Feinde der in Belgien regierenden Partei waren und dies mehrfach deutlich zum Ausdrucke gebracht hatten. Gefährlich erschien dem Blatte nur die Art des fran-

zösischen Einflusses in Belgien, „wie ihn der antiklerikale Block versteht und ausübt“ („telle que le bloc la comprend et telle qu'il l'exerce“, Bien Public, 5. Oktober 1908.)

Die Brabantische Abteilung der Alliance.

Die in ihrer südlichen Hälfte wallonische, in ihrer nördlichen vlämische Provinz Brabant mit der ebenfalls sprachlich zweigeteilten Hauptstadt Brüssel und ihrer allen Pariser Einflüssen und — Unarten leicht zugänglichen französischen Oberschicht bot der Alliance eine besonders breite und günstige Angriffsfläche. Die Fédération Internationale gründete deshalb am 21. Februar 1909 für dieses Gebiet eine eigene Section Brabançonne als Trägerin der Propaganda, mit der besonderen Aufgabe, „der vlämischen Sprache in den Schulen Brabants den Gnadenstoß zu versetzen.“ (Chronique, 3. März 1909.)

An der Spitze dieser Vereinigung stand der Staatsminister Jules Lejeune, unter ihren leitenden Mitgliedern zählte sie nicht nur belgische Universitätsprofessoren und Akademiker wie Maurice Wilmotte und Maurice Ansiaux, sondern auch Staatsbeamte und Richter, ja sogar den Leiter des Hochschulwesens im Unterrichtsministerium Bekkers und den Generaldirektor des Unterrichtswesens der Stadt Brüssel, A. Mabille. Mit ihnen saß bei der Gründungsversammlung am gleichen Tische J. Gauthier, der Direktor des mittleren Schulwesens Frankreichs, als Vertreter der Republik und Bevollmächtigter seines Ministers. Ohne Bedenken, als ob es keine belgische Selbständigkeit gäbe, stimmte auch er dem Beschlusse zu, daß vor allem das Schulwesen der Brüsseler Vorstadtgemeinden ganz französisch werden müsse.

„Also gehen“, so schrieb das Streitblatt Vlaamsch en Vrij (1. September 1909), „Herr Gauthier, der Beamte des französischen Unterrichtsministers und Mabille, das Haupt

des öffentlichen Unterrichts der Stadt Brüssel, Hand in Hand, um die von dem Konsul Crozier so hochgepriesene Eroberung der Geister zu erreichen. Wir Belgier bezahlen den Herrn A. Mabille. Er aber gehört mit Herz und Verstand nach Frankreichs Hauptstadt. Für uns Vlamingen scheint er nichts als Haß und Verachtung zu fühlen. Solche Zustände sind nur möglich, weil unsere herrschenden amtlichen Kreise moralisch von Frankreich bereits einverleibt sind."

* * *

Ein Werk der Brabantischen Abteilung war in der Hauptsache auch die Tagung der Alliance auf der Brüsseler Weltausstellung von 1910, die überhaupt durch große belgisch-französische Verbrüderungsfeste ausgezeichnet war. Man trat diesmal mit einer wohlberechneten Verschleierung der im Hintergrunde stehenden Alliancefirma unter neuem Titel auf und hieß sich: Erster nationaler Kongreß der französischen Geistesarbeit. (Premier Congrès national des oeuvres intellectuelles françaises.)

Die Republik beteiligte sich wieder durch amtliche Vertreter; außer dem Exminister Yves Guyot waren anwesend: der Generalsekretär der Pariser Regierung bei den Ausstellungen von Lüttich und Brüssel, Staatsrat Chapsal, Pierre Angis als Bevollmächtigter des Unterrichtsministeriums, Oberst Hanoteau als Vertreter des Kriegsministeriums und M. Saillard als Vertreter des Landwirtschaftsministeriums.

Der belgische Vizepräsident der Tagung, Emile Digneffe, fand in seiner Eröffnungsrede, daß es kein besseres Mittel gebe, das Niveau seines Heimatlandes zu heben, als die französische Gesittung, „durch die wir Belgier teilhaben an jener bewunderungswürdigen Zivilisation, die in der Bildung Griechenlands und Roms verankert ist, da wo diese am vollkommensten und meisten verfeinert war, die überhaupt die Blüte alles dessen darstellt, was der menschliche Geist je verwirklichen kann".

Zum Beweise seiner Behauptungen wiederholte Digneffe die für Frankreich schmeichelhaften Worte, die König Albert im ver-

gangenen Juli bei seinem Besuch in Paris an den Präsidenten und die Spitzen der Republik gerichtet hatte. Es gebe keinen besseren Ausdruck für die Gefühle, welche die Kongreßteilnehmer beseelen, meinte Digneffe und stellte „die Tagung unter das Motto dieser Königsworte". (Indépendance belge, 5. Sept. 1910.)

Und unter diesem Leitspruch forderte dann Achille Chainaye, der Führer der Brüsseler Wallonenliga, die rücksichtsloseste Unterdrückung der vlämischen Untertanen Alberts I.: „Es muß soweit kommen, daß das Vlämische in Belgien nichts weiter mehr ist, als eine fremde Sprache, wie Englisch oder Deutsch." (XXe Siècle, 6. September 1910.)

Unter diesem Motto beschloß der Kongreß unter Mitwirkung der amtlichen Vertreter Frankreichs ferner die Zusammenfassung aller belgisch-französischen Kräfte und Vereinigungen zum Kampfe gegen die Vlamen; beschloß er im französischen Sinne einzugreifen in allen Fragen des öffentlichen und privaten Unterrichts in Belgien und beauftragte er die Section Brabançonne mit der Durchführung dieses Programms. (La Gazette, 6. September 1910.)

So mußte der König der Belgier als Eideshelfer für das ausbreitungssüchtige Franzosentum herhalten. Ministerium und Parlament in Brüssel fanden keine Mittel und Wege zu einem geharnischten Protest gegen dieses unerhörte Attentat auf die Neutralität und Selbständigkeit der belgischen Staatsmacht. Die paar Zeitungsartikel einiger Regierungsblätter kann man doch nicht als ernsthaften Einspruch gelten lassen. Die belgische Staatsgewalt ist durch ihr Verhalten zur Mitschuldigen geworden.

Die französische Pressewelt, die sich im Rahmen der Tagung ein besonderes Stelldichein gab, versäumte natürlich nicht, den Erfolg des französischen Vorstoßes in Belgien gebührend hervorzuheben.

* * *

In der Folge ließ die Alliance in Paris mehrfach Vorträge über belgische Fragen durch belgische Politiker halten. Im Frühjahr 1911 sprach z. B. Julien Delaite aus Lüttich über den Sprachenkampf in Belgien und forderte die Hilfe Frankreichs gegen die vlämische Bewegung, in Gegenwart des belgischen Gesandten

Baron Guillaume und des belgischen Generalkonsuls Bastin.

Die Vlaamsche Gazet (24. März 1911) stellte die berechtigte Frage:

> „Glaubt unser Minister des Auswärtigen, daß dieser Platz der richtige war für die Vertreter Belgiens in Frankreich?“

Die Amitiés Françaises.

Neben der Alliance treten seit 1909 die Amitiés Françaises, die französischen Freundschaftsbünde, als besonders rührige Kampftruppen auf den Plan. Sie sammeln vor allem die gebildete Jugend. Radikaler und rücksichtsloser als die ältere Alliance, die ihre politischen Absichten gerne mit dem Mäntelchen harmloser Kulturbestrebungen bedeckt, entrollen sie frank und frei das Banner des französischen Imperialismus, den sie in allen seinen Auswirkungen vertreten: sprachlich, geistig literarisch, künstlerisch, politisch und wirtschaftlich.

Nach dem Titel eines Romans von Maurice Barrès, des „Klassikers“ des neufranzösischen Nationalismus, führen diese Bünde ihren Namen. Das allein schon verrät ihr eigentliches Programm!

> „Sie wollen nicht nur für die Sprache werben, sondern auch für die Ideale, die Überlieferungen, die Sitten, die Bildung, den ganzen Geist Frankreichs. Sie hoffen eine Brustwehr aufzuwerfen gegen jegliche Art von Gallierfeindschaft und vor allem gegen den Pangermanismus“ (Le Petit Journal, 6. April 1911).

Es ist Jung-Frankreich innerhalb und außerhalb der Grenzen der Republik, das hier, zu einem Weltbunde zusammengeschlossen, machtheischend und angriffslustig in die Schranken tritt. Eine neue kräftige Woge, welche der in Frankreich immer stärker flutende

Strom der nationalistischen Bewegung über die Grenzen des Landes hinaustreibt in das europäische und überseeische Ausland!

Die ersten Gruppen entstehen außerhalb der Republik, bald folgen Gründungen innerhalb dieser und schließlich der Ausbau zu einem Weltbunde, nachdem fast überall Landesgruppen entstanden sind. Diesen bleibt eine gewisse Selbständigkeit, die leitende Gewalt jedoch hat ein Zwölferausschuß in Paris in Händen.

In Frankreich leihen die höchsten amtlichen Stellen und die ersten Kreise der Gesellschaft, der Finanz, Politik, Presse und Literatur bereitwillig ihre Unterstützung und den Glanz vornehmer und bedeutender Namen. In der Liste des Comité du Patronage steht auch Raymond Poincaré mit obenan. Als er 1912 Präsident der Republik wird, widmet ihm die Monatsschrift des Verbandes einen begeisterten Lobgesang mit dem Leitspruch: „Mit ihm, dessen sind wir sicher, wird Frankreich größer werden.“ Der Kammerpräsident Paul Deschanel und sein Vorgänger Paul Doumer, die Altminister Léon Bourgeois, Pierre Baudin, Aristide Briand, der inzwischen, 1915, zum Ministerpräsidenten vorrückte, Georges Clémenceau und Jean Dupuy, der Präsident des Pariser Pressebundes, dann Gabriel Hanotaux, Stephen Pichon, Alexander Ribot gehören ebenfalls zum Ehrenausschuß; ebenso die Generäle Augagneur, der ehemalige Gouverneur von Madagaskar; ferner der frühere Generalissimus de Lacroix und General Lyauthey, der Resident von Marokko; weiter die Akademiker Alfred Capus, Anatole France, Pierre Loti, Marcel Prévost, Edmond Rostand, Henri Bergson; Charles Legrand, der Präsident der Pariser Handelskammer und der Vorsitzende des französischen Schriftstellerbundes Daniel Lesueur und neben vielen andern schließlich auch noch die unvermeidliche Sarah Bernhard. (Siehe die Zeitschrift Les Amitiés Françaises 1911/12.)

Man muß zugeben, das ist ein Ehrenausschuß, der sich sehen lassen kann. Die Tätigkeit des Bundes ist von den besten Kräften der französischen Nation getragen. Das mußte seinem Ansehen und seiner Ausbreitung ungemein förderlich sein. In der Tat sprossen die Zweigvereinigungen fast in der ganzen Welt rasch empor.

Natürlich warfen sich die Amitiés von Anfang an mit besonderem Ungestüm auf die „Ostmarken". Belgien vornehmlich wurde ihr beliebtestes und ergiebigstes Arbeitsfeld. Der Lütticher Advokat und jungwallonische Führer Jenissen gründete im September 1909 die erste Gruppe in Lüttich. Binnen zwei Jahren gab es zahlreiche starke Ortsvereine, von denen zum Beispiel der von Mons 1911 schon über tausend Mitglieder zählte. In Brüssel setzte Maurice des Ombiaux die Gründung ins Werk, die sich hier auch der Teilnahme von Camille Lemonnier rühmen konnte. Der belgische Landesverband entfaltete eine ungemein rührige Tätigkeit mit gesellschaftlichen Veranstaltungen aller Art, mit Vorträgen und in der Presse. Er wurde nun der Hauptträger der französischen Werbetätigkeit und riß auch die Führung der wallonischen Bewegung an sich. Beide Strömungen flossen in eins zusammen.

* * *

Solcher Eifer verdiente Belohnung. Den Belgiern wurde die Ehre zuerkannt, den ersten Weltkongreß der Amitiés in ihrem Lande zu beherbergen. Er fand vom 20. bis zum 24. September 1911 in Mons im Hennegau statt.

Der vorbereitende Ausschuß ging mit dem Hintergedanken ans Werk, die Tagung zu einer weithin sichtbaren Kundgebung des Franzosentums gegen Deutschland und gegen den „Pangermanismus" zu machen.

Man gedachte die leidenschaftliche und künstlich überhitzte Erregung auszunützen, in die nicht nur Frankreich, sondern auch das welsche Belgien, ja, alle deutschfeindlichen Elemente auf dem Erdenrund, im Sommer 1911 durch Agadir, oder vielmehr durch die mit Agadir getriebene französisch-englische Hetze, hineingeraten waren. Mit bedeutungsvoller Absichtlichkeit verband man mit dem Kongreß die feierliche Enthüllung des Denkmals der Schlacht von Jemappes, durch die 1792 das Revolutionsheer unter Dumouriez die Eroberung und Einverleibung Belgiens in die französische Republik einleitete. (Vgl. den Abschnitt: Waterloo-Jemappes.)

Der offizielle Kongreßbericht bekannte später unverblümt, daß die Tagung nicht nur durch diese Jemappesfeier, sondern vor allem auch durch die gewitterschwülen weltpolitischen Zeitumstände, durch die französisch-deutsche Spannung des Sommers 1911, gewonnen habe, sowohl was die Beteiligung, als auch was die Bedeutung der Kundgebungen anlangt. (Kongreßbericht, S. 10.)

Im Zeichen dieses weltpolitischen Gegensatzes lud das Komitee die Franzosen im Auslande („Français du déhors"), zu denen es auch die Welschbelgier rechnete, als „Tributpflichtige des geistigen Frankreichs" und als die „Geistesaristokratie" der Welt zur Teilnahme ein. (Kongreßbericht, S. 7.)

Ein zweiter Aufruf wandte sich an die Belgier im besonderen. Hierbei scheute man nicht davor zurück, den König Albert selbst zum Kronzeugen für die Amitiés zu machen. Er hatte bei seinem Besuch in Paris 1910 in einer Rede im Elysée die engen Beziehungen zwischen seinem Land und Frankreich mit einer für einen Souverän kaum noch zulässigen Hingabe gepriesen. Nun mußte er sich gefallen lassen, daß die Amitiés diese Sätze an die Spitze ihres Aufrufes setzten und sie in unverschämter Weise für die Zwecke des französischen Imperialismus und seine Heerschau in Mons ausbeuteten mit der Bemerkung:

> „So sprach am 12. Juli 1910 König Albert feierlich im Elysée; er hat damit am besten das Programm der Amitiés Françaises formuliert."

Im Zeichen dieser Königsworte erging dann folgende Aufforderung an die Belgier, sich nun mit den Anhängern der französischen Ausbreitung in Reihe und Glied zu stellen:

> „Während der letzten drei Viertel des verflossenen Jahrhunderts hat Belgien, das zunächst leben, dann sich organisieren, dann sein Auskommen suchen, sich sozusagen erst zu Hause einrichten mußte, sich nicht darum kümmern können, was außerhalb seiner Grenzen liegt.
>
> Jetzt aber, wo es den materiellen Höhepunkt, auf den es stolz ist, erreicht hat, kann und muß es daran denken, den geistigen Austausch mit der edlen Nation von dem der König gesprochen, ins Werk zu setzen.

Das ist eine Notwendigkeit für ein kleines Land, dessen eine Volkshälfte von der gleichen Rasse ist, wie die französische Nation und dessen andere, zweisprachige Hälfte einen so glücklichen Anteil an der französischen Kultur hatte, für ein Land, dessen Auslese, Gelehrte, Tondichter und Dichter in Frankreich stets den für die Entwickelung ihres Geistes günstigsten Boden fand und findet . . ." (Kongreßbericht S. 8 ff.)

Der Erfolg blieb nicht aus, trotz der Gegnerschaft eines Teiles der katholischen Presse Belgiens, die in der Veranstaltung den jakobinischen Geist der französischen Revolution witterte. Aus Frankreich und dem übrigen Auslande, aber besonders auch aus Belgien, strömten die Anhänger des französischen Ausbreitungsgedankens in hellen Scharen herbei. Die Teilnehmerliste des Kongresses füllte sich mit den klingenden Namen zahlreicher bedeutender Persönlichkeiten der französischen Kulturwelt und des belgischen Lebens. Die Provinzregierung des Hennegaus, die Verwaltungen von Mons, Charleroi, Ougrée, St. Gilles und anderen ließen sich amtlich vertreten.

Es gab große Empfangsfeierlichkeiten auf dem Rathause der Stadt Mons, Festbankette und Festvorstellungen in Theatern und Kabaretts, einen Besuch der vom Abgeordneten Jules Destrée veranstalteten wallonischen Kunstausstellung in Charleroi, einen Empfang auf Schloß Mariemont durch den bekannten Großindustriellen und Abgeordneten Baron Raoul Warocqué. Von hier sandte man Telegramme an Präsident Fallières und König Albert, auf die Dankestelegramme eintrafen. Die große Denkmalsfeier bei Jemappes krönte zum Schlusse das ganze Werk, das sich in der Tat zu einem großen Triumph des imperialistischen französischen Gedankens in Belgien gestaltete.

* * *

Dies kam auch in den Verhandlungen deutlich zum Ausdruck.

Der Kongreßleiter, Advokat François André aus Mons, Vizepräsident des Provinzialrates vom Hennegau befleißigte sich in seiner Eröffnungsrede einer unbedingten Unterwürfigkeit unter Frankreich. Die Republik ist ihm die „Lehrmeisterin der ganzen

Welt". Jedermann hat zwei Vaterländer, sein eigenes und Frankreich, die Belgier aber haben nur eines: Frankreich und Belgien. Die Wallonen danken Frankreich ihren innigen Zusammenhang mit der großen lateinischen mittelländischen Kultur, daher haben die politischen Grenzen im Süden Belgiens für sie keine große Bedeutung!

> „Unter dem Himmel Frankreichs sind alle stolzen Ideen, alle edlen Bestrebungen herangereift, Frankreich hat an unserer Wiege das Lied seiner Träume gesungen, hat uns ernährt mit dem Brote seiner Taten."

Er begrüßte alle diejenigen, die „sehnsüchtig ein größeres und schöneres Belgien erstreben mit der moralischen und solidarischen Hilfe Frankreichs, das stets glänzender und strahlender seinen lateinischen Geist entfalten möge". (Kongreßbericht, S. 26.)

So sprach ein „neutraler" Belgier, der Träger eines hohen staatsbürgerlichen Ehrenamtes, der leitende Mann einer staatlichen Körperschaft!

Da konnte Dumont-Wilden, der bekannte belgische Vorkämpfer der französischen Ausbreitung, natürlich nicht zurückbleiben. Er schlug den Ton offener Feindseligkeit gegen Deutschland und alles Germanische an, der nachher in den Verhandlungen immer wieder durchbrach, ja sie streckenweise ganz beherrschte. Dumont sah Frankreich umlauert und bedroht von Neidern und Feinden. Auf Kosten Frankreichs hat sich nach seiner Meinung die Einigung Deutschlands vollzogen und dieses Deutschland kennt kein anderes Streben, als die Republik aus ihrer geistigen Vormachtstellung zu werfen wie aus der politischen!! Er ärgerte sich, daß Belgien, das den Franzosen die Schaffung seiner Nationalität und beinahe seine ganze Kultur verdanke, eine große Partei dulde, die in der törichten Einbildung lebe, eine besondere belgische, von der französischen unabhängige Kultur aufrichten zu können! Und er schloß mit einer schmetternden Fanfare gegen Deutschland:

> „Ob Franzosen oder Belgier französischer Zunge, stets haben wir die Fehler, die schon Cäsar den gallischen Stämmen zuschrieb: den Persönlichkeitstrieb, die Sucht, eine Rolle zu

spielen, die Ruhmsucht und auch — wir sind unter uns — etwas Eitelkeit. Verachten wir, wenn Sie wollen, die Eigenschaften unserer germanischen Feinde, ihren Ordnungssinn, die Unterordnung der Persönlichkeit unter den angestammten oder erwählten Herrscher. Aber ziehen wir Nutzen aus uns, so wie wir sind. Verzichten wir darauf, einen einmütigen Block zu bilden und kämpfen wir nach unserem Temperament in getrennten Gruppen. Schicken wir uns, wenn es sein muß, in unsere unvermeidlichen häuslichen Streitigkeiten, aber denken wir stets voller Zuversicht daran, daß an dem Tage, wo von Osten her die Drohung wettert, die stets und immer wieder von jener Seite kommt, alle Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten vergessen sein werden, und daß wir, wie bei allen großen Krisen, welche die französische Zivilisation bedrohten, dann alle mit einem Schlage vereint gegen den gemeinsamen Feind stehen werden. (Kongreßbericht, S. 33 ff.)

* * *

Die Beratungen der Ostmarkenabteilung waren durchweg von einem ausgeprägt deutschfeindlichen Geiste getragen. Man sprach fast nur über die „deutsche Gefahr" und die angebliche Bedrohung der Grenzländer durch Deutschland. Obwohl der Luxemburger Gymnasiallehrer Josef Hansen zugeben mußte, daß die Alliance Française in seiner Heimat große Fortschritte gemacht habe, und daß den täglich in dieses Land kommenden 17 000 französischen Zeitungsblättern kaum 300 deutsche gegenüberstünden, faselte doch auch er von der deutschen Gefahr, in der Luxemburg schwebe.

George Ducrocq, der Herausgeber der Kampfzeitschrift Marches de l'Est, Eduard Gérardin und René Henry, der Freund und Streitgenosse des tschechischen Deutschenfressers Kramarsch, wußten mit verlogener Rührseligkeit das angebliche Unglück der Elsaß-Lothringer zu schildern und priesen die heldenhafte Tapferkeit, mit der dort selbst das Landvolk und insbesondere die Frauen dem Deutschtum widerstrebten;

diese seien die „Seele des Widerstandes", welche sehnsüchtig Frankreich suche und mit Abscheu Deutschland fliehe. (Versammlungsbericht, Seite 40 ff.) Emile Hinzelin betonte in seinem Vortrag über das Wiedererwachen der französischen Denkweise, es gebe weder ein vergangenes noch ein zukünftiges, sondern nur ein einiges Groß-Frankreich, das dem „drohenden Feind im Osten" entgegengestellt werden müsse. (Le Soir, 23. Sept. 1911.)

Mit einer Unwahrhaftigkeit sondergleichen deutete René Lauret in einem Vortrag über den Pangermanismus alle deutschen Kräfte, die irgendwie über die Grenzen des Reiches hinauswirken, auf geistigem, literarischem, wirtschaftlichem Gebiete, als Äußerungen einer planmäßigen Eroberungs- und Unterdrückungssucht und eines verwerflichen und brutalen Pangermanismus, der von — Kaiser Wilhelm II. ausgehe. Den natürlichen Lebensdrang des deutschen Volkes wollte dieser sonderbare panlateinische Fanatiker möglichst beschnitten und Deutschland vom Austausch der geistigen und materiellen Güter der Nationen möglichst weggedrängt sehen — damit Frankreich herrsche.

Man sieht, jener aberwitzige Haß, der heute bei den Verbündeten die verstiegensten Kriegsziele zeitigt, der Männer wie Poincaré, Grey und Asquith gleich Tollhäuslern die Zerstückelung und Vernichtung des deutschen Volkes und seiner Gesittung im Namen der Kultur als Zweck des Weltkampfes bezeichnen läßt, war schon vor dem Krieg auf diesem Kongreß lebendig und konnte ungestraft im neutralen Belgien Orgien feiern.

Man nahm schließlich folgende, von Henry beantragte, gegen Deutschland gerichtete politische Entschließung an:

> „Die Ostmarken-Sektion wünscht etwas mehr Gerechtigkeit in Europa und spricht das Verlangen aus, daß die Staaten und die Nationen, die an der Spitze eines Staates stehen, das Dasein, die Eigenart und die Freiheit aller Nationalitäten oder Bruchteile von Nationalitäten achten, die sie unterdrücken oder unterdrücken könnten." (Kongreßbericht, S. 46.)

Die „neutralen" belgischen Vertreter stimmten ebenso einmütig bei, wie die Franzosen. Keiner aber dachte daran, die

Mahnung vor allem an Frankreich selbst zu richten, das gegen die vlämische Volkssprache und das vlämische Volkstum in Französisch-Flandern bekanntlich eine wahrhafte Ausrottungspolitik betreibt.

* * *

Die Franco-Wallonische Abteilung begleitete den Vorstoß der Ostmarken-Abteilung gegen Deutschland mit einem nicht minder scharfen Angriff auf den germanisch-niederländischen Volksbestand in Belgien. Die Lehre von der Verschmelzung beider Volksstämme in Belgien zu einer nationalen Gemeinschaft lehnte man ab, da sie mit den Tatsachen in Widerspruch stehe. (Kongreßbericht, S. 55.)

Emile Jenissen vertrat die von den jüngeren wallonischen Bünden zum Programm erhobene Forderung einer grundstürzenden Umänderung der belgischen Staatsverfassung, durch Trennung der Verwaltungen Walloniens und Flanderns nach der Sprachgrenze, während Hector Chainaye die Bildung eines großen wallonischen Blockes für die Kammerwahlen forderte. Als er die Haltung des liberalen Abgeordneten für Mons, Fulgence Masson, einer tadelnden Kritik unterzog, kam es zu Lärmszenen und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der gemäßigten und der radikalen wallonischen Richtung. Dem Herausgeber des Brüsseler Franzosenblattes „Indépendance Belge" und Berichterstatter des Temps, Roland de Marès, stiegen in einer Anwandlung richtiger Erkenntnis nun doch Bedenken auf über die Art und Weise, wie dieser internationale Kongreß die innere Selbständigkeit und Neutralität des Landes mit Füßen trat, dessen Gastfreundschaft er genoß. Einige wollten die Erörterung der belgischen Sprachenfrage von der Tagesordnung abgesetzt wissen. Allein der Lütticher Universitätsprofessor Maurice Wilmotte, also ein belgischer Staatsbeamter, belehrte sie nachdrücklich, das diese Frage keineswegs nur eine Sache der innerbelgischen Politik, sondern eine Angelegenheit von europäischem Belange sei und also vor den Kongreß gehöre.

Wilmottes Auffassung trug den Sieg davon.

Der katholische Wallonenführer Maurice de Miomandre begründete in einem ausführlichen Referate gegenüber dem Grundsatze der vlämischen Bewegung „In Vlaanderen Vlaamsch“ die ältere französisch-wallonische Auffassung, daß Flandern mit seiner dünnen, verwelschten Oberschicht als zweisprachiges Land zu gelten habe, in dem dem Französischen die gleichen Rechte zukämen, wie dem Niederländischen. Er widerriet gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus die von Jenissen verlangte Verwaltungstrennung, weil man befürchten müsse, daß Flandern hierdurch zu einem vollkommenen Herrschaftsgebiete des Niederländischen werden könne.

Miomandres Ziel ist vielmehr die vollständige Durchdringung des gesamten Schulwesens des Vlamenlandes mit französischer Sprache und französischem Geiste, weshalb er denn auch die von den Vlamen bereits errungenen Sprachengesetze wieder beseitigen will.

Das Ergebnis der Verhandlungen war schließlich folgende von Belgiern und Franzosen in traulichem Vereine gefaßte Entschließung, die ohne jedes Bedenken in innerbelgische Verhältnisse eingriff und eine offene Verletzung der belgischen Neutralität und Selbständigkeit darstellt.

„Der in Mons vom 23. bis 24. September tagende erste Kongreß der Amitiés Françaises macht Belgien auf die Gefahr aufmerksam, die seiner Volkseinheit aus den Forderungen der Vlamenverbände erwächst. Er legt nachdrücklich Verwahrung ein gegen diese immer stärker auf den Unterricht, die Verwaltung, die Rechtssprechung übergreifenden Forderungen und namentlich gegen den Plan, aus der französischen Hochschule in Gent eine vlämische machen zu wollen.

Er fordert die Neuprüfung der Gesetze von 1883 und 1910 über den Sprachenzwang in den Mittelschulen, und der Vorschläge, wie in Gebieten vlämischer Zunge dem Familienvater die freie Wahl gelassen werden kann. Er ersucht, daß der Unterricht im Französischen rechtmäßig als Hauptfach betrachtet und namentlich auch in der Brüsseler Mittelbevölkerung einheitlich durchgeführt wird.“ (Kongreßbericht, S. 53 f.)

Die belgische Ligue nationale pour la défense de la langue française ließ durch ihre Leiter S. Sasserath und Raoul Engel, dem Kongreß einen förmlichen Feldzugsplan vorlegen, nach dem der Kampf gegen die niederländische Volksmehrheit in Belgien, ihre Sprache und Kultur von dieser Liga durchgeführt worden war und noch durchgeführt werden soll.

Man kann wohl sagen, daß kein anderes Land als Belgien eine solche tolle Verneinung seiner Selbständigkeit durch einen zum größeren Teil aus Landfremden bestehenden Kongreß ertragen, sondern diesen einfach über die Landesgrenzen hinausgewiesen hätte. Die belgische Regierung jedoch schwieg zu allem, was in Mons geschah und duldete, daß belgische Würdenträger und Amtsleute sich an der Hetze gegen Deutschland und Flandern offen beteiligten.

Sie ließ es auch ohne Widerspruch geschehen, daß der Kongreß sein Werk mit einer Massenfeier auf dem Schlachtfelde von Jemappes krönte, wobei französische Generale und belgische Senatoren und Abgeordnete deutschfeindliche Brandreden hielten. (Siehe den Abschnitt Waterloo-Jemappes!) Kongreß und Jemappesfest waren also eine richtige Heerschau des von kriegerischem Geist erfüllten, angriffslustigen neufranzösischen Imperialismus, bei der man die belgische Neutralität hohnlachend mit Füßen trat.

Der französischen Partei in Belgien schwoll der Kamm mächtig; ihre Presse erfüllte das ganze Land mit einem wahren Triumphgeschrei, in das die Pariser Blätter laut mit einstimmten.

> „Die Besprechungen von Mons", schrieb der Figaro (24. September 1911), „werden die Parteigänger Frankreichs anspornen, noch eifriger, noch kräftiger als vorher, für die Ausbreitung der französischen Sprache zu wirken und für alles das, was in dieser Sprache an Gefühlen, Gedanken, an geschichtlicher Vergangenheit und Wünschen für die Zukunft schlummert."

In der belgischen Öffentlichkeit nahmen neben den vlämischen die der Regierung nahestehenden katholischen Zeitungen gegen

den Kongreß Stellung, in erster Linie jedoch deshalb, weil sie in ihm eine Kundgebung des französischen Antiklerikalismus erblickten. Das Blatt Woestes allerdings, der Genter Bien Public zielte etwas schärfer in die Mitte, wenn es schrieb:

> „Wenn die Veranstalter dieses ganzen Rummels aufrichtig gegen sich wären, würden sie zugeben, daß sich hinter der gegen den Klerikalismus gerichteten Kundgebung einfach der Republikanismus, der Sozialismus und das schmachvolle Gelüste verbirgt, sich Frankreich in die Arme zu werfen." (Bien Public, 25. September 1911.)

* * *

Nach dem Kongreß zu Mons, mit Beginn des Jahres 1912, gaben die Amitiés eine eigene Monatsschrift heraus unter dem Titel „Les Amitiés Françaises". In ihr kamen die Bestrebungen des Verbandes nach allen Richtungen zum Ausdruck. Neben den „Marches de l'Est" ist sie wohl die lauteste Bekennerin und Verkünderin des „größeren Frankreich" und der „Weltherrschaft des französischen Geistes". Belgien wird in ihren Spalten mit besonderer Fürsorge betreut. Der Bund und seine Zeitschrift fühlten sich förmlich als Vormünder des Landes. Ja, die Vorliebe ging so weit, daß man allen Ernstes die Herausgabe eines eigenen Organes für Flandern plante — in vlämischer Sprache!

Der Kongreß hat die Tätigkeit der belgischen Ortsgruppen sichtlich befruchtet. Sie warfen sich mit auffallender Rührigkeit auf Fragen der auswärtigen Politik, wobei das Thema Elsaß-Lothringen sich besonderer Beliebtheit erfreute.

Im Lütticher Bunde sprach im Winter 1911 darüber George Ducrocq, der Herausgeber der Marches de l'Est. In Mons und Brüssel ließ man den früheren elsässischen Reichstagsabgeordneten Jacques Preiss auftreten, der die belgischen Französlinge zu stürmischen Kundgebungen für den französischen Vergeltungsgedanken hinriß.

Die zweite internationale Tagung der Amitiés gedachte man mit besonderer Großartigkeit in Lüttich abzuhalten. Die Vor-

bereitungen waren schon seit 1913 im Gange, denn diese Veranstaltung sollte eine überwältigende Kundgebung für Frankreich werden. Die Stadtverwaltung in Lüttich stellte Ende 1913 einen Zuschuß von 25 000 Franks in ihren Haushalt ein. Auch das vom König der Belgier genehmigte Budget der Provinz Lüttich für 1914 enthielt einen Betrag von 1000 Franks für die Vorbereitungen.

Man sieht, die Gelder der belgischen Steuerzahler wurden von den Amitiés ebenso zum Nutzen Frankreichs umgesetzt wie die Reden des Königs Albert.

Kleinere Verbände.

In seinem Vorworte zum Kongreßberichte der Amitiés Françaises (1911) bezeichnet Léon Souguénet die Lütticher Tagung des Internationalen Bundes zur Ausbreitung der französischen Sprache und Kultur (1905) als „den Ausgangspunkt der zahlreichen belgischen Sympathiekundgebungen für Frankreich, durch welche die letzten Jahre so eigenartig ausgezeichnet waren".

In der Tat war diese Lütticher Veranstaltung ein erster, großer, planmäßiger Gesamtangriff des Franzosentums auf das kulturelle und politische Selbstbestimmungsrecht Belgiens. Das Feuer der französischen Bewegung wurde dadurch in diesem Lande mächtig angefacht. Wie die Pilze schossen überall größere und kleinere Vereinigungen und Gesellschaften hervor, die sich die gleiche Aufgabe stellten wie jener internationale Bund. Die massenhafte Aufzucht solcher Gewächse war besonders begünstigt durch die seit der Marokkokrisis von 1905/06 treibhausartig erhitzte politische Atmosphäre Frankreichs, die sich mehr und mehr auch über Belgien ausdehnte und in den folgenden Zeiten noch stärkerer weltpolitischer Spannungen einen geradezu tropischen Grad erreichte. Sie ermöglichte, wie wir sahen, insbesondere auch das Wachstum der Amitiés Françaises. Deren Auftreten wiederum

wirkte in politischer Hinsicht auf die übrigen Vereinigungen zurück. Nach dem Beispiele der Amitiés erfüllten sie sich mehr und mehr mit dem angreiferischen deutschfeindlichen und vlamengegnerischen Geiste und wurden in den dunstigen Gedankenkreis des kriegslüsternen und rachesüchtigen neufranzösischen Imperialismus hineingerissen.

Der Bund zur Verteidigung der französischen Sprache.

Es kann hier nur auf einige der bedeutenderen dieser Körperschaften hingewiesen werden. S. Sassérath und Raoul Engel leiteten die 1909 gegründete Ligue nationale pour la défense de la langue française. Sie betrachtete es als ihre besondere Aufgabe, den Streit gegen das Vlamentum im großen Stile zu organisieren und gab ein Blatt heraus, das den Titel „Antiflamingant“ trug. Ihr Sekretär Georg Engel schrieb eine auf die Massen berechnete, wissenschaftlich unzuverlässige Broschüre gegen die Vervlamung der Genter Hochschule und veranstaltete mehrere, wegen ihrer fälschenden Tendenzen berüchtigte und siebenfach widerlegte Erhebungen über die Hochschulsache und andere vlämische Fragen. Der „große“ Maurice Maeterlinck, Roland de Marès, der Schriftleiter der den Franzosen dienstbaren Zeitung Indépendence Belge, der Lütticher Universitätsprofessor Maurice Wilmotte und sein Brüsseler Kollege Maurice Ansiaux bildeten den Ehrenausschuß der Vereinigung. Sie drückte besonders auch auf die parlamentarischen Parteien und verlangte von ihnen die Abschaffung der den Vlamen günstigen Schul- und Sprachengesetze. Um die politischen Wahlen zur Abgeordnetenkammer, zu den Gemeinde- und Provinzialverwaltungen wirksam im französischen Sinne zu beeinflussen, hatte die Liga ein eignes System der Einwirkung auf Parteien und Kandidaten ausgebildet. Die gesetzliche Doppelsprachigkeit in den Veröffentlichungen der Staatsverwaltungen bekämpfte sie praktisch, indem sie zum Beispiel an Stelle des doppelsprachigen, amtlichen Eisenbahnkursbuches selber ein einsprachiges französisches Kursbuch herausgab und in großen Massen verbreitete.

Mit der Liga wirkte hierbei zusammen der Bund französischer Sprachvereinigungen (Fédération des cercles de langue française), mit seinen rund 20 000 Mitgliedern.

Der Bund für die Sprachenfreiheit.

Die Ligue pour la liberté des langues, die ebenfalls seit 1909 in Antwerpen und Gent unter Führung von Armand Spée und Eugène Beyens auftrat, nahm die Marke des Schutzes der verfassungsmäßigen Sprachenfreiheit in Belgien vor, um in Flandern desto ungehinderter ihre französischen Ziele verfolgen zu können.

Die Zeitschrift Vlaamsche Hoogeschool (Dezember 1912) kennzeichnete diese Vereinigung folgendermaßen:

> „Man hat eine Gesellschaft errichtet: Ligue pour la Liberté des Langues, welche dem vlämischen Belgier volle Freiheit wahren will, für seinen täglichen Umgang und für die Erziehung seiner Kinder die eine oder die andere Sprache zu wählen. Da es für den Franzosen ein Glaubenssatz ist, daß das Französische die vollendetste Sprache und die französische Kultur die glänzendste ist, fällt diese Wahl wohl natürlich auf das Französische . . . . . Diese Freiheit bedeutet nichts anderes, als das Recht, seinem eigenen vlämischen Volke den Rücken zu kehren, seine Rechte zu unterdrücken und es zu erwürgen.
>
> Ligues pour la liberté des langues; Association pour la vulgarisation de la Langue Française; Amitiés Françaises; Ligue nationale pour la défense de la langue française, alles Kuchen von demselben Teig. Wissende und Unwissende werden von diesen Vereinigungen an der Nase herumgeführt; sie arbeiten für den Zweck: Kastanien rösten, die Frankreich sich nach einiger Zeit holt. Ob ein krähender Hahn oder ein Adler das französische Wappenzeichen ist, niemals wird Frankreich die süße Hoffnung aufgeben, daß ihm der fette Brocken Belgien einstens doch zufallen wird. Gewalt der Waffen und Kniffe der Diplomatie haben bis heute das Ziel nicht erreichen können. Jetzt sucht man ihm auf einem anderen Wege näher zu kommen: durch die riesenhafte

Propaganda, die Tag und Nacht getrieben wird in den „Ostmarken". Selbst eine Zeitschrift hat sich mit diesem Namen die Weihe gegeben.

Die Ostmarken sind: Belgien, Luxemburg, Elsaß-Lothringen, die französische Schweiz. Die Emsigkeit dieses Betriebs fällt Uneingeweihten im Lärm der modernen Welt nicht sonderlich auf. Wir aber, die wir vor dem Schachbrett sitzen, sehen der Gegenpartei auf die Finger und sehen den Zusammenhang dieser vielfältigen Bestrebungen. Wir wissen, daß ein großer Teil der französischen Geheimfonds für den belgischen Pressedienst bestimmt ist. Wir wissen, daß die Republik die Bemühungen der belgischen Franzosenpartei mit Geld unterstützt, mit Verleihung von Ehrenzeichen und anderen Dingen. Frankreich will sich die Zukunft vorbehalten und beschäftigt sich, in der Erwartung uns einmal einverleiben zu können, unaufhörlich mit der Annexion der Gehirne. Das Spiel wird sehr gewandt betrieben. Aber doch nicht so, daß nicht einmal der Mund überläuft von dem, wes das Herz voll ist . . . . ."

Die wallonische Bewegung.

Belgier oder Franzosen?

Seit Jahrhunderten ist der französische Einfluß im südlichen, welschen Belgien beherrschend. Ihm konnten die deutschen Einwirkungen im alten, zum römischen Reiche gehörigen Lütticher Lande nicht die Wage halten. Trotzdem hat sich das wallonische Volk seine Sonderart auch gegen die gleichmacherischen Einflüsse der französischen Zivilisation lange erkennbar bewahrt. Durch seine bodenständige Art unterscheidet es sich vorteilhaft von dem einst vlämischen Großbrüssel, das heute auf seinen vernachlässigten niederländischen Untergrund einen äußerlich glänzenden, aber im Inneren unechten Pariser Aufbau aufgesetzt hat. Der starke germanische Einschlag läßt sich im Walenlande ebensowenig verleugnen, wie im nordöstlichen Frankreich, dessen Mundarten der wallonischen Volkssprache am nächsten verwandt sind. Freilich, durch die unbestrittene Herrschaft der französischen Schriftsprache in Schule und Kirche, Handel und Wandel ist diese heimische Volkssprache zum langsamen, aber sicheren Untergange verurteilt. Auch die eigentlichen Volksschichten gerieten immer mehr in eine enge sprachliche und kulturelle Gemeinschaft mit Frankreich, in der die höheren Klassen längst gerne aufgegangen sind. Niemand wird der französisch sprechenden Bevölkerung einen Vorwurf daraus machen wollen, daß sie Herzen und Sinne den wirklichen Werten und Gütern französischer Geistesbildung erschließt, daß die Gebildeten dieser mit aufrichtiger Bewunderung anhängen. Davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Es handelt sich vielmehr um etwas anderes: um die kritiklose und voreingenommene Hingabe der führenden wallonischen Schichten an Frankreich selbst, an sein ganzes Tun und Lassen und Streben, auch auf politischem Gebiet. Und um das planmäßige zähe Streben Frankreichs und seiner Parteigänger, das wallonische Volk mehr und mehr seinem belgischen Staatswesen zu entfremden und

sein ganzes Sinnen und Trachten in demjenigen Frankreichs aufgehen zu lassen.

In den ersten Jahrzehnten des belgischen Königreichs war auch bei der Masse der Wallonen der Unabhängigkeitsdrang und das Gefühl des Verwachsenseins mit dem belgischen Staatswesen, das sie beherrschten, stark genug, um allzu vordringliche Werbungen der Franzosen abprallen zu lassen. Die ältere wallonische Bewegung, die in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Gegensatze zur vlämischen aufkam, wies die Züge einer selbständigen innerbelgischen Strömung auf. Sie hatte zu Wortführern Männer wie Bara und Frère-Orban, den bedeutenden liberalen Staatsmann, der bei allem Nachdrucke, mit dem er als Anwalt der wallonischen Wünsche und französischer Geistesbildung auftrat, stets auf die Wahrung der belgischen Selbständigkeit auch Frankreich gegenüber bedacht war. War es doch nicht zum wenigsten ihm und seiner Staatskunst zu danken gewesen, daß die Unabhängigkeit des Landes den gefährlichen Nachstellungen Kaiser Napoleons III. glücklich entging.

Die zahlreichen wallonischen Gesellschaften und örtlichen Vereinigungen jener Zeit befaßten sich hauptsächlich mit der Geschichte und Volkskunde und mit der Pflege der Sprache, Dichtung und Kunst ihrer Heimat. Auch die im Jahre 1887 gegründete Societé de Propagande Wallonne scheint sich anfänglich, ebenso wie die 1888 in Lüttich zustande gekommene Ligue Wallonne, im großen und ganzen in den Bahnen jener älteren besonnenen Führer gehalten zu haben.

Das ist später alles ganz anders geworden. Seit etwa 1890 machte sich die damals im Zeichen des russisch-französischen Bundes stärker einsetzende französische Einwirkung in Belgien auch in dem Auftreten der wallonischen Bewegung deutlich bemerkbar. An jener schlimmen Hetze, die den König Leopold II. beschuldigte, sein Land insgeheim an Deutschland gekettet zu haben, waren wallonische Führer mit beteiligt.

Die wallonischen Bünde demonstrierten im Juni 1890 in Brüssel heftig gegen die 75. Jahresfeier der Schlacht bei Waterloo, die von vlämischen Vereinigungen unter Beteiligung des Auslandes abgehalten wurde. Der wallonische Kongreß,

der damals in der Hauptstadt stattfand, stand offensichtlich unter der Einwirkung der vom französischen Gesandten Bourée geförderten Agitation. In seinem Beisein hörten die Teilnehmer des Kongresses ein Wohltätigkeitskonzert des französischen Genie-Regiments Nr. 3 an und ließen dabei Frankreich und seine Armee hochleben. Die Tagung schloß mit einer nicht mißzuverstehenden Kundgebung. Man zog vor das Denkmal des Generals Belliard und widmete seinem Andenken einen Kranz. Belliard war der erste Gesandte Frankreichs beim Königreiche Belgien und übte eine Art Geheimvogtei über das junge Staatswesen aus, das er als gelehriger Schüler Talleyrands am liebsten in Frankreich hätte aufgehen sehen. Ferner brachte eine Abordnung des Kongresses Herrn Bourée die Gefühle der Dankbarkeit und Ergebung für Frankreich zum Ausdruck. Die über die Waterloofeier aufgeregte Stimmung der Kongreßteilnehmer zeitigte auch radikale vlamenfeindliche Beschlüsse, in denen die Erklärung des Französischen zur allein gültigen Amts- und Staatssprache in ganz Belgien, die Einführung des Französischen in allen vlämischen Volksschulen, die französische Lehrsprache in allen Mittelschulen, die Beseitigung der vlämischen Akademie und ähnliches mehr verlangt wurde. (Compte-rendu des débats du Congrès Wallon tenu à Bruxelles 1890, S. 51 ff., 57 f., 61.)

Selbst der Gesandte Bourée, der im stillen die Drähte zog, geriet durch den allzu großen Eifer seiner Freunde in Verlegenheit und beeilte sich zu erklären, daß seine republikanische Regierung keine — Annexionspläne gegenüber Belgien hege, wie sie in der Zeit des dritten französischen Kaiserreichs üblich gewesen waren.

Die in den drei folgenden Jahren in Lüttich, Namur und Mons abgehaltenen wallonischen Tagungen trugen die französischen Gefühle etwas weniger auffällig zur Schau und hielten sich im Rahmen der erwähnten vlamengegenerischen Forderungen. Man führte dann die Bewegung zunächst ohne Kongresse mit der Feder weiter, wobei die 1893 gegründete, gut geleitete und ausgestattete illustrierte Zeitschrift Wallonia das Hauptorgan für die auf Heimat- und Volkskunde, Literatur und Kunst eingestellte gemäßigtere Richtung wurde.

Ungefähr zu gleicher Zeit, als die Alliance Française zuerst in Belgien festen Fuß faßte, im Jahre 1897, entstand in Lüttich unter dem Vorsitze von Julien Delaite eine neue Ligue Wallonne. Von ihr ging bald eine lebhafte politische und dabei heftig antigermanische Agitation aus. Sie besorgte die Geschäfte der Alliance in Wallonien und bildete also das Seitenstück zu den Vulgarisateurs in Flandern. In Brüssel begannen die Brüder Hector und Achille Chainaye eine leidenschaftliche Werbetätigkeit für eine Schwestervereinigung der Lütticher Ligue. Die ganze Bewegung geriet nun zusehends ins Fahrwasser der französischen Politik. Der bekannte wallonische Schriftsteller Albert Mockel, der bis zu seiner Übersiedelung nach Paris eine Zeitschrift La Wallonie geleitet hatte, machte in Pariser Blättern den Franzosen die Bedeutung der Bewegung klar, um Frankreichs Unterstützung zu gewinnen. Sein Kollege Christian Beck trat schon 1900 für volle Selbstverwaltung Walloniens unter einer belgischen Bundesregierung ein. Ferner erschien nun auf dem Kampffelde der Graf Albert du Bois, der in seinen Schriften ohne Umschweife die Angliederung des Wallonenlandes an Frankreich verfocht, mit unverkennbarer schriftstellerischer Begabung und mit einer Kraft der Überzeugung, die auch seinen Gegnern Achtung abnötigte. Dieser Träger eines vornehmen adeligen Namens wurde zum Schreckenskinde seiner Standesgenossen und noch mehr der belgischen Diplomatie, der er als Gesandtschaftsattaché angehörte und aus der er wegen seiner Anschauungen und Veröffentlichungen ausscheiden mußte.

So waren denn in der wallonischen Bewegung um 1905 recht unterschiedliche Schattierungen vertreten, vom belgischen Nationalisten, der, auf der Geschichtslehre Pirennes fußend, ein starkes einheitliches belgisches Staatswesen mit französischer Prägung erstrebt, bis zum Annexionisten, der das Heil für Welschbelgien im völligen Aufgehen in Frankreich erblickt. Alle Richtungen aber waren sich darin einig, daß den Wallonen und ihrem französischen Anhang in Brüssel und Flandern die 1830 begründete Vorherrschaft in Belgien von Rechts wegen gebühre und daß diese Vorherrschaft vornehmlich durch das Hilfsmittel

der französischen Sprache und des französischen Geisteslebens aufrechterhalten und ausgebaut werden müsse, ferner daß Frankreich dazu seine Hilfe zu leihen habe.

Der Wallonenkongreß in Lüttich (1905).

Ist es nicht bezeichnend, daß diese Bewegung ebenso wie die großfranzösische im belgischen Jubeljahre 1905 auf der Lütticher Weltausstellung ihre Kräfte zum ersten Male wirksam zusammenschloß? Und zwar auf einer Tagung, die kaum zwei Wochen nach dem damaligen internationalen Franzosenkongreß stattfand! In einer 1913 veröffentlichten Flugschrift über die wallonische Bewegung meint der Lütticher Advokat Emile Jennissen, daß die Wallonen sich damals erst ihrer wirklichen Bestimmung bewußt geworden seien:

> „Bis zum Jahre 1905 war die Bewegung das Werk einiger hellsehender Köpfe, die sich in örtlichen Vereinen zusammenschlossen und in Zeitschriften und in der Tagespresse für ihre Sache kämpften. Zuerst wurde der Flamingantismus in der Verwaltung erkannt und forderte scharfen Widerspruch heraus. Man warf den Vlamen vor, daß sie den Vertrag von 1830 brächen und machte sich über ihr Platt lustig. Nur sehr wenige fühlten das Bedürfnis, von einem Wallonien zu sprechen, das für sich lebt und von Flandern sich unterscheidet . . . . . Man muß den großen wallonischen Kongreß von Lüttich im Jahre 1905 mitgemacht haben, um zu sehen, daß die Bewegung ihrer wirklichen Bestimmung bewußt wurde. Alle Beschwerden der Wallonie wurden nun geprüft, ihre Hilfsquellen und ihre Eigenart ins richtige Licht gesetzt, und man stellte ein umfangreiches Programm für die weitere Tätigkeit auf.“ (Jennissen, Le Mouvement wallon.)

Das Lütticher Provinzialratsmitglied Julien Delaite, der im Namen der Ligue Wallonne, der Veranstalterin des Kongresses, den Vorsitz führte, riet dem „unterdrückten Wallonien“,

sich gegen die vlämischen Forderungen zur Wehr zu setzen, die den Bestand des belgischen Vaterlandes gefährden. Er zieh die vlämische Bewegung des Pangermanismus, während er die wallonische als völlig unabhängig hinstellte.

Eine merkwürdige Beleuchtung dieser Behauptung war es, daß der Kongreß den Austellungsbevollmächtigten der französischen Republik, Herrn Chapsal, und den französischen Konsul Crozier, die als Kongreßteilnehmer eingeschrieben waren, mit besonderen Ehren bedachte (Compte-rendu officiel, S. 292).

Verschiedene Vorträge waren noch von einer verhältnismäßig gut national-belgischen Grundrichtung. Der Lütticher Universitätsprofessor Laurent Dechesne meinte in seiner Untersuchung über die wirtschaftliche und geistige Lage der wallonischen Provinzen, daß der Unterschied zwischen ihnen und den vlämischen nicht so sehr in der Verschiedenheit der sprachlichen und volklichen als in derjenigen der wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu suchen sei; er empfahl die Überbrückung der Gegensätze durch den goldenen Mittelweg national-belgischer Sammlungspolitik auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Sprachstämme.

Mit diesen Anschauungen fand er jedoch bei der weit überwiegenden Mehrheit der Versammlung keinen Anklang. Ähnlich erging es seinem Genter Kollegen Henri Pirenne, dem Verfasser der Geschichte Belgiens, den man als „hervorragenden Wallonen“ herbeigeholt hatte, damit er beweise, daß die Geschichte Walloniens nicht weniger bedeutend sei als diejenige Flanderns. Er aber setzte der einigermaßen überraschten Versammlung auseinander, daß es eine eigentliche wallonische Gesamtgeschichte nicht gebe, vielmehr nur ein geschichtliches Wirken einzelner bedeutender Wallonen, Städte und Gebietsteile, worin sich die Sonderart des Landes widerspiegle.

Ein heiteres Begräbnis bereitete der Kongreß der von dem Brüsseler Advokaten Edmond Picard, „dem Liebhaber hochgeschraubter Paradoxe“, erfundenen „belgischen Volksseele“. Alle Anwesenden stimmten mit dem Berichterstatter Olympe Gilbart überein, daß dieses jämmerliche Kunstgebilde vor der Kraft frischen wallonischen Volksbewußtseins und ursprünglichen wallonischen Fühlens und Denkens in Nichts zergehe.

Der Vorsitzende Julien Delaite verlangte in seinem Berichte über die Rechte der beiden Rassen in Belgien die unbedingte Sicherung der Vorherrschaft der französischen Sprache und Geistesbildung auch im vlämischen Belgien. Die Gleichberechtigung des „minderwertigen" Niederländischen erscheint ihm als eine lächerliche Einbildung, als eine Art Verbrechen gegen den heiligen Geist der französischen Zivilisation. Die große Mehrheit des Kongresses war sich darin einig, daß die vlämischen Volks- und Mittelschulen dem Französischen soweit irgend möglich unterworfen werden müssen, und daß die Genter Universität für immer eine französische Hochburg im germanischen Lande bleiben müsse. Denn das Französische habe in Flandern seit Jahrtausenden Heimatrecht als „zweite Muttersprache" der höheren Stände, was auch Pirenne in seiner belgischen Geschichte lehre. Die vlämischen Schul- und Sprachgesetze, welche die Vorherrschaft des Französischen beeinträchtigen, bedeuten eine Versündigung gegen die berechtigten Ansprüche der „überlegenen" französischen Zivilisation, welche auch diejenige Walloniens ist.

Während Delaite die vlämisch-niederländische Schriftsprache, diese Trägerin bedeutender alter Gesittungswerte, die Muttersprache der Mehrheit der belgischen Bevölkerung, in den Staub trat, wollte er die Mundart Walloniens zum Range einer selbständigen Sprache erheben, obwohl sie selbst als bloße Umgangssprache nur mehr bescheidene Bedeutung hat.

Diese weitreichenden Auffassungen siegten über die gemäßigteren Gedanken, die der Herausgeber der Wallonia, Oscar Colson zusammen mit dem Brüsseler Schriftsteller Grojean vertrat. Vergeblich machten sie geltend, daß man sich mit solch weitgehenden Forderungen des Fehlers schuldig mache, den man den Vlamen vorwerfe, nämlich der Zerstörung der nationalen und staatlichen Gemeinschaft aller Belgier.

In einer förmlichen Programmrede trat Hector Chainaye als der starke Mann auf und forderte, daß die Wallonen in Zukunft von platonischen Kongreßerörterungen zu wirklichen Taten übergehen müßten durch unmittelbares Eingreifen in die belgische Politik, durch kräftige Einflußnahme auf Parteien, Parlament und Regierung. Vom belgischen Staate verlangte er nicht nur wirk-

samen Widerstand gegen die Ansprüche der Vlamen und Beseitigung der vlämischen Sprachen- und Schulgesetze, sondern auch eine Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, durch die Walloniens Interessen und seine Beziehungen zu Frankreich in erster Linie berücksichtigt werden sollen; ferner eine solche Ausgestaltung des belgischen Verteidigungssystems, daß die wallonischen Grenzgebiete gegen Deutschland weit besser geschützt würden als bisher.

Die nach Hunderten zählende Versammlung nahm diese Kriegserklärung an Flandern und den belgischen Staat mit stürmischen Huldigungen für den Redner auf.

Der Annexionist Graf Du Bois, von Chainaye hochgepriesen, zog den Kreis noch etwas weiter, indem er eine Entschließung zugunsten einer Postvereinigung Belgiens mit Frankreich zur Annahme brachte. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß ihm eine derartige Verbindung nur als Vorstufe einer fortschreitenden, verkehrs- und wirtschaftspolitischen Vereinigung mit Frankreich erscheine.

Auf Antrag von Henri Odekerke beschloß man die Zusammenfassung aller wallonischen Kräfte und Vereinigungen zu einer starken Gemeinsamkeit durch eine Ligue Nationale Wallonne, um das von der Tagung aufgestellte Programm in die Tat umzusetzen:

> „Die Vereinigung soll den Wallonen ein starkes Bewußtsein von der Ursprünglichkeit ihrer Rasse beibringen, soll die verschiedenen Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck bringen und ordnen, soll das Dasein und die Lebenskraft eines wallonischen Volksgefühls beweisen.“ (Kongreßbericht, S. 97).

Hierdurch soll der enge geistige und stoffliche Zusammenhang mit der französischen Zivilisation aber keineswegs gelöst werden. Vielmehr gilt auch für das Walenland der Grundsatz der Provençalen:

> „Unser einziger Anspruch ist, uns selbst treu zu bleiben: Ohne Zweifel sind wir Franzosen und wollen es bleiben, nicht durch die Gewalt der Tatsachen, sondern aus freiem Willen . . . . Es ist eine Liebesheirat.“ (Kongreßbericht, Seite 97.)

Neue Ziele.

Die Männer des entschlossenen Handelns sahen ihre Erwartungen in den nächsten Jahren nicht nur erfüllt, sondern übertroffen. Von den Lütticher Kongressen ging ein mächtiges Erstarken des französischen Einflusses in Belgien aus. Seinen Weg nahm er zum großen Teile durch die wallonische Bewegung. Für diese war ein entscheidender Wendepunkt gekommen. Sie stellte sich nun ganz in den Dienst der großfranzösischen Ausbreitung. Wiederum wie 1890/91, wo der Bund zwischen Rußland und Frankreich belebend wirkte, traf diese Entwicklung zusammen mit einem Anschwellen des Machtbewußtseins der Republik. Diesmal war es die eben angebahnte Entente mit England, die alle vergeltungsbedürftigen deutschfeindlichen Geister in der Republik neu aufleben ließ.

Hüben und drüben freute man sich der in Belgien erzielten Erfolge. Die Lütticher Ligue Wallonne feierte im Juni 1906 ein besonderes Weltausstellungs-Erinnerungsfest zu Frankreichs Ehren. Die Pariser Regierung sandte hierzu eine eigene Abordnung nach Lüttich. Julien Delaite überreichte ihr ein von wallonischen Künstlern reich ausgestattetes Erinnerungsalbum, das dem Archiv des Ministeriums des Auswärtigen Amtes in Paris einverleibt wurde. Ein gewaltiger Festzug, an dem Zehntausende teilnahmen, durchzog die Straßen der Stadt, auf deren Türmen und Gebäuden überall französische Fahnen flatterten. Die Marseillaise und das Wallonenlied drängten die belgische Brabançonne ganz in den Hintergrund. (La Reforme, 15. Juni 1906.)

Der Vorsitzende der Ligue Wallonne gab der allgemeinen Stimmung bei der Festsitzung unter anderem mit folgenden Worten Ausdruck:

> „Unser wallonischer Geist erzittert und bebt, meine Herren Franzosen, im Zusammenklange mit dem Ihren. Die echte, unwandelbare und heiße Liebe, die wir für unser kleines Vaterland hegen, erstickt deswegen noch lange nicht unsere Freundschaftsgefühle für jenes Land, von woher wir zu so vielen Malen das Beispiel bürgerlicher Freiheit, das Vorbild

sittlicher Kraft und die Wirkung einer nie rastenden Großmut empfinden." (Journal de Liège, 18. Juni 1906.)

In der Revue Française, die 1906 unter Leitung von Hector Chainaye, Albert du Bois, Maurice Boué de Villiers, Raymond Colleye, Charles Desbonnets, Armand Varlez, Maurice des Ombiaux eine Zeitlang erschien und die auch den französischen Nationalistenführer Maurice Barrès unter ihre Mitarbeiter zählte, ließ sich Raymond Colleye folgendermaßen aus:

„Ein kräftiger Hauch geht durch die Völker. Wir sehen Polen unter der Herrschaft der Teutonen, die es zertreten, in bewunderungswürdiger Weise für seine Eigenregierung kämpfen. Wir sehen Schweden und Norwegen sich gewaltsam trennen. Die Ereignisse im Orient flößen uns Bewunderung ein über den kühnen Patriotismus der kleinen Völker, die heutzutage der türkischen Oberherrschaft unterworfen sind. Und Katalonien, wo die Revolution grollt, gehorcht zur selben Zeit dem leidenschaftlichen Verlangen nach Unabhängigkeit. Andererseits verfolgen die Irländer unablässig ihre Anstrengungen nach der Verwirklichung eines selbstherrlichen Ideals. Die Hindus rufen eine nationalistische Bewegung von einer gewaltigen Macht ins Leben. Man kennt die Treue der Elsaß-Lothringer gegen das französische Vaterland. Ihre Anhänglichkeit an das große Frankreich zeigt sich in täglichen deutschfeindlichen Kundgebungen. Die Vlamen zieht es triebmäßig zum germanischen Vaterlande, dessen Kinder sie sind.

Was Wunder also, wenn man sieht, wie die Wallonie, französischer Boden, sich plötzlich ihrer nationalen Würde und ihres gallischen Ursprungs bewußt wird? (Nach einem Bericht in Le Coq Wallon, 15. Januar 1914.)

Von nun an entwickelt sich die Bewegung in raschem Fluß im radikalen franzosenfreundlichen Sinne, zumal Frankreich nichts unterläßt, was diesem Fortgang Vorschub leisten kann. Im Jahre 1906 vollendet ein abermaliger Kongreß das Werk vom Vorjahre. Zwei neue Zeitschriften, Action Wallonne und Reveil Wallon vertreten seit 1907 die schärfere Tonart mit rücksichts-

loser Offenheit. Zollverein und Verengerung der Beziehungen zu Frankreich heißt ihre Losung.

„Wir Wallonen sind die Lateiner des Nordens“ schreibt der Reveil Wallon am 14. November 1907. „Wir sind Preußenfeinde und alle unsere Zuneigung gehört dem guten und süßen Frankreich, dessen Unglück unsere Liebe nur gesteigert hat . . . .“

Die nationalbelgische Richtung hat in der Bewegung nur noch Raum, soweit sie auf die Verwelschung des Vlamenlandes abzielt und hierin mit den von ihrem Volk abtrünnigen Vlamen, den „Franskiljons“, und mit den großfranzösischen Verbänden zusammengeht. Neben den in Paris lebenden Schriftstellern Albert Mockel, Christian Beck und dem Annexionisten Grafen du Bois, neben den Führern der Ligue Wallonne, Julien Delaite und den Brüdern Chainaye, wird besonders der Lütticher Advokat Emile Jennissen der literarische Vorkämpfer des „Separatismus“. In seiner deutschfeindlichen Schrift Le Spectre Allemand (1906) geht er aufs schärfste mit der Meinung ins Gericht, daß die Belgier eine festgeschlossene nationale Einheit bilden könnten, wenn sie nur wollten. Er verwirft die von der historischen Schule Kurths und Pirennes ausgegangene, von eifrigen belgischen Patrioten und Sammlungspolitikern für ihre Zwecke benutzte Lehre, daß beide Stämme eine in Jahrhunderten gewordene politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeit seien, die sich auf der einen Seite von den Franzosen, auf der andern von Deutschen und Holländern deutlich und scharf abhebe:

„Es gibt keine belgische Volksart! Allein die Erfordernisse der europäischen Diplomatie haben eine belgische Nation geschaffen, deren zähes Streben es gewesen ist, zwei gänzlich entgegengesetzte Stämme in Frieden zusammenzuhalten.“ (Le Spectre Allemand, S. 28.)

Nach einer Schilderung der gänzlich verschiedenen Grundeigenschaften beider fragt er:

„Wo findet man einen größeren Gegensatz? Belgien ist nichts als eine kleine Widerspiegelung des großen lateinisch-germanischen Widerstreits.“

„Was bedeuten die zahlreichen Beziehungen, die sich zu guter Stunde zwischen den beiden Volksstämmen angesponnen haben? Sie beruhten lediglich auf wirtschaftlichen Verbindungen, die nicht dazu angetan sind, die beiderseitigen verschiedenen Grundstimmungen aufeinanderprallen zu lassen. Das vlämische und das wallonische Volksbewußtsein sind trotzdem nicht weniger unvereinbar geblieben. 75 Jahre Gemeinschaftsleben können das Werk vieler Jahrhunderte nicht beseitigen. Und das um so weniger, als Belgien geboren ist in einem Augenblick, in dem die Bildung einer neuen Nationalität schlechterdings unmöglich war . . . . . .“ (Le Spectre Allemand, S. 29.)

* * *

Die Feindseligkeit der jungwallonischen Bewegung gegen den angeblich von vlämischen Einflüssen beherrschten einheitlichen belgischen Staat tritt in dem Maße schärfer hervor, als die Vlamen auf dem Gebiete der Sprachenrechte und des Schulwesens Fortschritte machen. Besonders der seit 1909 offenkundig gewordene Zusammenschluß aller vlämischen Richtungen zu einer großen Volksbewegung für die Umwandlung der Genter Universität in eine niederländische Hochschule ruft auf der ganzen französisch-wallonischen Gegenseite eine stürmische Gegenwirkung hervor und treibt alle Gruppen in ein Lager zusammen. Jungwallonen und Jungfranzosen werden nun in den Amitiés Françaises ganz eins, die Grenzlinie zwischen Belgiern und Franzosen verwischt sich bei ihnen, kaum, daß man auf Tagungen und in der Agitation noch davon spricht, um den Schein zu wahren. Das Vordringen der Vlamen wird nicht nur als eine schmähliche Beeinträchtigung der als geschichtlich berechtigt und notwendig angesehenen Vormachtstellung der Wallonei, sondern vor allem auch als ein Vorstoß nordischer Barbaren gegen die geheiligten Rechte Frankreichs und der „lateinischen Rasse“ empfunden. Wie sagt doch Jennissen?

„Wallonien hat den belgischen Staat geschaffen. Dort war die Wiege der Revolution von 1830. Seine Industrie und sein Reichtum haben den ökonomischen Wohlstand des Landes begründet. Die größten Staatsmänner Belgiens sind hier ge-

boren: Charles Rogier, Frère Orban, Lambermont . . . . . Nun nach 80 Jahren belgischen Lebens, das ihm statt zum Nutzen zum Schaden gereichte, sieht sich Wallonien geschmälert, beraubt, beleidigt, verachtet vom Vlamenland." (Jennissen, Le Mouvement wallon.)

Die Demütigung wächst nach jungwallonischer Auffassung mit der fortschreitenden „Verniederländerung" Flanderns und der Verselbständigung seines inneren Lebens: Die Vlamen drücken das Französische dort allmählich zur Fremdsprache herab und drängen die Wallonen aus dem vlämischen Lande heraus, indem sie ihren Kindern die Möglichkeit des Unterrichts benehmen. Ja, sie wollen der Wallonei selber die Schande einer unnützen amtlichen Zweisprachigkeit aufzwingen. Nur Kurzsichtige glauben, es könnte nichts schaden, wenn die Jugend und alle Beamten beide „Nationalsprachen" lernten. Die Wallonen würden immer den kürzeren ziehen, wenn sie sich herbeiließen, Vlämisch mit Französisch auf eine Stufe zu stellen. Und was das Bedenkliche ist: Dieses Vlamenland ist volkreicher, sein Wachstum stärker, es wird die Macht behalten. Es hieße, sich von ihm überwinden lassen, wollte man dem Drachen der belgischen Zweisprachigkeit nicht an den Leib gehen!

„Das einzige Mittel für die Wallonen, geachtet zu sein in diesem Lande, das sie mit ihrem Blut und Gelde geschaffen haben, besteht darin, sich jeder pflichtmäßigen Erlernung des Vlämischen um jeden Preis zu widersetzen, zu verhindern, daß die Beamten Walloniens diese Sprache beherrschen müssen." (Jennissen, Le Mouvement wallon.)

Und dazu noch die „Schäden" auf parteipolitischem Gebiet! Im ganzen belgischen Parteiwesen und Parlamentarismus wird die „Anmaßung" und Bedeutung der Vlamen immer größer und wirksamer:

„Der demokratische Schwung der Wallonen, der durch die höheren Ansprüche der gewerblichen Bevölkerung bestimmt wird, wird durch die vlämische Trägheit gebrochen . . . Die Bevölkerung Flanderns ist in politischer Hinsicht vom Wallonenvolke ganz verschieden. Dort sind die Klassenunter-

schiede größer, der Reichtum ist auf wenige beschränkt, die Volksbildung nicht so allgemein, die Religiosität ausgeprägter . . . . . Man kann behaupten, daß ein Volk, das dazu verurteilt ist, von einer Partei und von den von ihr abhängigen Ministern gegängelt zu werden, nicht die ganze und volle Freiheit kennt. Das vlämische Volk steht unter einer Art Tyrannei.“ (Jennissen, Le Mouvement wallon.)

Und weiter gilt als wallonische Anschauung: Wallonien trägt trotz der geringeren Bevölkerungszahl mehr öffentliche Lasten als Flandern, genießt aber weit weniger die Hilfe des Staates. Das arbeitsame und reiche Walenland scheint dazu da, um Flandern vor der Abzehrung zu bewahren[1]). In den Gehirnen der Regierenden sitzt der Trugschluß fest, daß die Wohlfahrt Belgiens an Brüssel und Antwerpen hänge. „Antwerpen boven!“ Der Rest kann warten. Daher verweigert man die Maaskanalisierung und plant zum Nutzen des Vlamenlandes die Errichtung von Verkehrslinien, die Wallonien aus dem großen internationalen Verkehr ausschalten und damit auch Frankreich schädigen würden.

Selbst die Fragen der Landesverteidigung sind nach wallonischer Ansicht von solchen Trugschlüssen beherrscht:

„Im Falle eines feindlichen Angriffs werden sich die Truppen hüten, zu weit über die Maas hinaus vorzugehen . . . . . Es gibt eben keine Forts in den Ardennen. Die Soldaten ziehen sich auf das linke Ufer zurück, bis nach Antwerpen, wo sie endlich sicher sind. Alles wird mit heiler Haut davonkommen, da der König, die königliche Familie, das Parlament und die Gesetzestafeln sich in Sicherheit befinden. Bei uns die Ulanen, die Beitreibungen, die Plünderungen, in Antwerpen die glückselige Einbildung der Regierenden, mit ihrer sogenannten nationalen Zuflucht ganz Belgien zu vergegenwärtigen.“ (Jennissen, Le Mouvement wallon.)

Was ist nun gegen das Unheil zu tun, das von den germanischen Barbaren droht? Jenissen antwortet:

---

[1]) Die Vlamen haben den Nachweis geführt, daß diese Behauptungen unrichtig sind.

„Die wallonische Bewegung, die sich seit 30 Jahren langsam emporgearbeitet hat, bezweckt die Wiedereinsetzung Walloniens in seine Rechte und Freiheiten . . . . . Sie fordert Freiheit der Sprache und einen Ausgleich in Wallonien für die den Wallonen entzogenen Stellungen in Flandern, französischen Unterricht in den vlämischen Schulen und die Erhaltung der französischen Universität in Gent. Sie fordert Anteil an den Ministerien und eine gerechtere Verteilung der Steuern und staatlichen Gelder. Sie fordert die wirtschaftliche Befreiung Walloniens. Sie verlangt eine dem allgemeinen Wohle Rechnung tragende nationale Verteidigung und getreu dem Herkommen dieses Landes, einen Bund, aber kein zentralisiertes Königreich.“ (Le Mouvement wallon.)

So ausgestaltet, soll die Wallonei zur starken Vorburg Frankreichs und der lateinischen Welt gegen den barbarischen Norden werden. Nicht nur allen feindlichen Anstürmen soll sie trotzen können, sondern auch eine bessere Angriffsbasis für die Ausbreitung der französischen Zwingherrschaft in Flandern bieten.

Los von Flandern!

Dieser Gedankenkreis schloß von Anfang an die zunächst unausgesprochene Forderung der Trennung der beiden Landeshälften in sich. Die Jungwallonen verabscheuen geradezu die von den belgischen Nationalisten und Sammlungspolitikern erstrebte Verbindung oder gar Verschmelzung der beiden Stämme zu einer „belgischen Nation“. Wenn sie überhaupt möglich wäre, so könnte das nach ihrer Ansicht für die Kraft und Echtheit der wallonisch-französichen Volksart nur verderblich sein. Lieber das belgische Staatsgefüge lockern, als durch noch straffere Zusammenfassung das volkstümliche Eigenleben der Wallonei der mit Recht verachteten Beulemansart Großbrüssels opfern. Für eine solche Zwitterbildung haben die Jungwallonen nur Spott und Hohn. Sie wollen rasseechte Franzosen sein in ihrem ganzen Dasein. Eine unerträg-

liche, abscheuliche Vorstellung ist es für sie, daß Wallonien sich am Ende gar eines Tages an Stelle der Vlamen zur Rolle des Aschenbrödels in Belgien verurteilt sehen könnte! Also Wälle her gegen die bedrohliche germanische Flut! Scheidung der belgischen „Vernunftehe", Scheidung wenigstens von Tisch und Bett! Um den Preis eigener Bewegungsfreiheit sind Führer wie Jennissen sogar bereit, auf die von Frankreich so lange vergeblich erstrebte Aufsaugung des vlämischen Volkstums zu verzichten und sich mit der Beherrschung Flanderns durch ein verwelschtes höheres Bürgertum zu begnügen. Man sieht: Der wallonische Fuchs, dem die vlämischen Trauben zu sauer werden! Schließlich kann man ja die Verwaltungstrennung, je nachdem die Zeitläufte es zweckmäßig erscheinen lassen, jederzeit als Vorstufe einer engeren Angliederung an die Republik ausnützen, die ja doch einmal kommen muß.

In diesem Punkte berühren sich die „Separatisten", die Trennungspolitiker, mit den „Annexionisten" von der Art des Grafen du Bois, die ohne Umschweife und frei heraus die Einverleibung Welschbelgiens in Frankreich fordern, das Vlamentum aber als einen germanischen Fremdkörper sich selbst oder irgendeinem Dritten überlassen wollen.

Im Februar 1910 bildet die Lütticher Ligue Wallonne einen Ausschuß, um die Frage der Selbstregierung der wallonischen Provinzen zu studieren. Daran nehmen teil der ehemalige Staatsminister und Senator Emile Dupont, der Senator Magnette, die Abgeordneten E. Buisset, J. Destrée, H. Neujean, L. Troclet, J. Heupgen; der ehemalige Abgeordnete J. Descamps; die Provinzialratsmitglieder Julien Delaite und Jean Roger; der Lütticher Universitätsprofessor und Gemeinderat V. Chauvin; A. Chainaye, der Leiter des Wallonenbundes von Brüssel und Brabant und E. Schoonbroodt, der Schriftführer der Lütticher Wallonenliga.

Einige Mitglieder entfalten sofort eine rege Werbetätigkeit für den Gedanken der Trennung. So Buisset und Destrée in Charleroi und im Henegau, Troclet im Lütticher Lande. Dieser entwarf gar eine Grundlage für die Verwaltungsreform unter Einbeziehung

von Holland und des Großherzogtums Luxemburg. (Bericht von Julien Delaite im Coq Wallon vom 15. März 1914.)

So war die politische Luft Walloniens in gewitterschwüler Spannung; ein zündender Funke konnte eine heftige Entladung bringen. Der Wettersturm brauste los, als der Lütticher Senator und Staatsminister Emile Dupont, der 1905 Ehrenpräsident des wallonischen Kongresses gewesen war, am 9. März 1910, um gegen ein vlamenfreundliches Gesetz zu demonstrieren, im offenen Senat in den Ruf ausbrach: Es lebe die Verwaltungstrennung!

Dieser Ruf, an nationaler Stätte Belgiens gegen die Einheit dieses Staates ausgestoßen, weckte im ganzen Walenlande gewaltigen Widerhall. Die wallonischen Bünde nehmen ihn als Losungswort auf in dem immer hitziger geführten Streite gegen die Vlamen.

Hören wir Jennissens Bericht darüber:

„Auf dem wallonischen Kongresse zu Brüssel im September 1910 wurde nach einer prächtigen Debatte zwischen den Brüdern Chainaye und dem Abgeordneten Royer beschlossen, die Parlamentswähler dahin zu beeinflussen, daß sie ihre Stimmen nur solchen Kandidaten geben, welche die französische Sprache verteidigen und dem vlämischen Überfall sich kräftig widersetzen.

Nun bemächtigte sich Walloniens ein energischer Betätigungsdrang. Die begeisterte Stimmung wuchs noch im Dezember 1910, als auf einer berüchtigten Versammlung in Antwerpen drei angesehene Vlamenführer, der Liberale Frank, der Sozialist Huysmans und der Klerikale Van Cauwelaert erklärten, daß sie ihre Forderungen jeder Regierung, heiße sie wie sie wolle, aufzwingen wollten. Eine Menge Protestversammlungen folgten daraufhin im ganzen Walenland.

Im März 1911 erschien ein kleines Büchlein von Jennissen mit dem Titel: Pour la Séparation, in dem zum ersten Male die wallonischen Beschwerden zusammengefaßt waren und ein wallonisches Programm aufgestellt wurde.....

Am 31. März ließ sich eine berühmte Stimme im Justizpalast in Brüssel vernehmen: Jules Destrée. Er stützte

die Bewegung mit seinem Ansehen und hielt eine Reihe glänzender Vorträge, die der Barreau veranstaltete. Darin versicherte er mit Kraft und Feuer, daß die Geduld der Wallonen erschöpft sei und daß sie es satt hätten, sich von einer fremden Rasse noch länger unterdrücken zu lassen.

Dieser große Redner und hervorragende Organisator rief im selben Jahre die Ausstellung der alten Künste des Hennegaus ins Leben, welche eine großartige Kundgebung zur Verherrlichung der wallonischen Kunst und die Morgenröte eines neuen Walloniens ankündigte.

Der Weltkongreß der Amitiés Françaises, der im September 1911 in Mons stattfand, und die Enthüllung des Erinnerungsdenkmals an die Schlacht von Jemappes gaben der Erhebung unseres kleinen Vaterlandes neuen Antrieb." (Le Mouvement wallon.)

* * *

Alle Versuche, in dem Streite der beiden Stämme einen Ausgleich im nationalbelgischen Sinn, ohne Trennung, herbeizuführen, werden schroff zurückgewiesen. Bei einer gemeinsamen antivlämischen Protestkundgbung der Ligue Wallonne, der Amitiés und der Alliance Française (Vulgarisateurs) am 30. Januar 1911 in Lüttich erklärt der Abgeordnete Troclet, nachdem der Senator und Staatsminister Dupont eine Rede für die Trennung gehalten hatte, diesen Aussöhnungspolitikern:

„Sie sind unklug und gießen nur Öl ins Feuer. Denn sie übersehen, daß unsere Gemeinschaft mit Flandern nichts als eine Vernunftsehe ist. (La Meuse, 30. Januar 1911.)

Die katholische Gazette de Liège (30. Januar 1911) meinte von diesem Lütticher wallonischen Fest:

„Es war alles, was man will, eine musikalische und literarische Veranstaltung, nur keine wallonische Feier. Man hat Frankreich mehr gefeiert als Wallonien. Die Franzosen hätten es selbst nicht besser machen können."

Als bei einer ähnlichen Kundgebung, die einige Monate später in Brüssel mit Drohungen gegen die angeblich zu vlamenfreundliche Regierung hervortrat, die Brabanconne, die belgische

Nationalhymne, gespielt wurde, ertönten aus der Versammlung Zwischenrufe: „Das ist ein Irrtum, die Marseillaise muß gespielt werden."

Das Nationalfest der französischen Republik beging man in ganz Wallonien am 14. Juli mit Feiern, als ob man in Frankreich selber wäre. Der Weltkongreß der Amitiés in Mons im September 1911 ward zum Glanzpunkt aller dieser französischen und deutschfeindlichen Kundgebungen. Gerade in dem kritischen Jahre 1911 hielten die wallonischen Führer der Reihe nach in Paris Vorträge aller Art, um Frankreich ihre Ergebenheit zu bezeigen und seine Hilfe gegen den vlämischen „Pangermanismus" anzurufen. Die Spalten der Pariser Zeitungen füllen sich mit Artikeln, in denen immer wieder der Widerstreit der beiden belgischen Volksstämme behandelt und das Eingreifen Frankreichs in den Streit gefordert wird.

Der Lütticher Clemens Vautel ermahnt im Matin (11. Januar 1911) die Franzosen also:

> „Es gibt in Belgien drei Millionen Wallonen, die durch eine bloße künstliche politische Grenze sich nicht abhalten lassen, ihrer Gedanken- und Gefühlsrichtung nach ebenso gute Franzosen zu sein, wie die Bewohner der Picardie, Lothringens und der Champagne . . . . . Die Franzosen haben die Pflicht, ihre Aufmerksamkeit auf diese wichtige Sache zu richten: Jenseits von Feignies leben drei Millionen Menschen, die gegen die germanische Durchdringung kämpfen, für unsere Sprache, also für unsere Ideen, für unsere Bildung, für unsere Zivilisation."

Julien Delaite begründete in einer Versammlung der Alliance Française in Paris die Forderung der französischen Einheitssprache für Belgien mit der Drohung, daß sonst das Land in zwei Hälften zerfallen müsse. Der Gesandte Belgiens in Paris, Baron Guillaume, und der dortige belgische Generalkonsul Bastin waren bei dieser Kundgebung der Alliance Française anwesend. (Vlaamsche Gazet, 24. März 1911.)

Im Kampfe gegen die Vlamen und die vlämische Hochschule wirkten die Führer, wie überhaupt die Häupter der belgischen Franzosenpartei, ohne Scheu mit den Franzosen zusammen. Im

Pariser Matin (30. Juli 1911) forderte Jennissen das Eingreifen der Republik:

„Kann Frankreich bei dem Streite beiseite stehen? Wir sind nicht minder als Elsaß-Lothringen französische Ostmark. Man hat es ohne Zweifel nicht vergessen, daß die Wallonen 1830, als sie Meister von Brüssel und ganz Belgien waren, die Franzosen ins Land riefen und die Einverleibung in Frankreich forderten. Die Ereignisse haben nur oberflächlich diese Erwartungen erfüllt. Wenn es auch die internationalen Verhältnisse zu beiden Seiten der Grenze unmöglich machen, unser Endziel öffentlich und rückhaltlos zu enthüllen, so gibt es doch eine geistige Gemeinschaft, gibt es doch unbegrenzte Zuneigungen, an die man beiderseits immer denken und von denen man zeitweilen auch sprechen muß."

Und Frankreich zögert nicht, den Aufforderungen nachzukommen, wofür in diesem Buche Belege genug zu finden sind.

In der Tat, nun gehen Jungwallonien und Jungfrankreich, wie oben schon erwähnt, ineinander auf und werfen jede Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht und der Neutralität Belgiens beiseite, um wenigstens Wallonien, wenn nicht das ganze Land der Politik Poincarés und Delcassés dienstbar zu machen.

Bei diesem kühnen Ausflug ins Gebiet der großfranzösischen Weltpolitik empfinden sie die Zusammengehörigkeit mit den Vlamen wie ein Bleigewicht am wallonischen Körper. Man erhofft Erleichterung von den bevorstehenden Parlamentswahlen, welche die hauptsächlich auf Flandern gestützte katholische Parlamentsmehrheit und Regierung stürzen und ein im wesentlichen auf französich-wallonischen Unterlagen aufgebautes Regiment bringen sollen. Als jedoch die Wahlen vom 2. Juni 1912 eine bittere Enttäuschung bereiten, da sie die katholische Mehrheit sogar noch etwas vergrößern, nimmt der Trennungsgedanke in den liberalen und sozialistischen Kreisen Walloniens einen mächtigen Aufschwung: „Wir wollen nicht unter das Joch des klerikalen Flandern kommen," schreibt der Sozialistenführer Jules Destrée, „wir wollen uns von ihm trennen, um unser eigenes Leben zu leben." (Journal de Charleroi, Juni 1912.)

Die Provinzialräte von Namur und Hennegau nehmen Entschließungen im Sinne der Trennung, der Verstärkung der städtischen und provinzialen Selbstregierung und der Abschwächung der belgischen Staatsgewalt an. Nach Zolas Muster begrüßt Julien Delaite diese Tat im Lütticher Provinzialrate mit dem Ausrufe: Die Wahrheit ist auf dem Marsche. (Volksbelang, 29. Juni 1912.)

Die französisch gesinnte Flandre Libérale (26. Juni 1912) begleitete diese Vorgänge mit folgender, an das Ministerium gerichteten Warnung:

> „Man nehme sich in acht! Die Bewegung, die sich in Wallonien hervortut, ist ein Werk scharfer Abneigung, nicht nur vom politischen, sondern auch vom patriotischen Gesichtspunkt aus . . . . . Eine gewaltige Zahl von Wallonen wäre, so wie die Dinge jetzt stehen, glücklich, wenn sie an Frankreich angegliedert würden. Man braucht nur Freunde oder Verwandte in Wallonien zu haben, um davon unbedingt überzeugt zu werden."

Am 7. Juli erkennt ein wallonischer Kongreß in Lüttich die Verwaltungstrennung als grundsätzliche Forderung an und setzt einen Ausschuß zur Ausarbeitung eines ins einzelne gehenden Programms ein. Im Augusthefte der Revue de Belgique richtet dann Jules Destrée seinen vielbesprochenen offenen Brief an König Albert und begründet darin die Notwendigkeit der Loslösung Walloniens von Flandern unter schweren Anklagen gegen die Vlamen. Damit gibt er allerdings den vlämischen Führern willkommenen Anlaß, diese Vorwürfe als unberechtigt zu widerlegen, facht aber die Leidenschaften im wallonisch-französischen Lager aufs höchste an und macht die ganze Frage zu einer großen staatspolitischen Angelegenheit. (Lettre au Roi sur la Separation de la Wallonie et de la Flandre par Jules Destrée, August 1912.)

Aus Destrées Brief an den König.

Nach einem einleitenden schöngeistigen Ergusse über Vaterland, Vaterlandsliebe und sozialistische Weltanschauung erklärt Destrée dem König:

„Und nun, nachdem ich durch dieses Geständnis bei Ihnen eingeführt bin, lassen Sie mich Ihnen die Wahrheit sagen, die volle und erschreckende Wahrheit: Es gibt keine Belgier.

Ich verstehe darunter, daß Belgien zwar ein recht künstlich zusammengefügtes Staatsgebilde ist, aber keine Volksgemeinschaft. Es besteht seit 1830, was wirklich wenig sagen will. Ich weiß, daß man behauptet, es hätte schon früher in latentem Zustande bestanden und wäre namentlich unter den Herzögen von Burgund beinahe zur Wirklichkeit geworden. Aber wie sehr muß man für diese Behauptung den Tatsachen Gewalt antun. Es ist wirklich gewagt, aus dem Umstande, daß zwei Grenzgebiete einst gleicherweise die Loslösung von der fernen Zentralgewalt erstrebten, das eine vom deutschen Kaiserreiche, das andere vom französischen Königtume, sowie aus gewissen Ähnlichkeiten ihrer Geschichte auf eine Gemeinsamkeit des Lebens, der Sitten und Strebungen zu schließen, die ein V o l k ausmachen. Wir wollen aber diese Auseinandersetzungen über die Vergangenheit den Geschichts- und Zeitungsschreibern überlassen und die zuverlässigen Tatsachen betrachten. Unsre prächtigen Ardennenwälder breiten ihren grünen Mantel über Hügel auf felsiger Steinlage und die flandrischen Gärten erstrecken sich friedlich in der weiten Runde auf sandigem Boden. Das Land ist z w i e f a c h und die äußere Erscheinung der Landschaft entspricht der Verschiedenheit seiner Erdschichten untertags. Die Leute sind ebenso verschieden, wie die Landstriche, die sie bewohnen und die Seelen sind so ungleich wie die Landschaften sich ungleich sind. Ein Bauer aus dem Kempenlande und ein wallonischer Arbeiter sind zwei sehr unterschiedliche Vertreter der Menschheit. Der eine wie der andere anerkennt Sie, Majestät, als seinen König; aber die staatspolitische Gemeinschaft zweier Wesen genügt noch nicht, um sie einander ähnlich zu machen . . . .“

Es werden die tiefen Unterschiede dargelegt. Dann heißt es:

„Aber es gibt für die eingewurzelte Zweiteilung Ihres Reiches einen Beweis, der bezeichnender, entscheidender und unbestreitbarer ist, als die Beweise, die sich aus Unterschieden des Bodens, der Landschaft, der Tätigkeiten, der Temperamente und der religiösen Anschauungen ergeben, nämlich die Sprache."

Folgt sodann eine zahlenmäßige Aufstellung, wonach etwa 41,7 vom Hundert der belgischen Bevölkerung nur französisch, ungefähr ebensoviel nur vlämisch und 673 544 Einwohner französisch und vlämisch sprechen[1]).

Diese Ziffern bringen für Destrée den Beweis, den er führen wollte, zum endgültigen Abschluß:

„Sie herrschen über zwei Völker. Es gibt in Belgien Wallonen und Vlamen; es gibt keine Belgier. Es ist klar, daß diese Behauptung das Ergebnis im allgemeinen ausdrückt. Sie ist im ganzen gemeint und erstreckt sich nicht auf die Einzelheiten. So könnte man mir z. B. einwenden, daß von dem Gesichtspunkte aus, den wir gerade einnehmen, diejenigen, welche beide Nationalsprachen reden, als Belgier zu betrachten seien, also 673 544. Doch selbst wenn wir die 39 870 Mehrsprachigen dazu zählen, so sind diese Belgier ja nur ein kleiner Teil im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen. Und, weiß nicht ein jeder, der etwas Umschau hält, daß die Mehrzahl dieser Zweisprachigen zur vlämischen Rasse gehört? Für die Feststellung einer belgischen Volksart gibt diese Statistik uns also keinen Fingerzeig. Wir sind auf persönliche Forschungen angewiesen: sie weisen uns auf zwei Gattungen von Belgiern hin. Die erstere, die wichtigste, weil sie die Hauptrolle spielt, umfaßt die amtliche Welt, die unserem ganzen politischen Staatskörper bildet, alle Beamten, die durch ihre Stellung, ihre Ehrentitel, ihre Besoldungen im Dienste Belgiens stehen, bei denen hat die „Brabançonne", die man so und so oft hört, und der Abklatsch der Paradereden einen mehr oder weniger

[1]) Diese Zahlen haben sich in der Zählung von 1912 zugunsten des vlämischen Elements verschoben.

aufrichtigen, oberflächlichen Patriotismus entwickelt. Es ist die Welt, Majestät, welche Ihre Umgebung bildet und ich fürchte, daß Sie darüber in Täuschung leben. Wir müssen über sie hinwegschauen, um den gesunden, kräftigen Teil Ihrer beiden Völker zu sehen.

Der Belgier zweiter Art hat sich im Lande herausgebildet, besonders in Brüssel, aber er ist wirklich wenig interessant. Er scheint die Fehler der beiden Rassen in sich vereint und deren gute Eigenschaften verloren zu haben. Er spricht ein unnennbares Kauderwelsch, dessen unsagbare Schnurrigkeit durch die Familien Beulemans und Kakebroek allgemein bekannt gemacht wurde. Diese Art ist unwissend und skeptisch; ihr Ideal ist eine behäbige Mittelmäßigkeit. Sie glaubt an nichts, ist weder der Großmut noch der Begeisterung fähig, setzt bei anderen stets einen niederen und eigennützigen Beweggrund voraus und erniedrigt durch die „Zwanze“[1]) jeden Gedanken, den zu verstehen sie unfähig ist. Gewisse Lobreden haben diese Plattheit zur Tugend erheben wollen: „Middelmatisme“, ein Wort, das nicht weniger häßlich ist, als der damit bezeichnete Geisteszustand. Der Patriotismus dieser Middelmatismen ist gleich Null, sie würden bereitwillig jede Herrschaft annehmen, wenn diese sie nur in ihren Gewohnheiten nicht stört. Diese Einwohnerschaft der Hauptstadt, von der es wohl hier und da auf dem Lande auch ein paar Beispiele gibt, sind kein Volk, sie sind ein Haufen Mestizen.

Keine Regel ohne Ausnahme. Wenn man allgemeine Hauptgesichtspunkte aufstellen will, so ist es möglich, daß ihnen vereinzelte Ausnahmefälle entgegengehalten werden. Unter diesen Kreuzungsprodukten gibt es sicherlich hervorragende Persönlichkeiten, derart, daß man darüber die anderen vergißt. Ein Mann wie Edmund Picard z. B. ist der Sohn eines wallonischen Vaters und einer vlämischen Mutter. Aber wie viele Kakebroeks gibt es gegen einen Edmund Picard?

Und wenn Herr Edmund Picard einer der feurigsten Verteidiger der albernen Einbildung gewesen ist, die da „belgische

[1]) Brüsseler Ausdruck.

Volksseele“ heißt, so wollte die Ironie des Schicksals, daß gerade der Theoretiker der Kreuzung der Rassen, ihrer aus Kreuzungen entspringenden bedenklichen Unfruchtbarkeit, ein unerbittlicher Schilderer der Unterlegenheit der Mischrassen wurde, z. B. in seinen Schriften über den Antisemitismus.

Nein, Majestät, es gibt keine belgische Volksseele! Die Vermischung der Vlamen und Wallonen ist nicht wünschenswert und wollte man sie wünschen, so müßte man doch feststellen, daß sie nicht möglich ist.

Den Unterschied der Rassen und Sprachen wollte man durch die Grenzscheide des wälderreichen Kohlenbezirkes erklären; seit Jahrhunderten ist dieses Verkehrshindernis verschwunden und die Vermischung ist noch nicht erfolgt. Regierungsgewalten haben sich bei dieser eitlen Mühe aufgerieben und getrachtet, entweder das Vlämische oder das Französische zu verdrängen. Die Sprachengrenze ist unbeweglich geblieben, ein Beweis, von der hartnäckigen Entschlossenheit zweier Völker, sich nicht zu vermischen.

Aus dieser Feststellung tritt klar die Regel hervor: Aus zwei verschiedenen Völkern gebildet, kann dieser politische Staat nur dann sein Schicksal günstig und regelmäßig ausgestalten, wenn keines dieser beiden Völker in seinen Interessen verletzt wird oder sich nicht für verletzt halten kann. Kraft Ihres Amtes müssen Sie für die Herstellung dieses Gleichgewichtes sorgen, eine schwierige und heikle Verrichtung, die aber für die Einheit und den Bestand Ihres Reiches eine unerläßliche Bedingung ist . . . . .“

* * *

Der vlämischen Bewegung gesteht Destrée zu, daß sie sich zu Recht der 1830 begonnenen Unterdrückung der sprachlichen und kulturellen Rechte der Vlamen widersetzte. Aber sie hat nun soviel Erfolge davon getragen, daß es genug, übergenug ist. Sie hat ihren Zweck längst erreicht. Jetzt bedroht sie Wallonien. Das Pendel schlägt nun nach der vlämischen Seite aus. Dagegen bäumt sich Wallonien auf.

Weiter setzt Destrée auseinander, was die Vlamen den Wallonen angeblich schon alles weggenommen haben. Sie haben ihnen in erster Linie Flandern selbst genommen, indem sie dort das Französische verdrängten. (!) Sie haben den Wallonen ihre Geschichte und Kunst genommen, indem sie die vlämische ungebührlich in den Vordergrund zu rücken wußten. Sie nehmen die öffentlichen Ämter weg, mehr als gerecht und angängig, durch die verderbliche Forderung der amtlichen Doppelsprachigkeit, bei der die Wallonen als Stiefkinder ins Hintertreffen geraten müssen. Die Vlamen ziehen den größeren Nutzen aus dem Staatshaushalt und zahlen die geringeren Steuern. Selbst an der mangelnden Wehrhaftigkeit des Landes sind sie schuld. Denn:

„Sie haben uns unsere Sicherheit genommen. Wir leben in einem unheimlichen Gefühle. Das Ausland beunruhigt uns. Wie eine fürchterliche Flut fühlen wir jeden Tag die Kriegsgefahr höher steigen. Und wir wissen aus neuerlichen Enthüllungen, daß in diesem Kriege zwischen unsern westlichen und östlichen Nachbarn unser Land als Kampffeld wird dienen müssen und es dies zu hindern keine Kraft hat. Der Widerstand der Vlamen gegen den Militärdienst, das: niemand gedwongen soldaat, die Schwäche der Regierung ist schuld, daß wir unsere Verteidigung nicht in der nötigen Weise vorbereitet haben. Flandern wird dem Zusammenstoß fern bleiben. Wenn Antwerpen, die nationale Rückenschanze, nicht in die Hände der Deutschen fällt, die schon jetzt als die Herren sich eingerichtet haben, so wird es den Sturm im Schutze seiner Festungen vorüberrauschen lassen, aber wir Wallonen, wir werden dem Schlachtgetümmel ausgesetzt sein. Die Mosel- und Sambre-Täler sind für den frechen Eindringling ein bequemer Weg, er wird ihm durch den Bau einer Eisenbahnlinie von Malmedy nach Stavelot noch erleichtern und die großen Ebenen von Fleurus sind ein prächtiges Schlachtfeld. Ach, wenn man uns die Freiheit ließe, selbst unseren Grenzschutz einzurichten, anstatt uns alljährlich gewaltige Opfer für einen eitlen Schein von Schutz aufzuerlegen! Mit dem schweizerischen System der Volksbewaffnung könnte die Wallonie allein eine Armee von 200 000 Mann aufstellen, eine

Leistung, die alles übertrifft, was die gegenwärtige militärische Organisation von ganz Belgien aufbringen könnte. Dieses Heer, das Hof und Herd zu verteidigen hätte, würde in der Verteidigung von einer unvergleichlichen moralischen Einheitlichkeit und Willensstärke sein."

Auch innerpolitisch klafft der Zwiespalt zwischen dem vorwiegend klerikalen Flandern und dem überwiegend freiheitlich-demokratischen Wallonien. Nord und Süd haben überhaupt grundverschiedene Ideale.

„Die öffentlichen Angelegenheiten werden hüben und drüben nach verschiedenen Leitsätzen behandelt. Dieselben wesentlichen Begriffe: Freiheit, Gerechtigkeit, nationale Wohlfahrt halten uns, statt zu vereinigen, nur desto entfernter von einander; denn der Sinn wechselt, je nachdem ein Vlame oder ein Wallone diesen Begriff in den Mund nimmt."

Die Volkswahlen werden sich immer mehr so anlassen, als ob sie zwei feindliche Völker, die sich nicht verstehen, auf den Bürgerkrieg vorbereiten wollten!

„Die Kraft allein wird in diesem furchtbaren Zwiespalt entscheiden. Und siehe da, zwischen den beiden kampfgerüsteten Völkern schickt Brüssel sich an, die vlämische Vorherrschaft endgültig zu sichern[1]). Die Wallonen sind dann, und zwar für lange geschlagen. Sie setzen jetzt ihre Hoffnung auf Ausgleich in das allgemeine Stimmrecht. Es ist durchaus nicht sicher, daß das allgemeine Stimmrecht sie ihnen verschaffen wird. Es ist durchaus nicht sicher, daß eine Regierung der Linken wagen würde, sich von der vlämischen Vormundschaft zu befreien . . . . .

Wir befinden uns Flandern gegenüber in der Lage eines besiegten und annektierten Gebietes wie Elsaß-Lothringen. Wir bekommen Gebieter von fremder Rasse. Die Sterne, welche die Wege des Landes erleuchten, kommen von Vorst oder Turnhout." * * *

[1]) Großbrüssel wird von den Vlamen von jeher in Anspruch genommen als ursprünglich vlämische Stadt mit noch heute stark vorwiegender vlämischer Bevölkerung.

Der Sozialist Destrée macht also den König aufmerksam auf die schweren Gefahren, die für den Bestand des Reiches heraufziehen. Der Fortgang der wallonischen Bewegung läßt auf das tiefste Mißbehagen schließen.

„Die große Masse freilich ist noch gleichgültig. Der Sturm hat noch nicht den Höhepunkt erreicht. Aber wer wird ihn bezwingen, wenn er einmal ganz entfesselt ist? Wir haben nicht die langsame und umsichtige Schulung der Vlamen; wenn man fortfährt unserer Erbitterung Klagegründe zu verschaffen, wird man sich eines Tages plötzlich unmittelbar vor der Frage der wallonischen Unabhängigkeit befinden."

Regieren aber heißt voraussehen. Also möge der König handeln. Von seinen Räten ist nichts zu erwarten. Sie schicken Schutzleute, wenn die Wallonen unzufrieden sind.

„Ein solches Verfahren hilft schnell und erspart ermüdendes Nachdenken. Jedoch erzielt es nicht immer das gewünschte Ergebnis. Man kann mit Bajonetten alles machen, nur nicht sich darauf setzen . . . . Unterdrückung oder Verneinung sind also keine Hilfsmittel, die Erfolg versprechen."

Bleibt also nur die von einem so ernsthaften Politiker und bedeutenden Juristen wie dem Senator Dupont empfohlene Trennung. Noch kann Destrée bestimmte Einzelheiten für die Durchführung nicht unterbreiten. Allein die Überzeugung, daß sie möglich und notwendig ist, steht für ihn fest, sie gewinnt allenthalben Anhang. Möglich, daß die Bewegung nachläßt, wenn die Regierung Einsicht hat, weitere Kränkungen der Wallonen vermeidet, stärkere Selbstverwaltung und „biegsamere Beziehungen der Wallonei" zur zentralen Staatsgewalt gewährt:

„Und wenn es auch im äußersten Falle die gänzliche Trennung wäre, warum sollte sie sich nicht in aller Ordnung und Eintracht vollziehen? Wäre es denn so schlimm, wenn wir wie die Schweiz oder Nordamerika als vereinigte Staaten weiterlebten, wenn wir wie Irland unsere Homerule hätten? Ein Belgien, das sich aus zwei freien und selbständigen Völkern aufbaut, die ihre gegenseitige Selbständigkeit ruhig

anerkennen, könnte das nicht ein weit kräftigeres Staatswesen abgeben, als ein Belgien, wo die eine Hälfte der Bewohner von der anderen sich bedrückt glaubt? Am kritischen Tage internationaler Verwicklungen würden alsdann Vlamen und Wallonen eines Herzens und eines Sinnes für ihr Vaterland und ihre Freiheit sein, wohingegen, wenn man die Erbitterung und Abneigung wachsen läßt, man nicht hoffen kann, daß die Wallonen mit gleicher Leidenschaft das Vaterland und die Freiheit — der Vlamen verteidigen würden . . . .

Eine heuchlerisch aufgezwungene, vom brutalen Zahlenzwang auferlegte Staatseinheit, eine Einheit, die wohl in den amtlichen Ansprachen, aber nicht im Herzen der Bürger vorhanden ist, sie gilt nichts gegen die frei gewählte Einigkeit und das rechtliche kameradschaftliche Einvernehmen. Kann diese Einigkeit bei der gegenwärtigen Regierungsverfassung begründet werden? Da liegt die ganze Frage!

Ich setze, was die Lösung dieses beunruhigenden Problems betrifft, nur eine schwache Hoffnung auf unsere politische Welt. Bedauerlicherweise entscheidet sie alles nach dem Parteigeiste . . . . Sire, ich sehe unter Ihren Räten keinen einzigen, der das Zeug dafür hätte, sich über die Wahlküchen und die unmittelbaren Angelegenheiten seiner Partei zu erheben und so die Interessen des Ganzen wahrzunehmen. Folglich können bloß einige freie Geister über Aufgaben grübeln, welche den gewöhnlichen Rahmen überschreiten. Diese aber, Sire, sind das Salz der Erde, die Hefe der Welt, die Bildner der Zukunft. Wenn Sie sich ihnen zugesellen, so mache ich Ihnen das unterwürfigste Kompliment, das mir an Sie zu richten gestattet ist und diese Ehrenbezeugung wird mir hoffentlich Ihre Nachsicht wegen der Belästigung durch dieses lange, zu lange Schreiben eintragen."

* * *

Der offene Brief Destrées erregte das größte Aufsehen. Die Trennungsfrage war nun ein unlöslicher Bestandteil der belgischen Politik geworden. Alle Welt nahm dazu Stellung. Eine Flut von

Äußerungen für und wider brach herein. Aus ihr ragt die schlagende Antwort hervor, die der Genter Vlamenführer Dr. Hypolieth Meert, der Schriftführer der belgischen Abteilung des Allgemeinen Niederländischen Verbandes, Herrn Destrée im Namen zahlreicher vlämischer Führer und Vereinigungen zuteil werden ließ. Es kam Meert vor allem darauf an, den im offenen Briefe keck hervorgerufenen verkehrten Eindruck zu zerstören, als ob in Belgien die Vlamen obenauf wären, die Wallonen aber am Boden lägen. Das besorgte der Vlame mit wissenschaftlicher Gründlichkeit unter Zuhilfenahme reichen und unwiderleglichen Beweismaterials. Das Bild, das er entwarf, zeigte die Kehrseite der Medaille.

In der Einleitung aber leuchtete der Verfasser Herrn Destrée derb ins Angesicht:

„Sie haben entdeckt, daß es in Belgien Vlamen und Wallonen und keine Belgier gibt. In der Tat, Herr! Vlamen und Wallonen sind Wirklichkeiten, Belgier ist ein bloßer Aufdruck. Diese Entdeckung kommt nur ein bißchen spät. Man hat sie erst gemacht, seitdem die wallonische Bewegung Platz greift. Früher hieß es: Belgier vor allem. Und diese Formel sollte alles vlämische Streben ersticken, alle vlämischen Ansprüche beseitigen. Erst seitdem man sich — sehr zu Unrecht — bedroht glaubt, hat man gefunden, daß es in Belgien Vlamen und Wallonen gibt. Es freut mich sehr, daß Sie alle diese Dinge sagen. Wenn ein Vlame sich einfallen läßt, solche Wahrheiten auszusprechen, so ist er ein schlechter Patriot, ja, noch schlimmer, ein „Pangermanist".

Ich habe gesagt, daß Ihre Entdeckung etwas spät kommt. Sie hätte 1830 gemacht werden sollen. Damals hätte man getrennt halten sollen, was ohne Rechtsverletzung nie eine Verschmelzung bilden kann. Mit anderen Worten: man hätte damals getrennte Verwaltungen einführen sollen. Die Schweiz hat nie ein anderes politisches System gekannt: drei sprachliche Gebiete, die französische Schweiz, die deutsche Schweiz, die italienische Schweiz; drei sprachliche Selbstverwaltungen. In jedem Gebiete ist die Landessprache die Sprache der Verwaltung, des Unterrichts, des Gerichtes, der Armee. Kein

Schweizer denkt daran, seine Sprache einem anderssprachigem Landesgenossen aufzuzwingen. Geht es darum weniger gut? Im Gegenteil, alles geht sehr gut. In jenem Lande kennt man keinen Sprachenstreit. Er ist also ein Zankapfel, der die Bürger scheidet. Es ist ein Problem, das einen Teil der Lebenskräfte eines Staates verzehrt.

Nach 1830 ist man falsch verfahren. Man hat einen schweren Fehler begangen und Sie haben keine Ahnung von den schrecklichen Folgen dieses Fehlers für das vlämische Volk. Unsere ganze Rückständigkeit ist darauf zurückzuführen. Sie sagen in Ihrer Aufstellung: Die Vlamen haben uns dies genommen, sie haben uns das genommen! Hat man je versucht, Euch Wallonen als Volksstamm zu morden? Nach 1830 wollte man das vlämische Volkstum ausrotten. Unsere Sprache wurde von amtswegen geächtet, aus der Armee verbannt, aus den Gerichtshöfen verbannt, aus der Verwaltung verbannt und ein neues Regiment übertriebener Verwelschung eingeführt.

Unser ganz verwelschter Unterricht sollte uns zu Belgiern machen, d. h. zu wallonischen Karikaturen. Man bildete sich ein, daß es genüge, die Vlamen in einen Schmelztiegel zu werfen, auf den man den Aufdruck Belgier geklebt hatte, um die Wirkungen unserer Volksentwicklung von zwanzig Jahrhunderten zu zerstören. Es wurde ein Verbrechen gegen die Natur begangen, ohne ein anderes Ergebnis als die Schöpfung der Beulemans und Kakebroeks, die bei Ihnen in sehr mittelmäßiger Achtung stehen. Und darum wird es nach 80 Jahren dieser Herrschaft sehr schwer werden, den Knoten dieser verwickelten Angelegenheit zu lösen.

Sie lassen das Gespenst der Trennung aufstehen, um uns einzuschüchtern. Wir antworten Ihnen: Die Trennung erschreckt uns nicht und beunruhigt uns nicht. Trennung ist gleichbedeutend mit der Abhilfe aller unserer Beschwerden, die wir jetzt von der Zeit erwarten müssen. Trennung ist das unverzügliche Ende des Zwanges und der sprachlichen Unterdrückung, die von der Zentralgewalt ausgeübt wird."

Die Assemblée Wallonne.

Endlich wird am 20. Oktober 1912 auf einer Tagung in Charleroi die Assemblée Wallonne als Vertretungskörper des gesamten Wallonentums begründet und Destrée zum Generalsekretär dieser Vereinigung erkoren.

Sie tritt als eine Art von Parlament mit 125 aus allen wallonischen Vereinigungen gewählten Vertretern auf und teilt die Arbeit nach politischen, wirtschaftlichen und Verwaltungsgebieten auf. An die Spitze jeder Abteilung tritt ein Leiter, gleichsam als Minister. Dabei wird die auswärtige Politik einem so unbedingten Parteigänger Frankreichs anvertraut, wie dem Abgeordneten Georges Lorand, während der Brüsseler Advokat und Führer der belgischen Militaristen, Léon Hennebicq, sich der Frage der nationalen Verteidigung widmet. Obwohl Gegner der Verwaltungstrennung, genießt er doch volles Vertrauen. Denn von jeher hat er sich für die Neugestaltung und Verstärkung des belgischen Heereswesens mit der Maßgabe eingesetzt, daß die belgische Armee den linken Flügel der französischen im Kriegsfalle gegen Deutschland zu bilden habe.

Präsident dieses „Wallonenministeriums" wurde Jules Destrée. In belgischen Regierungskreisen wollte man das seltsame Beginnen der Assemblée lächerlich finden. Der XX. Siècle (22. Oktober 1912), das Blatt des belgischen Ministerpräsidenten Baron de Broqueville, äußerte sich halb erheitert, halb verärgert. Allein die ganze Veranstaltung hatte doch, wie die Folgezeit lehrte, eine recht ernste Bedeutung, insofern durch diesen sehr regsamen Verband auch bisher zurückhaltende Kräfte in den Dienst des Franzosentums gezogen wurden. Zwar sind die Unterlagen und Voraussetzungen dieser jungwallonischen Bewegung, soweit es sich um die angebliche Unterdrückung der Wallonen handelte, gründlich zerpflückt und zerstört worden! Vor allem von dem Genter Leiter des Allgemeinen Niederländischen Verbandes, Dr. Hypolieth Meert, der in seiner sachlich durchschlagenden Erwiderung Destrées Brief so herrichtete, daß außer der schöngeistigen Sprache, dem ‚Stück Literatur", wie Meert sagte, nicht mehr viel davon übrig blieb.

Dann aber auch von dem katholischen Wallonen Maurice de Miomandre. Er schrieb in der Revue de Belgique (1. November 1912) gegen die Trennung, die nach seiner Ansicht das Ende der politischen Einheit Belgiens wäre, und zerstörte dabei insbesondere grausam das Märchen von den größeren Staatslasten und geringeren Vorteilen Walloniens. Nach seinen Berechnungen hat das vlämische Gebiet von 1840 bis 1909 um 30 Prozent mehr direkte Staatslasten getragen als das wallonische und ist trotzdem weit weniger als dieses mit Staatsbeiträgen bedacht worden. Miomandre bewies auch, daß die von den jungwallonischen Führern gern als zugkräftiges Schlagwort angewandte Gleichsetzung von Vlamentum und klerikaler Regierungspartei und Wallonentum und aufgeklärtem Fortschritt schon nach den Wahlziffern falsch sei. Denn in Flandern stimmten fast halb soviel Antiklerikale ab wie Katholiken, in Wallonien erreichte die katholische Stimmenzahl mehr als die Hälfte der gegnerischen.

Und doch haben diese Widerlegungen dem Fortschreiten und Erstarken der Assembleé Wallonne nicht Einhalt tun können! Warum? Weil ihre tiefsten und wirksamsten Triebkräfte andere waren, nämlich das rückhaltlose Bekenntnis der Jungwallonen zu Frankreich. Das war es, was die Führenden leitete, was die Geister in den Bann der Vereinigung zog. Das belgische Drum und Dran war nur noch Mache und Mittel zum Zweck. Destrée erhob in einem Vortrage, den er auf Einladung der Schriftleitung der Marches de l'Est im November 1912 in Paris hielt, offen den Anspruch, daß Frankreich den Wallonen beispringen müsse, denn deren Land sei ja nur ein Stückchen von Frankreichs heiligem Boden. (Vlaamsche Hoogeschool, Oktober/November 1912.)

* * *

Die Assemblée nimmt nach und nach alle wallonischen Gruppen und Bünde unter ihre Fittiche und vereinigt deren Führer in ihrer Mitte, ohne Rücksicht darauf, ob sie Anhänger oder Gegner des Trennungsgedankens sind. So wird sie in der Tat zu einer Gesamtvertretung des Wallonentums, die mit den großfranzösischen Verbänden und den vlämischen Franskiljons engste Verbindung hält und alle Kräfte, Strebungen und Wünsche

des belgischen Franzosentums in sich vereinigt. Das gesamte politische, kulturelle, wirtschaftliche Leben des Landes zieht sie vor ihren Richterstuhl. Alle Fragen und Aufgaben werden in den regelmäßigen Sitzungen der Abteilungen, in den halbjährigen Vollversammlungen und in der seit Januar 1913 vom Verbande herausgegebenen Monatsschrift La Défense Wallonne vom Standpunkte der wallonischen Bewegung aus beurteilt und bearbeitet und für die wallonische Bevölkerung mundgerecht gemacht. Die kleinen unscheinbaren gelben Hefte der genannten Verbandsschrift gewähren einen äußerst lehrreichen Einblick in die erstaunlich emsige, rege und umfassende Tätigkeit des Verbandes, der seinen ganzen Ehrgeiz und seine ganze Tatkraft daransetzte, der erstarkenden vlämischen Volksbewegung eine ebenbürtige wallonisch-französische gegenüberzustellen.

Neben den schon in großer Zahl vorhandenen politischen, literarischen, künstlerischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen wallonischen Vereinigungen treten neue Gruppen auf, meist mit radikalen französisierenden Grundgedanken. Vor allem wird auch die Jugend zusammengeschlossen. Raymond Colleye, der eifrigste Vorkämpfer des „panlateinischen" Gedankens und Leiter des belgischen Bundes gegen den Pangermanismus hatte schon 1910 eine Jugendwacht, die Jeunes Gardes Wallonnes de Belgique gegründet. Sie treten seit dem 1. März 1914 in neuer Form als Junge Wacht von Wallonien (Jeune Garde de Wallonie) auf, unter Führung von Willy G. R. Benedictus, Raymond Colleye und G. Carlotton, dem Direktor der Zeitschrift „Coq Wallon", und mit dem Wahlspruche: Nicht Worte, sondern Taten!

Sie sind unbedingte Anhänger der großfranzösischen Ausbreitung und wollen die wallonische Bewegung in diesem Sinne vor allem auch in die breiten Massen hineintragen.

In Lüttich gründet der Barreau, die Juristenwelt, im Juni 1914 eine juristische Gesellschaft zum Studium der wallonischen Frage: Cercle d'etude et de documentation wallonne (L'Expreß, 22. Juni 1914). Ebenfalls in Lüttich entsteht ein wallonischer Frauenbund, der sich rasch ausbreitet. (Défense 1913, S. 119.)

So ziemlich das gesamte wallonische Schrifttum stellt sich nun in den Dienst dieser Bewegung, selbstverständlich auch die französische und die belgisch-französische Presse. Neben der älteren Zeitschrift Wallonia, die unter Grosjeans Leitung die bei ihr herkömmliche gemäßigte Richtung einzuhalten sucht, sich aber den neuen Strömungen nicht mehr entziehen kann, tritt seit 1905 eine literarisch-künstlerische Monatsschrift La Jeune Wallonie auf, mit jungwallonischer Grundrichtung, wie schon der Name andeutet, und radikal französisch gesinnt. Unmittelbar in den Dienst der Assemblée stellt sich der Coq Wallon, seit August 1913, der sich als „Vortruppszeitung" (Journal d'Avantgarde) vor allem an die Jugend wendet. Sein Herausgeber, ein unbedingter Anhänger des Trennungsgedankens und der französischen Ausbreitung, pflegte seinen verdächtig germanisch klingenden Namen Karl Otto Goebel hinter dem schön romanisierten Schriftstellernamen Carlotton zu verbergen.

Die Monatsschrift Le Coq Hardy (der kühne Hahn) und die von Hector Chainaye begründete und nach seinem Tode von Ivan Paul geleitete La Lutte Wallonne vervollständigen die Reihe der der Assemblée zur Verfügung stehenden Zeitschriften. Eine von der Defense veröffentlichte Liste derjenigen Tageszeitungen, die die Sache der Assemblée verfechten, weist den größten Teil der in französischer Sprache erscheinenden belgischen Presse auf. Daß die Pariser Zeitschriften und Boulevardblätter ihre helle Freude an dem Aufschwung und an der Wendung der Dinge in Welsch-Belgien haben und ihre Unterstützung leihen, wo immer sie können, dafür gibt es Hunderte von schlagenden Belegen. Ganz besonders emsig widmen sich dieser Aufgabe die von George Ducrocq herausgegebenen Marches de l'Est und das Verbandsorgan der französischen Freundschaftsbünde, die Amitiés Françaises. Diese beiden, der nationalistischen Ausdehnung des Franzosentums dienenden Zeitschriften werden gleichzeitig zu regelrechten Organen der jungwallonischen Bewegung, wie ja auch die großfranzösischen Verbände, denen sie dienen, in engster Fühlung mit dieser stehen.

* * *

Schon Ende 1912 kann man es sogar wagen, eine enge organisatorische Verbindung zwischen der wallonischen Bewegung und den Amitiés herzustellen. Die Defense Wallonne berichtet darüber (April 1913, S. 253):

„Die französisch-wallonische Freundschaft, für welche der Weltbund der Amitiés Françaises schon soviel getan hat, ist neuerdings wieder um ein gutes Stück gewachsen. Im Anschluß an den schönen Vortrag, den Jules Destrée, der Abgeordnete von Charleroi, über die wallonische Kunst am 11. November 1912 im Saale für Geographie (in Paris) gehalten hat, beschlossen einige französische Freunde der Wallonie, in Paris ein franko-wallonisches Sekretariat zu gründen, mit der Bestimmung, alle Schritte und Maßnahmen vorzubereiten, die dazu dienen können, daß Frankreich und Wallonien sich mehr kennen und lieben lernen.

An der Spitze dieses Generalsekretariats der franko-wallonischen Amitiés begrüßen wir mit Freude die Namen von Georges Ducrocq, den überaus tätigen Schriftleiter der Marches de l'Est, Herrn Marius Aroy Leblond, den Leiter der Zeitschrift La Vie und Georges Denis-Rault.

Der Erstgenannte war einer der Veranstalter des Kongresses in Mons und der Kundgebung von Jemappes (1911). Der Zweite widmete in seiner Revue unserem Verband einen sehr schönen Aufsatz. Der Dritte ist von glühender Zuneigung für uns erfüllt. Die Vereinigung dieser Männer wird hier nur aufrichtige und begeisterte Zustimmung finden, da ja ihr Programm seit langem schon auch das unsrige ist."

So schreitet die Bewegung im Zeichen des großfranzösischen Gedankens trotz mancher persönlicher und auch sachlicher Gegensätze, trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten zusehends einem engen Zusammenschlusse des Franzosentums entgegen.

Als sichtbares Zeichen der Einigung nimmt die Assemblée Wallonne, nach ausgiebiger Beratung auf Grund eines historischen Berichtes von R. Dupierreux, ein nationales Banner für die Wallonie an, das einen roten Hahn auf goldenem Grunde zeigt

und als Wappen den Coq hardi in Rot auf Gold, mit dem Wahlspruche „Freiheit“ und „Wallone auf immer“. Ferner bestimmt sie den letzten Sonntag im September zum nationalen Festtage der Wallonie. Er soll die Erinnerung an die von Wallonen und Franzosen gemeinsam durchgeführte Erhebung von 1830 gewidmet sein. (La Défense Wallonne, März 1913, S. 138 ff. — Mai 1913, S. 267).

Also, der gallische Hahn gegen den flandrischen Löwen! Die Feier der Umwälzung von 1830 gegen die verhaßte vlämische Nationalfeier der Goldensporenschlacht von 1302, jener mörderischen Schlacht, in der das vlämische Bürgertum die französische Ritterschaft vernichtete und Flandern vom welschen Joch errettete!

So tat sich der wallonische Stolz ein Genüge. Nur daß er trotz heißer Bemühungen nichts finden konnte, was an Alter und Ehrwürdigkeit der vlämischen Fahne und Nationalfeier gleichkam!

Die Marches de L'Est (1913/14; V, 85) gaben dem neuen Wappen folgenden Geleitspruch mit:

> „Die Assemblée Wallonne hat auf einer Versammlung in Mons als Sinnbild der Wallonie gewählt den Coq hardi, d. h. einen Hahn, der seine Rechte, — wenn man so sagen darf —, erhebt; eine Haltung, die von der unseres Chantecler etwas abweicht, welcher seinen ziemlich großen Schnabel zum Schreie öffnet. Ungeachtet dieser Abweichung, die den wallonischen Partikularismus kennzeichnet, haben unsere Freunde ihre gallische Brüderlichkeit bekräftigt, indem sie beschlossen, auf ihre Fahne das unseren Ahnen teure Sinnbild zu malen. Diese Kundgebung muß für uns erfreulich sein, denn nichts ist so geeignet die enge Verwandtschaft der beiden Völker auszudrücken, als die Tatsache eines gemeinsamen Abzeichens, welches jeden Augenblick in sichtbarer Form an die Gemeinschaftlichkeit der Gefühle erinnert.“

Auf dem Wege zur Annexion?

Die Tätigkeit der wallonischen Trennungspolitiker stand von Anfang an im Zeichen der nationalistischen Ausbreitungsgedanken Jungfrankreichs. Dieser Geist gewinnt mit dem Auftreten der Amitiés Françaises völlig die Herrschaft über die wallonische Bewegung. Man sieht den Gegensatz zwischen Vlamen und Wallonen in wachsendem Maße unter dem erweiterten Gesichtskreise des weltgeschichtlichen Widerstreits zwischen germanischem und romanischem Wesen. Unter den Einwirkungen der zunehmenden politischen Spannung zwischen Frankreich und Deutschland verschärft sich die antivlämische Stimmung zu wahrer Erbitterung und ergreift auch die breiten Massen, besonders die sozialistische Arbeiterschaft Welschbelgiens.

Die Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien gibt am 7. Dezember 1913 folgende bezeichnende Äußerung eines „wallonischen Hauptblattes, an welchem sogar der Abgeordnete Destrée mitarbeitet", wieder:

> „Fernerhin kann der Sprachenkampf in Belgien nichts anderes mehr sein, als ein Teil des zwischen Frankreich und Deutschland zu liefernden großen Streites. Wir müssen uns in der Schule der belgischen Vaterlandsliebe etwas weismachen lassen. Aber wir fühlen in unserem Inneren dafür nichts, da es glücklicherweise keine belgische Volksseele gibt. Laßt uns doch endlich einmal zur Einsicht gelangen, daß uns — augenblicklich noch weniger wie früher — weder das gemeinsame Rassenbewußtsein, noch eine gemeinschaftliche Sprache zu diesem Patriotismus anspornen. Das wäre wirklich ein falsches Gefühl. Der wirkliche Patriotismus von uns Wallonen ist die Liebe, die wir zu Frankreich im Herzen tragen. Welch ein dummer Begriff von Selbständigkeit hindert uns daran, Frankreich um Unterstützung und Hilfe anzugehen? Ist denn Elsaß-Lothringen nicht stets französisch geblieben, obschon man es in Ketten geworfen hat? Warum sollte die Wallonei nicht französisch sein können."

Die genannte Wochenzeitung bemerkt hierzu:

„So schreibt das Hauptorgan der Wallonen, und es würde sich dieser zynischen Sprache gewiß nicht bedient haben, wenn es nicht des Einverständnisses mit den Führern der Bewegung sich bewußt gewesen wäre. Unter diesen Führern sind aber zahlreiche Freunde der Leiter der gegenwärtigen Politik Belgiens. Würden diese Regierungspersonen nicht besser handeln, wenn sie ihre Freunde unter den Vlamen suchten, die mit ganzer Seele an ihrem Vaterlande hängen?"

* * *

Um das eigene, schwer zu rechtfertigende Beginnen zu decken, zeihen Franzosen und Wallonen die Vlamen immer wieder des „Pangermanismus", als ob sie mit Deutschland unter einer Decke steckten, um Wallonien und Frankreich zu unterdrücken. Besonders der Franzose Charriaut hat in seinem, von der Pariser Akademie preisgekrönten Buch über Belgien das Menschenmögliche an grundlosen Verdächtigungen geleistet (Henri Charriaut, La Belgique Moderne, 1910). Er selbst aber scheut sich nicht, den Belgiern die Merkmale einer Nation abzusprechen und die Wallonen als Franzosen in Anspruch zu nehmen. Andere wagen sogar die Forderung der Trennung förmlich mit der „deutschen Gefahr" zu begründen, vor der Wallonien in den Schutz Frankreichs flüchten müsse.

„Noch ein sehr wichtiger Grund läßt uns die Trennung verlangen", schreibt der Lütticher Senator Paul Magnette in der Marches de L'Est (1912, S. 313). „Noch niemand hat auf seine Bedeutung hingewiesen und doch ist er so wesentlich. Die Trennung ist notwendig und unverzüglich durchzuführen, um Wallonien vor der preußischen Kralle zu schützen."

Wie oft haben die vlämischen Führer und Zeitungen den gegen die vlämische Bewegung gerichteten Vorwurf des „Pangermanismus", mit dem man die ärgste Franzosentollheit auf der Gegenseite rechtfertigen zu können glaubte, als gänzlich haltlos erwiesen! Auch gerecht urteilende französische und

wallonische Schriftsteller gaben die Berechtigung dieser Abwehr in vollem Umfange zu. So der Wallone Daumont in seinem Buch über die vlämische Bewegung; so auch der belgische Staatsbeamte Integer in seiner Schrift: Belgien und Deutschland. Obwohl er selbst zu der streitenden Wallonenpartei gehört, tadelt er, daß man Wallonen und Vlamen mit ungleichem Maße messe und sagt (Integer, Belgique et Allemagne, Brüssel 1913, S. 137 ff.):

„Die Wallonen leiten aus ihrer Zugehörigkeit zur lateinischen Rasse die Berechtigung zu ihren französischen Bestrebungen her, bestreiten aber den Vlamen das Recht, aus ähnlichem Beweggrunde sich an Deutschland zu wenden. Jede pangermanistische Äußerung hat heftige Proteste zur Folge. Geht sie von einem Deutschen aus, so ist das ein politischer Agent, handelt es sich um einen Vlamen, so ist er ein Verräter. Ein deutscher Professor in Brüssel, der vor einigen Jahren gestorben ist, der Baron von Ziegesar, Begründer einer pangermanistischen Zeitschrift Germania, zog sich ernste Unannehmlichkeiten zu. Man erinnert sich noch der Erregung, die Herr Pol de Mont (ein Dichter, nicht zu vergessen!) durch seine Äußerung auf der alldeutschen Tagung zu Dresden hervorrief: Es gibt keine belgische Nationalität. Es ist doch nichts mehr wahr, wenn man unter dem Worte Nationalität den Begriff Rasse versteht, den der Redner ihm auch geben wollte. (Wenn nicht, so hieße das das tatsächliche Dasein Belgiens selbst bestreiten, was ein Unsinn wäre.) Die separatistischen Wallonen gehen insgesamt vom nämlichen Gesichtspunkt aus. Hat man denn nicht die Schaffung einer blauweißroten wallonischen Fahne mit dem gallischen Hahn als Wappentier verlangt? Welches Geschrei, wenn die Vlamen eine schwarzweißrote Flagge mit dem flandrischen Löwen in der Ecke aufpflanzen würden! Der Panlatinismus, ja der darf groß tun, darf die stürmischsten Kundgebungen veranstalten, ohne daß jemand sich darüber aufregt. Man will wahrhaftig im Pangermanismus nur ein Mittel zu territorialer Eroberung sehen, im Panlatinismus dagegen eine sittliche Strömung. Aber noch einmal: Mit welchem Rechte?

Die Meinungen in diesem Punkte sind frei; aber wir sind aufs sicherste überzeugt, daß letzterer unendlich viel gefährlicher ist für unsere Selbständigkeit als jener. Wenn die Dinge in dem Zuge fortgehen wie jetzt, gehen wir automatisch im Frieden der Annexion durch Frankreich entgegen, während das andere, die Annexion durch Deutschland doch nur durch einen Gewaltstreich möglich wäre." (Integer, S. 134.)

Im Anschluß daran urteilt Integer über die Absichten seiner für die Verwaltungstrennung eintretenden Freunde (S. 134):

„Es handelt sich darum, zu wissen, ob wir lieber anderen angehören oder selbständig bleiben wollen. Darum wäre auch, so unerträglich auch die vlämischen Herausforderungen sein mögen, die Verwaltungstrennung, die von vielen unserer Freunde gepredigt wird, sogar von großen Körperschaften gefordert wird, ein schlimmeres Mittel als das Übel selbst; das wäre soviel wie Selbstmord zum Zwecke, das Zahnweh zu verhüten. Liberale Zeitungen, Antiflaminganten, Staatsmänner aller Parteien haben das erkannt: Die Verwaltungstrennung wäre für Wallonien der erste Schritt zur Annexion durch Frankreich . . . . ."

* * *

In der Tat sahen viele Belgier und Franzosen in der Trennung nur ein Mittel zum Zwecke, gleichsam eine Vorstufe für das künftige Aufgehen der belgischen Südprovinzen in Frankreich. Die Gazette de Charleroi, das Organ Destrées und seines engeren Anhangs, ließ sich im Juli 1910 also vernehmen:

„Die Zukunft sieht sich recht düster und unheilvoll für die Wallonen an, die die Vorhut des Reiches sind: es ist ihr schöpferischer Geist, der Belgien auf den Weg des Fortschrittes und der Wohlfahrt gebracht hat, und sie sind es, die sich einer Horde Rückschrittler unterwerfen müssen, die gerade deshalb nicht gleichen Schritt mit dem Fortschritte halten können, weil sie zu ihrer Fortbildung nicht über das Werkzeug geistiger Entwicklung verfügen, das ist über eine

literarisch, philosophisch und wissenschaftlich brauchbare Weltsprache.

Wenn diese Rückschrittler fortfahren, sich den Fackelträgern des Fortschritts in den Weg zu stellen, dann muß als erste Folge gefordert werden die Verwaltungstrennung im Königreich, und wenn das nichts helfen sollte, dann wird im ferneren Verlaufe die Notwendigkeit der Einverleibung des Wallonenlandes in Frankreich auftauchen; lieber dies, als den Nacken unter den germanischen Flamingantismus beugen!" (Nach Vlaamsche Gazet, 2. Juli 1910.)

Noch kurz vor dem Weltkriege tauchten neue Zeitschriften auf, die den ausgesprochenen Zweck hatten, mittels des wallonischen Trennungsgedankens die Eingliederung Welsch-Belgiens in Frankreich volkstümlich zu machen. Raymond Colleye kündigte im Januar 1914 die Herausgabe einer solchen Zeitschrift Le Séparatiste folgendermaßen an (Coq Wallon, 15. Januar 1914):

„Das wird eine mutige und lebensprühende Zeitung werden, die den Anspruch erhebt, das Organ der Franzosen des Departements Wallonien zu sein. Ist das deutlich genug?"

Colleye war nicht nur einer der Führer der wallonischen Jugendwacht und Geschäftsführer eines Nationalkomitees für wallonische Abwehr (Comité national de défense wallonne), sondern auch Leiter der Abteilung Belgien des internationalen Bundes zur Bekämpfung des Pangermanismus, welchem vor allem die Verbreitung des panlateinischen Gedankens in Belgien oblag. Ist nicht auch aus dieser Verbindung zu ersehen, wie tief die wallonische Bewegung bereits in die großfranzösische Weltorganisation verstrickt war?

Was wollte es angesichts dieser Tatsachen besagen, daß die Assemblée Wallonne in ihrer Satzung ausdrücklich versicherte, sie wolle an der Selbständigkeit Belgiens festhalten. Mehr als platonische Bedeutung hatte diese Versicherung nicht. Vielmehr geriet die wallonische Bewegung in erheblichen Teilen auf den Weg der ausgesprochenen Annexionisten. Graf du Bois

machte sichtlich Schule. Der „wallonische Katechismus", in dem er schon 1902 dem gemeinen Volke die Notwendigkeit des Aufgehens in Frankreich klarzumachen suchte, kam in gute Aufnahme. Viele Belgier begannen nun aufmerksamer auf die Stimme zu lauschen, die aus dem Buche des Grafen: Belgier oder Franzosen (Belges ou Français, Brüssel 1910) hervorklang:

„Man muß es sagen, es schreien, laut verkünden mit der Sprache und aus ganzer Seele: Wallonien ist französisch, Volk und Boden ein Teil Frankreichs. Hoffentlich wird man bald mit dieser grotesken Legende aufräumen, die von dem belgischen Volk erzählt, es sei ängstlich auf die Behauptung seiner Unabhängigkeit bedacht. Frankreich hat das Recht, ja die Pflicht, die französische Bewohnerschaft Walloniens als den Rest der französischen Nation zu beanspruchen.

Ist es denn nicht an der Zeit, an die Wiedervereinigung der Departements Jemappes, Sambre-et-Moselle, l'Ourthe der Forêts mit dem Vaterlande zu gehen? Wann sind die unvergeßlichen Volksabstimmungen von 1793 widerrufen worden? Die Söhne einer gleichen Rasse sammeln sich, schließen ihre Reihen in Voraussicht der äußersten Kämpfe, welche die stärkste Rasse an der Spitze der Menschheit lassen werden: Frankreich muß auf alle seine Kinder rechnen können. Die politischen Gründe, welche die Trennung des wallonischen Frankreich vom Mutterlande veranlaßt haben, bestehen schon längst nicht mehr. Das wallonische Frankreich hat ältere Rechte als das lothringische. Nicht nach Osten müssen wir schauen, sondern nach Norden. Da sind drei Millionen Franzosen, fünf Departements — die wohlhabendsten des nationalen Bereichs —, welche die Stunde der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande erwarten, erhoffen und herbeisehnen.

Die Wallonen sind in ihrer Überzahl Annexionisten. Sie wissen, wie die Sachen stehen. Wie sich in Wallonien die Dinge entwickelt haben, muß endlich und rasch reiner Tisch gemacht werden. Für unsere Person sehen wir das Heil einzig in der Verwaltungsteilung — wenigstens fürs erste — später in der Einverleibung an Frankreich."

Selbst im Parlamente wirft diese Strömung ihre Wellen. In einer Debatte über das neue Unterrichtsgesetz im Senat im April 1914 erklärt der Senator Hallet:

„Als unser Land unabhängig wurde, nahm es als Leitspruch an: Eintracht macht stark, weil es galt, zwei Rassen zu vereinigen. Heute ist der Zustand ganz anders. Schon verlangen die Wallonen die Verwaltungstrennung, und ich bin überzeugt, würde man im Wallonenland eine Volksabstimmung veranstalten, so würden 90 Stimmen von 100 die Einverleibung in Frankreich fordern."

Heftiger Widerspruch rechts! Verschiedene Senatoren bestreiten die Richtigkeit dieser Behauptung. Einer erklärt:

„Sprechen Sie die Wahrheit, dann ist das Wallonenland nicht mehr würdig, zu Belgien zu gehören."

Da erwidert ein anderer:

„Belgien ist nicht mehr würdig, das Wallonenland zu besitzen." (Entrüstung rechts.)

Herr Hallet sucht sich aus der Verlegenheit zu ziehen, indem er die Vlamen der gleichen Hinneigung zu Holland bezichtigt und sich auf den letzten allgemeinen niederländischen Studentenkongreß beruft.

Er muß sich jedoch sagen lassen, daß dabei kein Wort von einem Anschlusse Flanderns an Holland gefallen ist. (Handelsblad-Antwerpen, 18. April 1914.)

* * *

Je näher die Gefahr eines Weltkrieges rückte, desto dringlicher wurde die gegen den belgischen Staat und seine neutrale Stellung gerichtete Tätigkeit, desto kecker und unverhüllter steuerte sie auf ihr Endziel los. Diese Bewegung warf die Neutralität als eine lächerliche Erfindung beiseite, die unter den heutigen politischen Umständen, wo Europa in zwei große feindliche Lager gespalten sei, jede Bedeutung verloren habe und vollends unsinnig erscheine. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges erließen die Führer der annexionistischen Gruppe feurige Aufrufe zugunsten Frankreichs. Raymond Colleye wiederholte im Coq

Wallon (15. Jan. 1914) und später in La Wallonie seine schon im Jahre 1906 während der damaligen Marokkokrisis zum ersten Male niedergeschriebenen Sätze:

„Durch seine Seele, sein Blut, seine Sprache ist der Wallone ein Sohn Frankreichs. Der Wallone des Hennegaus, von Lüttich und Luxemburg ist Franzose, wie der Wallone von Maubeuge, Arras und Avesnes ein Franzose ist. Nur die Launen der europäischen Diplomatie haben durch das wallonische Land eine brutale Grenze gezogen. Für die Franzosen, die diese Grenze künstlich in zwei Teile trennt, bleibt sie stets nur eine Scheinwand . . . .

Aber jetzt warten 3 Millionen Menschen, die an dem Leben der Nation, deren treue Söhne sie sind, nicht teil haben können, daß Frankreich sich ihrer erinnere. Es muß beachten, daß die Franzosen der Wallonie immer Franzosen waren. Es muß sich erinnern, daß bis auf den heutigen Tag nichts imstande war, ihre französische Seele zu zerstören, daß nichts ihren lateinischen Ursprung jemals wird verfälschen können, daß sie, eingeschlossen zwischen Gebiete, die dem germanischen Einfluß unterliegen, mit feuriger Begeisterung kämpfen für die Aufrechterhaltung der französischen Sprache und Bildung! . . . . . Die Wallonie ist das Bollwerk der lateinischen Welt gegen Norden.

Wenn aber die Wallonie von den Vlamen in das Deutsche Reich hineingezogen wird, wenn die teutonische Gewalt ihre Anstrengungen vernichtet und die Ausbrüche seines französischen Lebens erstickt? Wenn der Deutsche, sobald es ihm beliebt, sie knebelt?

Dann wird Frankreich, das nicht auf die verzweifelten Hilferufe seiner wallonischen Söhne gehört hat, vor der lateinischen Welt die schwerste Verantwortung dafür tragen.

Denn warum hat es nicht begriffen, daß diese Wallonen, die immer unter seinen siegreichen Fahnen gekämpft, die ihr Blut vergossen haben für den Ruhm seiner Lilien und Adler, warum hat es nicht begriffen, daß diese Wallonen die würdigsten unter seinen Kindern waren? Warum denn hat es vergessen, daß dieses heldenhafte wallonisch-französische

Gebiet im Herzen am meisten französisch ist von allen seinen Provinzen und dazu die reichste, schönste und treueste von allen!

Aber Frankreich möge sich in acht nehmen! Die Wallonie verdeutscht, geknebelt, gefesselt von der deutschen Gewalt, sie bildet die Straße nach Norden, sie ist das „Tor" nach Frankreich, das weit offen steht für die deutschen Haudegen!

Möge Frankreich daran denken! Uns, den Wallonen obliegt die erhabene Aufgabe, es im Norden zu verteidigen gegen die barbarischen Eindringlinge. Wir werden diese heilige Pflicht nicht versäumen, aber unsere Niederlage wäre für Deutschland ein ungeheurer Sieg."

Graf Albert Du Bois setzte zu gleicher Zeit in einem offenen Briefe seinen Landsleuten auseinander, daß Patriot sein nicht bedeute, sich bedingungslos irgendeinem Staate zu verschreiben, sondern mit klarem Bewußtsein einer Nation zugehören, also „einer Gruppe von Menschen, welche die gleiche Sprache, gleichen nationalen Überzeugungen, die gleichen Hoffnungen haben, die gleichen Götter verehren".

Er sagt weiter:

„Die gleichen sittlichen Interessen, die gleichen geistigen Genüsse führen zwischen mir und allen diesen Menschen — meinen Volksbrüdern — zu einer großen, unzerstörbaren Gemeinschaft. Dieses fühle und bejahe ich; ich will sie rühmen und ihr dienen. Mit anderen Worten: die Ansprüche der Nation, des Werkes Gottes, gehen vor denen des Staates, des Werkes der Menschen, eines schlechten Werkes, sobald es demjenigen Gottes, dem Werke der Natur Abbruch tut. Es gibt kein belgisches Volksgebilde, sondern es gibt nur, dank dem Willen der Diplomaten von 1830, einen belgischen Staat, ein künstliches, abscheuliches Gebilde. Frankreich muß sich endlich erinnern, daß Wallonien in der französischen Sonne herangereift ist, daß unsere Maas das wallonische Land mit Frankreich verknüpft wie die Nabelschnur das Kind mit der Mutter.

Wallonen! Zwischen Wallonen und Vlamen herrscht seit Jahrhunderten ein Rassenhaß, der vielleicht zu beklagen, aber niemals auszulöschen ist, ein Gegensatz, so unvermeidlich wie der zwischen Feuer und Wasser. Ihre verschiedene Abstammung, ihre entgegengesetzten Interessen, ihre einander feindlichen Kulturen, ihre sich widersprechenden nationalen Gefühle spalten sie in zwei feindliche Lager. Die Geschichte der Wallonen ist der verkörperte Gegensatz der Geschichte ihrer vlämischen Verbündeten: Diese, Frankreich einverleibt, ringen um ihre Befreiung, jene, von Frankreich losgetrennt, arbeiten auf die Vereinigung hin. Unsere Verbindung mit Flandern hat nur gehalten, weil die allgemeine politische Lage Europas unsere Trennung nicht erlaubte. Endlich schlägt jetzt die Stunde der Scheidung. Das siegreiche Frankreich wird daran denken, daß Wallonien eine französische Provinz ist, die reichste und treueste. Sollte das sieggewohnte Frankreich nicht auf die verzweifelten Hilferufe seiner wallonischen Kinder hören, so würde es eine schwere Verantwortung vor der lateinischen Welt auf sich laden. Es lebe die Eingliederung der Wallonie in Frankreich! Es lebe Frankreich!“

Regierung und belgische Nationalisten als Mitschuldige.

Die verantwortlichen belgischen Staatsgewalten wußten gegen diese Strömungen, die sie von ihrem Standpunkt aus als hochverräterisch ansehen mußten, kein wirklich ernsthaftes und wirksames Mittel der Abwehr anzuwenden. So unbequem die Brüsseler Regierung Äußerungen wie die angeführten empfinden mochte, sie war selbst bereits so in die Netze der englisch-französischen Ententepolitik verstrickt, daß sie nichts mehr zu unternehmen wagte, was den Franzosen unangenehm sein konnte. Der Druck der belgischen Franzosenpartei, die übrigens auch in Regierungskreisen einflußreiche Anhänger hatte, machte sich

immer wirksamer geltend, auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Gegen ihn vermochten die belgischen Patrioten alten Stiles, denen die Neutralität und die Selbständigkeit des Landes auch Frankreich gegenüber noch am Herzen lagen, nicht mehr aufzukommen. Ihre warnenden Stimmen verhallten meist ungehört. Noch am 21. Juli 1914 machte das Blatt des konservativen katholischen Führers Woeste, der Genter Bien Public auf die „verbrecherische Maßlosigkeit" der annexionistischen Propaganda aufmerksam, die geeignet sei, „die Heißblütigen mit fortzureißen" und „die Vaterlandslosigkeit des Sozialismus" zu ermutigen:

> „Vor allem könnte sie blutige Möglichkeiten vorbereiten für jenen Tag, wo internationale Verwicklungen zum Ausbruch kommen könnten. Wir geben jedes Jahr fabelhafte Summen aus dafür, daß unsere Unabhängigkeit nach außen geschützt werde. Erlauben wir also den Mikroben der nationalen Zersetzung nicht, sich zu vermehren und unter uns zu wirken und uns um die Frucht unserer Opfer zu bringen." (Bien Public, 21. Juli 1914.)

Derartige Befürchtungen waren sicher nicht ungerechtfertigt. Niemand, der die seelische Verfassung und die Stärke der wallonisch-französischen Bewegung kennt, wird überzeugt sein, daß die Welschbelgier einem Einmarsch der Franzosen in Belgien denselben entschlossenen und geschlossenen Widerstand entgegengesetzt hätten, wie ihn die Vlamen dem deutschen Durchmarsch bereiten halfen. In einem Flugblatt, das während des Krieges in Belgien heimlich von Hand zu Hand ging, wird offen heraus gesagt, die ihres Volkstums wirklich bewußten „echten" Wallonen hätten sich nimmermehr dazu verstanden das „Verbrechen von Waterloo" zu wiederholen und gegen ihre französischen Stammesbrüder die Waffen zu gebrauchen, wenn ein Heer der Republik vor den Deutschen den neutralen Boden Belgiens betreten hätte. (Flugblatt: Appel aux Wallons.)

Angesichts aller dieser Erscheinungen bedeutete es wenig, wenn die Assemblée Wallonne wiederholt verkündete, daß sie an der Selbständigkeit Belgiens nicht zu rütteln gedenke und daß in ihren Reihen auch für Gegner der Verwaltungstrennung Platz

sei, wenn sie nur als überzeugte Wallonen die französische Kultur in Belgien verteidigten. Gewiß sind auch außerhalb der Regierung namhafte belgische Politiker aller Parteien und Schriftsteller französischer Zunge gegen die Verwaltungstrennung aufgetreten. Aber waren diese etwa alle keine Parteigänger Frankreichs? Im Gegenteil! Viele leitete bei ihrer Gegnerschaft gegen die Trennung nicht die Sorge um den Bestand und die Unabhängigkeit Belgiens, als vielmehr die Furcht, daß Flandern, auf sich selbst gestellt, sein eigenes niederländisches Leben ganz wiederfinden, so der welschen Zwingherrschaft entrinnen und einen festen Wall gegen jede weitere Ausbreitung des Franzosentums bilden werde. Man wollte die flandrische Beute, die Frankreich nun seit Jahrhunderten unter unsäglichen Schwierigkeiten und Mühen zu erlangen suchte und die es gesichert glaubte, um keinen Preis fahren lassen.

„Es scheint mir von weit größerem Interesse zu sein", sagte auf dem Weltkongreß der Amitiés Françaises Herr Dumont-Wilden, „den Gegner zu bekämpfen, als die Grenze zu befestigen. Tatsächlich ist die französische Kultur in Wallonien nicht ernstlich bedroht. Dagegen würde sie in Flandern preisgegeben. In Flandern aber muß sie verteidigt werden. Es wäre sinnlos, die seit Jahrhunderten dort besetzten Stellungen aufzugeben. Vielmehr obliegt es uns, ein Werk wie den vlämischen Bund für die Ausbreitung der französischen Sprache (Association Flammande pour la Vulgarisation de la langue Française) zu unterstützen". (Congrès international des Amitiés françaises, Mons 1911, S. 169.)

Ivan Paul gab anfangs 1914 in der Zeitschrift Lutte Wallonne einer ähnlichen Auffassung Ausdruck:

„Wir Wallonen wissen wohl, daß wir, solange die Grenze besteht, das Schicksal unseres geliebten Frankreich nicht ganz teilen können, aber wir fahren fort, es zu lieben, und niemand kann uns verbieten, uns durch die Pflege jeglichen französischen Wesens, das es in Belgien gibt, als ein Stück Frankreich zu fühlen. In Wirklichkeit suchen und lieben wir in dem wallonischen Teil Belgiens immer noch Frankreich. Ein Verhängnis zwingt uns, wie den Halbgott von Bruges-la-Morte, unsere Liebe auf eine untergeschobene Person zu

übertragen. Wir werden Belgien hochschätzen, solange wir in ihm ein Abbild Frankreichs finden; aber es muß auch jeden Frevel vermeiden gegen das, was Frankreich zukommt. An ein gemeinsames Schicksalsband darf Belgien die Hand niemals legen, an die französische Sprache! Vergreift es sich daran, dann könnte es diese Verwegenheit mit seiner Erdrosselung büßen müssen."

Man weiß, daß die „Franskiljons" es schon als ein solches „Sich-Vergreifen" ansahen, wenn der belgische Staat den Vlamen in ihren Gebieten einigermaßen ihr Recht werden ließ! Sie verabscheuten es geradezu, wenn Trennungsfanatiker wie Jennissen den Grundsatz der inneren Selbstverwaltung auch dem niederländischen Vlamenlande zugestehen wollten. Dies war für sie „zweisprachig", so oft und so schlagend auch die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen werden mochte. Daher erklärten sich denn auch die Genter Vulgarisateurs gegen die Trennung. Frankreich sollte in Flandern herrschen. Auch der Nationalbund zur Verteidigung der französischen Sprache (Ligue Nationale pour la Défense de la langue Française) eiferte in diesem Sinne gegen die Scheidung. Sein Blatt, der Antiflamingant, veröffentlichte die Stimmen hervorragender Politiker. So ausgesprochene Parteigänger Frankreichs wie der Abgeordnete Paul Janson, der Brüsseler Hochschullehrer Longay, der Militarist Léon Hennebicq und der Bürgermeister Braun von Gent erklärten sich gegen die Trennung. Braun meinte, nach der Trennung würde die südliche Hälfte Belgiens Frankreich zufallen, die nördliche aber Deutschland. Ihm hielt der vlämische Rechtsanwalt Alfons van Roy aus Gent in einem zu Antwerpen im Dezember 1913 gehaltenen Vortrage entgegen:

„Wird vielleicht Belgien gegen Frankreich stärker dastehen, wenn man Flandern noch mehr verwelscht? Wenn erst alle Vlamen französisch sprechen und mit französischer Denkweise erfüllt sein werden, wie es der feurige Wunsch unserer Französlinge ist, wird dann Belgien widerstandskräftiger sein gegen die französische Aufsaugung? Es wäre Wahnsinn, dies zu glauben!" (Handelsblad, 17. Dez. 1913.)

Der Antiflamingant, der seit dem Februar 1914 unter dem neuen Titel La Nation erschien, enthüllte deutlich die wahren Absichten der Französlinge. Die Kultur Frankreichs muß nach ihm um jeden Preis das ganze belgische Land, also auch das vlämische, beherrschen. Dieses Ziel allein rechtfertigt es, Belgier zu bleiben. Die Losung lautet also: Belgier zuerst, trotz allem aber Franzose:

„Franzosen trotz allem! Wir sind es, weil wir fühlen, in welchem Umfange wir Frankreich tributpflichtig sind und was wir seiner Zivilisation verdanken. Weil Frankreich es ist, das uns unsere Selbständigkeit sichern wird, und seine Gesinnung in diesem Punkte mit der unseren so vereinigt, daß einer unserer Minister vor wenigen Wochen mit Recht sagen konnte: Es hieße beinahe aufhören, Belgier zu sein, wollte man aufhören, Frankreich zu lieben."

* * *

Selbst die belgischen „Imperialisten", die Vertreter der selbständigen wirtschaftlichen, kolonialen, maritimen, politischen und militärischen „Expansion" Belgiens, die Männer eines „größeren Belgiens", eines „neuen Lotharingien" und der „freien Schelde", fügen sich dem französisch-wallonischen Zwange um so mehr ein, je enger die seit 1904 angebahnte weltpolitische Verbindung zwischen Franzosen und Engländern wird. Wie sollte man die belgischen Zukunftspläne ohne oder gar gegen die Westmächte weiter verfolgen? In der Kongoangelegenheit hatte man oft genug erfahren, wessen man sich von ihnen zu versehen hatte, wenn man nicht Order parierte. Was war also natürlicher, als Anschluß an die Westmächte zu nehmen und mit ihnen zu versuchen, was man gegen sie nicht erreichen zu können glaubte?

Die wallonische Bewegung mußte auch diesen Kreisen als Mittlerin zwischen Frankreich und Belgien wertvoll erscheinen. Einer ihrer Wortführer, der Brüsseler Richter José Hennebicq, Anhänger des Bundes für nationale Verteidigung, lehnte aus den angeführten Gesichtspunkten heraus in der Zeitschrift Marches de l'Est die Trennung ab. Sie bedeutet ihm nur eine Schwächung der linken Flankendeckung Frankreichs.

Denn diese Aufgabe hat die belgische Selbständigkeit und Neutralität für Hennebicq. Diese Aufgabe hat auch die belgische Armee! Sagt er doch ausdrücklich:

> „Wallonien ist in der Ostmark die Hüterin der französischen Zivilisation. Wir müssen eine Armee von 200 000 Mann haben. Unsere Armee vergrößern, heißt die französischen Bataillone verstärken, die zur Abwehr des germanischen Einbruchs zu uns stoßen werden. Die deutsche Armee aufhalten, das bedeutet, den französischen Heeren die Möglichkeit verschaffen, sich sicher sammeln und siegreich die französische Erde und damit auch unser geistiges Erbe, unsere Überlieferungen, unsere Sprache, unsere Rasse verteidigen zu können." (Marches de l'Est, Juni 1914.)

Daher also kein geteiltes, sondern ein ganzes, womöglich größeres und militärisch stärkeres Belgien, das unter der unvermeidlichen französischen Oberleitung auch Flanderns starke Volkskraft in den Dienst seiner für Frankreich nützlichen Machtpolitik und ihrer Zukunftshoffnungen zwingen wird.

Von ähnlichen Gedanken waren auch führende Regierungsmänner geleitet, wie etwa der Justizminister Carton de Wiart und der 1911 zum Ministerpräsidenten aufgerückte Baron de Brocqueville. Dieser wurde der „starke Mann", der eine von den angegebenen Grundgedanken beherrschte Militärpolitik durchsetzte. Ähnliche Ziele schwebten überhaupt der von diesen Männern geführten „Jeune Droite" vor, jener Richtung der katholischen Regierungspartei, die als Vorkämpferin belgisch-nationaler und katholisch-demokratischer Gedanken, als Vertreterin einer neutralitätswidrigen belgischen Machtpolitik, der älteren konservativen, militärischgegnerischen Gruppe des alten Woeste den Rang ablief. Das Ministerium Brocqueville-Carton de Wiart war dementsprechend im Grunde in vlamengegnerischem Sinne geleitet, wenn es auch durch die Macht der Umstände sich gezwungen sah, katholische vlämische Politiker in seine Mitte aufzunehmen und den drängenden Vlamen auf gesetzgeberischem Gebiete Zugeständnisse zu machen. In der Gegnerschaft gegen die vlämische Bewegung und gegen die vlämische Hochschule in

Gent waren sich die beiden maßgebenden Minister vor dem Krieg ebenso einig wie heute noch, wo sie mit ihren bekannten großbelgischen Plänen und ihrer unbedingten Hingabe an Frankreich und England ihre Absichten voll und hemmungslos enthüllen konnten.

Auf eine vom Pariser Figaro 1910 veranstaltete Enquête über die Beziehungen Belgiens zu Frankreich hatte zum Beispiel Carton de Wiart geantwortet (Figaro, 24. August 1910):

> „Daß das belgische Volk in seiner Gesamtheit und ganz besonders in seinem wallonischen Teil aufrichtige Zuneigung für das französische Volk hegt, wer möchte das bezweifeln? Diese Zuneigung findet in verschiedenen Gründen ihre Rechtfertigung. Im Jahre 1831 hat uns Frankreich in der Befestigung unserer jungen Unabhängigkeit geholfen. 1885 hat es uns die Anerkennung des unabhängigen Kongostaates in Berlin erleichtert. Das sind Beweggründe für Dankbarkeit unsererseits, welche die Erinnerung an den Plan Benedettis verwischen. Und noch mehr: ein ununterbrochener Lavastrom ergießt sich von Paris aus über die ganze Welt. Noch ganz heiß flutet er nach Belgien herein. Gewiß, in dieser Flut sind viele Schlacken, aber auch wie viele Reichtümer! Und diese Flut, die sich an dem geographischen und ethnographischen Kreuzungspunkt, den wir bilden, mit germanischen und angelsächsischen Einflüssen vereinigt, ist in vieler Hinsicht für uns wohltätig gewesen."

Die wallonischen Katholiken.

Aus diesen Zusammenhängen heraus begreift es sich auch, daß die wallonischen Katholiken sich in ihrer Mehrzahl lange der von Sozialisten und Liberalen geführten jungwallonischen Bewegung fernhielten und meist Gegner der Verwaltungstrennung waren. Sie fühlten sich abgestoßen durch den von Frankreich aus gestützten antiklerikalen Einschlag der Trennungsbewegung und deren feindliche Haltung gegen die Regierung. Trotzdem

betonte die Assemblée Wallonne noch auf ihrer letzten Tagung, daß für Äußerungen einzelner der Verband als solcher nicht verantwortlich gemacht werden könne, und daß ihre Reihen auch für die Angehörigen der katholischen Parteirichtung jederzeit offen stünden.

Übrigens wurde die Anteilnahme der welschen Katholiken an der wallonischen Bewegung im allgemeinen von Jahr zu Jahr stärker. Einzelne Männer von Bedeutung, wie Maurice de Miomandre und der Lütticher Universitätsprofessor Doutrepont hatten ja schon von Anfang an mitgemacht und bewiesen, daß es auch den Katholiken keineswegs an echter wallonisch-französischer Gesinnung fehle. Miomandre war auf dem Kongreß der Amitiés (1911) mit einem förmlichen Feldzugsplan gegen die Vlamen hervorgetreten, wenn er auch selbst Trennungsgegner war. In der durch und durch französisch gerichteten Zeitschrift La Revue Belgique Artistique et Literaire (Bd. 34, Nr. 119; 1. März 1914) machte Elie Baussart den Vorschlag, daß sich diejenigen wallonischen Katholiken, die sich der Assemblée Wallonne aus den erwähnten Gründen nicht anschließen wollten, um die Fahne der 1912 von Destrée gestifteten Gesellschaft für wallonische Kunst (Amis de l'art Wallon) sammeln sollten, der schon viele Katholiken angehörten.

Elie Baussart begründet seinen Vorschlag unter anderem mit folgenden Sätzen:

> „Die wallonischen Katholiken haben ihre Kultur zu bewahren: Diese edle romanische Kultur, der die kirchliche Überlieferung einen Stempel aufgedrückt hat und die, trotz aller Irrtümer, welche innerhalb ihres Bereiches vorkommen, auch heute noch die große Erzieherin des Menschengeschlechts ist. Sie hat die französische Sprache zu erhalten, das Edelste unseres völkischen Erbes, die Sprache Pascals und Bossuets, in der das Talent der Dichter sich so oft offenbarte, um Gottes Lob und die Kraft des christlichen Gewissens zu besingen."

Das großfranzösische Ziel stellt Baussart voran; daneben gilt es aber auch für die Katholiken, die engeren Interessen Wallo-

niens und seiner Bevölkerung wahrzunehmen. Die Teilnahme an der wallonischen Bewegung ist also eine Art Gewissenspflicht.

* * *

An Neigung und Bereitwilligkeit, auch die katholischen Kräfte in den Dienst der französischen Ausbreitung zu stellen, fehlte es also keineswegs. Es war nur noch eine Frage der Zeit, daß eine geeignete Organisation hierfür gefunden wurde. Der Antrieb, der von Frankreich in diesem Sinn ausging, war übrigens auch nicht gering. Die Tausende von französischen Ordensleuten, Schulbrüdern und Schulschwestern, die, aus Frankreich vertrieben, Belgien überschwemmten, trugen im Volke, in der Seelsorge und in der Jugenderziehung ihren redlichen Teil dazu bei, Belgien vollends ganz in den Bann des großen französischen „Mutterlandes" zu ziehen.

Bei der Tagung, welche die Assemblée am 16. November 1913 im Rathaussaale von Lüttich abhielt, führte der katholische Universitätsprofessor Doutrepont den Vorsitz. Damals konnte die Défense Wallonne (S. 576) bereits mitteilen:

> „Die Katholiken, zuerst unserer Bewegung feindlich, scheinen endlich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Flaminganten zu begreifen. Nichts ist in dieser Hinsicht bezeichnender, als die Rede Doutreponts, des Leiters des Kongresses vom 16. November, und die Artikel der Avantgarde, des Blattes der katholischen Studenten von Löwen, die sich entschlossen für den (wallonischen) Hahn erklärt haben."

Im Mai 1914 las man im Croix du Nord:

> „Eine katholisch-wallonische Bewegung ist in Bildung begriffen. Sie muß, wenn sie nicht mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein will, ihre Kräfte mit denjenigen der Assemblée Wallonne vereinigen und Seite an Seite mit dieser marschieren. Alle Vereinigungen und Gesellschaften, die sich die Verteidigung und Durchführung der wallonischen Interessen zur Aufgabe machen, selbst diejenigen, die der katholischen Richtung angehören, folgen

der einheitlichen Leitung der Assemblée, welche alle Kräfte vereinigt und auf dasselbe Ziel hin lenkt: der Wallonie ihre Ansprüche (praerogatives), ihren geistigen und künstlerischen Bestand, ihre ursprüngliche Art zu bewahren." (Défense Wallonne, 5. Mai 1914, S. 210.)

Kammerwahlen und Ministerpräsident.

So konnte die wallonische Bewegung bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1914 als achtunggebietende geschlossene Macht auftreten. Eine Vollversammlung der Assemblée, die am 29. März 1914 auf dem Rathause von Namur unter großer Beteiligung stattfand, setzte die Bedingungen fest, unter denen der Verband bei den Wahlen seine Unterstützung zu leihen bereit war. Der umfangreiche Fragebogen, der hierbei zur Vorlage an die Wahlkandidaten festgesetzt wurde und sich auf alle Gebiete des kulturellen und staatlichen Lebens erstreckte, war ein vom Franzosentum errichtetes kaudinisches Joch für die neuzuwählenden belgischen Abgeordneten.

In Paris und London konnte man sehr zufrieden sein mit der emsigen Arbeit der „Franzosen des Departements Wallonien". Die Poincaré und Grey wußten recht gut, was eine derartige Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften in einem Staate mit parlamentarischer Verfassung und Staatsgewalt auch für ihre Zwecke bedeutete. Franzosen und Engländer taten seit 1906 ohnehin schon alles mögliche, um die wallonischen Fluten auf die Mühlen der Ententepolitik zu leiten. In der Art, wie die Belgier sich zur Frage ihrer Neutralität stellten, wie sie in den letzten Jahren die Militärreform im Brüsseler Parlamente behandelten, wie sich die belgischen Staatslenker in dem Widerstreite der europäischen Mächtegruppen verhielten, tat sich deutlich kund, daß die schlauen Politiker an der Seine und an der Themse die jungwallonische Bewegung richtig in ihre Rechnung eingesetzt haben.

Unter solchen Umständen begab es sich auch, daß der katholische Ministerpräsident Baron de Broqueville seine Verbeugung vor den wallonischen Ansprüchen machte, als die Teilwahlen zur Kammer im Frühjahr 1914 bevorstanden und der wallonisch-vlämische Gegensatz und die Trennungsfrage vielfach zum Leitgedanken der Wahlbewegung wurden. Die Regierung befand sich in schwierigster Lage. Die Assemblée Wallonne gab ebenso wie die Franzosenverbände ein ausführliches Wahlprogramm aus, das allen Kandidaten zur Unterzeichnung vorgelegt wurde, widrigenfalls sie die Gegnerschaft des „wallonischen Hahns" und seiner Gefolgschaft zu gewärtigen hatten. In Flandern aber wuchs die regierungsfeindliche Stimmung auch unter den Katholiken, weil sie von dem neuen Volksschulgesetz von 1914 ebenso unbefriedigt waren, wie von der ungenügenden Teilberechtigung, die der niederländischen Sprache beim Militärgesetz von 1913 im Heerwesen eingeräumt worden war, und wie von der Haltung des Ministeriums in der Genter Hochschulfrage.

Um die Verwirrung voll zu machen, traten im Lütticher Gebiete unabhängige wallonische Kandidaten hervor. Sie erklärten die Wahltaktik der großen Wallonenverbände, die lediglich innerhalb der drei alten Parteien ihre Forderung geltend machen wollten, für ungenügend und wollten nichts als reine, ungeteilte Wallonen sein, also nationalistisch, ohne Rücksicht auf das herkömmliche Parteiwesen und außerhalb desselben.

Das alles barg Gefahren für die bisherige katholische Mehrheit und Regierung in sich. In dieser Not machte der im vlämischen Kreise Turnhout gewählte Ministerpräsident de Broqueville eine Politik mit doppeltem Boden. Den Vlamen gab er allgemein gehaltene tröstliche Versicherungen. An die unabhängigen wallonischen Kandidaten des Kreises Huy-Waremme, Baron Josef de Crawhez und Georges Braconier de Hemricourt, schrieb er folgenden denkwürdigen Brief:

„Ich habe mit Sorgfalt die Mittel überlegt, um den wallonischen Gruppen Genüge zu tun, die Ihnen ihr Vertrauen schenken. Die geeignetste Art des Handelns, das heißt diejenige, die am ehesten zum Ziele führt, scheint mir folgende zu sein: Sie würden auf irgendeine Weise einen ständigen

Ausschuß Ihrer Freunde bilden, um eine dauernde und regelmäßige Fühlung mit der Regierung herzustellen. Unter allen Umständen wären Sie die Wortführer für die Forderungen dieser Verbände, um diese verbitternden Streitfragen unter vollständiger Beachtung der Rechte aller zu lösen und zugleich zu vermeiden, daß rechtmäßigen Gefühlen Anstoß gegeben werde.

Ich mache mich anheischig, Ihnen zu erklären, daß die Regierung völlig bereit ist, auf diesem Boden vorwärts zu gehen; sie kennt Ihre patriotischen und rechtschaffenen Gefühle; sie hält sich ganz zu Ihrer Verfügung und ich kann Sie versichern, daß Sie von uns stets mit offenen Armen empfangen werden, so oft Sie es wünschen.

Sie wissen es, glaube ich, daß ich, wie Sie selbst, ganz besonderen Anlaß habe, die Wallonen und Wallonien sehr zu lieben. Es wird für mich ein wahres Vergnügen sein, Ihnen stets den herzlichsten Empfang zu bereiten. Ich bitte Sie, werte Herren, die Versicherung meiner herzlichsten und ergebensten Gefühle entgegenzunehmen." (Journal de Liège, 26. April 1914.)

Dieser überströmenden Liebenswürdigkeit konnten die wallonischen Eigenbrötler nicht widerstehen; sie zogen ihre Sonderkandidaturen zugunsten der regierungsfreundlichen zurück.

„Da wir kampflos triumphieren", erklärten die beiden Herren ihrem Anhang, „nehmen wir den Waffenstillstand an, bleiben aber Gewehr bei Fuß. Wenn die Regierung in zwei Jahren, also bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen nicht bewiesen hat, daß es ihr mit ihren Versprechungen ernst ist, geht der Kampf weiter."

Baron de Brocqueville hatte also für seine nächsten Wahlzwecke äußerlich gesiegt, doch sich im übrigen eine moralische Niederlage zugezogen. Die Vlamen waren entrüstet, die Wallonen beeilten sich, ihn beim Worte zu nehmen, ohne ihm ihr volles Vertrauen zu schenken.

Der Wahlausschuß der wallonischen und französischen Bünde der Provinz Lüttich erklärte, daß er nur die Assemblée

Wallonne, nicht aber die beiden Außenseiter als berechtigte Vertretung des Wallonentums anerkenne, griff aber im übrigen sofort die sachlichen Zugeständnisse des Ministerbriefes auf. Destrée legte dem Ministerium eine lange Frageliste vor, um es auf die brennendsten vlamengegnerischen Forderungen festzulegen und es in Verlegenheit zu setzen. De Brocqueville wich daraufhin aus und erwiderte in unwirschem Tone, daß er seine Privatmeinung nicht zum Gegenstande politischer Erörterungen zu machen gedächte. Mit dieser windigen Ausflucht konnte er natürlich weder die Fragesteller befriedigen noch auch die Entrüstung der Vlamen dämpfen, die in dem Briefe nicht nur ein schmähliches Wahlmanöver, sondern auch einen richtigen Kotau des Kabinettschefs vor der welschen Anmaßung erblickten.

Dieser üble Eindruck verstärkte sich, da der leitende Staatsmann einem Ausfrager des Journal de Liège sagte, daß er das doppelsprachige Eisenbahnkursbuch lieber nur französisch abgefaßt sehe und sich gegen die „Unterdrückung" des Französischen an der Universität Gent erklärte, da es sich doch um die „Sprache einer befreundeten Nation" handle. Andererseits suchte der Minister seine vlämischen Wähler in Turnhout mit halbdunklen Andeutungen zu beschwichtigen, als ob die Regierung sich mit der Einrichtung eines vlämischen Hochschulunterrichtes befasse.

Die Massen für Frankreich.

Durch die jungwallonische Bewegung geraten die breiten Massen in den südbelgischen Städten und Industriegebieten fast restlos in den Bann französischen Denkens und Fühlens. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich mit ihren französischen Genossen ohnehin durch eine enge demokratische und sozialistische Gedanken- und Interessengemeinschaft verbunden glauben, folgen willig ihrem Führer Destrée. Es ergibt sich die eigentümliche Erscheinung, daß die Sozialisten in hellen Scharen zu der wallonisch-französischen Nationalistenfahne schwören.

Viele werden hierbei getrieben von einer unüberwindlichen Abneigung gegen die vlämischen Wochenarbeiter, die zu Tausenden nach Südbelgien eindringen und bei ihren welschen Genossen als Arbeitstiere und Lohndrücker verschrien sind.

Das Separatistenblatt L'Indépendance gab dieser Stimmung folgendermaßen Ausdruck:

> „Die Umgestaltung des wallonischen Lebens läßt die Unterschiede in Gemütsanlage, Geistesverfassung und Idealen zwischen den beiden Rassen immer mehr hervortreten. Die Wallonie kennt Flandern nur durch die Arbeiter, die dorthin strömen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. . . . . Die Mehrzahl derselben stellen sehr tiefstehende Muster des menschlichen Geschlechtes vor; sie sind im allgemeinen ungebildet, und ihr Leben spielt sich zwischen Fabrik und Kabarett ab in einem beinahe tierischen Zustande. Die Trunkenheit ist für sie eine Art höheren Daseinszustands. . . . . In unseren Industriebezirken befindet sich der vlämische Arbeiter gegenüber dem wallonischen in einem Zustande moralischer, technischer und sozialer Minderwertigkeit, wie der Neger in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Weißen, wie der chinesische Kuli gegenüber dem gebildeten europäischen Arbeiter. . . . .“ (Nach Bien Public, 23. August 1913.)

Am Festtage der Wallonie, den die Assemblée zur Erinnerung an die Revolution von 1830 festgesetzt hatte, hallte das ganze Land wider von den Massenkundgebungen, die in allen größeren Orten veranstaltet wurden. Mit solchen Kundgebungen empfing man in Lüttich und Mons auch das Königspaar, als es dort im Juli und September 1913 nach altem Brauche seinen „fröhlichen Einzug“ hielt. Mit den Hochrufen auf das Fürstenpaar vermischte sich der tausendstimmige Ruf: Es lebe Wallonien. Und überall wehte neben den belgischen Bannern die neue wallonische Hahnenflagge. Die Absicht gegen die vlämischen „Anmaßungen“ zu demonstrieren, kam sogar in einigen Ansprachen an den Monarchen zum Ausdruck. (Défense Wallonne 1913, Seite 441, 493.)

Der Coq Wallon schilderte die Volksstimmung wohl im ganzen richtig, wenn er in seiner Nummer vom 15. Januar 1914 meinte, daß „in allen wallonischen Gassen die trutzige und sorglose Fröhlichkeit des französischen Geistes woge", und wenn er weiter bemerkte:

„Wir denken nicht daran, die Angliederung der fünf südlichen Provinzen Belgiens an Frankreich zu verlangen; der Augenblick ist dafür nicht günstig. Wenn wir es auch für wünschenswert halten, daß die Wallonie, die zurzeit vom nationalen Leben ausgeschaltet ist, eines Tages ihren ruhmvollen Platz am Busen des Mutterlandes einnehme, so glauben wir doch, daß die belgische Verbindung (combinaison belgique) den Wallonen wie bisher ihre materiellen Lebensbedingungen bieten kann, vorausgesetzt, daß wir mit Selbstregierung ausgestattet und außerdem in eine engere Beziehung zum Leben Frankreichs gesetzt werden durch eine Post- und Zollgemeinschaft, durch Vereinfachung der Verwaltungs- und Gerichtsformalitäten, die beide Länder miteinander gemeinsam haben, ferner durch Maßnahmen, die man ohne Mühe treffen könnte, um den Nationalitätswechsel für die Bewohner der beiden Länder zu erleichtern. . . .

Heute, wo uns der teutonische Feind an der Grenze auflauert, müssen wir die Stunde des entscheidenden Zusammenschlusses beschleunigen. Die wallonischen Blätter, die in Frankreich weit verbreitet sind, müssen mithelfen in dem großen Gedanken der brüderlichen Annäherung, die notwendig und unumgänglich ist."

Politik in der Schule.

Nationale oder französische Erziehung?

Mit besonderem Eifer bearbeitete die französische Propaganda das Schulgebiet. Hier fand sie in Belgien mit seiner fast regellosen Unterrichtsfreiheit weitesten Spielraum. Um die Schule drehte sich nicht nur der schärfste Kampf der Parteien und Weltanschauungen, sondern auch derjenige der Sprachen und Rassen.

Aus der Verwirrung dieser Kämpfe zog das Franzosentum den meisten Nutzen. Auf der ganzen Linie befand es sich im Vordringen, trotz dem Schulgesetz von 1913, das keineswegs den gordischen Knoten der belgischen Schulfragen durchhauen hat.

Das Ziel der Franzosen und ihres Anhangs war ebenso einfach wie weitgreifend: Rein französisches Unterrichtswesen in Wallonien und Brüssel, Vorherrschaft des Französischen als Lehrsprache auch in den Schulen Flanderns, das man einfach für „zweisprachig" erklärte, weil einige tausend französisch Redende unter den 4¼ Millionen niederländischen Belgiern wohnen, Durchdringung der gesamten Erziehung und des Unterrichts, einschließlich der Universitäten, mit dem Geist und der Kultur Frankreichs.

In weitem Umfang sind diese Ziele erreicht worden, trotz mehrfacher gesetzgeberischer Erfolge der Vlamen zugunsten des Niederländischen. Die vier Universitäten, die Handelshochschule in Antwerpen, die landwirtschaftliche Hochschule in Gembloux, waren Pflegestätten der französischen Sprache und Wissenschaft, französischen Geistes und Einflusses, was die Académie française im Jahre 1910 in ihrem Glückwunschschreiben zum Jubiläum der Löwener Hochschule dankbar anerkannte. (Ons Recht, 21. August 1910.)

Bis zum Jahre 1883 war das mittlere Schulwesen ganz französisch; das damalige Gesetz brachte Verbesserungen für die Vlamen, allein noch immer sind auch die staatlichen und gemeind-

lichen Mittelschulen Flanderns vom französischen Unterricht und Geist vorwiegend beherrscht.

In den meisten Gemeinden Großbrüssels war auch die Volksschule in den letzten Jahren vor dem Krieg auf dem Weg, vollends französisch zu werden; in der engeren Stadtgemeinde Brüssel selbst wurden die meisten vlämischen Schulklassen 1911 abgeschafft, obwohl von 175 000 Einwohnern die Mehrzahl niederländischen Stammes ist[1]).

Die ungemein zahlreichen freien Schulen aller Grade, die keiner Staatsaufsicht unterstehen, pflegen auch auf vlämischem Boden fast ausschließlich französische Jugendbildung.

Man begreift, daß sich die welsche Werbetätigkeit auf dem Schulgebiete mit der vlämischen Bewegung in unversöhnlicher Todfeindschaft begegnen mußte. Für die Vlamen gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder vollsaftige und lebensstarke Erziehung und Unterweisung ihrer Jugend durch das Mittel der niederländischen Muttersprache und damit Stärkung und Entwickelung der vlämischen Bevölkerung und ihrer Wohlfahrt, oder aber mangelhafte Ausbildung auf volksfremder Grundlage und damit „verbasternde" Halbheit, Entwurzelung der besten Kräfte und allmählicher rettungsloser Verfall des niederländischen Volkstums in Belgien.

Ein Ausgleich schien unmöglich. Wie sollte das Ideal einer gemeinsamen „nationalbelgischen Erziehung" verwirklicht werden, wie es Pirenne und seinen Jüngern vorschwebt? Es fehlte dazu die Voraussetzung einer gemeinsamen Geisteskultur der beiden Belgien bewohnenden Rassen. Die bloßen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge reichen nicht aus, um ein wirklich starkes und innerlich gehaltvolles Gemeinschaftsgefühl und damit die Möglichkeit einer die Tiefen der Seelen erfassenden nationalen Erziehung zu schaffen.

---

[1]) Das Eingreifen des Generalgouverneurs Frhrn. von Bissing hat seit der deutschen Besetzung in den staatlichen Schulzuständen Wandel geschaffen; den Vlamen wird ihr Recht werden. — Genaue zahlenmäßige Angaben über die Verhältnisse in den Volksschulen bei Gustaaf Segers, Het Voertal van het Lager Onderwijs. Verslagen on Mededeelingen der Koninglijke Vlaamsche Academie. 1913.

Soweit eine solche vielleicht in engen Grenzen möglich war, wurde sie täglich und stündlich bedroht durch die mächtige Strömung, welche die belgische Einheit zu schaffen trachtet durch die unbedingte Vorherrschaft französischer Geistesbildung und Kultur, also um den Preis der Unterdrückung des vlämisch-germanischen Lebens.

Die belgische Regierung selbst klagte in einem Rundschreiben, das 1899 an die Schulleitungen der Athenäen ging:

> „Der nationale Geist scheint wenig entwickelt. Eine große Anzahl Schüler ist von den französischen Begriffen erfüllt, vor allem, soweit diese Religion und Königtum betreffen und sie schreiben, als wenn sie an einem Pariser Lycée unterrichtet worden wären."

Seitdem haben sich die Verhältnisse eher verschlimmert als verbessert. Übel steht es besonders mit der Mädchenerziehung.

Der ausgezeichnete vlämisch-belgische Pädagoge Segers fällt über die Mädchenschulen und Pensionate in Flandern folgendes vernichtende Urteil:

> „Dort wird mit unserer Nationalität und Landesart Spott getrieben. Unseres Volkes Eigenart, was unsern Ruhm und Stolz bildet, wird verhöhnt und verachtet; Frankreichs Sprache, seine Nationalität und Geschichte werden in die Wolken erhoben. Nirgends anderswo in ganz Europa wird man eine solche Unterrichts- und Erziehungsmethode wiederfinden. Und es ist gleich, ob das Erziehungspersonal geistlich oder weltlich ist. Wenn Eltern und Lehrerinnen beabsichtigen, Weltsinn in die Herzen der Schülerinnen zu pflanzen, indem sie dieselben so für die Welt, in der man sich amüsiert, ausbilden, dann ist eine solche Methode zu begreifen. Aber daß strengreligiöse Nonnen, daß Eltern, welche diesen ihre Kinder anvertrauen, einer solchen Erziehung huldigen, das ist in der Tat ein Wunder. Was täglich sich jetzt um uns herum ereignet, ist freilich auch derart, daß es die Eltern wohl davon überzeugen kann, wie schrecklich in der Wirklichkeit die Folgen einer solchen Verwelschung sein können." (Segers, De Voertal van het Onderwijs.)

Auch der Wallone Daumont bekennt in seinem Buche über die vlämische Bewegung (I, 317):

„Unter dem Schutze der Unterrichtsfreiheit haben sich Schulen aufgetan, in denen man das junge Vlamenmädchen zur Französin erzieht: französische Lehrbücher, französische Geschichte, französische Beispiele, französische Lieder, französische Heilige, französische Helden. Es gibt in diesen Anstalten der französischen Propaganda nichts Belgisches als das Brot, das die Schülerinnen essen."

Die Tausende, infolge der französischen Klosteraufhebung nach Belgien eingewanderten Mönche und Nonnen sind mit ihren zahlreichen Schulen eifrige Pioniere für Frankreich. Das Vlämische gibt es für sie auch in Flandern überhaupt nicht.

„Ja, diese französischen Geistlichen und Klosterschwestern haben ihr Vaterland, obwohl es undankbar, mitleidslos gegen sie verfahren ist, so lieb, daß sie, vielleicht unbewußt, ihren Schülern Bewunderung für Frankreich einimpfen und dieser die Geringschätzung und Mißachtung beifügen, die unsere südlichen Nachbarn nur allzusehr gegen andere Völker hegen, ganz besonders gegen die Vlamen (Segers, De Voertal. Verslagen usw. der K. Vlaamsche Akademie, 1908).

Auf den Heften der Schüler solcher Anstalten liest man wohl, wie es bei den Damen von Ronsbrugge bei Ypern üblich war, als Geleitwort der Arbeit die Aufschrift: Alles für Frankreich. (Daumont, Le Mouvement Flamand.)

Arm Flandern.

Die Folgen des belgischen Verwelschungssystems liegen so offen zutage, daß niemand sie leugnen kann: geistige, wirtschaftliche und soziale Verkümmerung und Niederhaltung der vlämischen Volksmassen und ihre Minderwertigkeit im Daseinskampf.

„Wer das bezweifelt", sagt der angesehene Jurist Prayon von Zuylen, „bewundere die prächtigen Früchte, welche die planmäßige Verwelschung der niederen Schulen in Brüssel gezeitigt hat: nirgends werden so ganze Geschlechter von Cretins gezüchtet, nirgends findet man einen solchen sittlichen und geistigen Tiefstand, wie beim eigentlichen Volke der Hauptstadt . . . . Wären diejenigen Vlamen, die für das Französische eifern, guten Glaubens, sie würden dies alles einsehen. Sie tun es nicht. Warum nicht? Einfach weil ihr Wunsch, das Französische zu verbeiten, nur eine Heuchelei ist. In Wirklichkeit haben sie das Ziel, das Vlämische aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen und so den verwelschten Angehörigen der höheren Klasse die Mühe zu sparen, sich die Sprache des minderen Volks anzueignen. Einigen tausend Plutokraten und Bureaukraten zuliebe muß das Volk, dessen Kinder nur die niedere Schule besuchen, koste es was es wolle, die Sprache seiner Herren radebrechen lernen. . . . . Die Geschichte anderer Länder — besonders Irlands — ist uns eine Lehre. Sie lehrt uns auch, welches Unheil mit einem solchen Unterfangen unlöslich verknüpft ist. Aber wir wissen es ja auch aus eigener Erfahrung. Wir wissen, weshalb unser Volk roh, ungebildet, rückständig ist. Wir wissen, was Flandern der Mauer von Eis, die der Sprachenunterschied zwischen den unteren Ständen und den Gebildeten aufrichtete, zu danken hat. Diesen unerträglichen Zustand wollen unsere Franskiljons auf unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten und mithin den unglückseligsten Klassenkampf nähren. Die Flaminganten wollen diesem Zustand baldigst ein Ende machen, indem sie die Minderheit verpflichten, die Sprache der Mehrheit gebrauchen zu lernen. Sieh da den Unterschied. Der gesunde Verstand fügt hinzu, daß es der reiche Bürgersprößling, dem es weder an Zeit noch an Mitteln fehlt, einen vollständigen Unterricht zu erhalten, sehr viel leichter hat, vlämisch zu lernen, als das Kind des Handwerkers oder Bauern, das mit seinem zwölften Jahre die Schule verläßt, um sein Brot selbst zu verdienen, des Französischen

mächtig zu werden.“ (Prayon van Zuylen, Verslagen 1906, S. 980.)

Eine furchtbare Anklage gegen das Franzosentum, die belgische Bureaukratie und gegen die Schulverwelschung ist die bekannte Schrift des Jesuitenpaters Stracke, „Arm Vlaandern“, in der er von der tiefen Verwahrlosung der unteren vlämischen Volksschichten ein erschreckendes Gemälde entrollt. Da heißt es zum Beispiel:

„Ich kenne kein Volk, und ich kenne viele, das so sehr wie das unsere den Namen eines wüsten und rohen Volkes verdient. Ich habe mit holländischen, deutschen, englischen, dänischen, polnischen, österreichischen, russischen Arbeitern und Bauern vertraulich zusammengelebt und das während zehn Jahren; man hat mich ausführlich über irische, spanische, italienische und französische Zustände unterrichtet, und doch kenne ich kein Volk der Welt, dem es so an Bildung und Selbstachtung gebricht, wie dem unsrigen.“

Stijn Streuvels, der bekannte westvlämische Dichter und Kenner von Land und Leuten, sieht mit Schmerzen einen Teil seines Volkes verkommen:

„Der harte, unermüdliche Arbeiter, der arm lebt und mit wenig zufrieden ist, der nicht daran denkt, über seinen Zustand zu klagen, und geduldig seine Armut trägt, dieser Vlaming ist schlecht beleumundet in der Fremde. Er hat den Ruf eines rohen, unbeholfenen, heruntergekommenen Kerls, schief von Charakter, niedrig, gemein und kriechend von Natur, mißtrauisch, gierig, gefräßig.“

„Der Stempel der Hungersnot ist der Rasse aufgedrückt. Die Kinder leiden infolge der Entbehrung der Eltern, und sie tragen alle früh die Zeichen der Entartung in ihrem blutlosen, schwachen Leibe. Jahrhundertelanges Elend in der Vorzeit gesellt sich zu dem Elend, das sie immer noch ausstehen . . . . .

Um das Gefühl der Verantwortlichkeit zu ersticken, bleibt als einziges Hilfsmittel: der Trunk. Dann kommt mit einmal auch die Ehrlichkeit in Wegfall und nichts wird getan,

um nach außen hin den Schein zu wahren. Er ist ein verlorener Mann, bereit zum Verbrechen. Die Frau ist eine Märtyrerin oder auch eine Schlampe, die Kinder gehen betteln, im voraus bestimmt, aus der Gesellschaft auszuscheiden."

So hatte Emile de Lavaleye nicht unrecht, wenn er 1872 über die unteren vlämischen Schichten aussprach:

„Man kann nicht sagen, daß sie noch im Mittelalter stecken, denn sie sind noch unvergleichlich tiefer gefallen." (Vgl. Claudius Severus, Vlaanderens Weezang, S. 7 ff.)

Nur ein unmündiges und verkümmertes Volk wie das vlämische, mit solch unzureichendem Bildungsstande, konnte überhaupt so lange das Joch tragen, das ihm die regierenden Schichten und die französische Gesellschaft Belgiens auferlegt haben, konnte es gutwillig hinnehmen, daß es auf allen Gebieten der Staatsverwaltung und der Staatsfürsorge um sein Recht gebracht oder schmählich vernachlässigt wurde.

In unverantwortlicher Weise hat man die Vlamen hintangesetzt in den Schul- und Verwaltungsstellen, sei es der Ministerien, der Post, der Eisenbahnen. Obwohl das vlämische Gebiet eine höhere Bevölkerungszahl aufweist als das wallonische, obwohl es seit langem höhere Staatslasten trägt und eine größere Steuerleistung aufweist, ist es auf allen Gebieten der Staatsfürsorge, der wirtschaftlichen und sozialen, zum Schaden seiner Entwickelung ungerecht benachteiligt worden.

Ein Vergleich der statistischen Zahlen für beide Landesteile liefert den unwiderleglichen Beweis hierfür, besonders hinsichtlich des Ausbaues des Eisenbahnnetzes und sonstiger Verkehrseinrichtungen, dann in der Einrichtung von Fachschulen und in der Pflege der besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse des Vlamenlandes, in Ackerbau und Viehwirtschaft und in Schiffahrt und Fischerei.

Neutralitätswidrige Eingriffe und Franzosenschulen.

Dem Franzosentum war dieser Zustand gerade recht zur Verfolgung seiner politischen Zwecke. Mit seiner „Zivilisation"

erfaßte es äußerlich die höheren Bevölkerungsschichten in Flandern, gewann sich aus dem vlämischen Stamme für seine eigene Blutleere immer wieder frische, lebendige Kräfte, formte sie nach seinen Bedürfnissen um und knechtete mit deren Hilfe die breiten Massen.

Die großen französischen Werbeverbände verkündeten ohne Scheu ein Schulprogramm, das in der rücksichtslosesten Weise in innerbelgische Verhältnisse eingriff und ebenso dem nationalbelgischen Gedanken wie dem Geist der Neutralität schnurstracks zuwiderlief.

Auf seinen Tagungen in Lüttich (1905) und Arel (1908) verlangte der Internationale Bund für die Ausbreitung und Pflege der französischen Sprache, daß das Französische die alleinige Verkehrssprache zwischen den beiden Volksgruppen Belgiens sein müsse, weshalb das Schulgesetz von 1883 dieser Forderung anzupassen sei. Er wandte sich gegen die Errichtung einer vlämischen Hochschule, forderte die Einführung des Französischen als Pflichtfach auch in den Volksschulen Flanderns und trug der belgischen Abteilung des Bundes auf, zu diesem Zwecke die Schulschöffen der Gemeinden in einer Organisation zusammenzuschließen, um einen Vorstoß zu unternehmen.

Nicht zu vergessen: Das geschah in Anwesenheit und mit Zustimmung amtlicher Vertreter der Pariser Regierung und maßgebender amtlicher, politischer und literarischer Persönlichkeiten aus Frankreich und Belgien.

Die am 21. Februar 1909 gestiftete Brabantische Abteilung der Fédération machte sich zur Hauptaufgabe die Verwelschung des Schulwesens in der Provinz Brabant und in Brüssel. Um dieses Ziel zu erreichen, vereinigten sich leitende Männer des belgischen Schulministeriums mit Herrn Gauthier, dem Direktor des mittleren Schulwesens Frankreichs, zu gemeinsamem Wirken. Und die belgische Staatsgewalt ließ ihre eigenen Beamten gewähren und wagte nicht, dem unverschämten Anschlag Frankreichs auf die Selbständigkeit und Neutralität Belgiens wirksam zu begegnen.

Auf der Tagung der Amitiés Françaises in Mons, im September 1911, verlangte der katholische Wallone de

Miomandre für die vlämischen Gebiete die Gründung besonderer Volksschulen und Mittelschulen mit nur französischer Unterrichtssprache. Der Kongreß empfahl die Abänderung der Schulgesetze in diesem Sinne und die einheitliche Durchführung des französischen Unterrichts für die Brüsseler Bevölkerung. (Chronique, 2. Oktober 1911.)

„Indem ihr jetzt in eure Schulpläne die französische Sprache aufnehmt", sagte George Ducrocq in der Besprechung, „streitet ihr auf eine noch viel wirksamere Weise für die Zivilisation und für die Ideen, die uns teuer sind. Ihr leistet Frankreich einen hervorragenden Dienst."

Auch die 1898 als Ableger der Alliance Française gegründete Genter Société pour la Vulgarisation de la langue Française betrachtete den Kampf gegen die niederländische Schulsprache und gegen die Errichtung einer vlämischen Universität stets als ihre Hauptaufgabe.

Man sollte meinen, daß auch die ärgsten Heißsporne der Franzosenpartei mit den belgischen Schulzuständen hätten zufrieden sein können. Allein die gallische Ausbreitungssucht fühlte das Bedürfnis, noch mit besonderen Schulgründungen nachzuhelfen.

Daß diese vornehmlich politische Zwecke hatten, liegt auf der Hand. Was sollten sie anders? So wie die Dinge in Belgien lagen, konnte doch kein in diesem Lande wohnender Bürger der Republik in die Verlegenheit kommen, für seine Kinder keine geeigneten Schulen zu haben. Sie standen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Wenn die Franzosen zur Rechtfertigung ihrer eigenen Schulgründungen auf die in Belgien entstandenen deutschen Schulen hinwiesen, so hinkte dieser Vergleich auf zwei Beinen. Die deutschen Kolonien in Brüssel und Antwerpen waren doch in ganz anderer Lage als die französischen. Wollten sie ihren Kindern eine Erziehung auf der Grundlage der Muttersprache angedeihen lassen, so mußten sie sich eben selber erst geeignete Schulen schaffen.

Die Gründungen der Franzosen jedoch sollten und wollten Werkzeuge der politischen Propaganda sein. Man bemühte sich nicht einmal, dieses Ziel zu verbergen. Höchstens

ließ man, um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, nach dem Rezept „Haltet den Dieb“ das Schreckgespenst des Pangermanismus aus der Versenkung aufsteigen. Die Flandre Libérale befürwortete die Einführung möglichst vieler Franzosenschulen als ein Mittel gegen „das wachsende germanische Übergewicht“ und zur Entwaffnung der „deutschen Gefahr“.

Im Jahre 1907 bereitete die französische Handelskammer in Brüssel die Errichtung einer solchen Schule in der Hauptstadt vor. Der Monatsbericht der Kammer vom 30. November 1907 erläuterte den Zweck der Neugründung folgendermaßen:

> „Die Wirksamkeit der Schule soll sich nicht nur auf den festeren Zusammenschluß der Franzosen erstrecken, sondern auch die Belgier für die französische Sache interessieren. Wir rechnen bestimmt, uns wohlgelitten und nützlich zu machen und namentlich die völkisch fühlenden Männer beider Nachbarländer zu einer Art französisch-belgischer Geistesverbrüderung zusammenzuführen . . . . .“
>
> „Unser Wunsch ist, daß ein Strom von Zuneigung zwischen Belgiern und Franzosen entstehe, der uns fühlen läßt, daß Belgien doch nur ein Klein-Frankreich ist und der die Belgier überzeugen soll, daß unser Vaterland, das schöne Frankreich, auch ihr Vaterland ist.“

Der Pflege und Verherrlichung des französischen Gedankens sollte die Schule geweiht sein. Die Republik unterstützte das Werk aufs lebhafteste, und der damalige Unterrichtsminister und heutige Ministerpräsident Briand nahm sich seiner nachdrücklich an. Der französische Staat gewährte eine Zulage von 125 000 Franken.

Professor Willmotte aus Lüttich konnte mit Befriedigung feststellen:

> „Es war wirklich an der Zeit, daß ein radikales Ministerium von Paris aus eine modernere Auffassung vom allgemeinen Zusammenwirken der Franzosen bei uns (activité coopérative des Français chez nous) vertrat. Allein es ist mit

der einen Schule in Brüssel nicht genug; es ist dringend notwendig, noch andere zu schaffen, besonders in Antwerpen und Gent." (Flandre Libérale, 12. Jan. 1908.)

Am 28. Mai 1908 bei der Grundsteinlegung hieß es triumphierend:

„Unser Programm ist aufs beste verstanden worden und hat uns das Vertrauen der Brüsseler verschafft. Von 100 der bereits eingeschriebenen Kinder sind 50 belgischer Staatszugehörigkeit."

Diese Tatsache hielt den Gesandten der Republik, Graf d'Ormesson, aber nicht ab, offenherzig zu bekennen:

„Wir werden hier nicht kleine Chauvinisten, wohl aber gute Franzosen und gute Republikaner heranbilden."

Gnädig teilte er die üblichen Bändchen der „Offiziere der Akademie" an sechs Belgier aus, die am meisten zum Gelingen des Werkes mitgeholfen hatten. (Frédéricq, III, 339.)

Ähnlich ging es bei der Eröffnung der Schule am 22. November 1908 her, an der eine Reihe höherer Würdenträger der Republik teilnahm.

Die Rede, die der Gesandte Beau beim Festmahl hielt, blieb an Deutlichkeit hinter den Aussprüchen seines Vorgängers nicht zurück. Nach der Etoile Belge (23. November) sagte er u. a.:

„Diese Schule stellt die Krönung aller französischen Werbetätigkeit auf belgischem Boden dar. Ihr Hauptziel ist es, für Frankreich soviel als möglich Nachwuchs, Patrioten und Soldaten, zu erziehen, außerdem soll sie der immer weiteren Ausbreitung französischer Sprache und französischen Wesens dienen. Die Schule ist ein vorgeschobenes Stück des französichen Vaterlandes ....."

Man stelle sich vor, ein deutscher Gesandter in Brüssel hätte bei ähnlicher Gelegenheit sich derart frei ausgesprochen! Welch ein Geschrei wäre losgegangen über den unverschämten „Pangermanismus!"

Selbst das Brüsseler Regierungsorgan XX. Siècle (1. Juni 1908) fand, daß man zu einer solchen Schule vom belgischen Standpunkt aus nur geringes Vertrauen haben könne. Es schrieb ferner:

„Aber leider werden sich wohl eine Reihe Eltern von dieser Schule verführen lassen. Sie ist auf dem Gebiete des Unterrichtswesens eben der Pariser Artikel, und es gibt in Belgien ja Leute genug, die für alles, was aus Paris kommt, im voraus eingenommen sind und die sich einbilden, so einen Beweis höheren Geschmackes zu liefern, während sie damit doch nur den französischen Provinzbewohnern nachäffen."

Das Blatt hat, wie die Folgezeit zeigte, Recht behalten, die Franzosen sahen die Hoffnungen erfüllt, die sie auf die Gründung setzten.

Der Pariser Figaro vom 17. September 1913 war in einem Bericht über die Verteilung der Schulpreise durch den Gesandten Klobukowsky voll des Lobes, daß die Schule so ausgezeichnet ihre Aufgabe als „französischer Vorposten" erfülle, indem sie die jungen Belgier zu treuen Freunden Frankreichs erziehe.

* * *

Im gleichen Geiste wie die französische Schule in Brüssel arbeitete das Institut Rachez, das zuerst 1901 in Antwerpen unter der Führung des Vorsitzenden der dortigen französischen Handelskammer begründet wurde und im folgenden Jahr in Brüssel und bald auch in Gent seine Pforten öffnete. Um diese Schulen zur Blüte zu bringen, scheute man sich nicht, sie sogar mit Leihgeldern der französischen Wohltätigkeitsanstalt in Antwerpen zu unterstützen, wie der Generalkonsul Crozier selbst am 14. Juni 1908 im Antwerpener Cercle Français bekannte. Von vlämischen Blättern wurde die Vermutung ausgesprochen, daß diese Summe aus den Kassen der Pariser Regierung stammte, und daß die Wohltätigkeitsgesellschaft sich nur als Mittlerin hergab, um sie mit Anstand ihrem Zwecke zuzuführen. Daß die Republik selbst hinter der Anstalt stand, wurde Gewißheit, als im Juni 1908 bekanntgegeben wurde, daß diejenigen Schüler des Instituts, die

sich durch besondere Kenntnisse in der französischen Sprache und Literatur auszeichnen, vom französischen Unterrichtsministerium und von der Alliance Française besondere Belohnungen erhalten würden. (Nouveau Précurseur, 30. Juli 1908.)

Aus belgischen Schulbüchern.

Die Schulbücher waren ein besonders beliebtes Mittel der Wühlarbeit Frankreichs. Nicht wenige stammten aus diesem Lande. Sie trugen die schrankenlose Verherrlichung Frankreichs und des Lateinertums zugleich mit gehässigen Ausfällen auf die Vlamen und insbesondere auch auf Deutschland in die belgische Jugend hinein und verseuchten ihre Denkweise mit dem Gift des französischen Revanchegedankens.

Der Nationaal Vlaamsch Verbond griff vor einigen Jahren einige besonders krasse Beispiele aus der Fülle solcher Erscheinungen heraus, um sie in einem öffentlichen Anschlag in allen vlämischen Städten niedriger zu hängen. Die Machthaber in Belgien hatten offenbar das Gefühl dafür verloren, daß eine derartige Jugendbildung ein Hohn auf die Neutralität des Landes war. So mußten sie sich durch einen öffentlichen Anschlag daran erinnern lassen. Darin hieß es:

> „Belgien, ein neutrales Land, muß mit allen Nachbarländern gute Beziehungen aufrecht erhalten. Die Landesinteressen verbieten, daß es sich in Streitigkeiten anderer Völker mischt. Wer dieses verkennt, ist der Feind seines Vaterlandes und setzt es großen Gefahren aus. Und was macht die französische Partei? Bis in unsere belgischen Schulen läßt sie Bücher eindringen, in welchen unumwunden der Haß gegen Deutschland gepredigt wird . . . ."

Sodann werden folgende Stücke aus der Grammaire Française von Noel und Chapsal wiedergegeben, die auf der Liste der Lehrbücher der Realschulen des Landes steht:

Seite 16 und 17 — Übung 20:

Die Frauen in Elsaß-Lothringen. — Die Vaterlandsliebe der Frauen in Elsaß-Lothringen war mindestens ebenso groß wie die der Männer, und ihr edles Rachegefühl gegen unsere Feinde fand bisweilen sicherere Waffen als Chassepot-Gewehre oder Kanonen, um sie ins Herz zu treffen.

Folgenden Vorfall kann ich als wahr verbürgen: Bei einer Straßburger Dame waren zwei preußische Offiziere einquartiert. Die Herren beklagten sich darüber — wie Herren sich beklagen — daß sie nicht in die Salons dieser Dame zugelassen wurden und drängten stark darauf, den Besuchen ihrer Freunde beiwohnen zu dürfen. Am anderen Tage wurden sie eingeladen. Um acht Uhr kamen sie; der Salon war ziemlich dunkel, und beim Licht einer einzigen Lampe sahen sie zehn schwarz gekleidete Damen sitzen. Die Hausfrau geht ihnen entgegen, führt sie zu der ersten Dame und sagt: „Meine Tochter, deren Gemahl bei der Belagerung fiel.“ Die zwei Preußen erblassen. Sie führt sie zu der zweiten Dame: „Meine Schwester, die ihren Sohn in Fröschweiler verlor.“ Die Preußen sind entsetzt. Sie führt sie zu der dritten: „Frau Brown, deren alte Mutter von den Ulanen ermordet wurde.“ Die Preußen stutzen. Sie führt sie zu der vierten: „Frau Coulmann die . . . . . Aber die Preußen haben nicht den Mut, sie fortfahren zu lassen und stottern; erschreckt eilen sie zurück, als ob alle diese Trauerschleier ihnen auf den Kopf wollten fallen. Kennt ihr eine schrecklichere und mehr vaterlandsliebende Rache?

E. Legouvé.

* * *

Seite 109 — Übung 177.

Erinnerung an das Jahr 1871. — Und jetzt war alles beendet, vollständig beendet. Ja, Frankreich war besiegt. Es war am letzten Punkte seines Leidensweges angelangt. Es war ermattet. Es blieb ihm nichts anderes mehr übrig, als das Gesetz des Siegers zu erdulden. Was dieses Gesetz war, weißt

du, kleiner Franzose: der Verlust Elsaß-Lothringens, eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden, die Besetzung eines Teiles Frankreichs. Der Gläubiger gab nur einen Teil des Pfandes frei bei jeder Milliarde, welche er erhielt. Die Besatzung dauerte ganze zwei und ein halb Jahre.

Siehe da das Schicksal, das Frankreich vor jetzt dreizehn Jahren durchgemacht hat. Ihr wart eben geboren, Ihr hattet keine Augen, um rund um euch zu schauen, keine Ohren, zu hören, keinen Verstand, es zu fassen. Von dem ganzen Elend wißt ihr nur das, was man euch erzählt hat. Ach, sähet ihr nie das Vaterland besiegt und verstümmelt. Aber vergesset auch niemals, daß dieses Vaterland besiegt wurde und nicht mehr ganz ist.

C. Bigot.

(Diese Aufgabe muß auswendig gelernt und aufgesagt werden.)

Seite 17 — Übung 81.

Die Grenze Galliens: Frankreich, unser Vaterland, hieß früher Gallien nach dem Namen seiner ersten Bevölkerung, der Gallier. Die Grenzen waren diejenigen, welche die Natur ihm gegeben: im Süden die Pyrenäen, die unser Land von Spanien trennen, dann die blauen Wellen des Mittelländischen Meeres, welches uns einen leichten Zugang zu Afrika, Italien und dem Orient verschafft; östlich an Italien entlang die Alpen mit ihren immer beschneiten Gipfeln, weiter der ganze Lauf des Rheines. Im Norden und Westen, die Nordsee, der Kanal, der uns von England trennt und endlich der Atlantische Ozean.

Der Rhein bot keine genügende Wehr; auch wurde Frankreich von dort aus überrumpelt. Dann hat man es der Landstriche beraubt, die die Schweiz, Elsaß-Lothringen, Belgien und Holland bilden.

Seite 44 — Übung 78.

Was das Vaterland ist. — Das Vaterland, Kinder, ist nicht allein eure Ebene oder eure Hügel, die Spitze

eures Dorfturms, oder die Wimpel eurer Bäume oder der eintönige Gesang eurer Hirten. Das Vaterland ist Pikardien für die Bewohner der Provence, Bretagne für die Bewohner des Jura: es ist alles, was unser altes Frankreich umfaßte an Ländern und Bürgern innerhalb der ausgedehnten Grenzen des Rheines, der Pyrenäen und des Ozeans.

Das Vaterland ist alles, was unsere Sprache spricht, was unser Herz schlagen macht; es ist die Einheit unseres Grundgebietes und unserer Unabhängigkeit. Es ist der Ruhm unserer Väter, es ist die Gemeinschaft des französischen Namens, es ist die Größe der Freiheit.

Cormenin.

(Auswendig zu lernen und aufzusagen.)

Das Flugblatt des National Vlaamsch Verbond bemerkt hierzu:

„So lehrt man unsere belgischen Kinder einerseits Deutschland hassen und verachten und andererseits trachtet man, Frankreich darzustellen, als habe es das Recht, nicht allein Elsaß-Lothringen, sondern auch die Rheinprovinzen, die Schweiz, Holland und Belgien zurückzufordern.

Man macht unsern Kindern vor, daß Frankreich unsere Heimat ist, daß alles, was Französisch spricht, dem französischen Vaterlande angehören muß.

Und um uns in das französische Vaterland aufgehen zu lassen, strengt man alle Mittel an, unsere flämische Bevölkerung zu französieren."

* * *

Diese feine Grammatik wird noch übertroffen von einem in Gent gebrauchten Geographiebuch von H. Fabre, Professor am Lycée zu Avignon, worin es heißt:

S. 129: „Ein heilbringendes Klima, Mineralreichtum, zentrale Lage und vor allem der ganze Charakter seiner Bevölkerung, der meist entwickelten der modernen Zeit, hat aus

Frankreich das Herz der Welt gemacht, das den Fortschritt zur Mission hat."

S. 172: „Die Deutschen sind überall. Daß doch die Zukunft der Menschlichkeit, dem Fortschritt und dem modernen Recht gehören möge, nicht dieser angriffslustigen und räuberischen Nation, die in wahnsinniger Selbstbewunderung fiebert, die mitten im 19. Jahrhundert die Roheit der Eroberungen hat wieder aufleben lassen, sich darin gefällt, die erste Leiterin der Welt zu sein und zum höchsten Grundsatz hat: Gewalt geht vor Recht."

Der Verfasser des Buches hat ganz vergessen, daß im 19. Jahrhundert ein gewisser Napoleon I. mit der „Roheit der Eroberungen" begonnen hat und ganz Europa in Sklaverei stürzen wollte.

Aber das ist es ja! Nur Frankreich kann rechtmäßigerweise Eroberungen machen; andere können nur „rauben". Das niederländische Flandern ist nach diesem Buche 1678 von Ludwig XIV. erobert worden, Lothringen ist 1766 in Frankreich einverleibt worden. Wenn aber Länder deutscher Zunge an Deutschland zurückgewonnen werden wie 1871 das Elsaß, dann heißt es: „Das alles ist Frankreich gestohlen durch preußische Räuberei".

In der gleichen Schule in Gent, welche dieses Buch benutzte, wurde auch ein Geographiebuch von P. Foncin gebraucht, dem früheren Präsidenten der von der Republik amtlich anerkannten Alliance Française!

Auch dieses Lehrbuch ist, obwohl vorsichtiger in der Form, eine trübe Quelle, aus der ein wüster Chauvinismus quillt und die Luft belgischer Schulen verdirbt. Es ist selbstverständlich, daß auch Foncin, der Belgien mit ein paar Sätzen abtut, während er Frankreich ein großes Kapitel widmet, Elsaß-Lothringen als unveränderlichen Bestandteil der Republik behandelt.

* * *

Msgr. Alfred Baudrillart, der Rektor des katholischen Instituts in Paris, bekannt als Mitherausgeber des schändlichen Machwerks „La guerre Allemande et le Catholicisme", hat einen Leitfaden der Geschichte verfaßt, der seinen Weg auch in belgische Schulen gefunden hat. Auf Seite 7 wird gelehrt:

„Das alte Gallien umfaßte einen weit größeren Raum als heute Frankreich. Seine Grenzen waren die Pyrenäen, das Mittelmeer, die Alpen, der Rhein bis zur Mündung, die Nordsee und der Ozean. Diese Grenzen sind die natürlichen.

Unsere Nachbarvölker, vor allem die Deutschen, haben einige der Grenzmarken uns abgenommen, derart, daß seit der gallischen Urzeit Frankreich nur zweimal den ihm gehörigen, natürlichen Bestand innehatte: unter Karl dem Großen und tausend Jahre später unter der ersten Republik und dem Kaiser Napoleon."

Aus dieser Auffassung folgt von selbst, daß die Eroberung und Einverleibung Belgiens durch das Frankreich der Revolutionszeit als gerechte und befreiende Tat geschildert wird. Belgien erscheint in dem Leitfaden überhaupt nur als ein Stück Frankreichs (Journal de Bruxelles, 21. Juli 1914).

* * *

Von einem in den Athenäen zugelassenen Lesebuch von Charles Andrée sagt der angesehene belgische Pädagoge Segers:

„Außer einem mittelmäßigen Gedichte La Belgique ist in dem ganzen Buche von Belgien nicht die Rede, nicht von seiner Geschichte, nicht von seiner Kunst, nicht von seiner Industrie. Alles betrifft Frankreich. Unter den vielen Charakteristiken gilt keine einem Belgier, abgesehen von Karl d. Gr., und diese ist von Montesquieu. Der Hauptheld ist Ludwig XIV., und dieser wird in einer Weise gefeiert, wie es in keinem anderen Lande der Welt geduldet werden würde . . . . . .

Sollte man nicht meinen, daß dieses Buch in den Pariser Lyzeen gebraucht würde. Ist man denn mit sehenden Augen

blind, daß man nicht erkennt, wie eine derartige Lektüre die Augen der Schüler auf die Fremde lenken und diese ihnen als Ideal erscheinen muß? Der Geschichtslehrer und seine Kollegen werden vergeblich predigen, daß Vaterlandsliebe Pflicht sei! Vaterlandsliebe ist Sache des Gefühls, sie muß den Gesamtunterricht beseelen."

* * *

Bis zu welchem Grade die Franzosen die politische Bearbeitung der belgischen Schuljugend für erlaubt hielten, beweist die vom Internationalen Kongreß für Ausbreitung und Pflege der französischen Sprache 1905 in Lüttich aufgestellte Forderung, daß in den belgischen Gymnasien das Werk Novicows über die „Ausdehnung der französischen Nationalität" als Preisbuch zur regelmäßigen Verteilung von Amts wegen anzunehmen sei. Wohlgemerkt auch in Flandern! Dieses Buch ist aber sozusagen die Bibel des französischen Imperialismus. (Siehe Seite 33.)

Die in belgischen Schulen üblichen Preisausteilungen und Schlußfeste wurden häufig benutzt, um die Werbetrommel für Frankreich zu rühren. So machte bei der Preisverteilung des Lycée d'Anvers am 28. Juli 1910 der Universitätsprofessor Maurice Wilmotte aus Lüttich den aufhorchenden Schülern klar, „daß die Vlamen seit sechs Jahrhunderten das Licht von Frankreich empfingen". Er rühmte die kriegerischen Taten der Franzosen und rief aus: „In allen Zeitabschnitten unserer Geschichte treffen wir auf Frankreich." (Matin, Antwerpen, 29. Juli 1910.)

In trautem Verein wohnten bei der französische Generalkonsul Crozier, der belgische General van der Borren und höhere Beamte. Die Schüler führten ein Theaterstück auf, das in eine „Huldigung an den ritterlichen Geist Frankreichs" auslief.

„Nun weiß man", schrieb die Vlaamsche Gazet (30. Juli 1910), „was hinter den Mauern dieses Lycées geschieht. Man sollte folgende Aufschrift darauf malen: Hier werden französische Affen aufgezogen."

Ungefähr gleichzeitig mußte bei der Preisverteilung, welche die der Gesellschaft zur Verbreitung der französischen Sprache in Antwerpen an Schüler vornahm, ein kleines Mädchen in einer Ansprache seinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß die Vlamen alljährlich die Goldensporenschlacht von 1302 feiern, „die Flandern in eine dunkle Nacht von Sklaverei stürzte (!!), während es doch viel natürlicher wäre, die französische Revolution zu feiern, die der Welt die Freiheit gab oder das Jahr 1830, das dank der Hilfe des freiheitsliebenden Frankreich uns die Unabhängigkeit brachte.“ (Matin, 31. Juli 1910.)

Nicht zu übersehen: Ein Schulkind tat diesen Spruch!

Diplomatische Werber.

Französische und deutsche Vertretung in Brüssel.

Die belgischen Neutralitätsverträge verbürgten die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens in seinen inneren Angelegenheiten. Sie bestimmten in der ersten Fassung ausdrücklich, daß die fünf Garantiemächte sich jeder Einwirkung oder Einmischung zu enthalten hätten.

Unaufhörlich hat Frankreich gegen diese Verpflichtung verstoßen. Immer wieder treffen wir seine Staatsmänner, Parlamentarier, Gesandten, Konsuln und andere Amtspersonen als eifrige Mitarbeiter am Werke der Französierung Belgiens. Der auswärtige Dienst der Pariser Regierung in Brüssel und in anderen belgischen Städten war planmäßig darauf eingestellt. Im Haushalt der Republik gab es einen besonderen geheimen Fond für Belgien, von dem man reichlich Gebrauch machte, um einflußreiche Parteigänger und Preßorgane zu „unterstützen". Auch mit Orden und Auszeichnungen kargte die Republik wahrlich nicht.

Noch heute ist die Pariser Regierung die Antwort schuldig auf die in vlämischen Blättern mehrmals gestellte und von dem angesehenen Dichter Julius Sabbe öffentlich wiederholte Frage: Wozu dienen die 200 000 Franks, die im französischen Staatshaushalt als fonds secret eingestellt wurden für den Pressedienst in Belgien? (Taalstrijd VIII, 65.)

Maßgebende Politiker der Republik betrachteten es förmlich als eine Pflicht der Brüsseler Gesandtschaft, daß sie offen oder im Geheimen die Propaganda führen half. Als 1897 der Gesandte de Montholon seine Mitwirkung zur Begründung einer belgischen Abteilung der Alliance Française zu versagen wagte, eröffnete George Clemenceau einen wütenden Pressefeldzug gegen diesen „ungetreuen Dienstknecht", der sich dem großen Frankreich versage, wo es gelte, den durch die Umwälzung von

1830 errungenen Sieg des französischen Geistes in Belgien zu sichern und zu erweitern. Frédéricq, Schets, III, 15.)

Der Unterschied zwischen der amtlichen Vertretung des Deutschen Reiches und derjenigen Frankreichs in Brüssel fiel auch den Belgiern auf:

„Die Deutschen enthalten sich aller Einwirkung auf unsere politischen Parteikämpfe", schrieb Integer 1913. „Mit feinem politischen Gefühl und einem Takt, den man hervorheben muß, vermeiden sie jedes Handinhandgehen mit den Flaminganten . . . . . Hingegen sind die französischen Staatsmänner nicht nur damit nicht zufrieden, sorgfältige Beziehungen zu unserer amtlichen Welt zu pflegen, sondern sie treten auch in Berührung mit den verschiedenen Gruppen und Vereinigungen der Bevölkerung, passen sich ihrem Geschmack an, schmeicheln ihren Liebhabereien. Unsere Liebe zum bunten Bändchen ist sprichwörtlich; so muß man denn die Fürsorge bewundern, mit der die Republik sich bemüht, etwa noch vorhandene Lücken in der allgemeinen Blüte der belgischen Knopflöcher zu füllen; wer weiß, wie viele belgische Herzen für die französischen Ausbreitungsbestrebungen gewonnen sind durch das violette Band." (Integer, Belgique et Allemagne, S. 62.)

Alljährlich am 14. Juli, dem Nationalfeste der Republik, pflegten deren amtliche Vertreter den Belgiern besonders deutlich vor Augen zu führen, daß Frankreich eigentlich ihre politische Vormacht sei. Dieser Gebrauch war im Laufe der Jahre so selbstverständlich geworden, daß kaum mehr jemand daran Anstoß nahm. Ganz offen sprachen die Blätter darüber. Man lese zum Beispiel folgende Meldung des Echo de Paris vom 15. Juli 1913 aus Brüssel:

„Die verschiedenen Feierlichkeiten, mit denen alljährlich der französische Nationalfeiertag hier begangen wird, Empfang der französischen Vereine auf der französischen Botschaft, Festessen des Wohltätigkeits- und Fürsorge-Vereins, Festessen der französischen Kolonie, Galavorstellung im Theater, diese Feierlichkeiten waren in diesem Jahre noch betonter,

begeisterter, freudiger. Darum nämlich, weil man wußte, daß unser Land bald besser verteidigt sein würde (!!) Der französische Botschafter bestätigte in Beantwortung zahlreicher Trinksprüche, daß in dieser Zeit, wo sich so viele ernste Probleme entrollen, es erquickend sei, feststellen zu dürfen, wie sehr zwischen Belgien und Frankreich der eine Geist vorherrscht: der Geist der Eintracht und der Vaterlandsliebe.

Das französische Fest im hiesigen Sommerpalast, dem zahlreiche Freunde Frankreichs beiwohnten, war dieses Jahr so glänzend wie immer und der Vortrag der Marseillaise und der Brabançonne, gesungen von den Kräften des Königlichen Monnaietheaters, entfesselten laute Beifallstürme, wobei das Vive la France abwechselte mit dem Vive la Belgique."

Also gemeinsame Festesfreude der Franzosen und Belgier über die Verstärkung der belgischen Wehrmacht durch das Gesetz von 1912/13, an dessen Zustandekommen auch der französische Gesandte Klobukowski seine heimlichen Verdienste hatte! Gegen wen sich wohl der von ihm gepriesene Geist der französisch-belgischen Eintracht in jenen Tagen scharfer Zuspitzung der europäischen Gegensätze richten sollte?!

Selbstverständlich durften die offiziellen Vertreter der Republik bei keinem der großen belgisch-französischen Verbrüderungsfeste, bei keinem der großen propagandistischen Kongresse oder ähnlichen Anlässen fehlen.

Um hier nur auf ein paar Beispiele hinzuweisen (anderen begegnen wir in anderem Zusammenhang!): Auf dem Lütticher Internationalen Kongresse für die Ausbreitung der französischen Sprache (Sept. 1905) gab der Gesandte Gérard, dem andere Amtspersonen der Republik zur Seite standen, seinen Segen zu Verhandlungen und Beschlüssen, die unzweifelhaft einen neutralitätswidrigen Vorstoß gegen die innere

Selbständigkeit Belgiens und gegen die Lebensinteressen des vlämischen Volkes bedeuteten und deren agressive Absichten offen zutage lagen. (Vgl. Kongreßbericht S. 23 f.)

Im April 1909 erschien der Gesandte Beau in Lüttich zum zehnjährigen Stiftungsfeste der Société Fraternelle des anciens militaires Français. In seiner Festrede gab er der Freude Ausdruck über die Anwesenheit so vieler Lütticher Bürger und belgischer Amtspersonen. „Wir sind verbunden durch historische Erinnerungen, durch Einheit der Interessen, der Sprache und Rasse", dieser Grundton zog sich durch seine Ansprache hindurch.

> „Wir sind alle durchdrungen", so spann der Vorsitzende des französischen Kriegerbundes diesen Gedanken weiter, „von der Überzeugung, daß das Vaterland nicht bloß das Land ist, wo man geboren ist, sondern auch das Land, wo die Vorfahren begraben liegen, wo die Glieder der gemeinschaftlichen Überlieferungen, die die große französische Familie hervorgebracht hat, zu einer langen Kette vereinigt wurden, wo aus einem edlen Atemzug der heldenhafte und der reine Geist geboren ist, der die französische Nation beseelt und ihr einen ruhmvollen Platz unter den anderen Völkern sichert." (L'Expreß, 19. April 1909.)

Generalkonsul Crozier und die Vlamen.

In der Art wie französische Gesandte und Amtspersonen der Republik am Kampfe gegen die Volks- und Sprachrechte der Vlamen mitwirkten, gab sich der französische Angriffsgeist besonders stark kund, der sich um Neutralitätsrücksichten den Teufel scherte.

> „Wir fragen uns", schrieb die Vlaamsche Gazet am 5. April 1911, „wozu wohl die französischen Konsuln in Belgien von ihrer Regierung ein Rundschreiben bekommen haben, um sie anzuspornen, eine Liste anzufertigen

von allen denjenigen, welche die vlämische Bewegung bekämpfen wollen. Die Konsuln sollen Gruppen errichten helfen gegen die vlämische Bewegung und diese Gruppen später in einem Verband vereinen. . . .“

In der Semaine Politique warf der sozialistische Abgeordnete Huysmans die verfängliche Frage auf:

„Man wird wohl die Güte haben, uns zu sagen, warum Frankreich das einzige Land ist, das Agenten in Belgien unterhält, und zwar namentlich um die vlämische Bewegung zu bekämpfen?“

Der französische Generalkonsul Crozier in Antwerpen lag in beständigem Kampfe mit dem Vlamentum. Er sprach 1909 das geflügelte Wort, daß Frankreich in Belgien „die freien Geister erobern (annexer) wolle“. Ihn feierte der Genter Bürgermeister Braun bei einem Festmahl während der Weltausstellung von 1913 als einen Mann, „dem es am meisten zu danken ist, daß die französische Sprache in unseren vlämischen Gegenden einen so überwiegenden Einfluß gewonnen hat. Dank ihm hat Frankreich beinahe die Eroberung Belgiens vollendet“ (Le Soir, 15. Mai 1913).

Gegen ihn wehrte sich eine Gruppe Freie Antwerpener im Jahre 1910 mit folgendem Anschlagzettel, der aufs grellste das allen diplomatischen Gepflogenheiten hohnsprechende Treiben dieses Beauftragten der Republik beleuchtet:

„Antwerpener! F. Crozier, Generalkonsul für Frankreich in Antwerpen, ist ein Feind unserer Sprache und unseres Volkes.

F. Crozier hat an dem Lütticher Kongreß (September 1905) zur Verbreitung der französischen Sprache teilgenommen — an dem Kongreß, wo Eure erbittertsten Feinde anwesend waren. Die französische Regierung, an deren Spitze der mächtigste von ihnen allen, G. Clémenceau steht, war offiziell vertreten durch Beau, den französischen Gesandten in Brüssel. Und durch Gauthier, den Kabinettschef des französischen Unterrichtsministers, wurden Maßregeln empfohlen, um Flandern vollständig zu verfranzen und es

wurde Novicows Werk über die Ausbreitung der französischen Nation als Preisbuch, als Glaubensbekenntnis aller Französischgesinnten angenommen.

In diesem Buche wird erklärt, daß ganz Belgien in einer mehr oder weniger fernen Zukunft zum Gebiete der französischen Sprache werden wird, d. h., daß Crozier und seine Anhänger unsere teure vlämische Sprache zum Tode verurteilt haben.

Fr. Crozier hat mit offenbarer Genugtuung erklärt, daß die französische Regierung, wie er gehofft hatte (welche Hoffnung jetzt verwirktlicht worden ist), der französischen Rachez-Schule Zuschüsse zukommen lassen würde; ferner daß die Société Française de bienfaisance in Antwerpen zehntausend Franken zur Schulkasse beigesteuert habe.

Dank den Bemühungen Fr. Croziers hat die von der französischen Regierung unterstützte Comédie Française in Antwerpen gespielt, um, wie der Direktor schrieb, zur Französierung unseres Volkes beizutragen.

F. Crozier hat endlich am 14. Juli 1908 dem Variététheater gehuldigt, das er une oeuvre française nannte! Das Variété sagte er, ist ein ausgezeichnetes Mittel, die französische Sprache zu verbreiten. Auch hat die französische Regierung auf Vorschlag Croziers in dieser Stadt wohnhafte französisch gesinnte Leute zu Rittern der Ehrenlegion ernannt, um sie zu belohnen für die Dienste, die sie diesem Theater erwiesen.

Die französische Regierung, die den Beweis geliefert hat, daß sie unsere Sprache haßt und in deren Namen Crozier spricht und handelt, unterstützt die Variétés als Mittel zur Französierung des vlämischen Landes. Sie mag wohl auch selbst diesem Theater Zuwendungen zukommen lassen. Aber der Antwerpener Gemeinderat, der jetzt aufgeklärt ist, würde sich des Verrats an unserm Volke schuldig machen, wenn er seinen, von allen klarblickenden Vaterlandsfreunden aufs tiefste bedauerten Entschluß — nämlich dieser Einrichtung, die eine nationale Gefahr ist, fünfundzwanzigtausend

Franken Zulage zu gewähren — nicht rückgängig machte, und Frankreichs Versuche, unser Volk der Entartung zuzuführen, weiter unterstützte."

Es ist gewiß nichts Alltägliches, wenn in einem Lande gegen den Vertreter einer fremden Macht ein derartiger öffentlicher Protest erfolgt, wenn sich ein großer Teil der Bevölkerung dieses Landes genötigt sieht, den Fehdehandschuh aufzunehmen, den ihm Diplomaten und Würdenträger einer fremden Macht hinwerfen.

Natürlich schäumte die Pariser Presse vor Wut und forderte, daß die Brüsseler Regierung derartige „Beleidigungen" der Republik ahnde und in Zukunft hintanhalte. Crozier und der französische Gesandte wurden in diesem Sinn in Brüssel vorstellig und schienen zu erwarten, daß die Pressefreiheit eine Einschränkung zu ihren Gunsten erfahre.

Aber sie hüteten sich wohl, die Urheber des Antwerpener Flugblattes vor den Richter zu rufen, wie die Pariser Blätter gedroht hatten.

Der Fall Klobukowski.

Mancher Belgier wunderte sich über die Langmut und Untätigkeit, mit der seine Regierung die auffallendsten Übergriffe von Bevollmächtigten und Beamten der Republik über sich ergehen ließ.

„Sonderbar ist es", so hieß es 1910 im Vlaamsche Volksraad, „daß die belgische Regierung untätig bleibt gegenüber dem öffentlichen Auftreten des französischen Konsuls oder des französischen Gesandten, wenn diese Gesellschaften unterstützen und loben, die unter trügerischem Namen keinen anderen Zweck verfolgen, als das vlämische Volk in seinem Streben nach Gleichberechtigung zu behindern....." (Hooger Leven, XI, 1910.)

Allein den Hof- und Regierungskreisen war offenbar jedes feinere Gefühl für die Anforderungen der Neutralität verloren gegangen, namentlich wo es sich um die Vlamen handelte. Auch war ihre Politik, besonders seitdem Belgien Kolonialmacht geworden war, so angelegt, daß die Anlehnung an Frankreich als

etwas Wünschenwertes erschien und sich immer mehr die Überzeugung festsetzte, daß Belgien des Rückhaltes Frankreichs und seiner Bundesgenossen von der Entente bedürfe, um sich einen bessern Platz unter den Völkern zu erobern.

Die Indépendance Belge vom 22. Oktober 1906 beschrieb diesen Hang zu großstaatlichen Anwandlungen und die Art, wie sich die französische Diplomatie ihn zunutze machte, folgendermaßen:

„Der Posten der Gesandtschaft in Brüssel ist für die französische Diplomatie einer der wichtigsten. Darum, weil beide Länder unmittelbar aneinander angrenzen und weil der französische Einfluß bei uns sich zunehmend entwickelt. Man weiß, daß die Kleinmacht Belgien bei ihren Ausdehnungsbestrebungen manchmal auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen ist, und daß sie so große Hindernisse zu übersteigen, so schwierige moralische Widerstände zu besiegen hatte, daß ihr eigner Einfluß allein es vielleicht nicht möglich gemacht hätte, immer zum Ziele zu gelangen. In diesen besonderen Verhältnissen war Frankreich uns immer entgegenkommend und dienstbereit; besonders wertvoll war uns die französische Diplomatie im fernen Osten, wo französische und belgische Kapitalien gemeinsam für die der belgischen Industrie so nötige Ausbreitung sorgen."

Man versteht, daß die leitenden belgischen Männer um solcher Unterstützung willen zu den Machenschaften Frankreichs beide Augen zudrückten, sofern ihnen überhaupt etwas daran gelegen war.

Einmal wurde es doch auch den geduldigen Belgiern zu bunt, als am französischen Nationaltage 1912, beim Empfang auf der Gesandtschaft, der Vorsitzende der französischen Handelskammer Charles Rolland und der Gesandte Klobukowski gar zu unvorsichtig ins Zeug gingen. Beide wandten sich nämlich gegen die schulpolitischen Auffassungen der in Belgien herrschenden Partei. In der Form schien es eine Abwehr gegen die

Angriffe der belgischen katholischen Blätter auf die französische Laienschule zu sein, in Wirklichkeit war es ein Vorstoß gegen die Schulpolitik der Brüsseler Regierung.

Der Gesandte sagte, indem er sich auf die Äußerungen Rollands bezog, unter anderm:

„Sie haben recht, verehrter Herr Präsident, sich über diese Tatsachen zu entrüsten, die Sie mit soviel Energie zur Kenntnis bringen. Ich selbst habe mich tief darüber erregt. Die bekenntnisfreie Schule bekämpfen, heißt die edelste Freiheit bekämpfen und heißt Frankreich den Prozeß machen, welches seit 40 Jahren auf den Pfaden des Fortschritts und des Friedens wandelt."

Auch die dem Herrn Klobukowski wohlgesinnten antiklerikalen Blätter fanden dieses Auftreten eines Vertreters Frankreichs, der sich in Belgien gewiß manches herausnehmen durfte, zu klotzig.

Das Blatt des Ministerpräsidenten de Broqueville ermannte sich, sprach von einer groben und herausfordernden Taktlosigkeit (XXe Siècle, 15. Juli 1912) und schrieb Klobukowski ferner folgende sehr bezeichnenden Sätze ins Stammbuch:

„Die Logik der Exzellenz steht mit ihrem diplomatischen Takt auf gleicher Höhe. Hält er unser Land für ein französisches Departement? Meint er, wie Frankreichs Vertreter in Tunis oder Fez der wahre Gebieter in einem Lande zu sein, welches unter französischem Protektorat steht? Es vergeht kein Tag, an dem die belgische Regierung nicht beleidigt wird — und zwar nicht nur von einer Menge französischer Zeitungen, sondern auch von einer gewissen Anzahl in Belgien ansässiger Franzosen . . . . . Wenn Herr Klobukowski von seiner Regierung den Auftrag erhalten hätte, Belgien diesen öffentlichen und wohl überlegten Afront anzutun, so wäre es bereits heute um Belgiens Unabhängigkeit geschehen. Mit welchen Gründen könnten wir morgen oder übermorgen Deutschlands Gesandten daran hindern, sich dieselbe Freiheit herauszunehmen? Es gibt belgische oder französisch-belgische Blätter, die mit der

wertvollen Sympathie des französischen Gesandten und seiner Umgebung beehrt werden. Sie versagen sich nicht, öfter als nötig gegen Deutschland und die deutsche Regierung loszuziehen. Mit welchem Recht werden wir uns an dem Tage beklagen, an dem der deutsche Gesandte sich bei Gelegenheit einer öffentlichen Feier über diesen fortwährenden Krieg beschweren wird?"

Der Brüsseler Berichterstatter des Nieuwe Rotterdamsche Courant (18., 19. Juli 1912) urteilte, „der französische Gesandte wisse besser als irgend jemand, wie viel Geld Frankreich in Belgien zur Befestigung des französischen Einflusses ausgegeben habe, und man sei Herr an dem Platz, den man gekauft habe."

Klobukowski amtierte trotz allem weiter. Den Widerspruch der belgischen Regierungskreise verdankte er offensichtlich nicht so sehr der Tatsache, daß er sich in innerbelgische Verhältnisse eingemischt hatte, als vielmehr dem Umstande, daß der französische Freimaurer in ihm gegen die belgische Regierungspartei durchgegangen war.

Die französische Handelskammer.

Die französische Handelskammer in Brüssel stellte sich unbedenklich in den Dienst der Werbearbeit. Ihr Vorsitzender Charles Rolland gehörte zu den eifrigsten Helfern. In ihren amtlichen Mitteilungen vom Jahre 1911 findet sich folgende bezeichnende Aufforderung:

„Unterstützt unsere Kammer! Wollt ihr unsere Bemühungen zugunsten der Ausbreitung der französischen Einflusses in Belgien fördern? Wollt ihr uns helfen, bei der Ausführung eines so vaterländischen

Werkes, wie es die Errichtung der französischen Schule in Brüssel ist? Ja, ganz sicher! Nun also, Franzosen in Frankreich . . . . . unterzeichnet unsere Statuten!"

An der 25. Stiftungsfeier der Kammer, die am 23. Februar 1910 stattfand, beteiligte sich das amtliche Frankreich ganz im Sinne dieser Aufforderung. Das Festmahl vereinte französische Staatsmänner und Politiker, mit dem Gesandten Beau an der Spitze, mit ihren Freunden von der belgisch-französischen Partei, Abgeordneten, Senatoren, Vertretern von Handel und Industrie. Der Gesandte hielt einen Trinkspruch auf seine „treuen Mitarbeiter, die mit unablässigem Eifer an der Verbreitung der französischen Ideale und des französischen Handels mitgewirkt haben." Der Vorsitzende der Kammer trank auf die innige Brüderschaft der Belgier und Franzosen. (Chronique, 24. Febr. 1910).

Das Organ der Handelskammer (Bulletin usw., 19. März 1910) lobte in seinem Bericht die Feier als eine bedeutungsvolle französisch-belgische Kundgebung.

Indes die Vertreter des belgischen Wirtschaftslebens Frankreich also huldigten, war man in Paris eben am Werke, durch eine hochschutzzöllnerische Politik auch Belgien zu benachteiligen. Selbst das Organ der französischen Handelskammer in Brüssel konnte nicht umhin, die Maßnahmen Frankreichs als einen harten Schlag für die belgische Industrie zu mißbilligen:

„Unter dem Vorwand, Belgien zu begünstigen, hat Frankreich tatsächlich für gut gefunden, die Grenze für eine große Anzahl belgischer Erzeugnisse zu schließen."

Ein so erfahrener Politiker wie Paul Hymans, der Führer der belgischen Liberalen, der nunmehrige Minister und Bevollmächtigte der Regierung von Le Havre in London, durchschaute die Sachlage richtig, wenn er schrieb:

„In höchst lebendigem Gegensatze zu dem rein wirtschaftlichen Charakter der deutschen Tätigkeit in Belgien ist die französische Ausbreitung sogar auf dem Gebiete des Handels durchaus und vor allen Dingen politischer Natur."

Politische Geschichtsklitterung und belgische Huldigungen.

Die Fabel vom hilfreichen Frankreich.

Wenn die Durchschnittsbelgier, auch die gebildeten, eine bessere Kenntnis der Geschichte ihres eigenen 1830 gegründeten Staates besäßen, dann hätte die französische Propaganda nicht so erfolgreich mit Geschichtsfabeln arbeiten können, die für jeden Kundigen ohne weiteres als Fälschungen erkennbar sind.

Eine solche Fälschung ist insbesondere die in tausend Reden und Zeitungsartikeln, sogar auch in ernsten Schriften und in Schulbüchern immer wiederholte Legende, Frankreich habe 1830/31 freiwillig und gerne die dauernde Selbständigkeit Belgiens mit begründen helfen, habe sogar Gut und Blut daran gewandt, und habe in der Folge die belgische Neutralität und Unabhängigkeit immer als getreuer Eckart beschützt.

Gewiß, bei der belgischen Erhebung von 1830 wirkten Franzosen in großer Zahl und in führenden Stellungen mit. Und der Erfolg der Revolution konnte gegen das holländische Heer nur durch einen zweimaligen Einmarsch französischer Truppen in Belgien gesichert werden. Allein die Geschichtswissenschaft hat längst einwandfrei dargetan, daß Frankreich hierbei ganz andere Zwecke verfolgte, als die Schaffung eines selbständigen belgischen Staates. Galt es doch vor allem das gegen die französische Eroberungssucht aufgerichtete Königreich der Vereinigten Niederlande zu zerstören! Damit eröffnete sich die Aussicht, die südlichen Niederlande endlich dauernd unter französische Botmäßigkeit zu bringen. Mit immer neuen Ränken und Schlichen suchten die französischen Staatsmänner dieses Ziel zu erreichen. Der Widerstand der europäischen Großmächte und die deutschen Siege von 1870 retteten Belgien vor den Nachstellungen der Franzosen. Die belgische Selbständigkeit bedeutete für diese nur eine Übergangsform zur späteren Eroberung oder friedlichen Angliederung der südlichen Niederlande an Frankreich. War doch dieses Ziel ein un-

löslicher Bestandteil des Jahrhunderte alten Traums der Rheingrenze, der in der Aera der großen Revolution und unter Napoleon I. vorübergehend Gestalt annahm und zu allen Zeiten, bald mehr bald weniger die öffentliche Meinung und die Politik Frankreichs beherrschte; in der Zeit des Bürgerkönigtums und der zweiten Republik ebensogut, wie in derjenigen des zweiten Kaiserreichs und der heutigen französischen Demokratie, bis herein in den Weltkrieg, der den Patrioten in Paris Anlaß gibt, die „natürlichen Grenzen" Frankreichs als Kriegsziel zu verkünden.

Auch die ernsthafte belgische und französische Geschichtsforschung hat die Vergangenheit längst so aufgehellt, daß eine Irreführung eigentlich unmöglich sein sollte. (Siehe den Abschnitt: Deutsche und Französische Gefahr.) Leonce de Catillon hatte Recht, wenn er im belgischen Jubeljahre 1905 meinte, daß man „schon eitel sein müsse wie ein gallischer Hahn", um diese Geschichtsfabeln 75 Jahre nach der belgischen Revolution immer noch zu verkünden.

Aber solcher Hähne gab es in Frankreich und Belgien gerade genug. Die französische und wallonische Werbetätigkeit benützte die schöne Mär von dem edlen und hilfreichen Frankreich, das seinem Patenkind Belgien die Unabhängigkeit als Angebinde in die Wiege legte und stets seine schützende Hand darüber hielt, immer wieder als wirksames politisches Lockmittel. Für die „Annexion der Köpfe" leistete sie ausgezeichnete Dienste.

Im Zeichen dieser Geschichtsklitterung, die eine verderbliche Wirkung auf den Unabhängigkeitssinn und die Neutralität der Belgier ausübte, ist die Verbrüderung zwischen Franzosen und Belgiern zustande gekommen, durch die letztere innerlich längst bevor der Weltkrieg ausbrach an die Seite der Westmächte geführt worden sind. In dieser Schrift begegnet der Leser immer wieder Belegen hierfür. Hier einige weitere Beispiele:

Bei der Feier des Französischen Nationalfestes am 14. Juli 1912 in Lüttich erklärte der Redner der Belgier inmitten der versammelten französischen Kolonie:

> „In jeder Lebenslage sind wir glücklich uns einer gleichen Abkunft, eines gemeinsamen Ideals, übereinstimmender Bestrebungen um den Frieden, die Freiheit, die echte und tüchtige

Demokratie erinnern zu dürfen. Wir hören nicht auf zu wiederholen, wie tief die wallonische Bevölkerung in ihrem Herzen die Gefühle ewiger Dankbarkeit für die große Nation hegt, welche unsere Lebensmöglichkeit in der Welt sicherte und es durchsetzte, daß unser teures Belgien als unabhängiger und freier Staat anerkannt wurde. (L'Express, 15. Juli 1912.)

Der jetzige belgische Justizminister Carton de Wiart, einer der maßgebenden Regierungsmänner, ließ sich im Pariser Figaro (24. August 1910) also aus:

„1831 half Frankreich unsere Unabhängigkeit aufrichten. 1885 erleichterte es uns auf dem Berliner Kongreß der Anerkennung des unabhängigen Kongostaates. Das sind Gründe, dankbar zu sein und die Erinnerung an den Plan Benedettis (1866) aus dem Gedächtnis zu tilgen."

Als Antwerpen 1903 das hundertjährige Bestehen seiner Hafenanlagen feierte, zu denen allerdings Napoleon I. die Anregung gegeben hat, sandte Frankreich zwei Kriegsschiffe. Ein Französling schüttete in der Reforme (13. August 1903) sein Herz aus:

„Die Feste von Antwerpen rufen unseren Landsleuten den beträchtlichen und glücklichen Einfluß ins Gedächtnis, den Frankreich gegenwärtig auf den Fortschritt des Landes, und insofern auf sein Schicksal überhaupt ausübt. — Lebt in uns nicht die Liebe zu dieser großen Nation weiter, von der wir einstmal einen Teil ausmachten und von der wir uns niemals im Herzen und im Geiste abgetrennt haben? Es sind die Wohltaten, die Frankreich über uns ausgegossen hat, deren unsere Bevölkerung mit Bewegung heute gedenkt. Was für eine schmerzliche Angst rief in Belgien jener Krieg hervor, der zwischen Preußen und Frankreich ausbrach. Man weinte vom ersten Tage des Krieges an. Jede Niederlage der geliebten Nation, jedes Ausladen von verwundeten Franzosen auf belgischem Boden rief neue schmerzliche Erschütterungen hervor. Wir teilten das Leiden mit denen, an die uns das herzlichste Gefühl band. Und als Frankreich sich später wieder erholte, wurde dies bei uns mit Freuden

begrüßt. Insofern entzücken uns auch die Verbesserungen, die Frankreich seinem Heere angedeihen ließ.

Denn ist Frankreich nicht die Schutzherrin unserer eigenen Zivilisation, die Wegebereiterin unserer geistigen Kultur?"

Am 5. November 1908 feierten einige Antwerpener Franzosenfreunde ihre Ernennung zu Rittern der Ehrenlegion, die ihnen wegen ihrer Mitwirkung bei der Errichtung eines französischen Varieté's zuteil geworden war. Einer der Geehrten scheute sich nicht, vor den anwesenden Franzosen zu sagen:

„Wenn wir Belgier und Vlamen, treu unserer Nationalität, stolz sind, die Auszeichnung zu tragen, so tun wir es, weil wir niemals vergessen wollen, daß Frankreich uns die Unabhängigkeit gegeben hat! Dem Siege seiner Waffen verdankt unser Vaterland seine Entstehung. Auch die Freimachung der Schelde verdanken wir seinem Edelmut, die für Antwerpen der Brunn des Lebens und der Ursprung seiner stets zunehmenden Blüte ist." (Courier d'Anvers, 6. Nov. 1908).

In Wirklichkeit haben die Franzosen 1792 die Scheldefahrt frei gemacht, weil sie im Begriffe standen, das Land einzuverleiben, ganz gewiß aber nicht weil sie ihm zur Unabhängigkeit verhelfen wollten!

Bei dem Brüsseler Feste des 14. Juli 1891 behauptete der französische Gesandte Bourée rundweg:

„Belgien ist tatsächlich ein Werk unserer Hände, ja, unseres Blutes. Ist es denn nicht der Wunsch jedes Vaters, sein Kind groß, gesund und stark werden zu sehen?" (L'Etoile Belge, 15. Juli 1891.)

Im Echo Commercial (12. Juli 1912) las man folgende Sätze:

„Wir lieben Frankreich. Es ist schön, es ist großmütig. Kein einziger französischer Soldat hätte die Grausamkeit jenes vlämischen Bauern in der Golden-Sporenschlacht gehabt, der mit eisenbewehrter Faust dem Ritter Jacques de Châtillon die Zunge aus dem Munde riß. Kein einziger hätte Greueltaten

ausdenken können wie die Preußen im Jahre 1870. Kein einziger hätte uns seine Unterstützung verweigert damals 1830, als es sich darum handelte uns vom holländischen Krebsgeschwür zu befreien. Kein einziger hätte die grauenvolle Feigheit besessen, unseren Müttern und Töchtern den Bauch aufzuschlitzen, wie es die batavischen Soldaten taten."

Auf der Brüsseler Weltausstellung. — Beulemansreisen.

Nicht selten hat man die belgische Hauptstadt gerühmt als eine Art von „Weltzentrum", in dem sich viel internationale Gemeinschaftsarbeit vollzog. Man erblickte auch gerne in Belgien das Land, das sich besonders zum neutralen Hüter solcher Weltbestrebungen eignete. Das mochte in mancher Hinsicht zutreffen. Sehr häufig jedoch wog der französische Einschlag bei derartigen internationalen Veranstaltungen so stark vor, daß man die deutschgegnerische Unterströmung deutlich spüren konnte. Wie denn der sogenannte Internationalismus fast überall und so ziemlich auf allen Gebieten, wo er in Erscheinung trat, g e g e n Deutschland ausschlug. Daß wir guten Deutschen in politischer Ahnungslosigkeit das meist nicht merkten, ist kein Beweis, daß dem nicht so ist. Heute sehen wir schärfer. Haben nicht zum Beispiel die belgischen Leiter der sozialistischen Internationale, voran der nunmehrige Staatsminister Van der Velde, nun jede Maske abgeworfen? Sie sind nicht nur, was ja durchaus verständlich wäre, zur Zeit Gegner Deutschlands, sondern sie stellen die ganze von ihnen vertretene internationale Sache unter Verrat ihrer Grundsätze einseitig und restlos in den Dienst der auf die Zerschmetterung Deutschlands und seiner Menschheitsarbeit gerichteten rücksichtslosen englisch-französischen Machtpolitik. Sie helfen damit in verstärktem Maße und offen ein Werk fortsetzen, zu dem sie schon vor dem Kriege versteckt ihre Dienste liehen. Auf der gleichen Linie mit ihnen befinden sich andere internationale Gruppen, die in Belgien ihren Sitz aufgeschlagen hatten, Welt-

friedensfreunde, wirtschaftliche, wissenschaftliche und literarische Vereinigungen usw.

Unverkennbar und doch von deutscher Seite wenig beachtet war die geflissentlich französische Art, wie sich die belgischen Weltausstellungen gaben. Abgesehen von allem andern, bei keiner fehlte ein Weltkongreß des propagandistischen Franzosentums, in geradezu herausfordernder Aufmachung, weder in Lüttich (1905), noch in Brüssel (1910), noch in Gent (1913). Belgien ging dabei sozusagen ganz in Frankreich auf.

Die Brüsseler Weltausstellung von 1910 gab Anlaß zu großen Verbrüderungsfesten. Bei der Eröffnung der französischen Abteilung flossen die belgischen Redner über von Dankesbezeugungen, die der anwesende französische Handelsminister Dupuy hocherfreut entgegennahm. Er selbst schlug der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht mit dem Satz:

> „Seit mehr als einem Jahrhundert gab es keinen Augenblick (!), in dem unsere Herzen nicht gleichstrebend gewesen wären, und in dem Belgier und Franzosen sich nicht als Brüder gefühlt hätten." (Chronique, 5. Juni 1910.)

Baron Janssens, der Vorsitzende der Ausstellungsleitung, sprach von der überwältigenden Flut des französischen Geistes, die alle Länder überströme, von Frankreichs Edelmut, Schönheit, Geschmack und Vollkommenheit, die in seinen Erzeugnissen nun in Freundesland zur Schau gestellt seien. Der Brüsseler Bürgermeister Max gab den innigen Freundschaftsgefühlen seiner Mitbürger für Frankreich Ausdruck zum Danke für alles, was diese benachbarte Macht seit 75 Jahren fortgesetzt für Belgiens Unabhängigkeit (!!) getan habe. Die Hauptstadt Brüssel zumal dankt ihr Aufblühen dem Beispiele von Paris. Und er sprach das geflügelte Wort:

> „Wie wir gern an die Bande denken, die Belgien und Frankreich umschlingen, so erblicken wir auch mit etwas naivem Stolz in unserm Boulevard Anspach nur eine Fortsetzung der Pariser Boulevards."

Planmäßig wurden Massenbesuche aus Frankreich veranstaltet. Selbst die Pariser Schulkinder holte man herbei und ließ sie von König Albert begrüßen.

Die Kundgebungen für Frankreich überschritten alles Maß, als der Pariser Gemeinderat auf Einladung des Bürgermeisters Max im September 1910 Belgien und die Ausstellung besuchte.

Die Verbrüderungen standen wieder ganz im Zeichen der bekannten Geschichtsfabeln, wogegen der „National Vlaamsch Verbond" öffentlichen Protest erhob. Auf der andern Seite machten die welschen Vereinigungen auf der ganzen Linie mobil. Sie demonstrierten am 80. Jahrestage der belgischen Unabhängigkeit für Frankreich. (Maandblad van het Nat. Vl. Verb. 1. Okt. 1910.) Achille Chainaye führte ihren Zug im Triumphe vor das Standbild Rogiers und zum Hotel Métropole, wo Bellan, der Vorsitzende des Pariser Gemeinderats ihn erwartete. Beide erschienen auf dem Balkon des Hotels, Hand in Hand, und die auf der Place Brouckère versammelten Walen begleiteten diesen Auftritt, „eine kleine Ausgabe des Schwurs auf dem Rütli", (XX Siècle, 9. Sept. 1910) mit brausenden Hochrufen auf Frankreich.

> „Würden es die franco-belgischen Blätter gutheißen", schrieb die Vlaamsche Gazet (28. September 1910) „wenn eine vlämische Vereinigung einen deutschen Bürgermeister bei seinem Aufenthalt in Belgien begrüßen und ihn ersuchen würde, vom Balkon aus eine Ansprache zu halten unter dem Ruf: Es lebe Deutschland! Sicherlich nicht, wir hören schon das welsche Gebrüll. . . . .
>
> Ginge ein Vlame nach Französisch-Flandern und sagte den vlämischen Bürgern der Republik: Ihr seid Vlamingen nach Rasse und Sprache; Belgien ist euer wahres Vaterland und nicht Frankreich, das euch im 17. Jahrhundert von euren Brüdern losgerissen hat, und er endigte seine Ansprache mit: Hoch Belgien, so flöge dieser Vlame im Schub über die Grenze."

In der Ausstellung durchbrach der Strom begeisterter Beredtsamkeit alle Dämme. Der Vorsitzende des Ausschusses, Baron

Janssens, begrüßte frohen Herzens die Flaggen Frankreichs, Englands und Belgiens und feierte die Verbrüderung der drei Völker. Überwältigt von dankbaren Gefühlen beugte er das Haupt vor Frankreichs Dreifarbe, „die unserem Volke bei seiner Geburt Hilfe und Rettung brachte". Bellan aber fühlte bei soviel Liebe und Bewunderung doppelt „den Stolz, ein Franzose zu sein" und endigte:

„Ich trinke auf Belgien; es ist ja nur ein Eckchen Frankreichs." (Indépendance Belge, 27. Sept. 1910.)

Die Vlammsche Gazet (27. September 1910) fand, daß Bellan den Belgiern auf wenig handsame Weise den Hof machte:

„Ein solches Kompliment sollte eigentlich nur aus dem Munde eines nationalistischen Heißsporns und Annexionisten kommen."

Der Brüsseler Bürgermeister Max, der in den Boulevards seiner Stadt nur die Fortsetzungen der Pariser sieht, vermochte beim Empfang auf dem Rathause diese Leistungen nicht mehr zu überbieten, so sehr er sich auch bemühte. Ihn „zieht alles nach Paris, geschichtliche Erinnerungen und Gemeinschaft von Rasse und Sprache." Er feierte das „Bündnis der beiden Stadtverwaltungen" als einen wahren Herzensbund und war glücklich über die Zuneigung der Pariser. (Indépendance Belge, 27. Sept. 1910).

In Antwerpen nahm man die Pariser würdig, aber ohne Überschwenglichkeit auf. Nur ein Herr Rooman, der Sprecher der Propagandavereinigung Gardenia gefiel sich in überströmenden Schmeicheleien. Bellan quittierte durch lautes Lob auf diese Vereinigung, die zum Programm habe, „daß man französisch spreche, denke und handle". (Matin, Antwerpen, 30. Sept. 1910.)

In Lüttich, dem Hauptsitz des belgischen Franzosentums, gab es keine Schranken mehr.

„Lüttich ist zu einer französischen Stadt umgewandelt" schrieb der Antwerpener Matin (30. September 1910); „überall weht die französische Flagge, und die Trambahnen tragen französische Wimpel. Alle Vereine stehen in den

Hauptstraßen, um die Franzosen zu empfangen. Die Feste nehmen einen ungeschminkten politischen Charakter an; die Zeitungen strömen über von lyrischen Ergüssen. Die Ligue Wallonne ist in Bewegung, und allen erscheint der Empfang als eine Kundgebung für Frankreich."

Der Bürgermeister Kleyer bekannte, daß die Pariser „Bürgerrecht in der Stadt" hätten und fühlte, daß ihr „Zug nach Belgien ein Ziel habe, das weit über eine Studienreise hinausreicht". Er trank auf die „unverbrüchliche Eintracht Frankreichs und Belgiens" und erklärte, daß das Gefühl der Dankbarkeit, das die Belgier der edelmütigen französischen Nation schulden, mit ihnen leben und sterben soll. (Vlaamsche Gazet, 2. Oktober 1910.)

Tiefbewegt ob solcher Hingabe, die ihn übrigens als Kenner der Belgier nicht verwunderte, schloß der französische Gesandte Beau die liebenswerte Lütticher Bevölkerung, „die uns nahesteht durch Sprache, Art, Sitten und Gewohnheit" als „Freunde und Brüder" in die Arme.

Wieder schwelgte man in historischen Erinnerungen und übersah dabei geflissentlich, welch schwere Leiden gerade auch Lüttich in der Vergangenheit der französischen Kriegswut verdankte.

Vieltausendstimmig erscholl das Vive la France abends beim Fackelzug in Straßen und Gassen.

Die Quelle dieser rückhaltlosen Begeisterung sah das Journal de Liége (1. Oktober 1910) im „Bekenntnis zum Geiste der Rasse".

„Dieser Geist ist das Band zwischen Frankreich und der Wallonie, und keins ist stärker, keins unzerreißbarer. . . . . Obgleich wir, die Franzosen und die Wallonen, durch die Zufälle der Politik seit Jahrhunderten getrennt sind, sind wir dennoch die Söhne der gleichen Rasse. Man kann uns nicht hindern, eine gemeinsame Grundrichtung, ein ähnliches Ideal zu haben, sowenig wie man die Söhne einer gleichen Mutter hindern kann, sich körperlich ähnlich zu sein."

Kann man sich nach solchen Vorgängen noch wundern, daß der Pariser Gemeinderat eine Straße der „Lichtstadt“ an der Seine zu Ehren des Brudervolkes Rue des Wallons benannte?

* * *

Im April 1911 erwiderten Abgesandte der Brüsseler, Lütticher, Genter und Antwerpener Gemeinderäte den Besuch des Pariser Gemeinderats in der Seinestadt. Bezeichnenderweise reisten mit ihnen auch Vertreter der belgischen Abteilung der Amitiés Françaises, die gleichzeitig eingeladen waren. Es wiederholten sich die Brüsseler Verbrüderungsszenen. Besonders der Bürgermeister Max von Brüssel überschüttete die Pariser mit schmeichlerischen Redensarten. In ellenlangen Artikeln berichteten die beglisch-französischen Zeitungen über die Festlichkeiten, während die Pariser Boulevardblätter recht kurz angebunden waren. Einige von ihnen machten sogar der Spott- und Lachlust der Pariser, die sich weidlich an den „Petits Belges“ erprobte, Zugeständnisse, indem sie mitleidig scherzend über die „Woche der Beulemans“ berichteten.

> „Unsere Franskiljons mögen sich diese Blümchen an den Hut stecken“, schrieb der vlämische Volksbelang (8. April 1911), dahin sind wir gekommen dadurch, daß sie seit 1830 alles über den französischen Leisten schusterten. Die Belgier sind nur noch Karikaturen der Franzosen und viele unserer Französisch-Gesinnten bekommen ihren Teil von dem Schimpf ab, mit dem die Pariser unsere Landesart schmähen.“

Auf der 1909 abgehaltenen Ausstellung in Nancy kam es ebenfalls zu einem Verbrüderungsfeste. Die „Legia“, ein Lütticher Verein, war nach Nancy gereist; beim Festmahl sagte der Sprecher der Belgier u. a.:

> „Ja, meine Herren, wir lieben Frankreich seiner Klugheit, seiner Begeisterungskraft, seiner Vaterlandsliebe, seiner Großmut wegen. Wir lieben es, weil wir es als unsere ältere Schwester betrachten, die über uns gewacht und nicht aufgehört hat uns gegenüber treu zu bleiben.“ (Journal de Liège, 1909.)

* * *

Der sozialistische Abgeordnete Marville von Mons, hielt 1909 in Longueville auf einer Zusammenkunft belgischer und französischer Sozialisten eine begeisterte Rede, worin er sagte, daß er und seine Genossen zwar dem Namen nach Belgier, aber im Herzen Franzosen seien.

„Würde eines Tages irgendein Potentat seine schänderische Hand auf Frankreich legen, so würden sich alle Belgier wie ein Mann erheben um Frankreich zu schützen, dieses Denkmal, an dem tausende von Menschen gebaut haben mit Aufopferung ihres Lebens für die Freiheit und die endliche Verwirklichung der Republik." (Temps, 21. September 1909.)

Waterloo — Jemappes.

Über die geschichtliche Bedeutung der Schlacht von Waterloo sind sich auch sachlich urteilende belgische Geschichtsschreiber klar. Sie wissen, daß die Befreiung vom Napoleonischen Joche ein Glück nicht nur für Europa, sondern auch für ihr Vaterland war.

„Der Sieg von Waterloo", so schreibt Louis Navez, ein anerkannter belgischer Historiker und Offizier, „erweckte in ganz Belgien einen Sturm der Begeisterung. War doch damit ein Zeitalter beendet, das in unserer Geschichte zu den allerunglücklichsten gehört. Frankreich hatte die Besetzung unserer Provinzen als eine Maßregel betrachtet, kraft deren man sich erhebliche Einnahmequellen verschafft; wir wurden wie ein unterworfenes Land behandelt. Am 15. Dezember 1792 hatte Cambon es von der Tribüne der Conventsversammlung herab ausgesprochen, daß man Belgien einstecken müsse, um mit den Reichtümern dieses Landes den papiernen Schatzanweisungen den so nötigen metallischen Rückhalt zu geben. Namentlich nach der Schlacht von Fleurus wurde das Land buchstäblich der Plünderung ausgeliefert . . . . .

In den Kunstschätzen Belgiens, die seinen Schmuck und seinen Stolz ausmachten, wurde gestöbert und geplündert.

Man kann sich die Verwüstung nicht schlimm genug denken. Brüssel zählte unter dem Direktorium im Jahre VII nur noch 62 000 Einwohner; die Kaufläden waren geschlossen, auf den Hauptstraßen sproß Gras. Hernach das Kaiserreich! Die Unordnung nahm zwar ab, dafür vergrößerte sich die Unterdrückung. Die Polizei war allmächtig und oft kam es vor, daß Kaiserliche Staathalter ehrenwerte Bürger, gegen die rechtlich keine Verurteilung zu erzielen war, einfach aus eigener Macht einsperren ließen.

Ich denke, man begreift nach alledem das Frohlocken, mit dem Belgien den Sturz einer gehaßten Fremdherrschaft begrüßte.“ (Navez, Waterloo S. 48.)

Wer da glauben sollte, daß bei solchem Verhalt das Gedächtnis des Sieges von 1815 von allen Belgiern hoch in Ehren gehalten worden sei, irrt sich. Dafür war die Hinneigung zu Frankreich bei Regierenden und Regierten zu groß. Die französische Partei verabscheute geradezu die Erinnerung an Waterloo.

Kennzeichnend hierfür war der Kampf, den sie gegen die Waterloofeiern führte. Als im Jahre 1890 die flämischen Organisationen den 75. Jahrestag der Schlacht unter Teilnahme von Engländern und Deutschen mit einem großen Feste begingen, erregten sie tobende Wutausbrüche bei den Gegnern. Der Auszug nach Waterloo am 22. Juni wurde in Brüssel mit wüstem Geschrei begleitet: „Nieder mit diesen falschen Belgiern! Es lebe Frankreich!“ (Fredericq, Schets eener Geschiedenis der Vlaamsche Beweging II, 40.)

Selbst dem damaligen französischen Gesandten Bourée war dies zuviel des Guten. Er dämpfte den Überreifer mit dem Hinweis, daß seine Regierung Belgien gegenüber keinerlei Annexionsbestrebungen verfolge.

Schlagfertig antwortete ein öffentlicher Maueranschlag des Waterloo-Komitees, daß nach Ausweis der Geschichte französische Regierungen derartige Versicherungen just in Augenblicken abzugeben pflegten, in denen sie auf die Vernichtung der belgischen Unabhängigkeit sannen. (Taalstrijd VII, 138.)

Bald danach tauchte der Gedanke auf, das Waterloofest mit einer Gedenkfeier auf dem Schlachtfeld von Jemappes zu be-

antworten, also mit einer Verherrlichung des Sieges, durch den 1792 die Unterwerfung Belgiens unter die Herrschaft der französischen Revolution besiegelt wurde. Der sozialistische Abgeordnete Léon Défuissaux betrieb den Plan aufs eifrigste, der Gedanke zündete auch in Frankreich. Die Presse war dort Feuer und Flamme. Die Gemeinderäte von Paris und Lille sagten mit Begeisterung ihre Teilnahme zu:

„Es gilt eine politische Tat zur Ausbreitung der Republik," hieß die Losung. (Fredericq II, 43.)

Eben damals war eine wüste Preßhetze gegen König Leopold II. im Gange, den man zu Unrecht beschuldigte, er hätte Belgien an Deutschland „verkauft". Im Zusammenhang damit nahm die Jemappesbewegung so bedenkliche Formen an, daß die verantwortlichen Minister in beiden Staaten, Beernaert und Ribot, übereinkamen, die Feier untersagen zu lassen.

Darob natürlich laute Proteste! Auf einer Versammlung zu Paris wetterten die sozialistischen Abgeordneten Défuissaux und Hubbard und erzählten über angebliche Abmachungen zwischen Brüssel und Berlin wahre Schauermären.

„Der König ist es", rief Hubbard aus, „der das arme Beligen an den Triumphwagen des siegesstolzen Deutschland spannen will."

Die Versammlung nahm folgenden Beschluß an:

„Die in Paris wohnenden Belgier erheben kräftigst Einspruch gegen den despotischen Beschluß der belgischen Regierung, durch den die Kundgebung von Jemappes verboten wurde. Beseelt von Gefühlen tiefster Ergebenheit für Frankreich, ihr gallisches Mutterland, für Frankreich, das ihnen die edelste Gastfreiheit gewährt, geben sie ihrer Zuneigung zu Frankreich und ihrer Verachtung für die deutschfreundlichen Ränke der Regierung Leopolds von Sachsen-Coburg Ausdruck und erklären, daß sie es sich zum Glücke rechnen und stolz sein würden, ihr Blut für Frankreich hinzugeben, wenn es bedroht würde." (Taalstrijd VIII, 236 ff.)

* * *

Was 1890 unter einer Regierung, die es mit der Neutralität ihres Landes noch gewissenhaft nahm, nicht möglich war, das sollte in einer Zeit, da Belgien bereits unter die Fuchtel des Dreiverbandes geraten war, unschwer gelingen.

Im Jahre 1908 erschien ein Aufruf, daß man den ruhmwürdigen Tag von Jemappes, mit dem „ein neues Zeitalter begann und sich die Pforte ins Land der Freiheit und des Fortschritts öffnete", festlich begehen sollte.

> „Für alles, was Frankreich für uns tat", so sagten die Urheber des Schriftstücks, „bewahren wir das dankbarste Gedächtnis; mit allen Fibern hängen wir an seinen Ruhmestaten, wir nehmen teil an seiner geistigen Entwickelung und Gesittung; so denken wir als erste die Anregung geben zu sollen, daß man diesen Tag, den 6. November, aufs festlichste begehe." (Indépendance Belge, 23. Dez. 08.)

Bald darauf kam ein Ausschuß zur Errichtung des Denkmals auf dem Schlachtfelde zustande. Hervorragende Führer der französischen Partei, darunter belgische Amtspersonen, Bürgermeister und Gemeinderäte, Senatoren, Abgeordnete, berühmte Schriftsteller, wie Emile Verhaeren, gehörten ihm an.

Eine lärmende Werbetätigkeit wurde entfaltet, die natürlich von Frankreich her aufs lebhafteste unterstützt wurde.

> „Jemappes bedeutet für alle Franzosen", so hieß es im Temps (11. November 1908), „eine völkische Ruhmestat; zudem ist der Tag ein wichtiges Datum in der Geschichte der Völkerbefreiung; alle Freiheitsfreunde müssen seiner mit frohen Gefühlen gedenken, namentlich in jenem Belgien, wo die entgültige Selbständigkeit, als eine Folge der französischen Revolution, unter Beihilfe des liberalen Frankreichs sich endlich 1830 verwirklichte."

H. Voituron, der Schriftführer des Denkmalsausschusses unterstrich diese Auffassung mit der Erklärung, die Wallonen liebten Frankreich als ihr „geistiges Vaterland". Die Jubelfeier werde daher für den wallonischen Stamm, „in welchem noch immer Frankreich träumt und schlummert," ein Fest der Seele sein. (Temps, 18. Nov. 08.)

Der Temps posaunte auch die ganze politische Tendenz der Feier aus mit folgenden giftigen Sätzen gegen die vlämische Bewegung, die er mit Recht als ein Haupthindernis für das Fest betrachtete:

„Die vlämische Bewegung, die bedeutsam und rechtmäßig zu nennen wäre, wenn sie sich in den Grenzen einer altnordischen Dichtergilde hielte, setzt die Gebildeten in Erstaunen durch ihre Anmaßung und ihre Unduldsamkeit. Können die Vlamländer wirklich hoffen, ihre niederdeutsche Provinzmundart eines Tages als vollberechtigt in die Zahl der führenden europäischen Volkssprachen aufgenommen zu sehen? Wollen sie nicht einsehen, daß ihr Kreuzzug gegen die französische Sprache nur eben den Erfolg hat, daß sie selber sich damit von der Verbindung mit der zivilisierten Welt abschneiden? Für Belgien wäre ihre Oberherrschaft ein Volksunglück. . . . ."

Eine Gruppe stammvergessener Vlamen entblödete sich trotzdem nicht, in einem Aufruf zu sagen:

„Wir Vlamländer werden an der Feier teilnehmen, und dies ist unser Recht, wenn nicht unsere Pflicht in dieser Zeit geistiger Barbarei. Denn allem voran geht die Dankespflicht, die wir dieser unvergleichlichen Lehrmeisterin der Völker, dieser hohen Mutter der Kultur, diesem hehren Vaterlande der Künste schulden, nämlich Frankreich." (Petit Bleu, 23. Jan. 09.)

Demgegenüber setzte der National Vlaamsch Verbond eine tatkräftige Gegenagitation ins Werk. In einem Anschlag (März 1909) hieß es:

„Belgier, gedenkt der Bedrückungen, die unsere Vorfahren unter der französischen Besetzung von 1792—1814 zu erdulden hatten.

Wenn man euch von dem gütigen Frankreich spricht, das uns vorgeblich 1792 die Freiheit gebracht hat und hernach 1830 für unsere völkische Unabhängigkeit gesorgt haben soll, so antwortet — und ihr beruft euch dabei auf die unparteiische Geschichtsschreibung — daß Frankreich unser

Land immer nur besetzte, um hier den Herrn zu spielen und die Belgier als Unterworfene zu behandeln."

Auch französisch-belgische Blätter katholischer Richtung zogen gegen den Denkmalsrummel zu Felde. Freilich war ihnen weniger das französische Gepräge anstößig, als die Tatsache, daß die Bewegung einen stark antiklerikalen Zug hatte und auf die Revolution von 1789 zurückwies.

„Jemappes hat in Belgien einzig und allein schmerzliche Erinnerungen hinterlassen", schrieb Le Patriote (28. März 1911), „man kann sie zusammenfassen in die Worte: Gewaltakte, Diebstähle, Enteignung, Rechtsbeugung usw. Es war eine Schmach und sie verdient wirklich nicht in Stein und Bronze verewigt zu werden. Diese Jubelfeier von Jemappes bleibt eine der bezeichnendsten Merkmale dafür, wie eine politische Partei sittlich und geistig sinken kann."

XX. Siècle urteilte (24. September 1911):

„Das Fest ist ein französisches. Es wird auf unserem Boden nur zur Schmach unseres Vaterlandes veranstaltet von den belgischen Franzosen (des Français de Belgique)."

In Stadtverwaltungen und Gemeinderäten, die um Beiträge zum Denkmalsbau angegangen wurden, entstanden große Auseinandersetzungen. In Lüttich meinte ein Gemeinderat: „Die Franzosen müssen aus unseren Kundgebungen geradezu entnehmen, daß wir annektiert werden wollen."

Aber solche Warnungsrufe verhallten ungehört, wie Stimmen im Sturm. Das Denkmal kam zustande: Ein goldglänzender gallischer Hahn ward auf dem Schlachtfeld aufgestellt, den die Etoile Belge (25. Sept. 1911) also begrüßte:

„Dieser prächtige und streitbare Hahn blickt nach Belgien und kehrt Maubeuge, Valenciennes und Frankreich den Rücken . . . . ., man könnte meinen, der Hahn singt die Marseillaise."

Der Petit Bleu (25. September 1911) meinte:

„Jean Gaspar hat dieses Werk mit Glück geschaffen. Er hat den besten Teil seines Talents und seines künstlerisch

fühlenden Herzens hineingelegt. Sein Hahn ist eine ergreifende Marseillaise aus Gold . . . .“

Ein anderes Blatt aber erinnerte an ein schon 1843 gebrauchtes Wort:

„Noch ein Monument zur Ehre Frankreichs? Wenn das so weiter geht, wird man ihm Belgien noch aus Dankbarkeit schenken müssen.“ (Etoile belge, 25. Sept. 1911.)

* * *

Der Kongreß der Amitiés Françaises in Mons im September 1911, diese Heerschau des französischen Imperialismus, wurde als günstige Gelegenheit für das Fest der Denkmalsenthüllung ausersehen. Diese bildete die Krönung des Kongresses.

Noch mehr als seine Verhandlungen war die Feier von Jemappes von herausforderndem Geiste gegen die Vlamen und gegen Deutschland getragen.

Dumont-Wilden ließ folgenden Kriegsruf erschallen:

„Jeder mag nach Jemappes mit den Gefühlen gehen, die ihm zusagen . . . . Auf alle Fälle wird er einen der großen und hehren Tage der französischen Kulturentwickelung feiern, einen der großen Siegestage im ewigen Kampfe gegen den Germanismus.“

Die Chronique (25. Sept. 1911) wagte die frechen Sätze: „Es ist nicht bloß die große Volksbefreiung, die wir ins richtige Licht rücken wollen, welch' große Bewunderung auch viele unter uns dafür haben mögen . . . . Das französische Bollwerk, das lateinische Bollwerk ist es, das sich uns in Jemappes vergegenwärtigen soll; der Ostmark Belgien, Frankreichs triumphierender Ostmark, gilt unsere glühende Begeisterung.“

Noch deutlicher wurde der eigentliche Zweck der Veranstaltung enthüllt dadurch, daß man den bekannten Chorführer der französischen Kriegshetzer, den General Langlois, als Festredner verschrieb. Im Pariser Gil Blas richtete Graf Albert Du Bois im vorhinein einen offenen Brief an den General, mit folgenden für einen Belgier hochverräterischen Sätzen:

„Gegenwärtig verfolgen unsere Geschäftsteilhaber, die Vlamen, uns auf dem Gebiete der Sprache, sie beleidigen uns in unseren philosophischen Überzeugungen, fügen uns Schaden zu bei unseren kaufmännischen Unternehmungen. Wallonien ist ein zweites Lothringen. Zwar verblutet es nicht unter den Krallen des deutschen Adlers, aber es erstickt unter den breiten Füßen der vlämischen Ente. So zu sterben ist wahrlich nicht schön.

Der Vertrag der 24 Artikel auferlegt uns die Pflicht, neutral zu bleiben. Aber gibt es für einen Mann oder ein Volk eine größere Erniedrigung, als das Verbot, mit der Waffe in der Hand sich schlagen zu dürfen? Schmach über den, der nicht mit seinem Leben eintreten darf für die Verteidigung seiner Denkweise, seiner Ehre, sein Lebensrecht. Glaubt man etwa, wir ertragen diese Schmach leichten Herzens?

Im wichtigsten Augenblick unserer Geschichte haben unsere Vorfahren ihren Willen kundgetan, einverleibt zu werden und einen Teil der Republik auszumachen. Die Macht hat das Werk des Rechts zu nichte gemacht, aber wir hoffen, daß der Tag naht, wo das Recht an der Macht Vergeltung üben wird. Sie, Herr General, der Sie einen französischen Degen führen, sprechen Sie uns in Jemappes nicht von unserer Unabhängigkeit, erklären Sie nicht, daß die Grenze, die die Auseinanderreißung unserer Nationalität bestätigt, bestehen bleiben soll ..... Wir Wallonen sind so gut Franzosen wie irgend welche anderen Franzosen von jenseits der Grenze ..... Verlieren Sie, bitte, nicht aus den Augen, Herr General, daß, wenn Ausländer eine verwünschte Grenze mitten durch unseren Hennegau gezogen haben, doch unsere Herzen und freien Seelen diesseits der Grenze noch immer französisch geblieben sind.

Eine belgische Nation gibt es nicht. Sprechen Sie nicht von Belgiern. Alle Gallier, die an den Ufern der Loire wohnen, sind Belgier. Demnach liegt das wahrhafte Belgien in Frankreich und die einzigen Franken, welche wesentliche

Merkmale ihrer germanischen Abstammung bewahrt haben, das sind die Vlamen, unsere Mitbürger.“ (Chronique, 20. September 1911.)

Wenn die verantwortlichen staatlichen Stellen wollten, konnten sie nach solchen Vorgängen die Veranstaltung mit Fug und Recht untersagen wie 1890. Allein die Auffassungen über die Pflichten der Neutralität hatten sich seitdem nicht nur im Volke, sondern auch in Regierung und Parlament so gewandelt, daß man ruhig zusah, wie der französische Chauvinismus auf belgischem Boden ein tolles Wesen trieb und die Neutralität des Landes hohnlachend mit Füßen trat.

Die Feier ging vor sich mit echt französischem Pomp. Der Brüsseler Soir berichtet (25. Sept. 1911):

„Belgische, französische und rote Fahnen (die Gemeinde ist zum größten Teile sozialistisch), wehen an den Fenstern aller Häuser. Auf der Grande Place sind große Vorbereitungen für eine allgemeine Beleuchtung getroffen worden. Vor dem Denkmal wurde eine große Tribüne errichtet, die mit französischen Farben geschmückt ist, ebenso ist ein geräumiges Podium für 500 Sänger und Musiker geschaffen worden, welche die Marseillaise und den Chant du Depart zur Aufführung bringen werden. Die ganze Borinage-Landschaft pilgert seit zwei Tagen zu dem neuen Denkmal, das dazu berufen ist, in der Reisewelt Waterloo eine ernsthafte Konkurrenz zu machen.“

Die Ansprachen vor dem Denkmal reihten sich würdig den aufreizenden Reden an, die beim Kongreß zu Mons gehalten worden waren.

General Langlois sagte unter anderm:

„Der Belgier, der nach Frankreich, und der Franzose, der nach Belgien kommt, fühlt sich keineswegs behindert und fremd. Sie beide finden hier wie da die gleiche Art zu denken, das Leben zu betrachten, sich gesellschaftlich an einander zu schließen. Mit solchen Banden hängen die beiden Völker an einander und ihr ganzes Wirken und Erdendasein ist innig auf einander zugerichtet.“ (Indépendance Belge, 26. Sept. 1911.)

Ihm sekundierten belgische Redner. So die Abgeordneten Masson und Destrée, vornehmlich mit Kampfansagen gegen die Vlamen:

„Die französische Sprache ist ein zu bedeutsames Verkehrsmittel im Reiche der Zivilisation, als daß kleine Hindernisse, die man ihr in den Weg wirft, sie ernstlich gefährden könnten. Wir, die wir ständig aus dem geistigen Leben Frankreichs unsere Nahrung entnehmen, die wir in vollen Zügen aus dem Becher trinken, den Frankreich uns täglich reicht, müßten wir uns nicht einer unvergleichlichen Schwäche anklagen in dem Augenblick, wo wir die geringste Befürchtung für das Ergehen einer Kultur und einer Geistigkeit durchblicken ließen, kraft deren wir auf den Wegen des Fortschritts und der Demokratie unwiderstehlich weitergeschritten sind?“ (Masson. Soir, 28. September 1911.)

„Man soll es deutlich hören“, schloß Destrée seine Ansprache, „daß unser Wille dahin geht, in Flandern die französische Kultur einzubürgern . . . . . Alles was die Vlamen anstrebten, haben sie jetzt. So schmettere denn, wallonischer Hahn, hinüber gen Flandern den Siegesgesang Walloniens, welches endlich nach seinem Wunsch und Willen zu leben begehrt.“ (Indépendance Belge, 26. September 1911.)

Das Denkmal von Jemappes gewann für die Franzosen-Partei in Belgien förmlich symbolische Bedeutung. Einige führende Leute aus den Amitiés gründeten 1913 einen Verein der Freunde von Jemappes, worüber die Indépendance Belge (12. November 13) folgendes berichtete:

„Das Denkmal von Jemappes hat schlechthin eine symbolische Bedeutung: hier, um dieses Denkmal, sammelten sich erstmals die Anhänger der französischen Denk- und Lebensweise, um den Kampf aus den akademischen Hörsälen heraus auf ein anderes Gefilde zu tragen. Warum aber hielten sie zu Füßen des goldenen Hahns unseres Jean Gaspar, der über das Land so stolz seinen Freiheitsgesang schmettert, nicht regelmäßige und wiederkehrende Versammlungen ab? . . . . Dies bedenkend, berief Hektor Voituron, der eifrige Schrift-

führer des Denkmalsausschusses, fast am Jahrestage der Schlacht eine Zusammenkunft, wo man den Beschluß faßte, sich zu einem Verein der Freunde von Jemappes zu verbinden. Den Vorsitz übernahm Jean d'Ardenne, unser Mitarbeiter. Der Verein, aus dessen Schoße immer die Erinnerung an Frankreich aufblühen wird, wird auf die Instandhaltung des Denkmals acht geben und alljährlich einen Besuch des Denkmals veranstalten, um auf diese Weise die Gefühle lebendig zu erhalten, die an der Errichtung des Denkmals ihren Anteil hatten."

* * *

Ein Jahr nach der Jemappesfeier stellten die französischen Propagandisten ein Denkmal für Viktor Hugo auf dem Schlachtfelde von Waterloo auf. Und warum? Weil der Dichter einige Seiten seines Werkes Les Misérables der Schilderung der Schlacht von Waterloo gewidmet hat.

Selbst das Pariser Chauvinistenorgan L'Action Française fand den Gedanken lächerlich. Nicht so die belgischen Franzosen. Sie wollten dem literarischen Vorkämpfer der Rheingrenze, für den die Vernichtung der belgischen Unabhängigkeit ein selbstverständliches französisches Ziel war, eine besondere Ehre erweisen.

„Die Säule, die hier sich erheben wird", sagte der Vertreter des französischen Komités, Camille Le Senne, bei der Grundsteinlegung, „soll eine Wiederbelebung des Ideals (Hugos) bedeuten."

Hector Fleischmann, der Sprecher der Belgier, feuerte die Versammelten an:

„Hoch die Herzen! . . . . . Widerspruch wird erlaubt sein gegen jeden, der etwa in dieser Säule ein neues Gedenkzeichen der Niederlage sehen sollte . . . Die Fackel der französischen Idee entfiel den Händen Napoleons, sie wurde wieder aufgehoben; andere mutige Hände streckten sie gen Himmel, haben sie neuen Trägern übergeben, die sie mit heroischer Anstrengung und Naturgewalt auf uns überbracht haben. Sie

ist da, lebendig und ewig, und von einer Leuchtkraft, die keiner Finsternis weicht. Die Hugo-Säule wird auf diesen Feldern verkünden, wie Frankreich das Andenken derjenigen ehrt, die nie an Frankreich verzweifelten, ihm Vertrauen schenkten und es zur Größe seiner Geschicke zurückriefen. Bald wird der Hahn hier seinen Flügelschlag erheben gegen diesen niemals ruhigen und friedlichen Himmel. Er wird nicht die sogenannte Niederlage verewigen, sondern fröhlich und kräftig der Morgenröte einer neuen Zukunft entgegenkrähen." (Etoile Belge, 23. Sept. 1912.)

König Albert in Paris.

Im Juli 1910, etwa ein halbes Jahr nach seiner Thronbesteigung erschien das belgische Königspaar in Paris, um der Republik seine Aufwartung zu machen, nachdem es schon vorher am Berliner Hofe seinen Besuch abgestattet hatte.

War es mehr als bloß zarte Rücksichtnahme auf die Eitelkeit des französischen Volkes, daß König Albert gerade die Zeit des französischen Nationalfestes für seine Reise wählte? Oder wollte man den Franzosen besonders augenfällig zu Gemüte führen, welch enge Beziehungen zwischen Brüssel und Paris bestünden?

Die Pariser Presse hatte samt ihrem Brüsseler Anhang es mißliebig aufgenommen, daß der König den deutschen Kaiserhof aufgesucht hatte, bevor er der „Hauptstadt der Welt" die i h r vor allem gebührende Ehre seines Besuches gab.

Eine solche Zurücksetzung schien eine Verletzung jener Überlieferung zu sein, nach der Belgien vor allem die Rolle eines getreuen und dankbaren Vasallen Frankreichs zu spielen hat.

Frankreich, die leuchtende und wärmespendende Sonne, um die sich Belgien als Trabant zu bewegen hat nach unwandelbaren historischen Gesetzen! — So verstehen nun einmal die meisten Franzosen die Rolle Belgiens. Also haben sich die Fürsten dieses Landes danach zu richten. Albert I. sah über diese Ansprüche

hinweg, die „gallische Idee“ war beeinträchtigt, das verlangte Sühne.

Und der König gab sie. Gab sie reichlich! Seine französisch gesinnten Berater leiteten zusammen mit ihren Pariser Freunden das Schauspiel in Paris so meisterhaft, daß auch der wütendste „Panlateiner“ damit zufrieden sein konnte!

Etwas beleidigend Gönnerhaftes lag freilich in der Art, wie man das Fürstenpaar in Paris empfing. Keines der großen Blätter versäumte, mit eifriger Zudringlichkeit und umständlich zu entschuldigen, daß Albert I. zuerst nach Berlin gegangen war. Die Schuld daran trug ja nicht er, sondern der Deutsche Kaiser, der ihn durch eine zuvorkommende Einladung genötigt hatte, nach Deutschland zu kommen!

„Natürlich gab Albert I. dieser Einladung Folge“, schrieb das halbamtliche Journal des Débats (13. Juli 1910). „Ebenso natürlich war es, daß in den Trinksprüchen beim Hoffeste, bei dem der Kronprinz den erkrankten Vater vertrat, freundschaftliche Worte gewechselt wurden. Es wäre kindisch, dem besondere Bedeutung zuzumessen.“

Wie um zu zeigen, wieviel enger, wieviel bedeutungsvoller und inhaltsreicher die Pariser Freundschaftsbezeigungen seien, als das Berliner „Hoffest“, kündigte das Blatt gleich an, was der Präsident der Republik und was König Albert in ihren Ansprachen sagen würden.

Es behielt mit seiner Voraussage recht. Freilich wurde dabei den Belgiern etwas eindringlich beigebracht, was Frankreich für sie bedeute. Schon die Begrüßungsartikel der Presse waren auf diesen Ton gestimmt.

„Was die Flaminganten auch denken mögen“, schrieb das schon genannte offiziöse Blatt mit einem Seitenhieb auf die Vlamen, „es ist für jeden belgischen Staatsmann klar, daß die französische Kultur und das Los Belgiens unzertrennlich miteinander verbunden sind.“ (Journal des Débats, 13. Juli.)

Der Gaulois (12. Juli 1910) erklärte:

„Für die große Mehrheit der Belgier ist Frankreich ein zweites Vaterland, und wir haben unsererseits die Belgier

niemals als Fremdlinge angesehen. Dieses Gefühl geht nicht allein aus der Gemeinschaft von Sprache und Bildung hervor, sondern auch aus politischen Beziehungen, die durch die ganze Geschichte hin Belgien und Frankreich vereinigt haben; wir werden nicht leicht vergessen, daß wir die Ehre hatten, unser Blut zu vergießen für die Errichtung des nachbarlichen Königreiches."

Diese alte Legende, die oft widerlegte Geschichtslüge, als ob Frankreich uneigennützig und edelmütig der belgischen Selbständigkeit und dem belgischen Staatswesen ins Leben verholfen hätte, zog sich wie ein aufdringliches Leitmotiv nicht nur durch die Zeitungen, sondern auch durch die amtlichen Reden hindurch.

Präsident Fallières stimmte mit ein, als er in seiner Ansprache die großen Erinnerungen erwähnte, die beide Länder unzertrennlich verbänden.

Schrill klangen diese Töne aus den Äußerungen der Redner zweiter und dritter Ordnung hervor.

Herr de Sélves, der Präfekt des Seine-Departements, konnte sich nicht enthalten, dem König freundlichst einzuschärfen: „Die belgische Nation ist unser Schwestervolk, und die Ereignisse seines Staatslebens können Frankreich nicht gleichgültig lassen." (Flandre Libérale, 16. Juli 1910.)

Herr Bellan, der Vorsitzende des Pariser Gemeinderates, bewillkommnete die Majestäten auf dem Stadthause mit überschwenglichen Lobsprüchen auf die „heiligen Bande und die eifrig bewahrten Überlieferungen", die Belgien mit Frankreich verbinden und sprach von den Flaggen beider Völker, die zusammenwehen „unter den ineinanderschmelzenden Klängen der Brabançonne und der Marseillaise."

Und König Albert? Er fand sich in die ihm zugemutete und für ihn von seinen Getreuen offenbar gut vorbereitete Rolle hinein und stimmte in die Lobgesänge auf Frankreich mit ein.

Beim Festmahl im Elyséepalast spann er in seiner Antwort auf die Begrüßung Fallières den von den Franzosen angedrehten Faden der falschen geschichtlichen Erinnerungen fort, indem er sagte:

„Der Ursprung der Freundschaft liegt in der Vergangenheit. In der Tat, stets soll die Erinnerung in unserem Lande lebendig bleiben an die entscheidende Unterstützung, die uns Frankreich in den ersten Zeiten unseres unabhängigen Bestehens lieh. Die Dankbarkeit, die wir dauernd dafür fühlen, hat noch zugenommen und ist verstärkt worden durch alle die Beweise der Freundschaft, welche Ihre große Nation uns erwiesen hat, seitdem uns die Unabhängigkeit gegeben worden ist."

Und dann schilderte er die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten also:

„Ohne Unterbrechung (!) haben die engsten Beziehungen zwischen ihnen geherrscht, und jeder Tag scheint neue zu schaffen. Hand in Hand mit dem Austausch der Waren, der nach den Statistiken ständig zunimmt, geht zwischen den Belgiern und den Franzosen ein ununterbrochener Austausch von Gedanken vor sich; geistige Berührungspunkte sind die Stütze des materiellen Güterumschlags. Frankreichs künstlerischer und literarischer Glanz, sein leidenschaftliches Arbeiten im Dienste des Fortschritts und aller menschlichen Betätigung haben entscheidender als kaufmännische Interessen dieses herzliche Verhältnis unserer beiden Länder herbeigeführt. Heute bindet uns an die hochherzige Nation, deren fruchtbarer Einfluß seit Jahrhunderten der ganzen Menschheit zugute kommt, ein wahrhaft geistiger Handelsverkehr. Unsere Denker, unsere Künstler, unsere französisch schreibenden Schriftsteller wissen bei all ihrer Anhänglichkeit an den heimatlichen Stamm sehr wohl, was sie Frankreich schulden, der Klarheit seines Geistes, der Vollkommenheit seines Geschmacks, seiner Sorge für das Künstlerische, die alle französischen Schöpfungen verschönt." (Journal des Débats, 14. Juli 1910.)

Zum Schlusse nahm der König die ihm so warm ans Herz gelegte Pflicht der Dankbarkeit und der Anhänglichkeit an Frankreich mit einer Art feierlichen Gelöbnisses auf sich und sein Volk.

Am andern Tage, am 14. Juli, beging das Königspaar zusammen mit den entzückten Parisern feierlich das Nationalfest der

Republik, die Erinnerung an den Bastillensturm. Beim Vorbeimarsch der Truppen erklang außer der Marseillaise auch der Regimentsmarsch „Sambre et Meuse". Das Musikstück erinnert an die Schlacht von Fleurus von 1792, also an den Franzosensieg, die die Unterjochung Belgiens unter die noch heute verrufene Gewaltherrschaft der französischen Revolution einleitete!

Mehr Selbstverleugnung konnte man von einem Monarchen den Nachkommen der Unterdrücker gegenüber wirklich nicht verlangen.

Ähnliche Gefühle hatte offenbar auch der Berichterstatter der Dernière Heure, wenn er schrieb:

> „Was dem 14. Juli 1910 sein Kennzeichen gibt, ist die unleugbare Tatsache, daß König Albert I. von Belgien dieses Fest mitgefeiert hat. Ein König auf dem Fest der Republik, ein König, der an der Erinnerungsfeier der revolutionären Tat teilnimmt, die der französischen Monarchie den ersten Schlag versetzte, das ist wahrlich etwas Neues; denn die Einnahme der Bastille bleibt in aller Augen das geschichtliche Symbol des großen Umsturzes." (Dernière Heure, 15. Juli 1910.)

* * *

Waxweiler meint in seinem bekannten Buche (Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?), die Königsbesuche in Berlin und Paris hätten sich in ihrem Verlauf und in bezug auf die rednerischen Äußerungen nicht wesentlich unterschieden. Ein gewissenhafter Vergleich beweist, daß er unrecht hat.

Auch die öffentliche Meinung in Paris und Brüssel dachte im Jahre 1910 darüber anders. Die französische Presse hob besonders die politische Bedeutung der Pariser Tage hervor. Das Journal des Débats empfahl sogar den Vlamen unter Hinweis auf die Rede ihres Königs höhnisch, nun endlich von ihrem Streite gegen die Ausbreitung der französischen Kultur in Belgien abzulassen. (Journal des Débats, 14. Juli 1910.)

Die belgischen Franzosenfreunde waren hocherfreut. Sie sahen ihr Ideal näher gerückt: Belgien in Dankbarkeit kniend vor Frankreich. Sie schlugen nach jeder Möglichkeit politisches Kapital

aus der Königsrede. Ja, der Fürst mußte es sich sogar gefallen lassen, von den französischen Imperialisten der Amitiés Françaises als einer der ihren ausgerufen und für eine großfranzösische Tagung als Schirmherr in Anspruch genommen zu werden. (Siehe Seite 44.) Man behandelte das Oberhaupt des belgischen Staates bereits wie einen Vasallen Frankreichs, ohne daß irgendein Berufener dagegen Einspruch erhoben hätte. Vlämische Kreise aber erblickten in den Pariser Vorgängen eine Folge eines gänzlichen Sieges der französischen Partei am Brüsseler Hofe. Sie sahen mit Betrübnis, wie sehr der junge König den gefährlichen Geschichtslehren dieser Richtung verfallen war. Auch andere ruhig denkende Leute fühlten, daß diese Art belgisch-französischer Freundschaft sich schlecht vertrug mit einer wirklich sinngemäßen Auffassung von der Neutralität des Landes, am allerwenigsten in einer politisch so unsicheren Zeit, in der der Friede Europas durch die englischen Umtriebe ernstlich in Frage gestellt war.

Wie das belgische Parlament Frankreich huldigte.

Es war in der Vollsitzung der belgischen Volksvertretung vom 6. Februar 1913! Man sprach über Wahlverfahren und allgemeines Stimmrecht. (Vgl. Kammerverhandlungen 1913, Bd. 4.)

Ein Redner der Rechten weist auf Frankreich hin, wo nach seiner Meinung das allgemeine Stimmrecht zu üblen Erscheinungen und schließlich zu einer zentralistischen Republik geführt hat. Sein Fraktionskollege G i e l e n ruft dazwischen: „Deren Wahlgesetzgebung f a u l ist".

Da springt der Abgeordnete Georges L o r a n d, einer der belgischen Franzosenhäuptlinge, erregt auf und fragt die Regierung, ob es ihren Freunden erlaubt sei zu sagen, daß die französische Republik ein faules Regiment habe?

Allgemeiner Tumult und Rufe: Zur Ordnung, zur Ordnung!

Der Abgeordnete Gielen will darlegen, daß er nicht Frankreich, sondern nur das dortige Wahlverfahren getadelt habe, findet jedoch kein Gehör. Seine Worte gehen unter in dem Lärm der Kammer, die ihn mit Vive la France-Rufen übertönt.

Der Vorsitzende stellt fest, daß Gielen in keiner Weise den französischen S t a a t habe beleidigen wollen, „den wir alle lieben", und erklärt den Zwischenfall damit für erledigt. Aber der lärmende Tanz geht weiter, Destrèe, Lorand und Van der Velde führen den Reigen. Sie fordern einen Ordnungsruf für Gielen.

Nochmals versucht dieser sich zu entschuldigen, es ist vergeblich.

Da erklärt Präsident S c h o l l a e r t:

„Ich habe dem ehrenwerten Mitgliede Gielen gesagt, daß ich aufs tiefste seinen Ausdruck bedauere und ich erkläre mit allen meinen vlämischen und wallonischen Freunden, daß keiner von uns von solchen Gefühlen gegen Frankreich beseelt ist. In meiner Eigenschaft als Präsident habe ich das Recht, i m N a m e n d e r g a n z e n K a m m e r z u s p r e c h e n u n d d a r u m b i t t e i c h S i e, u n t e r d i e s e n U m s t ä n d e n m i t m i r z u r u f e n: V i v e l a F r a n c e!"

Jubelnd stimmt die Kammer ein. Viele Abgeordnete haben sich von den Bänken erhoben. Tosender Beifallssturm!

Der arme Abgeordnete Gielen wird mit beleidigenden Worten angefahren als er, niedergeschmettert von dieser Kundgebung, abermals das Wort nimmt.

Aber nicht genug mit alledem. Jetzt springt auch noch die Regierung in die Bresche für Frankreich.

Der Kriegsminister d e B r o q u e v i l l e erhebt sich, gibt seinem Bedauern über die Worte Gielens Ausdruck und fordert ihn auf, sie zurückzunehmen, was dieser denn auch mit einer Erklärung besorgt.

So war aus einer lächerlichen Ursache eine große Kundgebung des Parlaments und der Regierung des neutralen Staates Belgien für Frankreich entstanden. Und das in einer Zeit, da Krieg und Frieden in Europa auf das Messers Schneide standen.

Der Vorgang hat wohl kaum seinesgleichen in der Geschichte der europäischen Parlamente. Es würde auch in keinem andern Lande ertragen werden, daß die verantwortlichen staatlichen Gewalten derart als Gefolgstruppe einer fremden Macht auftreten. In Belgien nahm die Masse der Bevölkerung auch das geduldig, wenn nicht gar mit Wohlgefallen hin.

Einige vlämische Blätter erhoben Einspruch, der unbeachtet blieb.

Noch zwei merkwürdige Fälle.

Aus der Fülle der Vorkommnisse seien hier noch zwei besonders bezeichnende Fälle herausgegriffen:

Als Präsident Poincaré am 26. Juli 1912 in Longwy ein Kriegerdenkmal einweihte, konnte er auch eine Begrüßungsrede des belgischen Abgeordneten Georges Lorand entgegennehmen. Dieser schämte sich nicht, die Neutralität seines Vaterlandes mit folgenden Sätzen bloßzustellen, auf fremder Erde, vor einem fremden Staatsoberhaupt:

> „Sie wissen, wie sehr das Leid, wovon eben gesprochen ward, und welches Ihren Vätern eine so schöne Gelegenheit zum Heldentume gab, von uns, Ihren Nachbarn geteilt wurde. . . . Was die Wallonen betrifft, so wissen Sie, daß sie genau wie Sie leben, dieselbe Sprache sprechen, Ihre Gefühle und Ihre Erwartungen teilen. In ganz Europa gibt es nicht zwei Länder, die von der teilenden Grenze so wenig voneinander getrennt würden. In ganz Europa gibt es nicht zwei Länder, die mit einander so viele innige und so viele freundschaftliche Beziehungen halten und sich gegenseitig derart durchdringen, daß sie eigentlich einen einzigen Organismus bilden wie es bei uns der Fall ist, einen Organismus, den man nur auf dem Wege künstlicher operativer Eingriffe trennen könnte". (L'Expreß, 27. Juli 1912.)

Bei der Beerdigung des französischen Senators Maxime Lecomte, eines bekannten Vorkämpfers der französisch-belgischen

Annäherung, hielt der Militärauditeur der Provinz Hennegau, also ein hoher belgischer Staatsbeamter, als Vertreter der Loge eine Grabrede. Darin machte er sich folgenden Ausspruch des Verstorbenen zu eigen:

> „Ob Hennegauer von Mons oder von Bavai", so hat er mir öfters gesagt, „wir sind die nächsten Verwandten der Rasse nach, Kinder der gleichen Familie. Eine künstliche Grenze kann uns nicht trennen: unsere Sitten, unsere Gedanken, unsere Bestrebungen sind die gleichen, unsere Herzen schlagen im Einklang."
>
> So geschehen, kurz vor Kriegsausbruch, Ende Juni 1914.

Selbst der XX. Siècle (24. Juni 1914) fand, daß diese Äußerung eines belgischen Beamten eine Lästerung des Vaterlands und ein Skandal sei.

Gand gegen Gent.

Französlinge und vlämische Bewegung.

Von jeher ist Gent, die schöne Hauptstadt Ostflanderns, die Stadt der Artevelde, der Brennpunkt des romanisch-germanischen Widerstreites auf flandrischem Boden gewesen. Seit Jahrhunderten trafen hier die unaufhörlichen Vorstöße des angreifenden Franzosentums auf den zähesten Widerstand der germanischen Verteidiger. In der mittelalterlichen Glanzzeit des Gemeinwesens standen sich die Leeliaards, die Partei der vornehmen Franzosenfreunde, und die bodenständig-niederländischen Klauwaards oft genug in tötlicher Feindschaft gegenüber. Und seit der Begründung des belgischen Staates ist Gent nicht nur ein Vorort der vlämischen Bewegung, sondern zugleich auch der Hauptsitz der „Franskiljons", der ihrem Volkstum abtrünnigen vlämischen Französlinge. Inmitten der bestürmten Stellung leisteten diese dem Feinde Verräterdienste. Gering an Zahl, aber stark an wirtschaftlicher und politischer Macht, beherrschten sie Verwaltung und öffentliches Leben des städtischen Gemeinwesens und fanden allzeit ihre mächtigsten Stützen in der Genter französischen Hochschule und — bei der französischen Republik selber. In der von der Alliançe Française begründeten Genter Société Flamande pour la Vulgurisation de la langue Française haben wir ihre mächtigste und rührigste Organisation kennen gelernt. (Siehe oben den Abschnitt: Frankreichs Werbeverbände auf belgischem Boden.)

Die unverwüstliche Kraft des niederländischen Volkstums hat trotz alledem Stand gehalten und die Feste vor dem Schicksal bewahrt, ganz in die Hand des Feindes zu fallen. Ihr breiter Unterbau, ihre Volksmasse ist heute noch im Kern so gut niederländisch wie vor Jahrhunderten, treu der Sprache, Art und Sitte der Heimat. In den oberen Stockwerken des Stadtgebäudes freilich sitzt der Franskiljonismus als Gebieter und versucht mit seinen

Fangarmen hinzulangen in die Tiefen des Stadtvolkes und hinaus in das vlämische Land, um zu erraffen, was möglich ist.

Der Franskiljon erscheint dem volkstreuen Vlamen als der gefährlichste und hassenswerteste Gegner, weit gefährlicher als der Wallone. Dieser bietet gleichsam die Stirn in offener Feldschlacht. Der Franskiljonismus aber greift die vlämische Stellung von innen heraus an. Er saugt dem niederländischen Volkskörper in Belgien Blut und Lebenskraft aus, um sie dem Franzosentum zuzuführen. Was immer aus den Tiefen des vlämischen Volkslebens hinaufstrebte zu lichterem Dasein und zu freierem Schaffen, das mußte sich vom Franskiljonismus mit Hilfe des belgischen Staates einer planmäßigen und zwangsweisen Verwelschung unterwerfen lassen, in Unterricht, Verwaltung, Gericht und wirtschaftlichem Leben. Durch die in ihrem ganzen Denken und Fühlen nach Paris gerichteten höheren Schichten beherrschte und unterdrückte das Franzosentum den vlämischen Kaufmann, Handwerker, Bauern und Arbeiter und überlieferte sie vielfach der Verkümmerung und dem Elend. So lief durch das vlämische Volk, um Lodewijk de Raets Wort zu gebrauchen, eine horizontale Sprachgrenze, eine tiefe Kluft, durch welche die breiten Volksschichten von dem Lebensborn besserer Bildung abgeschnitten wurden.

Schon im Jahre 1889 wies der berühmte Nationalökonom und Universitätsprofessor Emile de Laveleye, also ein Wallone, auf diese Erscheinung hin:

> „Im wallonischen Lande steht das Volk, wie in Frankreich, in unmittelbarster inniger Beziehung mit der Aufklärung, die von den höheren Schichten der Gesellschaft ausströmt. Im vlämischen Land blieb es im Halbdunkel alter Zeiten und im Banne bloßer materieller Interessen.“ (Daumont, Mouvement Flamand II, 145.)

Da es aber nie gelingen wird, die Masse des vlämischen Volkes französisch zu machen, so bleibt nach Laveleyes Ansicht nichts anderes übrig, als sein Recht auf höhere geistige Bildung mittels der eigenen Muttersprache zu erfüllen und damit auch seine wirtschaftliche Entwicklung zu sichern.

Auf dem Grundrechte einer naturgemäßen, der vlämischen Art entsprechenden geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung baute Lodewijk de Raet sein System der vlämischen Bewegung auf. Sie erscheint in seinen Schriften als ein gerechter Befreiungskampf der niederländisch sprechenden und im Kern niederländisch gebliebenen breiten Volksschichten Flanderns gegen eine ausbeuterische, die Volkskraft lähmende „Spracharistokratie", welche die Mittel des belgischen Staatswesens zur geistigen und wirtschaftlichen Unterdrückung ihrer Volksgenossen mißbraucht.

So sieht sie auch der katholische Wallone Fernand Daumont durchgehends in seinem Werke Le Mouvement Flamand, worin z. B. der Satz steht (II, 312):

> „Die vlämische Bewegung ist eine Erhebung des Volkes gegen das verwelschte Großbürgertum in Flandern, also zugleich eine Kultur- und eine Brotfrage . . . . .; sie ist eine soziale Frage."

Nicht anders dachte der Bischof Rutten von Lüttich, ein Vlame, von dieser Bewegung (Hooger Leven 1910, Nr. 26):

> „Hauptsächlich und wesentlich läuft sie darauf hinaus, das vlämische Volk aus einem tiefen Verfall, in dem es dahinlebt, herauszureißen und ihm die Vorteile des Fortschritts und der modernen Bildung erreichbar zu machen, es besser, und in allen seinen Schichten gegen jene wissenschaftlichen, sozialen, religiösen Erkenntnisse aufzuschließen, die von den besser gestellten Klassen erworben wurden."

Und der bekannte katholische Abgeordnete Dr. A. Vandeperre sagte:

> „Der vlämische Kampf ist ein Riesenkampf, ein banger Kampf. Wir stehen mächtigen Feinden gegenüber; gegenüber Frankreich, das uns kulturell verschlucken, unsere Sprache ausrotten will und dazu alle Mittel benutzt . . . . In unserem eigenen Lande gegenüber den Wallonen, von denen der größte Teil für uns Vlamen und für unsere Sprache nichts übrig hat, als ein spöttisches Lachen und das Schimpfwort: Sale flamin. Gegenüber Regierung, Bureaukratie, dem Unterricht, die durch und durch französisch sind und die die Verwelschung unter-

stützen. Gegenüber den führenden Ständen — die dem Volke vorangehen und es führen sollen auf dem Wege zur Bildung. Aber sie kennen nicht einmal die Sprache dieses Volkes und achten sie gerade gut genug für Knechte und Mägde, für das niedere Volk, das schläft und sich abquält in Unwissenheit, fern aller höheren Bildung. Gegenüber — es ist traurig dies sagen zu müssen — gegenüber Vlamen, die wie wir dem gleichen Stamme entsprossen, aber Verräter ihres Volkes sind, das sie kulturell und moralisch ermorden: ich meine die Franskiljons, die Vulgarisateurs und derlei Leute. Mit einem Wort, gegen uns steht alles, was Geld, Macht und Einfluß besitzt." (Hooger Leven, 1910, Nr. 11.)

Auch Sozialisten wie Kamiel Huysmans, der Sekretär der Internationale und Anseele, der Genter Gewerkschaftsführer, konnten nicht anders, als Parteigänger der vlämischen Bewegung werden. Denn ohne die Grundlagen, die diese zu schaffen gedachte, konnte es in Flandern keine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse geben.

Selbst Führer der wallonischen Bewegung wie Destrée, Jennissen und Maurice de Miomandre sahen schließlich tief genug, um die Minderwertigkeit des Franskiljonismus gegenüber bewußtem und echtem vlämischen Volkstum zu erkennen. De Miomandre nennt die vlämische Bewegung den „jüngsten Versuch, in Europa eine Nation aufzubauen durch eine Wiedergeburt der Bevölkerung Flanderns". Sie will eine „rein vlämische Volkskultur" auf allen Lebensgebieten begründen. Der Plan einer vlämischen Universität soll das Werk krönen. Am Ende dieser Politik sieht Miomandre allerdings als notwendige Folge die Trennung beider belgischer Völkerschaften in zwei Verwaltungshälften, also ein autonomes Flandern. Eine solche Schöpfung können die Freunde französischer Kultur aber nicht zulassen, ohne daß ihnen in Flandern durch gänzliche Sprachen- und Schulfreiheit volle Gleichberechtigung verbürgt wird.

Das heißt, der Franskiljonismus soll als gehorsamer Diener und Schrittmacher des Franzosentums in Flandern frei schalten und walten dürfen. Dazu braucht man ihn. Im Grunde aber findet ihn auch der Franzose und stammesbewußte Wallone verächtlich.

Der angesehene Jurist Prayon van Zuylen, von dem oben schon eine Kennzeichnung der Französlinge wiedergegeben ist (Seite 127), schrieb als Vorsitzender des Brüsseler Liberaal Vlaamsche Bond in einem an die Zeitung Reforme gerichteten Brief:

„Nicht gegen die Wallonen als solche wenden wir uns, sondern vielmehr gegen den Franskiljonismus. Dieser trachtet nicht nur die Fesseln zu fertigen, die uns an Frankreich binden sollen, sondern möchte überhaupt unsere Interessen, sogar unsere Vorurteile, unsere Neigungen und Abneigungen mit denjenigen unserer südlichen Nachbarn gleichsetzen, kurz, uns in den Bannkreis der französischen Politik hineinziehen. In Belgien und insbesondere in Flandern suchen die Französlinge das öffentliche Leben mehr und mehr zu verwelschen und auf diese Weise die Volksmassen künstlich davon auszuschließen, die bis zum Grunde vlämisch sind und bleiben, was man auch tun möge. Die vlämische Bewegung hat die Aufgabe, gegen diese antinationalen und antidemokratischen Absichten aufzutreten."(Daumont, Mouvement Flamand II, 305.)

Ähnlich stellte der katholische Abgeordnete Frans van Cauwelaert auf der Versammlung seiner Partei in Mecheln 1909 fest, daß der Streit der Vlamen nicht gegen die Rechte und die Freiheit des wallonischen Volkes gehe, sondern gegen jene Abtrünnigen, die nicht im Einklang mit ihrer vlämischen Volksgemeinschaft leben wollten und gegen das Franzosentum, das den Anspruch erhebe, Flandern zu beherrschen und zu verwelschen.

* * *

Die Lehre der Franzosen und der französisch gesinnten belgischen Unionisten, daß das Vlamenland von altersher ein zweisprachiges Gebiet gewesen sei, in dem das Französische auch heute noch als „zweite Muttersprache" der Gebildeten zu gelten habe, ist von hervorragenden Vlamen mit unwiderleglichen geschichtlichen Tatsachen und auf Grund der Sprachenstatistik als unrichtig nachgewiesen worden. Besonders schlagend auch von dem Jesuitenpater Stracke in seiner bekannten Schrift: War Flandern immer zweisprachig? Trotzdem hielt die Franzosenpartei

und mit ihr der belgische Staat diese parteiische Geschichtsfabel dauernd aufrecht, weil sie der welschen Ausbreitung gegen Norden dienen mußte.

In der Zeitschrift Marches de l'Est (Sonderheft aus Anlaß der Genter Weltausstellung, Juni 1913) begründete Georges Ducrocq die Ansprüche Frankreichs mit folgenden, für die belgisch-französische Geschichtsklitterung bezeichnenden Sätzen:

„Flandern, das alte französische Lehensland, hat neben der ihm eigenen, zu gewissen Zeiten der Geschichte sogar glänzenden Kultur, stets eine Menge Heimstätten des Französischen besessen. Der Hof von Brügge im XIII. Jahrhundert war ritterlich, man nahm hier unsere Sänger mit Entgegenkommen auf, das Französische diente als Verkehrssprache. Obwohl die flandrischen Grafen aus dem Hause Burgund sich zum französischen Herrschergeschlecht, dem sie entsprossen waren, manchmal feindlich stellten, so blieben sie doch stets, wenigstens durch ihre Sitten und durch ihre Sprache, französische Fürsten. Wie sie, war damals auch der ganze Adel, und das bessere Bürgertum nach Sprache und Sitte französisch.

So blieb es durch die Jahrhunderte. Wie das gleichfalls zweisprachige Elsaß, ist Flandern also eine französische Mark, und Frankreich hat die geschichtliche Aufgabe, seinen alten moralischen Einfluß in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten. Das ist heutigen Tags, wo zwar die geistige Auslese Flanderns noch immer zur französischen Kultur hält, um so wichtiger, als die Gruppe der Flaminganten aus ihrer ehemaligen Haltung der bloßen Verteidigung herausgetreten und eine Angriffspartei geworden ist. Mit dumpfem Trotze betreibt sie die Ausmerzung der französischen Sprache und Kultur in den vlämischen Gebietsteilen Belgiens. Die französische Regierung hat daher begriffen, was ihre Pflicht ist und hat an der Genter Ausstellung sich entsprechend beteiligt. Sie hat damit ihrer dauernden Zuneigung für jene Provinzen Ausdruck gegeben, deren hauptsächlichste Lehrmeisterin Frankreich gewesen ist, und die umgekehrt der französischen Literatur und Kunst

manchen Schriftsteller und Künstler, von Commines bis Maeterlinck, geschenkt haben. Andererseits hat Frankreich den vlämischen Bevölkerungsschichten damit kundgegeben wie immer noch französische Kunst, Industrie und Handel ihre Macht, ihren Reiz, ihre Lebenskraft besitzen . . . ."

Für die hohen Werte der niederländischen Sprache und Gesittung fehlte dem seiner Volksart völlig entfremdeten und von einer maßlosen Überschätzung des französischen Wesens erfüllten Franskiljonismus jede Spur eines tieferen Verständnisses. Die vlämische Bewegung, die ihrem Volke sein Recht auf geistige und wirtschaftliche Entwicklung zurückgewinnen will, stellte sich in den „verbasterten" und verbildeten Gehirnen der Französlinge als eine lächerliche und verächtliche Ausgeburt „barbarischer" Strömungen dar. Diese überhebliche Anmaßung hat der „große" Maurice Maeterlinck, dieses Muster eines verwelschten und verpariserten literarischen Vlamen, im Pariser Figaro (1906) in folgende Schmähworte gekleidet, womit er sich vor seinen Volksgenossen schändlich entehrte:

„Diese Partei, welche die Flamingantenpartei heißt, setzt sich zusammen aus einer Handvoll Agitatoren, denen ihre niedere Herkunft aus Pächtereien und ein verspäteter Unterricht die Möglichkeit genommen hat, französisch zu lernen. Ihre naturgemäß von Neid begleitete Unwissenheit ist in Rachsucht umgeschlagen; und während sie eine Sprache verabscheuen, bei derem mündlichen oder schriftlichem Gebrauche sie sich lächerlich machen, haben sie aus verschiedenen Volksmundarten eine Art von amtlichem und künstlichem Jargon zusammengebraut, gespreizt, verschroben und totgeboren, der nicht einmal vom Volke verstanden wird, dem sie ihn als Muttersprache aufzuhalsen hoffen und den die echtvlämischen Schriftsteller — es gibt deren einige — und die Holländer mit beißendem Spott überschütten.

In dieser unförmigen und schlammigen Mundart gewinnt, nach ihrer Behauptung, die vlämische Seele neue Kraft und sie strengen alle Kräfte an, den Dreck aufzuwühlen, um daraus Haß aufsteigen zu lassen.

Obwohl ihnen alle Literatur fehlt, ist die Agitation, die sie betreiben, doch mehr literarischer als realer Natur, und sie wäre längst in den Abgrund des eigenen Nichts zurückgesunken, wenn nicht zwei wenig ehrenvolle, aber zähe Kräfte unermüdlich tätig wären, sie in ihrer Nichtigkeit zu erhalten. Auf der einen Seite beschirmt sie der vlämische Klerus — der unwissendste von der Welt. Dank dem alleinherrschenden und unergründlichen Kauderwelsch, das er anpreist, hält er mehr als zwei Millionen Bauern unter seiner Herrschaft, zu denen kein Lichtstrahl von auswärts zu dringen vermag. Andererseits gewährt die Bewegung denen, die sie leiten, ein reichliches Auskommen. Den Einfluß, welchen große Worte, hinter denen Kleinigkeiten stecken, auf den Geist der allzu leichtgläubigen Massen ausüben, verstehen sie geschickt auszunutzen und haben so einen gewissen politischen Einfluß zu erlangen gewußt, dessen sie sich bedienen, um sich fette Pfründen zu sichern. Sobald sie satt sind, werden sie ruhig, geben ihr Geschnatter auf und verlegen sich darauf, wenn nicht das widerborstige Französisch, so doch das Belgische zu erlernen, das ihnen die reichsten und wunderlichsten Beisteuern verdankt.“ (Daumont, Le Mouvement Flamand, Vorrede.)

Seine feige Ausrede, daß er nicht sein Volk, sondern nur die vlämische „Partei“ treffen wollte, hat Maeterlinck selbst Lügen gestraft mit folgendem Ausspruch über die geistigen Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien:

„Am Tage, wo die Belgier keine mehr mit Frankreich haben, zerreißen sie das einzige Band, das sie mit der zivilisierten Welt verbindet und werden sehr bald auf der geistigen und sittlichen Stufe der Feuerländer und Papuaneger angekommen sein.“ (Figaro, August 1910).

Wer nur einigermaßen in den blühenden Garten des vlämischen Schrifttums eingedrungen ist; wer da weiß, wie aus dem Borne altniederländischer Kultur und vlämischen Volkstums auch heute noch wunderbare Kräfte quellen; wer etwa aus dem Lebenswerke eines Lodewijk de Raet „Over Vlaamsche Volkskracht“ den mächtigen sittlichen Ernst der vlämischen Volksbewegung erkannte;

der wird es gerechtfertigt finden, daß Flandern, soweit es nicht entartet ist, diesen im innersten Mark angefaulten Französling Maeterlinck verachtet wie keinen andern.

Ihn und die Leute seines Schlages trifft aber auch der wallonische Dichter Albert Giraud, der 1904 im Temps folgendes tiefgründige Urteil fällte:

„Die französische Sprache ist für uns — mögen wir nun Wallonen oder Vlamen sein — nicht die Muttersprache im hergebrachten und tiefen Sinne des Wortes. Unsere besten Schriftsteller haben in ihrer Schreibart etwas Ungeschmeidiges und Gemachtes. Die übrigen, deren Zahl Legion ist, machen französische Schulaufgaben. Alle müssen mit dem Geist ihrer Sprache ringen wie Jakob mit dem Engel, und wenn sie wie Jakob siegen, müssen sie den Sieg teuer bezahlen. Bei ihrem glänzenden Darstellungsvermögen gelingt es ihnen oft zu schreiben wie Rubens, Jordaens und Van Dyk malten. Aber wenn sie aufhören lyrisch zu sein, so entgehen sie nicht der Plattheit, ohne in Schwulst zu verfallen. Ihr Aufwand ist massig und blendend. Einer, der sie sehr gut kennt, hat von ihnen gesagt: Wenn sie einen Musketier sehen mit einer Straußenfeder am Hut, so glauben sie ihn übertreffen zu können, wenn sie den ganzen Strauß selbst auf ihren Kopf pflanzen. Kurz, sie sind für die Schriftsteller Frankreichs das, was die asiatischen Griechen für die Griechen Athens, was die afrikanischen Römer für die Römer Roms waren . . . . ."

„Asiatische Griechen und afrikanische Römer" fügt L. De Raet (Over Vlaamsche Volkskracht, S. 488) hinzu, „das klingt hart und selbst das gilt nur von den Allerbesten. Wie sind dann erst die Träger der französischen Kultur in Antwerpen, in Kortrijk, in Brügge einzuschätzen? Kaeckebroek, Beulemans und Cie., nicht wahr?"

Ein wallonischer „Annexionist", der Graf Albert Du Bois sagt in seinem Buche Belges ou Français (S. 26) kurz und bündig:

„Die verwelschten Vlamen haben sich angestrengt die Sprache ihrer südlichen Nachbarn zu sprechen. Sie haben

von deren Literatur und deren Seele etwas zu erlangen gesucht . . . . . Schreckliche und unrechte Sache! Sie sind keine Vlamen mehr und werden niemals vollkommene Wallonen, also Franzosen sein."

Bekannt ist, mit welchem beißenden Hohne der sozialistische Abgeordnete Destrée das Mischlingswesen der Brüsseler Französlinge sogar in der belgischen Abgeordnetenkammer abgetan hat! Bekannt auch, wie Octave Mirbeau in seinen Reiseschilderungen die ätzende Lauge seines Pariser Spottes über diese Sorte Belgier ausschüttete.

In dem lesenswerten Büchlein Belgique et France von J. L. Mertens (Brüssel 1911) sind zahlreiche ähnliche Urteile, wie die angeführten, zusammengetragen. Im Schlußwort heißt es von den Franzosen:

„Geringschätzung oder beleidigendes Gönnertum gegenüber den Belgiern, materielle Ausplünderung in der Vergangenheit, moralische in der Gegenwart, durch ihre unaufhörlichen Anschwärzungen alles dessen, was uns teuer ist, des künstlerischen und geistigen Schatzes, der den Ruhm Belgiens bildet, das ist die Haltung, die die Franzosen uns gegenüber zur Schau tragen."

Seinen französisch gesinnten Landsleuten warf Mertens vor, daß sie aus falscher Dankbarkeit gegen die „grande nation" und in unbegrenzter Bewunderung ihres leichtfertigen Geistes alle nationale Würde beiseite setzten; er stellt die Frage:

„Werden wir auch ferner fortfahren, platt auf dem Bauche wie die Wanzen und kuschend wie geschlagene Hunde die Franzosen um Wohlwollen und Erbarmen anzuflehen? Werden wir fortfahren, an sie eine Schmeichelkunst zu vergeuden, die uns ihre Verachtung einträgt? Oder werden wir endlich verstehen, die Franzosen als gefährliche Nachbarn und unverbesserliche Burschen zu behandeln, ohne Böswilligkeit, aber mit Festigkeit, klaren Blickes und mit Würde?"

Das war ein richtiger Vers in das Stammbuch des Franskiljonismus! Geholfen hat freilich auch diese kräftige, aber gerechte Sprache eines belgischen Patrioten nichts.

Ein Vorstoß der Pariser Regierung.

Im erbitterten Kampfe um Sprache und Volkstum standen die vlämischen Verbände den Genter Hilfstruppen Frankreichs gegenüber, wie den Vulgarisateurs und anderen Vereinigungen, die wir bereits kennen. (Siehe S. 30 ff.) Alle Lebensverhältnisse ergriff der Streit. Besonders hart ging er um die Genter Hochschule. Die Vlamen forderten bekanntlich für ihre Stadt, für ihr Land, für ihre Jugend eine Hochschule auf niederländischer Sprach- und Bildungsgrundlage. Sie wollten die französische Universität dementsprechend umwandeln, zumal ohnehin alle Hochschulen Belgiens französisch waren, obwohl die Bevölkerung des niederländisch sprechenden Gebietes bei weitem in der Überzahl ist. Sie wußten, daß nur so die geistige, wirtschaftliche und soziale Erneuerung des niedergedrückten vlämischen Volkes zu erreichen war, das bisher einen guten Teil seiner Kraft brachliegen lassen oder an ein fremdes Volkstum verlieren mußte.

Die Franzosenpartei fürchtete dieses Erwachen und bekämpfte aufs wütendste die Umgestaltung der Genter Universität. Denn diese deckte eine ihrer wichtigsten Vorpostenstellungen. In Paris schätzte man deren Bedeutung richtig ein. Die Republik förderte daher mit allen Mitteln Gand, das französische, gegen Gent, das niederländische. Sie hielt enge Verbindung mit den ihr dienstbaren Anhängern und lieferte vor allem freigebig das nötige Geld für die Propaganda. Sie sparte auch nicht mit Belohnungen und Auszeichnungen aller Art. Bänder der Ehrenlegion und akademische Palmen waren in Gent häufige Artikel. De Smet de Naeyer, der Führer der Vulgarisateurs, wurde mit besonderen Ehren bedacht.

Hemmungslos enthüllte die Republik ihre Absichten gelegentlich der Genter Weltausstellung von 1913. Die offensichtlichen Erfolge ihrer politischen Propaganda auf den früheren belgischen Weltausstellungen machten die Franzosen diesmal so kühn und siegessicher, daß sie jede Verschleierung ihrer Absichten für überflüssig hielten. Da Deutschland sich an der Ausstellung nicht amtlich und daher nur unzureichend beteiligte, war die Gelegenheit besonders günstig.

Am 20. Dezember 1912 gab der Handelsminister Fernand David in der Parlamentssitzung zu Paris folgende unzweideutige Erklärung ab (Kammerbericht, Journal officiel de la République Française 1912, S. 3374 f.).

„Die Kammer weiß, aus welchen Gründen die französische Regierung und das Parlament ihre Zustimmung gegeben haben zur Teilnahme Frankreichs an der internationalen Ausstellung in Gent.

Wir wurden nach Gent gerufen durch eine mächtige belgische Organisation. An der Spitze des ausführenden Ausschusses steht Herr Cooreman, seinerzeit Vorsitzender der belgischen Abgeordnetenkammer.

Die Stadt Gent wünscht dringlichst Frankreichs Teilnahme, weil wir uns da auf einem Boden befinden, wo unser Einfluß nach außen ganz besonders auf dem Spiele steht.

Die Kammer kennt die verschiedenen Strömungen, die einander in Belgien die Vorherrschaft streitig machen. Es gibt in Gent eine Hochschule mit französischer Lehrsprache. Vor kurzem hat man versucht, einige Professoren durch solche mit anderer Sprache zu ersetzen. Die ganze Stadt, die ganze gebildete Bevölkerung hat sich dem widersetzt mit einer Kraft, die den Ausschlag zum Besseren gab. Denn bis zur Stunde ist die Hochschule noch französisch und man darf die berechtigte Erwartung hegen, daß sie es bleiben wird. (Sehr gut! auf der Linken!)

Die Teilnahme Frankreichs schien also unseren Nachbarn und Freunden in Belgien noch eine andere Bedeutung zu haben, als eine bloß handelspolitische, die Bedeutung einer klaren und deutlichen Kundgebung, daß dieses Land seine volle Freiheit und seine hergebrachten Entwicklungslinien behalten will, um ein neutrales Land zu bleiben, das von keiner anderen Nation abhängt. (Sehr gut!)

Was das öffentliche Unterrichtswesen anlangt, so haben wir uns entschlossen, durch eine große Anzahl von Vorträgen, eine große Organisation zu schaffen zur Verbreitung der französischen Sprache und des französischen Gedankens,

wozu wir die Meister unserer nationalen Beredsamkeit berufen werden, die Männer, die der Stolz unseres Landes sind.

Wir sind überzeugt, daß die Genter Ausstellung, so aufgefaßt, eingerichtet und vor Augen gestellt, die Hoffnungen erfüllen wird, die das Parlament berechtigterweise auf sie setzt. (Beifall.)

Die Kammer kennt nun die Absichten der Regierung. Ich habe die Überzeugung, daß sie ihr folgen will." (Erneuter Beifall.)

Diese Ministerrede war ein kecker Anschlag auf die belgische Selbständigkeit. Sie fand begeisterte Zustimmung. Der Präsident der Pariser Handelskammer, Charles Legrand, der Ausstellungskommissar der Republik, unternahm eine Vortragsreise durch Frankreich, um überall im Namen der Regierung die Industriellen mit politischen Reden zur Teilnahme anzufeuern. So sagte er u. a.:

„Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, daß Sie auf der Genter Ausstellung in diesem Jahre ein friedliches Kampffeld finden werden, würdig Ihrer Anstrengungen und Ihrer Hoffnungen. Seite an Seite mit denjenigen, die eine fast hundertjährige Freundschaft zu Frankreich im Herzen tragen, werden Sie gegen ein Element zu streiten haben, das nichts weniger im Schilde führt, als die französischen Erzeugnisse, die französischen Sitten, den französischen Geist, ja, die französische Sprache selbst von sich stoßen. Um diese Güter zu verteidigen, müssen Sie den großen Streit aufnehmen. Bei dieser vaterländischen Arbeit werden Sie, dessen bin ich sicher, Hilfe und Beistand finden bei jenem hervorragenden Landsmanne, der soeben für das höchste Amt im Lande erwählt wurde." (De Vlaamsche Hoogeschool, März-April 1913.)

„. . . . . Sie haben Ihre Stellung zu verteidigen und nochmals in einem benachbarten, befreundeten und verbündeten Lande die Vorzugsstellung des französischen Gewerbes und der französischen Sprache zum Siege zu führen." (Matin, 7. Dezember 1912.)

Pierre Marraud, der Generalkommissar für Frankreich, schrieb in der Gand Exposition, im amtlichen Organ der Ausstellung:

„Gewiß, wir werden uns auf einem Frankreich befreundeten Gebiete befinden. Belgien hat durch seine jüngsten Kundgebungen gezeigt, daß es treu unserem Vaterlande zur Seite bleibt, dessen große Achtung vor der belgischen Unabhängigkeit es kannte. (!!!) Aber in diesem Teile Flanderns werden wir mehr als in anderen Gegenden tätigem Widerstande begegnen. Wir haben dort eine noch größere Liebe zu Frankreich zu erwecken, wir haben dort den Einfluß seiner Sprache und seines Geistes fest einzupflanzen."

* * *

So war also in aller Form eine moralische Kriegserklärung der französischen Republik an die Vlamen ausgesprochen. Man sollte meinen, daß aus Belgien ein einstimmiger, geharnischter Widerspruch erfolgt wäre. Keine Rede davon! Die Brüsseler Chronique (28. Dezember 1912) lobte gar noch den „Ernst und die vornehme Art", in der David das wichtige Problem des französischen Einflusses in Belgien behandelt habe:

„Er hat die Aufmerksamkeit des ganzen Parlaments gewonnen für die große Aufgabe, ein Vorwerk der lateinischen Zivilisation vor der Zerstörung zu bewahren."

Die meisten belgisch-französischen Zeitungen schwiegen verlegen. Nur einzelne fanden den Mut, die unverschämten gegen die belgische Staatshoheit gerichteten Zugriffe zu tadeln und zurückzuweisen.

Der Genter Bien Public meinte (nach Volksbelang, 4. Januar 1913):

„Frankreich zeigt offen, daß es unser Land als ein erobertes betrachtet. Wer nicht eine Bedientenseele ist, wird diese Art Schutzherrschaft nicht ertragen."

Die Semaine Politique (5. Januar 1913) stellte David die deutliche Frage:

„Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie vielleicht gegen uns die Staatskunst wieder aufnehmen, die unter den Ministern Napoleons III. und Louis Philipps gang und gäbe war."

Die vlämische Presse wehrte natürlich nachdrücklichst ab.

Und die Führer der Hoogeschool-Commissie erließen einen öffentlichen Protest, in dem es hieß:

„Ob Niederländisch oder Französisch die Unterrichtssprache an der Genter Hochschule sein soll, ist eine Angelegenheit, über die das unabhängige belgische Volk allein vollkommen selbstherrlich zu entscheiden und worin sich keine fremde Macht einzumischen hat. Es ist nicht ohne Gefahr, eine derartige Äußerung unwidersprochen zu lassen. Der Grundsatz der belgischen Selbständigkeit muß hochgehalten werden. Darum sind wir so frei und erheben mit dem schärfsten Nachdruck Einspruch gegen diese Äußerung, und fordern die Kammer der Abgeordneten auf, dasselbe zu tun." (De Vlaamsche Hoogeschool, Januar 1913, Nr. 1.)

Doch reichte dieser Protest nicht aus, um in Brüssel eine wirkungsvolle amtliche Gegenhandlung gegen den französischen Vorstoß auszulösen. Zwar stellte der Abgeordnete Kamiel Huysmans im März 1913 die Regierung in der Kammer zur Rede. Jedoch ging diese Sache aus wie das Hornberger Schießen. Die Regierung verlas zwei Briefe des Ausstellungskomitees und des Genter Bürgermeisters, in denen diese leugneten, daß sie dem französischen Minister die von ihm vorgetragene Auffassung nahegelegt hätten. Mit dieser Mohrenwäsche, die billig zu haben war, begnügte man sich. Man hat nichts davon vernommen, daß eine wirksame amtliche Abwehr erfolgt wäre. (Vlaamsche Gazet, 13. März 1913.)

* * *

In Wirklichkeit arbeiteten die flandrischen Französlinge den neutralitätswidrigen Plänen der Pariser Regierung unverhohlen und vor aller Augen in die Hände. Sie hatten schon 1910, als gelegentlich der Brüsseler Weltausstellung die Pariser Stadtväter nach Gent gekommen waren, durch ihren Sprecher erklären lassen:

„Ich übergebe Ihnen gleichnisweise die Schlüssel der Stadt, denn Sie befinden sich in Ihrem eigenen Hause." (Indépendance Belge, 3. Oktober 1910.)

Als im November 1912 einige 150 Vertreter des französischen Handels und Gewerbes nach Gent kamen, um die Vorbereitungen für die im größten Stil eingerichtete französische Abteilung zu besichtigen, legte sich der aus deutschem Blut entsprossene Genter Bürgermeister Braun, das Muster eines geschmeidigen Franskiljon, den Gästen förmlich zu Füssen mit folgendem Ausspruch:

„Die Eroberung der Herzen in Flandern, das wird ohne Zweifel das Ergebnis des Feldzuges sein, den sie vorbereiten und den wir von ganzem Herzen wünschen . . . . . Ich sage es neuerdings: Unzählbar sind die Dienste, die Frankreich und insbesondere Paris der Stadt Gent schon erwiesen haben . . . . . Mit einem Worte, von Euch empfangen wir unser Leben, von Euch unsere Kultur." (Flandre Libérale, 27. November 1912.)

Am 5. März 1913 wiederholte der Bürgermeister seine Kniebeuge bei einem Festmahl des Komitees für Ausstellungen im Auslande (Comité français des expositions a l'étranger) in der Galerie der Champs Elisées in Paris. Er huldigte dem edelmütigen Geiste der französischen Nation, der sich über Belgien und besonders über Gent ergieße und forderte die Franzosen auf, zahlreich nach Gent zu kommen.

„Ihr werdet mit dem Eindruck fortgehen", rief er aus, „von dem Einfluß, den Ihr bei uns zu erringen wußtet. Und wir alle zusammen, wir werden rufen: Es lebe Frankreich." (Chronique, 7. März 1913.)

Der gleichfalls anwesende belgische Arbeitsminister François Hubert zerfloß in dankbarer Erinnerung an die edelmütige Rolle, die Frankreich bei der Herstellung der belgischen Unabhängigkeit nach seiner Meinung gespielt hat und verstieg sich zu folgenden, für einen „neutralen" belgischen Staatsmann höchst verwunderlichen Sätzen:

„Sie haben begriffen, daß mit der Genter Ausstellung eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten ist, aufs neue die Freundschaftsbeziehungen zwischen den beiden so ähnlichen Völkern zu befestigen. Uns verbindet eine tiefe und allgemeine Zu-

neigung. Die Liebe zu Frankreich aufgeben hieße für uns Belgier beinahe uns selbst aufgeben. In diesem Sinne trinke ich auf Frankreich, seine Wohlfahrt, seine Zukunft und seine Entfaltung.“ (Chronique, 7. März 1913.)

Frankreich auf der Genter Ausstellung.

Die ganze Aufmachung der französischen Abteilung der Ausstellung ging auf das möglichst Augenfällige und war eingestandenermaßen darauf berechnet, die deutsche Gruppe, die ja nur eine Veranstaltung privater industrieller Kreise ohne Teilnahme des Reiches war, möglichst in den Schatten zu stellen. Bei der Eröffnung erschienen mit den belgischen Ministern des Auswärtigen und der öffentlichen Arbeiten auch Minister, Parlamentarier und amtliche Persönlichkeiten der Republik sowie eine Abordnung des Pariser Gemeinderates, deren Empfang sich zu einer großen französisch-belgischen Verbrüderung gestaltete. (Pariser Matin, 6. Mai 1913.)

Laut Brüsseler Soir vom 7. Mai 1913 drückte Massé, der Minister für Handel und Industrie, die Hoffnung aus, „daß das französische Volk sich durch seine Teilnahme an der Genter Ausstellung neue Zuneigung für Frankreich und seine Sprache bei den Belgiern erworben habe.“ Und der Soir vom 15. Mai 1913 berichtete folgendes:

„Aus Anlaß der Eröffnung der französischen Kolonial-Pavillons wurde zu Ehren des Kolonialministers Frankreichs, M. Morel, ein Bankett veranstaltet. Dieser nahm den Ehrenplatz ein und hatte die belgischen Minister Hubert und Renkin zur Seite; ferner Herrn Klobukowski, den französischen Gesandten, den Staatsminister Cooreman, die Herrn Crozier, Schwob de Kerkhove, Braun, Adolphe Max, Charles Rolland, Anseele, Jean Dubois, Legrand usw. Herr Marraud brachte die Gesundheit des französischen Kolonialministers aus und Herr Cooreman feierte in einem mit Beifall aufgenommenen

Trinkspruch die französisch-belgische Freundschaft in Afrika und Europa.

Herr Braun, Bürgermeister von Gent, trank auf Herrn Crozier, den französischen Generalkonsul in Belgien, dem es zumeist zu danken sei, wenn die französische Sprache einen überwiegenden Einfluß in unseren vlämischen Gebieten gewonnen habe. Dank ihm habe Frankreich die Eroberung Belgiens beinahe vollendet."

Im Juli kam der Verband alter Unteroffiziere des französischen Heeres nach Gent. Der Stellvertreter des Bürgermeisters, Stadtrat M. de Weert, brachte dabei einen Trinkspruch aus auf die französische Armee und auf das brüderliche Verhältnis der belgischen zu ihr. (Etoile Belge, 7. Juli 1913.)

Selbstverständlich fehlte nicht die schon in Lüttich und Brüssel erprobte Abhaltung von Vortragsreihen französischer Gelehrter, Schriftsteller und Politiker, und eines Congrès pour l'Extension de la Langue Française der Alliance Française, den wieder der Lütticher Universitätsprofessor Maurice Wilmotte leitete und bei dem sich die französischen Propagandisten aus der ganzen Welt wieder ein Stelldichein gaben.

So wurde der von den Pariser Machthabern angestrebte Zweck vollständig erreicht. Im Gefühle ihres Triumphes kannte die französische Anmaßung keine Grenze mehr und setzte sich über jeden politischen Takt und jede Vorsicht hinweg.

„Frankreich in Gent", so rühmte der Ausstellungskommissar Legrand (Figaro, 7. Mai 1913), „das ist der Chantecler, der den herrlichen flandrischen Löwen entwaffnet, indem er ihm mit stolzer Überlegenheit seinen Vorrang aufzwingt . . . . . Wir sind überzeugt, daß auf dieser vlämischen Erde, die so schöne Blüten hervorgebracht hat, der Einfluß Frankreichs immer tiefer Wurzel fassen wird . . . des Frankreich, als dessen Söhne wir uns mit Stolz bekennen und auf dessen glückliche Geschicke wir mit vollem Vertrauen bauen. Und da man gesagt hat, daß die Stärke die notwendige Stütze des Friedens sei, wird Frankreich getreu seiner Überlieferung seine Macht nur in den Dienst des

Friedens stellen. Aber es kann dem edlen Lande, das uns mit soviel Herzlichkeit aufgenommen hat, auch die Versicherung geben, eben so gut wie allen andern, daß ein großes Volk, das mit soviel Erfolg auf dem wirtschaftlichen Gebiete den Kampf zu bestehen weiß, auch auf allen anderen Gebieten mit dem gleichen Glück wird kämpfen können, wenn der Augenblick dazu gekommen ist."

* * *

Alles Vlämische wurde an die Wand gedrückt. Aus einer Beschwerdeschrift, die als Flugblatt umging, war folgendes zu entnehmen: Es sollte das Oratorium „Die Schelde" von Peter Benoit, dem großen vlämischen Tondichter, aufgeführt werden. Die Ausstellungsleitung verweigerte den großen Saal. Dort war geschwind eine Hundeausstellung aufgetan worden. Die Generalprobe wurde durch eine Pferdeausstellung unmöglich gemacht, die Aufführung selbst durch allerlei Plackereien erschwert. Als sich aber der Franzose Carpentier meldete, um mit dem englischen Boxer Wels einen Boxmatch auszufechten, da stand der große Festsaal sofort zur Verfügung. Der Komponist Robert Herberigs beabsichtigte bei der Eröffnung der Ausstellung für eigene Rechnung eine große vlämische Kantate zu spielen. Man wies ihn ab. Seinem Kollegen, Emil Hullebroek und dem Direktor Wambach vom vlämischen Konservatorium in Antwerpen erging es nicht besser, ebenso nordniederländischen Musik- und Gesangvereinen. Dem englischen Impérial-Chor dagegen, der mit gänzlich veralteten Werken auftrat, griff das Ausstellungskomitee mit 50 000 Franken unter die Arme. Auch gewährte es den Hintermännern des Pariser Theaterblattes Comoedia 1000 Franken Zulage, um am 22. Juni 1913, da König Albert seinen „fröhlichen Einzug" in Gent hielt und der Bevölkerung in vlämischer Sprache seinen Gruß entbot, ein großes Abendkonzert zu halten, bei dem ausschließlich französische Werke aufgeführt wurden und ausschließlich Pariser Künstler mitwirkten. Welcher Sinn dieser Veranstaltung innewohnte, geht unzweideutig hervor aus folgenden aufreizenden deutschfeindlichen Sätzen der Zeitschrift Comoedia (24. Juni 1913), die das Konzert „eine

französische Kundgebung" nannte, „welche den Abschluß des Besuches König Alberts bildete":

> „Man fühlt deutlich, daß wir Franzosen auf dieser Ausstellung unseren Vorrang wahren wollen, daß wir in einem Lande, in welchem ein feindliches Volk unsere Sprache und unsere Gedanken hartnäckig bekämpft, die Kraft und das Ansehen Frankreichs befestigen wollen. Denn der Streit zwischen Wallonen und Vlamen ist nichts anderes, als der Widerschein des französisch-deutschen Streites. Die Deutschen (!) setzen alles daran, um eine unbedeutende Mundart (!) im Lande zu verbreiten und ihrer eigenen Sprache allmählich die Vorherrschaft zu erringen."

Ist es verwunderlich, wenn den Vlamen der Geduldsfaden riß, und wenn Gruppen jüngerer Leute bei dem erwähnten Konzert ihrer Entrüstung durch Absingen ihres Nationalliedes De Vlaamsche Leeuw Luft machten? Natürlich erhob sich über diese Störung ein wütendes Geschrei in der französischen Presse. Der Matin, der schon 1911 es unerträglich gefunden hatte,

> „daß Minister, die in Brüssel, also sozusagen in einer Vorstadt von Paris regieren, sich unterstehen, das vlämische Platt der französischen Sprache gleichzustellen" (7. Januar 1911)

tat nun im Ärger über die vlämische Kundgebung folgenden bezeichnenden Ausspruch über das belgische Franzosentum:

> „Was ist die Bestimmung dieser Nationalität in partibus? In politischer und internationaler Hinsicht? Ich weiß es nicht. Vielleicht wird Europa eines schönen Tages so glücklich sein, von ihr die Lösung des französisch-deutschen Problems zu fordern. Es eröffnet sich da ein Ausblick, den ich nur mit leichten Strichen andeuten kann . . . ."

Der Ausblick zeigte dem Blatte natürlich das Aufgehen Belgiens in Frankreich.

Der Genter Bürgermeister Braun setzte dem Treiben der Französlinge die Krone auf, indem er die Abhaltung des von der vlämischen Hochschulkommission nach Gent einberufenen vlämischen Hochschultages, mit dem auch Sitzungen anderer wissenschaftlicher und akademischer Verbände verbunden

waren, aus nichtigen Gründen hintertrieb. Nun bekam alles vollends einen politischen Anstrich. Auf der einen Seite das von belgischen Helfern unterstützte Frankreich mit „seiner" Ausstellung, die gegen die Vlamen und ihren Hochschulplan wirken sollte, und wofür die Stadt Gent 2 Millionen, der belgische Staat 7½ Millionen als Beihilfe ausgeworfen hatten. Auf der anderen Seite belgische Staatsbürger, von den Genter Franzmännern heimtückisch um das ihnen zukommende Recht geprellt, ohne daß ihre Obrigkeit einen Finger für sie rührte.

Diese offenbarte vielmehr ihre ganze klägliche Schwäche, als vlämische Abgeordnete am 4. August in der Brüsseler Kammer eine Interpellation wegen der Hintertreibung des Hochschultages einbrachten. Der Minister des Innern stellte sich auf den rein förmlichen Rechtsstandpunkt und sah über die bedenkliche politische Seite der Sache einfach hinweg. Er konnte jedoch nicht verhindern, daß aus der Interpellation eine hochpolitische Erörterung entstand, die den klaffenden Riß zwischen Vlamen und Wallonen auch im Parlament wieder durch alle drei Parteien hindurch erkennen ließ. (Verhandlungsbericht, abgedruckt in De Vlaamsche Hoogeschool 1913, September-Oktober, S. 13.)

Der Sozialist Kamiel Huysmans unterstrich besonders stark die grundsätzliche Bedeutung der Erörterung, indem er darlegte, daß die von ihm in der Frage des Hochschultages versuchte Vermittlung zurückgewiesen worden sei,

> „weil diejenigen, denen wir untertan sind, unsere erklärten oder versteckten Feinde sind, die Gegner unserer vlämischen Gesittung. Weil sie zu jener kleinen Clique schmarotzender Plutokraten Flanderns gehören, die sich von uns getrennt haben, sowohl durch ihre soziale als durch ihre kulturelle Gegenstellung . . . . . Herr Braun will uns gerne eine vlämische Universität in Antwerpen geben und er erklärt sehr einfach, daß er die vlämische Bevölkerung niederländisch und französisch unterweisen, also ihr eine zweite Kultur geben wolle. Was er will, bedeutet die Entwurzelung Flanderns und die Ausmerzung der vlämischen Gesittung, oder zum allerwenigsten die Zurückstoßung unseres Volkstums in einen Zustand der Minderwertigkeit und Abhängigkeit, in dem Augen-

blick, wo es sich seinen Hochschulunterricht erobern will. Ich habe mich immer einer solchen Politik widersetzt und ich werde mich ihr immer widersetzen. Sie ist unfruchtbar und verbrecherisch . . . . Bevor wir uns eine fremde Kultur aneignen, wollen wir zuerst die unseres eigenen Volks entwickeln. Das ist unser Leitsatz. Er stimmt mit den Grundsätzen der Gleichheit und der Demokratie vollkommen zusammen."

Die Zeitschrift Vlaamsche Hoogeschool (März-April 1913) fällte in einem Artikel, der überschrieben war: „Eine nationale Gefahr" folgendes scharfe aber gerechte Urteil über das Treiben bei der Genter Weltausstellung:

„Wir erleben jetzt in Belgien eine Unsumme von niedriger Knechtseligkeit gegenüber Frankreich, die wahrlich den schärfsten Widerspruch herausfordert. Frankreich und kein Ende! Es könnte einem übel davon werden. Festmahle in Paris, Festmahle in Gent, mit gänzlich gelösten Zungen, die vielleicht mehr, als beabsichtigt ist, aussprechen, aber es nichtsdestoweniger sagen und damit Frankreich den Vorwand schaffen für eine Einmischung in unsere binnenländischen Angelegenheiten . . . . . Ist es da noch ein Wunder, daß französische Köpfe sich einbilden, Belgien als ein geistig erobertes Land beschauen zu können, daß es überhaupt ein Stück Frankreich sei?"

Selbst eine holländische Zeitung, das Amsterdamer Algemeen Handelsblad, rief entrüstet aus:

„Wie feige Hunde kriechen die Französlinge und Vulgarisateurs vor den Füßen ihrer französischen Herren, die sich natürlich diese Speichelleckerei gerne gefallen lassen, hinter ihrem Rücken aber jedenfalls lachen über soviel Dummheit und Niedertracht." (Nach der Wochenzeitung für Belgien und die Niederlande, 1. März 1913.)

Der Hochschulstreit.

Der Genter Hochschulstreit war die schärfste Zuspitzung des Kampfes zwischen den französisch gerichteten herrschenden Schichten und dem stammesbewußten Vlamentum. Die Dinge drängten zur Entscheidung. Gerüstet und schlagbereit standen sich die Heerlager gegenüber, seitdem der belgischen Abgeordnetenkammer ein regelrechter Antrag auf allmähliche Umwandlung der Genter Universität in eine vlämisch-niederländische Hochschule vorlag (1911). Dieser Antrag war hervorgegangen aus den Beratungen und Beschlüssen des Vlaamsche Volksraad und der vlämischen Hochschulkommission. Maßgebende Parteiführer, der Katholik Frans van Cauwelaert, der Liberale Louis Franck und der Sozialist Kamiel Huysmans hatten im Dezember 1910 in einer großen Versammlung in Antwerpen einen Rütlischwur geleistet, nicht ruhen und nicht rasten zu wollen, bis das Ziel im Parlament erreicht wäre. Hinter ihnen sammelte sich das gesamte vlämische Volk, die dünne Schicht der Franskiljons ausgenommen. Der Hochschulgedanke bewirkte zum ersten Male eine wirkliche Zusammenfassung aller vlämischen Kräfte. Insbesondere setzten sich auch die studierende Jugend und die Verbände der Alt-Studenten mit Begeisterung für die Sache ein. Eine wahrhafte Volksbewegung entstand, der sich die politischen Parteien und das Parlament nicht mehr entziehen konnten.

Die Erörterung der Frage wurde immer lauter und leidenschaftlicher und beherrschte schließlich weithin das öffentliche Leben, nicht zum wenigsten auch die Wahlkämpfe. Man kann sagen, daß die Geister in Belgien an diesem Punkte sich politisch schieden. Hie niederländisch, hie französisch Belgien, so lauteten die Losungen. Für die Vlamen ward die Hochschulfrage mit Recht zum Angelpunkt des ganzen Problems der Wiederaufrichtung ihres Stammes und der Neubildung niederländischen Volkstums in Belgien. Sie forderten statt einer bloßen Gelehrten- und Fachbildungsanstalt eine nationale Bildungsstätte, eine Einrichtung, die der Gesamtheit ihres Volkes dienlich sein soll. Gegenüber ihrer Beweisführung versagten die Scheingründe der Gegenpartei. Mit einer für seine Widersacher erschreckenden germanischen Gründ-

lichkeit erwies der gelehrte Volkswirt Lodewijk de Raet, der Schriftführer der Hochschulkommission, die Nichtigkeit der gegnerischen Einwände. So, daß sich die niederländische Sprache nicht für gelehrte und wissenschaftliche Zwecke eigne; daß sie arm sei an schöngeistigen und wissenschaftlichen Werken; daß sie keine Weltbedeutung habe; daß die Universität vor allem den gebildeten Schichten zu dienen hätte und daher französisch bleiben müsse; daß durch eine vlämische Hochschule die Einheit des belgischen Staates gefährdet werde, und was dergleichen mehr war.

Mit Recht konnte Lodewijk de Raet aussprechen, daß eine vlämische Universität in Gent sich bei richtiger Pflege zu einem würdigen Seitenstück der niederländischen Universitäten in Leyden, Utrecht, Groningen und Amsterdam entwickeln werde, deren Ruhm und Bedeutung alt begründet ist und von niemand bestritten werden kann. Von durchschlagender Kraft war sein Beweis, daß die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des vlämischen Volks und sein Zurückbleiben hinter seinem wallonischen Partner in erster Linie auf den Mangel eines auf volkstümlicher Grundlage aufgebauten, auf die Muttersprache gegründeten Hochschulunterrichts zurückgeführt werden müßte. Ein Mangel, der naturgemäß seine schlimmen Rückwirkungen auf das mittlere Schulwesen und die Volksschulen ausübte! Es gab in vlämischen Landen vielfach ein wahres Schulelend, dessen Beseitigung eine unerläßliche Vorbedingung ist für die Besserung der nicht geringen sozialen und wirtschaftlichen Übelstände. Eine nationale Hochschule muß erst den befruchtenden Segen einer der heimischen Sprache und Art entsprossenen Bildung und Erziehung über das ganze Land und Volk ausgießen. Eine französische oder eine halbfranzösische und halbniederländische Hochschule würde nur zur weiteren „Verbasterung" des vlämischen Volkes und zur fortschreitenden Verkümmerung seiner reichen natürlichen Anlagen führen. Nicht nur Flandern, sondern auch das belgische Staatswesen als Ganzes würde durch eine Entfaltung der vlämischen Volkskraft gewinnen, freilich nicht die französische Einheit dieses Staates.

Es erhoben sich auch gewichtige welsche Stimmen, die es für gerecht und im Interesse des ganzen Landes gelegen erklärten,

daß die in Flandern gelegene Staatsuniversität der vlämisch-niederländischen Kultur diene. So erkannte z. B. der Wallone Daumont in seinem Buche über die vlämische Bewegung die Beweisführung des vlämischen Hochschulausschusses als durchaus schlüssig und unwiderleglich an.

Die Wucht des vlämischen Angriffs warf den Widerstand derjenigen über den Haufen, die überhaupt jede Berechtigung und Möglichkeit einer vlämischen Hochschulbildung leugneten. Die meisten bequemten sich schließlich dazu, diese Möglichkeit und Notwendigkeit zuzugeben. Nun galt es aber die Vorburg der französischen Bildung in Gent trotzdem um jeden Preis zu retten. Das hofften die einen mit dem Zugeständnis einer französisch-vlämischen Doppeluniversität in Gent, die anderen mit demjenigen einer neuen vlämischen Universität in Antwerpen erreichen zu können. Die leitenden belgischen Minister, wie Baron de Broqueville, der Justizminister Carton de Wiart, der Unterrichtsminister Poullet, Parteiführer wie Vandervelde, Hymans und Woeste vertraten diesen Standpunkt. Die Vlamengegner schlossen sich auf dieser Grundlage zum Kampfe gegen die vlämischen Ansprüche zusammen.

Die 1910 aus akademischen Kreisen heraus gebildete Vereinigung zur Erhaltung der französischen Sprache an der Universität Gent (Union pour la défense de la langue française à l'Université de Gand) tat sich mit den bekannten anderen gleichgesinnten Vereinigungen auf der Genter Weltausstellung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um die Hochschule, welche „die französische Zivilisation in Flandern vergegenwärtigt" aufrecht zu erhalten.

> „Wenn wir sie unterdrücken ließen", sagte ein Führer der genannten Union, der Genter Professor van Wetter, in der Gründungsversammlung am 23. Oktober 1910, mit dem für einen Franskiljon bezeichnenden Unverständnis für die niederländische Bildung, „würden wir unser heimatliches Geistesleben arm machen; wir würden ein barbarisches Werk tun."

Der Vizepräsident des ostflandrischen Provinzialrates, Advokat Herman de Baets, glaubte in gleicher Verkennung

des volkstümlichen Zieles der Hochschulbewegung mit dem Rechte auf Sprachenfreiheit die Erhaltung einer französischen Hochschule in Flandern rechtfertigen zu können. (Bericht über die Gründung der Union, Imprimerie A. Vanderweghe, Gent 1910).

In zahlreichen Umfragen wurden die Stimmen bedeutender Männer des öffentlichen Lebens gegen die Vervlamung der Genter Hochschule eingeholt. Die Zeitschrift des Nationalbundes zur Erhaltung der französischen Sprache, der Antiflamingant, ließ die Genter Professoren zu Worte kommen, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Beibehaltung der französischen Hochschule aussprachen. Raoul Engel, der Schriftführer des Verbandes, sammelte diese Professorenweisheit in einer Broschüre und verbrämte sie mit eigenen schiefen Aufstellungen. Die französische und welschbelgische Presse schlug darüber ein Triumphgeschrei auf. Die Vlaamsche Hoogeschool (November 1911, S. 4) kennzeichnete das Manöver wie folgt:

> „Bei den Zuständen, unter denen wir in Belgien leben, kann der Ausfall dieser Abstimmung keinen Augenblick zweifelhaft sein. Zum Teil sind die Hochschullehrer Wallonen; zum anderen Teil französierte Vlamen, die in einer Stickluft von Vorurteilen und Feindseligkeit gegen das Niederländische und in vollständiger Unwissenheit über die niederländische Kultur leben. Wie viele von diesen werden die Frage studiert haben und ohne Voreingenommenheit behandeln? Daß diese Leute, die die Genter Hochschule als eine Festung des Romanismus im Herzen von Flandern betrachten, als Preis des Sieges der lateinischen Gesittung über die germanische, nicht dafür zu haben sind, diese Festung räumen zu lassen, das ist natürlich und menschlich. Mit einem solchen Referendum kann der Antiflamingant also sich gemächlich einen Sieg holen. Es wird durch den Ausgang keineswegs ein Gewicht beigebracht, das die Wagschale hinabziehen kann."

Dieses Urteil paßte überhaupt ganz allgemein auf die Gegner der vlämischen Universität. Ihre Äußerungen verrieten bald eine erstaunliche Unfähigkeit, bald eine bösartige und bewußte Abneigung, den Hochschulstreit der Vlamen in seinem tieferen

Wesen zu begreifen als den Kampf eines Volkes für Eigenbestand und Zukunft. Wallonische und französische Demokraten verleugneten ihre Grundsätze, wenn's auf diese Sache kam. Der Sozialistenführer Vandervelde nahm lieber die soziale Vorherrschaft der franskiljonischen Spracharistokratie in Flandern mit in Kauf, als daß er der niederländischen Entwicklung freien Lauf gelassen hätte. Er wollte die französische Zwingburg in Gent erhalten, gegen die demokratischen und sprachlichen Urrechte der niedergedrückten vlämischen Volksmassen. Ferner gab er den schlauen Rat:

> „Die gebildeten Klassen (in Belgien) müssen vlämisch sprechen lernen, um im ganzen Lande die französischen Gedanken einpflanzen und begreiflich machen zu können. Man muß die französische Kultur übersetzen und so die vlämische Sprache zur Trägerin der französischen Gesittung machen." (Aus einer Rede Vanderveldes, abgedruckt in der Freimaurerzeitschrift L'Accacia, September-Oktober 1913; 107 ff.)

Vanderveldes vlämischer Gegenfüßler Kamiel Huysmans aber geißelte solche Auffassungen als oberflächlich und bewies, daß der Streit für die niederländische Hochschule zugleich der Befreiung des vlämischen Arbeitsvolkes von seinen verwelschten Unterdrückern diene. Er sah das Heil für Flandern in der vollen Ausbildung des niederländischen Eigenlebens, sein Genosse Vandervelde aber in der Beglückung mit der alleinseligmachenden französischen Zivilisation.

Der gleiche unüberbrückbare Zwiespalt herrschte auch in den andern Parteien. Im katholischen Lager standen sich als Führer gegnerischer Gruppen der Vlame Frans van Cauwelaert und die Welschbelgier Woeste und Carton de Wiart gegenüber; der konservative Woeste allerdings ohne die franzosendienerischen Neigungen der Jungklerikalen vom Schlage Carton de Wiarts. Bei den Liberalen der Advokat Louis Franck aus Antwerpen und der Brüsseler Universitätsprofessor Paul Hymans.

So sehr die leitenden Parlamentarier die Risse äußerlich zu verkleistern trachteten, die Parteigebäude krachten in den Fugen.

Das hergebrachte Parteiensystem und damit die Unterlage des belgischen Parlamentarismus, kamen ins Wanken, wenn der Nationalitätenstreit sich noch weiter auswuchs und, wie es schien, auf die innerstaatliche Trennung der beiden belgischen Stämme hintrieb.

Vandervelde gab seinen Befürchtungen folgenden Ausdruck:

„Die gegenwärtige Bewegung bedroht die Einigkeit der Partei, und da mir diese Einigkeit hundertmal mehr wert ist, als alle vlämischen Hochschulen zusammen, so hoffe ich an dem Tage, an dem die beiden unversöhnlichen Gegenmeinungen aufeinanderprallen werden, mit einer Lösung dazwischen zu treten: Eine vlämische Universität in Antwerpen und Beibehaltung der französischen zu Gent.“ (Nach Hooger Leven, 1911, Nr. 10.)

Bezeichnend war die Entwicklung in der Regierungspartei. Noch 1907 hatten die Bischöfe in einer Anweisung für den freien katholischen Hochschulunterricht entschieden gegen die vlämischen Forderungen Stellung genommen. Dabei waren die nationalen Ziele einer vlämischen Hochschule in erstaunlicher Weise verkannt worden. Die Universität erschien in dieser Anweisung lediglich als eine Gelehrtenschule, die einer internationalen Weltsprache bedürfe, in Belgien des Französischen, da das Lateinische leider nicht mehr die Sprache der internationalen Wissenschaft sei. Das vlämische Volk als solches hat an diese gelehrte Anstalt nur insoweit Ansprüche, als die beruflichen und praktischen Erfordernisse und billige Rücksichten auf die vlämische Literatur dies unbedingt verlangen. Eine katholisch-vlämische Universität zu fordern, sei jedoch unnütz und gefährlich. „Die Teilung unserer geistigen Kräfte könnte unter dem doppelten Gesichtspunkte des Katholizismus und des Patriotismus für uns verhängnisvoll werden.“ (Daumont, Mouvement Flamand II, 60 ff.)

Man sieht, hier wogen die Gesichtspunkte der Vlamengegner vor. Aber je mehr sich der neue Erzbischof Mercier von Mecheln als eifriger Vertreter des Franzosentums entpuppte, desto nachhaltiger wurde der Widerstand der vlämischen Katholiken, zu denen auch der größte Teil des Pfarrklerus hielt. Auf der Mechelner

Tagung der Regierungspartei im Jahr 1909 bereitete die nationalvlämische Richtung der Führung unter Woeste bereits nicht geringe Schwierigkeiten (Daumont, Mouvement Flamand II, 118 ff.) Und im gleichen Jahre erhoben sich 134 der namhaftesten katholischen Akademiker mit einem nicht mißzuverstehenden offenen Brief gegen das erzbischöfliche Franzosenregiment in Mecheln. Man wies Mercier nach, daß er in seiner vlämischen Erzdiözese als richtiger „Apostel der Verwelschung" wirke und daß er sich bei seiner Gegnerschaft gegen die Vlamen von bedenklichen Vorurteilen leiten lasse. So sehr die katholischen Vlamen bereit seien, ihren kirchlichen Obern den religiösen Gehorsam zu leisten, so wenig seien sie gewillt, auf nationalpolitischem Gebiete sich Fesseln anlegen zu lassen und irgend welche Rechte ihres Volkes preszugeben. (Wieder abgedruckt in Vlaamsche Nieuws, 22. März 1916.)

Das war eine offene Kampfansage und in der Tat folgte die katholische Richtung im Vlamenlande unter Führung van Cauwelaerts nun in hellen Haufen der Flagge der vlämischen Bewegung. Auch Mercier sah sich gezwungen, seinem welschbelgischen Patriotismus Zügel anzulegen. Er mußte sich zu dem Zugeständnis einer planmäßigen Einführung bestimmter vlämischer Vorlesungen in Löwen von 1911 ab bequemen. Seinen Geistlichen freilich unterband er die Teilnahme an der Genter Hochschulbewegung.

Ähnlich wandten sich die vlämischen Liberalen gegen die französische Leitung ihrer Partei. Deren Vorsitzender Paul Hymans wagte noch im März 1914 auf eine Umfrage der Zeitschrift Marches de L'Est die Antwort, seine Partei würde die Vervlamung der Genter Hochschule niemals billigen. Allein da wurde er von vlämischen liberalen Vereinigungen und Zeitungen unsanft abgeschüttelt und daran erinnert, daß die vlämischen Liberalen in ihrer erdrückenden Mehrzahl sich längst für den der Kammer vorliegenden Umwandlungsantrag eingesetzt hätten. (Hooger Leven, 27. Juni 1914.)

Seit 1911 fanden zahlreiche öffentliche Versammlungen statt, in denen Führer aller drei politischen Parteien, voran Franck, van Cauwelaert und Huysmans, gemeinsam für diesen Antrag auftraten. Bei den Wahlen 1912 und noch mehr bei den Teilwahlen vom April 1914 sahen sich die Kandidaten ohne Unter-

schied der Partei in vielen vlämischen Kreisen genötigt, zur Universitätsfrage Stellung zu nehmen, um ihre Wähler bei guter Laune zu erhalten.

* * *

Man versteht, daß Regierung und parlamentarische Führerschaft bestrebt waren, in die beängstigende Geschlossenheit, mit der das vlämische Volk hinter der Hochschulforderung stand, einen Keil zu treiben.

Dem Umwandlungsantrag wollen die Abgeordneten Verhaegen, Woeste, Bernaert und andere 1911 in der Kammer den Boden entziehen, indem sie die Einrichtung vlämischer Abteilungen an den Staats-Universitäten Gent und Lüttich beantragen. Allein der Plan wird im ganzen vlämischen Lande so einmütig und nachdrücklich abgelehnt, daß er bald wieder von der Bildfläche verschwindet. Auch der Erzbischof von Mecheln kommt zu Hilfe und genehmigt, wie schon erwähnt, die Einrichtung einer Reihe von vlämischen Doppelkursen in Löwen (1911). Der Unterrichtsminister Poullet gibt kund, daß er für Gent ebenfalls Doppelkurse vorhabe. Allein das vlämische Volk will von solchen halben Maßnahmen nichts mehr wissen und verlangt nur um so stürmischer sein Recht: die vollständige Überantwortung der in seinem Gebiete gelegenen Genter Staatsuniversität!

„Der Vorschlag doppelter Lehrgänge", heißt in der katholischen Zeitschrift Hooger Leven (1911 Nr. 16), „ist lediglich ein Versuch, die vlämische Bewegung tot zu machen. Das wird deutlicher, wenn man überlegt, wie unsere Sprache überall unterdrückt wurde, wo sie neben der französischen geduldet wurde und man überdies beachtet, daß diese sogenannte maßvolle Lösung gerade von solchen verteidigt wird, die jederzeit unsere hartnäckigsten Gegner waren . . . Diese Lösung ließe den verwelchten Klassen die Möglichkeit, inmitten des Vlamenlandes das verkünstelte und antinationale Leben fortzusetzen, das sie zum Ärger unseres Volkes führen."

Der Abgeordnete Juliaan de Vriendt sprach aus:

„Als Genter erkläre ich, daß eine französische Hochschule zu Gent, in Flanderns Hauptstadt, dasteht als ein

wucherndes Unkraut, das unser nationales Leben in Gefahr bringt. Dieses Übel muß weg." (Ons Volk, 20. April 1912).

Im Antwerpener Handelsblad (18. März 1911) las man:

„Nun sagen uns die Gegner selbst, wo unsere Hochschule stehen muß: zu Antwerpen. Wir dürfen in unserem eigenen Lande nicht selber wählen. Sie sind gewöhnt, uns Almosen zu geben, faire des concessions, wie sie das heißen . . . . . Aber die Zeit ist gekommen, um mit Hugo Verriest zu sagen: Meine Herren, wir wollen nicht mehr hinter Euch kommen, sondern neben Euch stehen, in derselben ersten Reihe, voran!"

Bis in die untersten Volksschichten hinein sind die Lichtstrahlen der Erkenntnis gedrungen, welche die Hochschulkommission zum Gemeingut der Vlamen gemacht: Volle Entwicklung aller Volkskräfte auf geistigem und materiellem Gebiete, durch das allein taugliche Mittel die Volkssprache; Reinheit und Klarheit in Bildung und Erziehung. Daher für Flandern keine andere Hochschule als eine niederländische. Sie muß die Brücke schlagen über den Abgrund, der höhere Stände und Volk Flanderns noch trennt. Und diese Brücke soll so stark und so groß gebaut werden, daß das vlämische Volk darüber hinweg seiner Befreiung entgegenschreiten kann.

* * *

So zwingt die Wucht der nationalvlämischen Bewegung schließlich Regierung und Parteien zum Handeln. Sie können der Entscheidung nicht mehr ausweichen. Das Parlament muß sich mit dem Plane auseinandersetzen, den ursprünglich eine unpolitische Kommission wissenschaftlich gebildeter Männer ausgedacht. Im Februar 1914 wird der Antrag Franck-van Cauwelaert-Huysmans in den sechs Abteilungen der Abgeordnetenkammer vorberaten. Für ihn war eine Volkseingabe eingegangen mit mehr als 100 000 Unterschriften. Über 500 vlämische Gemeinderäte und 2700 Alt-Hochstudenten hatten sich ebenfalls an die Abgeordneten gewandt. Die Furcht vor diesen Massen tut Wunder. In vier Abteilungen ergeben sich Mehrheiten für den Gesetzentwurf; im ganzen stimmen 61 Mitglieder dafür, 43 dagegen, 14 enthalten sich, unter letzteren auch der Ministerpräsident

de Broqueville, der Justizminister Carton de Wiart und der Unterrichtsminister Poullet. Die drei vlämischen Minister Helleputte, Segers und Vandevijvere gehen mit der Mehrheit.

Die Sache schien also für die Vlamen nicht übel zu stehen. Allein schon die Wahl der Mitglieder für den Hauptausschuß verändert das Bild bedenklich. Woeste setzt durch, daß die Mitglieder dieses Hauptausschusses durch geheime Zettelwahl bestimmt werden. Und siehe da, die vorher so günstig gestimmten Abteilungen wählen in den Hauptausschuß sechs Gegner und zwei Freunde des Gesetzentwurfes. Als Gesamtberichterstatter wird ebenfalls ein Gegner bestellt.

So fiel der Reif noch in der Maiennacht. Daß da etwas „hinter den Schirmen" vorgegangen sein mußte, war sonnenklar. Man nannte Woeste und Broqueville als die Meister des verborgenen Spieles (vgl. Bien Public, 8. März 1914). Übrigens hatten etwa 60 Kammermitglieder bei der Abstimmung gefehlt, die in ihrer Mehrzahl als Gegner betrachtet werden konnten. Und im Falle einer endgültigen Annahme des Gesetzesvorschlages hatten die Vlamen immer noch das zähe Widerstreben der belgischen Bureaukratie zu erwarten, die im Hintergrunde bereitstand, um nach alter Gewohnheit zu erdrücken, was das Parlament aus politischen Gründen durchlassen sollte.

In Wirklichkeit war also für den vlämischen Antrag trotz der ersten günstigen Abstimmung kaum noch viel zu hoffen. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch eine Rede, die der Ministerpräsident noch im Juli 1914 in seinem Wahlkreise Turnhout hielt. Wegen ihrer sibyllinischen Dunkelheit rief sie zunächst die widersprechendsten Deutungen in der Presse hervor. Die einen lasen heraus, daß der Minister in der Tat Gent umwandeln wolle, die andern, daß er nicht daran denke. Der Bien Public, das Blatt Woestes, verkündete mit der Miene des Wissenden das Richtige, nämlich, daß die Regierung zwar einen vlämischen Hochschulunterricht schaffen, aber gleichzeitig die Genter französische Universität beibehalten wolle (Bien Public, 14. Juli 1914).

Für diese „nationalbelgische" Lösung bestand aber, wie wir sahen, keine Neigung. In beiden Lagern rüstete man zur parlamentarischen Entscheidungsschlacht. Für die Wallonen reichte

Destrée eine Interpellation bei der Kammer ein, die Vlamen wurden noch im Juli von ihrer Hochschulkommisison zu einer machtvollen Kundgebung auf September 1914 nach Brüssel zusammenberufen. Der Weltkrieg unterbrach den weiteren Gang der Dinge und enthob die belgische Regierung der Notwendigkeit, eine ungemein schwierige Lage zu meistern, wohl die bedenklichste seit Jahrzehnten[1]).

Eines aber hatte sich während des Streites deutlich gezeigt: Frankreich war in Belgien stärker als das vlämische Volk.

Natürlich hatten die Franzosen, während sie die Hände überall im Spiele hatten, die pangermanische Gefahr an die Wand gemalt. So log das Pariser Petit Journal (nach Hooger Leven, 15. April 1911):

> „Die vlämische Bewegung ist ins Leben gerufen worden von den Deutschen und wird von den Deutschen unterstützt, die jetzt daran denken, ganz Belgien zu überrumpeln, nachdem sie ihre Handelsflagge in Antwerpen aufgepflanzt haben. Sollte es den Vlamen gelingen, ihren Kampf um die Vervlamung der Genter Hochschule zu gewinnen, so wäre dieser Sieg ein wahrer Triumph für Deutschland. Und den Wallonen ginge es in Belgien wie den Elsässern und Polen in Deutschland."

Ähnlich klang es hundertstimmig im Chore der französischen und welschbelgischen Presse. Dabei lag vor aller Augen, wie Frankreich arbeitete. Seine Minister und Parlamentarier, seine Zeitungen standen, wie wir schon sahen, mit im Vordergrunde des Treffens. Hier noch ein paar Beispiele: Der Vizepräsident des französischen Senats, Maxime Lecomte, griff in Wort und Schrift mit ein und erhob auch in der erwähnten Broschüre von Raoul Engel seine Stimme. Camille Pelletan scheute sich nicht, in einer Lütticher Studentenversammlung auszusprechen, er

---

[1]) Das Werk der Umwandlung der Genter Hochschule ist nach der deutschen Besetzung bekanntlich vom Generalgouverneur Frhrn. von Bissing aufgenommen und trotz aller Schwierigkeiten unter tatkräftiger Mitwirkung der vlämischen „Aktivisten" durchgeführt worden.

hoffe das Vlämische, diese lächerliche und unnütze Mundart noch verschwinden oder höchstens als Werkzeug der rückschrittlichen klerikalen Propaganda angewandt zu sehen (Hooger Leven 1911, Nr. 8).

Für die Franzosen und die meisten Welschbelgier, selbst für die „Nationalbelgier" vom Schlage Pirennes und Léon Hennebicqs war es eben ein selbstverständlicher Anspruch, daß die belgischen Hochschulen Sitze der französischen Geisteswelt zu sein haben. Wie sagte doch der Lütticher Universitätsprofessor M i c h e l?

> „Die belgischen Universitäten sind Mittelpunkte der französischen Kultur. Die Bildung, die wir unsern Schülern immer wieder vermitteln, unterscheidet sich in nichts von derjenigen in Paris" (De Vlaamsche Hoogeschool, November 1911, S. 1).

Nach diesem Grundsatz h a n d e l t e das Franzosentum in und außerhalb Belgiens. Während es die neutralen Grundlagen und die Selbständigkeit des belgischen Staatswesens planmäßig untergrub, stand Deutschland mit verschränkten Armen beiseite, peinlichst darauf bedacht, jede Einmischung in „innerbelgische Verhältnisse" zu vermeiden.

Presse und Schaubühne.

Pariser Presse und belgisches Zeitungswesen.

Von jeher wußte Frankreich die öffentliche Meinung Belgiens durch eine dienstbare Presse nachhaltigst zu beeinflussen. Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren manche belgische Zeitungen Werkzeuge in den Händen französischer Journalisten und Politiker. Als späterhin die weitschichtige Entwickelung des Zeitungswesens eine weitere Beherrschung der belgischen Tagesliteratur nötig machte, griffen die Franzosen zu neuen Mitteln. Die Pariser Zeitungen nehmen nun den Wettbewerb in Belgien selbst auf und machen den einheimischen den Boden mit Macht streitig. Sie finden dabei die weitestgehende Unterstützung bei den französischen Propagandaverbänden und ihrem belgischen Anhang. Der Erfolg war überraschend günstig für Frankreich. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege beherrschte die Pariser Presse in stärkstem Maße den Markt und die öffentliche Meinung des Landes. So wurden Le Petit Journal illustré, Le Petit Parisien illustré, Excelsior, Le Figaro, Le Gaulois und die beiden deutschhetzerischen Boulevardblätter Le Journal de Paris und Le Matin in einer Gesamtzahl von rund 300 000 bis 350 000 Stück täglich in Belgien verkauft. Der Volksbelang (1. Juli 1912) teilt hierüber folgendes mit:

> „Die wöchentliche Einfuhr des Petit Journal illustré beträgt 52 000 Exemplare, die des Petit Parisien 40 000. Excelsior, Figaro, Gaulois, Journal de Paris folgen . . . . Jeden Tag sendet das Journal 24 000 Stück nach Brüssel, 4800 nach Antwerpen, 2500 nach Gent. Jeden Tag schickt der Matin 11 000 Stück nach Brüssel, 1900 nach Antwerpen, 1200 nach Gent."

Die katholisch-vlämische Zeitschrift Hooger Leven (1911, Nr. 5) gibt an:

„Belgien bekommt täglich 8200 kg französische Zeitungen zu lesen, die in Ballen zugesandt werden. Im Jahre 1910 belief sich die Einfuhr auf 13 000 000 kg, dabei sind nicht eingerechnet die Zeitschriften und Zeitungen, die unter Kreuzband zugeschickt werden."

Die Schnelligkeit der Sendungen von Paris nach Belgien ermöglichte, daß die Pariser Morgenausgaben schon mittags in fast allen belgischen Städten zu kaufen waren. Die Leser zogen sie den Abendausgaben der einheimischen Zeitungen vor, da diese vielfach nichts weiter als ein Abklatsch der Pariser Morgenblätter waren.

Ein belgischer Zeitungsmann, Gustave Casy, Schriftleiter des Journal de Mons, bezeugte dies auf dem Kongreß der Amitiés françaises in Mons 1911 mit folgenden Worten:

„Die großen französischen Zeitungen haben in Belgien mehr Leser als unsere einheimische Presse. Sie führen uns in das Weltgeschehen mit einer Schnelligkeit ein, die den Grund ihrer Beliebtheit und Überlegenheit bildet. Dank ihnen leben wir das Leben der Franzosen und interessieren wir uns ebenso wie diese für die großen Ereignisse wie für die alltäglichen Kleinigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Republik in ihrer ganzen Ausdehnung abspielen. Im weiteren Sinne sind wir alle Tributpflichtige des Pariser Journalismus." (Kongreßbericht Mons 1911, S. 59.)

Der durchaus französisch gesinnte belgische Schriftsteller und Journalist Léon Souguenet schilderte die Unselbständigkeit der Presse seines Landes und die daraus entspringenden ungenügenden Leistungen folgendermaßen:

„Alle belgischen Zeitungen sind in weitem Umfang abhängig von Paris oder der Pariser Presse. Der eingewurzelte provinzielle Partikularismus bringt es mit sich, daß unsere einheimischen Zeitungen außerhalb ihres Erscheinungsortes kaum Käufer finden. Sowohl die Zeitungen von Lüttich, als auch die von Gent, als auch die von Brüssel haben bei weitem nicht den Einfluß in der Provinz, der etwa dem Gewicht der Pariser Zeitungen in der französischen Provinz gleichkäme.

Ihre Berichterstattung reicht nicht über die Grenzen ihres Ortes und seines nächsten Umkreises hinaus. Ich habe eine Zeitung in einer wallonischen Stadt gekannt, deren Hauptschriftleiter sagen konnte: Die Docks von Antwerpen brennen, aber berichtet ja nicht zuviel darüber, denn das ist nicht interessant. Und ich kenne einen Lütticher Mitarbeiter einer Antwerpener Zeitung, den man während der Ausstellung in Lüttich bat, doch weniger von der Ausstellung zu berichten... Da Lüttich sich mit Gent, Antwerpen und Brüssel nur beschäftigt, um über Ereignisse, die in der Schwesterstadt tiefe Erregung hervorgerufen haben, eine kleine spöttische Zeile zu veröffentlichen, so tritt in den Zeitungen bald Stoffmangel ein. Da hält man sich dann an die Pariser Presse mit der Fülle ihrer Berichte, ihres Lärms, ihres ungetrübten Amerikanismus. Man macht hier, oft mit der Schere, seine Anleihen. So kommt es, daß eine Pariser Angelegenheit, ein Verbrechen, ein Prozeß, ein Skandal in den belgischen Blättern oft mehr Raum einnimmt, als ein entsprechender belgischer Vorgang. Den bedeutenden Reporter, den Rätselrater, den Umfrageveranstalter, den Aushorcher, alles das gibt es in Belgien wenig; derartige Pariser Artikel liefert fix und fertig eben die Pariser Presse." (Marches de l'Est, 1911, S. 327.)

Derselbe Sachverständige sagte auf dem Kongreß der Amitiés Françaises zu Mons (Bericht, Seite 109):

„Der belgische Leser wundert sich nicht, wenn er in den Zeitungen von Couvin, von Col de Sarts oder von Bastogne liest: U n s e r e Flotte ist gestern in den Hafen von Toulon zurückgekehrt. Er weiß, was damit gemeint ist. Die berufsmäßige Schere des belgischen Zeitungsleiters hat hier gearbeitet. Wie sollten sich übrigens die belgischen Zeitungen französischer Sprache sonst nähren? Das Land und seine Mittel sind beschränkt, die Zeitungen sind zu zahlreich im Verhältnis zum Gewicht des belgischen politischen Lebens. Aber außer den politischen Gegenständen gibt es auch noch andere. Man entnimmt sie ebenfalls den Pariser Zeitungen, einmal weil sie da so schön dargeboten sind, dann weil sich überhaupt der Tournaier oder der Lütticher mindestens eben-

sosehr für die Ereignisse in Paris interessiert, wie für die in Gent oder Antwerpen."

Auch vielen Belgiern wurde diese Überflutung mit ausländischem Lesestoff unheimlich. Die Vlamen zumal suchten sich ihrer nach Kräften zu erwehren. Als Frankreich 1910 seine Zollgesetzgebung verschärfte und dabei auch die belgische Ausfuhr empfindlich belastete, regte sich der Wunsch nach Vergeltungsmaßnahmen. Der Abgeordnete W a u v e r m a n s verfiel dabei auf den Plan, die in Massen aus Frankreich kommenden Drucksachen, Zeitschriften, geschäftlichen Reklameschriften einer Zollbelastung zu unterwerfen.

„Diese Zeitungen und Zeitschriften", so sagte der Antragsteller, „werben fortwährend für die französischen Waren zum Nachteil der belgischen Industrie und sollen daher durch eine Zollauflage getroffen werden." (Nach Vlaamsche Gazet, 22. März 1910.)

Einzelne katholische Blätter verwiesen zugleich auf einen Artikel „Le deshonneur de Paris", von dem Pariser Freidenker U r b a i n G o h i e r, der die pornographische Verseuchung der Pariser Literatur, Presse und Theater an den Pranger gestellt hatte, und forderten mit Berufung darauf wirksame Maßregeln gegen die Überwucherung des blühenden belgischen Baumes durch die schädlichen französischen Gewächse.

Selbst der durchaus französisch gesinnte P e t i t B l e u trat dafür ein, daß eine gewisse Pariser Presse von Belgien möglichst abgehalten werden müßte, weil sie die Sittlichkeit des Bürgertums und der Arbeiterschaft gefährde und verderbliche demagogische und anarchistische Auffassungen im Lande einführe. (Nach Vlaamsche Gazet, 28. November 1910.)

In Frankreich brach natürlich ein großer Lärm los über derartige Selbständigkeitsregungen. Die belgischen Franzosenfreunde stimmten kräftig mit ein. In Paris erhob die Gesellschaft der Literaturfreunde, in Brüssel die brabantische Abteilung des Weltbundes zur Ausbreitung der französischen Sprache und Kultur lauten Einspruch. Die den Franzosen dienstbaren belgischen Blätter schäumten vor Zorn über den „Anschlag gegen die Preß-

freiheit“ und über die „Beleidigung des französischen Geistes“. Daß die Pariser Regierung belgischen Druckwerken, die ihr nicht paßten, schon früher ohne viel Federlesens die Grenzen der Republik gesperrt hatte, kümmerte diese Rufer im Streite nicht weiter. Für dieses Vorgehen der Franzosen hatten sie kein Wort des Tadels gefunden.

Über dieses würdelose Verhalten bemerkte der XX. Siècle (24. März 1910):

> „Wenn Frankreich uns tief beleidigt, müssen wir still halten. Wenn es uns auf die rechte Wange schlägt, müssen wir ihm auch die linke hinhalten. Ein solches Verlangen wird alle Tage durch verschiedene Schreiber geäußert, die sich zu einer richtigen Partei zusammengeschlossen haben, zur französischen Partei in Belgien.“

* * *

Französisches und welschbelgisches Schrifttum waren nicht nur durch wissenschaftliche, literarische und künstlerische Beziehungen, sondern auch durch eine weitgehende politische Gemeinschaft eng miteinander verwachsen. Soweit ein selbständiges belgisches Schrifttum französischer Sprache bestand, reichte sein Einfluß nicht entfernt hinan an denjenigen der Literatur, die vom politischen Frankreich ihr Gepräge bekam. Gerade Zeitschriften von der Art der Marches de L'Est, der Amitiés Françaises und der Action Française, also Organe des schroffsten neufranzösischen Nationalismus, sind, wie wir an verschiedenen Beispielen sahen, förmlich franco-belgisches Gemeingut gewesen. Für die Tagespresse war besonders bezeichnend die enge Wechselverbindung zwischen gewissen Brüsseler und Pariser Redaktionsstuben. Die Vlaamsche Gazet (17. Januar 1911) teilte darüber folgendes mit.

> „Der Berichterstatter des Pariser Matin ist Mitarbeiter des (Brüsseler) Soir; derjenige des Petit Parisien ein Redakteur der (Brüsseler) Gazette; der des Temps Hauptredakteur der Indépendance; der Mann, der im Gaulois schreibt, gehört zur Redaktion des XX. Siècle und es ist ein Redakteur vom Brüsseler Patriote, der die Libre Parole bedient.“

Redakteure bedeutender belgicher Zeitungen standen also zugleich im Solde der Pariser Boulevardblätter. Wundert man sich da noch, daß der Gleichklang der Meinungen in Paris und Brüssel immer mit unfehlbarer Sicherheit ertönte, so oft es nur nötig war? Seit der Zeit der Entente Cordiale spannten sich ähnliche Fäden auch zwischen der belgischen Hauptstadt und London. Die Artikel belgischer Politiker und Zeitungsschreiber, besonders über wirtschaftliche und militärische Dinge, über die belgische Neutralität und die „deutsche Gefahr", mehrten sich in englischen Tagesblättern und Zeitschriften zusehends. Auch war es wohl kein bloßer Zufall, daß ein englischer Journalist von europäischem Ruf, wie Dr. Dillon, der mit allen ententefreundlichen Staatsmännern in brieflichem Verkehr stand, sich in Brüssel niederließ.

Ununterbrochen ging in allen Angelegenheiten der großen Politik die Presse-Mache zwischen Paris, London und Brüssel, insonderheit zwischen Temps, Times und Indépendance mit geschickt verteilten Rollen hin und her. Oft verbreiterte man die Grundlage, indem man auch west-schweizerische Blätter, insbesondere das Journal de Genève oder die Gazette de Lausanne mit in das Konzert hereinzog und so den Widerhall verstärkte.

Die Indépendance Belge, deren Schriftleiter Roland de Marés den Pariser Temps und gelegentlich auch andere französische Blätter bediente, trug ihren Spottnamen Dependance Française zu recht. Bei den Banketten, die Verlag und Redaktion alljährlich in Paris veranstalteten, fand sich die literarische und politische Welt der französischen Hauptstadt zusammen, um dem Blatte ihren Dank für die Pionierdienste, die es in Belgien leistete, zu bekunden. Im Jahre 1910, beim 20. Pariser Festessen, war es kein geringerer als Raymond Poincaré, der namens der Versammelten dieser Dankesstimmung beredten Ausdruck verlieh (Indépendance Belge, 18. Mai 1910).

Der XX. Siècle, das Leibblatt des belgischen Ministerpräsidenten Baron de Broqueville, war geleitet von Fernand Neuray, der das Blatt auch während des Krieges in Le Havre und jetzt in Paris weiterführt. Neuray stand mit dem Ministerpräsidenten auf so vertrautem Fuße, daß er auch mit geheimen politischen Sendungen betraut wurde. Die Häufigkeit seiner Be-

suche in London und Paris fiel auf. Bezeichnend für Neuray's Denkweise und politische Richtung war, daß er mit dem bekannten englischen Deutschenhetzer Blatchford befreundet war und zusammenwirkte. Der XX. Siècle vertrat die „national-belgische" und militärische Richtung der katholischen Regierungspartei. Während des Krieges vertreten das Blatt und seine ministeriellen Hintermänner in Le Havre in folgerichtiger Fortsetzung ihrer Politik vor dem Kriege die Forderung eines an Frankreich und England engangelehnten „größeren Belgien". Schon vor dem Kriege neigte eben der belgische „Nationalismus" des XX. Siècle trotz der gelegentlichen Ausfälle des Blattes auf französische Zustände, entschieden nach der Seite der Westmächte hin. Der Ministerpräsident und sein Leibblatt heimsten sogar das Lob der von Roland de Marés nach Pariser und Londoner Weisungen geleiteten Indépendance Belge ein.

Auch andere maßgebende Mitglieder der Brüsseler Regierung gehörten zu dem vertrauten Kreise des XX. Siècle. So der Justizminister Carton de Wiart und der Kolonialminister Renkin. Dieser lebte der Auffassung: Von Frankreich haben wir für den Kongo nichts zu fürchten, alles aber von Deutschland. Die gleiche Ansicht verfocht auch das halbamtliche Journal de Congo. Es wurde geleitet von Renkins Busenfreund Edmond Patris, einem Manne, der in der französischen Gesandtschaft ein- und ausging, in der Redaktion des Brüsseler Soir saß und zugleich Berichterstatter des — Pariser Matin war. Gewiß eine bezeichnende Verknüpfung![1])

Wundert man sich noch, daß das belgische Kolonialblatt eine unentwegt deutschfeindliche Haltung zeigte? Es wirkte mit der englisch-französischen Presse unbedenklich an der Fälschung der öffentlichen Meinung mit und behauptete wiederholt, daß Deutschland an die Eroberung des Kongostaates denke. Am 6. Januar 1912 rühmte sich diese Zeitschrift:

> „Seit der ersten Nummer dieses Blattes haben wir betont, daß der belgische Kongo alles von der kolonialen Begehrlichkeit Deutschlands zu fürchten habe."

[1]) Während des Krieges arbeitet Patris als einer der journalistischen Helfer der Regierung in Le Havre am XX. Siècle mit.

Dabei läßt sich, wie Dr. Rathgen festgestellt hat, (Preußische Jahrbücher 1915; I, 518) aus den Akten des belgischen Kolonialministeriums nachweisen, daß einsichtige Beamte dieses Ministeriums den Minister Renkin nachdrücklich auf die notorische Unwahrheit dieser Verdächtigungen Deutschlands aufmerksam gemacht haben!

Vom XX. Siècle führte auch eine gut angelegte Leitung hinüber zum Brüsseler Soir. Dieser gab vor, die Mitte zwischen Liberalen und Klerikalen zu halten und einer rein nationalen belgischen Politik dienen zu wollen; in Wirklichkeit war er ein unbedingtes Franzosenblatt. Zur Redaktion gehörte, wie erwähnt, der Matin-Korrespondent Edmond Patris, als katholisch gerichteter Mitarbeiter.

Er stand in enger Fühlung mit seinem Schwager Delantsheere, der als geschickter Nachrichtenvermittler und Redakteur des XX. Siècle in den belgischen Ministerien überall offenen Zutritt hatte.

Der Soir leistete Herrn von Broqueville und seiner Politik 1911 einen guten Dienst. Mit seiner berühmt gewordenen Artikelserie „Sind wir bereit?“ (Sommes nous prêts?), leitete er 1911 die Erörterungen über die Reform des belgischen Heerwesens in Bahnen, die zum Rücktritt des damaligen Kriegsministers und zur Übernahme des Kriegsministeriums durch Broqueville führten. Das Blatt verbarg dabei nicht, daß es in einer verstärkten belgischen Armee von vornherein auch eine Flankendeckung für Frankreich erblicke.

Unterstützungen und Belohnungen.

Im französischen Staatshaushalt waren schon seit Jahrzehnten geheime Summen für Presse und Propaganda in Belgien ausgeworfen unter dem Titel Fonds special pour la Belgique. Es war ein öffentliches Geheimnis, daß diese Gelder größtenteils in die Taschen belgischer Zeitungsleute flossen. Mehrfach wurden öffentliche Anschuldigungen in diesem Sinne erhoben, ohne daß in Paris oder Brüssel jemals eine ausreichende Erwiderung oder eine Aufschlußerteilung über die Verwendung der Gelder erfolgt wäre (vgl. Taalstrijd, VIII, 65).

In der Zeitung La Presse (1911, Nr. 6) stand folgendes zu lesen:

„Die Tatsachen lassen sich leider nicht ableugnen: Eine gewisse sehr bekannte Tageszeitung erniedrigt sich bis zur Annahme der 30 Silberlinge, die aus dem Geheimstock Frankreichs ihr zur Verfügung gestellt werden. Wie viele französische Tagesschriftsteller, Zeitungsleiter und Mitarbeiter mißbrauchen die Gastfreiheit unserer Presse, um Angelegenheiten der belgischen Politik zu behandeln, die zu behandeln ihnen ihr Taktgefühl verbieten sollte. Ob sie nun mit Geld unterstützt werden oder nicht, so viel sollten sie doch gemerkt haben, daß das Land sich selbst genügt und daß wir nicht über die Grenze zu gehen brauchen, um Schlagworte und Richtlinien unseres Denkens zu finden."

Bezeichnend für die Auffassungen gewisser Journalistenkreise war das Auftreten Gérard Harrys auf dem Kongreß der Alliance Française in Arel (September 1908). Harry war längere Zeit Hauptschriftleiter des Brüsseler Petit Bleu gewesen, eines Blattes, das keine Gelegenheit versäumte, für Frankreich zu arbeiten und Deutschland schlecht zu machen. Während der gefährlichen europäischen Spannung der ersten Marokkokrisis (1905/06) legte sich der Petit Bleu besonders stark für ein belgisch-holländisches Bündnis ins Zeug, das nach seiner Auffassung an der Seite der Westmächte deutschgegnerische Ziele verfolgen sollte. Zu gleicher Zeit trat das Blatt für eine weitausgreifende belgische Kolonialpolitik ein. Dabei passierte ihm ein kleines Unglück: Der Sozialistenführer Vandervelde, der heutige Minister, bewies unter Vorlage von unzweideutigen Belegen, daß der so kongofreundliche Petit Bleu vom Kongostaat regelmäßig „unterstützt" werde.

Wenige Monate nach dieser unangenehmen Enthüllung verließ Gérard Harry seine Stelle als Hauptschriftleiter des Petit Bleu. Das hinderte ihn aber nicht, 1908 in Arel eine förmliche Entschließung vorzuschlagen und ausführlich zu begründen, daß die „gutgesinnten" Zeitungen der französischen Ostmarken, also der Westschweiz, Luxemburgs, Belgiens, Elsaß-Lothringens von der Regierung der Republik „regelmäßig unterstützt" werden sollten. (Etoile Belge, 22. September 1908.)

Freimütiger ist kaum jemals in aller Öffentlichkeit der Wunsch nach wohltuenden Bestechungen geäußert worden. Die versammelte Alliance Française aber nahm den Vorschlag als durchaus vernünftig und zweckmäßig an und ein großer Teil der belgischen Presse fand dies so natürlich, daß er kein Wort des Einspruches hören ließ.

Dagegen tat sich Léon Souguenet etwas darauf zugute, die vlämischen Blätter mit dem durch nichts gerechtfertigten Anwurf zu bedenken, daß ihr Streit für eine niederländische Genter Hochschule „niemals eine nationale, durch die Volksstimme gestützte Forderung" gewesen sei, sondern mit deutschem Gelde gemacht werde.

In der von den beiden Hoste, Vater und Sohn, herausgegebenen Vlaamsche Gazet las man daraufhin folgende gesunde Abfertigung:

> „Die Chronique behauptet, wenn auch in vorsichtiger Weise, daß wir durch Deutschland bestochen seien. Ihr Herren, ihr sprecht von Stricken und seid selbst im Hause des Gehenkten. Wir wissen nicht sicher, ob ihr bestochen seid. Aber ihr laßt in Arel Resolutionen verteidigen, die unsereinem noch nicht einmal im Traume einfallen. Wer ist es gewesen, der die Comédie Française nach Belgien schickte? Die Französische Regierung. Wer verlangt in zweisprachigen Ländern regelmäßige Unterstützung der französisch geschriebenen Presse durch Frankreich? Die Kongreßteilnehmer von Arel! Wer verpflichtet den französischen Gesandten in Brüssel, seine Regierung beständig zu veranlassen, einen Regen von Orden niedergehen zu lassen? Die französischen Propagandisten in Belgien, deren Eifer steigt, je nachdem die erwiesenen Dienste belohnt werden . . . . . Wenn die Chronique oder irgendein anderes französisches Blatt beweisen kann, daß die deutsche Regierung die Vlämischgesinnten unterstützt, dann schenken wir 10 000 Franken her, welche die Alliance Française dazu verwenden mag, Gent und Antwerpen französisch zu machen."

Verhängnisvolle Wirkungen.

Die unmittelbare Folge der täglichen und unablässigen Versorgung der Belgier mit französisch zubereitetem Lesestoff war die allmähliche, durchgreifende Französierung der öffentlichen Meinung in allen Bevölkerungsschichten des Landes. Wir haben davon zahlreiche Proben gegeben, was die inneren Zustände, die vlämische Frage, die wallonische Bewegung, die Beeinträchtigung der Selbständigkeit und der Neutralität des belgischen Staatswesens und öffentlichen Lebens anlangt. Hier noch einige Belege dafür, welche verhängnisvollen Früchte diese Zustände auf dem Gebiete auswärtiger Angelegenheiten zeitigten!

Schon der Umstand, daß gerade der Pariser Matin und das Petit Journal, welche die Deutschenhetze planvoll betrieben, die gemäßigteren Pariser Zeitungen, wie den Figaro, ausstechen und auch für Belgien in erster Linie tonangebend werden konnten, wirft ein eigentümliches Licht auf das belgische Neutralitätsbewußtsein. Jener freimütige Wallone, der unter dem Decknamen Integer 1913 sein Buch Belgique et Allemagne schrieb, beleuchtet dies folgendermaßen:

„Man kann sagen, daß das belgische Denken in seiner Gesamtheit nur eine Abart des französischen Denkens darstellt. Diese Denkweise gilt als normal, während entgegengesetzte Auffassungen, der Flamingantismus und der Pangermanismus — beide sind in ihrer Art übrigens nicht weniger ausschweifend — als Abirrungen vom nationalen Standpunkt gekennzeichnet werden . . . . .

Was die auswärtige Politik betrifft, so bekennt sich der Belgier nach dem Vorbild der meisten seiner Zeitungen zur französischen Auffassung. Die Dinge werden hier so betrachtet, wie die großen Pariser Zeitungen sie uns darbieten, und unter dem gleichen Gesichtswinkel, als wenn beide Völker die nämlichen Interessen teilten oder ihr Geschick gemeinsam wäre. Die Forderung, die jüngst von einer hervorragenden Persönlichkeit der französischen Marine erhoben worden ist, nämlich im Kriegsfalle den Ärmelkanal zu schließen — eine

für unsere Interessen verhängnisvolle Forderung — hat bei uns nicht die leiseste Aufregung verursacht und die niederländische Auffassung ist mit ihrem Widerspruch allein geblieben.

Die Marokkoangelegenheit ist unter diesem Gesichtspunkt sehr lehrreich gewesen. Jeder beliebige belgische Exporteur muß zugeben, daß die französischen Kolonien infolge ihrer Tarife tatsächlich jeder fremden Einfuhr verschlossen waren. Nun hat das französisch-deutsche Marokkoabkommen jedenfalls die internationalen Interessen, einschließlich derjenigen Belgiens, auf diesem Gebiete von 100 000 Quadratkilometern geschützt. Niemand schien das bei uns zu beachten. Aber das Erscheinen eines Schiffes vor Agadir zum Zweck der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, von denen nach dem Verschwinden des Herrn de Selves niemand mehr etwas wissen wollte, hat in Belgien ebensoviel Unwillen erregt, als wenn ein Kreuzer vor der Tête de Flandre Anker geworfen hätte; und unsere Stammtischdiplomaten konnten Deutschland den Erwerb der Kongosümpfe in gar keiner Form verzeihen.

Alle Fragen der auswärtigen Politik werden in Belgien unter solchen Gesichtspunkten beurteilt. Und ebenso geht es auch mit den großen geschichtlichen Ereignissen, wie dem Krieg von 1870, der elsässischen Frage und anderem." (Integer, Belgique et Allemagne, S. 19 ff.)

Das Gift des Deutschenhasses wurde unablässig und mit klarem Bewußtsein den Belgiern ins Blut geträufelt. Integer bezeugt es (Belgique et Allemagne, S. 6):

„. . . . In Belgien liest man verhältnismäßig wenig Bücher und es ist die Zeitung, der Bürger und Arbeiter gleichmäßig ihre geistige Nahrung, ihre Unterweisung, ihre politische Anleitung entnehmen. Nun kann man nicht in Abrede stellen, daß unsere Zeitungen französischer Sprache in ihrer Mehrheit gegen Deutschland ausgesprochen feindlich sind. Diese Haltung wird in den politischen Meldungen bald offen zugestanden, bald unter dem Vorwand der Unparteilichkeit verheimlicht. In diesem Falle verrät sie sich aber schon

in der Auswahl und Aufmachung der auswärtigen Nachrichten. Eine Handlungsweise, die abgefeimter und wirksamer ist, weil die Allgemeinheit der Leser unfähig ist, sich Rechenschaft darüber zu geben. Die Wahrheit ist machtlos gegen diese tägliche Verbreitung versteckter Verleumdungen. Die politischen Ereignisse werden in der einseitigsten Form geboten, in einer Art, die auf den Leser Eindruck machen muß, die in ihm die Vorstellung eines kriegerischen und brutalen Deutschland erwecken muß, das nur auf den günstigen Augenblick wartet, um sich auf den wehrlosen Nachbar zu stürzen. Das Heer, die Flotte, das Militärflugwesen nähren fast allein die Berichterstattung aus Deutschland, während alles, was sich an Nützlichem, Schönem und Großem in Deutschland auf dem Gebiete der Friedenswerke ereignet, als unwichtig für den Leser erachtet wird. Ist es nicht das beste Mittel, ein ganzes Volk im Hinblick auf unsere neuzeitlichen Ideale herabzuwürdigen, wenn man glauben macht, daß seine ganze Größe nur auf der Stärke seiner Waffen beruhe? . . . Man hat die Deutschen hassenswert und lächerlich gemacht."

Und an einer anderen Stelle (S. 123) heißt es:

„Unsere deutschfeindliche Presse drückt sich über Deutschland mit derselben Ungezwungenheit aus, wie die Pariser und die englischen Blätter, von denen sie sich beraten läßt. Nun fehlen uns aber die Kanonen und Kriegsschiffe, die den Schimpfereien, ohne sie gerade zu rechtfertigen, einen guten Rückhalt verleihen. Deswegen erweisen die belgischen Zeitungen, die die öffentliche Meinung gegen das Reich aufhetzen und es anscheinend darauf abgesehen haben, Zorn und Empfindlichkeit der Deutschen wachzurufen, dem Lande den allerschlimmsten Dienst . . . . ."

* * *

Mit der Bevorzugung des französischen Schrifttums ging die Vernachlässigung und Geringschätzung des vlämisch-niederländischen Hand in Hand. Die Rückwirkungen auf die Geistesbildung und das Denken der breiten Massen blieben nicht aus.

Der belgische Durchschnittsgebildete kennt wenig oder nichts von dem eigenartigen und selbständigen vlämischen Schrifttum, das sich gerade in den letzten Jahrzehnten in Gedichten, Romanen, Theaterstücken, Zeitungen und Zeitschriften entfaltet hat. Wie soll er davon einen richtigen Begriff haben, da er die Sprache, in der dieses Schrifttum erscheint, nur mangelhaft oder gar nicht versteht. Das Ausland, Deutschland nicht ausgenommen, höchstens von Holland abgesehen, befand sich in gleicher Lage. Von Paris aus wurde zwar der Ruhm der zum Franzosentum übergegangenen Vlamen Maeterlinck und Verhaeren künstlich ins Große getrieben und alle Welt beteiligte sich an der Reklame für sie. Fast unbeachtet aber ließ die ganze Welt die stille Größe eines Guido Gezelle in der Ecke stehen. Ist es doch vorgekommen, daß sogar ein Schuldirektor im flandrischen Gent ein Buch Gezelles für ungeeignet erklärte, es als Preis an die Schüler zu geben, da dieser Dichter in Flandern nicht genügend bekannt sei.

Auch Schriftsteller französischer Zunge, wie der Historiker Godfroid Kurth beklagten diese Unwissenheit ihrer Landsleute, die zwar jeden seichten Pariser Roman und die nichtigsten französischen Schwänke- und Singspielmachwerke bejubelten, aber aus allen Wolken fielen, wenn man sie aufmerksam mache, daß in ihrem eigenen Lande eine herrliche und ernsthafte, der fauligen Pariser Literatur zehnfach überlegene Kunst blühe.

> „Da man der niederländischen Sprache nicht mächtig ist", schreibt ferner F. Daumont in seiner Geschichte der vlämischen Bewegung (Brüssel 1911, Bd. 1, S. 152), „verspürt man auch kein Bedürfnis, und keine Neugierde, vlämische Verse und Prosa kennen zu lernen. Erst wenn der verbesserte und gründlicher gewordene Unterricht in der zweiten Landessprache auch dem jungen wallonischen Nachwuchs das Vlämische beigebracht haben wird, dann wird man hoffentlich bei uns die vlämischen Meisterwerke mit derselben Begeisterung aufnehmen und durchforschen, wie wir älteren unseren Goethe und Shakespeare lesen."

Auf diese Zeiten wird Daumont allerdings vergeblich hoffen, wenn es auf die Führer seiner wallonischen Landsleute ankommt,

die den Gedanken verabscheuen, daß in Wallonien jemals das Niederländische schulgerecht gelehrt werden könnte.

Den geschilderten Anschauungen entspricht die amtliche Begünstigung des französischen, die Geringschätzung des vlämisch-niederländischen Schrifttums. Das drückt sich besonders in dem Verhalten der belgischen Behörden aus, wovon Daumont sagt (Mouvement Flamand I, 153):

„Die vlämischen Klagen erstrecken sich namentlich auf den ungleichen Ankauf von Büchern für die Volksbibliotheken. Solcher gibt es 826 in Belgien (1910) bei 2623 Gemeinden. Davon kommen auf die 905 Gemeinden der Provinzen Ost- und Westflandern, Antwerpen, Limburg 294 Volksbibliotheken, und die 4 wallonischen Provinzen mit 1374 Gemeinden 360 Bibliotheken, das doppelsprachige Brabant mit 344 Gemeinden hat 174 Bibliotheken, von denen 100 auf die vlämischen, 74 auf das französischsprechende Gebietsteil treffen. Mithin hat das vlämische Sprachgebiet 394, das wallonische 432 Volksbibliotheken. Dieser Sachlage mußte vernunftgemäß das Verhältnis der Bücheranschaffungen entsprechen; vor allem müßten die vlämischen Bibliotheken ausreichend mit Büchern heimatländischer Schriftsteller versorgt werden . . . .“

Auf Grund einer statistischen Aufstellung der Ausgaben kommt Daumont zu folgendem Resultat:

„Bei einer zur Verfügung gehaltenen Summe von insgesamt 160 402,63 Frs. wurde in diesen 4 Jahren (1905 bis 1908) die vlämische Lesewelt um 95 978,57 Frs. benachteiligt.“

Für wissenschaftliche Unternehmungen französischer Sprache fließen die Mittel reicher als für diejenigen in vlämischer; wissenschaftliche Aufträge und Stipendien gab man mit Vorliebe an Schriftsteller französischer Zunge. Französische Verlagshäuser und Zeitschriften bekamen Beihilfen, während vlämische sich solcher Spenden nicht rühmen konnten. Der Klub der Literaturfreunde (französisch) bekam 1908 Frs. 2000, der vlämische Schriftstellerverein ging leer aus. (Nach Daumont, Mouvement Flamand, I., 153.)

Broschüren, Kalender und Fachblätter.

Neben den Tagesblättern und Zeitschriften wurden auch die sonstigen literarischen und politischen Werbeschriften Frankreichs, wie Flugblätter, Broschüren, Kalender in großen Massen in Belgien abgesetzt. Waren sie genügend deutschfeindlich, so konnten sie sicher auf starken Zuspruch rechnen. Sehr viele tragen auf ihren Titelblättern als Verlagsorte Paris und Brüssel.

Wie die französische Propaganda Politik und Geschäft angenehm und nutzbringend zu verbinden wußte, dafür bietet einen sprechenden Beleg das Bulletin officiel des publications Eugène Fignier et Cie., Paris Februar 1913. Die Programmschrift dieses Verlags bringt zuerst einen langen Aufsatz von Anatole Georgin aus dem Pariser Journal (28. Januar 1913) über die Gefährlichkeit der vlämischen Bewegung und kündigt dann an:

> „In der Gewißheit, einem Bedürfnis abzuhelfen, das sehr nötig und gut französisch ist, und den zahlreichen Schriftstellern Belgiens, die unsere Sprache schreiben und unser Land lieben, einen Dienst zu erweisen, haben wir uns entschlossen, in Brüssel eine Filiale unseres Hauses zu gründen. Die Hauptleitung derselben haben wir Herrn Armand du Plessy, in der künstlerischen und literarischen Welt wohlbekannt, übertragen. Er wird die Aufgabe übernehmen, mit unserer Hilfe die Bewegung zu machen, die uns notwendig erscheint. Diese Filiale, rue van Artevelde 72, hundert Meter von der Börse weit gelegen, umfaßt außer den Verlagsbureaus ein bedeutendes Bücherlager und eine vollständige Druckerei. Von nun an werden wir also unsere Autoren gleichzeitig am nämlichen Tage in Paris und in Brüssel herausbringen. Eine Anzahl von Schriftstellern ist bereits zu uns gekommen, darunter die namhaftesten und die hoffnungsvollsten von den Jüngeren. Wir haben den Anfang gemacht mit einem Bande von Grégoire; Le Roy, Dumont Wilden, Maurice des Ombiaux werden folgen. . . . . .“ (Mitgeteilt in Vlaamsche Hoogeschool, März/April 1913, S. 3 ff.)

Auch die belgische Ausgabe des bekannten Pariser Almanach Hachette-Lebègue war kräftig auf die Ziele der fran-

zösischen Politik eingestellt. Der Band 1914, dazu bestimmt, eine „kleine Enzyklopaedie des praktischen Lebens“ zu sein, trägt zwar auf seinem Umschlag das belgische Wappen, enthält aber im wesentlichen Politik in großfranzösischem Stile. So feiert ein Aufsatz über den Balkankrieg von 1912/13 die französischen Geschütze als die wahren Sieger in diesem Kampfe.

Auf einer Karte wird vergleichsweise der deutsche und der französische Kolonialbesitz aufgezeigt. Darunter steht:

„Frankreich stark durch seine Vergangenheit und seine Überlieferung hat nach den Schlägen von 1870/71 keine Schwierigkeit gehabt, einen Ausgleich in einer größeren Ausdehnung seiner Kolonien zu finden. Deutschland, das infolge seines Überflusses an Bevölkerung und industrieller Produktion gierig nach Absatzmöglichkeit sucht, hat großen Bedarf an Kolonien. Seine geringe Nachlese scheint ihm nach der Teilung sämtlicher verfügbarer Länder unter die Großmächte sehr mittelmäßig. Dieses ist einer der Gründe der deutsch-französischen Eifersucht.“

Zu einer anderen Karte, auf der das Gebiet des Dreiverbandes, der Entente Cordiale, demjenigen des Dreibundes gegenübergestellt ist, lautet die Beischrift:

„Die Zeit der politischen Vereinzelung ist vorüber. Keine europäische Macht ist heute stark genug, um auf Bündnisse zu verzichten. Zwei Gruppen haben sich in Europa gebildet, dessen Gleichgewicht für den Frieden der alten Welt unentbehrlich ist. Der Dreiverband hat ebenso wie der Dreibund seine Trabanten. Die Mächte, die noch abseits stehen, werden über kurz oder lang auch wählen müssen. Was die Staaten betrifft, die von den Großmächten selbst als neutral anerkannt sind, so wird ihre Neutralität im Falle eines bewaffneten Konfliktes so große Gefahr laufen, daß auch sie genötigt sind, ihre Wehrkraft zu steigern.“

Überflüssig zu betonen, daß der Kalenderschreiber unter die „Trabanten“ des Dreiverbandes auch Belgien rechnet, wenn er es auch äußerlich als neutral ansehen muß! Schweden und Rumänien werden als unsichere Kantonisten nur halb dem Dreibund

zugerechnet. Dagegen erscheinen unmittelbar im Gefolge des Dreiverbandes: Portugal, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Norwegen. Alles in dem Kalender ist darauf berechnet, den Belgiern die große Übermacht der Entente recht deutlich vor Augen zu stellen, besonders auch die englische Seeherrschaft, offenbar um ihnen die Wahl zwischen beiden Gruppen zu erleichtern.

Natürlich fehlt nicht eine rührsame Klage über Elsaß-Lothringen mit angehängter Revanche-Nutzanwendung. In einem aus dem Jahre 1871 dadierten Gedichte „Das Vermächtnis einer Lothringerin" von André Theuriet wird „in höchst schlichter und doch dramatischer Sprache ein Gemälde der verlorenen, vom Kriege verwüsteten Provinzen" geboten. Alle Schmerzen des blutigen und zerrissenen Vaterlandes liegen in dem Schrei dieser Lothringerin, so versichert der Kalendermann. Die sterbende lothringische Mutter schildert ihrem zehnjährigen Jungen die furchtbaren Leiden, die ihre Familie und ihre Landsleute durch die Schandtaten der preußischen Mörder, Wölfe und Brandstifter zu erdulden hatten. Das ist das Einzige, was sie ihrem Kinde hinterlassen kann, mit dem Rufe nach Rache. Denn die Stunde der Vergeltung wird sicher kommen, wenn man auch noch nicht weiß, wann und wie. Dann wird von der Küste der Bretagne bis zum Argonnenwalde ein einziger Ruf der Wut ertönen!

Man beachte: Dieser Kalender war nicht nur für Franzosen, sondern ausdrücklich für die Belgier bestimmt. Ein Musterstück jener massenhaften französischen Literatur, durch welche die Belgier für ihre heutige Rolle an der Seite Frankreichs und Englands vorbereitet und reif gemacht wurden.

Eine besondere Gruppe dieses Lesestoffes bildeten die zahlreichen französischen und englischen Militär- und Kriegsschriften, die sich in hundert Formen mit dem kommenden deutsch-französischen Zusammenstoß befaßten. Deutschland erscheint regelmäßig als eroberungssüchtiger Angreifer, der ständig auf der Lauer liegt, den richtigen Augenblick zu erfassen, um Frankreich und Belgien zu überfallen und die südlichen und nördlichen Niederlande und damit die Nordseeküste unter seine Botmäßigkeit

zu bringen. Es wird in anderem Zusammenhange noch von dieser Art Literatur die Rede sein.

* * *

Auch reine Fachblätter standen im Dienste der französischen Werbearbeit. So zum Beispiel die 1912 und 1913 entstandenen Wochenblätter L'Industrie Nationale in Antwerpen und La Défense Médicale. Diese war geleitet von einem Lütticher Arzt, der seinen Beruf mit demjenigen eines Deutschenhetzers vertauschte. Er vergeudete ganze Nummern seines Blattes auf die Verunglimpfung der in Belgien tätigen deutschen Ärzte und der Brüsseler deutschen Poliklinik, überhaupt der deutschen medizinischen Wissenschaft. Am 19. Oktober 1913 brachte die Zeitung einen wilden Hetzartikel von Maurice Wilmotte, dem Lütticher Universitätsprofessor, mit dem Titel: Warum bin ich Deutschenhasser? Das sollte eine Antwort sein auf die Zurechtweisung, die dem Herausgeber der Zeitung von dem belgischen Ärzteorgan anständigerweise zuteil geworden war.

Der Industrie Nationale war die Aufgabe gestellt, der belgischen Geschäftswelt die angebliche Gefahr des deutschen wirtschaftlichen Wettbewerbes in glühenden Farben immer wieder auszumalen und so gegen Deutschland scharf zu machen. Das Blatt besorgte dies mit unerhörter Dreistigkeit und Skrupellosigkeit, mit schamlosem Herunterreißen der deutschen Industrie und des deutschen Handels, mit geschäftlicher Ächtung einzelner Firmen, mit Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen und persönlichen und geschäftlichen Angebereien. Bezeichnend genug, daß dieses Blatt gerade auf Antwerpen zielte, wo der Nutzen, den die Belgier aus dem Handelsverkehr mit den Deutschen zogen, offen am Tage lag, wo jedermann wußte, daß der große Welthafen dem wirtschaftlichen Siechtum verfiele, wenn ihm eines Tages die Verbindung mit seinem deutschen Hinterland abgeschnitten würde. Es war offenes Geheimnis, daß dieses Hetzorgan im Solde einer großen deutschfeindlichen Brüsseler Gründergesellschaft arbeitete, die seit langem insbesondere der deutschen elektrischen Industrie in Belgien die Wege zu verlegen suchte. Niemand zweifelte auch daran, daß die Mittel für die beiden genannten Blätter außerdem

noch aus französischen Kassen kamen. Neben diesen bemerkenswerten Fachzeitschriften standen noch kleinere ähnlichen Schlages im Solde Frankreichs.

* * *

Ein Belgier schrieb folgende Sätze:

„Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß der journalistische Dreiverband dem politischen Dreiverband erst seinen richtigen inneren Zusammenhang gegeben hat. Wenn er nicht fortgesetzt das unter der Asche glühende Feuer unterhalten hätte, wenn er nicht planmäßig und mit allen Mitteln gearbeitet hätte, so wäre die öffentliche Meinung wahrscheinlich vor der Ungeheuerlichkeit des Unglücks zurückgeschreckt, das durch die Einkreisung Deutschlands und seine furchtbare Folge, den Krieg, entfesselt werden mußte." (Vogel, La Belgique et la Guerre 1915, S. 29.)

Dieses Urteil über die Presse der Entente trifft auch jenes deutschfeindliche welschbelgische Zeitungswesen, das jetzt zum Teil von der Bildfläche verschwunden ist, zum Teil noch in England, Frankreich und Holland wie Unkraut fortwuchert.

Die Schaubühne als Stätte der Propaganda.

Braucht noch ausführlich bewiesen zu werden, daß die belgischen Theater, Singspielhallen, Lichtbilderhäuser usw. nicht nur gänzlich von Paris abhängig, sondern auch größtenteils Stätten einer planmäßigen, eifrigen französischen und zugleich deutschfeindlichen Propaganda waren? Auch dem flüchtigen Besucher Brüssels, Lüttichs oder Antwerpens konnte das nicht entgehen.

Auf dem französischen Kongreß in Lüttich (1905) bezeugte G. van Montagu:

„In den großen Städten und größeren Gemeinden, wo französische Bühnen sind, beschränkt man sich in 9 Fällen von 10, wenn nicht in 99 von 100, darauf, solche Stücke zu spielen, die in den Pariser Theatern Erfolge zu verzeichnen

hatten. Die Bühnenleiter, übrigens fast alle Franzosen, wie auch die Schauspieler, rechnen mit einem sicheren Erfolg, wenn sie ein Stück aufführen, das in Frankreich Beifall gefunden hat. Wenn sie es dagegen wagen, das Stück eines belgischen Autors zu spielen, so stehen sie vor einem völlig ungewissen Ausgang. (Bericht über den Congrès pour l'extension de la langue française ect. Liége 1905.)

Und Roland de Marés, der Hauptschriftleiter der Indépendance Belge bekannte:

„Das Theater ist ein wunderbares Werkzeug für die Ausbreitung der französischen Kultur. Es gehört zu den besten Kampfbehelfen, über die jene verfügen, die den Flaminganten die Stirne bieten." (Nach: Vlaamsch en Vrij, 1. Sept. 1909.)

In der Chronique (7. April 1913) weist Dumont-Wilden auf die Erfolge der Lichtbildbühnen hin:

„Franzosen, die Belgien gut kennen, sind erstaunt über den Fortschritt, den die Zuneigung für Frankreich bei uns genommen hat. . . . . Das Publikum der Lichtspielhäuser, welches das wirkliche und das breite Publikum darstellt, klatscht Beifall zu den Truppenparaden von Vincennes und singt die Marseillaise."

Die Pariser Regierung schenkte diesen „künstlerischen Aufgaben" Frankreichs in Belgien viel Aufmerksamkeit. In Gent entstand 1899 eine Gesellschaft zur Veranstaltung von Aufführungen der Comédie Française, also der von der Republik unterhaltenen Pariser Bühne. Die Vereinigung wurde von dem französischen Generalkonsul Carteron in Antwerpen mit Geldmitteln unterstützt. Georges Clémenceau, der Förderer der Alliance Française, nahm sich als Minister des Innern auch der künstlerischen Propaganda an. Er sandte im Winter 1907/08 die Truppe der Comédie Française, auf eine Gastspielreise nach Brüssel, Antwerpen und Gent. Dadurch sollte der „deutsche Einfluß" bekämpft werden. Der Direktor des genannten Theaters, Jules Clarétie, plauderte diese Absicht unvorsichtigerweise einem Zeitungsmann aus, der ihn ausfragte.

„Nun kennen wir also die geheimen Gründe der künstlerischen Vorstellungen der Comédie", bemerkte die Vlaamsche Gazet höhnisch zu dieser Enthüllung; „wir möchten bloß wissen, welchen Einfluß die Deutschen eigentlich aufwenden, um uns zu verdeutschen. Diese Einbildung besteht lediglich beim französischen Ministerium des Auswärtigen. Daher verfügt dieses Ministerium auch über geheime Gelder, um seine Propaganda in Belgien zu betreiben, mit Hilfe unseres verwelschten Bürgertums, mit Unterstützung von Belgiern, die mit der akademischen Palme und dem Kreuz der Ehrenlegion geschmückt sind, mit dem Beistand von bekränzten Zeitungsschreibern, Berichterstattern und Agenten aller Art . . . . ." (Vlaamsche Gazet, 30. Juli 1903.)

* * *

„Derartige Stücke sollte man nicht spielen lassen." Dieses Urteil fällte der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, in einem Berichte vom 16. April 1913 über ein deutschfeindliches Theaterstück „Der Ulan", das im genannten Jahre die aufsehenerregenden deutschfeindlichen Kundgebungen und Ausschreitungen in Nancy herbeigeführt hatte. Selbst der französische Minister des Auswärtigen, Herr Pichon, äußerte dem belgischen Gesandten gegenüber diese Ansicht und hielt geradezu ein Verbot der vielen in Paris gespielten chauvinistischen Stücke für nötig. (Berichte der belgischen Gesandten, Ausgabe von Beck-München, Seite 255.) Um wieviel mehr hätten die Belgier Ursache gehabt, derartige Theaterhetzereien von ihrem Lande fernzuhalten, wenn ihr Gesandter, in Übereinstimmung mit dem französischen Minister, sie sogar für Frankreich für verderblich hielt.

Was aber tat man in Belgien? Die verantwortlichen Staatsstellen ließen seelenruhig wilde französische Revanchestücke über die Bühnen gehen. So viele deren auch waren, sie konnten in Brüssel und anderen Städten des lauten Beifalls Gebildeter und Ungebildeter sicher sein. Daß sich in diesem oder jenem belgischen Blatte zuweilen eine vernünftige Stimme gegen den Mißbrauch der Bühnen für die politischen Zwecke Frankreichs erhob, konnte daran nichts ändern.

Hier nur ein paar Hinweise:

Im Oktober 1913 gab es Zwischenfälle in verschiedenen Brüsseler Singspielhallen, wo deutschfeindliche Kuplets die Menge zu Kundgebungen für Frankreich hinrissen, so daß sie Hoch Frankreich! rief und die Marseillaise sang. Anwesende Deutsche protestierten dagegen. Als die Bühnenleitung einen gewissen Ausgleich durch das deutsche Nationallied herbeiführen wollte, wurde dieses niedergezischt. Die Brüsseler Presse versuchte die Vorgänge zu entschuldigen. Ja, teilweise stimmte sie sogar bei und rechtfertigte dieses Benehmen „neutraler" Belgier. (Soir, 15. Oktober 1913.)

Ähnliche Vorgänge ereigneten sich im März 1914 in der vielbesuchten Singspielhalle Folies Bergères und im Mai 1914 bei der Aufführung des Hetzstückes „Elsaß" im Galerie-Theater. Nun tadelte allerdings auch ein Teil der Brüsseler Presse diese Kundgebungen, ohne ihnen jedoch viel Wichtigkeit beizumessen.

Das Gaité-Theater führte im Juni 1913 das chauvinistische Pariser Spionagestück „Coeur de Française" der Herren Bruaut und Bernève auf, das sogar von der französischen Regierung kurz nach den bekannten Nancyer Zwischenfällen verboten worden war. Gewisse belgische Kreise jedoch schienen sich von derartigen Aufführungen eine günstige Wirkung auf die rechtmäßige militäriche Stimmung der Belgier zu erwarten, die man für die bevorstehende Militärvorlage de Broquevilles und für die beabsichtigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht brauchte. In der Presse erhob sich kein Widerspruch. Im Gegenteil, die angesehene Etoile Belge (4. Juni 1913) brachte einen anerkennenden Bericht ihres Theaterberichterstatters.

In den Marches de L'Est (V., 1913/14, S. 370) verkündeten die französischen Nationalisten triumphierend:

> „Noch ist Belgien nicht dem deutschen Einfluß unterworfen. Das breite Publikum, das Volk, hat seine alte Zuneigung zu Frankreich bewahrt, nicht nur in den wallonischen, sondern auch in den vlämischen Städten. Man konnte dies an der wirklich volkstümlichen Freude sehen, mit welcher man den Sieg des Boxers Carpentier zu Gent aufnahm. Ein anderes Anzeichen: Man spielte vergangenen Monat in einem

Brüsseler Volkstheater das große patriotische Drama Coeur de Française. Die deutschen Offiziere, die darin auftreten, konnten nicht auf der Bühne erscheinen, ohne daß die Besucher der oberen Ränge sie nicht mit Pfuirufen empfangen hätten. Im Gegensatze dazu begrüßte donnernder Beifall den Triumph des ritterlichen französischen Offiziers des Stückes. Die Deutschen von Brüssel waren verstimmt, sie sprachen davon, daß sie sich bei der Gesandtschaft beklagen und sie zu einem Einspruch veranlassen wollten."

Die Pariser Regierung hatte volles Verständnis für diese Art französischer Werbearbeit, sie kargte auch nicht mit Belohnungen für diejenigen, die sie ausführten. Im Brüsseler Winter-Palast war es einem Stern unter den Bänkelsängern gestattet, mehrere Abende hintereinander, unter dem Gejohle einer franzosenfreundlichen Menge, das deutsche Volk zu beschimpfen und ins Lächerliche zu ziehen. Auf besonderen Antrag des Brüsseler „Comité national français", sah sich die französische Regierung veranlaßt, dem Direktor des Winter-Palastes, unter dessen Leitung übrigens auch die gleichnamigen Tingeltangels von Antwerpen, Lüttich und Gent standen, Herrn Arthur Mathonet, die goldene Medaille für Verdienste um Frankreich zu verleihen. Für die Neugestaltung des Konzert-Cafés (pour la réformation du café-concert), so hieß es in der Verleihungsurkunde! (Nach: Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien, 4. Januar 1914.)

* * *

Wie die französischen Bibliotheken, so erhielten auch die französischen Bühnen von den belgischen Behörden und Gemeinden unverhältnismäßig mehr Beihilfe als die vlämischen. Nach Ausweis des Haushaltungsplanes der Stadt Brüssel bekam das Théâtre de la Monnaie von der Stadt eine jährliche Zulage von 150 000 Franken; ferner gewährte sie dem Personal dieser Bühne 500 Franken, für die Aufführung französich-belgischer Autoren 8500 Franken. Sie zahlte weiter an das Nationaltheater eine jährliche Unterstützung von 7500 Franken. Die französische Oper in Brüssel erhielt 166 500 Franken von der Stadt, 100 000 Franken aus der kgl. Schatulle, während die künstlerisch durchaus auf der Höhe

stehende Vlaamsche Schouwburg sich mit 15 000 Franken behelfen mußte. Nach einer Mitteilung des Antwerpener Abgeordneten Louis Franck in der Vlaamsche Gazet (1. Januar 1913) erhielt die französische Oper in Antwerpen 60 000 Franken Zulage und 20 000 Franken Verwaltungskosten pro Jahr bezahlt; ferner stellte die Stadt ein Gebäude zur Verfügung, dessen Mietwert mit mindestens 80 000 Franken zu veranschlagen ist. Die französische Oper in Gent kostete der Hauptstadt Ostflanderns in zwei Jahren rund ¼ Million Franken; die jährliche Zulage setzte man auf 70 000 Franken fest. (Vlaamsche Gazet, 9. Januar 1913.)

In Antwerpen herrschte ein jahrelanger Streit um die Unterstützung von jährlich 25 000 Franken, welche die Mehrheit des Stadtrats dem 1908 begründeten französischen Théâtre des Variétés gewährte. Hinter dem Unternehmen stand nachweislich auch der französische Generalkonsul, wofür ihm der Vorsitzende des Cercle Français, Dr. de Fraysse, feierlich den Dank aussprach (Antwerpener Matin, 15. Juli 1908). Die vlämischgesinnte Bürgerschaft widersetzte sich in Stadtrat, Presse und Versammlungen leidenschaftlich, weil sie in dem Varieté mit vollem Recht nicht anderes sah, als eine Art Fortsetzung der Verwelschungsbestrebungen, die von den gleichen Kreisen in Antwerpen mit der Begründung des Instituts Rachez eingeleitet worden waren (Vlaamsch en Vrij, 15. Mai 1908). Man war um so empörter, als auch in Antwerpen die Vlaamsche Schouwburg sich mit 15 000 Franken städtischem Zuschuß begnügen mußte. Als am 29. Dezember 1909 abermals der Zuschuß für das Varieté im Stadtrat beraten und schließlich auch genehmigt wurde, erklärte das vlämische Stadtratsmitglied, Abgeordneter Henderickx:

> „Das Varieté unterstützen heißt der Werbetätigkeit der Französischgesinnten in die Hand arbeiten. Die Truppe dieses Theaters gibt Vorstellungen in kleineren Städten des Waaslandes, so daß mit unserem Geld französische Propaganda in unserem Lande gemacht wird. Wir wissen schließlich selbst nicht mehr, was wir eigentlich unterstützen; das sogenannte Théatre des Variétés besteht aus einem Schauspielhaus, einer Musikhalle und einem Café.“ (Vlaamsche Gazet, 31. Dezember 1910.)

Deutsche und französische Gefahr.

Das deutsche Schreckgespenst.

Die deutschfeindliche Stimmung in Belgien ist durch nichts mehr gefördert worden, als durch das unaufhörliche vielstimmige gehässige Geschreibe und Gerede über die „deutsche Gefahr", mit dem französische und englische Federn und Mundwerke seit Jahr und Tag die Welt erfüllten. Die Flut dieses Schrifttums wurde von jenseits des Kanals und von Paris her planmäßig nach Belgien geleitet und hinterließ in der politischen Literatur des Landes starke Niederschläge. Das belgische Franzosentum selbst trug aber auch seinerseits eifrig dazu bei, Deutschland als den raubgierigen Werwolf hinzustellen, der Europa zu verschlingen trachte. Man machte für Belgien eine besondere Ausgabe des deutschen Schreckgespenstes zurecht. Dieses Gebilde entstand dadurch, daß man maßlos übertriebene und aufgebauschte Schilderungen der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung kunstvoll in Zusammenhang brachte mit der von Deutschland angeblich beabsichtigten militärischen Eroberung Belgiens und der Niederlande und mit dem sogenannten Pangermanismus der vlämischen Bewegung.

Diese Art politischer Beeinflussung ist nicht etwa nur von leichtfertigen und unverantwortlichen Zeitungsschreibern, sondern auch von ernsthaften und gewichtigen Männern der Wissenschaft, des wirtschaftlichen und politischen Lebens angewandt und von den belgischen Regierungskreisen ohne Widerspruch geduldet, ja gefördert worden.

Welch tollen Mißbrauch hat die deutschfeindliche Propaganda in der ganzen Welt mit dem Schlagwort „Pangermanismus" getrieben! Was haben sie doch aus unserem Vaterlandsliede „Deutschland, Deutschland über Alles" gemacht! „L'Allemagne au-dessus de tout dans le monde", so übersetzt Paul

Vergnet in seinem im Oktober 1913 in Paris erschienenen Buch „La France en danger. — L'oeuvre des Pangermanistes" (Frankreich in Gefahr. — Das Werk der Alldeutschen). Ihm ist das Lied der Ausdruck eines unbezähmbaren „Größenwahnsinns dieses Volkes in Waffen", der Ausdruck eines brutalen Strebens nach der Herrschaft über die ganze Welt. In solcher Weise wurde das Lied ganz allgemein zu einer „imperialistischen Eroberer-hymne" umgefälscht.

Wie überall, so führte man auch in Belgien die Schriften und Aussprüche einzelner alldeutscher Schriftsteller und Politiker in meist zusammenhangloser oder übertriebener Aufmachung dem Volke vor, nicht etwa als Meinungen bestimmter Persönlichkeiten, sondern als Ausdruck der deutschen Volksmeinung im ganzen und als Leitsätze der deutschen Reichspolitik der Gegenwart. Gerne arbeitete man zum Beispiel mit Landkarten, in denen Belgien und Holland angeblich als zukünftiges deutsches Reichsgebiet eingezeichnet waren. Man stimmt dem Franzosen Paul Vergnet bei, wenn er in seinem schon erwähnten Buche der deutschen Politik eine wohlüberlegte Einkreisung der den deutschen Reichsgrenzen vorgelagerten kleinen Länder zuschreibt, insbesondere Belgiens, Hollands und der Schweiz, die Deutschland unter sein Joch bringen wolle. Überall, bis zum Mittelmeer, wo nie eine deutsche Flotte kreuzt, fühle man sich umgeben von diesem deutschen Einfluß. Selbst Spanien werde in Versuchung gebracht, zugunsten des Pangermanismus die lateinische Gemeinbürgschaft zu verraten (S. 220).

Aber nicht nur das! Man sieht das Ungeheuer des Pangermanismus in aller Welt am Werke, um die Völker und die Zivilisation zu verderben, in Asien, in Südamerika und in Afrika. Hier geht Deutschland besonders seit der „Zerstückelung des französischen Kongo" darauf aus, ein gewaltiges und großartiges Kolonialreich aufzurichten.

Wenn Frankreich und England dasselbe längst getan und erreicht haben, so war dies eine große politische und kulturelle Tat zum besten des schwarzen Weltteils. Bei Deutschland gilt schon der Gedanke an eine solche Möglichkeit als verwerflich. In den Marches de L'Est (Augustheft 1913) schilderten

M. P. A. Helmer (Les projets des l'Allemagne dans l'Afrique centrale) und J. Goulven (La Pangermanisme en Afrique) diese angeblichen schwarzen Pläne Deutschlands. Die Presse der Entente und ihre belgische Gefolgschaft einschließlich des Brüsseler halbamtlichen Kolonialblattes riefen immer wieder in die Welt hinaus, daß Deutschland auch den belgischen Kongo mit List oder Gewalt an sich zu bringen gedenke.

Für Frankreich ist Kulturaufgabe, was für Deutschland Verbrechen heißt. Der französische General Langlois, der sich in Wort und Schrift gern als Lehrmeister der Belgier aufspielte, schreibt in einem Aufsatz „In den Krallen des germanischen Adlers" (Marches des L'Est, Januar 1911):

> „Der Pangermanismus unterscheidet sich wesentlich von dem, was einst der französische Chauvinismus war. Dieser dachte sich Frankreich als Herrscherin über die anderen Nationen zu dem Zwecke, um bei diesen Wissenschaft, Kunst, Zivilisation, die Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verbreiten. Der Chauvin hatte ein erhabenes Ziel. Der Pangermanismus aber sucht nichts anderes als den Gewinn, die Befriedigung seiner unersättlichen Habsucht, kurz das, was ihm materiellen Nutzen schafft."

Ein Neutraler, der Schwede Gustaf Steffen beleuchtet dieses Messen mit zweierlei Maß in seinem Werke „Weltkrieg und Imperialismus" (1915). Der Vergleich, den er zwischen englischem, russischem, französischem und deutschem Imperialismus unter gewissenhafter Einwertung der geschichtlichen Tatsachen und Wirklichkeiten zieht, fällt keineswegs zu ungunsten Deutschlands aus. Nicht einmal zu ungunsten solcher viel verrufener Alldeutscher wie des „Bluthundes" und „Feuerfressers" Bernhardi! Der Schwede liefert den Nachweis, daß auch General Bernhardi „den Möglichkeiten einer friedlichen Abwicklung der gespannten Lage zwischen dem deutschen Reich und seinen imperialistischen Nachbarn" keineswegs von vornherein abgeneigt war und daß er „in sehr maßvoller und sehr ruhiger Weise" die von Seiten Deutschlands unerläßliche Vorbedingung einer solchen friedlichen Abwicklung hervorhob, nämlich, daß das deutsche Volk von seinen

Gegnern den nötigen Spielraum für sein nationales und wirtschaftliches Weiterwachsen erhalte. Nicht minder löst Steffen auch das Gerede der Gegner über Werke wie Paul Rohrbachs „Der deutsche Gedanke in der Welt", in nichts auf. Er stellt jene „Lügenphantasie" an den Pranger, welche die Gründung und Entwicklung des deutschen Reiches als das Werk eines brutalen, barbarischen, unmoralischen Gewaltwillens, als eine Art weltgeschichtlichen Verbrechens hinstellen möchte.

Die Belgier und ihre Regierung hätten alle Ursache gehabt, ihr Land nicht zum Tummelplatz der gefährlichen Hetze werden zu lassen, die nichts war als ein wirksames Hilfsmittel der gegen das deutsche Reich gerichteten Einkreisungspolitik. Der Schweizer Eduard Blocher trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt (Belgische Neutralität und schweizerische Neutralität, Seite 28, Anmerkung):

> „Seit Jahren wird die europäische Presse mit Schaudernachrichten über angebliche alldeutsche Umtriebe, über einen angeblichen Pangermanismus überschwemmt. Auch in der Schweiz haben diese Märchen Gläubige gefunden; man hat damit die öffentliche Meinung auf den kommenden Krieg vorbereitet, und als dieser ausbrach, rief man aus: Seht ihr jetzt, das ist der Pangermanismus, vor dem wir längst gewarnt haben.
>
> Ich zweifle daran, daß man den sogenannten Alldeutschen in der ganzen Welt so viele und so schwere Fälle von Wühlarbeit wird nachweisen können, wie der französischen Liebeswerbung in dem einzigen kleinen Belgien nachgewiesen werden können. Über Pangallismus hat aber nie jemand geklagt."

Zuweilen graute auch dem belgischen Regierungsblatte, dem Journal de Bruxelles, vor den Folgen dieser gegen Deutschland angewandten Giftmischerei. Dann erhob es wohl sanft warnend seine Stimme. Der Erfolg blieb freilich aus, weil die Regierung den Worten keine Taten folgen ließ. Am 6. August 1906 schrieb das amtliche Blatt:

„Es ist unzweifelhaft, daß verschiedene französische und englische Zeitungen unter dem Einfluß der Vorurteile, die wir hier nicht auseinandersetzen brauchen, oft der deutschen Politik alle möglichen Umtriebe zuschreiben, die durch die uneingestandenen Gedanken der Vorherrschaft in der Welt und die fortdauernde Einmischung in die Angelegenheiten anderer hervorgebracht sein sollen.

Von der anderen Seite des Rheins werden diese Behauptungen mit großem Nachdruck widerlegt und wir sind geneigt, zu glauben, daß die Handlungen, welche man Kaiser Wilhelm und seiner Regierung unterschiebt, oft unwahrscheinlich und unmöglich erscheinen.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß unsere Zeitungen weniger eifrig diese Lügennachrichten nachdruckten, die in einem gewissen Maße demjenigen verständlich erscheinen, der die Gedanken unserer südlichen Nachbarn kennt, die aber unentschuldbar sind, wenn man sich auf belgischen Standpunkt stellt.

Wohl hat jeder das Recht, seine eigene Meinung und seine Neigungen zu äußern. Aber die Pflicht der Presse wäre es, unparteiisch, gerecht und wohlwollend zu sein. Sie muß in wichtigen Fragen nicht nur einer Partei dienen: Wer nur eine Glocke hört, hört nur einen Ton. Es ist sehr ungerecht, daß unsere Redaktionen nur französische Blätter lesen. Unsere Kollegen könnten ganz interessante Dinge finden in anderen Zeitungen, z. B. in der Kölnischen Volks-Zeitung. Belgien sollte ein Organ haben, in dem auch die deutschen Interessen in ihr wahres Licht gesetzt werden. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung ginge, würde in Belgien die Aufmerksamkeit auf deutsche Verhältnisse gelenkt werden und die Beziehungen der großen Mehrheit unserer Mitbürger, die Deutschland bisher nur aus französischen Berichten kennen, zu den deutschen Nachbarn gebessert werden."

Diese Äußerung blieb, wie gesagt, ein frommer Wunsch. Sie enthält aber ein glattes Eingeständnis der neutralitätswidrigen

belgischen Parteilichkeit, das besonders wertvoll ist, weil es aus Regierungskreisen stammt.

* * *

Daß Deutschland die Eroberung Belgiens und Hollands plane, wurde von den Deutschenfeinden wie eine feststehende Wahrheit verkündet. Den Beweis machte man sich leicht. Deutschland habe seine Eroberabsichten durch den Mund der Pangermanisten, wie des Regierungsrats Martin, des Professors Hasse und anderer kundgetan, erklärte General Langlois in Übereinstimmung mit dem englischen Sozialisten Blatchford. Es wolle, wie übrigens schon 1879 General Trochu an seinen belgischen Kollegen Déjardin schrieb, seine Herrschaft mit nächstem auf die Rhein- und Scheldmündung, auf die flandrische Küste und den Kanal ausdehnen. (Langlois: „In den Krallen des germanischen Adlers", Marches de L'Est, Januar 1911.)

Mit Maurice Schwob bezeichnet Langlois als Mittel zur einstweiligen „Beschlagnahme" Belgiens und Hollands die planmäßige deutsche Einwanderung in diese Länder; den Erwerb ihrer Eisenbahnen und Verkehrsmittel; die Überwucherung ihrer Häfen durch den deutschen Seehandel; Germanisationsversuche durch Handelskammern, Banken, Schulen aller Art, durch Literatur-, Sports- und Kunstgesellschaften, durch die Presse und durch die Konsulate, kurz durch eine langsame, planmäßige, zähe Durchdringung aller nur möglichen Einrichtungen, dann durch Annäherung an die vlämische Partei; schließlich beharrliche Versuche, beide Länder in den deutschen Zollverein hineinzuzwingen.

In dem vom belgischen Ministerium des Auswärtigen benützten Bande der Marches de L'Est (Januarheft 1911), den ich für diese Feststellungen zur Hand nahm, hat ein einsichtiger belgischer Ministerialbeamter seine Meinung über diese Hirngespinste an den Rand geschrieben mit dem lakonischen Worten: Quelle invention!

In der Tat, welche Erfindungen! Nur sinnloser Deutschenhaß konnte sie hervorbringen. Aber freilich in dem Unsinn war Methode. Er wirkte auf die belgischen Massen wie Fiebergift.

Als Gradmesser dafür, in welchem Maße derartige französische Auffassungen Herzen und Hirne vieler Welschbelgier erfüllten, kann folgende Stimmungsäußerung gelten (La Jeune Wallonie, Februar 1912):

„Das Interesse, mit dem man bei uns den Ereignissen von Zabern, die nunmehr der Geschichte angehören, gefolgt ist, erklärt sich nicht nur aus der natürlichen Teilnahme, die man einem unterdrückten Volk schuldet, sondern aus dem brüderlichen Gefühl, das die von der gleichen Gefahr bedrohten Völker einigt. Man beginnt zu fühlen, daß die deutsche Aktion uns tückisch bedroht, und jedesmal, wenn ein Sturm jenseits des Rheins in der Einbildung der Leute das rote Kriegsgespenst auftauchen läßt, verstärkt sich dieses Gefühl."

Nun schwelgt der Verfasser in großen Erinnerungen an 1870/71 und an das erste französische Kaiserreich und stellt fest, „daß das Volk der Wallonie mit kindlicher Liebe diesen Gefühlen für Frankreich hingegeben sei und, weit entfernt von aller Diplomatie, unter der Gewalt dieser tiefen Triebe handle. An die Sieger von Sedan denke es überhaupt nicht oder nur mit gleichem Abscheu wie an die Kosaken, die dem geschlagenen Kaiser Napoleon I. folgten. Es habe überhaupt eine innere Abneigung gegen alles, was vom nebeligen jenseitigen Ufer des Rheins kommt.

„Warum? Verwickelte Frage! Viele Umstände wirken zusammen, diese Abneigung zu erzeugen. Man kann darin einen Rassengegensatz erblicken und schließlich den Gegensatz zweier unterschiedlicher, im Kampfe liegender Denkformen Westeuropas: der lateinischen und der germanischen. Dies ist der Hauptgrund. Oder vielmehr das ist nicht ein Grund, sondern eine angeborene Strebung. Wenn man nach Gründen suchen müßte, so brauchte man nur aus der alltäglichen Erfahrung schöpfen. Die wirtschaftliche Überflutung (envahissement), die wir mit soviel Geduld ertragen, die industrielle und kommerzielle Durchdringung (infiltration), die eine zukünftige Besitznahme vorbereitet, würde uns tausende liefern. Und ein schmähliches Beispiel gibt es: Das verdeutschte Antwerpen!

Der Hafen in den Händen der Deutschen, die belgischen Firmen langsam verdrängt durch teutonische, die aufdringlichen Goldbuchstaben und Emailschilder an den Schaufenstern und die Lichtalphabete im Abendhimmel, die den Ruhm der Müller und das Glück der Zimmermann über der freien belgischen Stadt verkünden. Und dann das Schauspiel, das unser Strand bietet, der vom Juni bis zum Oktober vom preußischen Ruhestörer und Murrkopf belegt ist, wo man sich unbehaglich fühlt, gleich als wenn man nicht zu Hause wäre. Aber noch näher bei uns, in unserer wallonischen Industrie und unserem wallonischen Handel haben wir eine Flut von deutschen Ingenieuren, Betriebsleitern und Arbeitern. Ich habe neulich die Grubenanlagen besucht, die in den Dörfern um Charleville angelegt worden sind. Die Arbeiter und ihre Leiter kommen aus dem Ruhrgebiet; der Deutsche ist überall, er schmeichelt sich ein, er schmuggelt sich ein, er drängt sich auf, er macht sich unentbehrlich. Er belagert unsere Läden und Verwaltungsräte. Er hat Zeit; er ist geduldig und ausdauernd. Er weiß genau, daß er ans Ziel kommt. Keine untergeordnete Arbeit kann ihn von diesem Ziele ablenken. Er legt den Arbeiterkittel an, um sich eines Tages leichter im Gehrock des Geschäftsleiters breit machen zu können. Man beobachtet ihn nicht, er arbeitet leise, ohne Eile. Und wenn man merkt, daß er da ist, so ist es zu spät um ihn zu vertreiben, da hat er schon die Fuchtel oder die Zügel in der Hand. Man sei auf der Hut! Der Deutsche durchwühlt nicht vergebens den Boden. Der Tag kommt, wo der Boden nach seinem Wunsch locker genug ist. Und dann wird sich der Schaft der siegreichen Standarte so tief einstoßen, daß unsere Hände ihn nicht mehr herausreißen können.

Wenn man die deutsche Politik im Ganzen betrachtet, so gleicht sie einer Maschine, an der keine Schraube, keine Kurbel, kein Riemen zwecklos ist. Die geringste Kleinigkeit trägt ihren Teil bei zur Endbewegung. Aus Brandenburg ist Preußen geworden, aus Preußen Deutschland, dank einem großartigen und furchtbaren politischen Mechanismus. Seit dem Tilsiter

Vertrage sind die Linien seiner Betätigung von einer kalten und reinen Geometrie. Die Gedankengänge Hegels und Friedrich Karl de Savigny's finden ihre letzte Ausprägung im Schlag von Agadir. Der Befreiungskrieg, der zu Leipzig dem Kaiserreich ins Grab läutet, hat seine Fortsetzung gesucht im Krieg um die Herzogtümer; und dieser war nur die Vorbereitung für Sadowa und Sedan, und führt Sadowa weiter im Schema dieser Politik. Die Linie ist nur für den Augenblick unterbrochen. Die Bewegung wird sich vollenden, morgen oder einen Tag später! Und der Umstand, daß schon so viele Deutsche bei uns sind, bietet Anlaß zu der Befürchtung, daß in Zukunft noch viel mehr kommen.

Die vlämische Gefahr ist nur eine Vorstufe der deutschen. Sie ist eine der Stationen auf dem Wege zur Germaniserung des Westens, von der nach Bismarck Kaiser Wilhelm träumt. Sie ist eine vorgeschobene Festung des Preußentums. Mit ihr sind wir auch zuerst handgemein geworden. Ein fortgesetzter Kampf, wo unser Mut sich anpassen muß der Hartnäckigkeit des Feindes, oft heimlich und versteckt, bald offen und heftig. Gerade dafür müssen wir unsere besten Widerstandskräfte aufbringen. Aber vergessen wir nicht, daß der Flamingant nicht der einzige Gegner ist. Seien wir auf der Hut! Und während wir an der Westgrenze kämpfen, wollen wir daran denken, daß die im Osten unsere Stellungen umgehen!"

* * *

Wie man die Furcht und den Abscheu vor der eingebildeten pangermanischen Gefahr planmäßig in den breitesten Volksschichten zu wecken und deren Gefühle gegen Deutschland aufzureizen verstand, dafür einen Beleg für viele. Von Lüttich aus wurden 1913 in Massen Propagandapostkarten verbreitet mit folgenden Beischriften:

„Belgien ist eine reine Ausgeburt von Diplomatengehirnen; in Wirklichkeit besteht wohl ein Flandern und eine Wallonie, aber kein Belgien. Es gibt Wallonen (Lateiner) und Vlamen (Germanen), die man unter der Etiquette von

„Belgiern“ gemeinsam zu leben zwingt, wiewohl die beiden Rassen nichts miteinander gemein haben.

Die Vlamen bedrohen die Wallonie; sie streben danach, sie zu verknechten; sie wollen der Wallonie ihre gehackte Mundart aufzwingen, die nur ein schlechtes Platt, eine Verzerrung des Niederländischen ist. Heraus, Wallonen, zum edlen Kampf! Lüttich, die Hauptstadt Walloniens, der vorderste Vorposten Galliens gegenüber dem düsteren Germanien, wendet sich an alle Söhne Walloniens, um bei uns den stolzen und hochsinnigen gallischen Hahn, das Sinnbild der Freiheit, der Begeisterung und des Heldentums aufrecht zu erhalten.“

„Deutschland ist der Feind! Wallonen, es gibt außer den Flaminganten noch andere, gegen die wir kämpfen müssen: das ist Deutschland, das germanische Ungeheuer, welches seine furchtbaren Greifarme nach uns streckt. Die Deutschen führen sich in Belgien auf, wie in einem eroberten Lande; sie sind anmaßend, gespreizt, meist schlecht erzogen und dumm, und sofern sie mit gekrümmtem Rücken und scheinheiligem Lächeln kommen, nur desto gefährlicher. Sie überschwemmen unsere Märkte mit ihrem Ramsch und ersticken auf die Weise Schritt für Schritt unsere Industrie und unseren Handel. Alle Mittel sind ihnen gut, um ans Ziel zu kommen. Sie warten nur auf die günstige Gelegenheit, unser Landesgebiet zu verletzen; sie vermehren die Garnisonen und strategischen Bahnen an unserer Landesgrenze; sie kreisen Belgien ein durch ein Netz von Spionen, die, im gegebenen Augenblicke, unsere Brücken, Telegraphendrähte, Eisenbahnen zerstören und auf die Weise die Mobilmachung verhindern wollen. Sie werden Belgien rauben, wie sie Polen, Elsaß-Lothringen und Schleswig-Holstein geraubt haben. Wallonen und ihr nicht zur vlämischen Bewegung schwörenden Vlamen, heraus! Erheben wir uns gegen die deutsche Drohung mit festem Entschluß, unsere Freiheit zu verteidigen, die barbarischen Horden Deutschlands zurückzuweisen. Boykottieren wir Deutschland, die Deutschen und die deutschen Erzeugnisse. Nieder mit dem Lande der Unduld-

samkeit, der rohen Gewalt, des schlechten Geschmacks und der Anmaßung.“ (Aus den Akten des belgischen Ministeriums des Innern.)

* * *

Auf den großfranzösischen und wallonischen Kongressen pflegte man die deutsche Gefahr im gleichen Stile zu behandeln. Selbst die Jubiläumsausstellung von Lüttich, die ihren Erfolg nicht zum wenigsten der deutschen Beteiligung verdankte und zur Feier der belgischen Unabhängigkeit veranstaltet war, ließ man nicht vorbeigehen ohne feindselige Kundgebungen gegen den „Pangermanismus“. Der Brüsseler Universitätsprofessor Maurice Ansiaux unterhielt die Teilnehmer des damaligen französischen Weltkongresses mit einem Vortrag über die deutsche Durchdringung Belgiens (La pénétration allemande en Belgique. — Kongreßbericht Seite 27). Er gab dieselben Übertreibungen, dieselben schiefen Urteile, dieselben willkürlichen Unterstellungen zum besten, wie wir sie aus den eben behandelen Schriften kennen. Deutschland hatte nach Ansiaux kein anderes Ziel, als mittelst der wirtschaftlichen Eroberung die politische einzuleiten. Selbst die Begünstigung Belgiens in den deutschen Handelsverträgen wurde so gedeutet. Ansiaux berief sich auf das Zeugnis der Londoner Times, die am 28. Februar 1905 schrieb:

„Das ist schon einige Zugeständnisse seitens Deutschland wert, sich eines schönen Tages auf den Stand eines Zollvereins mit der fünften Handelsmacht der Erde stellen zu können .... Es ist nicht unbegründet, von einem Wirtschaftsbunde Belgiens mit dem Kaiserreiche zu sprechen, wenn nicht gar von einem handelspolitischen Vasallentum.“

Mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit sah Ansiaux bereits die politische Unabhängigkeit Belgiens und damit auch seine französische Kultur der deutschen Raubgier zum Opfer fallen und dann Frankreich selbst unablässig bedroht von Dünkirchen bis Belfort.

So sprach ein Brüsseler Universitätsprofessor in einem Zeitpunkte, da es nach seiner eigenen Aussage bedenklich um den europäischen Frieden stand. Hätte da nicht jeder Belgier Ursache

gehabt, dem Geiste der Neutralität entsprechend, sich jeder Äußerung zu enthalten, die einer Parteinahme für die eine der beiden europäischen Mächtegruppen gleichkam?

Aber je mehr der Gegensatz zwischen diesen sich ausbildete, je näher die Engländer, die angeblich uneigennützigen Schirmer der belgischen Unabhängigkeit an Frankreich heranrückten, je offenkundiger es in den folgenden Jahren wurde, daß sich die Entente Cordiale zu einem Bunde gegen Deutschland auswuchs, desto ungebundener wurde das deutschfeindliche Treiben in Belgien. Ansiaux fand zahlreiche Nachfolger. Ein dichtes Netz von Vorurteilen und Lügen wurde so allmählich über das Land gebreitet, in dem es sich schließlich rettungslos verfing.

Wirtschaftliche Durchdringung. — Antwerpen ein deutscher Hafen.

Das aus keinerlei politischen Beweggründen entstandene, sondern in freiem wirtschaftlichen Verkehr erwachsene deutsche Vordringen wird, wie wir schon sahen, unbedenklich zu einer vorbedachten und wohlorganisierten Vorbereitung der militärischen Eroberung umgefälscht. Vielfach mit „wissenschaftlicher" Verbrämung!

Die Pariser Regierung ließ durch einen besonderen Beauftragten, Henri Charriaut, aufs eingehendste die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Belgiens studieren. Eine der Früchte dieser Sendung war Charriauts Buch über das neuzeitliche Belgien, ein Versuchsland (La Belgique moderne Terre d'Expérience, Paris 1910), das von der Pariser Akademie preisgekrönt wurde. Ein lesenswertes Werk! Aber trotz des wissenschaftlichen Gewandes eine Arbeit mit deutlich erkennbarer politischer Zwecksetzung im französischen Sinne. Das zeigt sich besonders in der Behandlung des belgischen Rassen- und Sprachenproblems. Die vlämische Bewegung stempelt er zu einer Art alldeutschen Strömung, aus der Deutschland großen Gewinn ziehe.

In der Pariser Zeitschrift L'Action Nationale (25. Juni 1910) schrieb Charriaut selbst über sein noch von der Druckerpresse feuchtes Buch einen Aufsatz. Darin heißt es unter anderem:

„Wir leben übrigens in einer Zeit, die den Industrialismus auf die Spitze getrieben hat, und Deutschland hat einen industriellen Imperialismus geschaffen, in den Belgien sich unglücklicherweise mit hineingezogen findet. Belgien sieht sich gezwungen, Deutschlands Trabant zu sein, da es ihm nun einmal in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gefolgt ist und mit ihm in der Ausbreitungskraft nicht gleichen Schritt halten oder nicht einmal den Wettbewerb aufnehmen kann.

Das belgische Volk bezeugt ohne Zweifel, zum mindesten in seinem wallonischen Teile, aufrichtige Zuneigung für die französische Nation und diese Hinneigung ist berechtigt. Im Jahre 1831 hat Frankreich mächtig dazu beigetragen, die junge Unabhängigkeit Belgiens zu befestigen, so mächtig, daß man sich fragen darf, ob ohne seine Hilfe sie überhaupt bestehen würde[1]). Im Jahre 1885 hat es in Berlin die Anerkennung des unabhängigen Kongostaates erwirkt. Das sind für Belgien Gründe, dankbar zu sein . . . . ."

„Das ist die Anschauung der belgischen Gebildeten, aber diese vermögen nichts gegen die Anziehungs- und Aufsaugungskraft eines Riesenlandes wie Deutschland, dessen rücksichtsloser Schaffensdrang zu einer Art von übermenschlicher Kraft geworden ist, die in ihrem blinden Laufe durch nichts mehr aufgehalten werden kann."

Dann warnt Charriaut die Franzosen davor, durch allzu große Hochspanung ihres Zollschutzes die Belgier in die Arme Deutschlands zu treiben und fährt fort:

„Die Zahl und der Tonnengehalt der deutschen Schiffe, die in dem Hafen von Antwerpen einfahren, vergrößert sich mit erstaunlicher Schnelligkeit. Die zahlreichen deutschen Untertanen, die im Lande, besonders in Antwerpen sitzen, sind natürlich stets bereit, den Handel ihrer Landsleute

[1]) Also auch hier wieder diese schiefe Geschichtsdarstellung!

zu begünstigen. Sie haben übrigens gar keine andere Aufgabe. Sie sind die Pioniere des Gedankens eines größeren Deutschland. Und die Eroberung von Antwerpen durch die Deutschen wird heute von niemand mehr bestritten . . . .“

Er stellt zahlenmäßig fest, daß der deutsche Handelsverkehr mit Belgien in stetigem Wachsen begriffen ist, während der französische einen Rückgang aufweist.

„Man kann bei solchen Ziffern nicht gleichgültig bleiben. Sie lassen den Eingriff Deutschlands in die wirtschaftlichen Geschicke Belgiens in vollem Licht erscheinen.

Die großen deutschen Finanzinstitute sind Vorläufer und Verbündete der Industrie und des Handels des Reiches. Sie bereiten die Eroberung der Welt vor.“

Es folgt eine Zusammenstellung über die Errichtung deutscher Bankfilialen in Belgien.

Ferner werden zahlreiche Beispiele der deutschen industriellen und kaufmännischen Arbeit in Belgien angeführt; dann heißt es weiter:

„Deutschland überschwemmt die Welt mit seinen Erzeugnissen; weit davon entfernt, sie auf das Verhältnis des Verbrauchs einzustellen, vermehrt es sie noch und hört nicht auf, sie zu vermehren. Das ist der Taumel der erreichten Schnelligkeit. Belgien muß unglücklicherweise den Rückschlag dieser zügellosen Produktivität über sich ergehen lassen . . . .“

„Die Flaminganten nennen Deutschland: Mutter Germania. In seinem Produktionsfieber und seinem Wolfshunger aber ist Deutschland ein wenig eine Mutter nach der Art Ugolinos: sie nährt sich von ihren Kindern.“

* * *

Die antideutsche Weltpropaganda findet so auf die einfachste Weise den Weg zur größtmöglichen politischen Ausnützung der deutsch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen. Bezeichnend für diese hinterlistig irreführende Art ist auch ein 1912 erschienenes Buch „Die Deutschen in der Hafenstadt Antwerpen“ (Les Allemands au Port d'Auvers) von R. de Rautlin de la Roy. Hier ein paar Stellen daraus:

„In Wirklichkeit verfolgt Deutschland ein Ziel, welches zugleich wirtschaftlich und militärisch ist. Der wirtschaftliche Krieg bereitet den militärischen Krieg vor.

Man kann sagen, daß die Beherrschung der belgischen Eisenbahnen durch deutsche Transporte die erste Vorbereitung dazu ist. Der Durchgangsverkehr der deutschen Waren auf belgischen und holländischen Bahnen ist beträchtlich . . . . Es geht daraus hervor, daß die Deutschen einen entscheidenden Einfluß auf diese Linien haben. Da sie die Eisenbahnen sehr gut zu benutzen verstehen — nicht nur für den Handel, sondern auch für den Krieg — so ist es klar, daß sie gegebenen Falles die zahlreichen deutschen Wagen, die auf den belgischen Linien verkehren, dazu benutzen werden, um darin Truppen zu verladen und in Belgien eindringen zu lassen. Deutschlands Handel arbeitet Deutschlands Militärmacht vor.“ (S. 83.)

„Deutschland sucht uns mit seinem Handel zu überschwemmen. Später kommt die militärische Überschwemmung, welche nicht nur aus Nordosten, wie jeder erwartet, sondern auch aus den Tälern der Maas und Sambre und durch eine überraschende Landung der deutschen Flotte im Hafen von Antwerpen erfolgen kann.

Das ist um so wahrscheinlicher, als man in Deutschland wohl glaubt, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und England oder zwischen Deutschland und Frankreich die Regierung von Großbritannien gewisse Vorsichtsmaßregeln ergreifen wird, Hafen und Stadt Antwerpen zu besetzen, indem es sich auf gewisse Auslegungen der Artikel 24 und 34 der Verträge von 1832—39 stützt. Es wird Deutschland daran liegen, England zuvorzukommen . . .“ (S. 85.)

Man muß nicht vergessen, daß die Deutschen die Schelde und den Rhein auf ihrem ganzen Lauf als deutsche Flüsse betrachten und daß sie, wenn sie die Hand auf Antwerpen legen, sie nach ihrer Ansicht etwas nehmen, was ihnen gebührt . . . .

Die Belgier fangen an, vor dieser furchtbaren Möglichkeit Angst zu bekommen. Man weiß, daß die belgische Regierung in richtiger Voraussicht dem Parlament einen großen Plan für die Wiederherstellung und Vermehrung der Befestigungswerke von Antwerpen vorgelegt hat. Bis die neuen Befestigungen gebaut und bewaffnet sind, können sich politische und militärische Ereignisse sehr viel schneller entwickeln, als Belgier und Franzosen es erwarten. Es ist dies derselbe Gedankengang, aus dem das neue belgische Militärgesetz bewilligt wurde. König Leopold hat es, in Sorge für sein Land, wenige Stunden vor seinem Tode bekanntgegeben ..." (S. 86.)

Der Zeitschrift La Jeune Wallonie (25. Jan. 1911, Nr. 6) ist Antwerpen vor allem auch als vlämischer Vorort verdächtig:

„Die Stadt Antwerpen ist der Mittelpunkt dieser hartnäckigen, unerbittlichen und sektiererischen vlämischen Bewegung geworden. Das kann uns nicht wundernehmen. Das neue Karthago, eigensüchtig, handelsfleißig und stolz, dieses Karthago, das nichts gelten läßt, als sich selbst, seine Geschäfte, seine Halbgötter, seine Künstler, ist durch das geld- und handelsmächtige jüdische Deutschland erobert worden . . . . . .

Deutschland will Antwerpen haben. Es träumt damit seinerseits eine geladene Pistole auf das Herz Englands zu richten. Schon schickt es in die wohlhabende Stadt seine Bankiers, seine besten Kaufleute und auch seine Spione. Schritt auf Schritt geht die Eroberung vorwärts . . . . . ."

Solche Behauptungen wagte man angesichts der Tatsache, daß Antwerpen des deutschen Hinterlandes und des deutschen Warenverkehrs bedurfte, wenn anders es nicht dem Stillstand und Rückgang verfallen sollte. Ein belgischer Minister bekannte von der Parlamentstribüne herab, Belgien können sich nur freuen, wenn die Deutschen sich des Antwerpener Hafens bedienten. Um den deutschen Durchgangsverkehr zu erhalten und nicht nach

Rotterdam ablenken zu lassen, gewährte Belgien bekanntlich billige Frachtsätze und förderte die Pläne, Rhein und Schelde durch einen Großschiffahrtsweg zu verbinden.

Der Mitbegründer des Museums für Volkskunde in Antwerpen, Edmond de Bruyn, wandte sich gegen den Alarmruf: Antwerpen deutsch! und stellte fest, daß diese Hafenstadt eine Welt für sich bedeute, sich selbst genüge und gegen alle fremden Liebeswerbungen kühl bis ans Herz hinan bleibe. Sie besitze im Gegenteil von Alters her in hohem Maße die Gabe, fremde Bestandteile in sich aufgehen zu lassen. „Spanier, Portugiesen, Franzosen, Deutsche, alle Welt konnte sie in ihrem Brautgemache empfangen; aber sie gebar nichts als Antwerpener." (Charriaut, S. 56.)

Ähnliche Wahrheiten hielt der Antwerpener Matin (28. September 1910) den Mitgliedern des Pariser Stadtrates, die gelegentlich ihres Besuches der Brüsseler Weltausstellung nach Antwerpen kamen, vor Augen:

> „Eine Anschauung, die nur zu fest in Frankreich sich eingenistet hat und von den Blättern häufig ausgedrückt wird, ist die, daß Antwerpen sozusagen eine deutsche Stadt wäre. Das ist ein Irrtum; mit einiger Geschicklichkeit kann man dies unseren Gästen auch nachweisen. Sicherlich sind unsere kaufmännischen Beziehungen mit Deutschland hochdeutsam und wir bewundern den Unternehmungsgeist, die Tatkraft und die Ausdauer der Deutschen, welche wir in unserer Stadt ihre Arbeit verrichten sehen. Wer aber denkt hierbei an Pangermanismus? Niemand, und am wenigsten wohl die Deutschen, die hier wohnen, selbst. Diese Deutschen sehen nicht im geringsten wie Sendboten aus, deren Aufgabe es wäre, den Boden für die Eroberung vorzubereiten. Sie sind ganz einfach im Lande, um hier Geld zu verdienen und sie benehmen sich mit vollkommenem Takt; sie vermeiden sorgfältig, sich in unsere nationalen und lokalen Angelegenheiten hineinzumischen. Übrigens verwandelt sie der Umgang aus Deutschen sehr rasch zu richtigen Antwerpenern, mehr jedenfalls, als wir je Deutsche werden könnten."

* * *

Schlagend sind die Aufstellungen, die der Vorsitzende des Bundes christlicher Gewerkschaften in Belgien, Henry Heyman, in seiner während des Krieges in Paris erschienenen Schrift La Belgique sociale gibt. (Paris 1916; Seite 93 ff.) Er hat sich trotz des Krieges und trotz seiner sonstigen nichts weniger als deutschfreundlichen Haltung soviel Sachlichkeit bewahrt, um rundweg zu sagen, man habe bei der Schilderung des deutschen Einflusses in Belgien stark übertrieben. Nach ihm gab es so etwas, wie eine deutsche Invasion überhaupt nicht. Denn im Jahre 1911 lebten in Belgien 56 008 Deutsche, Frauen und Kinder eingerechnet, also kaum doppelt soviel, wie in London. Auf 1000 Einwohner trafen 7 Deutsche, aber 10 Franzosen. Von 16 785 Fremden, die im genannten Jahre nach Belgien einwanderten, waren 41 vom Hundert Franzosen, 20 vom Hundert Deutsche. Von 33 007 Personen, die auswanderten, gingen 53 vom Hundert nach Frankreich, 15 vom Hundert nach Holland, 13 vom Hundert nach Deutschland. Seit dem Bestehen Belgiens erwarben 985 Deutsche und 974 Franzosen die Staatszugehörigkeit. Nur eine verschwindende Anzahl von Belgiern spricht das Deutsche als Muttersprache. Die wenigen deutschen Schulen in Belgien dienten nur ihren Landsleuten, nicht den Inländern. Nie hat Deutschland die vlämische Bewegung für „die Politik des Deutschtums im Ausland“ als günstig angesehen. Die in Belgien wohnenden Deutschen waren in ihrer großen Mehrheit der Bewegung abhold. Während die Kurse zur Verbreitung der französischen Sprache im vlämischen Lande Geldunterstützungen von Frankreich erhielten, empfingen die deutschen Sprachkurse nichts dergleichen.

Ökonomisch war Deutschland nach Heyman der beste Kunde Belgiens, ein guter Käufer industrieller und wirtschaftlicher Erzeugnisse. Wenn es dem belgischen Lande vielfach Fertigwaren lieferte, so hat es diesen Vorteil erlangt, weil der belgische Arbeiter noch nicht die notwendigen technischen Fertigkeiten besaß, diese Waren herzustellen. Außerdem zahlte Deutschland an den belgischen Staat die meisten Einfuhrabgaben, jährlich etwa 20 Millionen Franken. Die deutsche Durchfuhr war nicht nur für Antwerpen, sondern auch für das südliche Belgien von

bedeutendem Interesse. Trotz der starken Beteiligung der Deutschen am Antwerpener Handel kann von einer „deutschen Hafenstadt“ keine Rede sein. Auf 13 belgische und 50 englische regelmäßige Seefahrtslinien mit 23 belgischen und 21 englischen Agenturen trafen 21 deutsche Linien mit 11 deutschen und 15 belgischen Agenturen, ferner 6 französische Linien.

Heyman erteilt seinen Landsleuten die mit tatsächlichen Angaben belegte heilsame Lehre, daß sie selbst in ausgiebigster Weise an Handel und Industrie des Auslandes beteiligt gewesen und auch in Deutschland mit bedeutenden wirtschaftlichen Unternehmungen hervorgetreten seien. So habe ein hinreichender Ausgleich bestanden. Der Einfluß der deutschen Kultur aber habe sich auf das Wenige beschränkt, was die Belgier freiwillig übernahmen.

Diese Feststellungen eines belgischen Sozialpolitikers werfen die gegen Deutschland gerichtete Anklage des wirtschaftlichen Pangermanismus restlos über den Haufen.

Vlamen und Deutsche.

Aber die vlämische Bewegung? War sie nicht ein Stück Pangermanismus, ein Stück Alldeutschtum? Stand nicht Deutschland hinter ihr, wie die Führer des Franzosentums immer sagten?

Wir haben bereits verschiedene beweiskräftige Zeugnisse dafür angeführt, daß derartige Behauptungen rundweg aus der Luft gegriffen waren (Seite 98). Zwischen Deutschen und Vlamen bestanden vor dem Kriege nur schwache und zufällige kulturelle Berührungen, die sich auf persönliche Beziehungen und die Einsicht einzelner beschränkten. Die Zeiten der deutsch-vlämischen Romantik, der gemeinsamen deutsch-vlämischen Sängerfeste und Hoffmanns von Fallersleben waren in die Nacht der Vergessenheit gesunken. Im vlämischen Volke war auch das 1870/71 einigermaßen erwachte Bewußtsein wieder erstorben, daß die deutschen Siege von damals nicht nur Belgiens Selbständigkeit, sondern auch den Bestand des niederländischen Volkstums in diesem Lande ge-

rettet haben. Keine Rede davon, daß durch die vlämische Bewegung dem deutschen Einfluß in Belgien in ähnlicher Weise Tür und Tor geöffnet worden wäre, wie dem französischen durch die wallonische Bewegung! Eine solche Gleichsetzung ist schon deswegen verfehlt, weil zwischen Deutschen und Vlamen bei aller sprachlichen und stammlichen Verwandtschaft durch die Verschiedenheit der Schrift- und Bildungssprache eine Schranke aufgerichtet ist, während die Wallonen mit Frankreich Schriftsprache und Geistesleben gemein haben. Hierin und in der bewußten politischen Anlehnung an Frankreich lag die Kraft des belgischen Franzosentums und seiner Propaganda.

Dieser Zustand erschien den Franzosen und der Mehrzahl der Wallonen selbstverständlich, berechtigt und zweckmäßig. Ganz anders dachten die Vlamen über ihr Verhältnis zu Deutschland. Als 1897 über diesen Punkt eine Fehde zwischen einigen deutschen Schriftstellern und vlämischen Führern entstand, schrieb einer der letzteren, der Jurist Dr. Prayon van Zuylen in einem offenen Brief an „Alldeutschland“:

> „Wir vlämischen Belgier ehren und lieben das stammverwandte Deutschland, das uns zweimal gerettet hat, aber unser eigenes Volkstum lieben wir noch mehr. . . .“

Der Vlaamsche Volksraad erließ damals eine Erklärung, worin der kulturellen Annäherung von Nord- und Südniederlanden das Wort geredet wurde, da Holländer und Vlaminge zwar durch tiefbedauerliche Ereignisse einstens politisch getrennt worden seien, aber doch „zum selben Volke gehören und dieselbe Sprache sprechen, kurzum durch gemeinschaftliche Interessen und Überlieferungen vereinigt eine feste und unzerstörbare Volkseinheit bilden“. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit dieses Volkstums wollte der Volksraad erhalten wissen. Er betonte, daß die Vlamen, „wohl Germanen, aber keine Deutschen sind; daß ihre Sprache das Niederländische, nicht das Hochdeutsche ist und daß sie das deutsche Reich als eine befreundete, aber doch als auswärtige Macht betrachten müssen“. (Verslagen en Mededeelingen der Koninklijke Vlaamsche Academie. Gent, 1897, S. 361, S. 364 ff.).

Anschaulich schilderte Prayon van Zuylen einige Jahre später (1901) das Verhältnis zwischen Vlamen und Deutschen.

Von einem regelmäßigen, dauernden Geistesverkehr sei keine Rede. Die allgemeine Unkenntnis der Deutschen über das, was in Belgien bestehe und vor sich gehe, sei sozusagen sprichwörtlich geworden. Die meisten hielten Belgien für ein französisch sprechendes Land, das Vlämische aber nur für eine Art Bauernsprache, deren Rolle dem Plattdeutschen vergleichbar sei. An den im Lande lebenden Deutschen tadelt Prayon van Zuylen die Gleichgültigkeit, mit der sie der vlämischen Volksbewegung begegneten und die allzu große Anpassung an die französisch Sprechenden. Er erkennt aber auch, daß diese Erscheinung durch die politische Zurückhaltung des Reiches und der Reichsleitung notwendig mit bedingt ist:

„Schließlich darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die deutsche Regierung stets sorgfältig und grundsätzlich vermieden hat, sich in irgendeiner Weise direkt oder indirekt in die inneren Angelegenheiten Belgiens einzumischen. Die französische Republik dagegen wirft alljährlich eine erhebliche Summe, die im Etat eingesetzt ist, für die französische Werbearbeit in Belgien aus. Sie gewährt belgischen Blättern Zuschüsse und schmückt die Schriftleiter mit allen möglichen Bändchen und Kreuzen. Mit ihrer Geldunterstützung verfolgt die Alliance Française in Nord- und Südniederland einen ähnlichen Zweck wie die Genter Vulgarisateurs, zumal in Hinsicht auf die Verbreitung der französischen Sprache. Man hat einen französischen Gesandten gesehen, der keinen Anstand nahm, den wallonischen Kongreß offiziell in seinen Schutz zu nehmen und so öffentlich als Gegner der vlämischen Bewegung aufzutreten. Die Vertreter Deutschlands haben sich nicht nur von derartigen Entgleisungen ferngehalten, sondern überhaupt kein Interesse für die vlämische Bewegung an den Tag gelegt und sich auch gehütet, zu ihren Führern in Beziehung zu treten. Daß dies nach den diplomatischen Gebräuchen untadelig war und die Billigung aller unparteiischen Richter findet, braucht nicht gesagt zu werden. Gleichwohl war das Verhalten der deutschen Regierung nicht dazu angetan, die Deutschen anzuspornen, sich zum vlämischen Sprachenkampf günstig zu stellen.

Unterdes befolgen die Vertreter der französischen Partei die Taktik des Taschendiebs, der laut schreit: Haltet den Dieb!, um sich unterdessen selbst aus dem Staub zu machen. Mit unerschütterlichem Ernste und ohne den Schatten eines Beweises zu erbringen, wiederholen sie dauernd in allen möglichen Tonarten, daß die vlämische Bewegung an Deutschland verkauft sei und durch Preußen gezüchtet und unterhalten werde. Von feilen Brotschreibern, die selbst zu kaufen oder zu mieten sind, ist dergleichen zu erwarten. Es gibt ja Menschen, die nicht begreifen können, daß man einer Sache oder einer Partei aus ehrlicher Überzeugung uneigennützig dienen kann. Aber es geht doch etwas über das Bohnenlied, wenn ein an die belgische Regierung gerichtetes Schriftstück von einem öffentlichen Beamten unterzeichnet wird, in dem derlei dumme Anschuldigungen gegen die Königl. Vlämische Akademie und ihre Mitglieder öffentlich erhoben werden . . .

Die Gleichgültigkeit der Deutschen war übrigens nicht das einzige Hindernis, das den Weg versperrte. Die festgewurzelten Vorurteile, das triebmäßige Mißtrauen der Vlamen war vielleicht ein noch bedenklicheres Hindernis. Unbekannt macht unbeliebt, hat man mit Recht gesagt, und unsere Unkenntnis deutscher Zustände und Bestrebungen, deutscher Geschichte und deutschen Geisteslebens grenzt oft ans Lächerliche.

Schon die Lage von Vlämisch-Belgien bringt es mit sich, daß wir Deutschland sozusagen den Rücken zuwenden. Mit Frankreich haben wir zu Lande, mit England zu Wasser bequemste Verbindung, und der Verkehr ist rege und ununterbrochen. Von Deutschland hingegen sind wir getrennt durch das arme, dünnbevölkerte und bis vor wenigen Jahren so gut wie unzugängliche Kempenland und weiterhin durch den welschen Keil, vor allem das Lütticherland . . . .

Kein Wunder daher, daß bei uns das eigentliche Volk Deutschland nicht besser kennt als Rußland oder die Türkei. Und in der Regel sind die gebildeten und studierten Stände kaum mehr auf der Höhe. Unser Bürgertum erhält ja seine Erziehung in Schulen, die früher durch und durch verwelscht

waren, und in denen der französische Geist auch heute noch vorherrscht. Dem Einflusse des tatsächlich antigermanischen Unterrichts vermag niemand zu entgehen, selbst die nicht, in denen das Bewußtsein, zur germanischen Rasse zu gehören, völlig entwickelt ist.

Einen weiteren, einen gewichtigen Faktor bildet das gedruckte Wort. Deutsche Blätter und deutsche Bücher werden in Belgien verhältnismäßig selten angetroffen und wenig gelesen, nicht bloß, weil das Deutsche hier nur von wenigen gut beherrscht wird, sondern weil die gotische Schrift, in die unsere östlichen Nachbarn sich verbissen haben, den Fremden abschreckt. Dagegen wird unser Land durch französische Zeitungen und französische Veröffentlichungen buchstäblich überschwemmt, und es ist überflüssig zu bemerken, wie unsere südlichen Nachbarn Deutschland und die Deutschen ausschmücken und abmalen. Wir sind ja auf unserer Hut; wir wissen, daß man nicht alles, was aus Paris kommt, blindlings glauben darf. Aber trotzdem muß, da wir immer nur die eine Glocke hören, notwendig das immerfort Gehörte in unserem Gemüte einige Spuren zurücklassen."

Schließlich erwähnt Prayon van Zuylen noch, gewisse „unangebrachte Ergüsse" mancher deutscher Skribenten hätten mit ihren Vorschlägen, das Hochdeutsche in Flandern und Belgien als Schriftsprache einzuführen und die Niederlande dem Kaiserreich anzugliedern, große Aufregung hervorgerufen und dem Kampf der Vlamen um Gleichberechtigung im belgischen Staate Hemmnisse bereitet. Prayon stellt jedoch mit Befriedigung fest, daß diese von „allen angesehenen Vertretern des deutschen Volkes" abgelehnten Irrungen durch die Bemühungen des 1901 in Brüssel verstorbenen Freiherrn von Ziegesar behoben und daß nun diese Zwistigkeiten aufrichtig beglichen seien. (Verslagen etc. 1901, II, S. 54 ff.)

* * *

Zwölf Jahre später schrieb der Antwerpener Dr. Martin Rudelsheim in der Neerlandia, der Zeitschrift des Algemeen Nederlandsch Verbond in ähnlicher Weise über die

„vlämische Bewegung und die Deutschen". Das Franzosentum will mit seinen Beschuldigungen, daß die vlämische Bewegung eine „Unterabteilung der alldeutschen Machtbestrebungen" sei, daß sie von deutschem Gelde und deutscher Förderung lebe, lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Treiben Frankreichs und seines belgischen Anhangs ablenken:

> „Wie oft haben wir die Feinde unserer Sprache und unseres Stammes nicht schon aufgefordert, nur durch eine einzige Tatsache ihre Behauptungen zu beweisen. Immer wieder ist man uns die Antwort schuldig geblieben. Aber dadurch lassen sie sich nicht beirren . . . . Die Vlämisch-gesinnten müssen untertänige Diener Deutschlands sein und bleiben und wenn unsere Gegner den Mut dazu hätten, so würden sie wohl auch noch von uns behaupten — vielleicht tun sie es in Gedanken — wir seien bezahlte Knechte.
>
> Was immer die Vlamen für ihr Volk erstreben, wird zu einer Dienstleistung für Deutschland gestempelt."

Rudelsheim schlägt seine Gegner aufs Haupt, indem er ihr wirklich vorhandenes Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich und damit zusammenhängende Geschehnisse höhnend auf Vlamen und Deutsche überträgt:

> „Für diese Gefälligkeiten gegen unsern Nachbarn im Osten bleiben die Belohnungen natürlich nicht aus. Alle Führer der vlämischen Bewegung stolzieren mit dem Bändchen des preußischen Adlerordens erster, zweiter, dritter oder vierter Güte im Knopfloch umher, je nachdem die Deutschland erwiesenen Dienste größer oder kleiner sind. Vlämische Kunstunternehmungen werden mit deutschem Gelde am Leben erhalten. Oft kommt es vor, daß eine Versammlung von Vlämisch-Gesinnten mit der Anwesenheit deutscher Minister beehrt wird. Erst jetzt wieder, gelegentlich der Genter Ausstellung, hat ein deutscher Minister im Reichstag erklärt, Deutschland nehme nur deswegen daran teil, um die vlämische Bewegung zu fördern!"

Mit dem Ausruf: O Ironie der menschlichen Lüge! stellt Rudelsheim die Teilnahmslosigkeit der Deutschen gegenüber der

vlämischen Bewegung fest und fällt scharfe Urteile über ihr Verhalten in Belgien. Aus den Kreisen der Antwerpener Deutschen ist hiegegen kräftiger Widerspruch erhoben worden. Man konnte Rudelsheim in der Tat entgegenhalten, daß an der Entfremdung zwischen Deutschen und Vlamen auch diese selbst ein gerüttelt Maß von Schuld trugen. Nicht nur wegen ihrer Unkenntnis deutscher Art, die Prayon van Zuylen schon festgestellt hatte! Sie sind vor allem auch durch ihre Angst, sich den Vorwurf des „Pangermanismus" zuzuziehen, zu einer übermäßigen und ihren eigenen Interessen abträglichen Zurückhaltung gegen Deutschland und das Deutschtum verleitet worden. Den Nutzen daraus zogen ihre Gegner. Diese verfolgten unentwegt ihre eigenen Interessen, verschmähten nie die Hilfe Frankreichs und fuhren trotz aller Gegenbeweise fort, Deutsche und Vlamen pangermanistischer Umtriebe zu beschuldigen.

Gewiß durfte die vlämische Bewegung sich zum „Ehrentitel" anrechnen, „daß sie nie die Hilfe eines fremden Landes angerufen habe". (Vlaamsche Gazet, April 1914; wiedergegeben in der Kölnischen Zeitung vom 9. April 1914.) Allein bei etwas weniger politischer Schwerfälligkeit war es Vlamen und Deutschen doch möglich, bessere kulturelle und politische Beziehungen untereinander herzustellen, ohne daß der kleinere, vlämische Partner dabei auch nur ein Tüpfelchen seines berechtigten Eigenlebens und seiner Selbständigkeit aufzugeben brauchte, ohne daß Deutschland irgendwie als Vormund, oder mit der Absicht friedlicher Aufsaugung zu den Vlamen zu kommen brauchte, etwa so, wie Frankreich zu den Welschbelgiern. Vielleicht wäre gerade durch ein solch vernünftiges Verhältnis das Geschrei vom Pangermanismus am augenfälligsten widerlegt und der für Flandern und für Belgien so gefährlichen französisch-wallonischen Betriebsamkeit eine heilsame Schranke gesetzt worden. Wenn in irgendeinem Punkte, so traf in diesem August Vermeylens bekannte Kritik der vlämischen Bewegung (1905) zu, daß diese nämlich verabsäume, die letzten realpolitischen Folgerungen aus ihren Grundanschauungen zu ziehen, aus unbegründeter Sorge, unbelgisch zu erscheinen. Nun, der Weltkrieg mit seinen Offenbarungen hat auch hierin Wandel gebracht. Auf deutscher wie auf

vlämischer Seite erkannte man die politischen Wirklichkeiten und Notwendigkeiten und ist entschlossen, darnach zu handeln. Dieser neue Geist hat auch bereits die ersten Früchte gezeitigt[1]).

Zuweilen warnte wohl auch ein kluger und landeskundiger Franzose, wie der Vorsitzende der Brüsseler Handelskammer, Herr Rolland, seine Landsleute davor, den Bogen zu überspannen und den vlämischen Widerstand immer mehr zu reizen. Rolland gab 1911, als beim Besuche des Präsidenten Fallières in Brüssel die Wogen der welschen und antigermanischen Begeisterung alle Dämme durchbrachen, einem journalistischen Ausfrager folgende bittere Wahrheiten mit auf die Reise nach Frankreich:

„Es ist töricht, in der vlämischen Bewegung eine Feindseligkeit gegen Frankreich erblicken zu wollen oder die Absicht, dem deutschen Einfluß in Belgien das Übergewicht zu sichern. Diese Auffasung ist grundfalsch. Man vergißt dabei völlig, daß es sich um eine Sprachenfrage handelt, die allein vom belgischen Standpunkte aus zu behandeln ist. Möglicherweise haben einige Vlamen davon geträumt, Deutschland in diese Verhältnisse mit hineinzuziehen, aber diese Versuche sind jedenfalls gescheitert. Wenn man somit in Frankreich geneigt ist, den Sieg der Vlamen in diesem Kampfe als die erste Stufe einer deutschen Überflutung Belgiens zu betrachten, so lebt man in einem großen Irrtum. Niemals wird Deutsch in Belgien gebräuchliche Landessprache werden. Falls die Deutschen darauf gerechnet hätten, müßten sie ihren Irrtum einsehen und zugeben, daß sie ihre Zeit vergeuden, wenn sie auf dem Wege der Sprache ihre Oberherrschaft über Belgien begründen wollten. Noch nie hat man von einem Vlamen gehört, er wünsche die Einverleibung seines Landes in das Deutsche Reich, während Wallonen schon recht häufig den Wunsch geäußert haben, Belgien möge durch Frankreich annektiert werden . . . .“ (Le Ralliement, 28. Mai 1911.)

[1]) Über die Entwicklung der vlämischen Bewegung während des Krieges, ihr Verhältnis zur belgischen Regierung in Le Havre und zu Deutschland berichten die Aufsätze des Verfassers über „Die Vlamen und der Weltkrieg“, in der Zeitschrift „Belfried“, 1915, Heft 1 u. 2.

Der französischen Propaganda in Belgien war damit aus berufenstem Munde das Urteil gesprochen; die immer wiederholte Begründung, es handle sich lediglich um eine Abwehrbewegung gegen den Pangermanismus, war als bloßer Vorwand enthüllt.

Der französische Vergeltungsgedanke und das „lateinische" Belgien.

Die Brüsseler Regierung ließ die Zutreiber Frankreichs und Englands mit pflichtwidriger Duldsamkeit gewähren. Sie fand nicht einmal wirksame Mittel dagegen, daß die französische Revanchepropaganda in das Land verpflanzt wurde. Im Zusammenhange mit der deutschen Gefahr wurde in Schrift und Wort unablässig die elsaß-lothringische „Frage" erörtert, besonders auch auf den erwähnten Kongressen. Die Amitiés Françaises faßten auf ihrer großen Tagung in Mons (1911) gar eine gegen Deutschland gerichtete Entschließung in dieser Sache. (S. Seite 46.) Die Ostmark Elsaß-Lothringen, unterdrückt von den barbarischen Teutonen, die Ostmark Belgien von demselben Feinde mit demselben Schicksal bedroht, so hieß die Vergleichsformel. Die jungwallonischen Bünde und die Amitiés Françaises ließen bekannte elsaß-lothringische Protestler in ihrer Mitte sprechen. Selbst der Brüsseler Jeune Barreau, die Advokatenvereinigung der Hauptstadt, rief im April 1913 einen Kolmarer Kollegen, den früheren Reichstagsabgeordneten Preiß herbei. Er schilderte in einem Vortrag im Saale des Appellationsgerichtshofes die „Leiden" seines Volkes und stellte dieses als das Opfer der immer gleich hochmütigen, kaltherzigen, hartnäckigen teutonischen Eroberungssucht hin, die nach dem Grundsatze verfahre: Macht geht vor Recht. Und die oberen Zehntausend von Brüssel und ihre Presse jubelten dem Hetzer zu (Marches de L'Est 1913/14. — I, 66). Léon Hennebicq, der Vorsitzende des Barreau, entnahm den Ausführungen des Elsässers die Mahnung für die Anwesenden zur Tatkraft und enschlossenen Verteidigung Belgiens. Wohlgemerkt,

eben dieser Hennebicq war der Leiter des Bundes der nationalen Verteidigung (Ligue pour la défense nationale) und vertrat mit Feuereifer die Militärpolitik des Ministerpräsidenten de Broqueville, die in dem großen Militärgesetz von 1913 gipfelte.

Zwei welschbelgische Schriftsteller, Dumont-Wilden und Léon Souguenet, leisteten gute Franzosenarbeit, indem sie eine Reise durch Elsaß-Lothringen machten und ihre Eindrücke gemeinsam in einem Reisebüchlein niederlegten mit dem Titel „La Victoire des Vaincus“ (Paris 1912), der Sieg der Besiegten. Sie freuten sich ihrer Erfahrungen und Erlebnisse, weil dadurch nach ihrer Meinung bewiesen wurde, daß Frankreich seine Hoffnungen auf die Vogesen-Ostmark nicht aufzugeben brauche. Denn diese setze selbst ihre Hoffnungen auf Frankreich. Der Frankfurter Friede aber trug ja vom ersten Augenblick an mehr den Charakter eines Waffenstillstandes als den eines Dauerfriedens. Für „neutrale“ Belgier eine eigentümliche Auffassung! Allein die beiden fühlten sich damit keineswegs alleinstehend. Dessen sind sie sich in Mons und Jemappes bei der Tagung der Amitiés Française bewußt geworden, wie sie im Nachworte zu ihrem Buche erzählen.

Aus der Feier der „germanischen Niederlage“ bei Jemappes erkennen sie, daß auch in Belgien ein neuer Geist erwacht ist. Wenn in Jemappes zehntausende von Borinagebewohnern die Marseillaise anstimmten, so war das keine bloße Geste. Die Werbung für die Herstellung einer starken belgischen Wehrmacht hat freudigen Widerhall gefunden, hat überall ein Gefühl der Erleichterung ausgelöst, weil sie den Belgiern offenbar machte, daß sie gegebenen Falles nicht gegen Frankreich kämpfen müßten. Wallonien hat sich zum Handeln aufgerafft gegen die vlämischen Ansprüche; seine Neigungen gehörten ohnedies schon Frankreich. Diese überraschenden Wandlungen hat Deutschland selbst verursacht, das Deutschland von Tanger und Agadir. Bismarcks „kleinmütiges Wort“, daß Deutschland sich nicht beliebt zu machen verstehe, verursacht den Verfassern freudige Empfindungen. Die Germanisierung Elsaß-Lothringens aber wäre ein „vollendetes Verbrechen.“ Vielleicht wird das Deutschland der Denker, Musiker und Dichter doch noch an Stelle der Gewalt

das Recht setzen, wenn aber nicht, dann werden gewaltige Koalitionen ein in der Welt alleinstehendes Deutschland eines Besseren belehren.

In vlämischen Kreisen freilich erregten derartige Gedankengänge Anstoß. Dr. Hippoliet Meert schrieb in seiner schon erwähnten Erwiderung auf den Brief des Wallonenführers Destrée (1912):

„Wir sind nicht so verbohrt, daß wir nicht sehen, was vorgeht. Wir sind durchaus auf dem Laufenden über die weit um sich greifende französische Propaganda. Wir haben ihre Umtriebe erkannt und verstehen, was es bedeutet, wenn wir die Herren Dumont-Wilden und Léon Souguenet, zwei belgische Schriftsteller und wütende Franzosenfreunde, eine Reise durch Elsaß-Lothringen machen sehen, um Material für die Erhitzung des französischen Chauvinismus zu beschaffen . . . . ."

„Auf diese Weise schafft man Parteigänger der französischen Kultur, verbreitet man den Haß gegen Deutschland, vergiftet man die öffentliche Meinung. So geht die Eroberung der Geister vor sich, die uns auf eine Eroberung unseres Vaterlandes vorbereiten soll."

* * *

Auf großfranzösischen und wallonischen Kongressen, in Schriften und Reden welsch-belgischer Schriftsteller und Politiker wird mit wahrer Leidenschaft die Lehre verfochten, daß Belgien ebenso wie die anderen französischen Ostmarken ein echtes Stück der „lateinischen Welt" sei und daher volle Gemeinschaft mit dieser haben müsse, in Literatur und Kunst, in Wissenschaft und Politik. In früheren Kapiteln sind wir bereits Äußerungen dieser Lehre begegnet. Ihre belgischen Vertreter folgten auf der ganzen Linie den Aufstellungen der französischen Nationalisten, die wie der Lothringer Maurice Barrès oder der Provençale Charles Maurras das französische Volk als den wahren Erben der griechisch-römischen Kultur betrachteten und die Irrlehre von der einheitlichen „lateinischen Rasse" verkündeten. Mit Alphonse Séché (Le Désarroi de la Conscience Française, Die Verwirrung

des französischen Gewissens, Paris 1914) sehen sie Europa in zwei Hälften getrennt. Auf der einen Seite die Gesitteten, die Lateiner; auf der anderen die Barbaren, nämlich „die Völker, die nicht teilhaben an unserer Auffassung von Ordnung, Einklang und Recht".

Was kümmerte diese gefährlichen Schwärmer die geschichtliche Wahrheit, daß kraftvolle Germanenvölker einst jahrhundertelang das alte Gallierland mit ihrem frischen Blut erfüllten? Daß die Wallonen in Wahrheit vorwiegend ein keltisch-germanisches Mischvolk, wenn auch mit romanischer Sprache sind? Romanische Gallier, Lateiner sind wir! So lautet nun einmal das leidenschaftliche Bekenntnis. Selbst in belgischen Schulbüchern kann man es finden, mit der politischen Folgerung, daß Belgien innerhalb der „natürlichen Grenzen" Frankreichs liege und diesem zugehöre. Karl der Große ist in diesem Sinn ein Gallier und auch ein — Belgier gewesen!

Man lächle nicht über solche naive Irrlehren. Sie haben in vielen Köpfen gefährliche Verwirrung angerichtet. Schon aus einigen obenangeführten Äußerungen ist zu ersehen, wie unheilvoll die Vorstellungen über Deutschland und deutsches Wesen von diesem überheblichen „lateinischen" Bewußtsein beeinflußt worden sind. Auch viele Belgier sahen in dem neuen Deutschen Reich eine alles zermalmende, unheimliche Maschine, eine abscheuliche Verbindung von ausbeutungssüchtigem Industrialismus und roher Militärgewalt, ein Gebilde, erfüllt von niedriger, materieller Gesinnung, ohne tieferen Gehalt und Geist. Die deutschfeindliche Presse Belgiens verbreitete diese Lesart des französischen Chauvinismus und des englischen Hasses und schob die Warnungen gerechter und feinsinniger Beobachter, wie etwa Ernest Raynauds (Les deux Allemagnes, Paris 1914) zur Seite.

Deutschlands gewaltige Entwicklung würde eigentlich eine natürliche Vorherrschaft in Europa bedingen, meint der welschbelgische Schriftsteller Dumont-Wilden (L'Esprit Européen, Paris 1914, S. 59 ff.), allein es kann keine solche ausüben; denn es hat seine Zivilisation, seine bewunderungswerte ältere Kultur, seine geschichtliche Rolle im europäischen Geistesleben der übermäßigen Machtentwicklung und dem Reichtume geopfert, den es

heute genießt. Selbst die Wissenschaft ist ein bloßes Werkzeug des Reichsgedankens geworden, ebenso wie die Universität und das Gymnasium. Zwischen den deutschen Geschlechtern vor 1870 und denjenigen von heute gähnt ein Abgrund. Heute gehorcht alles aufs Wort kaiserlichen Befehlen, auch die Mehrheit der Presse. Hierüber gibt es nur eine Meinung. Als der Mercure de France, gewiß kein nationalistisches Blatt, eine Umfrage über die Bedeutung der deutschen Kultur veranstaltete, war sich alles einig über den Rückgang des deutschen Geisteslebens. Der deutsche Universitätsprofessor „läßt seine Reichskultur erklingen, wie der Ulan seine Sporen". Er ist das Urbild des Bildungsphilisters, den Nietzsche verhöhnt. So opfert die Auslese Deutschlands seit der Reichsgründung der äußeren Größe ihrer Rasse ihren tiefsten Bildungstrieb „und den ganz ungeheuren Kraftaufwand, den sie mit Goethe und seit Goethe gemacht hatte, um sich zur Kulturhöhe zu erheben". Diese Auslese ist nur mehr der „Generalstab einer Armee von Disziplinierten". Und sie nimmt das geduldig hin.

> „Zu gleicher Zeit, da wir aus vollem Herzen den Geist der Dumpfheit verachten, den diese Armee von Barbaren unserem Europa mitteilt, können wir uns nicht enthalten, ein Opfer zu bewundern, das in der Geschichte nicht seinesgleichen hat." (S. 72.)

Vor diesem Teutonentum aber flüchtet der Belgier zum „süßen Frankreich", in die schimmernde lateinische Geisteswelt. Dumont-Wilden kann sich freilich der Besorgnis nicht entschlagen, daß der leuchtende Ruhmeskranz der altfranzösischen Gesittung durch das Erwachen des kriegerischen jungfranzösischen Geistes vom Haupte Mariannens genommen werden könnte. Seine Neigungen gehören dem „friedlichen" demokratischen Frankreich, das eine Zeitlang die Folgen des Vertrages von Frankfurt verzichtend und lächelnd auf sich zu nehmen schien und mit dieser Haltung die Bewunderung Europas errang. In den letzten Jahren, besonders seit Agadir haben sich Haltung, Sitten, Gefühls- und Denkweise der französischen Jugend geändert. Dumont-Wilden ist sich klar, daß es sich hierbei nicht nur um ein zeitweiliges Aufflackern des nationalen Zornes, nicht allein um eine Wieder-

geburt des altfranzösischen Patriotismus, sondern um eine neue Art von Imperialismus handelt. Der Belgier ist beunruhigt über diese Erscheinung:

> „Wie? Will das Frankreich von heute verzichten auf den Glanz des Geistes, den Kult der Ideen, jene Feinheit der Künste und Sitten, die es für uns zu einem wahren Vaterland machte? Was liegt uns an einem imperialistischen Frankreich, das aus Sorge vor Preußen sich selber preußisch entwickelt?" (S. 249.)

Dumont-Wilden hätte seine Hoffnungen auf Frankreich längst zu Grabe tragen müssen, so sehr hat die Zeit der Poincaré und Delcassé seinen Befürchtungen Recht gegeben. Er verleugnet sich selbst, wenn er jetzt während des Krieges als einer der lautesten Verfechter der französisch-belgischen Ausbreitung bis zum Rhein, als lateinischer Imperialist auftritt.

Andere Belgier brauchten nicht erst eine solche Wandlung durchzumachen. Sie hatten sich längst mit dem großfranzösischen Gedanken, mit dem imperialistischen Geiste Jungfrankreichs erfüllt. Wenn der Lütticher Rechtsanwalt und jungwallonische Führer Emile Jennissen 1909 die Amitiés Françaises in Belgien einführte, so entsprach das nur dem Programme, das er drei Jahre vorher, während der Kriegsgefahr von 1906, in seiner Schrift „Le spectre allemand" (Das deutsche Gespenst, Paris 1906) niedergelegt hatte. Darin trat er als Wortführer der „lateinischen" Belgier gegen das germanische Barbarentum auf. Das deutsche Volk setzt nach ihm sein Vertrauen allein in die rohe Gewalt. Mit wilder Zuversicht gedenkt es seine Riesenkraft nun zu brutalen Vorstößen gegen seine schwächeren Nachbarn zu gebrauchen, um eine teutonische Vorherrschaft über Europa aufzurichten. Dann wehe der europäischen Gesittung!

> „Das lateinische Zeitalter wird vorbei sein. Diese große Vergangenheit der Anmut, der Liebe, des Edelmuts, des Freimutes, der Kühnheit. Die zehn Jahrhunderte, in denen der lateinische Geist die Erde mit Wundern erfüllte, in denen er Worte des Lebens verkündet hat, werden sich dem versunkenen Altertum, Babylon, Athen und Rom, zugesellen müssen. Was hilft es, daß diese Lateiner Talent haben, daß

sie auch weiterhin Künstler und Dichter bleiben, wenn Deutschland sie ihrer lebendigen Kraft in Industrie, Handel und Heerwesen beraubt hat? Sie werden als Parias behandelt werden, wie die Graeculi, über die Juvenal, der Römer, sich lustig machte . . . . ."

Unter dem Joche des von den Hohenzollern auferlegten „deutschen Friedens" würde Europa in „Entsetzen erstarren", niedergetreten von den Stiefeln eines gleichgültigen, lärmenden und faulen Militarismus. Und der Sieg Deutschlands würde zugleich „der Sieg der Dummheit sein".

Daher müssen die Nachbarn Deutschlands sich verständigen, „um es in seinen Grenzen zu blockieren". Dann wird es ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Belgien gehört nach der Meinung Jennissens selbstverständlich mit zu diesem Bunde.

„Denkt daran, daß die Wallonen von Frankreich leben", so ruft er seinen Stammesgenossen zu. „In dem Völkerkampf ist ihr Schicksal mit demjenigen Frankreichs verknüpft. Ist dieses siegreich, so verbreitet es unter ihnen seine Lebensfreude und die Gewißheit der eigenen Macht. Unterliegt es, so wird seine Verzweiflung auch ihre Verzweiflung sein, seine Erniedrigung auch ihre Erniedrigung. Wird Frankreich geschlagen, so wird alle Verachtung und aller Hochmut der Deutschen und Vlamen auf die Wallonen niederfallen."

Gedanken und Vorschläge, wie sie Dumont-Wilden und Jennissen aussprachen, sind großenteils Gemeingut der wallonischen Bewegung geworden. Durch eine besondere panlateinische Organisation, die Raymond Colleye unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Alldeutschtums leitete, wurden sie in Wort und Schrift im Lande verbreitet. (Siehe Seite 116.)

Der Warnruf eines Wallonen.

Was bei der geschilderten Verhetzung schließlich herauskam, das kennzeichnete ein katholisches holländisches Blatt folgendermaßen (De Tijd, November 1911):

„Die höheren Stände, die amtliche Welt und die Hofgesellschaft Belgiens sind allesamt französisch gesinnt. Sie kennen Deutschland und die Deutschen lediglich aus französischen Büchern und Zeitungen; man weiß also, in welchem Licht sie ihnen erscheinen. Die Blumenlesen und die Theaterstücke ihrer Studienjahre schilderten ihnen die Franzosen in der Zeit vor, während und nach dem Kriege von 1870 als überwundene Helden, die Deutschen dagegen als brutale und übermächtige Unterdrücker . . . ."

In der Tat, das Zerrbild von Deutschland, mit dem politische Verführer alle Welt narrten, war auch in der Vorstellung der meisten Belgier mehr oder weniger zur verhaßten Wirklichkeit geworden. Mit den Schlagworten: deutscher Imperialismus, Militarismus, preußischer Korporalismus, Alldeutschtum und Pangermanismus verbanden sich oft die abenteuerlichsten Vorstellungen. Ein Urwald von Vorurteilen verschloß schließlich den Belgiern den freien Ausblick auf das wirkliche Deutschland. Nur einzelne vermochten noch durch dieses Dickicht hindurch zu dringen. Zu ihnen gehörte der schon mehrfach erwähnte Wallone, der unter dem Decknamen Integer in einem Buche „Belgique et Allemagne" (Belgien und Deutschland, Brüssel 1913) offen die Gefahren aufdeckte, die aus der Verkennung Deutschlands für Belgien erwachsen müßten. Als Anhänger der wallonischen Bewegung sieht auch er manche deutschen Zustände und Eigenschaften vielleicht in einseitigem oder schiefem Lichte. Allein so manches seiner kritischen Urteile trifft den Nagel auf den Kopf. Auch hat er in eigener unmittelbarer Beobachtung die Vorzüge und die geistigen und sittlichen Werte deutschen Wesens erkannt. Seine Meinung von Deutschland und dem deutschen Volke weicht daher meilenweit ab von der in Belgien landesüblichen Vorstellung. Integer ist aber auch ein gründlicher Kenner seines Heimatlandes, seines Staatsbetriebes, der Gemüts- und Denkungsart seiner Bevölkerung. So wird sein Buch zu einem lauten Warnungsruf für seine Landesgenossen, nicht weiter in parteiischer Feindseligkeit gegen Deutschland und in gedankenloser Hingabe an Frankreich zu verharren. Er ahnt, daß diese Haltung schließlich in einen Abgrund führen werde. Der Nebel von Vorurteilen, der

künstlich über das Land gebreitet wurde, umschleiert ja auch die Blicke verantwortlicher politischer Führer und Staatslenker! Wie leicht könnten diese sich beikommen lassen, aus der Zwischenlage Belgiens zwischen der germanischen und romanischen Welt nicht etwa die Notwendigkeit zu folgern, nach beiden Seiten hin Empfänglichkeit und Entgegenkommen zu beweisen, sondern dem übermäßigen Drucke französischer Neigungen und Einwirkungen nachgebend, dem Lande die Rolle des Züngleins an der Wage zuzumuten! Mit anderen Worten, sich im Widerstreit der großen Mächtegruppen Europas auf die eine, die westliche Seite zu schlagen! Integer kannte eben die bedenklichen politischen Strömungen in der herrschenden belgischen Gesellschaft, in den Kreisen des Adels, der hohen Geistlichkeit, des reichen Bürgertums und der Loge, des Parlaments und der Regierung! Heute wissen wir, daß seine Befürchtungen nur zu begründet waren.

Integers Schrift ist ein ergänzendes Seitenstück zu dem uns bereits bekannten offenen Brief eines belgischen Patrioten an den französischen Gesandten Gérard. (Seite 1 ff.) Dieser Brief erschien 1905. Integers Eindrücke und Erfahrungen aber reichen bis 1913, umfassen also gerade die Jahre, in welchen die geistige und politische Französierung Belgiens gewaltige Fortschritte machte und mit englischem Beistande auch die auswärtige Politik des kleinen Landes entscheidend beeinflußte.

Folgen wir einigen seiner hauptsächlichsten Gedankengänge!

Integer leugnet nicht, daß es im Zeitalter des wachsenden Internationalismus eine „deutsche Frage“ in Belgien gebe, wie ähnliche Fragen jedem Lande gestellt sind, das mächtige Nachbarn hat. Die „französische Frage“ ist nicht minder vorhanden, fällt aber wegen der Gemeinsamkeit der Gedankenwelt und Sprache kaum mehr auf. Die deutsche stellt sich anders dar! Hier handelt es sich noch nicht einmal um einen eigentlichen Einfluß. Aber es ist kein Zweifel, daß die bisher schwache deutsche Tätigkeit im Lande in den letzten Jahren eine gewisse Ausdehnung erfahren hat. Sie wird durch den Unterschied von Sprache und Sitte deutlich kenntlich.

So zahlreich aber die Deutschen in Belgien auch sein mögen (sie sind übrigens nicht so zahlreich wie die Franzosen), so gibt

es zwischen ihnen und den Einheimischen doch nur ein Nebeneinander, kein Aufgehen ineinander, trotz vieler Mischheiraten, vieler Naturalisierungen, die manchmal zur Verleugnung des deutschen Ursprungs führen. Abneigung und Feindseligkeit sind die Empfindungen, die man in Belgien gegenüber Deutschland und den Deutschen hegt, selbst in dem aufgeklärtesten Teil der Bevölkerung, besonders aber im französisch-wallonischen Gebiete und in der Hauptstadt. Natürlich sind nicht alle Belgier in diesen Gefühlen einmütig. Unabhängige Geister, namentlich Männer, die in Deutschland Reisen gemacht haben, vertreten abweichende Ansichten. Allein sie bilden nur Ausnahmen und sie behalten, ohne sich gegen die landläufigen Anschauungen aufzulehnen, ihre Meinungen meist für sich. Das belgische Publikum steht deutschen Veranstaltungen, Theatervorstellungen, künstlerischen Aufführungen, Vorträgen, also Dingen, mit denen Frankreich schon lange in Belgien erfolgreich für sich arbeitet, kühl und mißtrauisch gegenüber. Kaiser Wilhelm wurde in Brüssel lange nicht so begeistert empfangen wie Präsident Fallières.

Diese ganze Stimmung wird vor allem geschaffen durch die aus Frankreich kommende oder von dort her beeinflußte Presse und Literatur (Anführungen aus Integer siehe Seite 237 ff). Dazu kommt die weitverbreitete oberflächliche Meinung, daß Deutschland der Hort des Absolutismus und der politischen Rückständigkeit, also eine Gefahr für das freiheitliche Europa sei. Integer will nicht in Abrede stellen, daß Deutschland nach den Begriffen der westlichen Demokraten rein politisch weniger fortgeschritten ist, als etwa Frankreich oder Belgien. Allein er weiß zu würdigen, daß die Entwicklung Deutschlands sich auf ganz anderen geschichtlichen Unterlagen und Voraussetzungen aufbaut. Und Deutschland erscheint ihm überdies in mancher wichtigen Hinsicht volksfreundlicher als die belgische Demokratie. Die Sozialgesetzgebung und die Steuergesetze in Deutschland bieten ihm unwiderlegliche Beweise.

Wenn Deutschland eine schwere militärische Rüstung trägt, so tut es das, weil es von Feinden umringt ist und sich zur Verteidigung gegen den möglichen Angriff einer furchtbaren Mächtekoalition bereit halten muß. Die belgische Presse hatte jedenfalls

keine Ursache, den Abschluß der Entente Cordiale mit Jubel zu begrüßen. Das deutsche Volk, die Reichsleitung und der Kaiser sind entschieden friedlich gesinnt und wollen keinen Krieg. Es verrät eine vollkommene Unkenntnis der Wirklichkeit, diese Nation kriegslüstern zu schelten. Das Bild, welches sich das Ausland vom Kaiser macht, indem es einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Reden und Handlungen mißdeutet, ist nichts weniger als wirklichkeitsgetreu. Man muß in Rechnung setzen, daß die Sprache des Kaisers, wie die deutsche Sprache überhaupt, bilderreich und kräftig ist:

> „Wenn der Kaiser vom Trockenhalten des Pulvers und vom geschärften Schwerte sprach, so brauchte man sich darüber nicht m e h r aufzuregen, als wenn ein französischer Minister von der Warte der Rednertribüne herab die geheiligte Formel von sich gibt: Getreu unseren Bündnissen und unseren Freundschaften und im Vertrauen auf unsere Kraft usw."

Die deutsche Gefahr ist zu einem Schreckgespenst gemacht worden. Der Pangermanismus ist seinem Wesen nach eine kulturelle Strömung, zum mindesten nicht verwerflicher als der Panslawismus und der Panlatinismus. Was zum Beispiel Oscar Grojean in der Zeitschrift Belgique artistique et littéraire (1906) darüber schrieb, ist wohl gut dokumentiert, aber doch offensichtlich tendenziös. Die Deutschen mischen sich nicht im geringsten in die innerbelgischen Angelegenheiten. Ihre Schulen in Belgien sind weit entfernt, Germanisierungsanstalten zu sein. Der deutsche Einwanderer wird auffallend schnell zum richtigen Landeseinwohner und nimmt wohl gar die üblichen deutschfeindlichen Vorurteile an. Antoine Wiertz, Théodore Teichmann, der Bürgermeister Braun von Gent, Eduard Prinz, M. Kufferath und viele andere sind auffallende Beispiele. Im wirtschaftlichen Verkehre kommt es dem Deutschen auf das Geschäft an. Gerade auch in Antwerpen ist die deutsche Gefahr, wie E. d e B r u y n gezeigt hat, (L'Occident 1908) in der Hauptsache ein Schreckgespenst. Die Deutschen, die sich dort niederlassen, werden zwar keine Belgier, aber gute Antwerpener. Und der Anteil der Engländer und Franzosen am Antwerpener Geschäftsleben und Handel ist stark genug, um den

deutschen Vordringen ein Ziel zu setzen. Doch davon spricht man ebensowenig, wie etwa von der Tatsache, daß vor einiger Zeit ein amerikanisch-englisch-französisches Finanzkonsortium, worunter Maurice Rouvier, den Hafen von Ostende erwerben wollte. Aus der Handelsstatistik weist Integer zahlenmäßig nach, daß Deutschland der beste Kunde Belgiens ist. Allerdings, mit seiner größeren Geschicklichkeit und seiner besseren Methode gräbt der deutsche Kaufmann und Industrielle so manchem belgischen Wettbewerber erfolgreich das Wasser ab. Deutsche Arbeitskraft! Integer schildert den Ernst und die Gründlichkeit der deutschen Arbeit und des deutschen Lebens. Alles ist vom Grundsatze der Pflichterfüllung beherrscht. Hierin liegt die größte Stärke und der größte Unterschied zum Belgier. Aber die Verschiedenheiten zwischen Deutschland und Belgien brauchen nicht zum Zwiste führen. Man muß sich gegenseitig verstehen lernen. Auch das wallonische Volk ist vernünftig genug, sich mit den Deutschen zu vertragen, wenn man es von den falschen Vorstellungen und den Mißverständnissen, in denen es heute gegen Deutschland befangen ist, durch eine gewissenhafte Aufklärung befreit. Integer findet viel Anziehendes am deutschen Volkscharakter und mahnt seine Landsleute sich mehr mit diesen Zügen zu beschäftigen, als mit den weniger guten Eigenschaften der Deutschen. Bei aller Hochschätzung der französischen Kultur, der sie so viel zu verdanken hätten, sollten sie sich den großen Vorteilen nicht verschließen, die durch ein gutes Verhältnis zu Deutschland zu gewinnen wären.

Vor allem muß der Hetze gegen Deutschland Einhalt getan werden. Auf dem Londoner Kongresse von 1856 drohte einst der französische Bevollmächtigte, daß die Franzosen den damaligen belgischen Zeitungsangriffen auf Frankreich selbst ein Ende machen würden, wenn die Brüsseler Regierung es nicht vermöge. Der deutsche Nachbar hat sich geduldiger gezeigt, aber das Spiel fängt an gefährlich zu werden. Deutschland hat keinen Grund zur Klage gegeben. Und die Vernichtung Deutschlands, die manche im Auge zu haben scheinen, würde durch keinen Krieg, wie er auch ausgehen würde, erreicht werden können. Eine Unterbindung des Handelsverkehrs mit seinem besten Kunden aber bedeutet für Belgien Selbstmord.

Integer will, daß seine Landsleute die deutsche Sprache und deutsches Wesen näher kennen lernen. Ein stärkerer deutscher Einfluß wird das Land davor bewahren, in Frankreich aufzugehen. Diese Gefahr ist viel näher als die deutsche. Die starken französischen Unterströmungen und die politischen Einwirkungen Frankreichs, die sich besonders in Wallonien geltend machen, untergraben die Selbständigkeit des Landes und drohen es letzen Endes an Frankreich auszuliefern. So wie die Dinge jetzt gehen, treiben sie automatisch einer friedlichen Angliederung an Frankreich zu. Aber niemand schilt auf den Pangallismus. (Siehe die Anführungen Seite 98, 99).

„Auch unsere nationale Wirksamkeit ist in allen ihren Teilen vom französischen Gedanken beherrscht. Von Frankreich haben wir den größten Teil unserer Organisation auf sozialem und administrativem Boden entlehnt. Für viele Leute ist, vielleicht unbewußt, Frankreich eine Art Vergrößerung des belgischen Heimatlandes — oder umgekehrt. Wir leben von seinem Leben. Alle Ereignisse, selbst ganz unbedeutende, die dort vor sich gehen, finden hier ihren Widerhall. Im Gegensatz hierzu sind wir vollständig gleichgültig den Vorgängen gegenüber, die in Deutschland sich abspielen und seien sie auch noch so wichtig; unsere Unwissenheit in bezug auf die geistigen und wissenschaftlichen Strömungen in diesem Lande, ist lächerlich, so daß wir oft diese oder jene Erfindung oder Neuerung als französisch ansehen, während sie in Wirklichkeit vom Osten kommt.“ (Integer, Seite 58.)

Deutschland plant keinen Eroberungskrieg gegen Frankreich oder Belgien. Ein deutsch-französischer Zusammenstoß ist freilich trotzdem möglich, und diese schreckliche Möglichkeit schließt diejenige eines deutschen Einbruches in sich. Diesen nehmen die Belgier als sicher bevorstehend an. Die entgegengesetzte Möglichkeit eines französischen Einbruchs wird kaum gestreift.

„Man erörtert mit Lebhaftigkeit den Bau von Eisenbahnen in der Eiffel, ohne zu fragen, welche Rolle im Ernstfall die französische Gesellschaft spielen würde, welche ihre Schienen bis nach Namur hinein gelegt hat.

Man hätte sich, schon um die Form zu wahren, sehr aufregen müssen über die Inspektionsreise, die jüngst eine Art von französischer Militärkommission in unserem wallonischen Lande unternommen hat. Sofort hat man dieser Tatsache schwere Spionagefälle entgegengehalten, die in der gleichen Gegend von deutscher Seite betrieben worden sein sollen. In Wirklichkeit hatte nie jemand das Geringste davon gehört. Wie dem auch sei: Zweifelt jemand daran, daß die Franzosen und wir mit ihnen mit einem Einbruch der Deutschen in Belgien rechnen, und daß diese ihrerseits nicht weniger überzeugt sind, daß ihre Gegner die gleiche Absicht hegen? Sie behaupten nicht ohne Grund, daß diese den Weg gut kennen . . . ." (S. 28 f.)

Die tief eingewurzelte Invasionsfurcht löst die lebhaftesten Grollgefühle gegen Deutschland aus. Sie helfen die deutschfeindliche Meinung erzeugen. Wie konnte diese sich in einem Lande einstellen, dessen Bevölkerung zum größten Teile zur germanischen Rasse gehört? Weil die wallonische Auffassung durchaus über die vlämische vorherrscht, weil Flandern selbst jahrhundertelang unter französischem Einflusse stand, und weil der Kampf zwischen Vlamen und Franzosentum die machthabenden Schichten im Staate gegen die vlämischen Anschauungen erst recht widerspenstig macht.

Der Trennungspolitik seiner wallonischen Freunde ist Integer abhold. Denn er möchte Belgien die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Germanen und Romanen, zwischen Deutschland und Frankreich, zuweisen. Es soll sich mit wirklicher und lebendiger, im Volksbewußtsein und in der Volksgesinnung fest verankerten Neutralität erfüllen, die mehr ist, als ein bloßer staatsrechtlicher Begriff:

„Machen wir guten Internationalismus. Strecken wir eine Hand brüderlich nach Frankreich, aber die andere nach Deutschland. Da wir das Vorrecht besitzen, im Berührungsgebiete der beiden großen Rassen Westeuropas zu leben, beide in unserer eigenen Bevölkerung zusammenzufassen, wollen wir auch daraus Nutzen ziehen für die Sicherung

unseres Wohlstands, unserer Zukunft, für die Entwicklung unserer Kultur. Wer weiß, ob nicht Belgien, wenn es von seiner Neutralität nicht abweicht, eines Tages ein moralisches Element werden kann für die Annäherung der beiden Völker, die sich gegenseitig ergänzen und deren Einvernehmen die größte Wohltat der modernen Zeit wäre." (S. 138)

Der Warnungsruf und die Mahnungen Integers sind fast ungehört verhallt. Von einigen Ausnahmen abgesehen, schenkte die belgische Presse der Schrift keine Beachtung. Die Mehrheit des Volkes und die Regierenden in Belgien gingen auf dem Wege weiter, der letzten Endes in das Heerlager der Entente führte.

Rheingrenze und französischer Machtgedanke.

Nie hat Frankreich sich mit jener belgisch-patriotischen Geschichtslehre abgefunden, die das Staatsgebilde von 1830 als die natürliche Frucht einer jahrhundertelangen gemeinsamen geschichtlichen Entwicklung der vlämisch-wallonischen Südniederlande darstellt. Schon beim Londoner Kongreß redete Talleyrand, der durchtriebene Spötter, höhnisch von den Belgiern und machte kein Hehl aus seiner Geringschätzung ihres Staatswesens. Am Vorabend der Einnahme Antwerpens durch die Franzosen (1832) unterhielt er sich auf einem Teeabend mit der Fürstin Lieven, der Gemahlin des russischen Gesandten bei der Londoner Konferenz, wieder einmal über eine etwaige Aufteilung Belgiens (A. de Ridder, La Siège d'Anvers. — Revue Générale, Februar 1915). „Bedenken Sie", so sagte er, „das ist doch keine Nation. Zweihundert Protokolle schaffen noch lange keine solche". Er hielt es daher für das Beste, dieses Königreich, das doch nicht lange bestehen könne, aufzuteilen. Daß die Fürstin Lieven Antwerpen an England vergeben wollte, ging dem Diplomaten freilich trotz seiner Leichtherzigkeit wider das altfranzösische Gewissen.

„Antwerpen an England?", rief er aus. „Ja, fühlen Sie nicht, daß das empörend ist, was Sie da sagen? Was soll

England auf dem Kontinent? Madame, solange es ein Frankreich gibt, und sei es auch noch so klein, wird es, kann es niemals ein England auf dem Festlande geben".

Was Talleyrand wohl zur Politik seiner heutigen Nachfolger sagen würde, durch die Frankreich in englische Knechtschaft geraten ist?

Mit seinen beiden grundverschiedenen Rassen und Sprachen, mit seiner unglückseligen Lage zwischen den Großmächten, erschien das Belgien von 1830 den Franzosen als eine mißratene Schöpfung. Wissenschaft und öffentliche Meinung Frankreichs hielten auch in der Folgezeit vorwiegend an der Ansicht fest, die dauernde Neutralität sei ein Unding, das sein Dasein nur von der Eifersucht der europäischen Großmächte erborge. Mit der Lehre von den natürlichen Grenzen Frankreichs, die Napoleon III. wieder aufnahm und die Théophile Lavallée 1864 in einem berühmten, von der Pariser Akademie preisgekrönten Buche zu einer Art von nationalem Glaubensartikel für alle wahren Franzosen erhob, vertrug sich das Dasein eines unabhängigen Belgien in keiner Weise. Dieses Gebiet gehörte nach der großfranzösischen Meinung von Rechts wegen wieder zum „gallischen Mutterlande" geschlagen. Frankreich werde von dem immer noch auf ihm lastenden „Drucke von Waterloo" erst dann völlig befreit sein, „wenn Waterloo selbst wieder französisch sein wird". (Vgl. Paul Hymans, Frère Orban II, 85 ff.)

Das Werk des Londoner Kongresses wurde von vielen Franzosen nur als eine Art Zwischenstation auf dem Wege zur Rheingrenze angesehen. Belgien galt als „ein stilles Anhängsel Frankreichs", wie es der Temps am 30. Dezember 1831 nannte, als ein „Eckchen Frankreichs", wie es der Präsident des Pariser Gemeinderates 1910 auf der Brüsseler Weltausstellung liebevoll bezeichnete (siehe S. 166), als eine „Ostmark", die sich der neufranzösiche Imperialismus zum Arbeitsgebiet erkor. Nie gab man in Paris die von Talleyrand ausgesprochene tröstliche Hoffnung auf, daß die Zukunft das belgische Land eines schönen Tages von selbst Frankreich in den Schoß werfen würde. Schon am 16. Oktober 1834 weissagte der Pariser National, die von

den europäischen Mächten als Bollwerk gegen Frankreich aufgerichtete Neutralität werde einmal beim Ausbruch eines europäischen Krieges vor dem Verlangen des belgischen Volkes dahinsinken und Belgien sich dann naturgemäß auf die Seite Frankreichs schlagen. Diesen stillen Glauben hielten die Franzosen allzeit fest, bis er sich 1914 durch die Erfüllung belohnt sah.

Die französische Politik zog aus diesen Auffassungen die praktische Nutzanwendung. In älterer Zeit ging sie mit unmittelbaren Anschlägen und Nachstellungen der belgischen Unabhängigkeit zu Leibe. Später, als dieser etwas gewaltsamen Weise durch die Staatskunst Bismarcks und die deutschen Siege von 1870/71 ein Ende gemacht war, wandten die Franzosen zäh und geschickt die Mittel der „friedlichen Durchdringung" an, in der die Vlamen mit Recht nur eine Vorstufe der erstrebten tatsächlichen Besitzergreifung sahen.

Die Rolle, die Frankreich in der Geschichte der belgischen Provinzen und des belgischen Staates gespielt, steht auch in der einheimischen Geschichtsschreibung fest, soweit diese auf wissenschaftliche Geltung Anspruch erheben kann. Im politischen Leben des Landes drang jedoch die unbequeme geschichtliche Wahrheit nicht durch, abgesehen von der vlämischen Bewegung oder den Stimmen einzelner, die meist ungehört verhallten.

H. Pergameni sagte nicht zu viel, wenn er im liberalen Wochenblatt Ralliement vom 28. September 1912 schrieb:

> „In der Neuzeit haben die belgischen Provinzen keinen zäheren und furchtbareren Feind gehabt als Frankreich. Seit Carl V. ist Frankreich geplagt vom Traumbild der Rheingrenze und es hat nicht aufgehört, in das Leben unserer Provinzen einzugreifen, um das zu erreichen, was es seine naturgewollten Grenzen nennt."

Der katholisch-konservative Parteiführer und frühere Ministerpräsident Charles Woeste führte 1905 in der Abgeordnetenkammer eine ebenso deutliche Sprache:

> „Der unersättliche Feind Belgiens, der zehnmal, zwanzigmal, fünfzigmal in unser Land einfiel, um es zu

plündern und auszumorden, um möglichst viele und große Stücke unseres Grundgebietes, ja das ganze Land einzusacken, der noch heute Landstriche besitzt, die Belgien gewalttätig abgenommen worden sind, — dieser Feind ist unser südlicher Nachbar." (Vlaamsche Gazet, 17. Mai 1905.)

Integer spricht in seiner oftgenannten Schrift von der planmäßigen Verwüstung der Südniederlande in der Zeit Ludwigs XIV., den Fluten vergossenen Blutes, den gebrandschatzten Städten und „jener unnützen und furchtbaren Zerstörung Brüssels die für Boileau ein Gegenstück zu seiner Dichtung Heidelberga Deleta hätte abgeben können". Die 1830 aufgerichtete belgische Unabhängigkeit sei von den Franzosen dauernd bedroht worden.

„So schwebte in allen Zeitabschnitten unserer Geschichte die Gefahr der Eroberung und Besitznahme durch Frankreich zu unseren Häupten und verwirklichte sich öfter. Man möchte glauben, daß die Republik von heute weniger schwarze Absichten hege. Aber man darf nicht vergessen, daß Belgien für mehr als einen Franzosen, und nicht nur für hirnverbrannte Köpfe, geschichtlich einen Teil von Frankreichs Erbe darstellt, daß für sie also Frankreich historische Anrechte auf unser Land besitzt, die die Zeit einmal bestätigen wird." (Integer, Belgique et Allemagne, S. 30/31.)

Der gelehrte Abbé Fl. de Lannoy schreibt in einem Aufsatze über Napoleon III. und Belgien (Revue Générale 1913, Bd. 85, S. 181):

„Die belgische Neutralität wurde während des Krieges (1870/71) nicht verletzt. Aber die Niederlagen und der Zusammenbruch Napoleons III. waren ein Glück für Belgien. Die Besetzung des französischen Thrones mit dem gekrönten Ränkeschmied, der die Ideen Napoleons I. fortspann, war für Belgien eine beständige Gefahr, eine Quelle fortgesetzter Beunruhigung. Selbst nach der Unterzeichnung des englischen Garantievertrages im Jahre 1870 hatte Belgien von einem siegreichen Napoleon alles zu befürchten.... Weit mehr in Belgien als in Deutschland hätte Napoleon den Lohn

seiner Siege und eine territoriale Vergrößerung Frankreichs gefunden . . ."

Niemand hat eindringlicher und anschaulicher die Gefahren geschildert, denen Belgiens Unabhängigkeit bis 1870 durch Frankreich ausgesetzt war, als Paul Hymans, der Brüsseler Universitätsprofessor und Führer der belgischen Liberalen, der nunmehrige Staatsminister und Bevollmächtigte seiner Regierung in London. Die gründliche zweibändige Lebensbeschreibung, die dieser hervorragende Gelehrte und Politiker dem liberalen Staatsmanne Frère Orban, dem Widersacher Napoleons III. widmete (Brüssel 1905 und 1910), zeigt den ewigen Angriffsgeist und den unbändigen Ausbreitungsdrang Frankreichs in ihrem tiefsten Wesen und in ihren unheilvollen Auswirkungen gegen Belgien.

Wo es nottat, nahm Frankreich die Maske einer Beschützerin der „kleineren Schwester" vor und sann dabei auf Verrat. Schon in den ersten Zeiten des Königreichs gelang es den Franzosen, „eine Schutzherrschaft über den jungen Staat auszuüben, die gewissermaßen auf die Annexion hintrieb". (Abbé de Lannoy, Les Origines diplomatiques de l'Indépendance Belge. Brüssel 1903; S. 236).

Damals schon (1832) verriet das amtliche Pariser Journal des Débats das wahre Wesen dieses in der neueren Zeit mit andern Mitteln fortgesetzten Verfahrens, indem es schrieb:

„Zwei Arten gibt es, Staaten zu vernichten, die Eroberung und die Beschirmung."

Ein französischer Oberst kennzeichnete es 1913 mit folgenden, auf Deutschland gemünzten, aber Frankreich treffenden Worten:

„Es gibt kein besseres Mittel, der bewaffneten Gewalt die Unterwerfung eines Landes zu erleichtern, als es in vollem Frieden mit seinen Parteigängern zu überschwemmen." (Boucher, La Belgique à jamais indépendante, Paris 1913, S. 10.)

* * *

Warum haben aber die verantwortlichen Kreise Belgiens nicht die naheliegenden Lehren aus der Vergangenheit gezogen?

Warum ließen sie geschehen, daß die belgische Bevölkerung in Vorurteilen und Unkenntnis befangen blieb und so eine leichte Beute der fransösischen Propaganda wurde? Mußte nicht um der Neutralität und Sicherheit des Landes willen und um der Irreführung des Volkes durch das französische Blendwerk vorzubeugen, für gründliche Aufklärung gesorgt und so der schleichenden Gefahr begegnet werden?

Solche Fragen aufwerfen und beantworten, heißt eine schwere Schuld der belgischen Staatsgewalten enthüllen. Ihre Versäumnisse sind unentschuldbar. Auch aus den amtlichen Kreisen und aus dem Parlament heraus traten, wie wir aus vielen Beispielen wissen, Schrittmacher Frankreichs auf. Parlamentarier und Minister, selbst der König, hielten Reden, die dem französischen Ausbreitungswerk bewußt oder unbewußt Vorschub leisteten. Die verwelschte Schule und Presse hüteten sich, der Jugend und dem Volke die reine geschichtliche Wahrheit vorzusetzen, da sie doch so wenig mit der landesüblichen Verherrlichung alles Französischen in Einklang stand.

Warum hat ein Mann wie Paul Hymans sein gelehrtes Wissen nicht auch in volkstümliche politische Wirkung umgesetzt? Warum nicht die Macht seiner Persönlichkeit und seiner Partei gegen offensichtliche Irreführung des Landes aufgeboten? Er mußte doch sehen, daß die landläufige Vergötterung der französischen Kultur und Frankreichs die Belgier um das Gleichgewicht ihres politischen Denkens, um ihre Neutralitätsgesinnung brachte und damit die Neutralität des Landes selbst gefährdete, ja durchbrach. Oder fürchtete er das Schicksal jener vlämischen Führer und Schriftsteller, die auch den breiteren Volksschichten das Verhältnis Belgiens zu Frankreich im Lichte der Geschichte zu zeigen suchten und deshalb von der mächtigen Franzosenpartei mit Schimpf überschüttet, ja förmlich in Acht und Bann getan wurden? So, wie Maurits Josson mit seiner wuchtigen historisch-politischen Kampfschrift „Frankrijk der eewenoude Vijand van Vlaanderen en Wallonië“ (Frankreich der uralte Feind von Flandern und Wallonien; Breda 1913)?

Können sich die Verantwortlichen etwa darauf berufen, daß in der dritten Republik das Ideal der natürlichen Grenzen und

die Begier nach dem Besitze Belgiens nicht mehr vorhanden waren? Keineswegs! Bis herauf in die jüngste Vergangenheit sind diese Gedankengänge bei den Franzosen wirksam geblieben und immer wieder hervorgeholt worden. Charles Woeste erkannte die Zeichen der Zeit, wenn er schon 1891 der Befürchtung Ausdruck gab, daß im französischen Revanchegedanken auch die ehemalige, für Belgien so gefährliche Ausbreitungssucht Frankreichs verborgen weiterlebe und eines Tages auch gegen Belgien wieder wirksam werden könnte. (Woeste, La Neutralité Belge; Brüssel 1891.) Die jüngere, unter Baron de Broqueville und Carton de Wiart 1911 zur ministeriellen Macht gelangte Richtung der Regierungspartei ließ Woeste mit solchen Meinungen zum Prediger in der Wüste werden.

Die Tatsachen aber gaben ihm Recht. Schon bald nach dem Frankfurter Frieden glaubte Thiers die elsaß-lothringische Frage lösen zu können, wenn Deutschland einer Einverleibung Belgiens in Frankreich zustimme. „Das ist", so schrieb 1874 das belgische Regierungsblatt, „das Geheimnis des Polichinell". (Echo du Parlament, 4. Juni 1874.) Keine Geringeren als Victor Hugo und Emile Girardin vertraten in derselben Zeit ähnliche Anschauungen. Dieser machte sich folgende Sätze Michelets zu eigen:

> „Belgien ist eine englische Erfindung. Es hat niemals ein Belgien gegeben und es wird es nicht geben. Es hat aber immer die Niederlande gegeben und es wird sie immer geben. Und sie werden immer vielfältig bleiben. Vergeblich hat man ein großes Heer von Beamten angestellt, um jeden Augenblick rufen zu können: Unsere Nationalität! Elsaß, ein kleines Stück Boden, ist groß, heldenhaft, fruchtbar geworden, seit es mit Frankreich vereinigt war. Frankreich hat gut für es gesorgt, besser wie für seine eigenen Kinder. Belgien, viel größer und bedeutender, ist unfruchtbar und wird es bleiben, solange es nicht mit uns vereinigt ist." (Michelet, Histoire de la Revolution Française IV, S. 97.)

Um 1875 tauchten nochmals Thiers Pläne auf, ohne bei Bismarck Entgegenkommen zu finden. Noch zehn Jahre später

glaubte General Zurlinden, der spätere französische Kriegsminister, an die Möglichkeit, Belgien mit Zustimmung der deutschen Regierung unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen, für Frankreich gewinnen zu können. In seiner Schrift „In eroberten Ländern" verfocht 1904 der Deputierte Lepelletier wieder ausführlich diese Vorschläge. Der Kriegsminister Etienne scheute sich nicht, bei der Enthüllung des Denkmals des Revolutions-Generals Hoche im Juni 1906 in Versailles zu sagen:

> „Durch ihn war der Nation die Bürgschaft gegeben, drei Dinge nicht aus dem Auge zu verlieren, um die es der französischen Revolution zu tun war, die Freiheit, die Republik und die Rheingrenze." (Temps, 26. Juni 1906.)

Im gleichen Jahre redete der Advokat Alfons Jouet in der Pariser Grande Revue (August 1906) einer Teilung Belgiens nach den Sprachgrenzen das Wort, wobei die vlämischen Gebiete an Holland, die wallonischen an Frankreich und die deutschsprechenden, sowie Luxemburg, an Deutschland kommen sollten.

Kurz hernach verlangte Albert Croquez in der Revue des Flandres et des Provinces Françaises (November 1906), in dem Organ für vlämisches Leben in Frankreich, daß das französisch-russische Bündnis vollenden müsse, was dem französischen Kaiserreich einstens nicht gelungen war:

> „Die französiche Monarchie hat die Grenzen, die sie sich träumte, nicht erobern können. In Ermangelung eines Besseren und vorläufig gab sie sich zufrieden mit dem Stück einer Provinz (Französisch-Flandern!)... Das Programm von 1789, anstatt unsere französische Politik durch hartnäckiges und vorsichtiges Vordringen an den Rhein fortzusetzen, ließ zu, daß Belgien entstand.... Als unser Bund mit Rußland in vollster Lebenskraft stand, hätte man den Traum von Thiers verwirklichen und das von ihm vorbereitete Rachewerk ausführen sollen."

In einem Lehrbuche der französischen Kriegsschule konnte zu Anfang dieses Jahrhunderts als der Endzweck der französischen Rüstungen die Wiedereroberung des vom deutschen

Erbfeind „geraubten“ linken Rheinufers bezeichnet werden. Im März 1903 ließ Paul Deschanel in einer Rede die Erinnerung an die kriegerischen Taten der Revolution in einer Weise wieder aufleben, daß die Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens nur als Teilziel, die Rheingrenze als Endziel der französischen Politik erschien. Damals, als England noch nicht hinter Frankreich stand, erhob der Temps Einspruch dagegen, daß Deschanel den „eroberungssüchtigen Kosmopolitismus“ der Revolutionszeit als Vorbild hinstellen, den „bedauernswerten Geist“, der die Revolutionsheere auf die Schlachtfelder trieb, wieder entfachen wolle:

„Die Lehre von den natürlichen Grenzen hat uns nach Waterloo, das Nationalitätsprinzip nach Sedan geführt. Wir wissen also, was es kostet, in die Politik geographische Hypothesen und ethnographische Träumereien einzuführen. Das heutige Frankreich ist nicht das Gallien Cäsars.“ (Wiedergegeben aus dem Temps in Kölnische Zeitung, 5. März 1903.)

Wenige Jahre später, als Frankreich die anfeuernde Unterstützung Englands fühlte, mußte eine solche Sprache den neubelebten französischen Hoffnungen bereits veraltet und unzweckmäßig vorkommen. Im politischen Garten des neufranzösischen Imperialismus blühten die alten Ideale wieder auf, die längst verwelkt schienen. Ihnen gibt ein auch in Belgien verbreitetes, 1910 gedrucktes Jugendbuch über die französische Geschichte, das den bezeichnenden Titel „Die Wacht am Rhein“ trägt, folgende neue und merkwürdige Fassung. (Emile Hayem, La Garde au Rhin, Paris 1910; Vorwort):

„Mit den Waffen oder auf friedlichem Wege, im Falle des Sieges oder der Niederlage, immer ist es möglich, daß der Rhein wieder die Grenze Frankreichs wird. Jawohl, sogar im Falle der Niederlage. Machen wir uns das klar! Frankreich, in sich gleichartig und von höherer Kultur, besitzt in der Tat eine mächtige Anziehungskraft, die Deutschland von der Natur versagt ist. Mag sein, daß der Deutsche in Frankreich eindringt. Ein Jahrhundert später wird er Franzose sein: Grăcia captus!

Aber vergessen wir nicht: Das Deutschland des Frankfurter Friedens ist ein Koloß auf tönernen Füßen, der nur durch die Gewalt seiner Waffen aufrechterhalten wird. Aus unterschiedlichen Teilen zusammengesetzt, hat sich die neue Erde nicht genügend mit dem Stein und mit dem Sand verbunden und der Zement ist ausgetrocknet, ohne Bindemittel zu werden. Ja es gibt in diesem Koloß gewisse Bestandteile, die sehr tätig an seiner Zersetzung arbeiten....

Träte Frankreich heute wieder in den ganzen Besitz seines Selbst, seines alten gallischen Erbteils, und wäre es wieder von seinen natürlichen Grenzen umgeben, vom Mittelmeer bis zur Nordsee, dann hätte es auf der Karte Europas wieder den Platz, dann hätte es erreicht, was es beanspruchen kann und muß. Dann könnte es von allgemeiner Abrüstung sprechen und der Welt ein neues Beispiel seiner Hochherzigkeit geben, indem es auf der linken Rheinseite, gegenüber dem Standbilde der Germania, eine symbolische Frauengestalt errichten würde, die den Ölzweig gegen Osten vorstreckt."

Wahrlich, eine rührende Belehrung für die Jugend des — neutralen Belgien! Die gleiche Weisheit bekam sie übrigens auch in zahlreichen belgischen Schulbüchern vorgesetzt. (Vgl. S. 137.)

Der Abbé Fl. de Lannoy hatte also vollkommen Recht, wenn er am 21. Oktober 1913 in einem Vortrage aussprach:

„Wir sehen keineswegs, daß Frankreich für immer seinem Anspruch auf die berühmten natürlichen Grenzen entsagt hat, durch die Belgien, wie überhaupt das ganze alte Gallien, dem französischen Staatsgebiete angegliedert würde. Es ist im Gegenteil eine bezeichnende Tatsache, daß auch heute noch die angesehensten Lehrer der geschichtlichen und politischen Wissenschaften auf den französischen Universitäten ihren Schülern die Rheingrenze als ideale und wünschenswerte Grenze für ein größeres Frankreich darstellen. (Abbé Fl. de Lannoy, La Neutralité Belge est — elle encore utile à la Belgique et à l'Europe? — Brüssel 1913.)

* * *

Das Ideal des jungen französischen Nationalismus, wie er im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege sich entfaltete, ist ein gewaltiges Weltreich von der Nordsee bis zum Äquator, natürlich unter möglichst enger Angliederung der „Ostmarken" bis zum Rhein. Der Kommandant Roumens preist in seinem Buche „L' Imperialisme Français les Chemins de Fer Transafricains" (Paris 1914) mit Denis Cochin den Fürsten Bismarck, weil er Ferry in ferne Kolonialunternehmungen hineingetrieben habe. Hieraus sei, wie auch Etienne Rey darlegt (La Renaissance de l' orgueil français; Paris 1912), seit Tanger und Agadir die Wiedergeburt des öffentlichen Volksgeistes, die neue moralische und nationale Einheit der französischen Nation entstanden. So zwar, daß selbst Jaurès unter die Marokkaner gegangen sei. Diese Entwicklung müsse nun in Europa und im schwarzen Erdteil unter zielbewußter Erziehung der französischen Jugend zum großfranzösischen Gedanken fortgeführt werden, damit Frankreich neben den Briten und Deutschen als Weltvolk wieder zu seiner Bedeutung komme.

Daß diese Ziele nicht ohne Waffengewalt erreichbar waren, verhehlte man sich nicht. Mit dieser Erkenntnis wuchs auch der Revanchegedanke — damit die Gefahr für Belgien.

Gewiß, die verantwortlichen Staatslenker der Republik verschlossen ihre wahre Meinung meist säuberlich auf dem Herzensgrunde. Sie waren zurückhaltender als die englischen Kriegspolitiker, für die nach dem bekannten Worte von Lord Kitchener die Grenze des britischen Reiches in Europa nicht am Ärmelkanal, sondern an der Maas lief. Manche fühlten wohl auch ein ehrliches Grauen vor den möglichen Folgen des wiedererwachten imperialistischen Geistes Jungfrankreichs. Wer aber bezweifelt, daß die Väter diese Wiedergeburt, daß vor allem die Einkreisungspolitiker vom Schlage der Delcassé und Poincaré, bereit waren, die belgische Neutralität und Unabhängigkeit beiseite zu stoßen, wenn es politische Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit geboten?

Was wäre wohl geschehen, wenn die Lage beim Ausbruch des Weltkrieges weniger klar gewesen wäre, als sie im August 1914 und schon vorher war, durch den von der Entente mit Vorbedacht geschaffenen Notstand Deutschlands? Wenn

man etwa in Paris und London sich des belgischen „Schützlings" nicht so sicher fühlte, wie es der Fall war? Wenn die Generalstäbe der Ententemächte nicht bestimmt darauf rechnen konnten, daß Belgien die ihm zugedachte Aufgabe der linken Flügeldeckung Frankreichs auf jeden Fall erfüllen würde, mit oder ohne Neutralität?

Zahlreiche Äußerungen französischer und englischer Politiker und Militärs geben auf diese Fragen eine ebenso unzweifelhafte Antwort, wie die bekannten englisch-belgischen Abmachungen von 1906 und 1912.

Während der erregten Erörterungen über die Befestigung Vlissingens tat der Deputierte Jules Delafosse, dem in der französischen Kammer damals die Berichterstattung über das Auswärtige oblag, im Januar 1911 folgenden Stoßseufzer:

> „Es ist vielleicht ein großes Unglück gewesen, daß die Regierung Louis Philipps nicht sofort nach der Trennung Belgiens von Holland im Jahre 1830 die Gelegenheit ergriff, welche die Belgier selbst darboten. Die Einverleibung Belgiens hätte den Lauf der Geschichte wesentlich zu unseren Gunsten beeinflußt." (Gaulois, 30. Januar 1911.)

Die Pariser Presse hieb damals in die gleiche Kerbe und klagte laut, die Nordgrenze Frankreichs sei „unfertig, unhaltbar und gänzlich ungerechtfertigt." (Autorité, 19. Januar 1911.)

Diese Sprache konnte doch auch in Brüssel nicht mißverstanden werden. Gleichwohl erregte sie hier keinerlei Gegenwirkung. In der Masse der belgischen Bevölkerung herrschte vielmehr dank der französischen „Belehrung" die Meinung vor, die ein eifriger Parteigänger Frankreichs in folgende Worte kleidete:

> „Das Frankreich von heute, bis auf den Grund friedlich und mehr denn je demokratisiert, ist ein Nachbar, von dem Belgien alles zu erwarten und nichts zu fürchten hat." (Gérard Harry in Marches de L'Est, 25. Juni 1909.)

Aber nicht nur das! Wir haben aus mannigfachen Beispielen ersehen, daß weite politische Kreise des Landes, so die Tausende von Franzosenfreunden und große Teile der wallonischen Be-

wegung und der Presse, die Ziele Frankreichs förmlich zu den ihrigen machten. Man erfüllte sich mit dem Geiste Jungfrankreichs. Man dachte und handelte, als ob Belgien nicht neutral, sondern Bundesgenosse der Entente wäre. Auch beim Besuch des Präsidenten Fallières in Brüssel im Mai 1911 kam diese Stimmung in überschwenglichen Huldigungen für Frankreich zum Ausdruck. Dies gab dem Ralliement (28. Mai 1911) Anlaß, mit allem Ernste unter historischen Hinweisen zur Einkehr und Besinnung zu mahnen, nicht ohne daß der Abgeordnete und Franzosenapostel Georges Lorand sofort das Wort zur Verteidigung der damaligen „Franzosentage" ergriffen hätte. Wir haben schon früher gesehen, daß der großfranzösische Gedanke in Belgien umso freier sein Banner entfalten konnte, sei es durch die Amitiés Françaises oder durch die wallonische Bewegung, sei es in der Presse, auf Kongressen und Versammlungen und in der persönlichen Werbetätigkeit, je gespannter die europäische Lage wurde, je stärker sich in Frankreich die nationalistische Strömung entfaltete, je hitziger sich auch jenseits des Kanals die Kriegsstimmung gegen Deutschland hervorwagte.

Ist es nicht bezeichnend, daß die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik anfangs 1913 in der öffentlichen Meinung Belgiens freudigen Widerhall fand, obwohl doch jeder Verständige wissen mußte, daß damit die Gefahr eines europäischen Krieges wieder um ein gutes Stück nähergerückt war?

Sogar das gemäßigte Journal de Liège (19. Januar 1913) gab den Beifall der Belgier kund:

> „Wie man in Brüssel weiß, ist Poincaré der Freund Belgiens. Man weiß auch, daß es ihn freute, als bei uns die Neuorganisation der nationalen Streitkräfte vorgenommen wurde und daß niemals, so lange er Präsident ist, dem Kongo eine Gefahr droht. Seine Wahl zum Präsidenten hat bei uns den wärmsten Beifall hervorgerufen. Dies beweist, daß Belgien, das in Frankreich seinen besten Freund sieht, von allem entzückt ist, was die Macht und das Ansehen Frankreichs in der Welt vermehren kann."

Ja, viele Belgier waren davon so entzückt, daß sie sich sogar an der Geldsammlung beteiligten, welche die Franzosen im Frühjahr 1912 für ihre Luftflotte veranstalteten. In den wallonischen Städten, aber auch in Gent und Antwerpen spendeten besonders die Handels- und Börsenkreise Gaben, in Antwerpen schenkte die Theatervereinigung Gardenia 100 Franken. Ein dortiger Kegelklub hielt im Kaffeehaus des Variététheaters ein Sportsfest ab zu Gunsten des französischen Flugwesens.

Mit Recht zog die Vlaamsche Gazet (16. und 18. März 1912) gegen diesen Unfug vom Leder:

„Was haben wir Belgier mit der Bewaffnung und den Kriegsvorbereitungen des französischen Volkes zu tun? Sind wir denn schon ganz zu einem Departement Frankreichs geworden und ist der Traum der Annexion bereits verwirklicht? Was würde man wohl in Paris sagen, wenn einige von den Pangermanisten, die nur in der Einbildung der Franskiljons vorhanden sind, eine Zeichnung eröffneten, um Deutschland Kanonen zur Beschießung dieser Flugzeuge zu beschaffen?“

Selbst der Brüsseler Berichterstatter der Flandre Libérale ließ seine Landesgenossen hart an:

„Sind wir denn ganz toll geworden? Und genügt es, daß man vor uns das Wörtchen Paris oder Frankreich ausspricht, um uns in Verzückung geraten zu lassen? . . . Muß man wirklich aufmerksam machen, daß diese Flugzeuge eines schönen Tages Befehl bekommen könnten, drohend über belgischem Boden zu schweben? Muß man erst darauf hinweisen, daß wir uns mit dieser Sache nicht nur lächerlich machen, sondern auch gegen die Pflichten unserer Neutralität und die noch strengeren des Anstandes verstoßen? Gewisse Leute gefallen sich darin, Belgien als eine französische Provinz anzusehen und in Tagesblättern, in Zeitschriften wird unablässig gearbeitet, um die franzosenfreundlichen Gefühle zu erhitzen . . .“

Die Republik aber machte von den Gaben aus Belgien ohne viel Federlesens Gebrauch und ließ ein Flugzeug machen, auf dessen Flügeln die Worte standen: „Les Français de Belgique".

„Seit wann gibt es belgische Franzosen?" fragte das Antwerpener Handelsblad (1. Januar 1914.) Wir dachten, die Inschrift habe auf die in Belgien wohnenden wirklichen Franzosen Bezug. Allerdings haben die hiesigen Amitiés Françaises und der Gardenia-Club bei der Sammlung mitgeholfen, ihnen soll vielleicht die Inschrift Vergnügen bereiten."

Die Franzosen bebauten übrigens auch ihrerseits das militärische Feld in Belgien. In ausgiebigster Weise, als ob es sich um ihre eigene Sache handelte, griffen Militärschriftsteller, Politiker und Presse Frankreichs in die jahrelangen hochpolitischen Erörterungen über die belgische Heeresfrage ein. Ihre englischen Freunde halfen getreulich mit, Belgien zu bevormunden. In anderem Zusammenhange wird davon noch näher zu sprechen sein. Hier nur die Feststellung, daß der Bruderbund ehemaliger französischer Soldaten gern Gelegenheiten suchte, um sich mit den Kameraden in Belgien zu verbrüdern. Am 13. April 1913 hielt er z. B. in Brüssel ein „patriotisches Fest" ab, wobei der französische Gesandte Klobukowsky in andeutungsvollen Wendungen von der heiligen und schmerzensreichen Zeit von 1870 sprach und von der Wiederaufrichtung des großen französischen Vaterlandes durch gemeinsame Arbeit aller seiner Söhne. Auch die anwesenden Belgier quittierten mit brausenden Hochrufen auf Frankreich und mit dem Absingen der Marsaillaise. (Echo de Paris, 14. April 1913.)

Angesichts solcher Erscheinungen und der Art, wie die belgische Regierung ihre große Militärvorlage von 1913 vorbereitete und durchführte, konnte man in Frankreich und England allerdings mit offener oder schlecht verhehlter Freude vom „Erwachen des belgischen Löwen" reden oder vom Aufkommen eines „neuen Geistes" in Belgien. War dies alles doch nur der Widerschein der neuaufgegangenen Sonne Frankreichs.

In seiner jüngsten nationalistischen Ausprägung war der „französische Gedanke" solchermaßen in Belgien eine mit-

bestimmende politische Macht geworden, begünstigt und gefördert durch schuldhafte Unterlassungen und verderbliche Beihilfe der Belgier selber. Darin drückt sich eine Haupt- und Todsünde der Brüsseler Machthaber aus, für deren Folgen das Land nachher im Fegefeuer des Krieges büßen mußte.

Wirtschaftliche Angliederung.

Die Franzosen suchten ihr Ziel in Belgien natürlich auch mit wirtschaftlichen Mitteln zu erreichen. Der neugegründete belgische Staat stand noch nicht fest auf den Beinen, da sollte er schon durch eine Zollgemeinschaft an Frankreich gekettet werden. Durch die Trennung von Holland hatte er den freien Ausgang ins Meer auf der Scheldemündung und die bisherigen überseeischen Absatzmärkte vorerst eingebüßt. Unter Ausnützung dieser schlimmen Lage wollte Frankreich das Land sich wirtschaftlich angliedern. Das Vorbild des 1834 entstandenen deutschen Zollvereins war zu verlockend. Ein Zollbund wäre nichts anderes gewesen als die Vorbereitung der politischen Einverleibung. Belgien war ja ohnehin nur eine „Fortsetzung Frankreichs". (Léon Faucher in der Emancipation, 4. November 1843.) Da Metternich und Palmerston 1842 mit Krieg drohten, mußte die Pariser Staatskunst von ihrem Opfer zunächst ablassen. Das zweite Kaiserreich nahm den Versuch der wirtschaftlichen Umstrickung mit anderen Mitteln wieder auf. 1869 verhinderte die Geschicklichkeit des leitenden belgischen Staatsmannes Frère-Orban unter Beihilfe der Großmächte den von Napoleon III. geplanten Aufkauf südbelgischer Eisenbahnlinien durch die französische Ostbahn und bewahrte dadurch sein Land vor einer wirtschaftlichen Zwangsgemeinschaft mit dem südwestlichen Nachbarn. Daß es auch hierbei um die Unabhängigkeit Belgiens ging, zeigen die gleichzeitigen geheimen militärischen Weisungen Napoleons an den Marschall Niel, seine Kriegspläne auf eine Wegnahme des Landes einzurichten. Denn dies öffne die Tore

Deutschlands zum Vorstoß über den Niederrhein. Napoleon III. selbst meinte am 3 April 1869 zu Frère-Orban, dem belgischen Abgesandten:

„Man hat Ludwig Philipp immer einen Vorwurf daraus gemacht, daß er Belgien nicht Frankreich einverleibt hat. Das Mißvergnügen darüber ist noch nicht verschwunden. Wohlan, wir müssen dafür sorgen, daß die Scheidemauer zwischen beiden Ländern so abgetragen wird, daß niemand mehr an Einverleibung zu denken braucht."

Der Öffentlichkeit erklärte der Pariser amtliche Moniteur (11. März 1869), daß nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachkundigen der Durchmarsch einer französischen Armee durch Belgien sich sehr wohl mit der Neutralität vertrage. Jeder neutrale Staat könne einem fremden Heere einen solchen Durchzug gestatten. (Paul Hymans; Frère-Orban, II, 206.)

Noch 1881 lebte Frère-Orban in der Besorgnis, die Franzosen könnten ihre wirtschaftlichen Fesselungsversuche erneuern und mit der Zeit Erfolg haben. Darum wollte er sein Land vor der gefährlichen Nachbarschaft im Südwesten sicherstellen durch eine zollpolitische Anlehnung im Norden an Holland. Seine Bemühungen haben das Ziel nicht erreicht.

Ein Teil seiner Landsleute betrieb in der Folge wieder die wirtschaftliche Annäherung an Frankreich. Die berechtigte Mißstimmung über die harte Behandlung Belgiens durch die französische Zollpolitik, zuletzt noch im Tarif von 1910, störte die gegenseitige Zuneigung nur zeitweilig. Hüben wie drüben traf man Anstalten, um sich näher zu rücken.

Die französische Regierung selbst half mit amtlichen Verkehrsbureaus und mit einem im Mai 1913 errichteten Schiffahrtsbureau. Diesem oblag besonders die Förderung des französischen Ausfuhrgeschäfts nach und über Belgien. Der Leiter dieser amtlichen Anstalt verkündete in der Action Economique:

„Die Belgier nach Frankreich zu ziehen, Franzosen nach Belgien zu bringen, dies ist das Programm, das ich mir vorgenommen habe. Ich hoffe damit in meiner Weise beizu-

tragen, daß das Freundschaftsverhältnis unserer beiden Länder immer enger werde.“ (Métropole, 9. Mai 1913.)

So kam man sich näher, obgleich die Volkswirtschaften beider Länder, auf verschiedenen Grundlagen aufgebaut, sich in vielen Stücken entgegenstanden. (Vgl. Robert, Le Commerce franco-belge et sa signification soçiale; Paris 1905.) Hinter den wirtschaftlichen Annäherungsversuchen staken eben politische Absichten.

Auf wallonischen Kongressen tauchte auch der Gedanke einer Verkehrs- und Zollgemeinschaft wieder auf. So 1905 in Lüttich, wo Graf Albert du Bois in einem Vortrag die Fühler ausstreckte. Was er meinte, geht deutlich genug aus seinem ebenfalls 1905 in Paris erschienenen Buch La Rëpublique impériale hervor: Die Republik muß die alte französische Staatskunst der Ausbreitung vorerst auf wirtschaftlichem Gebiete wieder aufnehmen und auf dieser Grundlage zu einer wirklichen Weltmacht neben Briten und Deutschen heranwachsen. Dazu gehört, daß vor allem die „französischen Niederlande“ auf eine gemeinsame ökonomische Grundlage mit der Republik gestellt werden. Schaltet den Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen aus und ihr werdet vor allem die ihrem Erwerbstriebe folgenden Massen fest aneinanderbinden! Dann wird Großfrankreich auch Belgien wirklich umfassen. Also die alte Weisheit aus Guizots und Napoleons III. Zeiten, wieder aufgenommen von einem Wallonen, zugunsten des neufranzösischen Imperialismus!

Wenn du Bois auch damals von den amtlichen Kreisen abgelehnt wurde, die Saat, die er streute, fiel doch auf fruchtbaren Boden und ging auf. Das zeigte sich besonders auch nach Kriegsausbruch, als die Bahn für große Pläne frei geworden war. An der jetzigen Erörterung und an den Vorbereitungen für einen künftigen frankobelgischen Wirtschaftsbund beteiligen sich nicht nur führende Zeitungen, sondern auch hervorragende Vertreter der beiderseitigen Staatsgewalten, Parlamentarier und Minister. Der französische Kammerpräsident Paul Deschanel gehört ebenso zu den Vorkämpfern wie der belgische Justizminister Carton de Wiart, der Freund des Ministerpräsidenten in Le Havre. Als ständigen Vermittler und Ratgeber haben die Pariser Machthaber

der belgischen Regierung in Le Havre Henry Charriaut beigegeben, den Verfasser des uns schon bekannten, von der Pariser Akademie preisgekrönten Buches über Belgien. Man braucht jetzt auch Englands Widerspruch nicht mehr zu befürchten, den Du Bois 1905 noch als das größte Hindernis ansah und als den Ausfluß englischer Habgier brandmarkte.

* * *

Es wäre genauester Untersuchung wert, wie weit die wirtschaftliche Verknüpfung Belgiens mit Frankreich und England gediehen war, als der Weltkrieg ausbrach. Um das Dunkel aufzuhellen, das über vielen dieser Beziehungen schwebt, genügt es allerdings nicht, die bekannten Zahlen der amtlichen Wirtschaftsstatistiken beider Länder vorzunehmen und damit lehrreiche Vergleiche anzustellen. Man müßte schon tiefer in die verzweigten und oft im verborgenen gebliebenen Gänge dieses Verkehrs eindringen. Man denke zum Beispiel an die Brüsseler Börse. Sie stand im Rufe, eine Zweiganstalt von Paris zu sein. Auf beiden Plätzen waren vielfach die gleichen Interessengruppen tätig, wurden die gleichen Werte umgesetzt, in engem gegenseitigen Austausch. Die großen Pariser Finanzinstitute übten seit langem mit Zweiggesellschaften in Brüssel und anderen Städten auf den Markt einen bestimmenden Einfluß aus.

Ähnliche Verbindungen bestanden auch mit London. Die belgische Finanzwelt ahmte in großem Umfange das Beispiel des „königlichen Kaufmanns" Leopold II. nach, der seine Spekulationsgeschäfte jenseits des Kanals besorgen ließ. Der Terminmarkt des Brüsseler Platzes trug größtenteils französisches und englisches Gepräge. Die mächtige Empaingruppe verfolgte trotz ihrer belgischen Unternehmungen vorwiegend französische Interessen und wählte auch dementsprechende Wege für ihre Gründungen. Eine zweite, sogenannte kanadische Gruppe handelte vornehmlich Wertpapiere, die in London notiert wurden.

Über ihrer nach dem Auslande hinneigenden Geschäftsgebarung versäumten die belgische Finanzwelt und der Staat die dringlichen Aufgaben einer gesunden heimischen Währungspolitik und vermochten sich auch nicht zu einer gründlichen Abhilfe

gegen die bekannte Abwanderung der Fünf-Frankenstücke nach Frankreich aufzuraffen. Von der „Entnationalisierung“ des belgischen Kapitals durch seine ins Ungemessene getriebene Beteiligung an ausländischen Unternehmungen hatte das vlämische Volk erheblichen Nachteil. Die wirtschaftliche Vernachlässigung und die soziale Rückständigkeit der vlämischen Provinzen hängt mit dem Kapitalsentzug zusammen, wie Lodewijk de Raet dargetan hat. (Over Vlaamsche Volkskracht, Brüssel 1912.)

Auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete war der Streit zwischen den vlämischen und den wallonischen Interessen längst entbrannt. Er drehte sich besonders auch um den Ausbau des Eisenbahn- und Kanalnetzes. Jahrzehntelang hintertrieben die einflußreichen Kreise des südbelgischen Industriegebietes zum Beispiel den Bau einer direkten Bahnlinie Aachen-Antwerpen über Tongeren, wie sie jetzt während des Krieges von deutscher Seite ausgeführt worden ist. Louis de Villers bekennt im Eclair vom 3. Januar 1917, Welschbelgien habe durch seinen Widerstand gegen diese Eisenbahnverbindung „für Frankreich mehr geleistet als in den heroischen Augusttagen des Jahres 1914.“ Andererseits setzte sich Wallonien für die Kanalisierung der unteren Maas ein, ohne Rücksicht auf Antwerpen. (Les Marches de L'Est, 1913/14. Nr. 3 — Seite 342 ff.)

Seitdem 1901 im Kempenlande, einem vor den Toren Antwerpens gelegenen Landstriche der Provinzen Limburg und Antwerpen, reiche Kohlenvorkommen entdeckt wurden, lebten bei den Vlamen frische Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erneuerung auf. Lodewijk de Raet, der als Abteilungsleiter im Ministerium für Industrie und Arbeit die Sachlage genau kannte, sah in der Entdeckung der Kohlenflöze das wichtigste geschichtliche Ereignis für das vlämische Volk seit 1830. Unermüdlich legte er die Möglichkeit dar, in diesem dünnbevölkerten Heidelande durch eine großartige vlämische Kolonisation eine blühende bodenständige Industrie zu schaffen. (Vlaamsch België sedert 1830; 6. Teil, 1912. — Seite 74 ff.)

Aber auch hier vertrat das Franzosentum den Vlamen den Weg zu neuem Emporkommen. Wallonische und französische Industriemagnaten, Kapitalsgenossenschaften und Banken wußten

sich die Abbaumöglichkeiten unter stiller Beihilfe der belgischen Regierung in größtem Umfange zu sichern. Die Hauptanteile der ersten Konzession, die erteilt wurde, waren z. B. im Besitz von Raoul Warocqué, des Herrn von Mariemont und freigebigen Gönners der Amitiés Françaises. Die Coquerillwerke haben sich ebenfalls reichlich versehen, aber auch Schneider-Creusot, der französische Krupp.

Wenn diese Kapitalsmächte, wie es immer wahrscheinlicher wurde, die Vorherrschaft im Kempenland bekamen, so war das vlämische Volkstum inmitten seines ureigenen Gebietes auf das allerschwerste bedroht. Denn die dünne und arme Bevölkerung der Kempen könnte der sicher kommenden welschen Einwanderung nicht ebenso standhalten, wie etwa die dichten und zäh zusammenhängenden Massen in den stark bevölkerten Gebieten Flanderns.

> „Die Gefahr ist nicht gering", schrieb de Raet. „Leisten die Vlamen hier keinen Widerstand, dann wird durch die ökonomische Entwicklung, zu deren Herren sich der vlämische Stamm selber machen müßte, die Verschiebung der Sprachgrenze und der Verlust zweier vlämischer Provinzen besiegelt. Nehmen die Dinge ihren Lauf, dann wuchert das Welschtum binnen dreißig bis vierzig Jahren vor den Toren Antwerpens".

Man versteht, daß die Vlamen in den letzten Jahren vor dem Kriege mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine bessere technische Ausbildung ihres Nachwuchses durch Schaffung einer eigenen Hochschule und hinreichender Fachschulen erstrebten, daß sie auch sonst daran gingen, ihre Kräfte zu sammeln, um ihren Heimatboden für sich zu retten.

* * *

An Macht und Bedeutung überstieg der finanzielle Einfluß der Ententeländer den industriellen und kaufmännischen Deutschlands, trotz Antwerpen! Er setzte sich vor allem auch in politische Wirkung um, dank der Willenskraft und der Geschicklichkeit der französischen und englischen Propaganda. Paul Hymans hat

dies ausdrücklich bezeugt (S. 90). Während die französische Handelskammer in Brüssel auch in dieser Richtung ausgiebig wirkte, stellte die deutsche Handelskammer, die in der Hauptstadt ein Jahrzehnt bestand, 1903 auch ihre rein wirtschaftliche Tätigkeit aus Mangel an Mitteln ein.

Selbstverständlich lag der Nachrichtendienst des belgischen Geld- und Industriemarktes in den Händen von Havas und Reuter. Die belgische Finanzpresse stellte sich in den Dienst von Paris und London und trug vielfach eine ausgeprägt deutschfeindliche Haltung zur Schau. In dem gehässigen Kampfe gegen das wirtschaftliche Vordringen der Deutschen in Belgien stand sie mit in erster Reihe.

Die geschilderte Einseitigkeit des belgischen Geld- und Wirtschaftsmarktes wirkte stark zurück auf Staat und Gesellschaft. Durch diese Sachlage ward es wesentlich erleichtert, den vermöglichen und einflußreichsten Schichten eine kritiklose Vorliebe für Frankreich einzuimpfen oder sie darin zu bestärken, ferner ihnen das Urteil über Deutschland zu trüben und Belgien aus dem Gleichgewichte seiner Neutralität herauszudrängen.

Zwischen Dreibund und Dreiverband.

Die Einkreisungspolitik und die belgischen Gesandten.

Als 1890 die russisch-französische Annäherung begann, schrieb Emile Banning, der bekannte vertraute Ratgeber König Leopolds II., ein kluger Kopf von gründlicher historisch-politischer Bildung, seine Auffassung über den werdenden Zweibund nieder. Er hielt diese Verbindung schroffster Gegensätzlichkeiten für eine höchst beunruhigende Erscheinung und machte die feine Bemerkung, daß beide Völker darin eigentlich nur ihre Untugenden vereinten. Nehme die Annäherung feste Bündnisformen an, so könne das nur eine Verschwörung gegen die Kultur bedeuten und ihr Sieg müßte Europa der Barbarei überliefern.

„Dreifache Leidenschaft hat diese Heirat zustande gebracht: Der Geist der Überhebung, der Geist der Rachsucht, der Geist der Eroberungssucht. Panslawisten von Petersburg und Moskau geben den französischen Chauvinisten nichts nach an krankhaftem Ehrgeiz, an Eigendünkel und Mißachtung anderer Völker. Der Berliner Vertrag hat drüben ebenso eine Wunde geschlagen, wie der Vertrag von Frankfurt herüben. Frankreich träumt nicht allein von der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, sondern von der Eroberung der Rheingrenze . . . Und wo hat die russische Herrschsucht ihre Grenze? Rußland, dem im eigenen Lande noch alles zu tun übrigbleibt, in Verwaltung, Gericht, Finanzen, öffentlichem Unterricht, Gefängniswesen, in Industrie, im Verkehr, im Gesundheitswesen usw. hat sein Auge unverrückbar auf Bulgarien, Konstantinopel, Persien, Indien geheftet. Das sind die Begierden und die Hirngespinste, die Europa in eine erdrückende Rüstung hineinzwingen." (Banning, Reflexions morales et politiques. Brüssel 1899. — Seite 82.)

Banning hat richtig vorausgesehen. Aus dem Zweibunde ward seit 1904 der Dreiverband, der das Weltgewitter herauf-

beschwor. Auch die leitenden Kreise in Belgien sahen die Wetterzeichen im Südwesten und jenseits des Kanals aufleuchten und waren sich der Bedeutung dieser Erscheinungen bewußt. Gleichwohl handelten sie, als ob der europäische Sturm von Osten drohe und bestärkten ihr Land in diesem allgemein verbreiteten Irrglauben.

Zuweilen wurde allerdings auch aus den Reihen der Franzosenfreunde ein Geständnis der Wahrheit laut. Die Belgique artistique et litéraire (1911, Oktoberheft) hielt im Herbst 1911 den Krieg für nahe bevorstehend, nicht etwa nur wegen der angeblich in Deutschland vorhandenen Kriegspartei, sondern weil England die deutsche Flotte vernichten wolle, ehe sie zu einer Gefahr für die britische Seeherrschaft werden könne und weil man in Frankreich zwar nicht viel von Elsaß-Lothringen rede, aber immer daran denke. Wenn auch das französische Volk trotz der Reibungen, die seine Kolonialpolitik immer wieder im Gefolge haben müsse, sich ruhig halte, so erwarte doch die bewundernswürdig schlagfertige französische Armee an der Ostgrenze mit Ungeduld den Augenblick, wo sie sich auf den Erbfeind stürzen könne.

Die englisch-französische Verständigung berge eine Menge von bedrohlichen und unvorhergesehenen Ereignissen im Schoße, „weil sie einen allgemeinen europäischen Brand entfachen will".

Bei den Kammerdebatten über die belgische Wehrvorlage betonte Paul Hymans am 27. Februar 1913 die in Frankreich seit einem Jahrzehnt zutage getretene bedenkliche Wandlung der politischen Denkweise:

> „Der kriegerische Geist ist wieder erwacht, das französische Heer erneuert. Das neue Geschlecht gleicht sehr wenig dem vorangegangenen, das in den Schmerzen der Niederlage geboren, zweifelnd, ernüchtert, schwarzseherisch war. Das heutige ist abenteuerlustig, unternehmend, geschwellt von Tatenlust und Tatenkraft. Agadir durchzuckte es wie ein elektrischer Schlag. Man hat den Eindruck, daß die geringste Erschütterung einen ungeheuren Ausbruch verursachen könnte." (Hymans, Portraits et Discours. Brüssel 1914. — Seite 544.)

Trotz dieser auch bei der Regierung vorhandenen Erkenntnis kehrte man die Schneide der neuen belgischen Wehr von 1913 gegen Deutschland, wie wir später noch sehen werden.

Während in der welschbelgischen Presse unaufhörlich der östliche Nachbar als Störenfried verschrieen wurde, empfing die Brüsseler Regierung von ihren Gesandten aus Paris, London, Berlin und Petersburg einen Geheimbericht über den anderen, worin die vom Dreiverbande gegen Deutschland betriebene Einkreisungspolitik von Ereignis zu Ereignis verfolgt und mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit als schwerste Gefahr für den europäischen Frieden gekennzeichnet wurde. Diese in Brüssel aufgefundenen, von der deutschen Reichsleitung veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte aus den Jahren 1905 bis 1914 bilden eine zerschmetternde Anklage gegen die Entente[1]). Durch sie werden aber auch jene belgischen Regierungsmänner aufs schwerste belastet, die diese ausgezeichneten Aufklärungen ungenutzt beiseite schoben, weil sie nicht in ihre politische Zielrichtung paßten.

Die Berichte erhellen die Vorgeschichte des Krieges bis in verborgene Tiefen hinein. Übereinstimmend warnen die Gesandten — jeder von seiner besonderen Warte in Paris, London, Berlin aus — ihre Regierung immer wieder vor den gewalttätigen Absichten des Dreiverbandes; immer wieder heben sie den von Deutschland geführten Dreibund als die beste Bürgschaft des europäischen Friedens und der Sicherheit Belgiens hervor.

Man muß diese Zeugnisse, die aus unmittelbarem Miterleben, aus regster Anteilnahme an den Geschehnissen und aus nächster Beobachtung heraus entstanden, im Zusammenhange lesen. Hier

[1]) Es war mir vergönnt, unter den in Brüsseler Ministerialgebäuden zurückgebliebenen, zerstreuten und in gänzliche Unordnung geratenen Aktenmassen der belgischen Ministerien umfangreiche Bestände des Ministeriums des Auswärtigen, des Kriegsministeriums und des Generalstabs aufzufinden und sie gemäß dem Befehle des Generalgouverneurs Freiherrn von Bissing wieder zusammen zu bringen. Die Durchforschung des Legationsarchivs ergab u. a. die im August 1915 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Gesandschaftsberichte.

mögen einige Hinweise genügen, um den erstaunlichen Gegensatz zu zeigen, in dem diese Urteile sachkundiger und wirklich neutraler Beobachter zu den in Belgien gezüchteten landläufigen Meinungen und der hiervon getragenen Politik der Regierung standen, besonders auch, soweit es sich um Frankreich handelt.

Schon 1905 erkannte Baron Greindl, der Gesandte in Berlin, daß Delcassé durch Eduard VII. in eine Kriegspolitik hineingetrieben wurde. Auch jene „sonderbaren Schritte", die der englische Militärattaché Barnardiston in Brüssel im Frühjahr 1906 bei dem belgischen Generalstabschef Ducarne unternahm, also die von der deutschen Regierung ebenfalls veröffentlichten englisch-belgischen Abmachungen (Conventions Anglo-Belges), schätzt er als Ausfluß der friedensgefährlichen Absichten Englands ein.

Von klassischer Klarheit und Schärfe ist das Urteil, das Greindl am 30. Mai 1908 aus Anlaß der damals bevorstehenden Zusammenkunft in Reval fällte:

„Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten recht wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolge, nur in dem Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne plausiblen Vorwand, die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben; oder die, wie Frankreich, gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel als die Übertragung der Rechte Englands, die dieses selbst nicht besaß. Es sind dieselben Mächte, die im Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten, die kaum ihren Raubkrieg gegen Spanien hinter sich haben, im Haag als Ultrapazifisten aufgetreten sind.

Der Dreibund hat während dreißig Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter der Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des Status quo anstreben, und zwar in so hohem Grade, daß sie Gefühle jahrhundertelangen

Hasses zum Schweigen gebracht haben, um diesen Wunsch verwirklichen zu können."

Der Gesandte Leghait in Paris macht unterm 10. Februar 1907 darauf aufmerksam, daß Deutschland durch die englische Politik umklammert werden solle und daß die Franzosen bei diesem gefährlichen Spiel mithielten. Er sieht, daß Frankreich von den Briten umgarnt wird, ohne Garantien zu haben, daß es nicht eines schönen Tages ihr Opfer sein werde (17. Juni 1907).

Baron Greindl weiß, daß eine dauernde Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland die Ausschaltung des Revanchegedankens zur Voraussetzung hätte. Allein „es gibt selbst unter den vernünftigsten und friedfertigsten Franzosen niemand, der nicht im Grunde seines Herzens die Hoffnung darauf bewahrte". (1. Juli 1907.)

Frankreich ist überhaupt auf dem Wege zu den bedenklichen Überlieferungen des zweiten Kaiserreiches zurückzukehren. Die rücksichtslose und vertragswidrige Art, mit der es sich in der Marokkosache über die Vereinbarungen der Algecirasakte hinwegsetzt, zeigt dies deutlich an:

„Die französische Anmaßung wird wieder ebenso groß, wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs und die Entente Cordiale ist daran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zu London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht ferngestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen . . ."

„. . . Aber hinter den getroffenen oder bevorstehenden Abmachungen kommt immer wieder der Haß gegen Deutschland zum Vorschein, der in Paris durch die stets lebendige Erinnerung an die Demütigung von 1870, in London durch die Eifersucht auf die Entwicklung von Deutschlands Handel, Industrie und Flotte und in St. Petersburg durch nichts anderes wachgehalten wird, als etwa durch Vorurteile und den maßlosen slawischen Stolz, der sich bei dem Vergleich zwischen deutscher Zivilisation und moskowitischer Barbarei verletzt fühlt." (28. März 1907.)

Eine deutschfeindliche Hetzrede Delcassés in der Pariser Deputiertenkammer begleitet G r e i n d l am 27. Januar 1908 mit folgenden Bemerkungen:

„Wo hat Herr Delcassé je gesehen, daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir sind seine nächsten Nachbarn und seit zwanzig Jahren habe ich bei der kaiserlichen Regierung nicht die geringste Neigung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünschte nur, daß andere Großmächte sich der gleichen Rücksicht befleißigt hätten . . ."

„. . Wann ist denn die Ruhe in Europa bedroht gewesen, außer durch den französischen Revanchegedanken . .?"

„Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwande führt, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns (Belgien) in erster Linie bedrohlich ist."

Während der zweiten Marokkokrisis erwacht in Belgien der von den Franzosen und Engländern so freudig begrüßte sogenannte „neue Geist". Das heißt, die große Mehrheit der Bevölkerung samt ihren politischen Führern nimmt Partei für Frankreich. Man findet den Einmarsch der Franzosen in Fez in der Ordnung und entrüstet sich über die Landung des „Panther" in Agadir. Verantwortliche Kreise benutzen die von der Franzosenpartei eifrig genährte deutschfeindliche Strömung, um die Frage der Heeresreform wieder aufzuwerfen und die von der angeblichen deutschen Gefahr erschreckten Belgier zu Militaristen zu machen.

Zu gleicher Zeit hallt das Land wider von dem ungeheuren Lärm über die von Holland geplante Neubefestigung von Vlissingen, die in der ganzen Welt als deutsche Mache hingestellt wird. Die belgische Neutralität und das Dasein Hollands werden für bedroht erklärt.

Was sagen aber die Gesandten? Ihre Berichte decken auf, daß die Drahtzieher dieses Spieles in der Londoner und Pariser Regierung saßen. Sie urteilen, daß beim Marokkohandel

das Recht weit mehr auf deutscher als auf französischer Seite liege; daß durch die Besetzung von Fez der Geist der Algecirasakte offenkundig verletzt sei; daß hierdurch das Gleichgewicht gestört sei und daß Deutschland deshalb mit Recht einen Ausgleich fordern könne (Bericht von Baron Guillaume vom 2. Juli 1911 aus Paris).

Während die welschbelgische Presse Deutschland um die Wette verleumden hilft und die scheinheilige Friedensheuchelei der Entente für den lautersten Ausdruck wahrhafter Menschheitsliebe ausgibt, erhält die Brüsseler Regierung von ihren Gesandten folgende Unzweideutigkeiten mitgeteilt:

Von Baron Guillaume am 28. Juli 1911 aus Paris:

„Im allgemeinen habe ich ein geringes Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens, das nicht ungern sieht, wenn die anderen sich gegenseitig verschlingen."

Von Baron Greindl am 6. Dezember 1911 aus Berlin:

„Sir Edward Grey erklärte, daß zwischen England und Frankreich außer dem veröffentlichten Vertrag kein Geheimvertrag bestehe. Ich ziehe seine Aufrichtigkeit nicht in Zweifel; aber es ist nichtsdestoweniger wahr, daß mit oder ohne schriftliche oder mündliche Verpflichtung jedermann in England oder in Frankreich die Entente Cordiale als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland ansieht. Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die Entente Cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich. Wenn sie in Paris anders aufgefaßt worden wäre, so würde sie dort nicht als so hervorragender diplomatischer Erfolg aufgenommen worden sein, daß dadurch sogar die Demütigung von Faschoda ausgelöst worden ist. Die Entente Cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit 7 Jahren befindet."

„Bis auf weiteres muß man demnach als feststehend ansehen, daß man sich in London mit dem Plane befaßt hat,

Frankreich in einem Kriege mit Deutschland durch die Landung eines Korps von 150 000 Engländern zu Hilfe zu kommen. Hierin liegt nichts Überraschendes. Es ist nur die Fortsetzung der eigenartigen Vorschläge, die dem General Ducarne vor einigen Jahren von dem Obersten Barnardiston gemacht worden sind, ebenso wie die Fortsetzung der Vlissinger Intrige . . . . .“

. . . „Hieß es nicht etwa, sich ein Vetorecht gegen Deutschlands Unternehmungen anmaßen, als man Zeter und Mordio schrie, weil ein deutscher Kreuzer auf der Reede von Agadir Anker warf, während England, ohne mit der Wimper zu zucken, die fortschreitende Eroberung marokkanischen Gebietes durch Frankreich und Spanien unter Vernichtung der Unabhängigkeit des Sultans mit angesehen hatte? . . .“

Graf L a l a i n g bestätigt in seinem Londoner Bericht vom 18. November 1911, daß England während des marokkanischen Handels militärische Maßnahmen getroffen und sein Nordseegeschwader in Kriegsbereitschaft gesetzt hatte.

Das Emporkommen Poincarés und seine Wahl zum Präsidenten, die in Belgien vielfach freudige Gefühle auslöst, erfüllen den Pariser Gesandten Baron G u i l l a u m e mit größter Besorgnis. Er erblickt darin ein mächtiges Anschwellen des Chauvinismus. Herr Poincaré, der keine Gelegenheit vorübergehen lasse, sich als Lothringer in Erinnerung zu bringen, „war der Mitarbeiter und Anstifter der militaristischen Politik Millerands“ (14. Februar 1913). Mit Delcassé und ihren anderen Freunden haben diese beiden „die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt“, die „eine Gefahr für Europa und für Belgien“ ist. (16. Januar 1914.) Sie predigen unablässig die politische und militärische Wiederaufrichtung Frankreichs im Verein mit der Schaffung engerer Beziehungen zu Rußland.

In seinem Bericht vom 8. Mai 1914 spricht Baron Guillaume noch deutlicher:

„Unstreitig ist das französische Volk in den letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Die-

selben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, die vor zwei Jahren sehr lebhafte Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, schlagen jetzt einen anderen Ton an. Sie versichern, des Sieges gewiß zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigens wirklich vorhandenen Fortschritten, die die französische Armee gemacht hat und behaupten, sicher zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu lassen, mobil zu machen, Truppen zusammenzuziehen und sich auf seinen westlichen Nachbarn zu stürzen."

Rückhaltlos brandmarken die Gesandten das völkerverhetzende Treiben der Ententepresse. Sie machen auf deren riesige Anstrengungen aufmerksam, einen friedlichen Ausgang des Marokkohandels zu hintertreiben. Am 28. März 1907 spricht Greindl von einem „Verleumdungsfeldzug", den man seit Jahren in den Zeitungen von Paris, London und Petersburg gegen Deutschland führe und bei dem sich der Temps, das halbamtliche Organ des Pariser Ministeriums des Auswärtigen besonders hervorgetan habe. Graf Lalaing entrüstet sich in einem Londoner Bericht vom 24. Mai 1907 über die Gewissenlosigkeit der gelben Presse des Lord Northcliffe:

„Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und viel gelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinungen eines ganzen Volkes."

Greindl betont ausdrücklich, es sei keineswegs nur diese billige, sondern auch die große Presse, die sich zu einer solchen Rolle erniedrige:

„Die Times führt seit Jahren einen Verleumdungs- und Lügenfeldzug. Ihr Berliner Korrespondent, der doch jede Gelegenheit hat, sich gut zu unterrichten, schürt den Haß der Engländer gegen die Deutschen dadurch, daß er der Kaiserl. Regierung ehrgeizige Pläne unterschiebt, deren Torheit augenfällig ist, und ihr allerlei dunkle Machenschaften vorwirft, an die sie niemals gedacht hat." (8. Juni 1907.)

So die belgischen Gesandten. Ihre Regierung in Brüssel aber rührte kaum einen Finger dagegen, daß auch die öffentliche Meinung Belgiens durch den Einfluß der Dreiverbandspresse verseucht wurde.

* * *

Es ist begreiflich, daß die Staatsleitungen der Entente bis heute nicht wagen, diese Zeugnisse ihrer Schuld den eigenen Völkern frei zugänglich zu machen, sondern die Verbreitung unterbinden. Da ihre Presse die anfangs versuchte Lüge, es handle sich um Fälschungen, doch als zu ungeheuerlich empfand, half sie sich mit nichtssagenden Redensarten über die Tatsache der Enthüllungen hinweg und schwieg den Inhalt im übrigen tot. Die Times (9. August 1915) glaubt genug getan zu haben, wenn sie die darin enthaltenen „Unfreundlichkeiten" gegen England als Beweis hinstellt, daß die Belgier vor dem Krieg ihre Neutralität nach allen Seiten gewahrt hätten. Das Blatt hätte Recht, wenn die Machthaber in Brüssel die Berichte ihrer Diplomaten zur Richtschnur für die belgische Politik genommen hätten. Sie taten es nicht, sonst wären sie nicht ins Lager der Entente geraten!

Der schwache Versuch der belgischen Regierung in Le Havre, mit einigen unklaren Bemerkungen sich aus der Verlegenheit zu ziehen, sah nach nichts weniger als nach befreiender Abwehr aus. Am meisten bloßgestellt sind die belgischen Franzosenfreunde. Ihr jahrelanges heißes Bemühen, Belgien in die Arme Frankreichs und Englands zu treiben, erscheint im Lichte der Gesandtschaftsberichte teils als ein verhängnisvoller und folgenschwerer Irrtum, teils als ein gegen das eigene Vaterland gerichtetes leichtfertiges, wenn nicht verbrecherisches Beginnen.

Der Abgeordnete Georges Lorand, der auch nach Kriegsausbruch seine frühere Tätigkeit als Werber für Frankreich fortsetzte, indem er im Verein mit Jules Destrée die Italiener und die Rumänen in den Krieg hineinhetzen half, wollte im Mailänder Secolo die Gesandtenberichte mit folgender kindlichen Ausrede abtun:

„Alle diese Vertreter Belgiens haben tatsächlich deutsche Politik gemacht. Sie schrieben ihrer Regierung, daß sie Ver-

trauen in die Rechtlichkeit und Friedlichkeit der deutschen Politik hätten und Frankreich und England mißtrauten. Das war ganz natürlich. Denn diese Vertreter der klerikalen Regierung waren alte aristokratische und klerikale Diplomaten."

Lorand hat offenbar hauptsächlich den Baron Greindl im Auge. Auch die Times versuchte die staatsmännisch klaren Urteile Greindls zu entkräften, indem sie ihn als einen von deutschen Einflüssen beherrschten „Anglophoben" hinstellte. Derartige verleumderische Täuschungsversuche sind auf ein Publikum berechnet, dem die Kenntnis der Berichte vorenthalten ist, und das daher nicht selbst prüfen kann.

Übrigens hat ja auch Baron Beyens, der jetzige belgische Außenminister in Le Havre, der 1912 als Nachfolger des Baron Greindl nach Berlin gekommen war, die Politik der Entente und die Haltung Deutschlands und des Dreibundes in seinen Berichten im wesentlichen ebenso beurteilt, wie sein Vorgänger. Ihn werden Lorand und seine Gesinnungsgenossen kaum für „deutschfreundlich" erklären wollen. Hielt er doch in Berlin enge Fühlung mit Jules Cambon, dem Botschafter der französischen Republik. Beide standen in regem Gedankenaustausch. So beeilte sich der Belgier, den Franzosen davon zu unterrichten, daß Kaiser Wilhelm und General von Moltke zu König Albert, der anfangs November 1913 in Potsdam weilte, eindringlich über die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges sprachen, die durch die Revanchelust der Franzosen heraufbeschworen werde. Cambon hat diese Mitteilung an seine Regierung weitergegeben, die später öffentlich davon Gebrauch machte. Beyens erklärt seine Handlungsweise damit, daß er durch diese Information „eine kriegerische Katastrophe zwischen Frankreich und Deutschland noch zu verhindern hoffte". In Wirklichkeit half er eine der Hauptquellen schaffen, aus der heute noch verleumderische Anschuldigungen gegen Deutschland fließen. Wohl niemals hätte Beyens' Vorgänger ein derartiges Verfahren für den Gesandten eines neutralen Staates für angängig erachtet, noch viel weniger aber ihm nachträglich eine solche fadenscheinige Begründung zu geben versucht. Greindl gehörte eben noch jener alten Schule belgischer Staatsmänner an, denen die Unabhängigkeit ihres

Heimatlandes gerade auch Frankreich gegenüber aus guten Gründen eine große Sorge war. Sein Nachfolger aber hatte sein Amt aus der Hand eines von Broqueville und Carton de Wiart geleiteten Ministeriums empfangen und teilte die französischen Neigungen seiner Auftraggeber.

Das bewies er auch in den Aufsätzen, die er in den ersten Kriegsmonaten in der Pariser Revue de deux Mondes veröffentlichte und im Juni 1915 in einem Bändchen gesammelt herausgab, unter dem Titel: L'Allemagne avant la guerre. Er hat damit das Wohlgefallen aller Deutschenhasser hervorgerufen und sich dadurch wohl auch den Zugang zu seinem jetzigen Ministersessel in Le Havre erleichtert.

Allerdings ahnte er bei der Niederschrift nicht, daß seine Schilderungen der Politik und Zustände Deutschlands eine geradezu vernichtende Kritik durch das wenige Monde später erfolgte Bekanntwerden seiner eigenen Geheimberichte erfahren würden. Vor der Öffentlichkeit, in seinen Pariser Aufsätzen, bewegt sich Beyens ganz in den uns bekannten Gedankengängen der deutschfeindlichen Propaganda. Nur daß der geschickte Diplomat sein Gift versteckter darreicht, in der Umhüllung einer gefälligen und ruhig gehaltenen Sprache und mannigfacher richtiger oder richtigscheinender Beobachtungen. So weiß er es dem Leser um so sicherer einzuflößen. Er wolle mit seiner Schrift vor allem seinem Lande nützen, sagt er im Vorworte zu seinem Buche. Dem Anwalt der belgischen „Unschuld" wird man manches zugute halten dürfen, was dem Geschichtsschreiber und Wahrheitssucher, der Beyens gleichzeitig zu sein vorgibt, in keiner Weise hingehen kann. Als solchem hat er sich selbst das Urteil gesprochen. Was er der Öffentlichkeit als Wahrheit vorsetzt, erweist sich großenteils als arglistige Täuschung, wenn man es an der Hand der Geheimberichte nachprüft. Da tritt der Gesandte gegen den Memoirenschreiber als Zeuge auf und das Ergebnis ist für den belgischen Außenminister eine moralische Niederlage sondergleichen, wie sie wohl selten einem ernsthaften Schriftsteller und Staatsmann geschehen ist. Er wird in der Welthistorie als Schulbeispiel schlimmer Doppelzüngigkeit dastehen. Einige

Belege, die bedeutend vermehrt und erweitert werden könnten; mögen dies beleuchten.

Um dem Bilde Kaiser Wilhelms den Stempel des gewalttätigen Eroberers aufzudrücken, vergleicht Beyens die großen Hochzeitsfestlichkeiten der Kaisertochter Viktoria Louise im Mai 1913 mit der Erfurter Fürstenversammlung Napoleons I., wo dieser ebenfalls vor einem Parterre von Königen freundschaftlich mit dem Kaiser von Rußland geplaudert habe. Der Vergleich fällt zugunsten Napoleons aus. Dieser habe wenigstens noch vier Jahre gewartet, bevor er den Zaren mit Heeresmacht angriff. Kaiser Wilhelm aber sei schon im nächsten Jahre gegen Nikolaus gezogen. Deutschland erscheint in dem Buche Beyens' überhaupt als eine auf den Umsturz des europäischen Gleichgewichts bedachte Macht. Der Kaiser und seine Vertrauten lauern wie Dämonen nur auf den günstigen Augenblick, um über die friedlichen Nachbarn herzufallen.

Beyens' amtliche Berichte dagegen zeigen den Kaiser und die Reichsleitung überall am Werke, die Spannung zwischen den feindlichen Mächtegruppen zu mildern und zu beseitigen. Der belgische Gesandte zweifelte nicht, daß Kaiser, Kanzler und Staatssekretär des Auswärtigen „leidenschaftliche Anhänger des Friedens waren". (30. November 1912.)

Für den Verfasser von L'Allemagne avant la Guerre hat der Dreiverband in allen Lagen das Seinige getan, um einen Weltbrand zu verhindern und Deutschland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Alle gegenteiligen Erscheinungen übergeht Beyens in seinen Pariser Aufsätzen. Für die Politik Delcassés, Poincarés, Greys und Sasonows hat er kein Wort des Tadels; daß die Franzosen nach Elsaß-Lothringen gieren, ist ihm ein geschichtliches Recht. Ihre und ihrer Bundesgenossen militärische Rüstungen findet er in der Ordnung.

Und doch hatte Beyens in seinen amtlichen Berichten über den französischen Chauvinismus ebenso abgeurteilt wie seine Kollegen. Er wünschte 1913, daß „Frankreich darauf verzichte, der militärischen Überlegenheit Deutschlands das Gleichgewicht halten zu wollen und daß es aufhöre, dem Phantom der Revanche nachzujagen". (26. Mai 1913.) Elsaß-Lothringen hielt der Gesandte

Beyens für „alte germanische Provinzen", die das Waffenglück endgültig wieder mit Deutschland vereinigt habe. (24. April 1914.)

Noch wenige Wochen vor Kriegsausbruch (12. Juni 1914) hoffte er, daß die Franzosen ihr Dreijahrsgesetz fallen lassen möchten. Denn eine solche „sehr günstige" Wendung würde dazu beitragen, von „unseren (Belgiens) Grenzen die Gefahren eines Krieges fernzuhalten, dessen Folgen wir unbeschadet seines Ausganges fürchten müssen".

In den Pariser Aufsätzen erzählt Beyens, er habe das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien als die beginnende Verwirklichung des von den Mittelmächten gesponnenen, von ihm vorausgesehenen Kriegsplanes erkannt. Seine amtlichen Berichte aber besagen, daß die dreisten serbischen Anmaßungen nur möglich waren, weil sie von St. Petersburg unterstützt wurden. Zustimmend gibt er eine Äußerung seines Freundes Jules Cambon wieder, der ihm während des Balkankrieges erklärte, „die größte Gefahr für die Erhaltung des Friedens sei die Undiszipliniertheit der persönlichen Politik der russischen Vertreter im Auslande". „Sie sind fast alle glühende Panslawisten und ihnen muß zum größten Teil die Verantwortung für die augenblicklichen Ereignisse aufgebürdet werden." (24. Oktober 1912.)

In L'Allemagne avant la Guerre werden die Verabredungen des belgischen Generalstabschefs Ducarne mit dem englischen Militärbevollmächtigten Barnardiston (1906) und die Besprechungen des Generals Jungbluth mit dem englischen Oberstleutnant und Militärattaché Bridges (1912) als harmlose und unverbindliche Unterhaltungen hingestellt. Ganz anders dachte Beyens hierüber noch am 24. April 1914. In einem nach dem Besuche des englischen Königspaares in Berlin verfaßten Berichte wirft er die Frage auf, ob wohl England im Fall eines deutsch-französischen Krieges an die Seite Frankreichs träte und was dies für Belgien bedeuten würde:

> „Wir haben den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden ist. Würde es heute noch ebenso sein und müßten wir befürchten, daß englische Soldaten in Belgien

einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein kompromittieren?“

Der Zusammenhang dieser besorgten Frage mit der belgischen Militärpolitik ist unschwer zu erkennen. Seit der zweiten Marokkokrise von 1911 wurde Belgien nämlich von den Franzosen und Engländern unaufhörlich gedrängt, sein Heerwesen neu zu ordnen und in besseren Stand zu setzen. Sonst müßten England und Frankreich im Kriegsfalle sofort eingreifen und den „Schutz“ des Landes gegen Deutschland selbst übernehmen. Nicht nur in der Tagespresse und in den militärischen Fachschriften machte sich dieser Druck geltend, sondern auch in diplomatischen Einwirkungen. Was war es denn anderes, wenn der Oberstleutnant Bridges dem Generalstabschef Jungbluth 1912 ankündigte, daß England nötigenfalls auch gegen den Willen der Belgier seine Truppen nach der flandrischen Küste werfen würde? Der Ministerpräsident de Broqueville selbst gab bei der Besprechung der Wehrvorlage von 1913 zu, daß insgeheim solche „freundschaftlichen Ratschläge“ erteilt worden seien. Auf diese Vorgänge bezog sich die Anfrage des Baron Beyens. Er wollte offenbar wissen, ob sich die Lage nach Annahme der großen Militärvorlage von 1913 nicht geändert habe. Seine Fragestellung ist ein deutlicher Fingerzeig, daß er ebenso wie Greindl in den erwähnten militärischen Verabredungen weit mehr sah, als bloße unverfängliche Fachunterhaltungen, nämlich Maßnahmen, die sich mit der Neutralität nicht vertrugen.

* * *

Sicherlich mußte eine Regierung, die von ihren Gesandten solche Berichte empfing, wie die belgische, den Westmächten mit der äußersten Vorsicht, ja mit dem lebhaftesten Mißtrauen begegnen. Statt dessen ließ sie sich von ihnen umgarnen und gestattete, daß die belgische Heeresleitung in neutralitätswidrigen Verhandlungen mit der Entente Geheimnisse der belgischen Wehrmacht preisgab, ja mit den Feinden Deutschlands ein gemeinsames militärisches Vorgehen für den Kriegsfall vereinbarte. (Conventions

Anglo-Belges 1906 und 1912. — Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 13. Oktober, 25. November 1914 und 20. Februar 1916).

Vergeblich bemühte sich Emile Waxweiler, der im Winter 1917 durch einen Unglücksfall in London ums Leben gekommene Brüsseler Soziologe, in den Schriften, die er zur Verteidigung der belgischen Politik verfaßt hat, den Widerspruch zu verschleiern, der zwischen den Gesandtenberichten und der Haltung der Brüsseler Regierung besteht. (Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?; Zürich 1915; S. 156 ff. — Belgien hat sein Schicksal nicht verschuldet!; Zürich 1916; S. 49 ff.).

Was Waxweiler anführt, kann weder die belgische Regierung entsühnen, noch macht es seiner eigenen wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit Ehre. Es verstärkt vielmehr den Eindruck, daß die Brüsseler Machthaber ihre Gesandten nicht hören w o l l t e n, weil sie die Partei des Dreiverbandes gewählt hatten, noch ehe der Krieg deutlich in Sicht war.

Mit Recht haben auch Neutrale hervorgehoben, daß Belgien, wenn es die von seinen Gesandten übermittelten Nachrichten wirklich hätte beherzigen wollen, gegen die englischen Zumutungen lauten Einspruch hätte erheben müssen. Im Haager Vaderland betonte der holländische General P r i n s, daß Belgien zum mindesten nicht mit gleichem Maße maß, weil es nicht auch eine Rückendeckung suchte gegen die von Frankreich und England drohende Gefahr, die ihm seine Gesandten in ihrer ganzen Größe vor Augen gestellt haben. Er betont ferner, daß England in dem Augenblick die Neutralität verletzt hätte, wo es darin seinen Vorteil gefunden hätte, daß also Deutschlands Einmarsch in Belgien eine politische und militärische Notwendigkeit war.

Somit sind die Berichte der belgischen Gesandten die glänzendste Rechtfertigung Deutschlands, die man sich denken kann. Die an Belgien gerichtete Forderung, den deutschen Heeren den Durchmarsch zu gewähren, wird durch die Berichte als notwendige, geschichtlich und sittlich berechtigte Folge der Einkreisungspolitik erwiesen, in welche die Brüsseler Regierung sich hatte hineinziehen lassen.

Staatsnationalismus und Machtpolitik in Belgien.

Durch die Neutralitätsverträge von 1831 und 1839 war Belgien gleichsam als befriedetes Gebiet aus den Welthändeln ausgeschaltet, um der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu dienen. Eine tätige Anteilnahme an der großen Politik mußte einem solchen Staate naturgemäß versagt sein. Er konnte aus seiner passiven Rolle nicht heraustreten, wenn er nicht die ihm auferlegten internationalen Verpflichtungen gefährden oder verletzen wollte. Unter keinen Umständen durfte er sich einseitig an den politischen Geschäften einer Großmacht beteiligen, zumal wenn sich diese Geschäfte gegen eine andere Bürgschaftsmacht richteten. Er konnte überhaupt nicht aus eigener Machtvollkommenheit zu einem anderen Staate in Beziehungen treten, durch welche der 1839 festgelegte Zustand willkürlich abgeändert wurde. Er sollte nicht angegriffen werden, noch viel weniger aber sich selbst an Maßnahmen beteiligen, die auf eine Beeinträchtigung, oder gar auf einen Angriff gegen eine Garantiemacht hinausliefen.

Was ist aber aus dieser Stellung Belgiens im Laufe der Jahrzehnte geworden? Die ursprünglich von Europa als Schutzwehr gegen Frankreich aufgerichtete Neutralität wandelte sich durch die seit 1839 in Europa eingetretenen Machtverschiebungen von Grund auf, ja wurde schließlich im Zeitalter des Dreiverbandes ins Gegenteil, in eine Flankendeckung für Frankreich verkehrt.

Belgien selbst leistete dieser Umgestaltung Vorschub. Es versündigte sich gegen den Geist der Neutralität, indem es die französische Propaganda gewähren ließ, ja sie förderte. Es benutzte sein ungeheures wirtschaftliches Wachstum, um sich in eine Kolonialunternehmung einzulassen, die das kleine Staatswesen weit über seine einstige Zweckbestimmung hinausführte in das gefährliche Gebiet selbsttätiger Weltpolitik. Man nahm in Brüssel das Recht in Anspruch, in den Gang des Weltgeschehens mit einzugreifen, wo man es für gut hielt. Man wollte eine kräftige äußere Politik führen und spielte mit dem neutralitätswidrigen Gedanken, dem Lande unbedingte Bündnisfreiheit zu verschaffen. Die Neutralität schien gerade noch gut genug, um sich damit

gegen die Gefahren einer solchen weitgreifenden Betätigung zu decken. Im übrigen jedoch waren die Vertreter der belgischen Machtpolitik bereit, das ihnen längst lästige Geschenk Europas wegzuwerfen, wenn es ihre Zwecke erforderten.

Auf der Grundlage solcher Auffassungen konnte 1900 bei den Belgiern der Wunsch entstehen, sich an der Seite der europäischen Großmächte am Feldzuge gegen die chinesischen Boxer zu beteiligen. Konnte der Zukunftstraum eines mit Militär- und Flottenmacht ausgerüsteten Großbelgien zu einer bewegenden politischen Kraft werden, ja die ersten Anfänge seiner Verwirklichung ereichen. Konnte die Anlehnung des Landes an die Westmächte als zweckmäßig erachtet werden, weil der belgische Staatsnationalismus glaubte, seinen weitgesteckten Zielen nur mit der Freundschaft Frankreichs und im Schatten der englischen Welt- und Seeherrschaft näher kommen zu können, während Deutschland ihnen im Wege sei.

Solchen Gedankenrichtungen entsprang auch das Verlangen nach einer starken Militärmacht, die weit mehr bedeuten sollte, als einen bloßen Schutz der Neutralität. Schon mit Brialmonts Maasbefestigungen von 1887 begann eine Militärpolitik, durch welche die gegen Südwesten gerichtete Neutralitätsfront gleichsam umgeworfen und gegen Deutschland gedreht wurde. Belgien nähert sich dann zusehends Frankreich und folgt 1906 seinem mit Frankreich verbündeten „Beschützer“ England auf den Schleichpfaden, die dieser gegen Deutschland einschlägt. Auf der damit betretenen schiefen Ebene gleitet es im Zeitalter des Ministeriums de Broqueville, seit 1911, vollends in die Bahnen der Entente hinein und kehrt die Schneide seines Schwertes mit dem Wehrgesetz von 1913 offensichtlich gegen den östlichen Nachbarn.

Es ist bekannt, daß in Le Havre während des Weltkrieges weitausschauende Pläne geschmiedet wurden, die auf ein größeres Belgien hinauslaufen. Unermüdlich macht die journalistische Leibgarde des Ministerpräsidenten Baron de Broqueville Stimmung für dieses Zukunftsgebilde. Mit geschichtlichen Erinnerungen an das alte Lotharingien und das Burgund Karls des Kühnen beflügelt sie die Einbildungskraft der Belgier, die sich ihren zukünftigen Staat als Zwischenreich zwischen Deutschland und

Frankreich vorstellen sollen, mit erweiterten Grenzen im Osten, mit Seeflandern und der Scheldemündung in seinem Besitze. Die Franzosen spenden eifrig Beifall. Denn dieses bis zum Rhein reichende Zwischenreich würde ja doch nur eine „Fortsetzung" Frankreichs sein. Und die Engländer lassen die Gernegroße in Le Havre gewähren, da diese letzten Endes doch nur für Großbritanniens Weltmacht arbeiten[1]).

Die Stiftung eines franco-belgischen Bundes, an dem Regierungsleute von beiden Seiten teilhaben und der die künftige Gestaltung der Dinge vorbereiten soll, die Gründung des Lloyd Royal Belge, die Abmachungen des Kolonialministers Renkin mit der Entente über die Zukunft des Kongo, die bereitwillige Mitwirkung der belgischen Regierung an den Pariser Wirtschaftskonferenzen, nach denen Belgien eine englisch-französische Verkehrs- und Wirtschaftsprovinz würde, das alles sind vorläufige Ergebnisse der von Le Havre befolgten Politik[2]).

Die großbelgischen Zukunftspläne mögen uns in Anbetracht der Kriegslage als verstiegene Phantasiegebilde erscheinen. Sie sind jedoch keineswegs willkürliche Erfindungen oder bloße Ausgeburten einer überhitzten Kriegsstimmung. Vielmehr entsprechen sie Unterströmungen, die in der belgischen Politik schon früher vorhanden waren. Es gab schon lange vor dem Kriege so etwas wie einen belgischen Imperialismus, der mit dem belgischen Staatsnationalismus gepaart ging. Er offenbarte sein Dasein nicht nur in der mächtigen wirtschaftlichen Ausbreitungskraft und in der fast ungestümen Erwerbssucht, mit welcher der belgische Kapitalismus in aller Welt auftrat, nicht nur in der Ausgestaltung des Landes zu einer Kolonialmacht durch die Angliederung der

---

[1]) Über diese Dinge handelte eine Aufsatzreihe des Verfassers „Das größere Belgien", die im April 1916 in verschiedenen deutschen Zeitungen erschien. (Sonderdruck aus der München-Augsburger Abendzeitung.) — Einige Zeit danach ließen die „Großbelgier" einen anonymen Band „La Belgique en tournant de son histoire" (1916, ohne Angabe des Verfassers und Druckortes) verbreiten, in dem ihre Gedankengänge und Pläne zusammengefaßt sind.

[2]) Vgl. die Aufsätze des Verfassers in der Kölnischen Zeitung, 1915 Nr. 1109; 1916 Nr. 48, 270, 397; 1917 Nr. 74.

Kongokolonie an den belgischen Staat, sondern auch in dem Bestreben, das Land mit einer starken Militärmacht auszustatten und ihm Seegeltung zu gewinnen durch Schaffung einer Handels- und Kriegsflotte. Im Hintergrunde solcher machtpolitischer Anstrengungen stand bei vielen der Traum, daß die 1839 festgesetzten, in der Tat höchst ungünstigen Grenzen des Landes doch noch einmal berichtigt werden könnten, durch Wiedergewinnung der damals Holland zugesprochenen Gebiete.

Fernand Neuray, der Leiter des XX. Siècle, des Leibblattes des Ministerpräsidenten in Le Havre, feierte am 21. Dezember 1916 in einem Gedächtnisartikel den König Leopold II. als den großen Förderer der wirtschaftlichen und kolonialen Ausbreitung und der militärischen Stärkung Belgiens. Dabei erinnerte er an jene geheime Denkschrift, die Emile Banning im Jahre 1882 für den König über die internationale Lage Belgiens verfaßt hat. Sie war die politische Begründung für die zu gleicher Zeit von General Brialmont in Vorschlag gebrachten Maasbefestigungen, die fünf Jahre später ausgeführt wurden. Neuray gesteht unumwunden ein, daß die Politik, die damit begann, sich von Anfang an gegen Deutschland richtete. Ja er wagt den Ausspruch, durch das glückliche Zusammenwirken eines Denkers wie Banning und eines Königs wie Leopold sei die spätere „Niederlage" Deutschlands, die mit dem belgischen Widerstand an der Maas 1914 begonnen habe, bereits vorbereitet worden.

Bannings geheimes Memoire ist später auf rätselhafte Weise in die Hände des französischen Schriftstellers Foucault de Mondion geraten, der 1888/89 zuerst Bruchstücke daraus veröffentlichte, dann die ganze Denkschrift zusammen mit anderen geheimen Papieren herausgab und Leopold II. beschuldigte, er wolle sein Land an Deutschland ausliefern und habe die Maasfestungen nur zum Schein anlegen lassen, um Frankreich zu täuschen (Foucault de Mondion; La Belgique livrée à l'Allemagne; Paris 1891). Schon damals gab es Leute, die in der Veröffentlichung Mondions nichts als ein Manöver erblickten, durch das die wahren deutschgegnerischen Absichten der Militärpolitik Brialmonts und Leopolds II. verschleiert werden sollten. Fernand

Neuray meint ähnlich: Daß die deutsche Presse damals der Anlage der Maasbefestigungen zustimmte, sei der diplomatischen List Leopolds II. zu verdanken gewesen. Der König habe absichtlich nichts getan, um jene in Frankreich aufgebrachte Legende zu zerstören, die seinen geheimen Absichten dienlich war.

Wie dem auch sei, das steht fest, daß Emile Banning und Leopold die Väter des neubelgischen Nationalismus gewesen sind. Ihr Ziel war, Belgien aus seiner äußerpolitischen Bedeutungslosigkeit herauszuführen durch die Begründung einer starken Staats-, Militär- und Kolonialmacht und so der durch Sprach- und Stammesverschiedenheit und innere Parteiungen zerrissenen Bevölkerung einen sicheren Halt zu festem Zusammenschluß zu geben. Aus allen Schriften Bannings leuchtet dieser Grundgedanke hervor. (Vgl. die Sammlung: La Belgique au point de vue militaire et international, nach Bannings Tode herausgegeben von Ernest Gossart, Brüssel 1901.) In den verschiedenen geheimen Denkschriften, die er für den König ausarbeitete, warnt er nachdrücklich davor, in der Neutralität eine ausreichende Sicherung des Landes zu sehen. Man solle die Bürgschaft der Mächte soweit als möglich ausnützen, aber nicht darauf bauen, sondern nur auf die eigene Kraft vertrauen. Denn was bedeuten die feierlichsten Verträge gegenüber der Macht der Tatsachen? Die Geschichte lehrt, daß Verträge nicht um ihrer selbst willen gehalten werden, sondern nur, wenn sie durch eine wirksame Staatskunst und durch militärische Macht gedeckt sind. Die Welt wird nicht regiert von Rechtsgelehrten und Philantropen, sondern von Interessen und Leidenschaften, von nationalen und wirtschaftlichen Bewegungen. Die Gebiete zwischen Maas und Rhein haben von jeher die Eroberungslust angelockt. Für ihre neuere Geschichte sei am wichtigsten der Aachener Vertrag vom 15. November 1818, nach dem England und Preußen im Kriegsfalle zum Schutze des Königreichs der vereinigten Niederlande die Grenzfestungen der südlichen Niederlande besetzen können, und zwar Preußen Huy, Namur und Dinant, Charleroi, Mariembourg und Philippeville. Damit hätten die Deutschen zum erstenmal an der Maas Fuß gefaßt. Durch einen geheimen Artikel des Festungsvertrags vom 14. Dezember 1831 trat gegenüber den

Großmächten der König der Belgier an die Stelle des Königs der vereinigten Niederlande. Also habe Preußen das Recht, Namur zu besetzen, wenn die Sicherheit der Festungen bedroht würde. Die belgische Regierung würde verpflichtet sein, zum Schutze der Festungen sogar gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen. Der Artikel sei nie aufgehoben worden und daher heute noch in Kraft. Aus den Bestimmungen des Aachener Vertrags folge aber die Einschränkung, daß der Bündnisfall gegen Frankreich von den Mächten erklärt sein muß. Wer Herr der Maas sei, beherrsche Belgien. Also müsse sie durch Befestigungen und durch ein starkes Feldheer geschützt werden.

Banning stellte weiter fest, daß das unabhängige Belgien weder richtige politische, noch richtige militärische Grenzen habe. Die Entwicklung des belgischen Staatsbewußtseins ist dadurch sehr gehemmt worden. Das Schicksal Belgiens ist eng verknüpft mit der freien Verfügung über seine beiden Hauptströme. Die Schelde ist ein Handelsstrom; Belgiens wirtschaftliche Zukunft hängt von der Mitbeherrschung dieses Stromes bis zum Austritt ins Meer ab, d. h. erfordert den Besitz von Seeflandern. Die Maas stellt eine politische und militärische Linie dar, deren Besitz von Dinant bis Maastricht eine Vorbedingung der Unabhängigkeit Belgiens ist. Das ist für Banning der Kern der limburgischen und luxemburgischen Frage. Das Großherzogtum in den Händen Deutschlands oder Frankreichs würde den Verlust des rechten Maasufers bedeuten. Deshalb forderten die belgischen Staatsmänner von 1839 mit Recht Luxemburg, Limburg und Seeflandern zurück und die Mächte haben Belgien sehr geschädigt, als sie nicht darauf eingingen. Jetzt sind die Gebiete zwischen Maas und Rhein unter Deutschland, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich aufgeteilt und bilden trotz aller Verträge einen Gegenstand des Streites. Von Ost und West kommt der Druck nach der Maas, im Kriegsfalle würde Deutschland bei seiner größeren Macht und stärkeren Bereitschaft eher dort sein als Frankreich. Das ist die unglückliche Folge der durch den Londoner Vertrag geschaffenen belgischen Grenzen. Lüttich wird ohne Maastricht immer ein gefährdeter Punkt sein, wie auch die Provinz Luxemburg für Belgien nur Bedeutung hat, wenn auch die Stadt Luxem-

burg wieder damit vereinigt wird. Die Grenzfestsetzungen von 1839 bedeuten den Sieg der fremden Diplomatie über die belgische Umwälzung von 1830; die politischen und militärischen Interessen des Landes sind Holland und dem deutschen Bunde geopfert worden. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1830 muß daher das ständige Ziel der auswärtigen Politik Belgiens sein. Die Neutralität darf hierfür kein Hindernis bilden.

* * *

Bannings Gedankengänge sind gleichsam zum Leitfaden des jüngeren belgischen Staatsnationalismus geworden. Sowohl der mit Banning eng befreundete Brialmont als auch König Leopold bedienten sich ihrer, wenn auch mit einer gewissen vorsichtigen Auswahl, um ihre militärischen Ziele zu fördern. Noch 1898 trat der greise Brialmont mit seiner Werbeschrift „Le péril national", die ihre Verwandtschaft mit Bannings Richtlinien nicht verleugnete, für die Schaffung eines starken Feldheeres ein. Zwei Jahre später berief der König eine aus höheren Offizieren und aus Parlamentariern zusammengesetzte Militärkommission, welche eine Heeresreform beraten und vorbereiten sollte. Die vom Ministerium vorgelegte Denkschrift über die internationale Stellung Belgiens war, ebenso wie der Bericht des militärischen Referenten Obersten Ducarne, des späteren Generalstabschefs und Unterhändlers der Conventions Anglo-Belges von 1906, auf Vorarbeiten des 1898 aus dem Leben geschiedenen Banning aufgebaut.

Von 1900 an wächst die nationalistische und militäristische Strömung stetig an, begünstigt durch die mächtige wirtschaftliche Entfaltung des Landes und den ökonomischen und kolonialen Ausbreitungsdrang der herrschenden Schichten. Die Wortführer der Bewegung, die Ducarne, Léon Hennebicq, Carton de Wiart und wie sie alle heißen, gehen über die von Banning geschaffenen theoretischen Grundlagen weit hinaus und versuchen dessen Richtlinien ohne weiteres in die praktische Politik einzuführen. Dabei schlagen sie gefährliche Wege ein, die der vorsichtige und kluge geistige Urheber des neubelgischen Nationalismus sicher nicht mitgegangen wäre. Sie empfinden die Neutralität nur noch als lästige Fessel, die je eher je besser abgestreift werden müsse,

damit das Land volle Bewegungsfreiheit auf wirtschaftlichem, kolonialem und großpolitischem Gebiete gewinne. Aus der Gebundenheit und Enge eines zwangsweise neutralisierten Kleinstaates strebt diese nationalbelgische Bewegung hinaus in die Weite großstaatlicher Betätigung und es gelingt ihr in der Tat, das belgische Staatsschiff auf das bewegte Meer der Weltpolitik hinauszusteuern.

Das mochte sich mit den Neutralitätspflichten noch leidlich vereinbaren lassen, solange die europäischen Mächte als Bürgen der belgischen Neutralität noch nicht samt und sonders in zwei feindliche Lager aufgeteilt waren, solange also England in glänzender Isolierung zwischen Dreibund und Zweibund stand und als Neutraler die einst vornehmlich im britischen Interesse geschaffene Neutralität Belgiens deckte. Als Großbritannien 1904 ins Lager Frankreichs und Rußlands einschwenkte, änderte sich die Sachlage von Grund auf. Nun erwiesen sich die 1839 geschaffenen Grundlagen des belgischen Staatswesens als zu schmal und zu schwach, um das Schwergewicht der eingeleiteten Macht- und Kolonialpolitik allein zu tragen. Belgien brauchte neue Stützen und fand sie in der Anlehnung an die Westmächte. Auch die Geschäftsklugheit und Umsicht Leopolds II. vermochte nun nur noch den äußeren Schein einer belgischen Gleichgewichtspolitik aufrecht zu erhalten. Wie die Dinge schon 1906 in Wirklichkeit standen, ersehen wir aus den von der deutschen Reichsregierung aufgedeckten englisch-belgischen Abmachungen Ducarne-Barnardiston. Der Zwang der Umstände war damals bereits so stark geworden, daß auch die Verschlagenheit Leopolds die gefährliche Umstrickung nicht mehr hätte verhindern können, selbst wenn der König es gewollt hätte. Die Briten faßten ihr Opfer mit festem Griff, als dieses sich ihnen willfährig gezeigt hatte.

Als Leopold im Dezember 1909 die Augen schloß, wurde die Bahn vollends frei für jene Richtung, die das Heil Belgiens im Anschluß an die Westmächte zu finden glaubte und die sich vermaß, mit deren Hilfe ein zukünftiges „Großbelgien“ aufbauen zu können. Die Regierung des Baron de Broqueville wurde seit 1911 die Vollstreckerin dieses angeblichen „nationalen Willens“.

* * *

Natürlich versuchte der neubelgische Nationalismus seine Ziele historisch zu begründen. Schon Banning hält seinen Landsleuten das Elend ihrer Vergangenheit vor Augen, um ihnen die Notwendigkeit einer Erneuerung im nationalbelgischen Sinne recht deutlich zu machen. Die Geschichtsschreibung Godefroid Kurths und Henri Pirenne's kommt diesen Bestrebungen ganz besonders zu statten. Welch ein Antrieb für die Bewegung, daß diese Forscher die Wurzeln und den Ursprung des 1830 begründeten Staatswesens weit zurückverlegen in die Vergangenheit! Gerne wird in Kauf genommen, daß diese Geschichtsschreibung, bei aller Güte und Tüchtigkeit ihrer Leistungen, nicht frei ist von vorbedachter politischer Zwecksetzung, da sie eben beweisen will, daß der Staat von 1830 nichts anderes sei, als das Ergebnis eines natürlichen und uralten geschichtlichen Werdeganges, daß er darum für alle Zeiten Daseinsberechtigung und auch Anspruch auf weitere Entwicklung habe.

Die Nationalisten begnügen sich nicht mit der historisch haltbaren Feststellung, daß die wallonisch-vlämischen Südniederlande in mancherlei wichtigen Stücken des Rechts- und Verfassungslebens, der kirchlichen Einrichtung, der wirtschaftlichen Entwicklung schon in alten Zeiten, als man den Namen Belgien überhaupt nicht kannte, eine gewisse Gemeinsamkeit durchlebten. Es reicht ihnen nicht, von einer Absonderung, von einer politischen und kulturellen Abrundung dieser Gebiete zu sprechen, die während des niederländischen Befreiungskampfes im 16. Jahrhundert gegenüber den nördlichen Niederlanden hervortrat und fast nach der Bildung eines selbständigen Staatswesens aussah. Nein, die Nationalisten erklären das Gebilde von 1830 für den rechtmäßigen Nachfahren des alten Lotharingien und des mittelalterlichen Burgunderreiches. Weil schon in diesen alten Reichen Germanen und Romanen, Vlamen und Wallonen, in staatlicher Verbindung zusammenlebten, halten die Staatsnationalisten es für eine unabänderliche historische Gegebenheit, daß die beiden Stämme auch in der Neuzeit in einem Königreiche zusammengeschlossen sind. Daß dieses Königreich ein ausgesprochen zentralistischer, parlamentarisch regierter Einheitsstaat französischer Prägung ist, während in den alten Reichen die kulturelle und politische Auto-

nomie der Teile, der Landschaften und Städte, nach ihren eigenen Sonderrechten in voller Blüte stand, übersieht man geflissentlich. Statt zuzugeben, daß kaum irgendwo die Vorbedingungen für einen Doppelstaat mit Selbstregierung der beiden grundverschiedenen Volksgruppen in solchem Maße gegeben waren, wie in diesem Lande, arbeitete der Staatsnationalismus stets auf die Verstärkung der Staatseinheit durch eine möglichst straffgeschlossene Regierung und Verwaltung hin. Die Grundlagen entnahm man bei der Umwälzung von 1830 der voraufgegangenen französischen Revolutionszeit; in der Folge sollte die Sprache und Gesittung Frankreichs das Bindemittel werden, um die beiden Stämme zu einem belgischen Volke zusammenzuschweißen, wenn auch um den Preis des Untergangs des niederländischen Volkstums der Vlamen. Nur so konnte man zur wirklichen Staats- und Volkseinheit gelangen. Darum mußte der belgische Staatsnationalismus letzten Endes französisch und antivlämisch sein und wirken, mochte er äußerlich auch noch so sehr sein selbständiges Dasein betonen.

In diesem Verhältnis offenbarte sich aber die innere Unwahrhaftigkeit seines Wesens. Denn dieses französierende Belgiertum besaß viel zu wenig Eigenkraft, um das starke Sonderleben des Vlamentums und selbst das Stammesbewußtsein der Wallonen aufsaugen zu können. Man konnte wohl eine dünne vlämische Oberschicht verwelschen und das vlämische Volkswesen selbst niederhalten, es aber nicht in seiner Ganzheit umwandeln.

Damit schlug die Probe fehl, die der belgische Staatsnationalismus auf die Geschichtslehre Pirenne's machte. Ein belgisches Volk mit tieferem, einheitlichem National- und Staatsbewußtsein ist nicht geworden. Die tragenden Kräfte des politischen und geschäftlichen Zweckverbandes, der sich belgischer Staat nannte, waren in der Hauptsache nur die herrschenden Oberschichten, die ihr besonderes, häufig sehr materielles Interesse an der Erhaltung und Stärkung dieses Gebildes hatten: Hof, Adel, hohe Geistlichkeit, Beamtentum, Großbürgertum und Loge hielten die Hebel der Regierungsmaschine in der Hand und gaben sich für das belgische Volk aus, das sowohl in seiner wallonischen, als auch in seiner niederländischen Masse, trotz aller demokra-

tischen Formen und trotz lautesten Parteilebens, abseits stand und keinen lebendigen innerlichen Anteil an diesem Staatswesen nehmen konnte. Das ist die Lüge des belgischen Nationalismus, daß er sich den Mantel des allein echten Patriotismus umhängte und umso krampfhafter in eine äußere Interessen- und Machtpolitik hineintrieb, je mehr die innere Volksentwicklung in Flandern und Wallonien auf eine Lockerung des einheitsstaatlichen Zwanges, auf eine doppelstaatliche Gliederung des Gemeinwesens nach Stammeshälften hinauszulaufen schien. Auf zweigeteiltem Volksboden, auf unzureichenden und ungeeigneten Grundlagen wollte man ein einheitliches militärisches und politisches Machtgebäude nach dem Muster der europäischen Großmächte errichten.

Ehrlich überzeugte Schwärmer mühten sich rastlos, den von grob mechanischen Kräften bewegten Staatskörper mit lebendigem Volksgeiste zu erfüllen, ihm eine veredelnde „belgische Volksseele" einzuhauchen. Was ist nicht alles in Wort und Schrift geschehen, dies Wunder zu wirken! Aus der Geschichte glaubte man die geistigen Grundstoffe für diese Schöpfung hervorholen zu können. Vergeblich! Es mußte, wie Jules Destrée in der Kammersitzung vom 21. Mai 1913 sagte, erst ein Historiker vom Range Henri Pirennes kommen, um der Vergangenheit der Landschaften und Städte, die heute Belgien darstellen, überhaupt einen Schein von Einheit zu geben. Eine belgische „Nationalität" zu finden, nicht im Sinne eines Volkes, sondern bloß eines Staates, müsse man schon bis auf 1830 herabgehen. Und diese Nationalität sei neugeschaffen, angesichts Europas, durch eine „Entente Cordiale" von Wallonen und Vlamen. Also eine freiwillige Einigung, die auch durch gewaltsamen Zusammenschluß auf einer „belgischen Mittellinie" nicht zu einer Einheit gestaltet werden könne, sondern nach beiden Richtungen genügender Freiheit und Selbständigkeit bedürfe, wenn sie überhaupt Bestand haben soll.

Léon Souguenet verspottet (Marches de L'Est; Februar 1911; S. 345) das Beginnen derer, die mit dem Brüsseler Advokaten und Senator Edmond Picard um jeden Preis eine belgische Volksseele erschaffen möchten: Auch die Rheinlande, das Lütticher Land und Limburg hätten viele gemeinsame historische Ent-

wicklungslinien. Hätte man daraus vor achzig Jahren ein Königreich „Potpourrinien“ gemacht, es wäre doch keine potpourrinische Seele entstanden. Die wenigen Kreuzungen zwischen Vlamen und Wallonen brachten Herrn Edmond Picard, Beamte, Politiker und die Marollesprache hervor. Aber „kratzt ein wenig am Belgier und ihr werdet leicht den Wallonen oder den Vlamen wiederfinden, Brüssel vielleicht ausgenommen, wo hauptsächlich der Brüsseler vorkommt, der allein das Gefühl der belgischen Einheit hat . . . . .“.

Selbst die Schule Pirennes sah sich genötigt, die ihrem wissenschaftlichen Ruf schädliche Überspannung des „belgischen Gedankens“ abzulehnen. Der Genter Universitätsprofessor Albert Counson verwahrt seinen Meister Pirenne lebhaft gegen die Behauptung, daß er der Erfinder der belgischen Volksseele sei. Pirenne wisse viel zu viel und sei zu gebildet, um an dieses Erzeugnis übermäßiger Einbildungskraft zu glauben. Für ihn bestehe nur ein „belgisches Bewußtsein“ (conscience), das in der treuen Anhänglichkeit an die gleichen Erinnerungen, in der moralischen Zusammengehörigkeit, in der freiwilligen Annahme der gleichen Religion, der gleichen Fürsten, der gleichen Gesetze und Einrichtungen wurzele. (Pirenne, La Formation de la nation belge. Auszüge und Notizen von Albert Counson. Paris und Brüssel 1912.)

Belgien besitzt nach Counson keine eigene nationale Literatur, da ihm die einheitliche Sprache fehlt; es gibt nur eine französische und eine niederländische Literatur in Belgien. Ein solches Land habe kein anderes geistiges Bindemittel als seine Geschichte. Durch die Art, wie Pirenne diesen Gegenstand aufgriff und behandelte, wurde er der einzige „belgische“ Schriftsteller, den es überhaupt gibt. Die anderen seien kosmopolitische Geister wie Maeterlinck oder landschaftlich begrenzte Größen. Allein, trotzdem könne man in Pirenne's Geschichte nicht die belgische Volksseele finden. Die Ehre dieser Schöpfung gebühre dem Brüsseler Barreau! Der sei überhaupt der Mittelpunkt der „belgischen“ Gedankenwelt:

> „Von Geistlichen und Professoren abgesehen gibt es in Belgien zwei Gruppen von berufsmäßigen Schriftstellern: Die Advokaten, die von ihrem Wort leben, und die Zeitungs-

schreiber, die von ihrer Feder leben. Diese beiden Gruppen üben seit einem Dreiviertel-Jahrhundert eine entscheidende Wirkung auf die belgische Gedankenwelt aus. Die Advokaten sind die Urheber des Parlamentarismus gewesen. Das bedeutendste Bauwerk, das die Nation errichtet hat, ist bezeichnenderweise der Justizpalast in der Hauptstadt. Der Brüsseler Barreau, der Minister, Redner, Schriftsteller liefert, hat auch das Scheingebilde der belgischen Seele erzeugt."

Ein Vortrag über „die belgische Nation" im Palais des Académies bei einer Preisverteilung 1898 abgehalten, zog zuerst die Aufmerksamkeit amtlicher oder preisgekrönter Persönlichkeiten, einiger Literaten und hervorragender Bürger auf sich. Zu guter Stunde stellte der „bekannteste unter den Nationalisten, der Dolmetsch und Anwalt des belgischen Gedankens, Herr Edmond Picard", seinen Essai über nationale Seelenkunde unter die Führerschaft des Historikers Pirenne, widmete ihm seine Schrift, zitierte ihn unermüdlich auf dem Rednerpult und in Zeitungen. So wurde schließlich für ein ansehnliches Publikum und für die Nationalisten der Satz giltig: „Pirenne ist groß und Picard ist sein Prophet".

Picard machte Schule. In großer Zahl folgten Literaten, Advokaten, Politiker, Offiziere seinen Spuren. Auf literarisch-historischem Boden fanden diese Kräfte sich zusammen und bereiteten von hier aus der nationalbelgischen Bewegung in der Politik, auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiete die Wege, verhalfen ihr auch im öffentlichen Leben zu tatbereiten und handlungsfähigen Organisationen.

Wehrhafter Imperialismus.

Die wirtschaftliche Entwicklung und Ausbreitung, die Belgien im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege erlebt, wird ein mächtiger Hebel für die machtpolitische Bewegung. Unter Beihilfe des „königlichen Kaufmanns" Leopold II. wird die „Expansion Belge" planmäßig gefördert. Für jedes einzelne Land, dessen Märkte dem belgischen Absatz und Kapital gewonnen werden sollen, entstehen besondere Vereinigungen mit eigenen Zeitschriften, so 1905 für

China, 1906 für Japan, 1908 für Rußland, 1912 für Südamerika; noch 1914 kommt ein Zusammenschluß aller dieser Gesellschaften zustande. Léon Hennebicq, der Vorsitzende des Jeune Barreau in Brüssel, einer der erfolgreichsten Wortführer der Nationalisten, schreibt 1907 in der Revue économique internationale (IV, 442 ff.):

> „Will Belgien leben, so muß es eine zielbewußte Expansionspolitik treiben. Es gilt die Welt kapitalistisch zu durchdringen, sie durch Anleihen, Eisenbahnbauten, Gewinnung neuer Märkte zu erobern. Vor allem sind die Banken zur Welteroberung berufen. Sie müssen hinter dem Überseehandel stehen als Vermittler zwischen staatlicher Förderung und Garantie einerseits und dem privaten Unternehmertum andererseits."

Der Staat selbst soll sich für die Ziele dieser kapitalistischen „Welteroberung" einsetzen und ihr seine Machtmittel zur Verfügung stellen: Belgien muß Militärmacht werden und auch eine Handels- und Kriegsflotte schaffen. Diese Forderung vertritt schon seit 1899 der belgische Flottenverein, die Ligue maritime belge, die den Wahlspruch führt: „Ohne Flotte kein Handel, ohne Handel kein Reichtum und keine fruchtbare Entwicklung". Léon Hennebicq leitet seit 1907 diesen Bund, der es den verwandten Organisationen in Frankreich und Deutschland gleichtun will und sogar an den Mittelschulen Schülergruppen hat. Im Senat hält der Thronfolger Albert am 28. Januar 1908 eine Rede zugunsten einer staatlichen Flottenpolitik. Auf der Genter Weltausstellung von 1913 tagt unter dem Vorsitz von Hennebicq und unter Teilnahme von Ministern und führenden Parlamentariern ein Congrès maritime, der die notwendigen Kredite für eine Kriegsflotte fordert, weil durch diese auch die Entwicklung der Handelsschiffahrt begünstigt würde. (Bulletin de la Ligue de défense nationale; Nr. 15; Januar 1914). Schon vorher hatte die Regierung ein Marineministerium mit einem obersten Seerat eingerichtet (1912).

Daß der Kongo und die Kolonialpolitik im Programm der Nationalisten mit vornean stehen, braucht nicht näher ausgeführt

zu werden. Ihnen erscheint die Übernahme der Kolonie durch den Staat (1908) als der erste glückverheißende Schritt auf der Bahn zu einem größeren Belgien. In Leopold II. sehen sie einen gewaltigen Herrscher, der das Kolonialwerk des Kongostaates unter den denkbar ungünstigsten Umständen gegen den Willen der Mehrheit der belgischen Bevölkerung zustande brachte. Gerade hiermit habe er einer neuen politischen Gesinnung Bahn gebrochen und „die Belgier umgewandelt". Der Kongo wurde eine der Kraftquellen, aus denen die nationale Erneuerung kam. (La Belgique au tournant de son histoire; S. 170.)

Mit dem Flottenbund hält die 1908 begründete Ligue de défense nationale, der belgische Wehrverein, enge Fühlung. Léon Hennebicq lenkt auch diese Vereinigung, zusammen mit dem Advokaten Ludovic Thiriaux und mit Albert Bertrand. Sie stellt sich die Aufgabe, dem Volke die Notwendigkeit einer Heereseinrichtung auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht klar zu machen. In ihrem Monatsblatte, in Zeitschriften, Zeitungen und Vorträgen entfaltet die Liga eine umfangreiche und unermüdliche Werbetätigkeit.

Während sie bei ihrem ersten Auftreten noch wenig Anklang findet, macht sie in den folgenden Jahren große Fortschritte, besonders seit 1911, nach Agadir, als sie durch die politischen Umstände, das heißt durch die zunehmende europäische Spannung „glücklicherweise" begünstigt wird. (Bulletin de la Ligue de défense nationale, Nr. 13, Mai 1913.)

Um das Land der vom Ministerium de Broqueville geplanten Heeresreform geneigt zu machen, schließt die Liga mit den Verbänden alter Offiziere und Soldaten im Februar 1912 einen Agitationsbund, die Union des Sociétés pour la défense nationale. An die Spitze tritt der im Ruhestand lebende ehemalige Generalstabschef Ducarne, der Mann der Conventions Anglo-Belges von 1906. Zum Ausschuß gehören außer den Führern des Wehrbundes, hohen Militärs und Vertretern der Garde Civique parlamentarische Größen, wie Paul Hymans, Sam Wiener und Edmond Picard; Vertreter der Städte, wie der Brüsseler Bürgermeister Max und das Oberhaupt von Gent, der Abgeordnete Braun, sowie Bürgermeister Kleyer von Lüttich; Großindustrielle

und Finanzleute, wie der Abgeordnete Raoul Warocqué und Baron L. Jannsen, der Direktor der Societé Generale, ferner der Bankier Baron Empain; Vertreter der Hochschulen wie der Rektor der Universität Löwen, Monsignore Ladeuze und der Presse, wie der Wallonenführer de Miomandre. Diese Zusammensetzung zeigt einen unverkennbaren ententefreundlichen Einschlag und die äußerst rege Werbearbeit, mit welcher die Union im Winter 1912/13 zugunsten der Wehrvorlage des Ministeriums das ganze Land überzieht, weist die gleiche Färbung auf. Der Ministerpräsident selbst führte das Gelingen seiner Wehrvorlage zum guten Teile auf die Wirksamkeit dieses Werbebundes zurück und König Albert zollte ihm seine Anerkennung. (Rapport général, erstattet vom Sekretär der Union, Paul Knudsen, am 21. September 1913; gedruckt Brüssel 1913.)

Die Nationalisten versuchen auch dem Hader zwischen Vlamen und Welschbelgiern, der auch beim Streit um die Wehrvorlage wiederum zutage tritt, durch eine besondere Vereinigung zu bebegegnen. Der Wehrbund Hennebicq's gliedert sich zu diesem Zwecke eine eigene Gruppe an: Union patriotique Flamande-Wallonne. Unter der Leitung von Generalstabsoffizieren und Schulmännern stehend, soll sie die wallonischen und vlämischen Trennungsbestrebungen, überhaupt die Hervorkehrung der Stammeseigenarten bekämpfen und besonders in der Jugend den belgischen Einheitsgedanken nach dem Muster Edmond Picards verbreiten. Im Zusammenhang damit greift der Major im Generalstab René Bremer auch die Aufgabe einer nationalen und militärischen Jugenderziehung an. (Bulletin de la Ligue de défense nationale, Nr. 17; Juli 1914.)

Im Parlament tritt die nationalbelgische und machtpolitische Strömung stärker hervor, seitdem die Jeune Droite, die jüngere, demokratische Richtung in der katholischen Regierungspartei die Vorhand gewinnt. Ihre Führer, die Broqueville, Renkin, Segers, Helleputte, Carton de Wiart werden zu Trägern des nationalbelgischen Machtgedankens, im Gegensatz zu der vom alten Woeste geführten konservativen Gruppe, die eine solche Politik als gefährlich und neutralitätswidrig empfindet. Als die jungkatholischen Führer erst auf den Ministerstühlen sitzen, gerät

Woeste mit seinem Anhang vollends ins Hintertreffen, was in der Kolonialpolitik und besonders bei der Vorbereitung und Durchbringung der Militärvorlage von 1913 deutlich zum Ausdruck kommt.

Die tätigen neuen Regierungsmänner greifen als Minister die machtpolitischen Aufgaben zielbewußt an; der Kolonialminister Renkin geht energisch auf die Festigung und Stärkung des Kongobesitzes aus; sein Kollege Segers von Verkehr und Marine hatte sich schon als Abgeordneter für die Freiheit der Scheldeausfahrt gegen die Holländer ins Zeug gelegt und plant Großes zur Förderung der Handelsschiffahrt, denkt auch an die Schaffung einer Kriegsflottille. Der bewegliche Justizminister Carton de Wiart bekennt sich mit Begeisterung zum historischen Nationalismus Pirenne's und zur Politik der Expansion (Carton de Wiart; Le bon combat; Brüssel und Paris 1913; S. 222 ff.). Er beklagt, daß man in Belgien allzulange im Banne des „Barrière-Systems", also der hemmenden Neutralitätsverträge gestanden, während die ganze Entwicklung des Landes doch nach außen dränge. Die Schaffung einer Handelsflotte mit staatlicher Hilfe erklärt er für eine unaufschiebbare Aufgabe. Er legt in Reden und Aufsätzen viel Wert darauf, nachzuweisen, daß es schon die Regierung Bernaerts und de Smet de Naeyers und die von ihnen geführten Gruppen der katholischen Regierungspartei waren, die zuerst für die Teilnahme des belgischen Staates am Kongounternehmen und für die Vergrößerung der Häfen von Antwerpen und Ostende eintraten. Mit diesen Feststellungen soll auf die widerstrebenden Teile der Regierungspartei gewirkt werden.

Der Kriegsminister und Ministerpräsident Baron de Broqueville endlich fühlt sich als der starke Mann, der Belgiens Militärwesen auf neue Grundlagen zu stellen und damit der Expansion und dem Machtstreben erst das eigentliche Rückgrat zu geben hat. Es gelingt ihm denn auch, seine Wehrreform durchzusetzen und das Gesetz von 1913 mit der allgemeinen Wehrpflicht trotz aller Widerstände zustande zu bringen.

So wird die Regierung gleichsam die Vollstreckerin des Programms des Staatsnationalismus. Sie entfernt sich damit weit

von den Überlieferungen jener älteren Schule belgischer Politiker und Staatsmänner, die zwar eifersüchtig über die Selbständigkeit des Landes wachten, jedoch gerade deshalb sich von einer Machtpolitik fernhielten, die die Schranken der Neutralitätsverträge und der durch sie festgelegten internationalen Stellung Belgiens schließlich notwendigerweise durchbrechen mußte. Für diese älteren Geschlechter war Belgien ein zur Wahrung des europäischen Gleichgewichtes geschaffenes Staatsgebilde, das im Rahmen dieses Berufes sich selbst genügen mußte, und für dessen Bestand in erster Linie Europa selbst mitzusorgen hatte. Das Land hatte nach der Meinung dieser Männer sich in die ihm 1831 und 1839 zugeteilte Rolle zu schicken und nach allen Seiten eine gleichmäßig neutrale Haltung zu bewahren. Seine militärische Macht brauchte es daher nicht weiter auszubauen, als zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen unerläßlich war. Eine Machtentfaltung, die über diesen Zweck hinausging, hielten Männer wie Frère-Orban oder Charles Woeste für höchst bedenklich und gefährlich. Sie konnte allzu leicht dazu führen, daß Belgien sich selbst in die großen Welthändel einmischte oder von der einen oder der anderen Großmacht hineingezogen wurde. Daher bekämpfte der greise Frère-Orban noch 1887 die von Brialmont, Banning, König Leopold angebahnte Militärpolitik. Daher wandte sich Charles Woeste schon in der Militärkommission von 1900/1901 gegen Ducarne, der allzu vordringlich als eifriger Verfechter militaristischer Forderungen auftrat. Daher blieben auch einsichtige Vlamenführer bis in die letzte Zeit vor dem Kriege Gegner der Machtpolitik, besonders auch deshalb, weil der Einheitsdrang und die französierenden Neigungen der Nationalisten der vlämischen Bewegung schnurstracks zuwiderliefen.

In alledem gab sich keineswegs nur die hartnäckige Widerspenstigkeit verblendeter, unvaterländischer und eigensüchtiger Sondergruppen kund, wie einst Banning und Leopold meinten, sondern viel mehr das wohlberechtigte Widerstreben ehrlich neutralgesinnter und um das Wohl Belgiens besorgter Männer gegen die Großmachtsanwandlungen der Nationalisten. In diesem Widerstand kam auch die kluge Meinung zum Ausdruck, daß Belgien, mochte es seine militärische Rüstung noch so sehr ver-

stärken, im Falle eines Krieges dem Angriff einer oder der anderen Großmacht doch nicht würde standhalten können und daß es daher besser täte, mit Gewehr bei Fuß, gestützt auf die Festung Antwerpen als Rückendeckung, den Gang der Ereignisse abzuwarten, statt sich von vornherein am Waffenstreit zu beteiligen, oder sich gar schon im Frieden einseitig an eine Großmacht oder an eine Mächtegruppe anzulehnen. Ähnlicher Auffassung scheint noch in dem gefahrvollen Winter 1905/06 der damalige belgische Außenminister Baron de Favereau gewesen zu sein. Wenigstens richtete er unterm 17. Februar 1906 ein Schreiben an den Kriegsminister Cousebant d'Alkemade, worin er kundgab, daß Belgien sich im Kriegsfalle gezwungen sehen könnte, vor einem übermächtigen Einbruch in sein Gebiet freiwillig zurückzuweichen und einen Teil des Landes dem Eindringling zu überlassen. Dieser Fall brauche jedoch keineswegs die Preisgabe der Neutralität, auch nicht das Auftreten Belgiens als kriegführende Macht zur unmittelbaren Folge haben. (Schreiben in den Akten des belgischen Kriegsministeriums.)

De Favereau ist mit seiner vorsichtigen Auffassung nicht mehr durchgedrungen. Ungefähr zur selben Zeit traf der Generalstabschef Ducarne mit stillschweigender Billigung seines Ministers und der Regierung die bekannten militärischen Vereinbarungen mit den Engländern. Baron de Favereau mußte die neutralitätswidrigen Militärabkommen hinnehmen, obwohl sie der Auffassung, die er im erwähnten Briefe vertreten hatte, keineswegs entsprachen. Hierin gab sich bereits der Sieg der neueren machtpolitischen Grundanschauungen über die Selbstbescheidung der älteren belgischen Politik kund. Zugleich erliegt das Land aber auch schon den Gefahren, in die es durch die Großmannssucht der Neueren gestürzt wird: Es gerät in die Fänge der Entente. Auf die Westmächte richten die Nationalisten ihre Blicke. Bei ihnen glauben sie ihre Ziele geborgen. Dem belgischen Ausbreitungsgeist erscheint die dritte Republik nicht gefährlich; er nimmt im Gegenteil gerne ihre diplomatische Unterstützung und ihr Geld für die belgischen Auslandsunternehmungen an. Der Brite, der Beherrscher der Weltmeere, dünkt diesem Ausbreitungsgeiste der unumgängliche Zwischenhändler, Austauschvermittler und Schutz-

herr zu sein, der die Türen zu den Weltmärkten nach Belieben öffnen oder schließen kann, mit dem man sich also um jeden Preis gut stellen muß! Deutschland aber ist ihm das Land eines gewaltigen Industrialismus und des kaufmännischen Wettbewerbes, dem man in aller Welt begegnet und der mit seiner Schärfe zu einer ungewohnten, unerhörten Anspannung aller Kräfte zwingt. Während die belgischen Nationalisten selber Machtpolitik und Militarismus predigen, übernehmen sie willig die aus Paris und London kommenden Schlagworte von der die Völkerfreiheit bedrohenden wirtschaftlichen und militärischen Ausbreitung Deutschlands.

Sie lassen sich offensichtlich von einer entschieden deutschgegnerischen und ententefreundlichen Stimmung leiten. Dieser Grundzug eignet auch der praktischen Politik des Ministeriums de Broqueville, besonders im Bereiche des Kolonialministers Renkin und im Militärwesen. Nationalbelgische Führer wie Hennebicq und Carton de Wiart erregen in Paris mit ihren Bekenntnissen das höchste Wohlgefallen. Man betrachtet es dort zum Beispiel als ein besonders erfreuliches Anzeichen, daß Hennebicq als Vorsitzender der Brüsseler Anwaltskammer den Elsässer Protestler Preiß mit einer irredentistischen Rede vor dem Barreau und der Gesellschaft der Hauptstadt auftreten lassen kann, und daß er trotz seiner Gegnerschaft zur Verwaltungstrennung der „Kriegsminister" der Assemblée Wallonne wird. Darin gibt sich die Verbindung der Nationalisten mit der jungwallonischen Bewegung kund. (S. S. 105.) Die Franzosen ermutigen die belgischen „Imperialisten", die bei aller Verstiegenheit keineswegs ungefährlich sind und an die Anschauungen Bannings über die Unfertigkeit der Grenzen des Landes anknüpfen.

In der angesehenen Zeitschrift Revue de Belgique (1912; S. 393) teilte Dumont-Wilden über ihre Gedankengänge allerlei Merkwürdiges mit. Darnach wollten diejenigen, die ein „größeres Belgien" erstreben, dem Volke neue Zukunftsbilder vor Augen stellen, als die Angliederung des Kongo an den Staat vollzogen war, damit dem lange vernachlässigten belgischen Nationalgedanken frische Antriebe gegeben würden:

„Man sagt, daß unser König mit nachdenklicher Miene die Karte von Luxemburg betrachte. Mit nachdenklicher Miene, das verpflichtet zu Nichts und erlaubt doch gute Dinge unterzulegen. Dann veröffentlichte Léon Hennebicq, der hervorragende Aufklärer und beredte Vorkämpfer einer Nationalpartei, die nicht in Erscheinung getreten ist, weil unsere alten Parteien zu fest zusammengekittet sind, die aber nichtsdestoweniger auf unser öffentliches Leben eine beträchtliche Wirkung ausübt, an der Spitze der neuen Zeitschrift La Vie nationale einen eigenartigen Artikel, in dem es u. a. heißt: Es gibt ein Belgien im Auslande, sei es nun das preußische Wallonien von Malmédy, oder das Großherzogtum (Luxemburg), ein Belgien, verstümmelt und geknechtet . . . . . ."

Dumont-Wilden weist dann auf Hennebicq's und seiner Gesinnungsgenossen Sehnsucht nach einer Vereinigung Luxemburgs und Limburgs mit Belgien hin und meint, die Träume derer, welche die Grenzen Belgiens bis zur Mosel vorgerückt sehen möchten, entbehrten nicht der historischen Grundlage. Aber diese Imperialisten gehen noch weiter:

„Sie nehmen nach Jahrhunderten die Machtgedanken jenes visionären Fürsten wieder auf, den die Geschichte Karl den Kühnen nennt. Wie? Haben nicht alle die Länder, die sich längs der französisch-deutschen Grenze hinstrecken, von der Schweiz bis Holland, ähnliche Züge und mehr oder minder klare Sympathien? Besonders Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen, wurden sie nicht von der Geschichte in fast gleiche Lagen versetzt? Diese Völkerschaften, zweisprachig und von gemischter Rasse, wo keltisches und germanisches Blut sich fast zu gleichen Teilen mischen, die aber der französischen Kultur ihre Gesittung verdanken in dem Grade, daß ihre vornehmen Geister eine Hauptrolle in der europäischen Bildungswelt spielen konnten, sind diese Völker nicht dazu bestimmt, als friedliche Mittler in der internationalen Politik zu dienen, wie auch in der Kultur? Gliedert Frankreich sie

sich an, so stellt Europa fest, daß sein Gleichgewicht gestört ist, und zeigt sich bestürzt über diesen Zuwachs der Macht Frankreichs; nimmt sie Deutschland in Besitz, so fühlt sich Europa gleichfalls bedroht, während andererseits diese Völkergruppen, mit ihrer freien Geistesart und völlig unter der Herrschaft der französischen Kultur stehend, unter dem kaiserlichen und preußischen Regiment leiden, wie unter der härtesten Fremdherrschaft . . . ."

„Nun, müßten nicht gesunder Menschenverstand, die Logik, das Recht zusammenwirken, um diese Stämme durch ein festes politisches Band zu einigen, aus ihnen eine Art Bundesstaat zu machen, dessen natürlicher Mittelpunkt Belgien wäre, und dessen Geschicke ebenso natürlicherweise ein liberaler Herrscher leiten würde von französisch-deutscher Rasse, wie König Albert, Koburger und Orleans zugleich?

Welch gegenseitige Stütze böten sich nicht die Industrien Elsaß-Lothringens, Luxemburgs und Belgiens? Dieser neue Staat, dieses wiederauferstandene Lotharingien, würde es nicht zur ersten Metallmacht Europas? Die belgische Kohle und das lothringische Eisen würden dem neuen Staat unerhörte Reichtümer bringen: Mülhausen und Straßburg, Dudelingen und Eschern d. Alzette hätten an Antwerpen ihren natürlichen Hafen. Die Weine des Elsaß fänden in unseren wallonischen Kellern glänzenden Absatz . . . Der Einbildungskraft eines von alledem träumenden Wirtschaftspolitikers sind keine Grenzen gesteckt.

Aber ach! es sind nur Träume: Die gesunde Vernunft, die Logik und das Recht, so wie unsere Schwachheit sie begreift, haben niemals ausgereicht, die Geschicke der Staaten und Völker zu regeln. Die Forderungen der Rassen, die Interessen der Finanzleute und Industriellen, der Groll der Nationen aufeinander, die Eitelkeiten der Politiker überlassen uns etwas dem Zufall. Seit vierzig Jahren lebt Europa in einem unhaltbaren Gleichgewicht, mit dem niemand zufrieden ist, das aber auch niemand zu ändern sich getraut, aus Furcht vor den Folgen. Auf jeden Fall ist klar, daß die schöne Kombination, die uns mit den Luxemburgern und Elsaß-

Lothringern vereinigen würde, nur möglich wäre auf Grund einer gefahrvollen Umwälzung. Doch das macht nichts aus, es ist nicht verboten Träume auszudenken, und die Träume, die einem Volk Vertrauen in seine Zukunft geben, sind keine schlechten."

Dumont-Wilden hätte beifügen können: Sie sind aber gefährlich, weil sie den politischen Geisteszustand des Landes in bedenkliche Verwirrung bringen. Der liberale Wallone Franz Foulon, ein wirklichkeitsfester und klarsehender Urteiler, erkannte dies und rechnete mit den Nationalisten ab. Er hielt ihnen vor, daß das Belgien von heute nun einmal etwas anderes sei, als was die Historie Kurths und Pirenne's und ihre Nachbeter daraus machen möchten. Ein Belgien, das Anspruch auf staatlichen Eigenbestand machen kann, gebe es erst seit 1830. Das Wesen dieses Staates sei allein in den damals geschaffenen Grundlagen und in der seither erreichten Entwicklung begründet. Im Ralliement vom 13. Juli 1913 schreibt Franz Foulon den überspannten Köpfen, „denen der Grundsatz unserer Neutralität allmählich zu drückend wird und die ihn als eine nationale Demütigung ansehen", folgendes ins Stammbuch:

„Ich kenne diesen Seelenzustand. Er hat uns einst nach Mexiko geführt, im Gefolge Napoleons III., wo wir, die wir doch selbst fremde Herrschaft ertragen haben, unsererseits einem freien Volke ein fremdes Joch auferlegen wollten. Er hat uns auf den Weg der Kolonialpolitik gedrängt, wo die freie Entscheidung der Nation durch den Willen einer einzelnen Person eingeschränkt und vergewaltigt wurde. Er hätte uns um ein Haar in der chinesischen Angelegenheit in das verrückte Unternehmen der vier Bürgermeister gestürzt. Der derbe Zuruf Wilhelms II. hat uns noch rechtzeitig auf den Weg des gesunden Menschenverstandes und der schlichten Vernunft zurückgeführt. Aber unser nationaler Stolz hat sich daran nicht viel gestoßen. Auf ähnliche Weise hat uns der alte Conquistadorentrieb, der im Grunde der belgischen Seele zu liegen scheint, eine Gruppe von abenteuernden Geistern verschafft, die davon träumen, den französisch-deutschen

Konflikt durch die Einverleibung des Großherzogtums Luxemburg und Elsaß-Lothringens in Belgien zu lösen. Man lache nicht! Das sind unsere modernen Lotharinger. Sie agitieren schon jetzt in unserer Umgebung mit einer leidenschaftlichen Betriebsamkeit, da und dort, in Zeitungen, in politischen Versammlungen. Sie haben Zweige bis ins Ausland getrieben, wo es Stimmen gibt, die eifrig auf die ihren antworten.

Die belgische Regierung kennt und ermutigt sie, bis zum Tage, wo sie sie abschütteln wird. Vorerst wartet sie noch auf diesen Tag und unterstützt solange ihre Zeitschriften, ihre Veröffentlichungen, sogar außerhalb unserer Landesgrenzen. Die belgischen Lotharinger, die von einem Belgien träumen, das von der Nordseeküste bis zum Fuße der Alpen gehen soll, die Elsaß-Lothringer, die gegen die deutsche Kultur kämpfen und vom Traume einer nationalen Selbständigkeit beseelt sind, die Franzosen von der Art des Herrn Maurice Barrès, die davon träumen, den Frankfurter Vertrag zu zerreißen, alle diese sind gegenwärtig um ein Banner geschart, von dem man hofft, daß wir in seinem Zeichen früher oder später unseren Kohl fett machen können.

Die öffentliche Meinung übersieht vollständig diese politische Bewegung, die geschickt und vorsichtig zu Werke geht, moralisch und mit Geldmitteln von der belgischen Regierung unterstützt. Sie hat als Anhang eine andere Bewegung, die uns in Bälde dazu führen soll, unsere Neutralität zu verraten. Aber könnte eine einseitige Erklärung hierbei überhaupt von uns in Frage kommen? Wir waren keine Teilnehmer beim Vertrag, der uns auferlegt wurde, und wir könnten die Verpflichtung nicht abschütteln, ohne die ganze berühmte belgische Frage wieder aufzurollen, die einst für Westeuropa ebenso schwer und drückend war, wie es heute für Osteuropa die Balkanfrage ist."

Leider sind diese hochbedeutsamen Enthüllungen Foulons nie richtig beachtet worden. Sie führen uns mitten in eine Strömung, die das Meiste dazu beitrug, Belgien in den Abgrund

der kriegslüsternen Politik der Westmächte und schließlich in das Kriegsunheil selbst hineinzutreiben. Nach dem Ausbruch des Weltkampfes konnte sich diese Strömung von Le Havre aus frei und breit entfalten. Die Leiter blieben die gleichen wie schon vor dem Kriege. Sie verrichten ihr Werk im Namen des nämlichen innerlich unwahren Nationalismus, zu dessen Trägerin die Regierung des Baron de Broqueville schon lange vor Kriegsbeginn geworden war. Dieser Mann schrieb bereits wenige Tage, nachdem er und sein Anhang die Ablehnung des deutschen Ultimatums ausgesprochen hatten, in einem Briefe, daß Belgien aus dem Kampfe größer hervorgehen müsse.

Nimmt sich das nicht aus, wie ein endlich freigewordenes Bekenntnis geheimer Wünsche, die lange auf dem Herzensgrunde des „starken Mannes" der belgischen Politik geschlummert hatten? Jedenfalls verrät auch dieser Brief, daß der Ministerpräsident den großbelgischen Plänen nahe steht, die von seinen Getreuen hernach in Le Havre unter besonders tätiger Mithilfe des Justizministers Carton de Wiart ausgeheckt und mit Zustimmung der Entente in aller Welt verkündet wurden. Die Urheber selbst sagen ausdrücklich, sie sprächen damit nur deutlich aus, was der von ihnen vertretene „belgische Nationalgedanke" schon vor dem Kriege enthielt. Also ist der Vorwurf gerechtfertigt: Ihr habt ein verderbliches Spiel gespielt. Ihr habt auf den seit einem Jahrzehnt in Sicht gekommenen europäischen Krieg gerechnet, da ihr von ihm die Erfüllung eurer geheimen Wünsche und Absichten erhofftet. Ihr ließet euch auf die krummen Wege der Einkreisungspolitik führen, trotz der hellsichtigen Warnungen eurer Gesandten und nahmet die Partei des Dreiverbandes, weil ihr ihn für den Stärkeren im kommenden Entscheidungskampfe hieltet und weil eure französischen Neigungen euch auf diese Seite zogen.

Unter der Last des Kongo.

Aus der kolonialen Ausbreitung entstanden in hohem Grade die bedenklichen Folgen, welche einsichtige Belgier befürchteten.

In einer 1913 erschienenen Schrift La part de la responsabilité de la Belgique dans la crise internationale (Brüssel 1913; Verlag der Belgique artistique et littéraire), verglich der Abgeordnete Emile Royer die belgische Kongopolitik mit der französischen Marokkopolitik und sprach ihr das Urteil vom Standpunkte eines wirklich neutralen Belgiers. Nach seiner Meinung hätte der Grundgedanke Bismarcks und der Berliner Kongokonferenz zu einer Internationalisierung des Kongo unter belgischer Leitung führen müssen. Statt dessen riß Leopold II. sein Land in die Bahn einer selbstsüchtigen kolonialen Ausbeutung und Ausbreitung hinein, was eine schwere Abirrung von den ursprünglichen Grundlagen der Kongoakte bedeutete. Mit der schließlichen Annexion des Kongostaates (1908) half Belgien selbst die Wege zu einer friedlichen internationalen Kolonisation des dunklen Erdteils versperren und eine Vorbedingung des Weltfriedens zerstören. Damit hat es nach der Ansicht Royer's die gleiche Schuld auf sich geladen, wie Frankreich im Marokkohandel. Statt die Algecirasakte, die im Geiste der Bismarckschen Kongopolitik auf eine friedliche Einigung der Völker über das nordafrikanische Gebiet hinauslief, ehrlich und gewissenhaft durchzuführen, erzwangen die Franzosen sich durch ihr vertragswidriges und gewaltsames Vorgehen die Herrschaft über Marokko. Deutschland sah seine friedlichen Absichten vereitelt und beanspruchte daher einen Ausgleich, der im Vertrage vom 4. November 1911 und in dem Erwerbe eines Teiles des französischen Kongo zum Ausdruck kam:

> „Im Jahre 1883, als kühne Reisende und Gelehrte die Gegenden Zentralafrikas unter der Führung der Internationalen Afrikagesellschaft entdeckten, konnte Emile de Lavalleye schreiben: ‚Es wäre ein tröstliches Schauspiel, die Staaten, die heute durch soviel Vorurteile, Eifersucht und militärischen Wettbewerb geschieden sind, sich die Hände zur gemeinsamen friedlichen Arbeit reichen zu sehen, zum besten der Menschheit.' Indem wir aber den Kongo annektierten, haben wir diesen schönen Traum vereiteln helfen. Wir, die wir ein internationales Bindeglied sein sollten, sind ein Faktor der Zertrennung geworden. Hoffent-

lich muß unser Land nicht eines schönen Tages den Fehler, den wir gemacht, allzu grausam büßen." (S. 20.)

Die belgischen Sozialisten und Antimilitaristen widersetzten sich der Übernahme der Kongokolonie auf den belgischen Staat in der richtigen Erkenntnis, daß damit die „Ära der internationalen Verwicklungen für Belgien eröffnet" würde, wie Hector Denis auf dem belgischen Sozialistenkongreß vom 27. Dezember 1908, sagte. Sein Gesinnungsgenosse Kamiel Huysmans, der sich während des Krieges nicht scheut, als Agent für Le Havre und England aufzutreten, meinte damals, daß Belgien durch die Annexion der Kolonie in den deutsch-englischen Gegensatz hineingetrieben werde. In der Münchener Wochenschrift März vom 10. Januar 1914 gestand Emile Vandervelde, der nunmehr als Minister in Le Havre selbst unter die Machtpolitiker gegangen ist: die Beziehungen zwischen der belgischen und französischen Regierung seien seit 1912 enger gestaltet worden, mit dem Vorgeben, Deutschland habe seine Hand nach dem Kongo ausgestreckt. Obwohl die deutsch-französischen Kongoabmachungen nach der Meinung Vanderveldes sich nicht gegen den belgischen Besitzstand richteten und sich aus den berechtigten wirtschaftlichen Zielen Deutschlands in Afrika ganz natürlich erklärten, wurde das von den französischen Zeitungen unablässig geschürte Mißtrauen der Belgier gegen Deutschland ein hauptsächlicher Grund für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die beträchtliche Erhöhung des Militärbudgets im Jahre 1913.

Noch rücksichtsloser deckte diese Zusammenhänge der sozialistische Abgeordnete L. de Brouckère auf; in einem in der Neuen Zeit vom 31. Juli 1914, also noch einen Tag vor dem Ausbruch des Weltkrieges abgedruckten Aufsatze schrieb er:

„Man hat die Annexion des Kongostaates beschlossen, man glaubte die Kolonie zu beherrschen. Heute merkt man, daß die Kolonie uns beherrscht. Wir sind in den Kreis der Weltmächte eingetreten, ohne unser kleines Gebiet zu vergrößern, was uns lächerlich macht, und die Großen werden uns nicht wieder loslassen. Wir müssen ihren Wünschen gehorchen, wir müssen rüsten und zahlen, wenn sie befehlen.

Wir müssen nach ihrer Pfeife tanzen, wie der Bauer aus dem Märchen, den der Teufel zum Ball führt . . ."

„Morgen wird uns vielleicht England, das nur bei sich den Militärdienst als lästig ansieht, wieder zur Erfüllung unserer Verpflichtungen auffordern. Was wird die Regierung tun? Wird ihr die Hochfinanz einen Widerstand erlauben, der früher oder später zum Verzicht auf den Kongo führen muß?"

Nach der Besetzung Belgiens konnten diese Verhältnisse auch von deutscher Seite an der Hand amtlicher belgischer Quellen erforscht werden. In einer auf solchen aufgebauten, lehrreichen Studie über Belgiens auswärtige Politik und der Kongo (Preußische Jahrbücher, Band 162, S. 492 ff.) kommt Professor Karl Rathgen zu Ergebnissen, durch welche die eben angeführten Urteile belgischer Parlamentarier vollauf bestätigt werden. Die Furcht für den Kongobesitz war eines der hauptsächlichsten Leitmotive der belgischen Regierungspolitik vor dem Kriege. Nicht nur die militärischen Rüstungen des Landes, sondern auch die Anlehnung an die Entente wurde zum großen Teile durch diese Furcht verursacht. Es war ein Verhängnis für das kleine Land, daß es in Afrika dieselben Großmächte zu Grenznachbarn hatte, wie in Europa. Jede Schwankung der großen europäischen Politik, jede Machtverschiebung machte sich daher mit doppelter Wucht geltend. Die Frage für die Brüsseler Staatslenker war, wie man im Falle eines Krieges am sichersten der Gefahr eines Verlustes des afrikanischen Besitzes entging. Die Westmächte, vor allem das meerbeherrschende England konnten ihn am meisten bedrohen, aber auch am wirksamsten schützen. Daher schien es geraten, sich der englischen Vormundschaft anzuvertrauen und den englischen Forderungen auch in europäischen Angelegenheiten nachzugeben. Die herkömmliche Auffassung, daß England der natürliche Schirmherr Belgiens sei, erhielt damit eine mächtige Stütze.

Es ist kein bloßer Zufall, daß der Druck Englands auf Belgien in der Kongosache sich immer dann am meisten fühlbar machte, wenn europäische Verwickelungen drohten. Die militä-

rischen Abmachungen Barnardistons mit Ducarne im Jahre 1906 fallen zeitlich nicht nur mit der Algeciraskonferenz, sondern auch mit einer starken Geltendmachung des englischen Einflusses in der Kongofrage zusammen.

Obwohl gerade Großbritannien fortgesetzt auf König Leopold und die Belgier eingewirkt hatte, die Kongokolonie auf den belgischen Staat zu übernehmen, hielt es doch mit der Anerkennung der 1908 durchgeführten Annexion bis zum Frühjahr 1913 zurück und sprach sie erst aus, als die Brüsseler Regierung das neue Wehrgesetz von 1913 durchgesetzt hatte. Es sind genügend Belege dafür vorhanden, daß England auf diese Weise die Kongofrage immer wieder benutzte, um auf die belgische Politik zu drücken und das Land im Sinne der Entente zur militärischen Rüstung anzutreiben.

Die Sorge der Belgier um den Kongo wurde überhaupt von der Presse des Dreiverbandes in unerhörter und gewissenlosester Weise mißbraucht, um die deutschfeindliche Stimmung in Belgien anzufachen. Das Pressearchiv des Ministeriums des Auswärtigen in Brüssel birgt eine Unsumme von Belegen für diese wahnwitzige Art, das kleine Land in eine Kriegsstimmung gegen seinen großen östlichen Nachbarn hineinzutreiben und es am „Leitseile der Kongofurcht in den Stall der Entente zu führen". Unaufhörlich ergeht sich die Pariser und Londoner Presse in den bösartigsten Verdächtigungen Deutschlands, das sie bezichtigt, auf die Eroberung des belgischen Kongo auszugehen. Diese Hetze erreicht seit 1911, nach Agadir, einen nicht mehr zu übertrumpfenden Grad von Lügenhaftigkeit und Gemeinheit. Der Temps und die Times geben den Ton an, in Brüssel ist die Indépendence Belge die dritte im Bunde und das Journal de Genève und die Gazette de Lausanne bilden das neutrale Echo.

Das halbamtliche Organ des Brüsseler Kolonialministeriums, das Journal du Congo, unterstützt den Lügenfeldzug mit schwerem Geschütz. Entsprechend der Denkweise seiner Hintermänner, besonders des Kolonialministers Renkin und der leitenden Regierungsmänner, dient es damit dem belgisch-französischen Freundschaftsbund, der zur selben Zeit von der französischen Propaganda überall angepriesen wird und sich in vielen Kund-

gebungen, besonders auf der Welttagung der Amitiés Françaises, unverhüllt offenbart. Der deutsch-französische Marokko-Vertrag vom 4. November 1911 bringt nicht etwa ein Abflauen der Hetze, wie man meinen sollte, sondern läßt das Feuer erst recht aufflammen. Schließlich gelingt es, die öffentliche Meinung ganz Belgiens in einen Zustand andauernder Aufregung und Spannung zu versetzen. Das Gefühl der eigenen Schwäche läßt auch ruhigere Kreise der deutschfeindlichen Seuche verfallen und ganz natürliche Ereignisse und berechtigte Handlungen Deutschlands mit dem größten Mißtrauen aufnehmen, nach Anleitung der guten Freunde in Paris und London.

Vergessen war bei den Belgiern, daß erst Bismarcks Politik einst die Begründung und Entwicklung des Kongostaates ermöglichte. Man sah darüber hinweg, daß niemand der Schöpfung Leopolds II. mehr Hindernisse bereitet hatte, als die Engländer, und daß auch Frankreich entgegen seinen schönen Versprechungen lange genug den Kongostaat zu schädigen suchte, bis das Vorkaufsrecht auf die Kolonie dem König der Belgier abgepreßt war.

* * *

Graf Albert Du Bois sagte in seinem Buche La République impériale (Paris 1905; S. 65 ff.) der hinterhältigen britischen Politik auf den Kopf zu, daß sie den Belgiern einen Teil des Kongo rauben wolle. Er kennzeichnete Englands Verhalten mit einem spottvollen Gleichnis:

„Schon ist der Vorhang aufgegangen und die herkömmliche Komödie beginnt. Die edlen, menschenfreundlichen Erklärungen hallen von allen Seiten wider. Das belgische Lamm tritt soeben auf die Bühne. Dieses Lamm ist ein Ungeheuer. Hinter seiner anscheinenden Sanftmut verbirgt sich unersättliche Grausamkeit. Sein weißes Fell trägt Flecken unschuldigen Blutes. Ein Fleischfresser ist dieses ungeheuerliche Lamm, ein Menschenfresser. Es trägt ein Halsband aus abgehackten Händen. Es kennt nicht im geringsten die einfachsten Pflichten eines zivilisierten Lammes.

Glücklicherweise wird das Allgemeingewissen bald erleichtert durch das Auftreten des britischen Wolfes. Gut-

mütig, väterlich, mit einem roten Bändchen am Halse, die Augen andächtig niedergeschlagen, wird er seine zu Herzen gehende Bußpredigt ad majorem dei gloriam bellen. Er wird dieses schreckliche Lamm belehren, daß Sanftmut, Nächstenliebe, Vergessen zugefügter Beleidigungen und Achtung vor den Rechten des Nächsten schöne und edle christliche Tugenden seien. Es wird ergreifend und rührend sein. Er wird empört sein über die blutigen Triebe seines grausamen Gegenübers und schließlich wird er unter dem Beifall der ganzen Welt, die entzückt ist, die Tugend, Sittlichkeit und Zivilisation triumphieren zu sehen, es auffressen, um ihm Lebensart beizubringen.

Diese Komödie — oder das Drama, wenn man will — hat schon fünfhundert Aufführungen erlebt. Das Lamm, das Wolfszähne haben könnte und es vorzöge, ein Schaf zu bleiben und sich auffressen zu lassen, wäre das dümmste unter den dummen Tieren."

Du Bois wünschte Frankreichs Dazwischentreten. Übrigens ließen es auch die Franzosen nicht an Lockungen fehlen, Belgien möge doch seinen Kolonialbesitz dem Schutze seiner „großen Schwester" anvertrauen. In seiner Schrift L'Europe Noire (Paris 1913) rät E. de Renty der Brüsseler Regierung, ihr Kolonialschifflein im Kielwasser Frankreichs zwischen der Scylla und Charybdis der deutschen und englischen Gefährdung hindurchzusteuern. In der Hauptsache handelt es sich für den Franzosen natürlich nur um die deutsche Gefahr. Wie die deutsche Bedrohung des Kongo auch Belgien selbst bedrohe, so müssten in Europa immer wieder gefährliche kongolesische Probleme durch Deutschlands Angriffslust entstehen. Europäische und afrikanische Fragen seien unlöslich miteinander verknüpft. Wenn zwischen Paris und Brüssel Einheit des politischen Handelns erzielt würde, könnten sie am sichersten gelöst werden.

Also Annäherung und Verbindung zwischen Belgien und Frankreich auf dem Wege der Kolonialpolitik! Vandervelde hat bestätigt, daß dieser Gedanke auch bei der belgischen Regierung verhanden war und 1911/12 in der Tat zu einer Annäherung

geführt hat. Schon im November 1911 konnte der Pariser Figaro seiner Befriedigung darüber vor aller Welt Ausdruck verleihen.

Heraus aus dem Neutralitätsturm!

In den Zeiten Leopolds I. und der älteren belgischen Staatskunst hielt sich die Brüsseler Regierungspolitik im Wesentlichen im Rahmen der Neutralität und die belgische Staatswissenschaft stützte mit ihrer richtigen Auslegung der Verträge von 1831 und 1839 diese Haltung. Man handelte nach Gesichtspunkten, wie sie der katholisch-konservative Staatsmann Charles Woeste in seiner Broschüre La Neutralité Belge (Brüssel, 1891) vertrat:

> „Die uns umgebenden Nationen genießen volle Bewegungsfreiheit. Wir nicht! Und zwar nach dem Willen Europas: Wenn wir in gewisser Beziehung die Nachteile dieser besonderen und merkwürdigen Stellung zu tragen haben, so haben wir auch das Recht deren Vorteile zu erlangen. Unsere Neutralität ist nicht unser Werk; sie ist das Werk Europas. Europa hat sie aus freiem Willen errichtet. Ihm liegt ob, im Einverständnis mit uns einen Zustand aufrecht zu erhalten, der uns auferlegt wurde."

Woeste wandte sich daher auch gegen jedes Bündnis und gegen jeden Anschluß Belgiens an irgend ein Land:

> „Uns zum Verbündeten eines Nachbarn zu machen, uns von ihnen in ein Kriegsabenteuer hineinziehen lassen, das hieße uns dem Schicksal des Besiegten aussetzen und möglicherweise uns dazu verurteilen, von dem Sieger verschlungen zu werden. Wie kann man nur mutmaßen und sogar soweit gehen, zu behaupten, daß wir gesonnen wären, unsere gegenwärtige Lage, die uns vor Zerstückelung bewahrt und uns gestattet, ohne Furcht vor Erschütterung, uns allen Friedensarbeiten hinzugeben, gegen jene verhängnisvollen Möglichkeiten einzutauschen?" (1891).

Der neuere Nationalismus wandelte die Anschauungen über Inhalt und Bedeutung der Neutralität bei den Belgiern von Grund auf. Emile Banning zwar ging in seinen Schriften mit ihr noch vorsichtig um und wollte diese Deckung für sein Land nicht missen, wenn er sie auch nicht mehr für wertvoll hielt. Auch Des Cressonnières gab 1907 einer weit verbreiteten Stimmung noch leidlich gemäßigten Ausdruck, indem er schrieb:

„Durch die Veränderung der Umstände werden internationale Verträge zur Hinfälligkeit verurteilt, ob man will oder nicht. Es handelt sich bei alledem nicht um guten oder bösen Willen, sondern um Wendungen des Schicksals, die stärker sind als der Wille . . . Nie hat eine Nation wollen können, daß ein Vertrag sie für alle Ewigkeit binde. Belgien wäre kleinmütig und unvorsichtig, wenn es sein Dasein für gesichert hielte durch ein altes Pergament von vor 75 Jahren." (L'Action Wallonne, 30. November 1907.)

Andere belgische Staatsrechtslehrer und besonders Militärschriftsteller sahen jedoch in den Neutralitätsverträgen eine Vergewaltigung Belgiens durch Europa und sprachen offen von der Möglichkeit der Aufgabe der Neutralität. Ein übles Geschenk der Londoner Konferenz nannte sie General Brialmont. Der bekannte Staatsrechtslehrer Nys pflichtete ihm bei und offenbarte einen Herzenswunsch vieler Belgier:

„Hörten wir auf, neutral zu sein, so könnten wir die unheilvolle Folgerung vermeiden, die für unser Land und unser Gebiet in der Verpflichtung liegt, den ersten Kriegsführenden zu bekämpfen, der unsere Grenze überschreitet, auch wenn es gerade der wäre, dem wir in unserem Interesse unsere Tore öffnen und dessen Operationen wir erleichtern würden, sofern wir in Friedenszeiten mit ihm ein Bündnis geschlossen hätten." (Nijs, Notes sur la Neutralité in der Revue de droit international etc. III, 15 ff. 1901.)

Von einer erklärten Geringschätzung der Neutralität ging das Gutachten aus, daß der Generalstabsoberst Ducarne, der spätere Generalstabschef, in der 1900 von König Leopold berufenen Militärkommission über Belgiens militärische und poli-

tische Lage abgab. Es war auf einer Denkschrift Bannings aufgebaut. In der Kommission, die sich aus fünfzehn höheren Offizieren und zwanzig Parlamentariern zusammensetzte, kam es über die Ausführungen Ducarnes zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der militärgegnerische Teil der Parlamentarier schied schließlich unter Woestes Führung mit Protest aus der Kommission aus, weil man von Deutschland in verletzender Weise wie von dem selbstverständlichen zukünftigen Angreifer Belgiens sprach.

Höchst bemerkenswert sind die bisher kaum beachteten Darlegungen des gelehrten Geschichtsforschers Abbé de Lannoy vom Kollegium St. Louis in Brüssel. In einer Untersuchung über Napoleon III. und Belgien (Revue Générale 1912, Bd. 85; S. 181 ff.) kommt er zu folgender Nutzanwendung:

> „Die Wahrung unserer Neutralität hängt nicht so sehr von dem Garantievertrage von 1839 ab, als von dem Willen Englands, unsere Unabhängigkeit zu erhalten. An dem Tage, wo diese englische Politik sich ändern wird, an dem Tage, wo England wegen irgend welcher Vorteile, die ihm in Europa oder anderswo geboten werden können, kein erstklassiges Interesse mehr an der Sicherung des belgischen Gebietes haben wird, an diesem Tage wird unsere Neutralität nichts mehr bedeuten, als eine Aufschrift ohne Wert und wir werden unsere Unabhängigkeit nicht weiter bewahren können, als wir sie selbst zu verteidigen imstande sein werden."

Eine Verschiebung der europäischen Lage, die De Lannoy fürchtete, war aber bekanntlich bereits 1904 eingetreten, als England mit Frankreich eine Entente Cordiale einging. Je enger sich diese gestaltete, je mehr sich in der Folge der Bund der deutschfeindlichen Mächte erweiterte und festigte, desto größer wurde die Gefahr für Belgien und seine Neutralität, wie die belgischen Gesandtenberichte schlagend dartun. Desto stärker wurde auch der Druck der Westmächte auf Belgien und desto mehr wuchs die Neigung der belgischen Regierung, sich die englische Gunst zu erhalten durch gehorsame Gefolgschaft auch auf den neuen politischen Pfaden. Mit dem Vorwand, es gelte, von vornherein dem zu erwartenden Angriff Deutschlands begegnen, schuf

man sich eine bequeme Deckung. Aus diesem Zusammenhang heraus erklärt sich die Bereitwilligkeit, mit der Ducarne 1906 auf die neutralitätswidrigen Unterhandlungen mit dem englischen Militärbevollmächtigten Barnardiston einging. Mag dieser belgische Abmarsch ins Lager der Entente später, im Jahre 1909, einen kurzen Aufenthalt erlitten haben, er wurde fortgesetzt und zum Ziele geführt, als 1911 die Regierung der Jeune Droite aufgerichtet war. Die seit derselben Zeit ins maßlose gestiegene deutschfeindliche Agitation, die im Zusammenhange damit seit 1912 in Gang gekommene Vorbereitung des Wehrgesetzes von 1913, ferner die Annahme dieser Vorlage sind deutlich sichtbare Stationen dieser Marschstraße.

Man war offenbar bereit, die Neutralität auch äußerlich vollends über Bord zu werfen, wenn es in einem geeigneten Zeitpunkte zweckmäßig erscheinen sollte. Wie um diese Möglichkeit vorzubereiten, hielt der Abbé de Lannoy, der mit dem Ministerpräsidenten und den Regierungskreisen gute Beziehungen hatte, am 21. Oktober 1913 im Institut St. Louis in Brüssel eine Eröffnungsvorlesung: La Neutralité Belge est-elle encore utile à la Belgique (gedruckt Brüssel 1913). Dieser Vortrag gab Auffassungen kund, die im Ministerium zweifellos geteilt wurden.

Der Abbé geht, gestützt auf die Ansichten französischer, deutscher und belgischer Militärschriftsteller, besonders auch Ducarne's, von der Annahme aus, daß im Kriegsfalle Deutschland in Belgien einmarschieren werde. Die französische Gefahr von ehedem ist für De Lannoy verschwunden. Die deutsche habe sich an ihrer Stelle erhoben. Er erblickt sie in dem ökonomischen Ausbreitungsdrang der Deutschen. Daß Belgiens Bestand durch die Einkreisungspolitik des Dreiverbandes in erster Linie bedroht ist, daß Deutschland hiedurch in eine unerträgliche Notlage versetzt werden würde, sieht der Abbé überhaupt nicht, oder will es nicht sehen. Denn sein politisches Fühlen und Denken zieht ihn auf die Seite der Westmächte. Englands Anschluß an den Zweibund hat es ihm angetan. Eine ganz andere internationale Lage ist damit auch für Belgien geschaffen, bei der die Neutralität ihren alten Sinn verloren hat. Muß Belgien also nicht notwendigerweise seine

auswärtigen Beziehungen entweder ganz verändern oder zu einer „mehr weitherzigen Deutung der Verpflichtungen eines dauernd neutralisierten Staates“ übergehen? De Lannoy legt dar, daß die Neutralität für die Diplomatie des Londoner Kongresses nichts anderes war, als „eine Vorsorge gegen Frankreich, als eine Schranke, aufgerichtet gegen die französische Eroberungspolitik“, daß sie nichts war, als eine Fortsetzung des alten niederländischen Barrièresystems, wobei Belgien die Verpflichtungen auf sich nehmen mußte, die vorher die Vereinigten Niederlande gegen Frankreich erfüllt hatten. Die diplomatischen Formeln von 1830 und 1839 können jedoch nicht wie Gesetzestexte nach ihrem bloßen Wortlaute verstanden werden! Die Neutralität war für die Londoner Konferenz, so deutet Abbé de Lannoy aus, nur die „Form einer augenblicklichen Politik“. Wenn sie als eine immerwährende verkündet wurde, so hatte dieses Wort „keinen unbedingten Sinn“. Vielmehr sollte „nur solange daran festgehalten werden, als die gegenseitigen Beziehungen der Staaten untereinander sich nicht verändern würden“. Das Neutralitätswerk des Londoner Kongresses war denn auch nur deshalb so dauerhaft, weil fünfzig Jahre lang von Frankreich die Gefahr drohte. Dank der günstigen Wirkungen der Neutralität konnte Belgien sich in dieser Zeit wirtschaftlich großartig entwickeln. Es hat aber schon in diesem Zeitraum über die ursprünglich ihm verliehene Machtbefugnis hinausgegriffen, indem es sich über den Festungsvertrag vom 14. Dezember 1831 hinwegsetzte und, statt für den Unterhalt gewisser Festungen zu sorgen, diese einfach schleifen ließ. Niemand erhob dagegen Einspruch, weil niemand ein Interesse daran hatte, die alte Art des belgischen Verteidigungssystems zu erhalten. (S. 10.)

England war von jeher der Hüter der Scheldemündung. Seine Verbindung mit Frankreich macht ihm aber heute die neutrale Haltung von 1870 unmöglich. Es kann die belgische Unabhängigkeit nicht mehr als neutrale, sondern wird sie als kriegführende Macht schützen. Was soll Belgien angesichts dieses wichtigen Umstandes tun? Es muß sich auf der Seite Englands und seiner Verbündeten gegen Deutschland militärisch vorbereiten, so ant-

wortet der Abbé de Lannoy ganz im Sinne der belgischen Nationalisten und Machtpolitiker. Er weiß ja wie diese, daß Deutschland im Kriegsfalle, dem unabweislichen Gebote der Selbsterhaltung folgend, die Rolle der Neutralitätsverletzung wird übernehmen müssen, die ihm durch die Ententepolitik zugeschoben wird:

„Frankreich wird Deutschland die Verantwortung des ersten Angriffs überlassen; denn diese Haltung entspricht, wenn sie auch gewisse Gefahren vom militärischen Gesichtspunkte aus in sich birgt, vollkommen seinen wahren politischen Interessen. Und wir Belgier können, anstatt unser Verteidigungssystem aus übertriebener Rücksicht auf unsere Neutralität in einer gewollten Unklarheit zu lassen, mit der Garantie rechnen, die sich aus der gegenwärtigen Bedingtheit der französischen Politik ergibt. Wir müssen unsere Armee vorwärts auf die Ostgrenze zu konzentrieren."

„Die buchstäbliche und strenge Auslegung der Verträge von 1831 verbietet allerdings Belgien in seinen internationalen Beziehungen jeden Akt, der mit einem europäischen Staat ein besonderes Einvernehmen begründen, der gegenseitige Vorteile schaffen und die Stellung vernichten würde, die unser Land gleichmäßig gegenüber allen seinen Nachbarn einnehmen muß. Ebenso wenig würde Belgien das Recht haben, eine einfache Zollunion einzugehen und ein Verteidigungsbündnis zu schließen, da die Gesamtheit der europäischen Macht genügen soll, uns vor jedem Angriff zu schützen.

Aber es ist nicht mehr vernünftig, sich an diese Verbote zu halten, da es ja ohne Zweifel möglich ist, daß mehrere der Bürgen unserer Neutralität ihre Rolle als Beschützer entweder nicht mehr aufrechterhalten können oder wollen. Wir haben schon ausgeführt, daß es allein England ist, welches ein wesentliches Interesse an der Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit hat. Mit ihm also müssen wir die Mittel festsetzen, um die Unversehrtheit unseres Landesgebietes zu erhalten. Ohne in aller Form auf die gemeinsame und alte Bürgschaft, wie sie im

Jahre 1830 geschaffen wurde, zu verzichten, wollen wir doch dieser Bürgschaft einen wirksameren und realeren Schutz zufügen, der in einem Bündnisvertrage mit England besteht. Dieser Vertrag müßte die militärischen Verbindlichkeiten regeln, wie sie uns durch diese Großmacht im Falle eines Krieges auferlegt sind. Denn indem England uns verteidigt, wacht es ja nur über seine eigene Sicherheit.

Im Jahre 1870 hat England geglaubt, nicht gegen den Geist des Vertrags von 1831 zu handeln, indem es von den zwei Unterzeichnern (Frankreich und Deutschland) ein neues und besonderes Versprechen der Neutralitätsgarantie forderte. England könnte jetzt recht wohl, ohne erst eine Kriegserklärung abzuwarten, die möglicherweise vor Beginn kriegerischer Handlungen keine Zeit mehr zu diplomatischen Besprechungen ließe, dem allgemeinen und vagen Bürgschaftsversprechen Europas die Zusage eines Schutzes beifügen, der durch einen Bündnisvertrag klipp und klar vorgesehen und festgelegt wäre.

An unserer Grenze liegt ein anders Land, Holland, das sich in einer ähnlichen Lage befindet und das dieselben Gefahren zu fürchten hat . . . . ."

„Gibt es etwas Bezeichnenderes für die neue Lage als die bewegte öffentliche Meinung, welche die beiden Länder erregt, und als die Ratschläge, die von Frankreich und anderwärts zugunsten eines holländisch-belgischen Bündnisses zu uns kommen, eines diplomatischen Vorgangs, der im übrigen sich nicht verwirklichen ließe, ohne Verletzung der Verpflichtungen einer immerwährenden Neutralität? . . . . ."

„. . . . . Die Neutralität mußte nicht, wie viele annahmen, Belgien hindern, den Kongo zu erwerben; vielmehr gab die riesige Ausdehnung seines Besitzes und Einflusses dem Lande eine Bedeutung, die sicherlich die Diplomaten der Londoner Konferenz nicht vorausgesehen hatten. Wenn die belgische

Neutralität künftig infolge eines Kolonialstreites gefährdet würde, könnte die Angliederung der Kolonie an unser Gebiet für die Bürgen unserer Neutralität einen prachtvollen Vorwand abgeben, sich ihrer Pflichten als Beschützer zu entledigen.

Wir ziehen also den Schluß: Belgien, verteidigt durch das Interesse Englands und sich stützend auf ein holländisches Bündnis, ist stark genug, um in das Recht der Allgemeinheit einzutreten und sich von den Fesseln zu befreien, die man dem Tätigkeitsdrang seiner ersten Jahre auferlegte und um eine Politik der freien Hand zu treiben. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem es eine Armee besitzen wird, die im Verhältnis zu seiner Bevölkerung und seinem Reichtum steht und dann wird es, sich klug zurückhaltend, einen beträchtlichen Einfluß in den internationalen Streitigkeiten gewinnen."

So hat der Historiker Abbé de Lannoy die Grundgedanken zusammengefaßt, denen die belgische auswärtige Politik im Zeitalter des Dreiverbandes in der Tat folgte. Nach seinem eigenen Eingeständnis lief sie auf die Beseitigung der Neutralität und auf die Schaffung eines an England angelehnten deutschgegnerischen Machtstaates hinaus.

Das Zusammenspiel mit den Westmächten.

Solche Leitgedanken, wie sie Abbé de Lannoy 1913 aufstellte, hatten insgeheim schon feste politische Form angenommen in den militärischen Vereinbarungen, die der Generalstabschef Ducarne sieben Jahre vorher mit dem englischen Militärbevollmächtigten Barnardiston traf. Sie verletzten ganz unzweifelhaft die belgische Neutralität. Selbst wenn es sich um bloße Besprechungen militärischer Fachleute und nicht um feste Abmachungen gehandelt hätte, wie die belgische

Regierung und ihre literarischen Verteidiger glauben machen möchten, wäre der Tatbestand eines schweren Verstoßes gegen die internationalen Verpflichtungen Belgiens gegeben. Kann man es aber unverbindliche Unterhaltungen nennen, wenn der belgische Generalstab in jener Zeit höchster internationaler Spannung, während des Marokkohandels, als alle Welt den Ausbruch eines europäischen Krieges befürchtete, den Engländern die Geheimnisse seiner Verteidigung preisgibt? Wenn er bis in alle Einzelheiten hinein mit ihnen die Aufnahme, den Transport, die Verpflegung englischer Truppen in Belgien ausmacht und Antwerpen als Basis hierfür hergeben will; wenn er sich zu gemeinsamen Plänen über den Aufmarsch der englisch-belgischen Heeresmacht gegen Deutschland herbeiläßt? (Vgl. Conventions Anglo-Belges. Sonderbeilage der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, 20. Februar 1917, Nr. 50.)

In späteren amtlichen Schriftstücken hat übrigens Ducarne wiederholt auf seine 1906 gepflogenen „negociations militaires" Bezug genommen. Der englische Unterhändler heißt darin der englische „Delegierte" (le délégué anglais) und Ducarne selbst bekennt, daß die Verabredungen für Belgien in der gefahrvollen Zeit der Marokkokrise und der Algeciras-Konferenz eine förmliche Sicherung gebracht hätten (des assurances formelles). Demgegenüber fallen die Ausflüchte der belgischen Regierung in sich zusammen.

Sie glaubt offenbar selbst nicht mehr, damit vor der Welt noch auskommen zu können. Denn sie greift zu neuen Gründen, um das Verhalten Ducarnes und ihr eigenes zu decken. Baron Beyens, der Minister des Auswärtigen in Le Havre, antwortete auf die jüngste Veröffentlichung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (20. Februar 1917), welche die militärischen Verabredungen bis in alle Einzelheiten brachte, unter anderm mit der gänzlich verunglückten Behauptung, Belgien habe das Recht besessen, sich mit einer der Garantiemächte, also mit England, zu verbünden, wenn es sich von einer andern bedroht glaubte. Die Brüsseler Regierung habe diesen Schritt aber nicht getan, lediglich die Heeresleitung habe aus Furcht vor einem deutschen Einfall sich in vorsorgliche Besprechungen eingelassen.

Diese nachträgliche Zuerkennung von Rechten an Belgien, die es nicht besaß, verrät ein schlechtes Gewissen. In Wirklichkeit ging man in Brüssel, wie gesagt, schon 1906 von Erwägungen aus, wie sie Abbé de Lannoy sieben Jahre später so schön auseinandersetzte. Man hielt sich schon damals zu Größerem berufen, als zur Rolle eines mit internationalen Verpflichtungen beschwerten Pufferstaates. Man empfand die Neutralität als Fessel, wollte freie Hand haben und glaubte die Anlehnung an die Westmächte als beste Sicherung für Belgiens Bestand und Zukunft ansehen zu dürfen. Bereitwillig ging man daher auf die von jenseits des Kanals kommenden Versuchungen ein.

Ducarne war nach seiner ganzen Denkweise der Mann, diese Gesichtspunkte auf militärischem Gebiete in die Tat umzusetzen. Für ihn lagen die Aufgaben der Heeresleitung in dem parlamentarischen Staate Belgien ebensogut auf politischem, wie auf militärischem Gebiete. Eine Auffassung, die übrigens unter den belgischen Offizieren gang und gäbe war, sodaß viele von ihnen an dem Streit der Meinungen und Parteien in der Öffentlichkeit teilnahmen! Schon in der Militärkommission von 1900 hat der damalige Oberst Ducarne, wie bereits früher erwähnt, über seine militärischen Befugnisse hinaus ins politische Gebiet übergegriffen und durch seine gegen Deutschland gerichtete Sachbehandlung einen heftigen Konflikt in diesem Ausschusse herbeigeführt. Auch in der Folgezeit begegnet man Ducarne als einem der eifrigsten Vorkämpfer des nationalbelgischen Gedankens.

Gingen übrigens die englisch-belgischen Abmachungen von 1906 nicht über die beiden Beteiligten hinaus? Sollten die Heeresleitung und Regierung Frankreichs dabei ganz außer Spiel geblieben sein? Sie mußten schon aus dem Grunde verständigt werden, weil die Verabredungen Ducarnes und Barnardistons die Landung des englischen Festlandsheeres in französischen Häfen vorsahen. Aber noch mehr! Der belgische Generalstabschef Ducarne nahm im September 1906 als Gast des französischen Generalstabs an den Manövern der nordfranzösischen Truppen teil und traf bei dieser Gelegenheit in Compiègne mit seinem englischen Kollegen Generalmajor Grearson zusammen. Man vervollständigte die Abmachungen vom Frühjahr. Grearson

suchte durch neue Zusagen vor allem die Zweifel des Belgiers zu beheben, ob die versprochene englische Truppenmacht von 150 000 Mann gegebenenfalls auch rechtzeitig auf dem Kampfplatz erscheinen würde. (Conventions Anglo-Belges, Nordd. Allg. Ztg., 25. Nov. 1914). Es ist wohl selbstverständlich, daß diese sozusagen inmitten des französischen Generalstabes gepflogenen Verhandlungen diesem nicht vorenthalten wurden!

Ducarne hat außerdem später in einem Schreiben an seinen Kriegsminister vom 23. März 1907 ausdrücklich von seiner „mission en France", also von einer förmlichen Sendung nach Frankreich gesprochen. Daß er lediglich Manövereindrücke sammelte, wird niemand behaupten wollen. Ducarne war nicht der Mann, sich von politischen Geschäften fernzuhalten, wie das bei deutschen Generalstabsoffizieren bei solchen Gelegenheiten selbstverständlich ist. Machte er sich doch in Compiègne auch an den holländischen Oberstleutnant Hoogeboom heran, um ihn für den damals in der Öffentlichkeit viel erörterten Plan eines holländisch-belgischen Zusammengehens günstig zu stimmen.

Die belgische Regierung bekam über alle diese Schritte des Generalstabschefs Bericht. Der damalige Minister des Auswärtigen, Baron de Faverau, scheint allerdings gelegentlich gebremst zu haben, da ihm das Auftreten Ducarnes wohl zu unvorsichtig vorkam. Aber dieser behielt Recht und die belgische Staatsleitung trägt mit die Verantwortung für das, was er tat.

Übrigens wies ja auch die öffentliche Meinung des Landes in Presse und Parlament in die gleiche Richtung. Der Umschwung der europäischen Lage durch die englisch-französische Verständigung vom April 1904 wirkt mächtig auf die Belgier zurück. Ihre Neutralitätsgesinnung lockert sich. Ihr weltpolitisches Hochgefühl, gelegentlich der Unabhängigkeitsfeste und der Lütticher Ausstellung von 1905 ins frischeste Knospen und Sprossen gekommen, nimmt eine offenkundig ententefreundliche Färbung an. Auf den Lütticher Kongressen von 1905 ordnen sich nicht nur die Führer der wallonischen Bewegung, sondern auch namhafte Vertreter des nationalbelgischen Staatsgedankens willig der französischen Propaganda ein (siehe Seite 32 ff.; 63 ff.).

Die militärische Strömung gerät in rascheren Fluß, angeregt durch das mehrfache Eingreifen Leopolds II., der sich lebhaft für die Neugestaltung der Festung Antwerpen einsetzt. Die von der Regierung am 16. Mai 1905 den Kammern vorgelegte große Antwerpener Befestigungsvorlage entfesselt den Meinungsstreit über die Wehrfähigkeit und die Rolle Belgiens in einem etwaigen europäischen Kriege wieder auf der ganzen Linie. Die Militaristen bemühen sich angelegentlich, ihrem Ziele einer stärkeren Heeresmacht näher zu kommen. In zahllosen Zeitungsaufsätzen und Broschüren werden dem Volke die Gefahren eines deutsch-französischen Krieges ausgemalt. Allgemein folgt diese Agitation den schon in der Militärkommission von 1900/01 hervorgetretenen Gesichtspunkten: Deutschland ist der gefährliche, Frankreich der gute Nachbar, England aber der im Hintergrund stehende Schirmherr. Bezeichnend für diese Art ist, um ein Beispiel anzuführen, eine aus der Umgebung des Generalstabes hervorgegangene und in Massen verbreitete volkstümliche Schrift mit dem aufreizenden Titel: „Ein deutsch-französischer Krieg. Belgien besetzt. Dreihunderttausend Deutsche in den Ardennen; Wegnahme von Lüttich“ (Lüttich 1906).

Auch im Parlament klingt die deutschgegnerische Stimmung durch. Gelegentliche Aussprüche beleuchten blitzartig die Lage. Dem Kriegsminister Cousebant d'Alkemade entfährt bei der Begründung der Festungsvorlage am 26. Oktober 1905 das bedenkliche Wort, man müsse den Mächten, auf deren Hilfe man rechne, eine sichere Operationsbasis bieten können. Gewichtige Stimmen erklären die von den Kammern genehmigte Neubefestigung Antwerpens für ungenügend. Man müsse das Freiwilligensystem beseitigen und auch das Heer mittels der allgemeinen Dienstpflicht neuschaffen. Sehr beachtet wird eine Senatsrede Sam Wieners, des Finanzmannes und Freundes des Königs (2. März 1906). Mit auffälligem Fingerzeig weist er auf einen Artikel der Times hin, worin die Belgier aufgefordert werden, ein allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechendes Heer für den Feldkrieg zu rüsten und sich nicht mit der schmählichen Rolle zu begnügen, in ihrem Zufluchtsort Antwerpen die Hilfe auswärtiger Mächte abzuwarten.

In Paris und London unterläßt man nichts, was die militärische Strömung in Belgien stärken kann. Während insgeheim die Abmachungen mit Ducarne getroffen werden, legt die englische Presse den Belgiern mit ungeschminkten Worten den offenen Anschluß an England nahe. Belgien sei eine Schöpfung Lord Palmerstons, sagt die Times am 17. Januar 1906, im Schutze Großbritanniens reich geworden, beneidet von anderen Ländern. Nun müsse es um jeden Preis seine Rüstung verstärken, denn der nächste Krieg gehe auf Leben und Tod. Wer kleinlich und ohne Wagemut sei, verdiene die Knechtschaft. Die Fortnightly Review sieht (August 1906) das zeitweise erschütterte Vertrauen auf Englands Zuverlässigkeit in Brüssel wiederhergestellt. Um aber das gegenseitige Verhältnis zu einem möglichst innigen zu gestalten, sei es notwendig, daß Belgien seine Wehrverfassung, an der England ein Lebensinteresse habe, allen neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechend ausgestalte. Belgien brauche England; mit ihm im Bunde könne ihm nichts geschehen, alleinstehend werde es erdrückt werden.

Im gleichen deutschgegnerischen Geiste wird seit dem Oktober 1905 eine lärmende Werbetätigkeit für ein belgisch-holländ'sches Wirtschafts- und Militärbündnis entfaltet. Selbst ruhiger denkende Köpfe werden durch dieses Treiben verwirrt. Offenbar soll Holland mit belgischer Hilfe in das Kielwasser der Ententepolitik geschleppt werden. Der Brüsseler Generalstab aber glaubt die Möglichkeit einer Machtverstärkung für Belgien vor sich zu sehen und nimmt trotz allem auch an dieser Bewegung verborgenen Anteil. Während er auf den Vereinbarungen mit den Engländern seine Kriegsvorbereitungen aufbaut, entwirft er für ein militärisches Zusammenwirken mit Holland wenigstens für sich heimliche Pläne. An ihm lag es nicht, wenn sie zu Wasser wurden. (Siehe den Abschnitt: Versuchungen Hollands.)

In England hätte man in einem solchen Bündnis der beiden niederländischen Staaten „die Verwirklichung der herzlichsten Wünsche" gesehen, die „unserer althergebrachten Politik" einen sicheren Erfolg gewährleisten würden (Fortnigthly Review, August 1906). Ähnlich erblickt der französische General Langlois die Interessen Frankreichs aufs engste verknüpft mit

einer stärkeren militärischen Rüstung Belgiens und mit dem erstrebten niederländischen Bunde. (La Belgique et la Hollande devant le Pangermanisme, Paris-Nancy 1906). Um dieses Zieles willen könnte nach seiner Meinung Belgien seine Gleichgewichtspolitik preisgeben und zu einer freigewählten Bündnispolitik übergehen. Er erachtet übrigens alle Rechte und Verbindlichkeiten zwischen Belgien und Deutschland für aufgehoben, da die Neutralität nicht vom Deutschen Reiche, sondern von Preußen garantiert worden sei. Solche Auffassungen von weitgehender Bündnisfreiheit werden auch von ernsthaften belgischen Politikern und Gelehrten eifrig vertreten.

In dieses Gesamtbild paßt gut die Haltung der Belgier im Marokkostreite. Nach ihren wirtschaftlichen Interessen mußten sie eigentlich für die von Deutschland in Algeciras vertretene Politik der offenen Tür und der Handelsfreiheit sein. Statt dessen nimmt die öffentliche Meinung weit überwiegend für Frankreich Partei und stellt nach dem Muster der französischen und englischen das Verhalten Deutschlands als den Ausfluß eines machthungrigen Imperialismus hin. Ob die Franzosen etwa dem belgischen Handel und Kapital eine Vorzugsstellung gewährten? Jedenfalls fällt auf, daß die franko-belgische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Maurenlande alsbald hervortritt, nachdem die Algecirasakte den ersten Abschluß des Marokkostreites gebracht hat.

Von großer Bedeutung für die Gestaltung der Dinge im Jahre 1906 ist das Hereinwirken der Kongofrage. England zeigt den Belgiern ein Doppelgesicht. Es benützt die Hetze wegen der Kongogreuel und droht mit Zwangsmaßnahmen gegen den Kongostaat Leopolds II., falls nicht Belgien die Kolonie übernehme und für gründliche Besserungen sorge. Gleichzeitig läßt es durch seinen Brüsseler Gesandten und durch seine Presse den belgischen Staat seiner unwandelbaren Zuneigung und seines Schutzes versichern. Also Peitsche und Zuckerbrot! Das Verfahren tut seine Wirkung. Im selben Jahre 1906 bezeigt Belgien doppelt seine Fügsamkeit. Seine Heeresleitung versteht sich zu den militärpolitischen Abmachungen und das Ministerium de Smet de Naeyer, das die schroff ablehnende Haltung des Königs gegen eine sofortige Annexion des Kongo lange gedeckt hatte, gibt im Dezember diesen

Widerstand auf und weicht dem englischem Drucke. Noch im Januar 1907 warnt der kluge Rechner Leopold, der den Zusammenhang der europäischen und afrikanischen Politik Edward Greys sehr wohl durchschaut, seine Minister: Vollzieht die Annexion nicht, bevor ihr nicht sicher seid, daß das Land damit nicht in fremde Abhängigkeit gerät und zur Rolle eines Dienstboten Englands herabsinkt! (Aktenmäßige Mitteilung bei Rathgen, S. 509.) Allein die Pranken des britischen Löwen hatten ihr Opfer schon zu fest gefaßt, als daß es sich noch hätte freimachen können.

In der Gefolgschaft Englands.

Neuerdings versucht die belgische Auslandspresse, die unbedingt neutrale Haltung Belgiens vor dem Kriege zu beweisen, indem sie hervorhebt, der belgische Generalstab habe auch an Abwehrmaßnahmen gegen einen Angriff Frankreichs und Englands gedacht. Ja, er habe sogar zu diesem Zwecke eine Generalstabsreise veranstaltet. (Echo Belge, 27. März 1917.)

Die Tatsachen an sich sind richtig, die von den Verteidigern der belgischen Regierung gezogenen Folgerungen sind aber falsch. Wenn der Generalstab 1909 Studien über die Abwehr eines von Westen oder Norden kommenden Angriffs zu Papier brachte, wenn er eine Übungsreise an der Westgrenze veranstaltete, so ändert dies nicht das Geringste daran, daß die Verabredungen von 1906 gegen die belgische Neutralität verstießen. Papierene Abwehrpläne gegen England bildeten auch kein Hindernis, die Abmachungen von 1906 im Kriegsfalle auch 1909 noch in Kraft treten zu lassen, sobald es nottat. Einer Erneuerung dieses Abkommens bedurfte England wahrlich nicht. Als Belgien einmal den kleinen Finger geboten hatte, war die Entente jederzeit in der Lage, die ganze Hand zu ergreifen. Wie sagte doch im Dezember 1908 Prosper Hanrez im belgischen Senate? „Die Engländer würden uns beschützen, auch wenn wir es nicht wollten.“ In der Tat, so lagen die Dinge.

Die Westmächte konnten im Ernstfalle außerdem ohne Gefahr zuwarten, bis Deutschland, um sich aus der tötlichen Umklammerung seiner übermächtigen Feinde zu befreien, den Durchmarsch durch Belgien fordern mußte. Frankreich wird Deutschland die Veranwortung des Neutralitätsbruchs überlassen, sagte Abbé de Lannoy! Das wußte man auch im belgischen Generalstab genau, rechnete damit und richtete sich darnach ein. Mit voller Überlegung gab man der belgischen Wehrmacht daher die Front gegen Deutschland. Das ist der Sinn der Abmachungen Ducarnes von 1906 und der Unterhaltungen, die sein gleichgestimmter Nachfolger General Jungbluth 1912 mit dem englischen Militärbevollmächtigten Oberstleutnant Bridges führte. (Conventions Anglo-Belges. Nordd. Allg. Ztg., 25. Nov. 1914.)

So hängte man sich an England an, obwohl man wußte, daß man dadurch selbst Partei wurde und die Neutralität beiseitesetzte. Zeitweilig regten sich allerdings Bedenken. Dann gab es wohl vorübergehende Schwankungen in diesem Kurse, ohne daß die Hauptrichtung sich änderte. Eine solche Unsicherheit machte sich im Jahre 1909 bemerkbar, als die bosnische Krise die Gefahr eines europäischen Krieges wieder näher rückte. Eine gewisse Angst vor dem gefährlichen englischen „Schutze" erwachte damals, zumal die Briten wieder einmal drohende Miene machten, Belgiens koloniale Stellung zu beeinträchtigen.

In einer offenbar aus leitenden politischen Kreisen stammenden Schrift Serons nous envahis (Brüssel 1909) hieß es:

> „Es ist für niemand ein Geheimnis, daß gegenwärtig viele Geister in England recht wenig freundschaftliche Gefühle für uns hegen. Noch vor kurzem schlug ein englisches Blatt vor, uns den Kongo abzunehmen und ihn aufzuteilen. Die Entente Cordiale zwischen Frankreich und England hat unsere internationale Lage von Grund auf geändert. Ehemals, als England noch außerhalb der Festlandsstreitigkeiten stand, hätte es uns schützen können, ohne jedes Ungemach für uns selbst. Heute aber hat es gemeinsame Sache gemacht mit Frankreich. Man hat angekündigt, daß es im Kriegsfalle 160 000 Mann auf das Festland werfen würde, um Frankreich zu unterstützen. Wenn diese Truppen versuchen würden, in

Belgien zu landen, um nach Deutschland zu gelangen, so wären sie es, die unsere Neutralität verletzten und wir müßten sie mit den Waffen zurückweisen. Diese Annahme erscheint vielleicht wenig wahrscheinlich, aber in jedem Falle ist eines sicher: Im nächsten Kriege werden alle Bürgschaftsmächte unserer Neutralität kriegführende sein. Also hätte jede Intervention die Wirkung, uns in die Auseinandersetzung hineinzureißen, statt uns davor zu bewahren.

England selbst macht uns aufmerksam, nicht zu sehr auf es zu rechnen.... Aber selbst wenn es den Wunsch hätte, uns zu Hilfe zu eilen, so käme die Hilfe zu spät, um das Los Belgiens im Falle eines deutschen oder französischen Einmarsches noch abzuwenden."

Von ähnlichen Gedanken und Bedenken war die vielbeachtete und wirksame Rede getragen, die der frühere Minister des Auswärtigen, Baron de Favereau, am 8. Dezember 1909 im Senat zugunsten der 1909 eingebrachten Wehrvorlage hielt. Er deutete auch auf die von englischen Militärschriftstellern und Politikern mehrfach angedrohte Besetzung Antwerpens durch britische Truppen hin.

Waren solche Erörterungen wirklich immer ernst gemeint? Oder bezweckten sie hauptsächlich, den Belgiern die damalige Militärvorlage als notwendig hinzustellen, welche die Wehrpflichtigkeit je eines Mannes aus jeder Familie brachte und die Stellvertretung abschaffte? Die Vermutung hat viel für sich. Andernfalls hätte es nicht bei den bloßen Worten sein Bewenden haben können. Ernsthafte Taten mußten geschehen gegen die westliche Gefahr. Auch der Generalstab erkannte diese. Gleichwohl legten die Denkschriften, die Ducarne im Februar 1909 auf Verlangen des Kriegsministers Hellebaut über die militärische Lage Belgiens im Kriegsfalle abfaßte, nach wie vor das Hauptgewicht auf die Abwehrstellung gegen Deutschland. Soweit sie ein englisch-französisches Eindringen in Betracht zogen, blieben sie graue Theorie und verschwanden in der Folge ungenützt im Dunkel der Akten.

Bedeutsam sind lediglich die politischen Urteile und Wertungen, die darin vorkommen. Wie die belgischen Ge-

sandschaftsberichte stellen sie eine glänzende Rechtfertigung für Deutschland dar. Ducarne beurteilt die europäische Lage im wesentlichen genau so wie die belgischen Gesandten. Er ist sich klar darüber, daß in London und Paris die Isolierung und Demütigung Deutschlands und damit der Krieg vorbereitet wird. Großbritannien will sich nicht mehr mit einer bloß verteidigungsmäßigen und vorbeugenden Haltung gegenüber der „deutschen Gefahr" begnügen, sondern trifft Maßnahmen, die den Willen zum Angriff verraten. Es verstärkt nicht nur seine Flotte, um die deutsche Seemacht zu erdrücken und seine Herrschaft über die Meere aufrecht zu erhalten, sondern es bemüht sich auch, ein starkes Landheer für den Krieg auf dem Festlande zu schaffen. Hierdurch gerät die belgische Unabhängigkeit in die schwerste Gefahr. Denn England und seine Verbündeten werden die Neutralität nur insoweit beachten, als es für ihre Zwecke dienlich ist. Wenn notwendig, werden sie ohne Scheu darüber hinwegschreiten. Es ist sogar denkbar, daß die Westmächte sich über die Eroberung Belgiens durch England von vornherein verständigen, so zwar, daß Belgien an Frankreich, der Kongostaat an England fiele. Viel näher aber liegt die Möglichkeit, daß England im Bunde mit Frankreich sich auf Deutschland stürzen wird und daß beide Mächte dann Belgien zum Kriegsschauplatz ausersehen werden.

Der Generalstabschef begründet seine Ansichten, indem er alle die Eigenschaften der englischen Politik anführt, die auch die belgischen Gesandten so richtig erkannt hatten: Die Feindseligkeit und Handelseifersucht gegen Deutschland, die Angriffsabsichten der englischen Bündnispolitik und des Dreiverbandes überhaupt, die Gefahren der englischen Einkreisungspolitik, die den verhaßten deutschen Nebenbuhler mit einer Schar von erbitterten Feinden umgeben will. Unter anderem heißt es:

„Hat die Diplomatie genügend vorgearbeitet, um einigermaßen sichere Ergebnisse in Aussicht zu stellen, so entschließen sich England und Frankreich, plötzlich mobil zu machen und über Deutschland herzufallen. Rußland ist mit im Geheimnis und macht gleichfalls mobil, um die deutsche Ostgrenze zu bedrohen. Österreich kann wegen Schwierig-

keiten im Innern und auf dem Balkan Deutschland nicht wirksam unterstützen. Italien zieht sich vom Dreibunde zurück und bleibt neutral oder bereitet Österreich, dessen Bundesgenosse es stets nur widerwillig gewesen ist, sogar noch vermehrte Schwierigkeiten. So würde sich Deutschland vereinzelt einer Koalition gegenübersehen (England, Frankreich, Rußland), furchtbar genug, um es zu einer strategischen Defensive zu bestimmen."

Um sich der tötlichen Einschnürung zu erwehren und der Vernichtung zu entgehen, wird Deutschland nach der Meinung Ducarnes sich mit aller zu Gebote stehenden Wucht zunächst gegen Westen wenden und, um des Erfolges sicher zu sein, einen Teil seiner Heeresmacht durch belgisches Gebiet an die französische Grenze werfen müssen. Der Generalstabschef hat kein Wort des Tadels für diesen aus dem Zwange einer Notlage erwachsenden „Neutralitätsbruch". Er sieht in der Neutralität überhaupt einen ziemlich inhaltslos gewordenen Begriff, den jede Großmacht nach ihren besonderen Interessen deutet und über den Belgien selbst längst hinausgewachsen ist. Er weiß, daß Deutschland durch die Schuld seiner Feinde im Kriegsfalle in einer furchtbaren Zwangslage wäre und daß es also im Grunde genommen die anderen sind, die Belgiens Unabhängigkeit bedrohen.

So wirft er denn die Frage auf, ob Belgiens Verhältnis zu England unter solchen Umständen nicht vielleicht ganz anders aufzufassen sei als bisher. Noch vor drei Jahren hat England sich als Freund und Beschützer aufgespielt. Beide Teile waren gegenseitig festgelegt. Darf man angesichts der bisher ungenügenden militärischen Zustände Englands derzeit an die Wirksamkeit der zugesagten Hilfe glauben? Auch der französische Generalstab gibt sich, wie Ducarne aus sicherster Quelle weiß, darüber keiner Täuschung hin, daß die englische Festlandshilfe unter Umständen zu spät kommen könnte. Sollten die Versprechungen von 1906 am Ende nur ein Manöver Englands gewesen sein, um Belgien in Sicherheit zu wiegen und dann den Plan eines plötzlichen Einfalls in Flandern vorzubereiten, der den Angriff an den Rhein vortragen soll? Noch dürfte der

Augenblick zur Ausführung eines solchen Planes nicht gekommen sein. Aber die politische Lage könne jeden Tag so gespannt werden, daß England sich trotz der derzeitigen Unzulänglichkeit seiner Mittel im Bunde mit seinen Freunden zum Kriege hinreißen läßt.

Hätten solche schwerwiegende Befürchtungen, Zweifel und Ungewißheiten nicht zu ganz anderen Ergebnissen führen müssen, als zu einigen Studien und Übungen des Generalstabs? Ernsthafte, wirksame und dauernde militärische Maßnahmen gegen die von den Westmächten drohenden Angriffsgefahren folgten nicht. Vielmehr blieb die ganze lange Westgrenze nach wie vor ohne jede Deckung offen liegen, obwohl jenseits die französischen Rüstungen ständig verstärkt, und offensichtlich alle Vorbereitungen für einen Vorstoß ins belgische Land getroffen wurden. Belgische Militärschriftsteller wie Louis Navez haben mit Recht darauf hingewiesen, daß dem vielbesprochenen deutschen Militärlager Elsenborn eine große Zahl starker Befestigungen und Garnisonen auf der französischen Seite von Dünkirchen bis Maubeuge entsprächen. In dicht gedrängten Linien liefen hier mehr als zwanzig Eisenbahnen über die ungeschützte Grenze; in wenigen Stunden konnten große französische Truppenmassen die wallonischen Gebiete und Festungen besetzen, von deren Einwohnern sie sicher nicht wie die Deutschen mit einem Heckenschützenkrieg empfangen worden wären. Und die Festungssperre von Lüttich, Huy, Namur galt doch längst zu sehr als Wehr gegen Deutschland, als daß sie den Franzosen als Hindernis hätte erscheinen können. Daran, daß die neuen Befestigungen Antwerpens Belgien gegen England decken sollten, glaubte niemand; ihre Stärke lag auch weniger auf der See- als auf der Landseite. Von der Schelde bis Veurne aber waren höchstens die Modebäder bereit, die Engländer zu empfangen, aber keinerlei Befestigungswerke und Kanonen.

* * *

Auch die belgische Öffentlichkeit war ausgiebig über die englischen Absichten unterrichtet. Niemand konnte zweifeln, daß im Kriegsfalle ein englisches Heer auf dem Festlande und in

Belgien erscheinen würde, gleichviel, ob die Neutralität dieses Landes verletzt sein würde oder nicht. Hierüber schufen zahlreiche Reden und Aussprüche britischer und französischer Staatsmänner und Heerführer, die teilweise auch in den Parlamenten in London und Paris getan wurden, volle Klarheit. R. de Brulhiard konnte daher mit Recht feststellen (Lecomte-Lévi, S. 389):

> „Die bestunterrichteten Belgier wissen, daß das britische Landungskorps eine wesentliche Offensiv-Aufgabe hätte. In die Gruppe der französischen Armeen eingegliedert, würde es teilnehmen an den Schlachten, durch die das internationale Schicksal entschieden wird, anstatt sich, wie man in Belgien ehemals glaubte, darauf zu versteifen, Antwerpen zu besetzen und dort eine abwartende Verteidigungsstellung einzunehmen."

Die namenlose Schrift L'Intervention militaire anglaise sur le Continent (Paris und Nancy 1912), die 1912 sachkundig und freimütig das Eingreifen der Engländer erörterte, betonte, daß diese sich in den Besitz Antwerpens setzen und damit die belgischen Truppen zwingen würden, an dem Flankenstoße gegen die deutschen Heere teilzunehmen. Die Engländer seien ja gewöhnt, in solchen Fällen alle gefühlsmäßigen Rücksichten ohne weiteres beiseite zu setzen (S. 23).

General Langlois benützt die seit 1910/11 wegen der Vlissinger Frage und der Marokkoangelegenheit eingetretene Erregung der Gemüter, um seine schon 1906 gemachten Vorschläge eines militärischen Zusammenwirkens Belgiens mit dem Dreiverband und mit Holland wieder in Erinnerung zu bringen (Marches de l'Est, Januar 1911: In den Krallen des germanischen Adlers). Bei der Jemappesfeier der Amitiés Françaises (September 1911) schließt er seine von kriegerischem Geiste getragene Ansprache vor dem Hahnen-Denkmal auf dem Schlachtfelde von Jemappes mit dem stürmisch bejubelten Ausrufe: „Es lebe Belgien, die Schwester und treue Freundin Frankreichs!"

Im Correspondant (September 1911 u. September 1913) kommt der ehemalige französische Generalstabschef Maitrot

in langer Beweisführung zu dem Ergebnis, daß Deutschland von einem „Überfall" auf Belgien durch gemeinsame militärische Vorbereitungen Englands und Belgiens und durch die äußerste Bereitschaft Frankreichs an der belgischen Grenze abgeschreckt werden müsse. Die letzten Ziele enthüllt Homer Lea in seinem Lord Roberts gewidmeten Werke: „Der Tag der Angelsachsen". Über das Gerede von der Heiligkeit der Neutralität gießt er die Lauge seines Spottes aus und fordert die unmittelbare Einbeziehung Belgiens und Hollands in das imperialistische und militärische System Großbritanniens. (1912.)

Schon vorher erklärte der in Belgien wohlbekannte und angesehene Londoner Sozialist Robert Blatchford in seiner Schrift über die deutsche Gefahr die beiden Länder als das natürliche militärische Vorgelände Großbritanniens auf dem Festlande; er forderte die Vereinigung ihrer Streitkräfte mit denjenigen Frankreichs und Englands. Die französischen und belgischen Freunde dieses kriegsbegeisterten Sozialisten sorgten dafür, daß seine Schrift in französischer Sprache unter die belgischen Massen kam. (1910.)

Der französische Genosse Francis Delaisi stellte diese Kriegshetze in seiner 1911 erschienenen, damals wenig beachteten Schrift: „La guerre qui vient" an den Pranger. Er weiß, daß der Besitz Belgiens und Antwerpens für England im Falle eines Krieges wertvoll genug wäre, um ungeachtet der belgischen Neutralität an der flandrischen Küste Truppen zu landen und gegen den Rhein vorzustoßen, gemäß dem Worte Lord Kitcheners, daß nicht der Ärmelkanal, sondern die Maaslinie die Grenze des britischen Weltreiches darstelle. Er weiß, daß die Engländer aus nacktem Eigeninteresse heraus die tapfere französische Armee und mit ihr die belgische als Degen für englische Zwecke benützen wollen und er weiß, daß die Abmachungen zwischen Delcassé und Grey, so sehr sie auch als bloße Verteidigungsmaßregeln hingestellt werden, nichts anderes sind, als Vorbereitungen zum Angriff:

> „Es wird der britischen Regierung ein Leichtes sein, durch Blockierung Antwerpens Deutschland zu einer Kriegserklärung zu zwingen. Dann werden wir Franzosen in die

Ebenen Belgiens einrücken und uns die Köpfe einschlagen lassen, aber diesmal nicht für den König von Preußen, sondern für den König von England."

Und die Belgier werden an unserer Seite Englands Geschäfte besorgen helfen, hätte Delaisi noch hinzusetzen können.

Selbst die Schließung des Kanals im Kriegsfalle, auch für die neutrale Schiffahrt, und der Plan der Blockierung und Aushungerung Deutschlands wird bereits 1912 von dem General Cherfils und von Admiral Germinet angekündigt (Echo de Paris, 13. Juli 1912). Den Belgiern bedeutet man, daß England dann soviel Truppen an die flandrische Küste und nach Antwerpen bringen könne, als es wolle.

Kurzum, Belgiens Haltung und die englische Truppenlandung werden zum Kernpunkt der ganzen Erörterungen über den kommenden Krieg. Die vornehmen Pariser und Londoner Zeitschriften wetteifern mit der Tagespresse, um die Darlegungen der Politiker und militärischen Fachmänner dem großen Publikum geläufig zu machen und werden in Belgien selbst von zahlreichen Federn unterstützt. Wie willenlos verfällt fast das ganze Land, durch die französische Kulturpropaganda dafür längst empfänglich gemacht, dem Banne dieser planmäßig und wuchtig arbeitenden, jahrelangen literarischen Kriegsvorbereitung.

Hätte Belgien nicht mit den Briten ein verborgenes Spiel gegen Deutschland getrieben, so hätte es derartige Zumutungen entrüstet vor aller Welt von sich weisen müssen. Zu den militärischen Sünden fügte es die politischen hinzu.

Wenn es der belgischen Regierung erlaubt, ja geboten erschien, sich gegen äußere Gefahren durch eine besondere Verständigung mit dieser oder jener Bürgschaftsmacht zu decken, also gegen die sogenannte deutsche Gefahr militärisch-diplomatische Vereinbarungen mit England zu treffen, so mußte sie gegenüber den Westmächten angesichts der vom Generalstab und den belgischen Gesandten und der Öffentlichkeit voll erkannten Gefahr ebenso handeln. Warum hat sie sich nicht eine Rückversicherung bei anderen Garantiemächten hiergegen beschafft? Daß sie dies unterließ, daß sie sich heimlich nach einer Seite hin band, be-

deutete an sich schon eine neutralitätswidrige Parteinahme und eine gröbliche Verletzung der Verpflichtung, dem europäischen Gleichgewicht zu dienen.

Statt sich politisch und militärisch gegen die englisch-französische Gefahr zu wappnen, statt wirklich nach allen Seiten gleichmäßig neutral zu sein, zog sie es vor, sich den politischen Zwecken der Westmächte zu fügen. Sie befolgte die vom Senator Prosper Hanrez am 2. Dezember 1908 im belgischen Senate empfohlene Politik. Der gab Deutschland schöne Worte und sprach von der Friedensliebe des deutschen Volkes und Kaisers, erklärte aber dann trotzdem die sogenannte deutsche Gefahr für die größere und wies Belgien seinen Platz an der Seite Englands an:

> „Vergessen wir nicht, daß es England war, welches uns immer beigesprungen ist; daß wir es ihm zu danken haben, wenn wir noch neutral und unabhängig sind und daß wir, um zu bleiben, was wir sind, auf England zählen können. Sein eigenes Interesse bildet für uns die sichere Gewähr seiner Absichten. England würde uns beschützen, selbst wenn wir es nicht wollten."

Die belgische Regierung täte also wahrlich besser daran, von ihrer angeblichen Bereitschaft gegen die Westmächte, die über papierene Ansätze nie hinausgekommen ist, zu schweigen. Sie möge sich lieber vor Augen halten, was ihr Berliner Gesandter Baron Greindl in dieser Hinsicht noch in einem Berichte vom 23. Dezember 1911 schrieb:

> „Von der französischen Seite her droht die Gefahr nicht nur im Süden von Luxemburg. Sie bedroht uns auf unserer ganzen gemeinsamen Grenze. Für diese Behauptung sind wir nicht allein auf Mutmaßungen angewiesen. Wir haben dafür positive Anhaltspunkte. Der Gedanke einer Umfassungsbewegung von Norden her gehört zweifellos zu den Absichten der Entente Cordiale. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte der Plan, Vlissingen zu befestigen, nicht ein solches Geschrei in Paris und London hervorgerufen. Man hat dort den Grund gar nicht verheimlicht, warum man

wünschte, daß die Schelde ohne Verteidigung bleibe. Man wollte unbehindert eine Garnison nach Antwerpen überführen können, beabsichtigte also bei uns eine Operationsbasis für eine Offensive in der Richtung auf den Niederrhein und Westfalen zu schaffen und uns dann mit fortzureißen, was nicht schwer gewesen wäre."

Der klarsehende Diplomat forderte, daß sein Vaterland nach dem Gebote der Neutralität auch gegen eine in Calais und Dünkirchen gelandete Armee gerüstet werde, die über die unbewehrte Grenze leicht eindringen könnte.

„Diese in Calais und Dünkirchen gelandete englische Armee würde nicht an unserer Grenze entlang nach Longwy marschieren, um Deutschland zu erreichen. Sie würde sofort bei uns von Nordwesten her eindringen. Das würde ihr den Vorteil verschaffen, sofort in Aktion treten zu können, die belgische Armee in einer Gegend zu treffen, in der wir uns auf keine Festung stützen können, falls wir eine Schlacht riskieren wollten. Das würde ihr ermöglichen, Provinzen zu besetzen, die reich sind an Hilfsquellen aller Art, auf alle Fälle aber unsere Mobilmachung zu behindern oder sie nur zuzulassen, nachdem wir uns formell verpflichtet hätten, die Mobilmachung nur zum Vorteile Englands und seines Bundesgenossen durchzuführen.

Es ist dringend geboten, im voraus einen Schlachtplan für die belgische Armee auch für diese Möglichkeit aufzustellen. Das gebietet sowohl das Interesse unserer militärischen Verteidigung, als auch die Führung unserer auswärtigen Politik im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich."

Greindls Mahnungen waren in den Wind gesprochen. Als sein Bericht in Brüssel eintraf, kam dort eben die Agitation und die vorbereitende Arbeit für eine Militärvorlage in Gang, die ihre Schärfe gegen Deutschland richtete und Belgien vollends bündnisfähig für die Entente machen sollte.

* * *

Am 25. April 1912 teilte der englische Militärbevollmächtigte Oberstleutnant Bridges dem belgischen Generalstabschef Jungbluth mit, daß „während der jüngsten Ereignisse“ (Marokkohandel 1911) ein englisches Heer von 160 000 Mann bereit gewesen sei, im Kriegsfalle auf dem Festlande und in Belgien einzugreifen, gleichviel ob die Belgier es wünschten oder nicht. Dem Einwande Jungbluths, daß zu einem solchen Vorgehen die Zustimmung seiner Regierung notwendig wäre, begegnete der Engländer mit der anmaßenden Bemerkung, das wisse er selber auch, allein die Belgier wären allein doch nicht imstande, einen deutschen Vormarsch aufzuhalten.

Die Brüsseler Regierung nahm auch diese bedrohlichen Eröffnungen hin, ohne in aller Form in London dagegen Einspruch zu erheben. Ihr Verteidiger Emile Waxweiler findet das nicht nur in der Ordnung, sondern erkennt sogar England das Recht zu solchem Auftreten zu. Die Einwendungen Jungbluths erscheinen bei ihm geradezu als Ausfluß „übertriebener Gewissenhaftigkeit“ (Waxweiler 1915; S. 164). Diese erstaunliche Deutung wäre selbst dann unzulässig und irreführend, wenn man bei jener Unterredung beiderseits unzweifelhaft von der Voraussetzung eines vorgängigen deutschen Einbruches ausgegangen wäre. Dem war aber nicht so. Der Engländer sprach vielmehr von einer Landung „auf jeden Fall“, was Waxweiler seinen Lesern vorenthält. In Brüssel mußte man also mit einem britischen Einmarsch unter allen Umständen rechnen. Die belgische Öffentlichkeit hielt ihn sozusagen für eine ausgemachte Sache. Als im Herbst 1912 die Militärvorlage des Ministeriums de Broqueville in Sicht kam, wußte die der Regierung nahestehende Metropole (8. Oktober 1912) zu melden, selbst solche Bürgschaftsmächte, auf die Belgien bisher am meisten rechnen zu können glaubte, hätten das Ministerium wissen lassen, daß sie die Verteidigungsanstalten des Landes für ungenügend hielten und „daß im Falle eines internationalen Konfliktes, wo Belgien das Schlachtfeld werden könnte, ausländische Truppenkörper bei uns einmarschieren würden“. Also auch hier hieß es ganz allgemein: „im Falle eines internationalen Konfliktes“.

Daß man in London in offenbar einflußreichen Kreisen an eine sofortige Landung dachte, um einem deutschen Einmarsch zuvorzukommen, teilte der belgische Gesandte Graf Lalaing dem leitenden britischen Staatsmanne selbst mit. Edward Grey verständigte allerdings den Grafen am 7. April 1913, daß „die gegenwärtige englische Regierung" die Neutralität achten würde, solange sie nicht von anderer Seite angetastet würde. (Waxweiler 1915, S. 164.) Man beachte aber: Das war ein Jahr nach jener militärischen Besprechung! In der Zwischenzeit war in Brüssel das Gesetz von 1913 zustande gekommen, durch welches die Wehrmacht des Landes mittelst der allgemeinen Dienstpflicht auf eine neue Grundlage gestellt und gewaltig verstärkt wurde. Nun konnte Grey, der ein Jahr vorher noch hatte drohen lassen, allerdings billige Versicherungen geben. Abgesehen von dem an sich schon zweifelhaften Werte einer Erklärung, die Geheimnis zwischen den beiden Regierungen blieb und jeden Augenblick aufgehoben werden konnte: Belgien hatte gerüstet, nicht zum wenigsten auf Betreiben der Westmächte und — für die Westmächte. (Siehe die nachfolgenden Abschnitte!) Nun konnten diese beruhigter als bisher zuwarten und dem am Leben bedrohten deutschen Reiche die erste Grenzüberschreitung überlassen, also ihm die politischen Folgen einer Gebietsverletzung zuschieben. Mit der Verstärkung seiner Wehrmacht lieferte Belgien gewissermaßen den Schlußstein zu der um Deutschland aufgeführten Einkreisungsmauer.

Selbst in leitenden belgischen Kreisen hielt man von der schönen Geste Edward Grey's nicht viel. Sonst hätte der Berliner Gesandte Baron Beyens wohl kaum am 24. April 1914 an seinen Minister Davignon die Frage gerichtet, ob man immer noch befürchten müsse, „daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein kompromittieren".

Der Versuch Waxweilers, die englisch-belgischen Vereinbarungen und Besprechungen aus dem Zusammenhange der Entwicklung zu reißen und sie mit allen Mitteln der Beschönigung als zufällige und harmlose Einzelvorkommnisse hinzustellen, ist mißlungen. Sie waren nichts anderes als die tatsächlichen Ergebnisse

einer in Belgien vorherrschenden politischen Strömung, die das Land und seine Regierung an die Seite der Westmächte führte. Die im deutschen Weißbuche erhobene Anklage, daß Belgien seine Neutralitätspflichten mißachtete und schon vor Kriegsausbruch entschlossen war, mit den Feinden Deutschlands zu gehen, besteht nach wie vor zu Recht.

Die Beweisführung Waxweilers leistet sich noch andere Ungenauigkeiten. Er betont, daß seit den Verhandlungen zwischen Jungbluth und Bridges im Jahre 1912 „nicht eine einzige Begegnung zwischen englischen und belgischen Militärpersonen stattgefunden habe". Aus den Akten des Brüsseler Generalstabs läßt sich aber erweisen, daß im Jahre 1913 ein belgischer Oberst im Auftrage seiner Heeresleitung bei den Manövern in England weilte und mit höheren englischen Militärs über das britische Landungskorps und sein Eingreifen im Kriegsfalle sprach. Er bekam die Antwort, daß 160 000 Mann bereit seien, rechtzeitig auf das Festland geworfen zu werden.

Für diese Landungsfrage hatte man in Brüssel überhaupt dauernd das größte Interesse. Wiederholt gingen belgische Offiziere „studienhalber" nach England, um hierüber Beobachtungen anzustellen und dann ihrem Generalstab Meldung zu machen. Ein Capitain-Commandant berichtet unterm 9. März 1914 rückblickend über die Bereitschaft der englischen Flotte und des englischen Heeres während des Marokkohandels von 1911 und fügt dann bei:

> „Da ich gerade von der Landung auf dem Kontinent spreche: ich hörte über diesen Punkt von militärischer Seite, daß im August 1911 Belgien für diesen Zweck ausersehen war. Dies erscheint durchaus möglich. Schrieb nicht Lord Roberts in der British Review (August 1913) das folgende: Unser Expeditionskorps wurde in gleicher Bereitschaft gehalten, sich sofort nach Flandern einzuschiffen, um so einen Teil mitzuwirken an der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts.
>
> Ich weiß sehr wohl, daß Dünkirchen und Calais im französischen Flandern liegen, aber ist es nicht auch sehr wohl möglich, daß man Zeebrügge und Ostende für die

Landung wählt, zumal unsere Küste ganz unbefestigt und weder durch Forts noch auch durch Kriegsschiffe, wenn auch nur mittlerer Größe, verteidigt wird?

Ich habe übrigens während meines Aufenthaltes in England im Gespräch mit Generälen und Stabsoffizieren wieder bemerkt, daß sie alle unser Land gründlich kennen, es zu Rad oder im Automobil bereist und sich längere Zeit darin aufgehalten haben. Viele von ihnen kennen sowohl Brabant als auch unsere Ardennen."

Der Offizier berichtet weiter noch über Vorkehrungen für die Mobilmachung des englischen Landungsheeres und über seine Verwendung auf dem Festlande. Er schließt mit der Bemerkung, der englischen Territorialarmee scheine keine große Bedeutung zuzukommen, dagegen sei die Landungsarmee hervorragend organisiert und ausgerüstet: „Das Soldatenmaterial ist gut, das Offizierkorps hat seiner Mehrzahl nach an mehreren Expeditionen oder Feldzügen teilgenommen, die Armee ist mithin vollkommen bereit und wohlgerüstet für einen Kampf auf dem Festlande."

Frankreich konnte warten.

Am 4. August 1914 sagte der deutsche Kanzler im Reichstage:

„Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht."

In der Tat, Frankreich konnte warten. Es hatte England als sicheren Bundesgenossen im Rücken. Deutschland aber war im Osten von der „russischen Dampfwalze" bedroht. Es konnte nicht warten! Wenn es sich nicht mit einem Durchmarsche durch Belgien Luft machte, lief es Gefahr, in der von der Entente geschaffenen Enge zu ersticken.

Seitdem sie ihren Bund geschlossen hatten, seit 1904, bauten Frankreich und England ihre Kriegspläne auf der „Neutralität"

Belgiens und der Hinneigung seiner leitenden Kreise zu den Westmächten auf. Belgien konnte ja leicht Gefolgschaft leisten, ohne seine Neutralität äußerlich sichtbar aufzugeben. Es brauchte nur zu rüsten und starr nach dem gleißnerischen „Rechtsgrundsatze" zu verfahren: Wer zuerst mein Gebiet betritt, ist der Feind. Daß die Deutschen dies sein würden, dafür würde die Einkreisungspolitik schon sorgen!

Man weiß, wie wegwerfend englische Politiker und Heerführer seit langem von der belgischen Neutralität sprachen. Sie war ihnen gerade recht als Mittel zum Zwecke, im übrigen jedoch veraltetes Gerümpel. Den Franzosen erschien sie als willkommene Deckung für ihre linke Flanke. Gerade so weit reichte ihre Achtung vor dieser Einrichtung, als sie ihnen Nutzen brachte. Sie trafen alle militärischen Vorbereitungen, um sie über den Haufen zu werfen, sobald sie ihnen hinderlich werden würde. Sie lagen gleichsam auf der Lauer, bis der erste deutsche Ulan seine Lanzenspitze über die belgische Grenze strecken würde. Mochte Deutschland die Schuld der äußerlichen Neutralitätsverletzung tragen! Frankreich war jeden Augenblick bereit, mit überwältigender Truppenmacht und Schnelligkeit in Belgien aufzutreten! Auf die Belgier konnte man rechnen: es galt, sie zu Rüstungen anzutreiben, bis sie stark genug waren, sich bis zur Ankunft der französischen und englischen Hilfe zu wehren.

Die literarische Kriegsvorbereitung der Entente, die kaum übersehbare französische und englische Literatur, die sich mit Belgiens Neutralität befaßte, war ganz auf diese Zwecke gestimmt, und ständig hing das Damoklesschwert der englisch-französischen Drohungen über den Belgiern.

Im amtlichen Pariser Journal des Débats erschien 1907 eine lange Aufsatzreihe von Charles Malò über die Verteidigung Belgiens und die Frage eines holländisch-belgischen Bündnisses. Darin hieß es unter anderem (19. Oktober 1907):

> „Leider blieben die Vorsichtsmaßregeln der Belgier zu allen Zeiten lückenhaft; denn man hat es diesen friedseligen Köpfen niemals verständlich machen können, daß ihre auf das Recht gegründete Neutralität im Grunde deshalb garnichts bedeutet, weil das Interesse der Großmächte, die diesen Staat

schufen, seinen Bestand gewährleisteten und die Neutralitätsrechte beachteten, gegen ein neu auftauchendes Interesse keinen Pfifferling wert ist. Dieses neue und höhere Interesse könnte dahin gehen, daß die Garantiemächte oder einige von ihnen, sich bei veränderter Sachlage, über Verträge hinwegsetzen müßten. Es könnte Deutschland fast sicher, Frankreich mit großer Wahrscheinlichkeit durch rein militärische Erwägungen und durch die unmittelbare Notlage dahin getrieben werden."

Der Verfasser von La France en Danger (Paris 1913) bekannte:

„Um es frei heraus zu sagen, das Scheingebilde einer belgischen Neutralität kann nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Verträge von 1839 sind hinfällig geworden, wenn nicht formell, so doch tatsächlich. Sie sind abgeschlossen worden zu einer Zeit, als die Verhältnisse in Europa ganz anders waren, als jetzt. Schon durch die Tatsache, daß die Bürgen der belgischen Neutralität sich in zwei feindliche Gruppen teilten, ist die Garantie dieser Neutralität dahin. Im Falle eines französisch-deutschen Krieges wird Belgien so oder so am Kriege teilnehmen müssen."

Wie der belgische Major René Bremer in seinem Buche Patriote avant tout (Brüssel 1913; S. 141 ff.) mitteilt, hielt die Pariser Revue d'Infanterie die Neutralität Belgiens vom militärischen Standpunkte aus für ein „Nichts", für einen bloßen diplomatischen Ausdruck. Dem General Biottot erschien Belgien als das natürliche Schlachtfeld für die Großmächte. Das Journal des Sciences Militaires meinte, Frankreich hätte eigentlich noch wichtigere Gründe, die belgische Neutralität zu verletzen als Deutschland, sobald die Deutschen einen Vorwand hierfür lieferten. Ähnlich glaubte die France Militaire, daß die Sicherheit der rückwärtigen Verbindungen ein französisches Eingreifen in Belgien nötig machen könnte, bevor überhaupt eine deutsche Vorhut sich der Maasbrückenköpfe bemächtigte.

Der Kommandant Thomasson schrieb in der Revue Française des questions diplomatiques et coloniales, das einzige Hilfsmittel, die Schwäche der belgischen Verteidigung auszugleichen, sei eine sofortige gründliche Angriffsbewegung des 10. französischen Korps, das mit seiner Friedensstärke unverzüglich auf Namur rücken müsse.

Ähnlich meinte der Kommandant Chenet:

„Schon die Zusammenziehung deutscher Korps gegen Malmédy bildet eine Bedrohung der belgischen Neutralität und würde uns also berechtigen, in Belgien einzumarschieren und das Plateau Bertry—St. Hubert zu besetzen."

Er befürwortete eine hinhaltende Kriegführung an der elsaß-lothringischen Grenze und einen kräftigen Vorstoß durch Belgien an den Rhein mit vereinigten französischen, englischen und belgischen Truppen. (Maxime Lecomte und Lieutnant-Colonel Camille Lévi: Neutralité Belge et Invasion Allemande; Paris und Brüssel 1914, S. 583.)

In Belgien war man sich über die wahren Ziele Frankreichs ebenso im Klaren, wie über diejenigen Englands. Die Belgique Militaire schrieb 1911, die Franzosen würden zwar aus politischen Gründen vermeiden, als erste den belgischen Boden zu betreten, hätten jedoch alles bereit gemacht, um einem deutschen Einmarsch im gegebenen Augenblick durch einen blitzartigen eigenen Vorstoß zuvorzukommen. Maubeuge sei als Stützpunkt für eine solche Unternehmung bestimmt (Marches de l'Est, S. 311). Wie es an der französischen Grenze bestellt war, wußte in Belgien alle Welt. (Siehe Seite 385.) Am 14. Februar 1913 las man im Pays Wallon folgende unwahrscheinliche Meldung, die der Pariser Gil Blas vom 25. Februar bezeichnenderweise für möglich hielt:

„Ich erfahre aus sicherer Quelle, die bisher vollständig geheim gebliebene Nachricht, daß seit mehreren Wochen die Festung Maubeuge eiligst mit einer großen Menge englischer Munition versorgt worden ist. Man weiß, daß die englischen Geschütze nicht dieselben Geschoße gebrauchen, wie die französischen, und man begreift leicht, daß die befreundeten Regierungen sich schon im Frieden damit beschäftigten, auf

französischem Gebiete die Munitionsvorräte zu vereinigen, deren die englische Artillerie im Kriegsfalle bedürfen wird."

Im Bulletin der Ligue de Défense Nationale (Nr. 12, Dezember 1912, S. 5) konnte Alban Bertrand behaupten, daß für verschiedene französische Reiterregimenter für den Kriegsfall Sammelplätze auf belgischem Boden bestimmt seien.

In Brüssel schloß man zu alledem die Augen. Statt des gebotenen Einspruches gegen die französischen Absichten, verbreiteten welschbelgische Blätter den Aufsatz eines fremden Militärbevollmächtigten, der in einer Pariser Zeitung ohne weiteres ein festes Militärabkommen Belgiens mit Frankreich empfahl (Independance Belge, 3. Januar 1913).

Übrigens stand der belgische Generalstab 1912 ebenso wie sechs Jahre früher nicht nur mit dem englischen, sondern auch mit dem französischen in Fühlung. Bei den großen französischen Manövern des Jahres 1912 an der elsaß-lothringischen Grenze war auch er durch eine Abordnung vertreten. Die damaligen geheimen Beratungen der Entente über einen Kriegsplan gegen Deutschland sind ihm sicher nicht entgangen. Denn diesem Plane lag, wie der französische Kriegsminister Millerand in einer Rede am 22. Oktober 1916 ausgeplaudert hat, die Voraussetzung eines deutschen Vormarsches durch Luxemburg und Belgien zugrunde. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die schleunige Vorlage des belgischen Wehrgesetzentwurfes an die Kammern im Dezember 1912 nicht nur mit den bedrohlichen Eröffnungen des englischen Militärbevollmächtigten Bridges, sondern auch mit diesen Besprechungen in Frankreich in Zusammenhang bringt. (Vgl. Nieuwe Haarlemsche Courant, 11. November 1916.)

Ein Zufall war es sicher nicht, daß in diesem Herbste die Franzosen genau so wie die Engländer mit „freundschaftlichen Ratschlägen", hinter denen die Drohung lauerte, auf die Belgier und ihre Regierung einwirkten, die Heeresmacht ihres Landes zu vervollkommnen. Als dies Ziel erreicht war, sah sich Frankreich noch mehr als vorher in der Lage zu warten, Deutschland aber für den Kriegsfall vollends in die äußerste Zwangslage versetzt.

Die Wehrfrage.

Parlament und Generalstab.

Lange Jahre ist in Belgien heiß um die Wehrfrage gestritten worden, in der Presse, bei Wahlen, im Parlament. Diese Kämpfe zogen nicht nur das innerpolitische Leben stark in Mitleidenschaft, sondern rührten überhaupt an die Grundlagen und das Wesen des Staates. Denn mit ihnen hing der Meinungsstreit über Wert und Bedeutung der Neutralität unlöslich zusammen. Die Stellung Belgiens innerhalb der europäischen Staatenwelt stand also mit zur Erörterung.

Jene aus fünfzehn Offizieren und zwanzig Abgeordneten zusammengesetzte gemischte Kommission, die von König Leopold II. im November 1900 berufen wurde und bis in den April 1901 hinein über die militärische Lage Belgiens beriet, rollte die Wehrfrage in ihrem ganzen Umfange vor der breitesten Öffentlichkeit auf. Mochten sich die beschlußmäßigen Ergebnisse auch auf allgemeine Richtlinien beschränken und hinter dem zurückbleiben, was der König und die Militaristen sich erwarteten, die Grundgedanken einer Erneuerung der Wehrverfassung sind doch schon damals herausgearbeitet und dem Volke nähergebracht worden. Die Bemühungen, über das bestehende Verteidigungs- und Befestigungssystem hinausgehend ein zahlenmäßig starkes, allen Anforderungen gewachsenes F e l d h e e r zu schaffen, kamen seitdem nicht mehr zur Ruhe, bis das Ziel mit dem Heeresgesetz von 1913 erreicht schien.

Schroff genug prallten die Gegensätze aufeinander, bis die militärfreundliche Strömung in allmählichem Vordringen das Übergewicht erlangte. In der Kommission von 1900/01 stießen die ziemlich hochfliegenden Pläne der Militärpartei noch auf die grundsätzliche Gegnerschaft der Vertreter der parlamentarischen Mehrheit. (Vgl. Seite 341.)

Die Offiziere, an der Spitze der Oberst im Generalstab Ducarne und der General Chapelié, führten die Verhandlungen im Geiste Bannings. Sie wollten Belgien eine Wehrmacht verschaffen, stark genug, um selbständig die Neutralität, die für sie gleichbedeutend mit Unverletzlichkeit des Gebietes im Kriegsfalle war, mit den Waffen nach allen Seiten zu schützen und darüber hinaus ein politisches Machtmittel in der Hand der Regierung zu sein. Mit auffälliger Schärfe kehrte Ducarne den Gesichtspunkt hervor, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges Deutschland wegen seiner größeren Bereitschaft rascher an der Maas sein würde, als sein Gegner. Er scheute sich nicht zu behaupten, daß der deutsche Generalstab entschlossen sei, den Angriff durch Belgien zu tragen. Die Regierung schien mit einem auf Banning zurückgehenden Gutachten über die belgische Neutralität dieses Mißtrauen gegen Deutschland zu teilen.

Die Gegner hielten zwar eine mäßige Waffenmacht für notwendig, um der Neutralität Achtung zu verschaffen, erklärten jedoch unter Berufung auf Frère-Orban, Lambermont und ältere Staatsmänner „die Bestrebungen der Schule, deren Begründer der General Brialmont gewesen ist, während Emile Banning einer ihrer sichtbarsten Führer war", für einen verhängnisvollen Irrtum und für eine schwere Gefahr. Sie sahen darin eine Entwertung der Neutralität und einen aussichtlosen Versuch, das Land lediglich auf seine eigene Kraft zu stellen, die in jedem Falle unzureichend wäre. Niemals werde das zwischen den Großmächten eingekeilte Belgien unüberwindlich sein, rief der katholische Abgeordnete Verhaegen aus, weder mit 150 000 noch mit 300 000 Mann, noch mit allen seinen Kräften. Es könne und dürfe nicht die Rolle einer Großmacht übernehmen (Sitzungsberichte der Commission chargée des questions rel. à la situation militaire; 1900/01, S. 46).

In einer Abhandlung über die internationalen Verpflichtungen Belgiens in militärischer Hinsicht (Revue générale 1901; I, 321, 555) faßte ein Gesinnungsgenosse Verhaegens, der Abgeordnete und spätere Arbeitsminister Delbeke, die Gründe gegen eine militärische Machtpolitik zusammen. Schonungslos enthüllte er deren Triebkräfte. Man begehe einen „schamlosen Mißbrauch"

mit den Neutralitätsverträgen, wenn man behaupte, daß Belgien durch diese Verträge überhaupt zu Rüstungen verpflichtet sei. Niemals sei dem Lande zugemutet worden, sich bloß aus eigener Kraft nach allen Seiten zu behaupten. Kein auswärtiger Staat sei berechtigt zu verlangen, daß Belgien zu diesem Zwecke eine Militärmacht werde. Inwieweit es Truppen unterhalten wolle, sei eine rein innerbelgische Angelegenheit, im übrigen trage Europa die Sorge für sein Bestehen mit. Das ältere Verteidigungssystem des Landes habe dieser Lage auch Rechnung getragen. Der Patriotismus der „Neomilitaristen" aber mache sich von den „Vorurteilen" frei, an denen die Belgier „aus politischer Klugheit und wegen der Verbindlichkeiten, welche die Nation schon bei ihrer Taufe eingegangen ist", bisher festhielten:

„Sie wollen eine Armee, die so stark ist, daß sie nicht gleich vor einer Übermacht zurückweichen muß, die sich nicht in Festungen zurückzuziehen braucht, um die Hilfe der Gewährsmächte abzuwarten. Sie wollen das Feld behaupten, sie wollen im kommenden Streite eine Rolle spielen und ihren Verbündeten selbst wählen, nachdem man von ihm Garantien gefordert, vielleicht — sie sagen es nicht — nachdem man sich im voraus einen Anteil an der territorialen Beute gesichert hat. Ja, derartige ruchlose Ziele machen sich schamlos breit in den Schriften der Militärpartei, mit ansehnlichen und selbst offiziellen Unterschriften. Der General Brialmont hat zuerst das System entworfen und die These hat sich allmählich immer mehr entwickelt . . . ." „. . . . Auf die eine oder die andere Weise, sei es, daß man unsere Neutralitätsverpflichtungen grob verleugnet, sei es, daß man vorgibt, sie einzuhalten, sei es, daß man sie gegebenenfalls für verfallen erklärt, will man die Möglichkeit haben, sich den Kriegführenden herauszusuchen, mit dem man, ganz wie eine Großmacht, ein Übereinkommen trifft, um die anderen zu bekämpfen."

Ein solches Beginnen hielten Delbeke und seine Freunde, unter ihnen auch Woeste, für „Wahnsinn und Verräterei gegenüber den Mächten, für Ungeschicklichkeit und Unklugheit gegenüber dem Vaterlande". Belgien würde in jedem Falle die Beute des

Siegers werden, entweder als erobertes Land, oder als willenloses Werkzeug. Schon zu Friedenszeiten würde man Belgien beschuldigen können, daß es seinen Bundesgenossen bereits gewählt habe und daß es nach Kriegsausbruch leicht selber die erwünschte „Invasion provozieren könne", um sich volle Handlungsfreiheit und den Vorwand für sein Eingreifen zu schaffen.

> „Vermeiden wir diese Gefahr, indem wir verkünden, daß unsere Wehrverfassung mit unserer Lage und unserer Neutralitätspflicht in Einklang stehen, das heißt, rein defensiv und e i n g e s c h r ä n k t sein muß. Hören wir auf, zu sagen, daß wir bis an die Zähne bewaffnet sein müssen, um das Schlachtfeld behaupten und eine Angreiferrolle an der Seite der Großmacht unserer Wahl spielen zu können. Dann werden wir wahrhafte Patrioten sein, denn wir werden aufhören, das Vaterland zu gefährden . . . ."

Das Verfahren der Militaristen, der öffentlichen Meinung in Zeitungen, Fachzeitschriften und Kundgebungen Furcht einzujagen und dem Lande „chinesische, französische und deutsche Ungeheuer" vorzutäuschen, um seine gesunde Überlegung zu verwirren, geißelte Delbeke aufs schärfste. „Im Namen des Patriotismus entwertet man die Verträge, fälscht man ihren Sinn, führt man einen Lärmfeldzeug."

* * *

Ist es nicht höchst bemerkenswert, daß diese Angriffe sich hauptsächlich gegen den Mann richteten, der fünf Jahre später als Generalstabschef den heimlichen Pakt mit dem englischen Militärbevollmächtigten einging? In der Kommission von 1900/01 war der damalige Oberst Ducarne als gelehriger Schüler Brialmonts, Bannings und Leopolds II. aufgetreten. So heftig stießen er und die andern Wortführer der Militärpartei mit ihren Gegnern zusammen, daß diese ihren Widerstand mit dem feierlich erklärten Austritt aus der Kommission besiegelten.

Aus ihren Darlegungen ging hervor, daß sie nicht aus bloßer unsozialer Abneigung gegen die allgemeine Dienstpflicht handelten, wie man ihnen vorwarf. Vielmehr fürchteten sie offenbar die politischen Folgen einer hochgespannten militärischen Macht-

entfaltung und scheuten sich, dem König und den belgischen Nationalisten die Machtmittel zur Ausführung großmannssüchtiger Pläne bereitzustellen. Dementsprechend beließ es die Wehrreform, die im März 1902 von der von Woeste geführten Kammermehrheit beschlossen wurde, bei der bisherigen Truppenstärke und bei dem System der Aushebung durch das Los und der Stellvertretung, ergänzt durch Werbung von Freiwilligen.

Auch über die 1905 angenommene Antwerpener Festungsvorlage hinaus erhielt sich die Abneigung der Kammermehrheit gegen eine gründliche Umgestaltung des Heerwesens. Dann aber bahnte sich ein allmählicher Wandel der Anschauungen an. Der meist aus jüngeren Abgeordneten zusammengesetzte demokratische Flügel der Regierungspartei, die Jeune Droite, neigte aus sozialen Erwägungen heraus dem auch von den Liberalen und Sozialisten vertretenen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zu. Schon 1900/01 hatten einige Abgeordnete dieser Gruppe, so der spätere Kolonialminister Jules Renkin, sich militärfromm gezeigt. Als im Jahre 1908 der neue Kriegsminister General Hellebaut, von rein fachmäßigen Gesichtspunkten ausgehend, das Wehrgesetz von 1902 für unzureichend erklärte, da es die festgesetzte Heeresstärke nicht verbürge, als er gleichzeitig mit Reformvorschlägen herausrückte, die grundsätzlich auf die allgemeine Dienstpflicht hinausliefen, wenn auch mit beschränkter Durchführung, stieß er zwar auf den heftigen Widerstand Woestes und seines Anhanges, fand aber nicht nur die Unterstützung der Parteien der Linken, sondern auch diejenige verschiedener Mitglieder der jungen Rechten.

So blieb Woeste in der Minderheit, als nach langwierigem Streite am 1. Dezember 1909 über ein neues Wehrgesetz abgestimmt wurde, welches je einen Mann aus jeder Familie der Dienstpflicht unterwarf. Am 14. Dezember ging es auch im Senate durch; am Abend des gleichen Tages setzte der schwerkranke König seine Unterschrift unter das Gesetz. Noch auf dem Totenbette hatte Leopold also die Genugtuung, den von ihm zeitlebens vertretenen Wehrpflichtgedanken der Verwirklichung nähergebracht zu sehen. (Vgl. Emile Vandervelde, Les dix dermières années du règne de Leopold II, 1900—1910; Gent 1910.)

Die Annahme des Gesetzes bedeutete ein Vordringen der machtpolitischen Strömung. Das konnte man aus den Verhandlungen in den Kammern deutlich erkennen, am meisten aus einer Aufsehen erregenden Rede, die der ehemalige Minister des Auswärtigen, Baron de Faverau, am 8. Dezember 1908 im Senat zugunsten der Vorlage hielt. Noch im Februar 1906 hatte er es als Leiter der auswärtigen Politik in einem Briefe an den Kriegsminister für angängig erachtet, daß Belgien sich vor einem Einmarsch übermächtiger fremder Truppen zurückziehen könne, ohne seine Neutralität damit aufzugeben, daß es aber die Gebietsverletzung nicht ohne weiteres mit einer Kriegserklärung zu beantworten brauche. Nun hielt er es, wie der Generalstab, für eine selbstverständliche Sache, daß man einer Grenzüberschreitung ohne Weiteres mit den Waffen begegne und sich im Frieden schon für diesen Fall stark genug mache. Das um so mehr, als die Bürgschaftsmächte kraft der Verträge zur Intervention wohl berechtigt, aber nicht verpflichtet seien. Er bezweifelte, daß England im Falle eines französischen Durchmarsches seinem Bundesgenossen in den Arm fallen würde. Bestünde der Neutralitätsvertrag nicht, so könnte Belgien sich durch ein regelrechtes Bündnis schon im Frieden schützen. So aber müsse es sich selbst zum alleinigen Herrn seines Schicksals machen. In seiner geschichtlichen und staatspolitischen Begründung folgte de Favereau den Spuren der Nationalisten. Wenn einige Zeitungen seine Hinweise, wichtige geheime Schriftstücke hätten ihm während seiner Amtsführung als Minister des Auswärtigen Klarheit über die Lage Belgiens gegeben, auf die geheimen Niederschriften Bannings bezogen, so mochte das stimmen. Jedenfalls erzielte die geschickte Rede, die auch Englands angebliche Ungunst in den Vordergrund schob, um den Belgiern Angst zu machen, den gewünschten Erfolg.

Die Mehrheit des Parlaments stellte sich auf die Seite derjenigen, die eine stärkere militärische Machtpolitik für geboten hielten.

* * *

Lange bevor diese Wandlung in Erscheinung trat, hatte der Generalstab in aller Heimlichkeit die ihm von seinen parla-

mentarischen Widersachern gezogenen Schranken durchbrochen. Durch die Absprache mit England gab er im Januar 1906 der Wehrpolitik im Verborgenen eine folgenschwere Wendung. Was Delbeke gefürchtet hatte, trat damals ein: Schon im Frieden trafen die verantwortlichen Gewalten eine „Wahl unter den Großmächten", ohne daß die Volksvertretung davon Kenntnis bekam. Wir haben in Belgien dieselbe Erscheinung, wie auch in anderen „Demokratien": Unter Umgehung des Parlaments wurden schwerwiegende militärisch-politische Entscheidungen getroffen. Nachträglich erlangte man mit anderer Begründung die Bewilligung der notwendigen militärischen Mittel, die man zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen brauchte.

Die Folgerungen aus dem Vorgange von 1906 ergaben sich von selbst. Die Heeresleitung konnte, angelehnt an England und Frankreich, ihre Kriegsvorbereitungen auf e i n e Front einstellen, also die militärischen Kräfte „gegen Osten konzentrieren". Nach außen begründete man, wie wir erwiesen haben, diese Rüstungspolitik in Wort und Schrift mit dem Vorgeben, daß die Neutralität die unbedingte Unverletzlichkeit des Landesgebietes in sich begreife, die am meisten von Deutschland bedroht sei. Belgien sei kraft seiner internationalen Verträge verpflichtet, sich so stark zu waffnen, daß es jede Überschreitung seines Gebietes unverzüglich mit Waffengewalt zurückweisen, ja vielleicht schon die Absicht eines Durchmarsches durch das Aufgebot seiner Macht vereiteln könne.

Daß im Kriegsfalle Deutschland zuerst in Belgien eindringen werde, betrachteten die Militaristen als eine nicht unwillkommene Selbstverständlichkeit. Der Generalsabschef Ducarne sah den Durchmarsch, wie wir oben sahen (Seite 382 ff.), von rein strategischen Gesichtspunkten aus als eine für Deutschland unerläßliche Notmaßregel an. Außerdem war klar: Je stärker Belgien selbst militärisch dastand, desto leichter konnten die Westmächte mit einem Einmarsch zuwarten, desto dringlicher wurde es für Deutschland, einem englisch-französischen Vorstoß gegen den Rhein, der Belgien mitreißen würde, durch rasches Handeln zuvorzukommen.

Forderte aber das Deutsche Reich den Durchmarsch durch „neutrales" Gebiet, dann hatte Belgien den notwendigen Vorwand,

nach Plänen, die im Frieden bereits sorgsam vorbereitet waren, seine Streitkräfte mit denjenigen der Westmächte zu vereinigen.

Mit diesen auf gewollt einseitiger Auslegung der internationalen Verträge beruhenden Berechnungen half Belgien die Neutralitätsformel zu einem Fallstrick für Deutschland machen. Dem Volke aber wurde unaufhörlich vorgeredet, vom Osten drohe „der Feind"; er führe die Eroberung der belgischen und niederländischen Lande im Schilde und lauere nur auf den günstigen Augenblick, um über die Grenzen vorzubrechen.

Die Einkreisungspolitiker in Paris und London, denen diese Auffassungen von Neutralität und Neutralitätsverteidigung ausgezeichnet in die Rechnung paßten, liehen bereitwilligst ihre Unterstützung, um diese Leitsätze in der Öffentlichkeit zu patriotischen Glaubensartikeln zu stempeln. Wagte ein Politiker oder Schriftsteller dagegen anzugehen, so tat man ihn in Acht und Bann. Gegen den General Witte, der unter dem Decknamen O. Dax die politischen und militärischen Voraussetzungen der Brüsseler Generalstabspolitik entkräftete, zogen die Militärschriftsteller der Westmächte und ihr belgischer Anhang der Reihe nach vom Leder; ebenso gegen den Major a. D. Girard, der in scharfsinnigen Untersuchungen über die Neutralität und die internationale Lage seines Landes zu einer gründlichen Ablehnung der von den leitenden Stellen eingehaltenen Richtlinien kam.

Wie schon 1901 der bekannte Staatsrechtslehrer Nijs, stellte er nämlich fest, daß in den internationalen Verträgen von 1831 den Belgiern zwar die vertragliche Neutralität, keineswegs aber auch die Unverletzlichkeit ihres Gebietes im Kriegsfalle verbürgt wurde. Sie seien auch selbst nicht verpflichtet, diese Unverletzlichkeit um jeden Preis aufrechtzuerhalten, sondern könnten sogar einen Durchzug fremder Truppen durch ihr Gebiet geschehen lassen ohne ihre Neutralität aufzugeben. Also eine ähnliche Anschauung, wie sie Herr de Faverau noch 1906 vertrat. Girard rief seinen Landsleuten den von ihren amtlichen Gewalten gänzlich beiseite geschobenen sogenannten Festungsvertrag von 1831 ins Gedächtnis zurück, der zwei Bürgschaftsmächten, nämlich Preußen und England, im Falle eines Krieges gegen Frankreich gewisse Durchzugs- und Besetzungsrechte einräumte. Er deckte ebenso wie O. Dax den Wider-

sinn einer Politik auf, die einem vermeintlichen rechtlichen Zwange folgend, die Haltung Belgiens in einem künftigen Weltkriege unter Umständen vom Zufall abhängig machen wolle, indem sie derjenigen Nachbarmacht den Krieg erkläre, die als erste die Grenze überschreiten würde. Belgien habe sich seiner Aufgabe, als Gleichgewichtsfaktor in Europa zu dienen, zu erhalten. Nicht einen mißverstandenen oder absichtlich mißdeuteten Rechtsbegriff der Neutralität, sondern sein eigenes Fortbestehen müsse es daher verteidigen. Die Unabhängigkeit sei aber weniger durch den Krieg, als durch den darauf folgenden Frieden bedroht. Wenn eine Nachbarmacht, z. B. Deutschland, seine Truppen durch das Land führe, so geschehe dies nicht in der Absicht, Belgien zu unterjochen, sondern einfach aus strategischen Gründen. Töricht wäre es, sich einer Übermacht unter allen Umständen zu widersetzen, selbst auf die Gefahr hin, erdrückt zu werden und das eigene Dasein zu zerstören; klug dagegen, in frei gewählter Zurückhaltung mit Gewehr bei Fuß das Ringen der Mächtigen geschehen zu lassen und eine günstige Gelegenheit zur Sicherung der eigenen Interessen zu erspähen. Nicht als feiger Schwächling sollte Belgien nach Girard so handeln, sondern aus freier Entschlußkraft und mit einer schlagfertigen Heeresmacht in Bereitschaft. (Girard, La Belgique et la guerre prochaine; 1889. — La Belgique entre la Triplice et la Triple entente; Tribune Nationale 1911/12. — O. Dax, Situation de la Belgique en prévision d'un conflit franco-allemand Brüssel, 1911.)

Derartige „Ketzereien" erregten die helle Wut der Franzosen und ihrer belgischen Freunde. Begreiflich! Wenn solche Ansichten Geltung erlangten, so ging Belgien für die Zwecke der Einkreisungspolitik verloren. Dann kamen auch die Pläne des Brüsseler Generalstabs ins Wanken.

Der französische Oberst Boucher, Verfasser verschiedener Kriegsschriften gegen Deutschland, warnte in seiner Broschüre La Belgique à jamais indépendente (Paris 1913) daher eindringlichst vor den Ratschlägen solcher „Deutschenfreunde" wie Witte und Girard. Er riet, lieber den Lehren Brialmonts und Ducarnes zu folgen, die das Verteidigungssystem Belgiens vor allem gegen Deutschland eingerichtet hätten und wies dem Lande wieder

einmal seinen Platz an der Seite Frankreichs an. Damit diene es am besten seinem eigenen Nutzen. Denn die Politik der Poincaré, Millerand und Delcassé habe in der Zurückweisung der „Drohung von Agadir" das Wachstum der moralischen und tatsächlichen Kraft Frankreichs geoffenbart. Im Kriegfalle könne es auf einen entscheidenden Sieg rechnen, der die deutschen Truppen in Kürze auch vom belgischen Boden wegfegen würde.

Mit beweglichen Worten rief man die bewährte französische Gesinnung der Belgier gegen die gefährlichen Lehren jener beiden Offiziere an. Der „Strom von Zuneigung, der Frankreich mit Belgien verbindet", schrieb Jules Poirier (La Belgique devant une guerre Franco-Allemande; Paris 1913), könne nicht unterbrochen werden. Die Belgier würden trotz Girard und Witte fortfahren, Frankreich zu lieben, „das große Frankreich, dessen Genius gleich der lachendsten Konstellation am Sternenhimmel einen so hellen Schein auf die Welt wirft". Das belgische Volk werde seinen Erinnerungen treu bleiben und in der Stunde der Gefahr sich der Vergangenheit erinnern, „die es an Frankreich kettet". Es werde den gegen Deutschland geschmiedeten Ring nicht zerschlagen.

Die Sorgen der Franzosen waren überflüssig. Die Belgier halfen vielmehr diesen Ring festigen, indem sie 1913 ihre Rüstung verstärkten und vollendeten.

* * *

Mit der Durchführung des Wehrgesetzes von 1909 stiegen die Aussichten der Militaristen beständig. Der Wehrgedanke gewann an Zugkraft, nicht nur was die machtpolitischen Ziele anlangt, sondern auch in seiner tieferen Bedeutung für die Volkserziehung. Schon 1907 hatte das Institut Solvay ein Buch des Generalstabsoffiziers Fastrez herausgebracht, worin dieser den Heeresdienst als Stählung für Körper und Geist, als Schule des Pflichtgefühls, der Vaterlandsliebe, der nationalen Volksvereinigung und Würde, kurz als Erzeuger hoher geistiger und sittlicher Werte schilderte und seine Vorteile gerade für das großgewerbliche Belgien in helles Licht rückte. Die uns bereits bekannten nationalistischen Vereinigungen entwickelten eine eifrige Werbetätigkeit für diese Ideale. (Vgl. Seite 349 ff.) In der Regierungspartei sank der Einfluß der altklerikalen Antimilitaristen zusehends, während aus den Reihen

der jungen Rechten ausgesprochene Vertreter machtpolitischer Anschauungen ins Ministerium einrückten. Schon 1908, einen Tag nach der Annahme des Gesetzes über die Aneignung des Kongo, war Jules Renkin der erste belgische Kolonialminister geworden, nachdem er sich als Justizminister um die Lösung der Kongofrage verdient gemacht hatte.

Von ihm gingen in der Folge starke Antriebe für eine tatkräftige Führung der auswärtigen Politik aus, indes sein älterer Kollege Davignon das Amt des Außenministers bescheiden verwaltete. Im September 1910 räumt der seitherige Leiter des Verkehrswesens, Helleputte, seinen Ministersessel dem Baron de Broqueville. Damit gewinnt das Kabinett eine neue geschäftsführende Kraft von miliaristischen Neigungen. Ihm zur Seite finden wir seit Juni 1911 seinen regsamen Freund Carton de Wiart als Leiter des Justizwesens, einen überzeugten Vorkämpfer der machtpolitischen Zukunft und der französischen Seelenstimmung Belgiens; ferner den gleichfalls welsch gerichteten A. Poullet als Leiter des Unterrichtswesens. Als 1912 die Wehrfrage wieder brennend wird, ergreift der Ministerpräsident Baron de Broqueville selbst die Zügel im Kriegsministerium. Das Verkehrswesen wird nun zweigeteilt: Die Eisenbahnen bekommt A. van de Vijvere, die Abteilung der Posten und Telegraphen, die mit einem Marineministerium verbunden wird, der Antwerpener Abgeordnete Paul Segers, nachdem er in der Wehrfrage aus einem Saulus ein Paulus geworden war. Mit ihm erscheint auch Helleputte wieder, als Landwirtschaftsminister.

Diese Neugestaltung der Staatsleitung war nur der Ausdruck der Machtverschiebung innerhalb der katholischen Regierungspartei. Die junge Rechte hatte die konservative Gruppe Woeste's nun so ziemlich von den Hebeln der Regierung weggedrückt. Nun kommen die machtpolitischen Ziele im Ministerium zu Ehren, um so mehr, als der junge König Albert dem Militärwesen seine besondere Fürsorge zuwendet. Sein hauptsächlichster Berater wird der gut französisch gesinnte General Jungbluth, der von 1910 bis 1912 als Chef des Generalstabs tätig ist. Die so zusammengesetzte Staatsleitung nimmt die endgültige Lösung der Wehrfrage auf sich.

Das Erwachen des belgischen Löwen.

Die europäische Spannung während der zweiten Marokkokrise führt in Belgien die letzte Wendung herbei: das Land kehrt sich vollends den Westmächten zu. Vom „Erwachen des belgischen Löwen" sprechen darum Maxime Lécomte, der französische Senator und ehemalige Vizepräsident des französischen Senats und der Oberstleutnant Camille Lévi in ihrem dickleibigen Buche La Neutralité Belge et l'Invasion Allemande (Paris und Brüssel 1914), in dem Abschnitt, der die belgische Heeresvorlage von 1912/13 behandelt. Die Verfasser schildern unter Zuhilfenahme belgischer Stimmen die „große Furcht" vor Deutschland, die in Belgien seit Agadir einen völligen Umschwung und eine Erneuerung des patriotischen Geistes herbeigeführt habe. In der stürmisch erhobenen Forderung nach einer starken und neuzeitlich eingerichteten Wehrmacht sei dies am stärksten in Erscheinung getreten. Sie unterlassen es aber, zu sagen, daß dieses Erwachen hauptsächlich eine Folge langjähriger zielbewußter Bearbeitung war, die im Frühjahr 1911 aufs Neue mit einem unerhörten Aufwand geistiger und materieller Mittel einsetzte und nicht mehr nachließ, bis das Ziel erreicht war.

Frankreich beginnt nun die Früchte seiner reichen Aussaat einzuheimsen. Belgien, gänzlich im Banne französischen Wesens befangen und zudem unter englischem Drucke stehend, macht sich vollends bereit, den Westmächten Schildträger und Vorposten zu sein.

Der belgische Nationalismus sieht seine Zeit jetzt gekommen. Im Kielwasser der deutschfeindlichen Strömung fährt sein Schiff mit vollen Segeln voran. Seine Presse spricht in denselben Tönen wie die der Entente von Krieg und Kriegsgefahr, vom drohenden Untergang Belgiens und von der Notwendigkeit, gegen Deutschland zu rüsten. Die staatsnationalistischen Machtpolitiker treffen sich hierin mit der jungwallonischen Bewegung, die die Militärfrage von großfranzösischen Gesichtspunkten aus behandelt und so das Bindeglied abgibt zwischen dem belgischen Nationalismus und der französischen Vergeltungs- und Ausbreitungspolitik. Sie

alle wissen: Für die internationale Stellung Belgiens, wie für die europäische Lage überhaupt, wird es von größter Bedeutung sein, wie und mit welchen Zielen die Wehrfrage gelöst wird. Nun gilt es, Belgien mächtig und bündnisfähig zu machen für den Anschluß nach Westen. Und Deutschland ist der Feind! Unter dieser teils offen kundgegebenen, teils versteckt gebrauchten Parole geht man an die Vorbereitung der Wehrreform heran, die im April 1913 Gesetz geworden ist.

Seit den Tagen Brialmonts und Bannings hatte die Heeresfrage ununterbrochen auf der Tagesordung der belgischen Politik gestanden. In Verbindung mit dem Problem der Neutralität war sie auch im Auslande, wie wir sahen, ausgiebigst erörtert worden. Ein verwickelter Knäuel inner- und außenpolitischer Fragen hing mit ihr zusammen. Jetzt war endlich die Möglichkeit da, den gordischen Knoten zu zerhauen.

Zunächst mußte der Widerstand der militärgegnerischen Kreise, die auch in der Regierungspartei noch von einiger Stärke waren, überwunden und der nationalistischen Richtung zur unbestrittenen Macht verholfen werden. Dann erst konnte man an eine wirklich grundlegende Umformung des Heerwesens denken. Dem Brüsseler Franzosenblatt Le Soir fiel die Aufgabe zu, den Feldzug zu eröffnen. Es ging im Sommer 1911 gleich mit schwerstem Geschütze vor. In einer monatelang dauernden Campagne riß es mit aufreizenden Aufsätzen: Sommes nous prêts? und einer zweiten Reihe: Pour la défense de la Belgique! die Führung der öffentlichen Meinung an sich. Zugleich lief die Zeitung Sturm gegen den Kriegsminister Hellebaut, weil er es verabsäumt hätte, die nationale Verteidigung in den richtigen Stand zu bringen. Belgien sei der deutschen Gefahr ohne genügenden Schutz preisgegeben:

> „Die Wahrheit ist: Wir waren nicht bereit. Wir sind es noch nicht. Alle Welt weiß das heute in Belgien — und wußte es gestern schon in Paris und Berlin. Die Belgier standen allein mit ihrer Unkenntnis des wahren Zustandes ihrer Kriegsbereitschaft. Es lag also kein Grund vor, die Wahrheit zu verschweigen; es gab hunderte von Gründen, sie über die Dächer zu rufen. Heute ist die öffentliche Meinung davon er-

faßt und fordert eine andere Lösung als die Verschleuderung von Millionen für eine Armee, die in Wirklichkeit außer Stande wäre, die Dienste zu leisten, die das Land von ihr verlangen kann." (Soir, 12. Oktober 1912.)

Der Vorstoß des Soir erregte die öffentliche Meinung auf das Höchste. Er wirkte umsomehr, als die rein militärischen Darlegungen des Blattes eine auffallende Kenntnis der in der Tat recht unzulänglichen und schadhaften Zustände des belgischen Heeres und seiner Bewaffnung verrieten. Daß diese fachmännischen Feststellungen nicht von der Schriftleitung, oder einem Zeitungsschreiber, oder einem beliebigen Offizier herrühren konnten, lag auf der Hand. Die Kundigen wußten ja, daß der Soir nicht nur Beziehungen zu französischen Politikern hatte, sondern daß von ihm Fäden hinüberliefen zur Redaktion des XX. Siècle und damit zum Kreise der Minister Baron de Broqueville, Renkin und der Jeune Droite, der machtpolitischen Richtung der Regierungspartei. Fernand Neuray, der literarische Sachwalter dieser Gruppe, der begeisterte Vorkämpfer für ein an die Westmächte angelehntes starkes Belgien und eifrige Mittler zwischen Brüssel, Paris und London, der Freund Robert Blatchfords und des belgischen Ministerpräsidenten, könnte über diese Beziehungen und die Entstehungsgeschichte der Soir-Aufsätze wohl nähere Auskunft geben, ebenso wie sein Schwager Edmond Patris, der damalige Mitarbeiter des Soir und des Pariser Matin, der Vertraute des französischen Gesandten in Brüssel und des belgischen Kolonialministers Renkin, der Herausgeber des halbamtlichen Journal du Congo.

Der Kriegsruf des Soir brachte alsbald die gesamte französisch-belgische Presse in Aufruhr, riß sie mit und setzte auch das Parlament in Bewegung. Bei der Beratung des Heeresetats im November 1911 wiederholte sich in der Kammer der Sturm. Der Soir war in der Lage, den wenig glücklichen Erklärungen des Kriegsministers mit neuen fachmännischen Einzelenthüllungen über den ungenügenden Stand des Verteidigungswesens entgegenzutreten. Das Blatt hatte die Militärkreise auf seiner Seite. In der Belgique Militaire schrieb General de Heusch:

„Es gibt keinen Offizier vom Unterleutnant bis zum Generalleutnant, der nicht von der unbedingten Richtigkeit der Ausführungen des Soir überzeugt wäre." Der überaus scharfen Angriffe vermag der Kriegsminister Hellebaut, ein gerader und unpolitischer Soldat, auf die Dauer in den Kammern nicht mehr Herr zu werden, zumal er vom jungklerikalen Flügel der Mehrheitspartei und damit auch von einem Teile des Kabinetts im Stiche gelassen wird. Er legt im März 1912 sein Amt nieder, das nach dem kurzen Interregnum eines Generals der Ministerpräsident selbst übernimmt. In diesem Vorgange drückt sich der Übergang der Macht an die militär- und ententefreundliche Richtung der Regierungspartei aus. Nun wird das Widerstreben des von Woeste geführten, hauptsächlich auch von vlämischen Abgeordneten gestützten rechten Flügels mehr und mehr gebrochen und Baron de Broqueville kann mit seinen engeren Freunden ein Wehrgesetz vorbereiten, das, auf der allgemeinen Dienstpflicht aufgebaut, im Dezember 1912 den Kammern vorgelegt wird.

Er nimmt die Mitarbeit aller erreichbaren Kräfte auch aus dem liberalen Parteilager an, um eine sichere Mehrheit zu bilden. Die nationalistischen Verbände, die Anhänger aus allen Parteien in ihren Reihen haben, werden seine besten Helfer. Die namhaftesten Vertreter des machtpolitischen Staatsgedankens betreiben schon seit dem Winter 1911/12 mit großer Rührigkeit im ganzen Lande die Werbearbeit für die Militärreform und die allgemeine Dienstpflicht. Léon Hennebicq macht dem Brüsseler Barreau und dessen Blatt, das Journal des Tribunaux, zur Sprachbühne für die Militärfrage. Im November 1911 hält der ehemalige Generalstabschef Ducarne einen von Barreau veranlaßten Vortrag. Vorsichtig in der Form und anscheinend nach allen Seiten abwägend, läßt er doch in Anknüpfung an seine Bemühungen in der Militärkommission von 1900 den von ihm stets innegehaltenen Grundgedanken durchschimmern, daß Belgien sich gegen Deutschland waffnen müsse. Aufrichtiger und ungehemmter vertritt er seine Meinung in den fortlaufenden militärischen Betrachtungen, die er 1911/12 in der durchaus französisch gesinnten Brüsseler Chronique unter dem Decknamen Durance veröffentlicht. Unzwei-

deutig äußert sich am 13. Januar der Generalleutnant Baron de Heusch, der schon seit längerem Pariser Zeitschriften mit militärpolitischen Beiträgen versorgt hatte.

Er erinnert unter anderem an die von Hennebicq vertretenen Hoffnungen auf ein größeres Belgien, an den Gedanken eines Bündnisses mit Holland und an die Ausführungen des französischen Generals Maitrot im Correspondant. Wie dieser stellt er Preußen als einen Eroberstaat hin, der seit Friedrich dem Großen sich viele Ländergebiete mit Gewalt angeeignet und seine für Belgien bedrohlichen Ausbreitungsneigungen auch auf das neue Deutsche Reich übertragen habe.

Um die Wehrpolitik in der Bevölkerung durch Wort und Schrift zu fördern, bildet sich im Februar 1912 ein besonderer Verband militaristischer Vereinigungen. Er hat sich nach Erreichung seines Zieles, nach Abnahme der Wehrvorlage, 1913 wieder aufgelöst. (Union des Sociétés pour la défense nationale). Aus seinem Rechenschaftsberichte (21. September 1913) geht hervor, daß er unter der Ehrenpräsidentschaft Ducarnes und der Leitung Hennebicqs mit dem Segen der Regierung arbeitete. Von James Thiriar läßt er sich ein vielsagendes Werbeplakat zeichnen: einen stolzen gallischen Hahn, auf den sich ein großer preußischer Adler streitsüchtig stürzen will, indes zwischen den beiden Wappentieren die belgischen Dörfer in Flammen stehen. Auch mit patriotischen Theaterstücken und Lichtbildaufführungen wirkt der Verband auf das Volk ein. In dem Rechenschaftsberichte dieser Union wird bestätigt, daß der Entwurf des Wehrgesetzes „seinen Ursprung aus dem viermonatigen Feldzug genommen habe, der in den Spalten des Soir geführt worden ist und der, unterstützt durch die Tatsachen, von der Mehrzahl der Zeitungen mitgemacht wurde." Durch die Tätigkeit des Verbandes sei das Wehrgesetz volkstümlich und in der öffentlichen Meinung vertrauenswürdig gemacht worden. „Wir erfreuten uns dabei einer glänzenden Unterstützung durch den tatkräftigen Willen und den glühenden Patriotismus des Herrn von Broqueville." (S. 37.)

Überhaupt leihen die bemerkenswertesten Persönlichkeiten ihre Unterstützung. In katholischen Kreisen macht es starken Eindruck, daß der Rektor der Löwener Universität auf besonderen Wunsch

des Kardinals Mercier dem Ehrenausschuß der Union beitritt, und daß der Kardinal selbst die Bewegung fördert. (Le Ralliement, 13. Oktober 1912: L'Archevêque militarisé.)

Im April 1912 bringt die Begeisterung für das Flugwesen auch einen Nationalausschuß für die Schaffung einer Luftflotte hervor, an dessen Spitze der zeitweilige Kriegsminister General Michel und der Kolonialminister Jules Renkin treten.

* * *

In Paris und London begrüßt man den in Belgien erwachten „neuen Geist" mit heller Freude. Man sieht das Ziel endlich nahegerückt: Belgien wird rüsten, wird so rüsten, daß es nicht mehr bloß mit dem Schilde seiner Neutralität, sondern mit dem scharfen Schwert seiner Heeresmacht Dienste leisten kann.

> „Frankreich wünscht lebhaft, schreibt General Messimy, Belgien eine Militärmacht werden, alle notwendigen Opfer bringen zu sehen, um seine Neutralität verteidigen zu können, an dem Tage, an welchem diese durch internationale Verwicklungen bedroht sein würde." (Lécomte-Lévi, S. 334.)

In der Fortnightly Review (Juni 1912, S. 1084 bis 1095) wird den belgischen Militaristen das Zeugnis ausgestellt, daß sie den besten Willen hätten, ihre Pflicht zu erfüllen:

> „Wie Belgien eine Schöpfung Englands und Frankreichs (!!) und ihres beiderseitigen Einverständnisses ist, um die Ausdrücke Louis Philippes zu gebrauchen, so darf es auch nicht annehmen, daß diese beiden Mächte daran denken würden, ihr eigenes Werk zu vernichten, vorausgesetzt, daß es die gleiche Loyalität zeigt, die es 1870 bewiesen hat. Der neue Geist, der in Belgien herrscht, läßt uns glauben, daß dies der Fall sein wird. Wir können darüber im Zweifel sein, ob es die nötigen Mittel besitzt, aber wir dürfen nicht die Augen verschließen vor der Tatsache, daß die belgische Nation in ihrer Gesamtheit von einem tiefen Gefühle patriotischer Glut beseelt ist, die hinreicht, es auf den guten Weg zu führen, um aus ihr einen hartnäckigen und furchtbaren Gegner zu machen, mit dem auch der mächtigste Angreifer ernstlich zu rechnen hat."

Freilich, die Kräfte des Landes reichen nicht ganz aus, die Entente muß beispringen:

„So wenig schmeichelhaft es auch scheinen mag, wir können doch unsere Meinung nicht verhehlen, daß Belgien nicht imstande ist, sein ideales Programm zu verwirklichen. Es bestünde darin, im Falle einer neuerlichen Invasionsgefahr, eine derartige Demonstration vorzunehmen, daß der Gegner sich fürchten müßte, anzugreifen. Alle militärischen Autoritäten Deutschlands, Frankreichs und Englands stimmen aber darin überein, daß der belgische Widerstand ohne auswärtige Hilfe gleich Null wäre und beiseite geschoben werden könnte. Wir nehmen an, daß belgische Generäle wie Ducarne und Heimburger diese Ansicht teilen."

Man will sich also die Pforte nach Flandern unter allen Umständen offen halten!

Die Westmächte arbeiteten auch mit diplomatischen Einwirkungen. In Brüssel pfiffen es sozusagen die Spatzen von den Dächern, daß der französische Gesandte Klobukowski die Hand im Spiele hatte. Die Zeitungen sprachen im Herbst 1912 offen von Vorstellungen, welche auswärtige Mächte wegen der ungenügenden militärischen Bereitschaft Belgiens erhoben hätten. (Metropole, 9. Oktober 1912.)

Als der Courier de Bruxelles sich gegen das Rüstungsfieber wendet mit dem Ausruf: Unser Schutz ist die von den Mächten garantierte Neutralität! eifert die Indépendance Belge, eines der Brüsseler Sprachrohre der französischen und englischen Politik, über eine solch törichte und rückständige Anschauung und macht ähnliche Andeutungen wie die Metropole. Die Brüsseler Regierung beeilt sich, diese Aufsehen erregenden Mitteilungen abzuleugnen. Sie erklärt, daß „Belgien in voller Unabhängigkeit handle, daß es Ratschläge irgendeiner Macht weder einhole noch annehme."

Aber Roland de Marès läßt sich nicht so leicht abtun. In seiner Indépendance stellt er am 16. Oktober 1912 fest, nicht von Ratschlägen fremder Mächte sei in seinem Blatte die Rede gewesen, wohl aber von freundschaftlichen Be-

sprechungen (conversations amicales). Übrigens seien Belgien ähnliche Warnungen schon 1904 erteilt worden, als es sich darum handelte, die Unterschelde in Verteidigungszustand zu setzen, ebenso im vergangenen Sommer (1911), als das gleiche mit den Maasfestungen geschehen sollte. Am 24. Oktober 1912 riet die Indépendance Belge dem Courrier de Bruxelles, seine Freunde zu fragen, „ob die Regierung nicht von seiten gewisser Mächte, wie von England, Mitteilungen bekommen hat, über deren Charakter und Tragweite man sich keiner Täuschung hingeben kann, und welche zum mindesten beweisen, daß die Schwäche unserer Verteidigung und der Gebrauch, den wir eventuell von unseren Kräften machen könnten, Mißtrauen im Auslande erregt hat."

Die Indépendance war gut unterrichtet, die Erklärung der Regierung widersprach der Wahrheit. Heute wissen wir aus den in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Enthüllungen, daß der englische Militärbevollmächtigte Bridges im Juni 1912 militärische Unterhandlungen mit dem belgischen Generalstabschef Jungbluth führte und dabei drohte, daß englische Truppen im Kriegsfalle nach Belgien kämen, auch wenn dieses selbst keine Unterstützung wünsche.

Der leitende Minister Baron de Broqueville selbst wies später bei der Beratung der Wehrvorlage auf „freundschaftliche Vorstellungen" hin, die von verschiedenen Seiten erhoben worden seien. Im selben Atemzuge sprach er von den „ungeheuren Anstrengungen" Deutschlands an der belgischen Ostgrenze. Nach diesem Wink mit dem Zaunpfahl konnte wahrlich nicht mehr zweifelhaft sein, wer die freundschaftlichen Vorstellungen erhoben hatte und welche Mächte der Ministerpräsident im Auge hatte, wenn er weiter sagte:

> „Man ist im Auslande in der Tat der Meinung, daß Belgien mit dem Stande seiner gegenwärtigen militärischen Vorbereitung seine Pflicht nicht erfülle, so wie sie ihm durch die beständige Vermehrung der Heereskräfte aller Mächte auferlegt ist." (Vgl. Lecomte-Lévi, S. 306.)

Das belgische Heer — der Westmächte Wehr.

Die Jahre 1912 und 1913 stehen im Zeichen allgemeiner Rüstungen. Der Dreiverband vollendet mit fieberhafter Eile seine diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für den Vernichtungskampf gegen die Mittelmächte, nicht nur in den eigenen Ländern, sondern auch im Bereiche seines ganzen europäischen Einflusskreises. Eine „Verständigung" folgt der anderen, offen und im Geheimen. Trotz der zeitweisen „Entspannungen" zwischen den feindlichen Großmächten, fügt sich der Ring der Einkreisung immer fester um Deutschland und Österreich. In den Balkankriegen erfolgt vorzeitig eine örtliche Entladung des heraufziehenden Weltgewitters. Die Kriegspolitiker des Verbandes fühlen sich dadurch nur zu verdoppelter Anstrengung getrieben.

Nun vollendet sich auch Belgiens Geschick. Für sein Verhalten wird das Anwachsen und der Überschwang des französischen Selbstgefühles und Revancheverlangens in hohem Maße mitbestimmend. Die Welle des neuen kriegerischen Geistes schlägt, wie wir aus zahlreichen Beispielen ersahen, nach Belgien herein und erzeugt hier eine fast besinnungslose Hingabe an Frankreich. Wer den Kopf von diesem welschen Taumel leidlich freibehält, glaubt immerhin an die anscheinend unumstößliche Rechnung, daß bei einem künftigen Kampfe zwischen Dreibund und Dreiverband der letztere der stärkere sein werde, und daß Belgien sich wohl oder übel darnach richten müsse.

Die Franzosen tun alles, um den Belgiern diese Überzeugung beizubringen. Der ehemalige Generalstabsoberst Boucher, der im Herbste 1912 in Brüssel Studien für sein Buch „La Belgique a jamais indépendante" macht, legt ein besonderes Gewicht darauf, den Beweis der Überlegenheit der Gegner Deutschlands zu erbringen. In Wort und Schrift, besonders auch auf den Tagungen der großfranzösischen und wallonischen Verbände wird die öffentliche Meinung in diesem Sinne mit aufreizenden und berauschenden Redeführungen beeinflußt. Auch General Ducarne kommt in einem Aufsatze der Chronique vom 3. November 1912 in einer längeren Untersuchung über die Aussichten einer englischen Landung zu dem Ergebnis, daß Deutschland durch die ver-

schiedenen Vereinbarungen über das Zusammenwirken der Land- und Seestreitkräfte der Dreiverbandsmächte, also durch die „Ausdehnung der Entente", trotz des Wachstums der deutschen Flotte vollends ins Hintertreffen geraten sei.

Bezeichnende Auskunft über diese Stimmungsmache erlangen wir auch aus einem Bericht, den der Direktor im Ministerium des Auswärtigen, Baron van der Elst, am 9. Janaur 1913, wenige Tage vor Beginn der Parlamentsverhandlungen über die Militärvorlage, über eine Unterredung mit einem französischen Staatsmanne niedergeschrieben hat (Nordd. Allg. Ztg., 6. Juni 1917). Darin heißt es:

> „Es ist sicher, sagte er mir, daß die Überlegenheit des französischen Geschützes derart ist, daß die Deutschen in einem Artilleriekampfe bald aufhören würden, zu feuern. Sie würden durch unser Schnellfeuer vernichtet werden. Sie sind auf einen falschen Weg gekommen und bleiben hartnäckig auf ihm. Diese Persönlichkeit glaubt, daß der Krieg in kurzer Zeit unvermeidlich sei, da Deutschland seine Oberherrschaft über Europa aufrichten will. Jedermann in Frankreich wünscht ein Ende des niederdrückenden Zustandes der Unruhe, der zu lange dauert, und man fühlt sich bereit. Das englische Eingreifen ist, wiewohl kein schriftliches Abkommen besteht, tatsächlich schon in seinen kleinsten Einzelheiten geregelt, als ob ein Vertrag zwischen den beiden Ländern abgeschlossen wäre. Die englischen Truppen werden in Calais, Dünkirchen, Boulogne landen. Die Lage Rußlands ist besser als man glaubt. Seine Armee ist in gutem Stande und wird im Kriegsfalle eine wichtige Mitwirkung leisten."

Solche Eröffnungen wollten doch nur besagen, daß Belgien nichts besseres tun könne, als sich unter die Fittiche der mächtigeren Partei zu begeben. Derartige Vorstellungen blieben in belgischen Regierungskreisen sicherlich nicht ohne Eindruck, ebensowenig wie die mehr oder weniger deutlichen diplomatischen Winke Grey's und Poincaré's, daß nur die Aufstellung einer starken Wehrmacht Belgien davor bewahren könne, im Kriegsfalle von westmächtlichen Truppen „beschützt" zu werden.

Hält man sich das alles vor Augen, so erscheinen gewisse dunkle Wendungen, die der Ministerpräsident am 12. November 1912 gebrauchte, als er in der Kammer die Militärvorlage ankündigte, in hellerem Lichte. Er begründete die Notwendigkeit der Reform, welche die allgemeine Dienstpflicht und eine Erhöhung der Heeresstärke auf ungefähr das Doppelte vorsah, auch mit Veränderungen, die in den letztvergangenen Monaten in der internationalen Politik sich ergeben hätten. Der Minister hielt die bisherigen Auffassungen über die Landesverteidigung dadurch als ungenügend dargetan. Er betonte, daß die Wichtigkeit der Rolle, die Belgien im Streite der Großmächte zufalle, noch nie so scharf hervorgetreten sei, wie jetzt, da alles auf eine sofortige Offensive und auf deren Abwehr eingestellt sei.

Diese Andeutungen erregten die berechtigte Neugierde der Öffentlichkeit. Was ist das für eine neue Tatsache, fragten viele mit Franz Foulon (Le Ralliement, 17. November 1912), „die der Regierung nicht mehr erlaubt, die Umgestaltung unserer militärischen Neuordnung länger hinauszuschieben?“

> „Ist es die europäische Lage an sich und das Spiel der Bündnisse? Das sind aber keine Neuigkeiten! Der Dreibund und der Zweibund, oder vielmehr der Dreiverband, datieren nicht von heute oder von gestern . . .“
>
> „. . . .Die neue Tatsache wäre also die Offensivtaktik. Aber schon seit langem haben die erleuchteten Köpfe unseres Generalstabs der Möglichkeit einer deutschen Offensive durch Belgien Rechnung getragen, welche die Verteidigungslinie an der französischen Ostgrenze umgehen und die Versammlung der Armeen der Republik stören sollte. Gerade um dieser Möglichkeit vorzubeugen, oder wenn man so sagen will, um sie zu kanalisieren, haben wir ja mit großem Kostenaufwand unsere Maasbefestigungen erbaut. Man darf also nicht auf dieser Seite die neue Tatsache suchen, die sich erst seit einigen Monaten vollzogen hat und die den Meinungsumschwung des Herrn von Broqueville herbei-

geführt und bei der Regierung begründete Unruhe erweckt hat . . . ."

„Diese neue Tatsache ist der Eintritt Englands in eine Militärkonvention, durch die es an Frankreich und vielleicht an Rußland gebunden wird. Man scheint Herrn de Broqueville verständigt zu haben, daß England, das heute zum Dreiverband gehört, dieser Gruppe dadurch, daß es der belgischen Neutralität zu Hilfe kommt, einen bemerkenswerten Vorteil sichern und sich gegebenenfalls unserer Positionen bedienen könnte, um sie zur Basis zu machen für militärische Unternehmungen, die sich gegen die andere Mächtegruppe richten. Herr de Broqueville hat sich, wie es scheint, durch solche Überlegungen bestimmen lassen." (Ralliement, 17. November 1912.)

Hier hat derselbe scharfsinnige Politiker, der die machtpolitischen Ziele des belgischen Nationalismus entschleierte, (vgl. Seite 357 ff.) die tiefsten Beweggründe der Broquevilleschen Kriegsvorbereitung enthüllt. Um eine Erweiterung und Verschärfung handelte es sich, in dem Sinne, daß das Land seine Wehrmacht so einrichten und bereitstellen sollte, wie es den Wünschen und — den Angriffsplänen des Dreiverbandes entsprach. Diese Politik schlug die Neutralität vollends in Trümmer und gedachte Belgien mit dem Siegeswagen des Dreiverbandes der Macht und der Größe entgegenzuführen. Die Fahrt ging jedoch ins Unglück.

* * *

Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung folgt die große Mehrheit des Parlaments dem Ministerpräsidenten auf der abschüssigen Bahn. Mit bemerkenswerter Tatkraft weiß dieser die noch vorhandenen Reste von Widerstand im eigenen Parteilager zu überwinden. Von einer vlämischen Gruppe, der sogenannten Antwerpener Meeting-Partei, droht noch Gegnerschaft. Der Ministerpräsident macht diese Gruppe unschädlich, indem er ihren Führer Paul Segers zum Leiter des neugegründeten Marineministeriums bestellt, unbekümmert um den Hohn der regierungs-

feindlichen Presse über diese „gewöhnliche Schiebung“ (Antwerpener Matin, 12. November 1912. — Etoile Belge, 16. November 1912). Gleichzeitig kehrt auch der katholisch-vlämische Abgeordnete Helleputte als Landwirtschaftsminister in die Regierung zurück.

Der Erfolg war durchschlagend: Als Baron de Broqueville am 5. Dezember 1912 in einer Sitzung der Rechten seine Wehrvorlage erläuterte, fand er auch die Zustimmung früherer Gegner und bekam nun die Regierungspartei geschlossen hinter sich. Der Antwerpener Matin aber konnte mit Recht ausrufen: „Le Meeting est mort.“

Trotz dieser günstigen Wendung geht Broqueville auch weiter sehr behutsam zu Werke. Obwohl er in aller Öffentlichkeit unzweideutig von den Einwirkungen auswärtiger Mächte gesprochen hatte, verlangte er zu Beginn der Kammerdebatten über das Wehrgesetz am 13. Februar 1913 noch eine besondere Geheimsitzung, zum Zwecke vertraulicher Mitteilungen über die äußeren Beziehungen Belgiens. Das hat zu den merkwürdigsten Schlüssen und Vermutungen Veranlassung gegeben. Manche sagen, erst dadurch sei der letzte Widerstand in der Mehrheitspartei beseitigt und die Annahme des Gesetzes sichergestellt worden. Wer die Entwicklung der politischen Strömungen in Belgien kennt, wie wir sie in kurzen Strichen zu zeichnen versuchten, weiß, daß man dieser Geheimsitzung nicht mehr bedurft hätte. Es entsprach durchaus den Absichten der Parlamentsmehrheit, wenn der Abgeordnete Graf du Bus de Warnaffe als Hauptberichterstatter in seinem sorgfältig ausgearbeiteten Referat die Vorlage fast ausschließlich mit der deutschen Invasionsgefahr begründete, mittelst französischer und englischer Zeugnisse, und von der Möglichkeit eines französischen Einmarsches kaum sprach. Erst als die deutsche Presse und, nach einer Mitteilung des Temps, auch die deutsche Reichsregierung gegen dieses einseitige Verfahren Einspruch erhob, bequemte er sich zur nachträglichen Anführung gegenteiliger deutscher Stimmen, betonte aber ausdrücklich, daß er seine Meinung damit nicht ändere. (Vgl. Lecomte-Lévi, S. 306.)

Die Geheimsitzung ist denn auch von regierungsgegnerischen Abgeordneten als ein überflüssiges Possenspiel verhöhnt worden,

bei dem nur längst bekannte „Hanswurstgeheimnisse“ mitgeteilt worden seien: Sie war „eine Komödie, die bei Beginn aussah, wie ein geheimnisvolles Drama, aber als Posse mit einem Lacherfolg endigte.“ (Reden der Sozialisten Royer und Elbers in der Abgeordnetenkammer; vgl. Lecomte-Levi, S. 307.)

Was spätere Zeitungsnachrichten über die vertraulichen Mitteilungen des Ministers zu berichten wußten, waren in der Tat Dinge, über die in Brüssel längst alle Welt gesprochen hatte. So, daß der König von Rumänien seinen Vetter Albert gewarnt habe; ferner daß Poincaré im Herbste 1912 durch Klobukowski der belgischen Regierung klar machen ließ, Frankreich müsse im Kriegsfalle die Maaslinie besetzen, wenn Belgiens Kräfte dafür nicht hinreichend wären. Also ein Seitenstück zu den englischen Eröffnungen des Oberstleutnants Bridges an Jungbluth, im April 1912.

Eines ist sicher: In dieser Geheimsitzung wurde die Losung g e g e n Deutschland ausgegeben. Waxweiler berichtet (1915; S. 136), der leitende Staatsmann habe erklärt, Belgien müsse sich vor Deutschland hüten; von Frankreich habe es eine Neutralitätsverletzung nicht zu befürchten. Dieses müsse allerdings Vorbereitungen gegen einen deutschen Durchmarsch treffen, fügte er bei, wie wenn er die gewaltigen Rüstungen der Republik hätte entschuldigen müssen.

Bündiger konnte kaum angezeigt werden, daß Belgien die Politik der Westmächte zum Maßstab seines Handelns genommen habe und seine Wehrmacht darnach einrichten wolle.

* * *

Belgische Sozialistenführer redeten später frei weg von den Dingen, wie sie wirklich waren. V a n d e r v e l d e kam am 5. Juli 1913 in einem im französischen Großorient zu Paris gehaltenen Vortrag auch auf die militärische Lage Belgiens und das eben angenommene Wehrgesetz und seine Vorgeschichte zu sprechen. Er sagte über die Haltung der Regierungspartei folgendes:

„Wie diesen völligen Umschwung erklären? Es gibt verschiedene Gründe: die dringende Vorstellung Greys und Poincarés im Namen ihrer Regierungen und die freundschaftliche und diplomatische Mitteilung des Königs von Rumänien an seinen Vetter Albert von Belgien, auf der Hut zu sein. Auf der anderen Seite vermehrt Deutschland 1912 seine Rüstungen. Die belgische Grenze ist bedroht. Eine Reihe deutscher Eisenbahnen ist so gelegt, daß kein Zweifel über ihre Bestimmung im Konfliktsfalle obwalten kann. Wenn diese Möglichkeit zu einer tragischen Wirklichkeit wird, würde die belgische Armee eine imponierende Stellung zwischen Antwerpen, Namür und Lüttich einnehmen — und den Eindringling durchziehen lassen! Unsere Regierung wurde durch Sir Edward Grey und Herrn Poincaré darauf aufmerksam gemacht. Die Engländer erklärten, daß sie im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Frankreich und Deutschland dem deutschen Einbruch zuvorkommen und das bedrohte Belgien verteidigen würden, das ganz sicher das Schlachtfeld sein würde. Die Regierung sah sich alsdann gezwungen, die Gesetzesvorlage über die allgemeine Wehrpflicht einzubringen.“ (L'Acacia, September 1913, S. 105 ff.)

Gleich deutlich lautet eine Äußerung des Abgeordneten Louis de Brouckère, die in der deutschen sozialdemokratischen Wochenschrift Neue Zeit noch am Tage vor Kriegsausbruch erschien (31. Juli 1914):

„Unsere Regierung hatte versprochen, die Nation vor der Last des Militarismus zu schützen.... Aber schon wenige Tage nach den Wahlen von 1912 gab man den dringenden Vorstellungen Frankreichs, Englands und zweifellos Rußlands nach, und Herr de Broqueville brachte einen Gesetzentwurf ein, der die allgemeine Wehrpflicht einführte.... Wir sind in den Kreis der Weltmächte eingetreten, ohne unser kleines Gebiet zu vergrößern, was uns lächerlich macht, und die Großen werden uns nicht wieder loslassen. Wir müssen ihren Wünschen gehorchen, müssen rüsten und

zahlen, wenn sie es befehlen. Wir müssen nach ihrer Pfeife tanzen, tanzen bis zum Tode, wie der Bauer in dem Märchen, den der Teufel zum Ball führte. Unsere Feldarmee ist nach dem Befehl des Dreiverbandes auf die Stärke von 150 000 Mann gebracht worden. Aber seither ist die Zahl der Armeekorps, mit denen wir es eventuell zu tun bekommen, vermehrt worden, und die französischen Militärschriftsteller verlangen schon, daß unsere verfügbaren Kräfte nach Abzug der Besatzungstruppen 200 000, sogar 250 000 Mann betragen sollen. Unsere Infanteristen dienen 15 Monate in der Kaserne. Die Sachverständigen erklären jetzt diese Zeit nicht mehr für ausreichend und fordern zwei Jahre. Wer einmal nachgegeben hat, wird auch weiter nachgeben. Morgen wird uns vielleicht England, das nur bei sich den Militärdienst als lästig ansieht, wieder zur Erfüllung unserer Verpflichtungen auffordern."

* * *

In der Tat haben sowohl die belgischen Militaristen als auch ihre Freunde in Paris und jenseits des Kanals das Gesetz von 1913 nur als erste Staffel auf dem Wege zu weiterer militärischer Machtentwickelung Belgiens angesehen. Der Militärschriftsteller Landrecies (Questions diplomatiques et coloniales; Paris 1913/14), beklagte, daß es mindestens zehn Jahre dauern werde, bis das Gesetz seine volle Wirkung erreiche.

Aus der Anlage der belgischen Manöver von 1913 schließt er allerdings, daß Belgien den festen Willen habe, den Deutschen den Weg nach Frankreich zu verlegen. Aber der Zweck könne trotz des neuen Wehrgesetzes nur mit Hilfe der Engländer und Franzosen erreicht werden, deren Truppen möglichst frühzeitig nach Namur geworfen werden müßten. Wenn Übergangsbestimmungen zum Gesetze getroffen würden, sei zu hoffen, daß Belgien seine Pflicht bis zum äußersten tue: „Erst dann wird es in Wahrheit neutral und unser (Frankreichs) Freund sein, wie es gelobt hat, und das werden, was wir von ihm verlangen müssen: das

schützende Bollwerk für die französische Nordgrenze."

Genau so faßt der französische General Coupillaud in einem Aufsatz des Pariser Le Miroir vom 26. April 1914 die Aufgabe Belgiens und seiner neuen Wehrmacht auf. Er verlangt verstärkten Ausbau des Festungsdreiecks Namur—Huy—Lüttich und reichliche Truppenbesatzungen zur Deckung der bisher entblößten Provinz Luxemburg. Vor allem aber muß hinter der Maaslinie eine Feldarmee von 200 000 Mann bereit stehen, die imstande ist, entweder allein den Schutz des Landes zu übernehmen oder einer französischen Offensive aus der Gegend Maubeuge—Mons—Dinant—Namur die Hand zu reichen, oder endlich sich in Verbindung zu setzen mit einem Expeditionskorps, das England ohne Schwierigkeit als Hilfe über Boulogne, Calais, Dünkirchen oder selbst Ostende und Zeebrügge senden würde. Aufstellung mobiler Formationen müsse daher das nächste Ziel Belgiens sein, wovon 160 000 Mann als Feldarmee in zwei Staffeln rechts der Maas und zwischen Dyle und Senne verwendet werden sollten.

Das Gesetz von 1913 habe immerhin bewiesen, daß Belgien „zu einem breiteren und tieferen Verständnis der Pflichten gekommen ist," die ihm die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts auferlege. Mit anderen Worten, auch Coupillaud verlangt ohne Umschweife, daß Belgien als Schutzwall für Frankreich diene und an dessen Seite für die Zwecke der Westmächte kämpfe.

So war es schließlich nicht mehr als billig, daß England den Belgiern Geld zur Deckung ihrer Kriegsvorbereitungen vorstreckte. Wohl mit Recht nannte Georg Bernhard unter Bezugnahme auf einen Artikel des Temps vom 17. Februar 1914 die Anleihe von sechs Millionen Pfund Sterling, die der belgische Staat im Februar 1914 mit der Firma Gebrüder Baring in London abschloß „einen Vorschuß auf den Krieg". Hatte doch der Temps ausgeplaudert, daß diese Anleihe hauptsächlich die Kosten für größere Befestigungsarbeiten decken sollte, deren Ausführung Frankreich von Belgien verlangt hatte, um die französische Nordgrenze besser zu sichern. Die halbamtliche Erwiderung der

belgischen Regierung auf diese schwer belastende Anklage (vgl. Echo Belge, 21. Februar 1917) versucht mit wenig Überzeugungskraft zu beweisen, daß die Ausgaben für die Heeresvorlage von 1913 nicht die Ursache, sondern nur der äußere Anlaß zur Aufnahme der Anleihe gewesen sei, daß diese aber im übrigen zur allgemeinen Schuldendeckung dienen sollte.

Die Auslegung des Temps klingt umso glaubwürdiger, als die Forderung nach stärkerem Ausbau und Erweiterung der belgischen Befestigungsanlagen auch von belgischen Militärs, wie dem ehemaligen Generalstabsoberst Fernand de Bray erhoben worden ist, unmittelbar im Anschluß an die Verabschiedung der Wehrvorlage. (F. de Bray, Les nouvelles lois militaires et notre défense nationale; Brüssel 1913.)

In vlämischen Kreisen erwachten wieder Besorgnisse, als nach der Erledigung des Wehrgesetzes die Militaristen alsbald mit neuen Forderungen auftraten. Man begriff, daß es sich nicht mehr um den bloßen Schutz der Neutralität handelte, wie die Regierung immer vorgab, sondern um eine Machtentfaltung, die, weit über diesen Zweck hinausgehend, einer gefährlichen Politik dienen sollte. Ein offenbar aus gut unterrichteter Quelle stammender Aufsatz des katholischen Antwerpener Handelsblad wandte sich unter der Aufschrift „Gegen den Größenwahnsinn“ am 4. Juli 1914 scharf gegen die „Militärkamarilla“, die jedesmal im geheimen wirke, wenn das Land zu „neuen Übertreibungen“ verleitet werden solle. Frankreich habe eben die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit beschlossen und schon rede man in Belgien ebenfalls von der Notwendigkeit einer Verlängerung der Dienstzeit. Die Brüsseler Offiziösen sagten, daß sie nichts davon wüßten; dies sei das alte Lied. Auf die gleiche Weise habe der militaristische Geheimbund seinerzeit die „Sobotage des Freiwilligensystems“ vorgenommen, dann die allgemeine Dienstpflicht durchgedrückt. Das Spiel sei damals von dem Antwerpener Abgeordneten Paul Segers aufgedeckt worden. Nun müsse die Wählerschaft endlich Sorge tragen, daß dieser Kamarilla der Garaus gemacht und die derzeitigen Machthaber in die Minderheit gebracht würden.

Diese deutliche Sprache eines einflußreichen Blattes der eigenen Parteirichtung wird dem Ministerium Broqueville unangenehm in den Ohren geklungen haben. Allein die Anrufung der Wähler kam zu spät. Die „Kamarilla“ hatte im wesentlichen ihr Werk schon vollbracht.

Wallonische Wehrpolitik.

Wie der belgische Staats- und Gesellschaftsorganismus im allgemeinen, so war auch der belgische Heereskörper von wallonisch-französischem Geiste beherrscht. Außer den vlämischen Soldaten, die sich unter der Fuchtel ihrer welschen Vorgesetzten nicht eben wohl fühlten, war kaum etwas Vlämisches in der Armee. In der Militärpolitik fand sich der Staatsnationalismus mit der großfranzösischen und wallonischen Bewegung zusammen. Mit ihr fühlte er sich trotz eines zur Schau getragenen selbständigen Staatsbewußtseins und Belgiertums durch die welsche Kulturgesinnung verbunden. Seine Anhänger lebten „der Überzeugung, daß der belgische Geist, die belgische Nationalität, der belgische Charakter in voller Bildung begriffen seien“ und daß „das wallonische Element der lebendigste Faktor dabei sei“. (Marches de L'Est, Januar 1913.) Die Schaffung einer Militärmacht erschien als ein ausgezeichnetes Mittel zu diesem Zwecke. Dabei war man einig in der Forderung, daß vor allem die südöstlichen Grenzprovinzen weit besser geschützt werden müßten als bisher, und verlangte die Aufstellung einer eigenen Territorialarmee und die Errichtung von Befestigungen in den am meisten bedrohten Gebieten zwischen Sambre und Maas, in den Provinzen Limburg und Lüttich.

Auf ihrer Tagung im Februar 1913 nahm die Assemblée Wallonne folgende Entschließung an:

> „Die Assemblée Wallonne stellt mit Bedauern fest, daß Belgien seine Pflicht Wallonien gegenüber nicht erfüllt hat, daß dieses, obwohl es den Gefahren eines feindlichen Eindringens und den Schrecken des Krieges am meisten ausgesetzt

ist, ohne Verteidigung ist, daß die Pläne und Systeme der Landesverteidigung mit der Preisgabe der wallonischen Provinzen rechnen, und daß im gegenwärtigen Augenblick der Entwurf der Reorganisation des Heeres, der dem belgischen Parlament vorliegt, erst in mehreren Jahren seine Wirkungen tun wird." (La Défense Wallonne, Maiheft 1913, S. 265/6.)

Abgeordnete und Senatoren der östlichen Grenzgebiete verfochten mit Nachdruck ähnliche Forderungen. Paul Magnette beschuldigte 1912 die Regierung, sie wolle das rechte Maasufer ohne Gegenwehr dem deutschen Eindringling preisgeben, nur um Flandern zu decken. Bei der Beratung der Wehrvorlage erreichten die Abgeordneten Lorand, Destrée, Buisset und andere vom Ministerpräsidenten gewisse Zugeständnisse, insofern die südlichen Provinzen bei der Aufstellung der neuen Truppenkörper mit Besatzungen bedacht werden sollten.

Die Urheber dieser Rüstungsforderungen waren sich ihrer Übereinstimmung mit den französischen Wünschen voll bewußt. Führende Wallonen wie Emile Jennissen begründeten sie geradezu mit einer „Pflicht" Belgiens, nicht nur sein eigenes Gebiet, sondern auch Frankreich „gegen den deutschen Imperialismus" zu decken, Frankreich, „dessen Ruhm und Glück uns so wertvoll ist, wie dem Zweige die Gesundheit des ganzen Baumes". (Jennissen, Pour la séparation; Paris 1911, S. 16.) José Hennebicq, ein Verwandter und Gesinnungsgenosse des mehrgenannten nationalbelgischen Führers, Richter an einem der höchsten Gerichtshöfe des Landes, ein Mann, der während seines Aufenthaltes im Orient Vorsitzender der Alliance Française für Persien gewesen war und Belgien sein „geographisches, Frankreich sein geistiges Vaterland" nannte, wies der Wallonie außer der Verteidigung ihres eigenen „ungeheuren industriellen Lebens" noch die „schönere und größere Aufgabe" zu, für die Nordostmarken „die Hüterin der französischen Zivilisation" zu sein. Die belgische Wehrkraft könne „ein wichtiges Hilfsmittel für die französische Armee" werden, das Feldheer müsse mindestens 200 000 Mann stark sein. Es vergrößern heiße „die französischen Bataillone ver-

stärken". (Antwort auf eine Umfrage der Ligue le défense nationale; Marches de l'Est, Januar 1913.)

Sogar über die deutsche Grenze hinaus richteten sich die Blicke. Wir Belgier haben auch unser Elsaß-Lothringen, das der Erlösung harrt, so hieß es, das preußische Wallonien! (Marches de L'Est, Januar 1913.)

Ist es nicht natürlich, daß unter diesen Umständen der alte, gegen die allgemeine Dienstpflicht gerichtete vlämische Satz: Niemand gedwongen soldaat! bei den stammesbewußten Vlamen einen antifranzösischen Beigeschmack bekam? Daß viele Vlamen von einer Verteidigung der Neutralität, wie ihre wallonischen und französischen „Freunde" sie sich dachten, nichts wissen wollten? Daß auch im Heerwesen der Streit der beiden Volksstämme durchbrach?

> „Die belgische Armee ist für die Vlamen eine wahre Hölle", so hieß es in einem Flugblatt von 1913, „wo sie der Ungerechtigkeit, der Erniedrigung, der Entartung, der seelischen Demütigung ausgeliefert sind. Eine einsprachige Armee ist keine Volksarmee in einem zweisprachigen Lande. Die Offiziere, die sich mit der Mehrheit der Soldaten nicht verständigen können, sind eine Gefahr für das Vaterland."

Auf beiden Seiten ertönte der Ruf nach „regionaler Rekrutierung", ja sogar nach Bildung besonderer vlämischer und wallonischer Regimenter. Die Stimmen einer Anzahl vlämischer Abgeordneter waren für das Wehrgesetz erst zu erlangen, als Regierung und Parlament sich zu Zugeständnissen bequemten, durch die der niederländischen Sprache gewisse Rechte als Dienstsprache eingeräumt wurden.

* * *

Höchst bemerkenswert ist, welch außerordentliche Bedeutung die welschbelgischen Kreise dem Freischarenkrieg zumaßen. Selbst in Regierungskreisen dachte man an seine Anwendung. Inmitten der Assemblée Walonne sprach man von der Bereitwilligkeit der Wallonen, „sich zuerst mit dem Franktireursystem und dann mit Hilfe befestigter Lager" zu verteidigen. (Défense Wallonne, Mai 1913, S. 266.) Auch französische

Militärschriftsteller wie der Senator Maxime Lecomte empfahlen den Freischützenkrieg als besonders geeignet zur Deckung der Durchgangsstraßen durch die Ardennen. (Lécomte-Levi, S. 510.) Der Oberst Humbert verlangte eine örtlich organisierte Gegenwehr der Bevölkerung:

„Es ist Pflicht für die Einwohner, ihren bedrohten Herd zu verteidigen. Schon zu Friedenszeiten soll das aufzugebende Gebiet in Verteidigungsbezirke eingeteilt werden; sie haben die Aufgabe, Zerstörungen auszuführen, die geeignet sind, den Vormarsch des Feindes zu verzögern, Beobachtungen zu übermitteln usw."

In einem Aufsatz der Belgique Artistique et Littéraire (Bd. XXV, Oktober 1911), der in seinen militärpolitischen Darlegungen einen Fachmann oder einen Wortführer der Ligue de Défense Nationale als Verfasser verrät, wird der Kleinkrieg der Einwohner folgendermaßen vorgesehen:

„Im gleichen Augenblick, wo der erste feindliche Vorposten an der Grenze gemeldet wird, müssen unsere Eisenbahnen und unsere Straßen unbrauchbar gemacht werden durch Zerstörung der Tunnels und der Brücken, durch Legen von Minen und überhaupt durch alles, was uns die Wissenschaft an Behinderungsmöglichkeiten an die Hand gibt. Der Einmarsch muß solange aufgehalten werden, bis unsere Mobilmachung durchgeführt ist. Vor allem muß die Bevölkerung die Überzeugung gewinnen, daß ein bewaffneter Mann soviel wert ist, wie der andere und daß einer darum nicht furchtbarer ist, weil er eine Uniform trägt. Gegen den Angreifer befinden sich alle im Zustande rechtmäßiger Verteidigung. Wenn man keine Waffen hat, kann man die Lebensmittel und die Brunnen vergiften, man kann die Scheunen anzünden, worin der Feind schläft; jedes Mittel ist gut, wenn es sich um die Verteidigung handelt. Wenn jeder Bürger fest entschlossen wäre, dem ersten Soldaten, der über seine Schwelle tritt, eine Kugel in den Kopf zu jagen und wenn der Feind das weiß, so würde ein Eroberungskrieg unmöglich werden."

Der Eindringling habe ein Volk in Aufruhr mehr zu fürchten, als reguläre Soldaten. Gut bewaffnete freiwillige Kompagnien aus der Garde Civique sollten sofort als kleine Einheiten feste Kerne bilden für die Freischarenhaufen, zumal die Bürgerwehren vom Feinde ja als Kriegführende anerkannt werden müßten.

> „Und sobald der erste feindliche Vorposten an der Grenze gemeldet wird, dann ihr Bauern, Waldhüter, Bürgerwehren und Soldaten drauf! Die Jagd ist offen!"

Die Übeltaten eines verführten und unwissenden Volkes und die deutschen Strafgerichte, die deshalb über die Armseligen verhängt werden mußten, waren die traurigen Ergebnisse solch schurkenhafter, sinnbetörender und nutzloser Verhetzung.

Das Ergebnis.

Die Entwicklung der belgischen Wehrfrage und ihre Lösung durch das Gesetz von 1913 bedeutete einen vollen Erfolg der vereinigten deutschgegnerischen Kräfte. Die einheitsstaatliche Machtpolitik des regierenden Nationalismus trug im Verein mit der wallonischen und französischen Auffassung von Neutralität und Landesverteidigung den Sieg davon. Nach jahrzehntelanger Vorbereitung triumphierten Frankreich und England unter nationalbelgischer und wallonischer Flagge.

Indes die vlämische Bewegung ihre ganze Kraft auf den Kampf für Sprache und Volkstum, für Erziehung, Schule und Universität verwandte, geriet ihr Volk auf anderen Wegen unversehens doch wieder in den Bann welscher Zwingherrschaft. Erschreckt und verleitet durch die Vorspiegelung, es handle sich um den Schutz von Heimat, Unabhängigkeit und Freiheit gegen den Imperialismus des östlichen Nachbarn, entrichtete es seinen Blutzoll für fremde Ziele. Seine parlamentarischen Führer fielen dem eigenen Mangel an weltpolitischer Einsicht und der größeren politischen Geschicklichkeit, Erfahrung und Organisationskraft

der Welschen zum Opfer, zumal der englische Einfluß, im Gegensatze zu früher, nun mit Frankreich arbeitete.

Wie ein Ahnen kommenden Unheils ging es noch kurz vor der Entscheidung durch vlämische Blätter. Als im Januar 1912 ein französischer Militärattaché sich im Echo de Paris wieder einmal über die Frage einer englischen Landung an der flandrischen Küste und Antwerpen verbreitete und einen gemeinsamen Vorstoß englisch-französischer und belgischer Streitkräfte an den Rhein als etwas Selbstverständliches hinstellte, meinte das einflußreiche katholische Antwerpener Handelsblad (vgl. Ons Recht, 21. Januar 1912):

„So selbstverständlich es dem tapferen französischen Militärattaché erscheint, daß die Belgier das englische Hilfsheer landen lassen, es mit offenen Armen empfangen und es durch ihr Land nach Namur marschieren lassen, so natürlich kommt es ihm auch vor, daß das mobil gemachte belgische Heer von 100 000 Mann die französischen Korps in das Land einfallen lassen und sie mit offenen Armen empfangen wird, um dann zu dreien, als geschworene Kameraden, die Deutschen anzugreifen! . . Belgiens Neutralität ist also dem Schreiber dieses Aufsatzes gleichbedeutend mit Hilfe für Frankreich — und es kommt ihm gar nicht in den Sinn, daß die Belgier eine andere Auffassung von ihrer Neutralität haben könnten, als ihre Grenzen und Häfen für den Durchzug eines englischen Heeres zu öffnen. So denken über Belgiens Neutralität und ihre Beachtung Leute, die nicht aufhören, Deutschland hinzustellen, als liege es nur auf der Lauer, um Belgiens Gebiet zu überrumpeln. Und man vergesse nicht: hier handelt es sich nicht um die vereinzelte Meinung eines phantasiereichen Schriftstellers. Der Gedanke, Deutschland durch ein englisches Heer angreifen zu lassen, das durch Belgien marschiert, wodurch unser Land der Schauplatz des Krieges würde, indessen Frankreich die Greuel erspart blieben, wurde nicht einmal, sondern zehnmal von Militärschriftstellern und Strategen in England und Frankreich behandelt.

Aber niemals hat einer von den Roland de Marés und anderen Franzosenfreunden der belgischen Presse ein Wort des Widerspruchs gegen diese Auffassung hören lassen. Im Gegenteil, sie haben Deutschland weiter verdächtigt, Mißtrauen gegen Deutschland gesät und bei uns Belgiern Gefühle genährt, als wären wir Bürger Frankreichs. Wir werden stets Widerspruch erheben gegen diese rein französische und vollständig unbelgische Haltung. Wir Vlamen vermeinen unsere belgischen Gefühle besser zu beweisen, indem wir uns nicht in die Zwistigkeiten unserer mächtigen Nachbarn einmischen und wir enthalten uns vor allem, feindliche Gefühle gegen eine Nation wie die deutsche zu wecken, die als Kulturvolk stets Anspruch auf unsere Achtung und Bewunderung erheben kann."

Das war die Sprache, die Flandern führen, wornach es handeln mußte, wenn es der Gefahr entgehen wollte. Allein es ist ohnmächtig verstummt, als im Parlament die Entscheidung herankam. So sank der letzte Damm dahin, der den Westmächten noch das Ziel versperrte.

Heute erkennen viele Vlamen mit tiefer Erbitterung, daß ihr Volk dem Zwange des welsch-belgischen Machtstaates erlegen ist, daß es in die Machenschaften und in die Kriegspolitik der Entente verstrickt wurde, nachdem Belgien vorher zu einer „französischen Ostmark" gemacht worden war.

Wie eine beschämende Offenbarung der belgischen Schuld empfand man in vlämischen Kreisen den Vorbeimarsch belgischer Truppenabteilungen vor Poincaré in Paris, am französischen Nationalfest 1916. Das katholische Antwerpener Wochenblatt Ons Land stellte über dieses Ereignis folgende rückschauende Betrachtungen an:

„Im August 1914 wurde Belgien der zufällige Bundesgenosse von Frankreich und England wegen einer französierten, d. i. verkehrt geführten Politik. Die belgischen Regierungsgewalten, welche die vlämischen Interessen grundsätzlich verkannten, bauten ihre Ziele auf veralteten Grundlagen auf. Ihr Mangel an Entwicklungsfähigkeit ließ sie auf

schwankenden Boden treten. Sie brachten die Lüge und die Folge der Lüge, den Betrug, ins Staatsleben. Unter Mitschuld einer von Politikern beherrschten und an Frankreich verkauften Presse wurde das Volk in Belgien schändlich belogen und betrogen. Darum mußte Belgien der Bundesgenosse Frankreichs werden. Diese Bundesgenossenschaft widerstreitet dem wahren Interesse Belgiens. Die Regierung wußte und weiß dies, aber sie muß die Strafen von Lüge und Betrug über sich ergehen lassen; sie sitzt im Treibsand und versinkt.

Deutschland seinerseits mußte mit Argwohn auf das sehen, was man in Belgien Neutralität nannte. Denn die auswärtige belgische Politik war wenig vertrauenerweckend. Militärisch wandte sie sich in ihrem letzten, bald nach 1870 von Brialmont eingeleiteten Stadium offensichtlich gegen Kriegsmöglichkeiten von Osten her, während die Süd- und Westgrenze unverteidigt und unbewacht blieben. Von ihren Gesandten wußte die belgische Regierung aber, daß sie aus dem Osten nichts zu befürchten hatte. Sie wußte, daß nicht die Regierung in Berlin, sondern diejenige in London, im Einvernehmen mit St. Petersburg und Paris, auf Krieg lossteuerte. Dennoch traf sie Vorsorge zum Schutz ihrer westlichen und südlichen Nachbarn, traf Maßregeln, die sich gegen den Osten richteten.

Die Nation blieb ohne Aufklärung! Fremde Belange standen höher, als die wahren belgischen Belange. Das ist noch heute so. Weder Heer noch Reserven waren kriegsfertig; die Regierung mußte das wissen und wußte es. Lügen und Betrug verrichteten ihr abscheuliches Werk.

Die Regierung sandte ihre Landeskinder in den Tod, nicht zur Verteidigung der belgischen Staatsinteressen oder der Unantastbarkeit des belgischen Bodens. Für das letztere zieht man nur dann in den Krieg, wenn man durch sichere Bürgschaften von dritter Seite einige Aussicht auf Erfolg vor Augen hat. Wir zogen hinein zur Verteidigung unserer westlichen und südlichen Nachbarn, die bekanntlich unseren tiefsten eigenen Bedürfnissen feindlich gegenüberstehen....“

„Wegen dieser perfiden und unheilvollen Politik mußten am 14. Juli belgische Soldaten — darunter 80 Prozent Vlamen! — zu Paris vor den Männern der Kriegspolitik, vor Poincaré und Briand, vorbeimarschieren.

Ganz am Schluß, hinter den anderen, kamen sie, die man in Frankreich mit den Deutschen in einen Topf wirft, indem man sie Boches schimpft! Hinter den Engländern aus der City — die Kanadier standen inzwischen an der Front zu Mametz — hinter den Russen, hinter den Marokkanern, hinter den Anamiten und den Negern aus dem Sudan! Und genau wie für diese sogenannten Soldaten, die Marokkaner, die Anamiten, die Sudan-Neger und alle die unterworfenen Völker, die Frankreich zu seiner eigenen Schande gegen die weiße Rasse vortreibt, erscholl für die Vlamen, aus belgischem Munde, Gott sei's geklagt, der Kommandoruf: Pour défiler, prenez vos distances! — En avant marche! Und nach einigen Schritten: Tête à droite! Und genau wie über die Anamiten, Marokkaner und Sudan-Neger konnten die Franzosen sagen: Ces soldats sont donc aussi à nous. Inzwischen zwinkerten sich Poincaré und Briand lachend zu: Ça fait la politique! Oh! Ces Belges! Freude war in ihren Herzen! Freude und verhaltener Hohn: Vorbeimarsch der Vlamen!"

* * *

Was bedeuten neben einem solchen ergreifenden Ausbruch echten Volksgefühls, das sich wieder zurechtzufinden beginnt, die aalglatten Verteidigungsreden des amtlichen Belgien und ihres Sachwalters Emile Waxweiler! Mit bemerkenswerter Geschicklichkeit wendet und dreht dieser sich, geht den Tatsachen aus dem Wege, verleugnet sie, will sie nicht kennen. Belgien ist und bleibt ihm das unschuldige Lamm, das nie ein Wässerchen trübte. Aus einem Leben voll weltbeglückender Friedensarbeit ist es unvermittelt, mit roher Gewalt und ohne jeden triftigen Anlaß herausgerissen worden, durch den plötzlichen ungerechtfertigten Einbruch wilder Barbarenhorden. Das deutsche Ansuchen um Gewährung des Durchmarsches (1914) faßt er einfach als die

schamlose Enthüllung längst vorbereiteter Eroberungspläne auf:

„In seinem höchst raffinierten Eroberungstriebe schafft sich Deutschland die Gelegenheit zur Eroberung, indem es Belgien zum Widerstande zwingt . . . . Belgien sollte zur Verteidigung gezwungen werden, um dann zur Sühne dafür, daß es seine Pflicht getan, einverleibt zu werden. Angesichts dieser Gewißheit tritt die Verletzung der belgischen Neutralität in den Hintergrund und die Verschwörung gegen Belgien kommt deutlich hervor." (Waxweiler 1915; Seite 101.)

Kann man die Wahrheit ärger auf den Kopf stellen?

Die deutsche Note, die am Abend des 2. August 1914 in Brüssel überreicht wurde und von Belgien die Gewährung des Durchmarsches verlangte, unter Zusicherung voller Bürgschaft für die Unabhängigkeit des Landes und für die Vergütung aller Schäden, erklärte es für ein Gebot der Selbsterhaltung, daß Deutschland dem zu erwartenden französischen Vorstoß zuvorkomme. Zwei Tage später sprach der Kanzler v. Bethmann Hollweg im Reichstage im Hinblick auf die unleugbare Gefahr eines französischen Vormarsches durch Belgien das Wort: „Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot."

Nicht einmal die Londoner Staatslenker, die es in der Kunst der Verschleierung und Entstellung der Tatsachen doch wahrlich weit gebracht haben, wagen die Ehrlichkeit und die Triftigkeit dieser deutschen Erklärungen zu bestreiten, wie Waxweiler es tut. Im Gegenteil; in der Denkschrift, die das englische Auswärtige Amt seiner Ausgabe des deutschen Weißbuches voranstellte, wird zugegeben, daß Deutschland seine Vertragsverpflichtungen in der Vergangenheit erfüllt habe und daß seine jetzige Handlungsweise „nicht grundlos" sei:

„Belgien war (für Deutschland) von der höchsten militärischen Wichtigkeit in einem Kriege mit Frankreich. Wenn ein solcher Krieg eintrat, würde es auf Leben und Tod sein. Deutschland fürchtete, daß, wenn es nicht selber Belgien besetze, Frankreich es tun könnte."

Ist das nicht eine Bestätigung des Kanzlerwortes?

Herr Waxweiler dagegen schiebt die Berufung auf Notlage und Notwehr mit leichter Handbewegung beiseite und behauptet, es falle nicht schwer, „die Grundlosigkeit der drohenden Gefahr, die Deutschland vorschützte, zu beweisen". Jedoch unterläßt er es, auch nur den Schatten eines solchen Beweises zu erbringen. Er weicht vielmehr aus:

> „Man kann sich hierbei gewiß in spitzfindige juristische Kontroversen einlassen und gewagte Analogien zwischen privatem und öffentlichem Rechte aufstellen. . . Doch entspricht es der Sachlage besser, die Debatte auf ein ganz anderes Gebiet zu verlegen." (Waxweiler 1915; S. 57.)

Mit einem kühnen Gedankensprung vollbringt er diese Verlegung. Gänzlich willkürlich unterschiebt er Deutschland rohe Eroberungslust und feige Hinterlist als Beweggründe seines Handelns und bezichtigt es, mit kalter Heuchelei all das vergolten zu haben, „was Belgien an treuherziger und wahrer Loyalität gegeben".

Wohlan! Auch in diesem Buche ist die Debatte auf ein ganz anderes Gebiet verlegt, nämlich auf dasjenige der Tatsachenreihen, der wirklichen Vorgänge und der geschichtlichen Zusammenhänge. Möge dem inzwischen dahingeschiedenen Verteidiger der belgischen Regierung ein Nachfolger werden, der auf diese Gebiete folgt und nicht tut, wie jener. Denn e r hat diese Dinge vielfach vorsichtig übergangen, die welsche Verknechtung Belgiens ebenso, wie die französisch-englische Angriffsgefahr in ihrer wahren Gestalt, die Einkreisungspolitik und die Fügsamkeit, die Belgien mit vollem Bedacht bezeigte, die Bedeutung, die seiner Wehrkraft in den Berechnungen des Dreiverbandes zukam und all das andere mehr. Seiner häufig lückenhaften Stoffbehandlung ist schon durch das Bekanntwerden so mancher Dokumente, besonders der belgischen Gesandtenberichte, nachgeholfen worden. Auch diese Schrift dürfte demjenigen manche Ergänzung bringen, der Waxweilers Bücher mit Eifer liest und sie — kritisch prüfen will.

Freilich, die von Waxweiler so gerühmte geradsinnige belgische Treuherzigkeit und Loyalität wandelt sich im Lichte der nüchternen Tatsachen in Voreingenommenheit und feindselige Parteilichkeit gegen Deutschland; die angeblich unabhängige und grundehrlich neutrale belgische Politik in einseitige Vorliebe für Frankreich und in ein neutralitätswidriges Machtstreben, das in Anlehnung an die Westmächte seine Ziele erreichen will.

Bernard Shaw trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er das Belgien vor dem Krieg „eine Festung im Dienste Frankreichs" nennt und betont, daß die Beachtung der Neutralität von den Deutschen ein heroisches Opfer verlangt, den Westmächten aber gewaltigen Nutzen gebracht hätte. Deutschland konnte nach seiner Meinung Belgien dieses Opfer nicht bringen, da Belgien im Begriffe stand, Deutschland auf das schwerste zu schädigen. England hätte im gleichen Falle die Verweigerung des Durchmarsches ohne weiteres mit einer Kriegserklärung an Belgien beantwortet. (New Statesman; wiedergegeben im Badischen Volksfreund, 11. Februar 1915.)

* * *

Die Belgier haben alle Ursache, vorsichtiger in ihrem Urteile über Deutschland zu sein. Denn ihre eigene Regierung war gewillt, die gleiche „Schuld" einer Neutralitätsverletzung auf sich zu nehmen, wenn dies notwendig werden sollte.

Am 30. Januar 1906 verlangte nämlich das Brüsseler Kriegsministerium vom Minister des Auswärtigen Aufschluß darüber, ob belgische Truppen über die holländische und großherzoglich-luxemburgische Grenze vorstoßen dürften, wenn in diesen Gebieten fremde Truppen auftreten würden, um gegen Belgien vorzurücken.

Der Minister des Auswärtigen, Baron de Favereau, bejahte in einer geheimen Weisung an das Kriegsministerium vom 17. Februar 1906 diese Frage. Er erkannte auch einem neutralisierten Staate, wie Belgien, die völkerrechtlich allgemein anerkannte Befugnis zu, sich gegen eine rechtzeitig erkannte drohende Gefahr nicht nur durch die Mittel abwartender Verteidigung, sondern auch durch diejenigen eines vorbeugenden Zuvor-

kommens zu schützen. Wenn er auch die größte Vorsicht angewendet wissen wollte, so erteilte er doch dem Kriegsministerium gleichsam die Ermächtigung zu einer Offensive auf fremdes neutrales Gebiet, für den Fall, daß dieses anderen Mächten „als Basis für Kriegshandlungen dienen würde, die gegen Belgien gerichtet sind".

Also Verletzung fremder Neutralität, unter Geltendmachung eines Notstandes! Allerdings hielt es Baron de Favereau nicht für ratsam, den belgischen Einmarsch ausdrücklich auf diese Weise vor aller Welt zu begründen. Und zwar mit Rücksicht darauf, daß Belgien in die gleiche Lage kommen könnte, in die es Holland und Luxemburg versetzen würde, daß also auch über seine Grenzen überlegene fremde Truppen vorbrechen würden. Für diesen Fall wollte der Minister, wie hernach noch näher zu erwähnen, seinem Lande volle Handlungsfreiheit gewahrt wissen.

Man würde also, so erklärte er, sich einfach auf den Boden der Tatsachen stellen und das niederländische und luxemburgische Gebiet, wenn es von deutschen Truppen besetzt würde, als ein gegen Belgien gerichtetes Operationsfeld betrachten, „was uns vollkommen berechtigen würde, auf diesem Kriegsschauplatze alle Mittel in Anwendung zu bringen, die uns die Kriegskunst zur Verteidigung an die Hand gibt". Im übrigen würde man lediglich den Regierungen der Niederlande und Luxemburgs „die Mitteilung zukommen lassen müssen, daß wir durch das legitime Recht der Verteidigung gezwungen seien, ihr Gebiet zu benützen, daß wir dies aber in den striktesten Grenzen der militärischen Erfordernisse tun würden".

Welches Recht hat eine Regierung noch, sich über Deutschland zu beklagen, die entschlossen war, gegebenenfalls ebenso zu handeln wie Deutschland tat? Die diesen Entschluß mit gleichartigen Gründen rechtfertigte, wie Deutschland sie anführte?

Mit Entrüstung pflegt das amtliche Belgien den Gedanken von sich zu weisen, daß es jemals einen Einmarsch oder Durchzug fremder Truppen ohne Gegenwehr bis zum äußersten hätte zulassen können. Anderenfalls hätte man, so heißt es, Daseinsberechtigung und Ehre der Nation verleugnet.

Wir haben bereits Zeugnisse dafür kennen gelernt, daß diese Meinung in Belgien keineswegs allgemein geteilt wurde. Waxweiler behilft sich gegen Andersdenkende, wie gegen den Major Girard, mit dem einfachen aber wenig sachgemäßen Mittel persönlichen Verächtlichmachens. Will man vielleicht auch einem Manne, der jahrelang die äußere Politik des Landes leitete, ungenügendes Pflichtverständnis und Mangel an Patriotismus vorwerfen? Nun, Baron de Favereau hat in dem eben angeführten Schriftstück den Fall ins Auge gefaßt, daß es für die Belgier „unmöglich werden könnte, sich einer Invasion ihres Landes durch fremde, an Zahl überlegene Heere zu widersetzen", daß sie also gezwungen sein könnten, einen Teil ihres Gebietes den kriegführenden Mächten zu überlassen. „In diesem Falle", so sagt er, „dürfte es dem nationalen Interesse zuwiderlaufen, anzuerkennen, daß unsere Neutralität wegen der Preisgabe eines Teiles unseres Gebietes an die Kriegführenden völlig dahin wäre, und daß diese berechtigt seien, uns als feindliche Partei zu behandeln, mit allen Folgerungen, die sie hieraus ziehen könnten."

Der Minister sprach damit aus, daß Belgien eine Verletzung seiner Grenzen keineswegs unter allen Umständen als Kriegsfall anzusehen brauche, daß sein Heer vielmehr vor einem stärkeren Eindringling zurückweichen könne, daß aber gleichwohl die Neutralität des Landes nicht beeinträchtigt zu werden brauche.

Was noch 1906 von einem leitenden Staatsmanne als angängig und zweckmäßig erachtet wurde, kann unmöglich acht Jahre später „ehrlos" und verderblich gewesen sein, zumal die Lage von 1914 die Merkmale aufwies, die Baron de Favereau voraussetzte. Die belgische Regierung hatte also noch andere Gründe für ihr Verhalten gegen Deutschland, als die sie angibt. In den vorstehenden Abhandlungen sind sie wohl zur Genüge aufgezeigt!

Versuchungen Hollands.

Bündnispläne.

Die Westmächte haben mehrfach versucht, auch Holland in das Spinngewebe ihrer politischen Bündnisse und Freundschaften einzubeziehen. Für uns kommen hier jene Bemühungen in Betracht, die seit 1905 durch und über Belgien ihren Weg nahmen. Sie liefen darauf hinaus, den alten Gedanken einer belgisch-holländischen Annäherung für die Zwecke des Dreiverbandes auszubeuten. (Vgl. Seite 378.)

Das Ziel einer Annäherung der beiden Länder, die im Königreich der Vereinigten Niederlande anderthalb Jahrzehnte lang eine staatliche Gemeinschaft gebildet hatten, ist seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts von Zeit zu Zeit immer wieder aufgetaucht. Er wurde in der Regel lebhafter erörtert, wenn sich in der allgemeinen europäischen Lage Verwickelungen ergaben und die Gefahr eines Krieges drohte. Dann glaubte man leicht eine stärkere Interessengemeinschaft vor sich zu sehen, als sie in den rein sachlichen Beziehungen beider Staaten wirklich gegeben war.

Ein belgischer Staatsmann hat 1906 ausgesprochen, daß kaum zwei andere engbenachbarte Völker so auffallend voneinander geschieden seien, wie Belgien und Holland.

Daß dem so ist, trotz der Stammesbrüderschaft von Vlamen und Holländern, rührt sicherlich nicht erst von der gewaltsamen Trennung von 1830 her, sondern hat seine tiefsten Ursachen in der unterschiedlichen Entwicklung und in der dadurch erzeugten Verschiedenheit des geistigen Wesens und der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Nord- und Südniederländer. Es ist also nicht weiter verwunderlich, wenn die mannigfachen Bemühungen, eine Annäherung herbeizuführen nie zu einem greifbaren Ergebnis gekommen sind.

Die älteren Versuche dieser Art bewegten sich im wesentlichen auf ökonomischem Gebiete. Soweit politische Gesichtspunkte

hineinspielten, waren sie nicht deutschfeindlicher Art. Frère-Orban ging bei seinen bis 1884 fortgesetzten Bemühungen, mit Holland überein zu kommen, ursprünglich (1869) von dem Gedanken einer Abwehr der französischen Nachstellungen aus, denen die belgische Selbständigkeit in der Zeit Napoleons III. ausgesetzt war. Ihm kam es darauf an, diese Selbständigkeit zu stützen, ohne für die eine oder die andere Großmacht Partei zu nehmen.

Dieser neutrale Grundzug erhielt sich auch später noch, bis die französische Werbearbeit in Belgien auch in diese Frage den Geist und die Absichten einer deutschgegnerischen Politik hineintrug. Schon als der ehemalige holländische Kriegsminister Den Beer Portugael im Jahre 1902 in einer kleinen Schrift den Gedanken eines Schutzbündnisses wieder aufwarf, das nach seiner Ansicht dem wachsenden deutschen Einflusse in beiden Ländern begegnen sollte, gab die welschbelgische Presse dem Vorschlage eine verstärkte französische Richtung. Dagegen verhielt sie sich 1904 mißtrauisch, als ein Besuch des holländischen Ministerpräsidenten Dr. Kuyper bei König Leopold II. eine Fülle von Mutmaßungen über eine mögliche „Entente Hollando-Belge“ verursachte. Kuyper galt dieser Presse nicht als Franzosenfreund.

Als im Jubiläumsjahre 1905 die Wogen der weltpolitischen Begeisterung in Belgien besonders hochgingen, schwamm der Gedanke einer Verbrüderung mit Holland wieder obenauf. Nun stand er aber bereits im Zeichen des Umschwunges der europäischen Lage und nahm unverkennbar ententefreundliche Färbung an. Bezeichnend hierfür ist, daß er auch auf dem Lütticher Weltkongreß des Bundes zur Ausbreitung der französischen Sprache und Kultur von Maurice Ansiaux in seinem Vortrage über die pangermanische Gefahr vertreten wurde.

Bald darnach eröffnete eine Gruppe welschbelgischer Politiker und Zeitungsleute einen planmäßigen Feldzug für ein Wirtschafts- und Militärbündnis der beiden Staaten. An die Spitze stellte sich der Schriftsteller Eugène Baie. Im Brüsseler Franzosenblatt P e t i t B l e u vom 15. Oktober 1905 eröffnete er eine Umfrage darüber, ob ein solcher Bund zweckmäßig und möglich sei. Er machte den Vorschlag, einen ständigen Ausschuß aus geeigneten Persönlich-

keiten beider Länder zu bilden, um die Lösung der Frage vorzubereiten.

Baie rechnete, wie aus seinen einleitenden Worten hervorging, vor allem mit der macht- und weltpolitischen Strömung in Belgien; daneben gedachte er auch Nutzen zu ziehen aus dem großniederländischen Gedanken, der unter den Vlamen wie ein stiller Glaube von Kopf zu Kopf geht. Wie Herrn Ansiaux, so schwebte auch Herrn Baie vor allem der „deutsche Imperialismus" als Bedrohung der beiden kleinen Staaten vor. Nur durch engeren Zusammenschluß, so ungefähr lautete seine Begründung, können sie sich dagegen schützen. Belgien hat diese Deckung besonders nötig. Denn durch seinen ins Große gewachsenen Welthandel und seine Industrie ist es aus der Reihe der kleinen Staaten emporgestiegen und kommt in der Ordnung Europas bereits an siebenter Stelle, unmittelbar hinter den Großmächten! Weil es mit ihnen in Wettbewerb getreten ist, ihnen zu rührig und zu unbescheiden geworden ist, kann es nicht mehr wie seither auf das Wohlwollen aller rechnen.

Der Leiter der Bewegung sammelte um sich einen Stab von bezeichnender Zusammenstellung. Der belgische „Imperialist" Léon Hennebicq begründete gemeinsam mit Pierre Olivier die Sache des Bündnisses wirtschaftspolitisch, mit der Expansion Belge, unter Zuhilfenahme eines ausgiebigen statistischen Zahlenmaterials. Mit Leichtigkeit glitten sie über die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten hinweg, die nach früheren Erfahrungen auftauchen mußten, sobald man die Frage eines Zoll- und Verkehrsbundes im einzelnen prüfte. Daneben fanden sie aber auch schon andere, politische Vorteile heraus. Der Zusammenschluß verhieß ihnen nicht nur eine Verteidigung demokratischer Freiheit gegen deutsche Vorherrschaft, sondern auch eine Ausdehnung der lateinisch-französischen Zivilisation nach Norden. (Hennebicq, im Petit Bleu vom 23. Oktober 1905.)

Solche Vorstellungen verdichteten sich schließlich zu einem förmlichen historisch-politischen Gefüge. Im Ralliement vom 5. November 1905 faßte Dumont-Wilden das Ergebnis der Umfrage vom Standpunkte des französisch gerichteten Nationalbelgiers zu-

sammen: Einst war Frankreich der Selbständigkeit Belgiens gefährlich, heute ist es gesättigt, ruhig, gewissenhaft. Deutschland aber folgt seinem natürlichen Ausdehnungsbedürfnis, wenn es mit unwiderstehlicher Wucht nach den Mündungen der westlichen Ströme, des Rheines und der Schelde drängt. Hiergegen muß sich das geplante Verteidigungsbündnis richten. Eine neue niederländische Barrière soll erstehen, nun gegen Deutschland, wie sie einst gegen Frankreich bestand, zugleich ein wirksamer Schutzwall gegen die „stille Arbeit der Germanisation". Die beiden niederländischen Staaten sind Grenzmarken der germanischen und der lateinisch-französischen Gesittung, Vermittlungstore und Grenzwehren zugleich sind diese Gebiete. Grenzwehren müssen sie sein gegen die jeweils überflutenden Kräfte. Heute müssen sie sich gegen das „erobernde Preußen" kehren, Ostmarken der romanisch-französischen Welt werden, wie das tapfere Elsaß-Lothringen und das Großherzogtum Luxemburg. In näherer oder fernerer Zukunft schwebt die Möglichkeit einer Wiederherstellung wenn nicht von Lothars Reich, so doch des Zwischenstaates Karls des Kühnen.

Dermaßen übertrugen die belgischen „Imperialisten" ihre kühnen Gedankenflüge auf die holländisch-belgische Frage und weiteten sie damit ins Weltpolitische aus. Mochte ein solches Unterfangen nüchternem Wirklichkeitssinne lächerlich erscheinen, diese dichterische Politik war in Belgien keineswegs ohne verführerische Werbekraft. Sie schien vielen einen berechtigten Kern in sich zu tragen. Vor allem wirkte ihre deutschgegnerische Grundrichtung. Das wußte auch die Pariser und Londoner Presse sehr wohl und benutzte sie als willkommenes Mittel, um auf die empfänglichen welsch-belgischen Gemüter zu wirken.

Bei den nüchternen Holländern freilich fehlte jede Neigung, sich auf derartig weitausschauende Dinge einzulassen oder gar daraus tatsächliche Nutzanwendungen zu ziehen. Der Amsterdamer Berichterstatter des Antwerpener M a t i n setzte den Heißspornen schon am 22. Oktober 1905 einen kräftigen Dämpfer auf und erklärte Bündnispläne mit solchem weltpolitischem Hintergrunde für Traumgebilde, für den Ausfluß eines ungesunden belgischen Ausbreitungsdranges, der zu zweien erreichen möchte, was er allein nicht schaffen könne.

Auch in Belgien blieben die Bedenken bei manchen besonnenen Leuten nicht aus. Denn daß die Ausgestaltung, die dem Bündnisgedanken gegeben wurde, sich mit den vertragsmäßigen Grundlagen des belgischen Staatswesens nicht vereinbaren ließ, konnte man mit Händen greifen. Der Jurist Jacques des Cressonières versuchte allerdings zweifelnden Seelen mit viel Scharfsinn darzutun, daß es sich nur um ein Verteidigungsbündnis handele, das Belgien unbeschadet seiner Neutralität erlaubt sei. Der Staatsrechtslehrer Ernest Nijs nahm das Bündnisrecht für Belgien gerade im Hinblick auf den geringen Wert der Bürgschaftsverträge in Anspruch. (L'Entente Holland-Belge; Ausgabe des Petit Bleu, Brüssel 1906, 47, 156.)

Noch weiter ging der Bund zur Vertretung belgischer Interessen im Auslande, der von einem Sonderausschuß einen Bericht über die Bündnisfrage ausarbeiten ließ. Darin hieß es kurzweg, Belgien sei völlig selbstherrlich, wie andere Länder auch, es handele nur kraft seiner Machtvollkommenheit, wenn es zur Wahrung seiner Rechte nach freiem Ermessen Militärabkommen irgendwelcher Art abschließe. Diese Machtvollkommenheit gehe über alle anderen Verpflichtungen, und wären es selbst die der Neutralität. (Fédération pour la défense des interêts belges à l'étranger: Rapport sur la question d'entente hollando-belge etc. Brüssel 1906.)

Man empfahl also einfach, die alten Verträge für nichts zu achten. Ist es nicht bezeichnend, daß sich in jener Zeit drohender Kriegsgefahr solche willkürlichen und rechtsbrecherischen Auslegungen keck hervorwagen konnten und sichtlich Anklang fanden? Von ähnlichen neutralitätswidrigen Gesichtspunkten mag auch der Brüsseler Generalstab ausgegangen sein, als er sich ungefähr zu gleicher Zeit, im Januar 1906, in die geheimen „Conventions" mit den Engländern einließ.

* * *

Die Antworten auf die Umfrage, die im Petit Bleu veröffentlicht wurden, erschienen in einer für die Zwecke der Werbung getroffenen Auswahl Anfangs 1906 in Buchform, mit einleitenden Aufsätzen der Herausgeber Baie, Hennebicq, Olivier und Des Cressonières (L'Entente Hollando-Belge; Ausgabe des Petit Bleu;

Brüssel 1906). Aus ihnen ist zu ersehen, daß der Wunsch nach einer Verständigung der beiden Staaten bei den Belgiern weitverbreitet war. Die vorsichtigeren Politiker vermieden es allerdings, sich allzu offen auf die ententefreundliche Richtung einzulassen, die der Bewegung von ihren Urhebern gegeben worden war. So der angesehene Altminister und katholische Führer Auguste Beernaert, oder der liberale Senator Sam Wiener, König Leopolds finanztechnischer Beirat, die beide eine wirtschaftliche und militärische Vereinbarung warm befürworteten. Carton de Wiart, Vandervelde, Paul Janson erklären sich ebenfalls im allgemeinen einverstanden; der Bürgermeister Van Ryswijk in Antwerpen freut sich der Möglichkeit einer Annäherung von Vlamen und Holländern. Dem Senator Walter de Selijs-Longchamps gilt es möglichst enge Verbindung um jeden Preis; Bedenken innerpolitischer Art, wie etwa die Rücksicht auf die Gefühle der Wallonen, sind für ihn nicht vorhanden. Denn das Bündnis braucht keine Entfremdung gegenüber Frankreich „und keine Einbuße seines legitimen Einflusses" mit sich zu bringen. Diese Bemerkung richtete sich offenbar gegen mißtrauische Bedenken, die aus den Kreisen der jung-wallonischen Bewegung vorübergehend laut wurden und ein Überwiegen des germanischen Elements in einem solchen Bündnisse fürchteten.

Edmond Picard der Erfinder der belgischen Volksseele, greift weiter aus: Gefahr droht Belgien nicht von Frankreich, sondern vom „deutschen Werwolf". Die Furcht vor ihm muß Belgien und Holland zu gemeinsamer Hut veranlassen. Möchte nur die Vorsicht in Brüssel und Amsterdam so stark sein, wie der Eroberer-wille in Berlin!

Der katholische Abgeordnete Arthur Verhaegen lehnt ein förmliches Verteidigungsbündnis ab, weil es als Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den Bürgschaftsmächten verstanden werden könnte. Aber da Holland und Belgien für den Fall eines Angriffes natürliche Bundesgenossen sind, ist es undenkbar, daß die beiderseitigen Generalstäbe nicht auf eine gemeinsame Verteidigung gefaßt wären. Eine wirtschaftliche Verständigung ist möglich, ja notwendig, genügt aber noch nicht: sie muß zu einem Zollverein beider Länder mit England führen.

Generalleutnant Baron de Heusch äußert sich als Fachmann über eine gemeinsame Verteidigung Hollands und Belgiens. Einige Zeit später gab dieser Offizier auch seine politische Meinung schärfer zu erkennen, indem er eine Broschüre des Jonckheer R. A. Klerck in der Revue de l'armée Belge (1907) zustimmend besprach und großenteils wiedergab. Sie redete einem Zusammenschlusse das Wort, mit einer gewissen politischen Vorsicht, aber doch im wesentlichen in deutschgegnerischem Sinne.

Die Antworten der Holländer stechen, im ganzen besehen, stark von den belgischen ab. Sie sind zurückhaltend und vermeiden meist das Gebiet der hohen Politik, auch wenn sie einer gemeinschaftlichen freien Kommission zustimmen. General Den Beer Portugael ist für ein Schutzbündnis; fünf Jahre später hat er diesen Standpunkt aufgegeben und ein Zusammengehen mit Belgien abgelehnt; der Streit um die Schelde und um Vlissingen hatte dem Offizier die Überzeugung verschafft, daß ein Zusammengehen mit Belgien seinem Vaterlande gefährlich würde (Den Beer Portugael, La Neutralité de l'Escaut. Im Haag 1911). Kiewiet de Jonge, der Leiter des Algemeen Nederlandsch Verbond, gibt die beißende Antwort, er müsse den Versuch einer Verständigung für aussichtslos halten, solange nicht den Vlamen ihre Volksrechte uneingeschränkt gewährt würden.

Die belgischen Werbungen wurden in Holland überhaupt sehr kühl aufgenommen. Auf einer Versammlung von Zeitungsleuten im Dezember 1905 im Haag erhob sich nicht eine Stimme für das Bündnis. Im gleichen Monate lehnte der Außenminister Tets van Goudrian ziemlich unverblümt ab. Auch die Amsterdamer Handelskammer zeigte wenig Neigung. Besonders gewichtig trafen die Bedenken, die der gewesene liberale Minister des Auswärtigen Herr de Beaufort im Januarheft der Gids darlegte. Ihm erschien es kein verlockendes Ziel, die beiden Kleinstaaten zu einem doch recht kunstmäßigen Gebilde zusammenzuschweißen, das in alle Reibungen der großen Politik hineingezogen werden müßte, aber nicht genügend Kraft besäße, mit Vorteil und Ehren daraus hervorzugehen. Diese Kritik kam einer Ablehnung gleich. (Vgl. Paul Frédéricq, Schets eener geschiedenis der Vlaamsche Beweging; III, 279; Gent 1909.

Die Westmächte im Hintergrunde.

Um so beflissener förderte die Pariser und Londoner Presse das Unternehmen. Kaum war der Petit Bleu mit der Umfrage heraus, da lief auch schon der Drahtbericht Reuters mit dieser Neuigkeit um die Erde, als ob es sich um ein höchst wichtiges Geschehnis handle. Die Times öffnete Baie ihre Spalten zu einem Aufruf an die politische Welt Großbritanniens und diese kargte nicht mit ihrem Beifall. Die Nineteenth Century brachte eine aufreizende Abhandlung von Ellis Barker über die Aufsaugung der Niederlande durch Deutschland (Juliheft 1906) und ließ sich vom französischen Exminister Yves Guyot ein erschreckendes Bild des Pangermanismus malen, der seine Fänge nach den beiden kleinen Staaten ausstrecke. Guyot leistete sich den klassischen Satz: „Die Erhaltung der Unabhängigkeit von Belgien und Holland ist der Daseinsgrund der Entente Cordiale zwischen Frankreich und England.“ (September 1906.) Nach der Fortnightly Revieuw (August 1906) eröffnete sich die Aussicht auf Erfüllung der schönsten englischen Hoffnungen; eine Verwirklichung des Bündnisplanes würde die althergebrachte englische Festlandspolitik mit sicherem Erfolge krönen.

Baie konnte im Begleitwort zu seiner Antwortensammlung mit Recht behaupten: Die englische Presse ermutigt uns. Dagegen schlug seine Erwartung fehl, daß Frankreich den Belgiern „keine indiskreten Ratschläge erteilen werde“ (Seite 43). An solchen ließ es wenigstens General Langlois, einer der Wortführer der französischen Kriegspartei nicht fehlen. Er trat als ein richtiger Präceptor der Belgier auf und belehrte sie eindringlichst, wie sie es zu halten hätten. (Langlois, La Belgique et la Hollande devant le Pangermanisme; Paris-Nancy 1906.) Indem er alle Möglichkeiten eines deutschen Einmarsches und die Bedingungen eines Zollvereins eingehend erläuterte, entwarf er eine Art Verfassung für den zu gründenden Militär- und Wirtschaftsbund.

Unvorsichtig genug gestand er, daß vor allem Frankreich selbst davon großen Nutzen hätte. In einem solchen verstärkten „Schutz der belgischen Neutralität“ sah er ein ausgezeichnetes

Bollwerk für Frankreich, zumal wenn Holland durch Öffnung der Schelde im Kriege die rasche und sichere Ankunft der englischen Hilfe sicherstellte. Daß die Holländer sich ebenso ihrem „natürlichen Bundesgenossen England" anvertrauen könnten, wie die Belgier, ist für Langlois nicht zweifelhaft. An den internationalen Verträgen braucht nach ihm niemand Anstoß zu nehmen. Belgien kann ja seine Neutralität jeden Tag aufgeben. Sie ist nur eine „Forderung ohne Gegenleistung", da die Mächte ihre ursprüngliche Zusage, dem Lande die Unverletzlichkeit zu verbürgen, gestrichen haben.

Auch der Franzose richtete den Blick bereits in eine weitere Zukunft: Wenn dieses Werk gelänge, so könnte der von Leroy Beaulieu schon 1879 ausgedachte Plan eines Zollvereins Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Belgiens und Hollands vielleicht doch einmal Gestalt annehmen.

Im vlämischen Lager erhoben sich frühzeitig warnende Stimmen, die rund heraussagten, welche Bewandtnis es mit dieser Bündnisbewegung eigentlich hatte. Waren es doch hauptsächlich Franzosenfreunde und Vertreter des welschgesinnten „Großbelgiertums", die die Werbetrommel rührten. Nicht Industrielle und Kaufleute riefen am lautesten nach einem Zollbunde, sondern welschbelgische Zeitungsschreiber, Politiker, Advokaten. Dieselben Kreise, die auch in Vlamen- und Deutschenhetze machten! Nicht von volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gingen sie aus, sondern von durchsichtigen politischen Zwecksetzungen.

Die Bewegung hatte denn auch, so wie sie sich gab, beim stammesbewußten Vlamentum bald verspielt. Auf dem 39. niederländischen Sprach- und Literaturkongreß, der im August 1906 in Brüssel tagte, unterzog man die Baie'schen Vorschläge einer scharfen Kritik. Man sah von einer endgültigen Stellungnahme ab und überwies sie einem Ausschuß zu künftigem Studium. „Das ist ein Begräbnis" seufzte betrübt der XX. Siècle, das Blatt der belgischen Nationalisten. Einige Zeit darnach deckte der Antwerpener Marten Rudelsheim in der holländischen Zeitschrift Onze Eeuw (Oktober 1907) den Zusammenhang der Bündnisbewegung mit der französischen Politik auf.

Dieser Plan ist nicht in Holland und nicht in Belgien entstanden, schlußfolgerte er, sondern in Paris und London. War vielleicht Clemenceau der Erfinder, wie vielfach behauptet wurde?

Es war sicherlich kein Zufall, daß man gerade die Zeit stärkster politischer Spannung während der Algeciraskonferenz benützte, um das Angebot dieses Bündnisses auf den Markt zu bringen. Graf Albert Du Bois sagte kaum zuviel, wenn er die Bewegung für eine Mache französischer Sendlinge erklärte. Baie selbst sprach später während des Krieges davon, daß seine Tätigkeit „von bedeutenden und tätigen Gönnern gestützt worden sei". Zu ihnen dürfte wohl auch Herr Gérard, der Gesandte der Republik in Brüssel und persönliche Freund Delcassés, gehört haben. (Brief Baie's vom 1. März 1916, in der Londoner Métropole abgedruckt).

Die Vlamen begriffen also: Bei dem Spiele saß Frankreich hinter dem Vorhang, begierig, Holland durch das Mittelglied eines Bündnisses mit Belgien an die Westmächte zu ketten. Leicht erklärlich, das es unter diesen Umständen nicht geringe Schwierigkeiten bereitete, die vorgeschlagene ständige Kommission von Parlamentariern und Sachverständigen aus beiden Ländern zusammenzubringen, die das Wie einer Annäherung ausfindig machen sollte. Die belgische Abteilung kam erst nach langwierigen Verhandlungen zustande, als durch die kluge Vermittlung des Vorsitzenden, des Staatsministers Auguste Beernaert, zu der anfangs weit überwiegenden Zahl welscher Mitglieder eine entsprechende Anzahl vlämischer hinzugekommen war. Mehrere bekannte Führer der vlämischen Bewegung traten auf Wunsch der Holländer ein. Wie diese waren sie entschlossen, gegen alle gefährlichen welschen Absichten auf der Hut zu sein. Damit nahmen die Dinge eine für Baie und Genossen unerwünschte Wendung. Ihren Bestrebungen ward in der Kommission der Weg verlegt. Von einem Militär- und Zollbündnis als Anhängsel der Entente konnte hier nicht mehr die Rede sein. Dieser hochpolitische Gedanke war bereits durch die Vorverhandlungen auf Betreiben der Holländer und Vlamen aus dem Arbeitsprogramm ausgeschaltet, als die Kommission endlich am 4. November 1907 zum erstenmal in

Brüssel zusammentrat. In seiner Eröffnungsansprache unterstrich der Wortführer der Holländer, der Abgeordnete und spätere Kriegsminister Heemskerk, noch einmal deutlich, das es sich für ihn und seine Landsleute nicht um eine sogenannte „große Entente", sondern lediglich um praktische Einzelfragen der Wirtschaft und des Verkehrs handeln könne. Beernaert, der Sprecher der Belgier, blieb im gleichen Gleise. Demgemäß wurde auch das Arbeitsgebiet der Kommission umschrieben, so daß kein Raum mehr blieb für große politische Bündnispläne.

Für die Urheber der Bündnisbewegung und für die bei der Sitzung anwesenden Vertreter des Dreiverbandes eine herbe Enttäuschung! Wenn jene sich trotzdem zur Mitarbeit verstanden, wenn sie sich also in langwierige Beratungen über die Gegenstände einer sogenannten „kleinen Entente" einließen, so taten sie es, weil sie hofften, auf diesem Wege später vielleicht doch noch ihr eigentliches Ziel erreichen zu können.

Aber auch die Ergebnisse der so beschränkten Ausschußarbeiten sind in den folgenden Jahren trotz vielen guten Willens und trotz des unermüdlichen Eifers Baie's, der als Sekretär der belgischen Abteilung tätig war, unbedeutend gewesen. Bis zum Kriegsausbruch schleppte die Kommission, die noch zweimal, 1909 und 1911, zu Vollversammlungen zusammentrat, ein ziemlich langweiliges Dasein dahin. Nicht einmal eine „kleine Entente", also eine zusammenfassende Vereinbarung über wirtschaftliche und verkehrspolitische Erleichterungen, über gegenseitige Vergünstigungen auf kulturellem und sozialem Gebiet usw. ist schließlich fertig geworden.

Mehrfach wiederholte Versuche, die militärischen und politischen Gesichtspunkte von außen her wieder hineinzutragen, scheiterten. Die mahnenden Aufsätze, die Charles Malô zur ersten Tagung (November 1907) im Pariser Journal des Débats losließ, vermochten dieses Ziel ebensowenig zu erreichen, wie der gleichzeitige Versuch der wallonischen Wochenschrift L'Action Wallonne, durch eine neue Rundfrage den Bündnisgedanken auch für die Ausschußverhandlungen wieder zu einer brennenden Frage zu machen.

Außerhalb der Kommission blieb er allerdings ein beliebtes Wirkungsmittel der Dreiverbandspresse und ihres belgischen Anhanges.

Bemühungen des belgischen Generalstabs.

Ein Eingreifen der beiden Staatsleitungen hätte sich bei dieser Sachlage verboten, selbst wenn auf beiden Seiten Neigung dazu bestanden hätte. Im Haag war dies jedoch keineswegs der Fall. Anders in Brüssel. Hier führte der Wunsch, zu einem Ergebnis zu kommen, zu Beratungen im Schoße der Regierung. Schon unter dem 13. März 1906 benachrichtigte der Minister des Auswärtigen, Baron de Favereau, den Kriegsminister Cousebant d'Alkemade brieflich, daß seit langem die Vorteile einer Verständigung beider Staaten ins Auge gefaßt worden seien. Er wünschte, daß die Heeresleitung sich äußere über etwaige gemeinsame militärische Maßnahmen im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Für ein förmliches Verteidigungsbündnis (une alliance défensive proprement dite) werde die niederländische Regierung allerdings kaum zu haben sein. Ein einfaches Übereinkommen (une simple entente) über das Zusammenwirken der Streitkräfte beider Länder unter bestimmten Umständen hätte aber jetzt vielleicht Aussicht auf Erfolg, wenn auch frühere Versuche im Haag ergebnislos verlaufen seien.

Diese Anfrage beantwortete das Kriegsministerium mit einer Denkschrift des Generalstabschefs Ducarne (8. Mai 1906), worin verschiedene Möglichkeiten eines solchen Zusammenwirkens ausführlich dargelegt wurden. Der Generalstabschef rückt die Gefahr eines deutschen Einfalles in den Vordergrund und versucht nachzuweisen, daß Holland in jedem Falle, in dem die belgische Neutralität verletzt würde, unausweichlich in Mitleidenschaft gezogen würde. Es sei daher der natürliche Bundesgenosse Belgiens. Er läßt die Frage offen, ob bei Kriegsgefahr nicht schon die Zusammenziehung größerer deutscher Truppenkörper am Niederrhein eine Kooperation der Armeen beider Länder rechtfertigen würde.

Ducarne rät, wenn ein förmliches Bündnis nicht geschlossen werde, wenigstens bestimmte gemeinsame Kriegsvorbereitungen durch die beiden Generalstäbe treffen zu lassen und zu diesem Zwecke auch Militärbevollmächtigte bei den beiderseitigen Gesandtschaften aufzustellen.

Also geheime Vereinbarungen mit Holland, ähnlich wie man sie mit England bereits getroffen hatte! Es scheint, daß der Minister de Favereau es unterließ, mit solchen Vorschlägen an die holländische Regierung heranzutreten. Er glaubte bemerkt zu haben, daß bei dieser, vielleicht gerade wegen der aufdringlichen Werbearbeit für das Bündnis, ein gewisses Mißtrauen gegen Belgien erwacht sei. Außerdem entging ihm nicht, daß Ducarne in seinen Kriegsplänen den Holländern eine tiefgreifende Umgestaltung ihres Verteidigungssystems zumutete, ein kostspieliges Opfer, das sie wohl kaum um Belgiens willen bringen würden. (Schreiben an den Kriegsminister vom 8. November 1906.)

Vergleicht man die Denkschrift des belgischen Generalstabschefs mit einem militärischen Gutachten, das sich in Baies Buch abgedruckt findet (S. 271 ff.), so ergibt sich die nahe Verwandtschaft beider Erzeugnisse. Das gedruckte Gutachten entstammte entweder ebenfalls der Feder Ducarne's, oder ist in seiner Umgebung unter seinem Einflusse entstanden. Ebenso wie die Denkschrift will es ein künftiges kriegerisches Zusammenwirken durch beide Heeresleitungen unter Heranziehung von ständigen Militärbevollmächtigten gemeinsam vorbereiten. Der Verfasser geht, da er in der Öffentlichkeit für die Bündnissache werben will, über den im amtlichen Berichte innegehaltenen Rahmen des reinen militärischen Fachgutachtens hinaus. Er spricht ganz im Sinne der ententefreundlichen Bewegung von einem wirksamen Wall, der aufgeworfen werden müsse gegen die „stille Germanisierungsarbeit eines Reiches, das nach unseren Häfen strebt mit einer Hartnäckigkeit, die unsere Lebensnotwendigkeiten antastet“ (S. 272). Mit Genugtuung stellt er fest, daß die englische Presse kräftige Töne in diesem Sinne habe hören lassen und fügt bei:

„Andererseits glauben wir zu wissen, daß die belgische Regierung die Versicherung erhalten hat, daß im Kriegsfalle 100 000 Engländer ohne

weiteres in Ostende landen würden. Nie waren die Umstände günstiger, das Schutzwehrsystem wiederherzustellen, diesmal aber aufgebaut auf dem Grundsatze des Zusammenwirkens der holländisch-belgischen Armeen, verstärkt durch die nachdrückliche Unterstützung Englands (S. 273).

Diese auffällige Mitteilung über die englische Hilfsbereitschaft entsprach, wie man sieht, im Wesentlichen den Zusicherungen, die Ducarne eben (Januar 1906) vom englischen Militärbevollmächtigen Barnardiston erhalten hatte. Noch mehr als die Denkschrift verraten diese Sätze, daß das angestrebte Bündnis mit Holland als ein Bollwerk gegen Deutschland gedacht war, als eine Ergänzung der belgischen Vereinbarungen mit England.

* * *

Auch bei den Unterhandlungen Ducarnes mit Barnardiston war beiläufig von Holland die Rede gewesen. Der Engländer hatte gemeint, daß man auf sein Eingreifen wohl nicht rechnen könne. Im amtlichen Berichte (Conventions Anglo-Belges; 10. April 1906) findet sich an der betreffenden Stelle eine Einschaltung: Zur Zeit! Man hegte also Hoffnungen, daß die Dinge sich wenden könnten.

Da aber der belgische Außenminister, wie es scheint, davon absah, an Holland heranzutreten, knüpfte der Generalstabschef selbst an. Als er im September 1906 bei den Manövern in Nordfrankreich weilte und dort seine Vereinbarungen mit den Engländern vervollständigte, traf er in Compiègne auch mit dem holländischen Oberstleutnant H o o g e b o o m zusammen. Er fand in ihm, wie er glaubte, einen eifrigen Anhänger der wirtschaftlichen und militärischen Gemeinschaft beider Länder und gewann ihn für eine freie Aussprache belgischer und holländischer Offiziere.

Auf Einladung der von Hoogeboom geleiteten Gesellschaft für Militärwissenschaften im Haag traten Offiziere beider Heeresleitungen zu diesem Zwecke am 22. Februar 1907 in dem holländischen Städtchen Breda zusammen. Man verhandelte über die Tagesordnung: Holland und Belgien vom wirtschaftlichen und militärischen Gesichtspunkte aus.

Die belgischen Generalstabsoffiziere Oberstleutnant Delforge und Major Wielemans, die sich im Sinne ihres Chefs für ein engeres militärisches Zusammengehen erklärten, dürften von dem Verlaufe der Besprechung kaum sehr erfreut gewesen sein, wenn sie sich auch in ihrem Berichte leidlich befriedigt äußerten. Denn der Wortführer der Holländer, Hauptmann Tonnet, Lehrer an der Kriegsschule im Haag, sah in der vertraglichen Neutralität Belgiens ein Hindernis für militärische Vereinbarungen. Eine Fühlungnahme der Generalstäbe schien ihm nur zweckmäßig, wenn die beiden Staaten durch denselben Angriff von außen getroffen würden. Die Gefahr eines deutschen Eroberungsvorstoßes hielt er nicht für gegeben.

Seine Ausführungen klangen in Anbetracht der weitgehenden belgischen Absichten wie eine Absage. Wenn auch Hoogeboom und ein anderer holländischer Redner weiter entgegenkamen, so brachte die Besprechung die Bündnisbewegung doch nicht voran. Die holländische Presse hielt es größtenteils mit den Darlegungen des Hauptmanns Tonnet und wies namentlich mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die Einmischung englischer und französischer Ratgeber in diese Angelegenheit zurück.

Über diesen Stand sind die Dinge auch in der Folge nicht hinausgekommen. Man kann eher von einem Schwinden der ohnehin geringen Aussichten in Holland reden. Das war in Umständen begründet, die nachfolgend noch kurz gestreift werden müssen.

Die Schelde und Vlissingen.

Hinter den Bestrebungen der belgischen Bündnisfreunde stand auch der lebhafte Wunsch, im Kriegsfalle die Durchfahrt auf der Schelde nach Antwerpen für die englische Flotte offen zu halten. Gelang es, die Niederlande durch eine Bindung an Belgien den Westmächten zu nähern, so war dieses Ziel erreicht.

Allein gerade in der Scheldefrage stießen die beiderseitigen Auffassungen hart aufeinander. Die neubelgischen Nationalisten

ertrugen es nur mit Unwillen, daß Holland in den Auseinandersetzungen von 1831 mit dem Besitz des linken Scheldeufers auch die volle Hoheit über die Gewässer der Strommündung behalten hatte. Sie betrachteten Seeflandern als ein Gebiet, das nach seiner geographischen Lage und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen von Rechts wegen eigentlich zu Belgien gehören müßte und hielten dafür, daß das letzte Wort über Stromfreiheit und Stromsperre erst noch gesprochen werden müsse. Aus den Verträgen lasen sie heraus, daß Holland einer Bürgschaftsmacht, die zum Schutze der belgischen Neutralität Truppen oder Zufuhren nach Antwerpen bringen wolle, die Durchfahrt auf der Schelde nicht versagen könne, ohne sich gegen die internationalen Verträge zu versündigen. Die Holländer entnahmen im Gegenteil daraus, daß sie berechtigt und gehalten seien, ihre freiwillige Neutralität und ihre Landeshoheit gegen jeden Eingriff unter allen Umständen zu wahren, daß sie also die Gewässer der Schelde im Kriege den Kampffahrzeugen kriegführender Mächte sperren müßten.

Als Holland im Jahre 1910 eine Neueinrichtung seiner Küstenverteidigung und den Bau eines Panzerforts in Vlissingen in Aussicht nahm, machte sich der Gegensatz mit aller Schärfe geltend. Es ist in frischer Erinnerung, welchen ungeheuren Lärm die Westmächte in ihrer Presse über diese Rüstungspläne aufschlagen ließen. Man machte Deutschland zum Sündenbock. Es wurde zum „Anreger und Bankier" dieser holländischen Rüstung gestempelt. Man behauptete kurzweg, Holland bedürfe selbst ihrer überhaupt nicht, sie diene fast ausschließlich deutschen Interessen. Die niederländische Regierung, die unter Hinweis auf ihr unzweifelhaftes Hoheitsrecht erklärte, daß es sich für sie lediglich um die niederländische Landesverteidigung handle, die mit der belgischen Neutralität in keinem Zusammenhange stehe, sollte eingeschüchtert werden.

Die ententefreundlichen belgischen Kreise machten unter Führung ihrer Presse, vor allem der Indépendance Belge, den Lärmfeldzug gegen die Befestigung Vlissingens mit. Zwar mußten gewissenhafte Beurteiler der Rechtslage, wie die Brüsseler Advokaten Georges Brigode und Maurice Ducarne (L'Escaut, le droit international et les traités. Brüssel 1911) den holländischen Stand-

punkt im wesentlichen als zutreffend anerkennen. Gleichwohl erhob man in dem lebhaft und überreichlich geführten Schriftenstreite auf belgischer Seite immer wieder Ansprüche, die mit den unangreifbaren Rechten Hollands unvereinbar waren. Die einen, wie die beiden genannten Juristen, oder der Abgeordnete Paul Segers, seit 1912 Marineminister, dachten an einen Ausgleich, der die Öffnung der Schelde für eine Kriegsflotte ermöglichen sollte, die Belgien zu Hilfe kommen würde. (Vgl. Den Beer Portugael, La Neutralité sur l'Escaut; La Haye 1911; S. 16). Andere, wie Léon Hennebicq, gingen weiter und wollten den Strom als internationales Fahrwasser unter eine aus Holländern, Belgiern und Franzosen zusammengesetzte Stromverwaltung stellen. (Georges Brigode et Maurice Ducarne, a. a. O.; Vorwort). Der Antwerpener Advokat Rotsaert forderte gar eine gänzliche Neuregelung der Rechts- und Besitzverhältnisse der Schelde und Seeflanderns. (La Liberté de l'Escaut; Moniteur maritime et commercial; Antwerpen 1913).

So stellte man die niederländische Staatshoheit in Frage und noch 1914 tauchte der Vorschlag auf, den Scheldestreit auf einer besonderen Tagung beider Länder zu lösen. Die belgischen Nationalisten faßten auch die Möglichkeit ins Auge, für eine künftige belgische Flotille mit Unterseebooten Bewegungsfreiheit zu erlangen (Georges Brigode et Maurice Ducarne, Des Bâtiments Militaires Belges sur l'Escaut Hollandais; Brüssel 1914; Vorwort von Léon Hennebicq). Die Indépendance vom 4. März 1914 sprach ihre „tiefe Überzeugung aus, daß die Scheldefrage, die eine Lebensfrage für Belgien ist, sich in allerkürzester Zeit in ihrem ganzen Umfange aufrollen wird". Dann nämlich, wenn Belgien „über einige Kriegsfahrzeuge zur Verteidigung der Zufahrt nach Antwerpen verfügen wird". „Wird Holland dann wagen, diese Fahrzeuge an ihrer Bewegung in einem freien Strome bis zum freien Meere zu hindern?"

In Holland wies man die belgischen Zumutungen fast einmütig zurück. Am schlagendsten wurden die künstlichen Rechtsausdeutungen widerlegt und die vollen Hoheitsrechte Holland erwiesen von dem General Den Beer Portugael, der durch den Scheldestreit aus einem Anhänger ein Gegner der Annäherung beider Länder wurde. (La Neutralité sur l'Escaut; 1911).

Nur der im Dienste der Westmächte arbeitende Amsterdamer Telegraaf sprang aus der Reihe und schämte sich nicht, für eine Preisgabe niederländischen Besitzstandes zugunsten Belgiens, das heißt der Westmächte, die Stimme zu erheben.

* * *

Es mag dahingestellt bleiben, ob die belgische Regierung irgendwie in Beziehung stand zu den Schritten, welche England und Frankreich in der Scheldeangelegenheit im Haag unternahmen. Sicher ist, daß man im Brüsseler Kriegsministerium mit ihren Zielen übereinstimmte. Das geht hervor aus einem geheimen Gutachten vom 19. November 1910. Es stellt die Vlissinger Vorlage als eine Maßregel hin, die für die niederländische Landesverteidigung nicht dringlich sei und sucht des Langen und Breiten zu beweisen, daß die Befestigung Vlissingens eine Feindseligkeit gegen England und Frankreich zum Vorteile Deutschlands und eine Unfreundlichkeit gegen Belgien bedeute. Holland sperre damit einem belagerten Antwerpen die Hilfe von der See her und bringe sich selbst in die Zwangslage, bei einem Versuche der Engländer, nach Antwerpen zu fahren, den ersten Kanonenschuß gegen diese lösen zu müssen. Folglich richte sich die Vorlage auch gegen Belgien. Die Denkschrift spricht Holland das Recht ab, einer Bürgschaftsmacht, die zum Schutze der belgischen Neutralität Schiffe und Truppen nach Antwerpen senden würde, die Durchfahrt zu verwehren. Der Gutachter hält es für angezeigt, daß Belgien in aller Form gegen die Durchführung des Befestigungsplanes im Verein mit den Bürgschaftsmächten Einspruch erhebe.

Diese Darlegungen unterschieden sich nicht viel von dem, was in der Pariser Kammer angeführt wurde, als der Deputierte Delafosse am 16. Januar 1911 in der Vlissinger Angelegenheit einen heftigen Vorstoß unternahm. Er gebärdete sich als Anwalt der angeblich bedrohten belgischen Neutralität und erlangte vom Leiter der auswärtigen Politik der Republik die Zusage, daß mit den übrigen Bürgschaftsmächten in einen Meinungsaustausch über die Verhältnisse des Scheldestromes eingetreten werden solle. Der holländische Außenminister wies jedoch diese unverkennbare

Drohung schon wenige Tage später mit der ausdrücklichen Feststellung zurück, daß zwischen der Vlissinger Vorlage und der internationalen Stellung Belgiens kein innerer Zusammenhang bestehe und daß keiner europäischen Macht eine Einmischung in die Fragen der niederländischen Landesverteidigung zustehe. Man weiß aus halbamtlichen Berliner Kundgebungen, daß das Deutsche Reich denselben Standpunkt einnahm.

Mochte das Drängen der Verbandsmächte schließlich im Haag dazu beitragen, daß eine Abschwächung der Küsten-Befestigungspläne eintrat, das Vlissinger Werk wurde d o c h gebaut. Wie berechtigt die holländische Vorsicht war, hat der Weltkrieg zur Genüge erwiesen. Wären die ententefreundlichen Belgier mit ihren Scheldewünschen ans Ziel gelangt, so wäre Holland vielleicht ein schweres Schicksal zuteil geworden, vergleichbar dem Lose, das die Verbandsmächte Griechenland bereitet haben.

Anmerkungen.

Die vorliegende Schrift war bereits abgeschlossen, als mir das Kriegsbuch von Hermann Stegemann, dem bekannten Berichterstatter des Berner „Bund“ zu Handen kam. (Stuttgart und Berlin 1917.) Ich kann es mir nicht versagen, einige Bemerkungen dieses besonnenen Urteilers hier wiederzugeben, mit denen er in den lesenswerten Abschnitten „Belgien und die Großmächte“ und „Vom Brauch und Mißbrauch der belgischen Neutralität“ die Rückwirkungen und Folgen der Einkreisungspolitik und die Haltung Belgiens kennzeichnet. Da heißt es:

„Von 1909 an war ein souveränes Belgien dank seiner Abhängigkeit von der Politik der Westmächte eine bestimmte Größe in der englisch-französischen Rechnung. Belgiens Bedeutung für die Neuordnung der englisch-französischen Politik wuchs noch, als das Land sich eine militärische Rüstung angelegen sein ließ, die unter den gegebenen Verhältnissen als eine Frontstellung gegen Osten erscheinen mußte. Niemand hat die Gefahren, die gerade für Belgien aus der englisch-französisch-russischen Ententepolitik erwuchsen, deutlicher erkannt, als die belgische Diplomatie, die sich der Gefahren wohl bewußt wurde, in die ihr Land durch die europäische Politik des Dreiverbandes geraten war.“ (S. 18.)

Gegen diese gewiß vorsichtigen Sätze ist nichts einzuwenden, höchstens daß man versucht wäre, für das Jahr 1909 die Jahreszahl 1906 zu setzen.

Über die Besprechungen der englischen und belgischen Militärs bemerkt Stegemann:

„Die Besprechungen der englischen und belgischen Militärs nahmen bis zum Jahre 1912, wie wir aus den Dokumenten Ducarnes und Jungbluths wissen, einen immer entschiedeneren Charakter an. Immer stärker drückt der englische Generalstab darauf, daß England genötigt sei, in Belgien zu landen — auch ohne die Erlaubnis der belgischen Regierung — um einen Durchbruch des deutschen Heeres zu verhindern, und weist ausdrücklich darauf hin, daß die belgische Heeresmacht nicht

imstande sei, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Aus diesen Besprechungen und aus dem damit verbundenen Gedankenaustausch erwächst dann bezeichnenderweise gewissermaßen ein Versprechen Englands, mit 160 000 Mann in die Lücke zu treten. Zählen wir das belgische Heer mit den tatsächlich vorhanden gewesenen 120 000 Mann zu diesen 160 000 Engländern hinzu, so kommen wir auf eine Gesamtstärke von 280 000 Mann, also auf ein Heer, das wohl imstande war, zwischen Antwerpen und Lüttich eine Flankenstellung einzunehmen, an der nicht vorbeigegangen werden konnte.

Offenbar sind die von England ausgeübten Druckmittel, die in diesen Besprechungen sichtbar werden, von den belgischen Fachleuten und der belgischen Regierung als solche sehr wohl erkannt worden, und es ist gestattet, aus dem Dokument Greindl den Schluß zu ziehen, daß die belgische Regierung sich auch der Gefahr der militärischen Lage bewußt war. Sie vermochte jedoch nicht, sich der englischen Einkreisungspolitik zu entziehen, hielt die Entente für die stärkere Partei und versuchte nur, sich den einseitig orientierten Verhältnissen so anzupassen, daß sie nicht vollständig im englisch-französischen Konzern unterging. Als Belgien im Jahre 1912 zu einer allgemeinen Heeresreform schritt, zog es die Folgerungen aus der allgemeinen Lage und gedachte sich zugleich dadurch des ihm auferlegten Zwangs zu ententledigen. Vielleicht spielt Beyens Schreiben vom 24. April 1914 auf diese Dinge an.“ (S. 387/88.)

Wenn man in Belgien wirklich daran gedacht haben sollte, durch die Annahme der Militärvorlage einigermaßen von dem englischen Drucke loszukommen, wie Stegemann meint, so konnte dies höchstens bedeuten, daß man sich von den nächsten Unbequemlichkeiten durch die Erfüllung der westmächtlichen Wünsche zu befreien hoffte. Daß aber irgendwie an eine Kursänderung im Sinne einer wirklich selbständigen, auch von englischen und französischen Einflüssen unabhängigen Politik gedacht war, wird niemand annehmen wollen, der die Feststellungen der vorliegenden Schrift, besonders in dem Abschnitte über die Wehrfrage, aufmerksam verfolgt hat. Noch weniger, daß ein solches Sich-Loslösen Belgiens, nach dem, was vorher gegangen, überhaupt noch möglich war.

Scharf unterscheidet Stegemann zwischen belgischer und schweizerischer Neutralität. „Belgien ist nicht wie die Schweiz aus eigenem Entschlusse und nach einem Jahrtausend der Selbständigkeit und nach Verzicht auf Machtpolitik zu einem neutralen Staate geworden.“ Er sieht den „Verzicht auf imperialistische Politik“ als maßgebendes Unterscheidungsmerkmal an

und hält die schweizerische Neutralität für eine solche höherer Ordnung. „Die Schweiz ist ein neutrales, Belgien ein neutralisiertes Land." (S. 56.)

Daß Belgien nicht auf imperialistische Machtpolitik verzichtet hat, im Gegenteil, ist in meinen vorstehenden Untersuchungen zur Genüge dargetan. Ebenso, daß die belgische Neutralität nicht wie die schweizerische als „ein aus der Geschichte erwachsener und lebendig empfundener Staatsgrundsatz gehegt worden ist". Ferner, daß die Belgier, in ihrer großen Mehrheit, geleitet durch ihr romanisches Staatsempfinden, „die moralische Neutralität" nicht genügend wahrten. (Stegemann, S. 65.)

Wenn der Schweizer Verfasser aus alledem auch nicht das Recht für einen Dritten ableitet, diese „geschwächte Neutralität" niederzureißen, wenn er also in dem deutschen Einmarsch ein formelles Unrecht erblickt, so beurteilt er dieses Vorgehen doch mit geschichtlichem Verständnis und unter gerechter Würdigung der furchtbaren Lage, in die Deutschland durch seine Gegner versetzt worden ist. Belgien wurde nach seiner Meinung das „Opfer seiner militär-geographischen Lage und war überdies „längst in die Einkreisungspolitik verstrickt". Es ging schließlich soweit, sich für Frankreich und England zu opfern und bis ans Ende zu streiten und zu leiden, „statt nach dem ersten Zusammenstoß mit deutschen Waffen beiseite zu treten und einen billigen Frieden entgegenzunehmen".

England hat nicht um Belgiens willen zum Schwerte gegriffen. Es schuf sich aus der Verletzung der belgischen Neutralität „eine Plattform, von der es Deutschland die Kriegserklärung, die aus der britischen Feindschafts- und Interessenpolitik geflossen war, als Hüter des Völkerrechtes und der moralischen Gesetze aller Welt ins Gesicht schleudern konnte." Es benutzte die belgische Neutralitätsfrage „lediglich zur Verstrickung Deutschlands in eine Zwangslage, aus der dieses sich vergebens durch Anerbietungen von größter Tragweite zu befreien suchte". (S. 65, 66.)

Hierfür liefert übrigens ein anderer Schweizer, Dr. Jacob Ruchti, in einer von der Berner Universität preisgekrönten Schrift lediglich mittelst der englischen amtlichen Quellen den schlagenden Beweis. Über die letzten entscheidenden Verhandlungen in den Julitagen von 1914 heißt es bei ihm:

> „England nimmt den deutschen Einmarsch in Belgien zum Vorwand seiner Kriegserklärung, obwohl es durch Annahme des deutschen Angebots — Deutschland verzichtet auf den Einmarsch in Belgien und garantiert für den Fall seines Sieges den Bestand Frankreichs und seiner im vollen Umfange, wenn England neutral bleibt — Belgiens Neutralität hätte unverletzt erhalten können: England war eben entschlossen, unter allen Umständen an dem Kriege gegen Deutschland teilzunehmen."

Geschichtlich betrachtet, erscheint dieses letzte Falschspiel der Westmächte mittelst der belgischen Neutralität nur als die folgerichtige Vollendung der schon 1905/06 eingeleiteten Politik, der Belgien selbst sich einordnete.

* * *

Zu Seite 112.

Der wallonische Schriftsteller Maurice de Miomandre zählt, wie sich nachträglich ergab, nicht zur katholischen Parteirichtung.

* * *

Zu Seite 152.

Die Beziehungen zwischen Belgiern und Franzosen waren außerhalb ihrer eigenen Länder so eng, daß die belgischen Interessen, die belgischen Kapitalien und Wirtschaftsunternehmungen, von den Vertretern der übrigen Mächte als zum französischen Machtbereich gehörig angesehen wurden. Vielfach war die Verschmelzung zwischen belgischem und französischem Kapital nicht erkennbar. Zum Teile trat diese Verbindung auch äußerlich hervor. Bei den Unruhen in Beirut im Jahre 1912 übernahm Frankreich den Schutz der Belgier und stellte für sie ein französisches Kriegsschiff als Zufluchtsort zur Verfügung.

* * *

Zu Seite 213 ff.

Über die Genter Hochschulfrage veröffentlichte ich ohne Namensangabe mehrere Aufsätze in der Kölnischen Zeitung (so am 31. Dezember 1915 und 23. Januar 1916, Morgenausgabe). Wie die genannte Zeitung feststellte (8. Mai 1916, Nr. 468), sind daraus eine Reihe von Stellen ganz oder teilweise wörtlich in eine Broschüre von Tony Kellen übergegangen (Die vlämische Hochschule in Gent, Frankfurter Zeitgemäße Broschüren Bd. 35, Heft 4—5, April 1916). Da hier, Seite 213 ff., einiges ähnlich wiederkehrt, ist es notwendig, den Sachverhalt zu vermerken, um Mißverständnissen vorzubeugen.

* * *

Zu Seite 337.

Nach Meldungen sozialdemokratischer Schweizer Blätter aus einer Geheimsitzung der Pariser Kammer sind ähnliche Pläne sogar in ein geheimes Kriegszielabkommen aufgenommen worden, das im Januar 1917 zwischen Paris und Petersburg abgeschlossen wurde. Darnach sollte im Falle eines Sieges Frankreich nicht nur Elaß-Lothringen, sondern auch das Saargebiet

und gewisse Vorzugsrechte über Teile der Rheinprovinz bekommen. Aus dem Reste der Rheinprovinz sollte in irgend einer Form ein Pufferstaat gebildet werden. Diese Form würde der Mächteverband, so darf man wohl mit Sicherheit annehmen, in einem „größeren Belgien" finden.

* * *

Zu Seite 393.

Die Angaben über die Reise eines belgischen Obersten zu den englischen Manövern von 1913 auf Grund einer Mitteilung, die ich dankenswerter Weise von dem nunmehrigen Verwalter der belgischen Ministerialarchive, Herrn Oberst Schwertfeger, erhielt.

* * *

Zu Seite 442 ff.

Unter dem gleichen Titel behandelte ich denselben Gegenstand in der Kölnischen Zeitung, im Anschluß an einen Bericht über eine Kriegsschrift von Eugène Baie. (Kölnische Zeitung, 7. Dezember 1915, Nr. 1239 — 9. Dezember 1915, Nr. 1247.)

In der vorliegenden Abhandlung sind namentlich belgische Akten neu verwertet worden. — Auffallend verkennt Waxweiler die Richtkraft der Bewegung. Nach ihm entstand „das allgemeine Interesse, dessen sich eine zeitlang das Annäherungsprojekt an Holland erfreute", aus der „Psychologie der Nation", d. h. nur aus dem öffentlichen Gewissen, das nach Sicherung der Unabhängigkeit verlangte. Man hätte sich „vielleicht wohler gefühlt", meint er, wenn man zu zweit die Stirne hätte bieten können. Über die offenkundigen ententepolitischen Ziele der Bewegung sieht er also einfach hinweg. (Waxweiler, Zürich 1916; S. 25/26.)

Namenverzeichnis.

A.

Albert I., König der Belgier 39. 44. 79. 165. 180—185. 329. 348. 350. 411. 426.
André, François 45.
Andrée, Charles 140.
Angis, Pierre 39.
Anseele, belg. Abgeordneter 194. 207.
Ansiaux, Maurice 34. 54. 265. 448.
Augagneur, franz. General 42.

B.

Baie, Eugène 448 ff. 451. 454. 457.
Banning, Emile 319. 338—341. 352. 367. 402. 404.
Bara, J., belg. Minister 60.
Barker, Ellis, 454.
Barnardiston, engl. Militärattaché in Brüssel 322. 332. 369. 373 ff. 460.
Barrès, Maurice 41. 68. 283.
Bastin, belg. Generalkonsul 41.
Bataille, Frédéricq 15.
Baudin, Pierre 42.
Baudrillart, Alfred 140.
Baussart, Elie 112.
Beau, franz. Gesandter in Brüssel 133. 148. 149. 155. 167.
de Beaufort, holländ. Minister 453.
Beck, Christian 62. 69.
Beernaert, A., belg. Minister 220. 351. 452. 456.
Bellan, Vorsitzender des Pariser Gemeinderates 165 f. 182.
Belliard, franz. Gesandter in Brüssel 61.
Bergson, Henri 42.
Bernhard, Georg 428.
Bernhard, Sarah 42.
Bertrand, Alban 349. 398.
v. Bethmann Hollweg, deutscher Reichskanzler 394.
Beyens, Baron, belg. Gesandter in Berlin 329—333. 374. 392.
Beyens, Eugène 55.
Biottot, franz. General 396.
Bismarck, Fürst 360.
Blatchford, Robert 233. 260. 387. 414.
Blocher, Eduard 258.
Boucher, A., franz. Oberst 299. 409. 420.
Boué de Villiers, Maurice 68.
Bourée, franz. Gesandter in Brüssel 28. 61. 162. 170.
Bourgeois, Léon 42.
Braconnier, Georges 115.
Brau de St. Paul 28.
Braun, Bürgermeister von Gent 108. 149. 206. 207. 210. 291. 349.
de Bray, Fernand, belg. Generalstabsoberst 429.
Bremer, René 350. 396.

Brialmont, belg. General 336. 338. 341. 352. 367. 404.
Briand, Aristide, franz. Minister 42. 132.
Bridges, engl. Militärattaché in Brüssel 332. 333. 381. 391. 419. 425.
Brigode, Georges 462. 463.
de Broqueville, Baron, belg. Ministerpräsident 110. 114—117. 186. 215. 222. 232. 330. 333. 336. 342. 350. 411. 414 ff. 419. 422 ff.
de Brouckère, Louis 361. 426.
de Brulhiard, R. 386.
de Bruyn, E. 271. 291.
Buisset, Emile 74. 431.

C.

Cambon, Paul, franz. Botschafter in London 27.
Capus, Alfred 42.
Carlotton, G. (= Goebel, Carl Otto) 92.
Carteron, franz. Generalkonsul in Antwerpen 32. 247.
Carton de Wiart, belg. Minister 110 f. 161. 213. 217. 222. 233. 330. 341. 350 f. 354. 411. 452.
Casy, Gustave 228.
de Catillon, Léonce 160.
van Cauwelaert, Frans 195. 213. 217.
Chainaye, Achille 62. 69. 74. 165.
Chainaye, Hector 49. 62. 65. 68. 93.
Chapelié, belg. General 402.
Chapsal, J., 32. 39. 64.
Charriaut, Henri 97. 266.
Chauvin, Victor 74.
Chenet, franz. Major 397.
Cherfils, engl. General 388.
Clarétie, Jules 33. 247.
Clémenceau, G., franz. Minister 30. 42. 145. 149. 247. 456.
Colleye, Raymond 68. 92. 100. 102. 287.
Colson, Oscar 65.
Cooremans, belg. Minister 207.
Counson, Albert, 346.
Coupillaud, franz. General 428.
Cousebant d'Alkemade, belg. Kriegsminister 353. 377. 458.
de Crawhez, Joseph 115.
Croquez, Albert 302.
Crozier, franz. Generalkonsul in Antwerpen 32. 64. 134. 141. 148—151. 207.

D.

Daumont, Fernand 98. 126. 193. 215 240 f.
David, Fernand 202.
Davignon, belg. Minister 392.
De Baets, Herman 215.
Dechesne, Laurent 64.
Defuissaux, Léon 171.
Delafosse, Jules 306. 464.
Delaisi, Francis 387.
Delaite, Julien 40. 63. 65. 67. 69. 74. 77.
Delbeke, Auguste, belg. Minister 402.
Delcassé, franz. Kriegsminister 322. 324. 326.
Delforge, Oberstleutnant im holländ. Generalstab 461.
De Mont, Pol 98.
Den Beer Portugael, holländ. Kriegsminister 448. 453. 463.
Denis-Rault, Georges 94.
De Raet, Lodewijk 193. 198. 214. 314. 315.
De Ridder, A. 295.
Déroulède, Paul 28.
Desbonnets, Charles 68.
Descamps, J. 74.

Deschanel, Paul, franz. Minister 42. 303.
Des Cressonnières, Jacques 367. 451.
De Smet de Naeyer, Maurice 31. 33. 201.
De Smet de Naeyer, Paul, belg. Minister 351. 379.
Des Ombiaux, Maurice 43. 68.
Destrée, Jules 45. 74. 75. 80 ff. 90. 94. 96. 117. 178. 194. 200. 223. 345. 431.
De Vriendt, Juliaan 220.
Digneffe, Emile 4. 39.
Dillon, Ernst 232.
Doumer, Paul 42.
Doutrepont, Universitätsprofessor 112. 113.
Du Bois, Graf Albert 33. 62. 66. 68. 69. 100 ff. 104 f. 175. 199. 312. 364. 456.
Dubois, Jean 207.
Du Bus de Warnaffe 424.
Ducarne, belg. Generalstabschef 322. 332. 341. 349. 352. 353. 367. 369. 373. 383 ff. 402. 404. 407. 415. 418. 421. 458 ff. 462. 463.
Ducrocq, Georges 47. 52. 93. 94. 131. 196.
Dumesnil, J. 32.
Dumont-Wilden, Louis 46. 107. 247. 282. 284 ff. 449.
Dupierreux, R. 94.
Dupont, Emile 74. 75. 76. 86.
Dupuy, Jean 42. 164.
Durance (= Ducarne) 415.

E.

Eduard VII. von England 322. 324.
Empain, Baron 350.
Engel, Georg 54.
Engel, Raoul 51. 54. 216. 223.
Etienne, franz. Kriegsminister 302.

F.

Fabre, H. 138.
Fallières, Präsident der franz. Republik 182. 290.
Fastrez, belg. Generalstabsoffizier 410.
Faucher, Léon 310.
de Favereau, Baron, belg. Minister 353. 376. 382. 406. 441 f. 458.
Fignier, Eugène 242.
Fleischmann, Hector 179.
Foncin, Pierre 14. 27. 31. 33. 139.
Foucault de Mondion 338.
Foulon, Franz 357 f. 422.
France, Anatole 33. 42.
Franck, Louis 213. 217.
Franck-Puaux 27.
Frédéricq, Paul 170. 453.
Frère-Orban, belg. Minister 60. 310. 352. 402. 448.

G.

Gaspar, Jean 174.
Gauthier, Jules 32. 35. 38. 130. 149.
Georgin, Anatole 242.
Gérard, franz. Gesandter in Brüssel 4 ff. 32. 147. 456.
Gérardin, Edouard 47.
Germinet, franz. Admiral 388.
Gielen, belg. Abgeordneter 185.
Gilbart, Olympe 64.
Girard, Major 408. 409.
Girardin, Emile 301.
Giraud, Albert 199.
Glamarchie, franz. Generalkonsul 32.
Goebel, Carl Otto 93.
Gohier, Urbain 230.
Goulven, J. 257.
Granville, engl. Gesandter in Brüssel 7.
Grearson, engl. Generalmajor 375.
Greindl, Baron, belg. Gesandter in Berlin 322 ff. 327. 389 ff.

Grey, Sir Edward 380. 392. 426.
Grosjean, Oscar 36. 65. 93. 291.
Guillaume, Baron, belg. Gesandter in Paris 41. 77. 248. 325 f.
Guyot, Yves 39. 454.

H.

Hallet, belg. Senator 102.
Hanotaux, Gabriel 42.
Hanoteau, Oberst, 39.
Hanrez, Prosper 380. 389.
Hansen, Joseph 47.
Harry, Gérard 37. 235. 306.
Hayem, Emile 303.
Heemskerk, holländ. Kriegsminister 457.
Heimburger, belg. General 418.
Hellebaut, belg. Kriegsminister 382. 405. 415.
Helleputte, belg. Minister 222. 350. 411. 424.
Helmer, A. 257.
Henderickx, belg. Abgeordneter 251.
Hennebicq, José 109. 431.
Hennebicq, Léon 90. 108. 224. 341. 348. 354. 355. 415 f. 449 451. 463.
Henry, René 47.
Heupgen, J. 74.
de Heusch, Baron, belg. General 414, 416, 453.
Heyman, Henry 272.
Hinzelin, Emile 48.
Hoogeboom, holländ. Oberstleutnant 376. 460. 461.
Hoste, Vater u. Sohn 236.
Hubert, François 206 f.
Hugo, Victor 179. 301.
Humbert, franz. Oberst 433.
Huysmans, Kamiel 149. 194. 211. 213. 361.
Hymans, Paul 155. 215. 217. 219. 296. 299. 300. 315. 320. 349.

I.

Integer 98—99. 146. 237—239. 287 bis 295. 298.
Ivan, Paul 107.

J.

Janson, Paul 108. 452.
Janssen, Baron L. 350.
Janssens, Baron 164. 166.
Jennissen, Emile 43. 49. 63. 69. 75. 194. 286. 431.
Josson, Maurits 300.
Jouet, Alfons 302.
Jungbluth, belg. Generalstabschef 332 f. 381. 391. 411. 419. 425.

K.

Karl I. von Rumänien 425. 426.
Kiewiet de Jonge, H. J. 453.
Kitchener, Lord 387.
Klerck, Jonckheer R. A. 453.
Kleyer, Bürgermeister von Lüttich 167. 349.
Klobukowski, franz. Gesandter in Brüssel 134. 147. 151—154. 207. 309. 418. 425.
Knudson, Paul 350.
Kurth, Godfroid 69. 240. 343. 357.
Kuyper, holländ. Minister 448.

L.

de Lacroix, franz. General 42.
Ladeuze, Msgr., Rektor der Löwener Universität 350.
Lambermont, Baron 402.
Lalaing, Graf, belg. Gesandter in London 326. 392.
Landrecies, franz. Militärschriftsteller 427.

Langlois, franz. General 175. 177. 257. 260. 378. 386. 454.
de Lannoy, Abbé Fl. 298 f. 304. 368 ff. 381.
Lauret, René 48.
Lavallée, Théophile 296.
de Laveleye, Emile 129. 192. 360.
Leblond, Marius A. 94.
Lecomte, Maxime 187. 223. 386. 397. 412. 417. 419. 424. 433.
Leghait, belg. Gesandter in Paris 323.
Legrand, Charles 42. 203. 208.
Lejeune, Jules 38.
Lemonnier, Camille 43.
Leopold II., König der Belgier 60. 171. 313. 338 f. 342. 347. 349. 352. 360. 363 f. 377. 380. 401. 404. 405. 448.
Lepelletier, franz. Deputierter 302.
Leroy-Beaulieu, P. 455.
Le Senne, Camille 179.
Lesueur, Daniel 42.
Levi, Camille 386. 397. 412. 417. 419. 424.
Longay, Hochschullehrer in Brüssel 108.
Lorand, Georges 90. 187. 307. 328. 431.
Loti, Pierre 42.
Louis Philippe 204. 311. 417.
Lyauthey, franz. General 42.

M.

Mabille, A. 38.
Maeterlinck, Maurice 33. 54. 197.
Magnette, Paul 74. 97. 431.
Maitrot, franz. Generalstabsoffizier 386. 416.
Malò, Charles 395. 457.
de Marès, Roland 49. 54. 232. 247. 418.
Marraud, Pierre 203. 207.
Marville, belg. Abgeordneter 169.
Masson, Fulgence 49. 178.
Mathonet, Arthur 250.
Maurras, Charles 283.
Max, Adolphe, Bürgermeister von Brüssel 164. 166. 168. 207. 349.
Meert, Hypolieth 88. 90. 283.
Mercier, Kardinal 13. 218 ff. 417.
Mertens, J. L. 200.
Messimy, franz. General 417.
Michel, belg. Kriegsminister 417.
Michel, Lütticher Universitätsprofessor 224.
Michelet, J. 201.
Millerand, franz. Minister.
de Miomandre, Maurice 50. 91. 112. 131. 194. 350.
Mirbeau, Oscar 200.
Mockel, Albert 33. 62. 69.
von Moltke, General 329.
de Montagu, G. 31. 33. 246.
de Montholon, franz. Gesandter in Brüssel 29. 145.
Morel, M. 207.

N.

Napolean I. 160.
Napoleon III. 60. 204. 295. 310.
Navez, Louis 169. 385.
Neujean, H. 74.
Neuray, Fernand 232. 338. 414.
Nijs, Ernest 367, 408. 451.
Northcliffe, Lord 327.
Novicow, J. 33. 141. 150.

O.

O'Dax (= General Witte) 408. 409.
Odekerke, Henri 66.
Olivier, Pierre 449. 451.

P.
Palmerston, Lord 6. 378.
Patris, Edmond 233. 234. 414.
Pelletan, Camille 223.
Pergameni, H. 297.
Picard, Edmond 64. 82. 345 ff. 349. 452.
Pichon, Stephen 42, 248.
Pirenne, Henri 64. 69. 224. 343 ff. 357.
Poincaré, Raymond, Präsident der franz. Republik 42, 187. 232. 317. 326. 425. 426. 436.
Poirier, Jules 410.
Poullet, A., belg. Minister 215. 220. 222. 411.
Prayon van Zuylen, A. 127. 195. 274 ff.
Preiss, Jacques 52. 281.
Prévost, Marcel 42.
Prins, holländ. General 334.

R.
Rathgen, Karl 362.
de Rautlin de la Roy, R. 268.
Reinach, Salomon 33.
Renkin, Jules, belg. Minister 207. 233. 234. 337. 350 f. 363. 405. 411. 414.
de Renty, E. 365.
Rey, Etienne 305.
Ribot, Alexandre 42.
van Rijswijk, Bürgermeister von Antwerpen 452.
Roberts, Lord, engl. Feldmarschall 393.
Roger, Jean 74.
Rogier, Charles 9.
Rohrbach, Paul 258.
Rolland, Charles 30. 152. 154. 207. 280.
Rooman, Vorsitzender der Gardenia in Antwerpen 166.
Rostand, Edmond 42.
Rotsaert, Advokat 463.
Roumens, franz. Major 305.
Rouvier, Maurice 292.
van Roy, Alfons 108.
Royer, Emile 360.
Rudelsheim, Marten 277. 455.
Rutten, Bischof von Lüttich 193.

S.
Sabbe, Julius 145.
Saillard, M. 39.
Sasserath, S. 51. 54.
Schollaert, belg. Kammerpräsident 186.
Schoonbroodt, E. 74.
Schwob, Maurice 260.
Schwob de Kerkhove 207.
Séché, Alfonse 283.
Segers, Paul, belg. Minister 140. 222. 350. 411. 423. 429. 463.
Segers, Gustaav 125.
de Selijs-Longchamps, Walter 452.
de Selves, Präfekt des Seinedepartements 182.
Shaw, Bernhard 441.
Smets, G. 29.
Souguénet, Léon 53. 228. 282. 345.
Spée, Armand 55.
Steffen, Gustaf 257.
Steyaert, E. 31.
Stijn Streuvels 128.
Stracke, Pater 128. 195.

T.
Talleyrand, franz. Minister 7. 295.
Tets van Goudrian 453.
Thiriar, James 416.
Thiriaux, Ludovic 349.
Thomasson, franz. Major 397.
Tonnet, holländ. Hauptmann 461.
Troclet, L. 74. 76.

V.
Vandeperre, A. 193.
Van der Borren, belg. General 141.

Van der Elst, Baron 421.
Vandervelde, Emil, belg. Minister 163. 215. 217 f. 361. 365. 405. 425. 452.
Vandevijvere, belg. Minister 222. 411.
Varlez, Armand 68.
Vautel, Clément 77.
Vergnet, Paul 256.
Verhaegen, A., belg. Abgeordneter 220. 402. 452.
Verhaeren, Emile 36.
Vermeylen, August 279.
de Villers, Louis 314.
Voituron, Henri 172.

W.

Wauvermans, belg. Abgeordneter 230.
Warocqué, Raoul 45. 315. 350.
Waxweiler, Emile 184. 334. 391 ff. 425. 438 ff.
van Wetter, Genter Universitätsprofessor 215.
Wielemans, Major im belg. Generalstab 461.
Wiener, Sam 349. 377. 452.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 48. 290 f. 329. 331. 357.
Wilmotte, Maurice 33. 35. 49. 54. 132. 141. 208. 245.
Witte, belg. General (= O'Dax) 408. 409.
Woeste, Charles, belg. Staatsminister 106. 215. 217. 220. 222. 297. 301. 351 f. 366. 403. 405.

Z.

von Ziegesar 98.
Zurlinden, franz. General 302.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DH
569
F7D5

Dirr, Pius
Belgien als französische
Ostmark